

# **Migrationsdiskurse in der deutschen Grenzregion zu Polen**

Empirische Analysen in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz  
im Vorfeld der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

„doctor rerum naturalium“ (Dr. rer. nat.)

in der Wissenschaftsdisziplin „Wirtschafts- und Sozialgeographie“

eingereicht an der

Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam

von

Michael Mai

Tag der Disputation: 27. November 2015

Online veröffentlicht auf dem  
Publikationsserver der Universität Potsdam:  
URN urn:nbn:de:kobv:517-opus4-87015  
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-87015>

## **Danksagung**

Diese Dissertation wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen und Institutionen nicht zustande gekommen. Mein Dank gilt insbesondere Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner für die geduldige Betreuung der Arbeit und die inspirierenden Gespräche. Für die Begutachtung der Arbeit möchte ich ebenso Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wilfried Heller und Prof. Dr. James Scott danken. Für ihre Beteiligung an der Prüfungskommission danke ich zudem Prof. Dr. Hartmut Asche, Prof. Dr. Jürgen Mackert und apl. Prof. Dr. Brigitte Duvinage. Bei der Hans-Böckler-Stiftung bedanke ich mich für die materielle und ideelle Förderung. Allen weiteren Personen und Institutionen, die in sehr unterschiedlicher Weise zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben, danke ich ebenso herzlich; um allerdings nicht liebe Menschen zu vergessen oder nicht angemessen zu würdigen, verzichte ich an dieser Stelle auf explizite Nennungen.



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	4
<b>2</b>	<b>Forschungsstand</b> .....	11
<b>3</b>	<b>Diskurstheoretischer Hintergrund</b> .....	17
3.1	Der Diskurs – Begriffsbestimmung .....	17
3.2	Die Struktur des Diskurses .....	19
3.3	Zusammenhang von Diskurs und Macht sowie Wahrheit und Gültigkeit .....	21
3.4	Die Bedeutung von Kollektivsymbolen für Diskurse und Gesellschaft .....	23
3.5	Die Rolle von (Massen-)Medien für Diskurse .....	25
3.6	Das Ziel der Kritischen Diskursanalyse .....	26
<b>4</b>	<b>Diskursiver Kontext der empirischen Analysen</b> .....	28
4.1	Ausländer- bzw. Migrationspolitik in Deutschland .....	28
4.1.1	Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland bis 1990 .....	30
4.1.2	Ausländerpolitik der Deutschen Demokratischen Republik .....	35
4.1.3	Ausländer- und Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1990 .....	37
4.1.4	Migrationspolitik auf europäischer Ebene .....	40
4.2	Die Geschichte der Betrachtung und Bewertung von Migration in Deutschland .....	42
4.3	Die deutsche Grenzregion zu Polen .....	49
4.3.1	Die Geschichte der deutsch-polnischen Staatsgrenze an Oder und Neiße .....	49
4.3.2	Die Grenzregion zwischen deutscher Vereinigung und EU-Erweiterung .....	50
<b>5</b>	<b>Der Diskurs zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen</b> .....	55
5.1	Die Materialbasis: Generierung der für die Analyse zu berücksichtigenden Diskursfragmente und Festlegung des Untersuchungszeitraums .....	55
5.2	Forschungsleitende Fragestellungen .....	59
5.3	Der Gang der Analyse .....	60
5.4	Strukturanalysen der Märkischen Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote), Lausitzer Rundschau (Ausgabe Guben) und Sächsischen Zeitung (Görlitzer Zeitung) .....	62

5.4.1	Die Berichterstattung zum Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung .....	62
5.4.1.1	Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote) .....	63
5.4.1.2	Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben) .....	73
5.4.1.3	Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung) .....	83
5.4.1.4	Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von MOZ, LR und SZ .....	95
5.4.2	Die Berichterstattung zu Umgehensweisen mit Arbeitskräftebedarf .....	101
5.4.2.1	Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote) .....	102
5.4.2.2	Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben) .....	102
5.4.2.3	Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung) .....	104
5.4.2.4	Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von MOZ, LR und SZ .....	106
5.4.3	Die Berichterstattung zu Migration in die EU (und ihre Mitgliedsstaaten) .....	108
5.4.3.1	Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote) .....	108
5.4.3.2	Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben) .....	114
5.4.3.3	Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung) .....	118
5.4.3.4	Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von MOZ, LR und SZ .....	125
5.4.4	Die Berichterstattung zu Migration im Kontext der EU-Erweiterung .....	130
5.4.4.1	Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote) .....	130
5.4.4.2	Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben) .....	132
5.4.4.3	Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung) .....	133
5.4.4.4	Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von MOZ, LR und SZ .....	134
5.4.5	Die Berichterstattung zu Migration an der deutschen Ostgrenze .....	135
5.4.5.1	Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote) .....	136
5.4.5.2	Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben) .....	145
5.4.5.3	Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung) .....	152
5.4.5.4	Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von MOZ, LR und SZ .....	161
5.4.6	Zusammenfassung der Analyseergebnisse .....	166
<b>6</b>	<b>Der Diskurs zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene örtlicher Experten .....</b>	<b>183</b>
6.1	Forschungsleitendes Erkenntnisinteresse .....	184
6.2	Auswahl der Interviewpartner .....	184
6.3	Erhebung der Interviews .....	185
6.4	Auswertung der Interviews .....	186
6.5	Ergebnisdarstellung der Interviewanalysen .....	187
6.5.1	Kommunalpolitik und Migranten/Polen .....	187
6.5.1.1	Frankfurt (Oder) .....	187
6.5.1.2	Guben .....	191
6.5.1.3	Görlitz .....	194
6.5.1.4	Zwischenfazit .....	199
6.5.2	Lokalgesellschaftliche Verfasstheit und Wahrnehmungen von Migranten/Polen .....	200

6.5.2.1	Frankfurt (Oder) .....	200
6.5.2.2	Guben .....	211
6.5.2.3	Görlitz .....	224
6.5.2.4	Zwischenfazit .....	235
6.5.3	Die Grenze und (irreguläre) Migration .....	236
6.5.3.1	Frankfurt (Oder) .....	236
6.5.3.2	Guben .....	238
6.5.3.3	Görlitz .....	242
6.5.3.4	Zwischenfazit .....	244
6.5.4	Vergleichende Zusammenfassung der Ergebnisse der Interviewanalysen .....	245
6.5.4.1	Vergleichende Blicke auf die repräsentierten Funktionsbereiche von Experten .....	245
6.5.4.1.1	Stadtverwaltung .....	246
6.5.4.1.2	Städtische Ausländer-/Migrationsangelegenheiten .....	247
6.5.4.1.3	Gesellschaftspolitische Initiativen .....	249
6.5.4.1.4	Lokalzeitungsredaktion .....	249
6.5.4.2	Zusammenfassungen für die drei Städte .....	252
6.5.4.2.1	Frankfurt (Oder) .....	252
6.5.4.2.2	Guben .....	252
6.5.4.2.3	Görlitz .....	253
6.5.4.3	Abschließende Zusammenfassung für Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz ....	253
<b>7</b>	<b>Fazit</b> .....	<b>259</b>
<b>8</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>270</b>

## 1 Einleitung

Durch die tiefgreifenden Transformationsprozesse in Europa seit den späten 1980er Jahren veränderten sich die politischen Realitäten auf dem alten Kontinent gravierend. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik wurde die Ostgrenze Deutschlands zur östlichen Außengrenze der Europäischen Gemeinschaft (EG). Mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht am 1. November 1993 wurde sie zur Außengrenze der Europäischen Union (EU) sowie durch Umsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens zum 26. März 1995 auch zur Grenze des so genannten Schengen-Raums.<sup>1</sup> Ihr wurde im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses eine wichtige Funktion bezüglich der Kontrolle und Überwachung der Zugangsberechtigung zum Territorium der europäischen Staatengemeinschaft zugewiesen. Die deutsche Grenzregion zu Polen wurde in diesem Zusammenhang zum Aktionsfeld deutscher und europäischer Migrationspolitik. Neben dem Einsatz des Bundesgrenzschutzes (BGS)<sup>2</sup> wurde auch gezielt die Bevölkerung in die Sicherung und Überwachung der Grenze und des Grenzraums miteinbezogen; dies erfolgte unter anderem durch die Einrichtung von Bürgertelefonen, den Einsatz von Bürgerkontaktbeamten oder die Etablierung von Runden Tischen und Aktionsprogrammen für (grenzüberschreitende) Ordnung und Sicherheit sowie gegen Kriminalität (vgl. z. B. FFM 1996; 1998; Allers 1998; Mai 2000; 2001). Die Bevölkerung der Grenzregion befindet sich dadurch in einem Spannungsverhältnis zwischen geforderter Unterstützungstätigkeit im Sinne staatlicher Kontrolle und Überwachung gegen für *illegal* erklärte – respektive nicht regelkonforme – Migration und damit verbundene Kriminalität einerseits sowie einem auf eine humanistische Grundhaltung rekurrierenden Verständnis für flüchtende und in Europa schutzsuchende Menschen andererseits. Im örtlichen Kontext der Grenzregion kann sich die Bevölkerung kaum aus diesem Verhältnis entziehen. Der Umstand, dass nach Angaben des BGS rund zwei Drittel der vorgenommenen Identitätsfeststellungen von mutmaßlich *illegalen Einwanderern* im Grenzgebiet auf Hinweise aus der Bevölkerung zurückzuführen seien,<sup>3</sup> nährt die Vermutung, dass das gesellschaftliche Klima in der Region eher von Ablehnung gegenüber (zusätzlicher) Einwanderung und der Bereitschaft zu Verdächtigung bis hin zu Denunziation geprägt war und die Trennungsfunktion der Grenze von der lokalen Bevölkerung weithin internalisiert wurde.<sup>4</sup>

Mit dem Wandel der EU-Außengrenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zu einer Binnengrenze der Staatengemeinschaft (offiziell durch das Inkrafttreten der EU-Erweiterung um zehn mittel- und mittelosteuropäische Staaten zum 1. Mai 2004) war sowohl eine neuerliche Veränderung der Bedeutung der Grenze als auch der Situation in

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnung EU bezieht sich in dieser Arbeit im Folgenden auf die Gemeinschaft der 15 Mitgliedsstaaten zu Beginn der 2000er Jahre: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Die Gemeinschaft der Schengen-Staaten umfasste ab dem 25. März 2001 alle genannten Staaten mit Ausnahme von Irland und Großbritannien (jeweils eingeschränkte Teilnahme, kein Wegfall der Grenzkontrollen), hingegen zusätzlich die Nicht-EU-Mitgliedsstaaten Island und Norwegen. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 3. Oktober 1990 fand das Schengener Abkommen auch Anwendung auf das Gebiet der ehemaligen DDR (vgl. z. B. Busch 1995; Heckmann/Tomei 1996).

<sup>2</sup> Der BGS, Sonderpolizei des Bundes, gegründet durch das Bundesgrenzschutz-Gesetz (BGS-G) vom 16. März 1951, wurde zum 1. Juli 2005 in Bundespolizei umbenannt. Aufgrund des im Rahmen der für diese Arbeit angestellten empirischen Analysen fokussierten, ausschließlich davor liegenden Zeitraums wird im Folgenden die Bezeichnung BGS beibehalten. Zum Entstehungshintergrund und zur Entwicklungsgeschichte des BGS vgl. z. B. Werkentin 1984; Winter 1994; Mai 2000: 65 ff.

<sup>3</sup> Vgl. „Wir vom BGS – Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes“, 24 Jg., Nr. 9/10 1997: 7.

<sup>4</sup> Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird sich im Folgenden bei Personenbezeichnungen auf die männliche Form beschränkt, die sich aber grundsätzlich auf Menschen jeden Geschlechts bezieht.



der Grenzregion verbunden.<sup>5</sup> Eine Neudefinition der Grenze hin zu einer Binnengrenze der Vertragsgemeinschaft der so genannten Schengen-Staaten, also einer Binnengrenze im Sinne der Schengener Abkommen und der entsprechenden EU-Verträge mit einem damit verbundenen Wegfall der Personenkontrollen an der unmittelbaren Grenzlinie, ging damit jedoch zunächst nicht einher.<sup>6</sup> Im Vorfeld der EU-Erweiterung standen speziell für die deutsche Grenzregion zu Polen äußerst divergierende Einschätzungen bezüglich der Veränderungen, der Chancen und Risiken sowie der Hoffnungen und Ängste durch die Ostintegration einander gegenüber. Es war, je näher der konkrete Termin der Umsetzung der EU-Erweiterung rückte, in der Politik, der Wirtschaft und der Bevölkerung der Grenzregion eine wachsende Unruhestimmung und Nervosität zu vernehmen. Vornehmlich abstrakte, vage und spekulative Prognosen betreffend die konkret eintretenden Veränderungen für die Region entlang Oder und Lausitzer Neiße bestimmten die öffentlichen Debatten, wobei speziell die Unklarheit über künftige Wanderungsbewegungen, insbesondere aus Polen und Tschechien durch gemäß EU-Verträgen zu gewährende Arbeitnehmerfreizügigkeit, viel Nährboden und Spielraum für Spekulationen, Skepsis, wachsende Ängste und gesellschaftlich tradierte Ressentiments und Vorurteile gegenüber dem *Fremden* ließen. Geäußert wurden beispielsweise Befürchtungen vor einer angeblich drohenden *Massenmigration nach Deutschland* bzw. einer *Überflutung mit billigen Arbeitskräften aus Osteuropa* und einem daraus resultierenden Verdrängungswettbewerb sowie Lohn- und Sozialdumping mit entsprechenden sozialen Spannungen und Konflikten.<sup>7</sup> Sachliche Auseinandersetzungen um die (kurz-, mittel- und langfristigen) Folgen und Implikationen der EU-Erweiterung speziell für die Grenzregion erschienen als schwierig zu handhaben. Die bevorstehenden Änderungen wurden nur allzu gern in ein unangemessen grobes Raster von vermeintlichen Vorteilen bzw. Chancen sowie Nachteilen bzw. Risiken gepackt.

In den transnationalen Makrodiskursen der 1990er Jahre, die die politischen Vorgaben für den europäischen Integrations- und Erweiterungsprozess gen Osten lieferten, bestand weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit der Expansion der Staatengemeinschaft, in deren Rahmen nationalstaatliche Grenzen als konkrete wie auch symbolische Trennlinien perspektivisch

<sup>5</sup> Mit EU-Erweiterung ist im Folgenden die (oft auch als EU-Osterweiterung bezeichnete) fünfte (und bis heute größte) Erweiterungsrunde mit dem Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern gemeint. Der Beitrittsvertrag wurde am 16. April 2003 in Athen unterzeichnet (vgl. z. B. Läufer 2004; die Beitrittsersuchen wurden von den einzelnen Staaten bereits seit Beginn der 1990er Jahre gestellt, von Polen z. B. am 8. April 1991). Am 9. Oktober 2002 empfahl die Europäische Kommission die Aufnahme der zehn Staaten, die mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen am 12./13. Dezember 2002 entschieden wurde. Am 9. April 2003 stimmte das Europäische Parlament (per Einzelentscheid) zu, am 14. April 2003 der Europäische Rat. Zwischen März und September 2003 wurden in den neuen Mitgliedsstaaten Volksabstimmungen über den Beitritt durchgeführt. Am 1. Januar 2007 wurden Rumänien und Bulgarien, zum 1. Juli 2013 Kroatien als 28. Mitgliedsstaat von der EU aufgenommen.

<sup>6</sup> Dies erfolgte erst zum 21. Dezember 2007 durch die vollständige Umsetzung der formulierten Kriterien durch Polen.

<sup>7</sup> Exemplarisch seien folgende Statements genannt (zitiert nach: Rada, Uwe: Auf die Plätze. Fertig. Stopp. In: die tageszeitung vom 22. März 2001): „Politisch mag die Osterweiterung eine Chance sein, für den Wirtschaftsstandort dagegen nicht. [...] Um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, legen wir deshalb besonderen Wert auf Übergangsbestimmungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit“ (Dieter Scholz, DGB-Vorsitzender Berlin/Brandenburg); „Es wird eine Massenmigration nach Deutschland geben, noch stärker, als wir sie in den 60er Jahren aus den Südländern erlebt haben“ (Hans-Werner Sinn, Leiter des ifo-Instituts in München); „Wenn man der strukturellen Wachstumslücke in Berlin und Ostdeutschland nicht sofort begegnet, wird die Osterweiterung der Europäischen Union die strukturschwachen Regionen polarisieren, die Bevölkerung radikalalisieren, dann werden die rechtsradikalen Parteien die Gewinner sein. [...] Eine übereilte Osterweiterung dürfte den großen Integrationsfortschritt Westeuropas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zerstören“ (Paul Welfen, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen). Bestehende, zumeist diffuse Vorurteile werden durch ökonomische Ängste im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung geschürt und konkretisiert, wobei die Grundhaltungen, so Witt (2003: 121), teils auch eindeutig polenfeindliche Tendenzen zeigten: „Die Relevanz dieser negativen Stimmung wird noch dadurch legitimiert, dass auch [...] potenzielle Eliten der Zusammenarbeit [...] explizit antipolnische Stimmungen schüren“ (vgl. diesbezüglich z. B. auch Kirchoff 2004: 31).

verschwinden sollen. Den östlichen EU-Außengrenzregionen mit ihren seinerzeit 15 Mitgliedsstaaten wurde im Zuge des angestrebten Zusammenwachsens Europas eine politisch und sozial besondere und zugleich unmittelbare Bedeutung zugemessen. Sie wurden als Modellregionen im regionalen bzw. lokalen Kontext, als Räume des direkten Kontakts und des persönlichen Austauschs zwischen unterschiedlichen Kulturen und sozialen Wissensbeständen an der Nahtstelle der wachsenden europäischen Staatengemeinschaft angesehen. Zudem wurden sie als eine Art Gradmesser für die Gesamtsituation hinsichtlich des Gelingens oder aber des Scheiterns des Europäischen Integrationsprozesses betrachtet. In gewisser Weise wurde ihnen die Rolle eines politisch instrumentalisierten Mikrolaboratoriums zugewiesen, in dem die Möglichkeiten und Erfolge der interkulturellen Annäherungs- und Integrationsprozesse durch die Überwindung nationalstaatlicher Grenzen in Europa zuerst (im Kleinen) erprobt und auch gemessen werden könnten (vgl. z. B. Stryjakiewicz 2002; Matthiesen 2002; Matthiesen/Bürkner 2002a; 2002b). Sie sollten ein Indikator sein für das Gelingen des europäischen Integrationsprozesses und die Überwindung (aber auch die Reproduktion) bestehender Stereotype, Vorurteile und Ressentiments, die speziell die Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen seit Jahrhunderten begleiten und bis heute immer wieder für Verstimmungen und (insbesondere lokal bzw. regional) Aufsehen erregende Zwischenfälle sorgen.

Die Nähe oder Distanz zwischen den Räumen beiderseits der Grenze ist keineswegs nur von den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Strukturen abhängig. Ganz entscheidend verantwortlich für künftige sozial- und wirtschaftsräumliche Entwicklungsprozesse und grenzüberschreitende Handlungsnetzwerke sind auch die Mentalitäten, Erfahrungen und Handlungsroutinen der lokalen bzw. regionalen Alltagskulturen sowie deren Problem- und Optionenzusammenhänge, zumal sie gerade auch im Zuge des angestrebten europäischen Integrationsprozesses Top-down- und Bottom-up-Ansätze miteinander verknüpfen können. In der Grenzregion wird auf der Ebene des direkten Kontakts im Kontext alltäglicher Erfahrungen über die Akzeptanz des *Anderen* und *Fremden* jenseits der Grenze entschieden (vgl. z. B. Bürkner 2002; Matthiesen/Bürkner 2002a).<sup>8</sup>

Vor diesem Hintergrund wendet sich die vorliegende Arbeit dem Diskurs zum *Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung zum 1. Mai 2004* zu. Die empirische Datenbasis stammt aus den Jahren 2001 bis 2004 und bezieht sich auf die drei deutschen Grenzstädte Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz. Sie sind der jeweils westliche Teil der ehemals flussübergreifend gemeinsamen deutschen, nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 jedoch durch eine Staatsgrenze überwiegend entlang der Flüsse Oder und Lausitzer Neiße geteilten deutsch-polnischen Zwillingstädte Frankfurt (Oder)/Słubice, Guben/Gubin sowie Görlitz/Zgorzelec.<sup>9</sup> Die drei als Repräsentanten für die deutsche Grenzregion zu Polen insgesamt adressierten Städte waren bis 1990 Teil der

<sup>8</sup> Unter Alltagskulturen wird mit Matthiesen (2001: 40) der „Zusammenhang von alltäglichen Praxis- und Wissensformen, von eingelebten Praktiken und ihren implizit gewussten Normen, die unser Leben mit Relevanzen versorgen“ verstanden; sie entscheiden wesentlich mit über die Öffnung oder Schließung von biographischen, lokalen bzw. regionalen Chancen, sie können z. B. Neugierde auf Innovationen und Veränderungen befördern oder aber auch Ängste verstärken und zu kulturellen Grenzbeziehungen und Abschottungen führen. Als Mentalität wird eine geistig-seelische Disposition im Sinne einer Schicht von Glaubensgewissheiten, ein gewachsenes intuitives Beziehungsgefüge von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern der sozialen Wirklichkeit in einer spezifischen gesellschaftlichen Konfiguration, gefasst (vgl. Alheit et al. 2004: 12 ff.).

<sup>9</sup> Frankfurt (Oder) und Słubice, Guben und Gubin sowie Görlitz und Zgorzelec sind drei Repräsentanten, andere, früher zusammengehörige, seit 1945 durch die deutsch-polnische Grenze geteilte Doppelstädte bilden unter anderem auch Zittau und Bogatynia (ehemals Reichenau), Bad Muskau und Leknica (ehemals Lugknitz), Küstrin-Kietz und Kostrzyn (ehemals Küstrin) sowie Ahlbeck und Swinoujście (ehemals Swinemünde); in Forst hingegen z. B. wurden nach 1945 die östlich der Neiße gelegenen Stadtteile völlig abgerissen (vgl. Grimm 1998: 193 f.).

DDR und sind somit auch in vielerlei Hinsicht von den spezifisch realsozialistischen Vergesellschaftungsmerkmalen und Sozialisationsmustern geprägt. Sie waren dem damaligen (wechselhaften) Grenzbeziehungsmodell zur benachbarten Volksrepublik Polen unterworfen und sind vom trennenden Charakter der Staats- – sowie zugleich z. B. insbesondere auch der unumstritten harten Sprach- – Grenze in ihrer Entwicklung besonders beeinflusst. Durch die EU-Erweiterung erfolgte eine Re-Definition der Grenze, die (mindestens) vierte in nicht einmal 60 Jahren. Für die Region zog dies besondere Veränderungen nach sich, z. B. grenzüberschreitende Annäherungs- und Integrationsprozesse unter anderem im Rahmen von Städtepartnerschaften oder der bereits seit Beginn der 1990er Jahre institutionalisierten Euroregionen. Hier wurde und sollte auch an historische Traditionen und Wissensbestände im interkulturellen Miteinander angeknüpft werden.

Die Datenbasis der empirischen Analysen repräsentieren zwei unterschiedliche Ebenen bzw. Sektoren des Diskurses im Sinne von sozialen Orten, von denen aus eine Beteiligung am Diskurs zum *Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung* stattfindet: zum einen regionale Tageszeitungen, zum anderen lokale Funktionsträger mit besonderem, praxisgesättigtem Sonder- bzw. Insiderwissen.

Massenmedien machen ihren Rezipienten nicht nur Deutungsangebote und fungieren als *Agenda-Setter* – sie (be-)setzen also Themen und Themenschwerpunkte (vgl. z. B. Bonfadelli/Friemel 2015) –, sondern sie haben eine herausragende Bedeutung für die Gestaltung und Strukturierung von Diskursen, die (Re-)Produktion von spezifischen Wahrheiten, die (In-)Formation und Konstitution von individuellem und kollektivem Bewusstsein sowie die Konstruktion und massenhafte Verbreitung von spezifischen sozialen und räumlichen Wirklichkeiten (vgl. z. B. Jäger 1999; Glasze/Mattisek 2009b).<sup>10</sup> Dies zeigt sich besonders bei der Berichterstattung über ethnische Minderheiten, Migration und Integration, indem sie z. B. bestehende ethnische Ungleichheiten und rassistisch begründete Einstellungen und soziale Praxen reproduzieren und verstärken oder aber zu Aufklärung und Sensibilisierung beitragen. Sie besitzen zugleich Macht über die Formulierung von alternativen Wirklichkeitsentwürfen (vgl. z. B. Merten 1986; van Dijk 1991a; Jäger/Link 1993b; Brosius/Esser 1995; Zentrum für Türkeistudien 1995; Jung et al. 1997; Scheffer 1997; Butterwegge/Hentges 2006). Für den speziellen regionalen Forschungsfokus von herausragender Bedeutung ist entsprechend die Berichterstattung der in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz jeweils monopolistisch agierenden regionalen Tageszeitung in ihrer jeweiligen Lokalausgabe: die *Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)* für Frankfurt (Oder), die *Lausitzer Rundschau (Ausgabe Guben)* für Guben sowie die *Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung)* für Görlitz.<sup>11</sup> Als theoretische und methodische Grundlage der Printmedienanalyse fungiert die *Kritische Diskursanalyse*, die vor allem von Siegfried Jäger im Anschluss an die Diskurstheorie von Michel Foucault (vgl. insbesondere Foucault

<sup>10</sup> Die spezielle Schreibweise bei Komposita wie den genannten (In-)Formation, (Re-)Produktion und (be-)setzen hebt auf deren Ambiguität ab: Massenmedien besetzen beispielsweise Themen und setzen Themenschwerpunkte, sie produzieren und reproduzieren spezifisches Wissen und sie informieren Menschen und formieren individuelles und kollektives Bewusstsein.

<sup>11</sup> Im Folgenden, generell betreffend die jeweils in Klammern genannte Lokalausgabe für Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz in gedruckt vertriebener Form, abgekürzt als *MOZ*, *LR* und *SZ* (detaillierter zum Analysedesign siehe Kap. 5.1). Da der Fokus von Lokal- und Regionalzeitungen auf ein räumlich, nicht aber thematisch begrenztes Gebiet gerichtet ist, können sie z. B. gerade bei der Berichterstattung über Migration eine besondere Rolle ausfüllen: Sie können den übergeordneten Themenkomplex auf konkrete Beispiele und Entwicklungen vor Ort beziehen und somit zur interkulturellen Verständigung oder aber zu kultureller Abschottung beitragen (Sibum 2010: 110).

1971; 1973; 1974; 1978; 1996) konzipiert wurde (vgl. Jäger 1999).<sup>12</sup> Dadurch können *überindividuelle Strukturen* des Handelns, Sprechens und Denkens von Menschen und entsprechender Makrostrukturen gesellschaftlicher Bedeutungszusammenhänge zum *Thema Migration* im Untersuchungsraum herausgearbeitet und detailliert dargestellt werden.<sup>13</sup>

Um vor allem vertiefende Einblicke in die Gestalt und Genese von spezifischen sozialen Wissensbeständen und Bedeutungszuweisungen, lokalen Relevanzstrukturen und kollektiven Sinnkonstruktionen, dominanten Diskurspositionen und diskursiven Haltungen sowie deren lebensweltliche Einbettung und spezielle lokal-soziokulturelle Kontextualisierung im Untersuchungsraum zu erhalten, wurden ergänzend zur Analyse des regionalen Printmediendiskurses eine Reihe von offenen, leitfadenorientierten Experteninterviews mit Funktionsträgern aus Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz geführt. Die Zielgruppe ist für das *Thema Migration* in der deutschen Grenzregion zu Polen aufgrund von tätigkeitsspezifischen Insiderwissensbeständen als relevant zu betrachten. Maßgebend für die Auswahl der Gesprächspartner sowie die Durchführung und Auswertung der Experteninterviews sind die Arbeiten von Michael Meuser und Ulrike Nagel (Meuser/Nagel 1991; 1997).

Die Betrachtung dieser beiden Teilsektoren des Diskurses zum *Thema Migration* verspricht, gerade in Anbetracht des im Untersuchungsraum sozialräumlich konstitutiven EU-Grenzregimes, tiefe Einblicke in die regionalen bzw. lokalen sozialen Milieus, die spezifischen soziokulturellen Wirklichkeiten, die aktuell gültigen Wissensordnungen und Wahrheiten sowie die normativ-hegemoniale Verfestigung von gesellschaftlichen Stimmungen, Einstellungen und Identitätskonstruktionen. Dies ist umso wichtiger, als bisherige Analysen der Situation in der Grenzregion das konkrete Zusammenwirken von Migrationsprozessen, der sozialräumlichen Verhältnisse und der diskursiven Verarbeitung der alltagsweltlichen Realitäten im Kontext der spezifischen Grenzraumsituation kaum beleuchtet haben.

Migration – und auch die Personenbezeichnung Migrant(en) – wird im Sinne der diskursanalytischen Untersuchungsperspektive als analytische Kategorie gefasst. Dies ist gerade auch deshalb angemessen, als die gängigen Kategorisierungen von Migranten (z. B. als *Ein-/Zuwanderer, Flüchtlinge, Asylbewerber, Arbeitsmigranten, EU-Bürger, Drittausländer*) angesichts der Heterogenität und Komplexität des internationalen Migrationsgeschehens zu Beginn des 21. Jahrhunderts sowie entsprechender transnationaler Systeme und Netzwerke mit Bezug zu Deutschland mehr durch tief gestaffelte politische und soziale Prozesse, staatliche Regelungsmechanismen und juristische Klassifikationen denn durch Merkmale der migrierenden (Gruppen von) Menschen selbst bestimmt werden.<sup>14</sup> Vergleichbar wird es mit der Benennung einer

<sup>12</sup> Die erste umfassende Gesamtdarstellung der *Kritischen Diskursanalyse* legte Siegfried Jäger 1993 vor; im Folgenden wird sich in erster Linie auf die zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage von 1999 bezogen, auch wenn in den darauffolgenden Jahren weitere Auflagen folgten.

<sup>13</sup> Wie die analysierten Medien (bzw. Texte) rezipierenden Menschen allerdings das vermittelte Wissen zum *Thema Migration* und die von den Medien dargestellte spezifische gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrem alltäglichen Handeln faktisch umsetzen – wie also der Diskurs auf Subjekte *konkret wirkt* –, darüber liefert die *Kritische Diskursanalyse* (wie auch andere diskursanalytisch informierte Forschungskonzeptionen) keine validen Erkenntnisse; dass der Diskurs der Medien aber *irgendwie wirkt*, ist unbestritten. Für weitergehende methodische Reflexionen zu sozialwissenschaftlich motivierter Diskursanalyse sei hier statt anderer auf die umfassenden Werke von Keller et al. (2001; 2003) verwiesen.

<sup>14</sup> Eine Folge davon sind z. B. unterschiedlichste rechtlich begründete Absicherungen des Aufenthaltsstatus, die selbst Menschen derselben Staatsangehörigkeit sehr scharf, mit möglichen existenziellen individuellen Folgen, voneinander trennen können. Unter (internationale) Migration wird ganz allgemein die auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von (Gruppen von) Menschen über nationalstaatliche Grenzen hinweg gefasst, wobei sich zahlreiche verschiedene, in Teilen praktisch aber kaum voneinander zu differenzierende Erscheinungsformen räumlicher Wanderungen unterscheiden lassen (grundlegend zur rezenten Migrationsforschung vgl. z. B. Pries 1999; 2001; 2003; Nuscheler 2004; Castro Varela/Mecheril 2011). Welche Merkmale im Einzelnen innerhalb eines Diskurses der Differenz zur

gesetzlich nicht erlaubten bzw. nicht regelkonformen Migration (bzw. Einwanderung und in der Folge eines nicht regelkonformen Aufenthalts) gehandhabt: Sie wird (im Sinne einer analytischen Kategorie) als *irreguläre* Migration, im Gegensatz zum bis heute alltagsdiskursiv weit gebräuchlicheren Begriff *illegale* Migration, bezeichnet. Der letztgenannte Begriff stigmatisiert und diskriminiert Menschen per se, weil er ein Verständnis von Migration als kriminelle Handlung in sich trägt und Migration sowie damit auch die migrierenden Menschen selbst bereits in einen spezifischen handlungsleitenden Kontext setzt. Allerdings bezeichnet er angesichts der faktisch stattfindenden Kriminalisierung von Migration in den meisten Ziel- und Transitstaaten den Umgang mit dieser Form der Migration jedoch wesentlich präziser, ebenso wie die wesentlichen Aspekte der Lebensrealität der migrierenden Menschen: Er beschreibt sie nämlich implizit als permanenten Konflikt mit unterschiedlichen Rechtsnormen und damit verbundene, gesellschaftlich komplex institutionalisierte Formen der Sozialkontrolle, der Repression und der Prävention (vgl. Kiza 2008; Schönwälder et al. 2004 sowie z. B. auch Alt 1999; 2003).<sup>15</sup>

Untergliedert ist die vorliegende Arbeit im Folgenden in fünf zentrale Abschnitte. Zunächst wird in *Kapitel 2* der für die diskursanalytische Untersuchung relevante *Forschungsstand* zu Migrationsdiskursen in Deutschland rekapituliert. Das Augenmerk liegt dabei auf den auf Migration bezogenen Zugangsweisen der sprach- und sozialwissenschaftlichen Forschung sowie der Etablierung und Entwicklung diskursanalytischer Forschungskonzeptionen in der deutschsprachigen Humangeographie.

Anschließend wird in *Kapitel 3* der diskurstheoretische Hintergrund des empirischen Vorgehens in Anlehnung an die *Kritische Diskursanalyse* entfaltet, wie sie maßgeblich von Siegfried Jäger, aufbauend auf der Diskurstheorie von Michel Foucault und unter Bezugnahme auf die Tätigkeitstheorie von Alexej N. und Alexej A. Leontjew sowie die Forschungsarbeiten zu Normalismus und zur Kollektivsymbolik von Jürgen Link, entwickelt und in zahlreichen Analysen besonders von Diskursen der Differenz praktisch erprobt wurde.<sup>16</sup> Damit verortet sich die

---

Unterscheidung zwischen *Autochthonen*, *Einheimischen*, *Deutschen*, *Inländern* etc. auf der einen Seite sowie *Allochthonen*, *Fremden*, *Migranten*, *Ausländern* etc. auf der anderen jeweils als entscheidend ausgewählt werden und mit welchen Konsequenzen dies für die Gruppe der Betroffenen verbunden ist, richtet sich nach dem gesellschaftlichen Kontext und den verfolgten politischen Zielen, ist also von unterschiedlichen historischen, sozialen, psychologischen, gesellschaftlich-ideologischen etc. Faktoren abhängig und unterliegt kollektiven Definitionsprozessen und Konventionen.

<sup>15</sup> Definieren lässt sich eine *irreguläre* (bzw. *illegale* sowie von einigen Sprechern und Autoren unter anderem auch als *illegalisiert*, *undokumentiert*, *heimlich*, *klandestin* oder *papierlos* bezeichnete) Migration allein als Komplement zu einer *legalen*, *gesetzeskonformen* Migration, die unter Berücksichtigung aller Formalitäten und rechtlichen Normen stattfindet, die auf nationalstaatlicher Ebene an den einzelnen Migranten herangetragen werden: Die gesetzliche Nonkonformität bei Grenzüberquerung und/oder Aufenthalt und/oder Beschäftigung ist demzufolge das definitorische Hauptmerkmal einer *irregulären* bzw. *illegalen* Migration (Kiza 2008: 27 f.). Eine universelle Kategorisierung unterschiedlicher Formen einer entsprechenden *Irregularität* bzw. *Illegalität* von Menschen ist aufgrund von Staat zu Staat unterschiedlicher und mit der Zeit auch immer wieder veränderten Gesetzeslagen kaum möglich; dennoch lassen sich betreffend (der Kombination) der drei staatlichen Kontrollinteressen, die *Einreise*, der *Aufenthalt* und die *Beschäftigung* von Personen, mindestens sechs Formen unterscheiden, die jedoch selten in Reinform, sondern vielmehr als (nach- oder nebeneinander stattfindende, komplexe) Prozesse des *Irregulär- bzw. Illegal-Werdens* anzutreffen sind (a. a. O.: 28 f.). In Bezug auf die Motive unterscheidet sich eine *irreguläre* zumeist nicht oder nur geringfügig von einer *legalen* Migration; allerdings resultieren aus *Irregularität* bzw. *Illegalität* zahlreiche ernsthafte Konsequenzen, was den Aufenthalt und den Prozess der Migration an sich betrifft: Nicht regulär aufhältige Migranten leben in den Zielstaaten meist in einer „Schattenwelt“ (Alt 2003) in einem Zustand ständiger Vulnerabilität und Exklusion (vgl. z. B. auch Alt 1999; Alt/Bommes 2006; Neske 2006; 2007).

<sup>16</sup> Sie stellt zahlreiche, für das Forschungsanliegen der vorliegenden Arbeit teils auch zu filigrane Instrumente zur Analyse von Diskursen bereit, „eine Krücke, die beim Gehen hilft“, wie Jäger (1999: 186) auch metaphorisiert. Das Analyseverfahren der *Kritischen Diskursanalyse* ist vor allem als (offene) Werkzeugkiste für Diskursanalytiker konzipiert, aus der (selbstredend wohlbegründet) jene Werkzeuge entnommen (und z. B. für unterschiedliche Fragestellungen modifiziert) werden können, die zur Bearbeitung eines konkreten Forschungsgegenstandes hilfreich und Ziel führend sind. Siegfried Jäger versteht seine Analysemethode demzufolge nicht als „Rezept“ oder eine „starre „Methode““, sondern „als Einstiegshilfe für konkrete Analysen“, als pragmatische Möglichkeit, damit Diskurse trotz „ihres ‚großen Wucherns‘“ und ihrer Verflochtenheit überhaupt analysiert werden können (a. a. O.: 171 ff.).

vorliegende Arbeit im Feld der sozial- und kulturwissenschaftlichen Diskursforschung, das in jüngerer Vergangenheit auch für die Humangeographie erschlossen wurde.

Da ein Diskurs in einem bestimmten Raumausschnitt zu einer bestimmten Zeit und zu einem bestimmten Thema Ausdruck eines speziellen, für die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft des adressierten Raums wesentlichen diskursiven Kontexts ist (vgl. z. B. Jäger/Zimmermann 2010: 42 f.), werden in *Kapitel 4* in groben Zügen die für die empirischen Analysen zum *Thema Migration* in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung grundlegenden Rahmenkontexte vergegenwärtigt, denn das jeweils Aktuelle ist ohne das Vergangene nicht zu denken: Die analysierten Diskurse sind historisch und sozial verwurzelt und entsprechend kontextualisiert zu betrachten, sie sind eingebettet in die zurückliegenden Entwicklungen. Entsprechend werden zunächst die zentralen ausländer- und migrationspolitischen Entwicklungen in Deutschland sowie auf europäischer Ebene dargestellt, anschließend qualitative Grundzüge der Geschichte der Betrachtung und Bewertung von Migration bzw. Migranten in Deutschland sowie abschließend grundsätzliche Charakteristika der deutschen Grenzregion zu Polen entlang Oder und Lausitzer Neiße.

*Kapitel 5* eröffnet den empirischen Teil der Arbeit und gibt den *Diskurs zum Thema Migration im Untersuchungsraum im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen* wieder. In den ersten drei Abschnitten werden zunächst die Materialbasis der Analysen, die forschungsleitenden Fragestellungen sowie schließlich der Gang der Analyse der Berichterstattung der *Märkischen Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)*, der *Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben)* sowie der *Sächsischen Zeitung (Görlitzer Zeitung)* vorgestellt. *Kapitel 5.4* beinhaltet, untergliedert in sechs Teilabschnitte, die Ergebnisse der Strukturanalysen der Berichterstattung.<sup>17</sup> Beschlossen wird *Kapitel 5* durch eine Zusammenführung sämtlicher Teilergebnisse.<sup>18</sup>

*Kapitel 6* beinhaltet die Analyse des *Diskurses zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene lokaler Experten* aus Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz. Eingangs werden in vier Teilkapiteln das forschungsleitende Erkenntnisinteresse der Experteninterviews, die Auswahl der Interviewpartner, die Erhebung der Interviews sowie schließlich das Vorgehen bei der Auswertung der erhobenen Texte erläutert. *Kapitel 6.5* umfasst, unterteilt in vier Teilkapitel, die Ergebnisdarstellung der Interviewanalysen, die, getrennt nach drei thematischen Komplexen und den drei Städten sowie schließlich auch den unterschiedlichen Funktionskontexten der insgesamt 17 Interviewpartner, durch Zwischenfazit der Analyseergebnisse strukturiert und zu guter Letzt von einer Gesamtzusammenfassung der Untersuchungsergebnisse abgerundet wird.<sup>19</sup>

*Kapitel 7* bilanziert die vorliegende Arbeit. Hier werden nicht nur die Angemessenheit des methodischen Vorgehens reflektiert und die Untersuchungsergebnisse auf Ebene regionaler Tageszeitungen sowie lokaler Experten zusammenfassend resümiert, sondern auch die zentralen Befunde der empirischen Analysen und die Beschaffenheit der erfassten Diskurse rekapituliert.

<sup>17</sup> Eine Strukturanalyse erfasst die Themen und Unterthemen sowie alle Diskursfragmente eines ausgewählten Diskursstranges in ihrer qualitativen Bandbreite und quantitativen Dichte und stellt die wesentlichen Merkmale heraus (unter anderem Inhalt, Personenmarkierung, Verwendung von Kollektivsymbolik; vgl. Jäger 1999: 172; 191; Jäger/Zimmermann 2010: 115 sowie auch Kap. 5.3).

<sup>18</sup> Nähere Angaben zur Darstellung der verschriftlichten Analyseergebnisse finden sich einleitend in Kap. 5.4.

<sup>19</sup> Detaillierter zur Darstellung der Untersuchungsergebnisse siehe Kap. 6.5.

## 2 Forschungsstand

Empirische Analysen, die sich explizit dem Diskurs zum *Thema Migration* in der deutschen Grenzregion zu Polen, noch dazu mit Blick auf die EU-Erweiterung bzw. den EU-Beitritt Polens, widmen, liegen meines Wissens bislang nicht vor. Indes ist der Diskurs zum *Thema Migration nach Deutschland*, respektive zu den Themen *Ein- bzw. Zuwanderung*, *Asyl* oder auch allgemein zu *Ausländern* als Antagonismus zu den zur eigenen *Wir-Gruppe* als zugehörig erklärten *Inländern* bzw. *Deutschen*, in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu dem der DDR – recht gründlich erforscht und detailliert beschrieben worden.<sup>20</sup> Bereits erste systematische Inhaltsanalysen der Berichterstattung von (Massen-)Medien sowie der öffentlichen Rede von Politikern über ethnische Minderheiten bzw. Migranten arbeiteten vor allem auf Sprache basierende Darstellungsmuster und soziale Ausgrenzungsformen sowie bestimmende Argumentationen bei der Konstruktion von Belastungen und Bedrohungen für Deutschland und die Deutschen durch *Ausländer* bzw. *Fremde* heraus (vgl. z. B. Delgado 1972; Eulgem et al. 1980; Heine 1980; Segal 1981; Ruhrmann/Kollmer 1985; 1987; Merten 1986; 1987; Funcke 1987; Janke 1987; Kühne-Scholand 1987). In diesem Zusammenhang rückte auch in der deutschsprachigen sprach- und sozialwissenschaftlichen Forschung zunehmend die Rolle der (Massen-)Medien bei der Bildung, Legitimation und Verankerung von sozialen Differenzierungen ins Blickfeld des wissenschaftlichen Interesses, ferner bei der Genese und Verfestigung von negativ akzentuierten Einstellungen gegenüber bestimmten Personengruppen sowie von Vorurteilen, Stereotypen und Rassismus und der Eskalation fremdenfeindlich motivierter Gewalt. Dies wurde in besonderem Maße seit den Transformationsprozessen in Europa ab Ende der 1980er Jahre relevant (vgl. z. B. Dallinger et al. 1987; Metin 1990; Spieles 1993; Jäger/Link 1993b; Winkler 1994; Brosius/Esser 1995; Zentrum für Türkeistudien 1995; Ruhrmann 1997; Scheffer 1997; Zick 1997; Butterwegge et al. 1999; Mielke 1999; Meißner/Ruhrmann 2000; Ruhrmann/Demren 2000; Schatz et al. 2000; Rösch 2001; später z. B. auch Butterwegge/Hentges 2006; Geißler/Pöttker 2006; Bonfadelli/Moser 2007; Trebbe 2009). Parallel dazu wurden ab den 1980er Jahren im Zuge zahlreicher diskursanalytischer Projekte insbesondere im Umfeld des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) sowie der Bochumer Diskurswerkstatt und der Zeitschrift „kultuRRevolution – zeitschrift für angewandte diskurstheorie“ mit Bezug auf die rezente Rassismusforschung (vgl. z. B. Balibar/Wallerstein 1990; IMR 1992; Memmi 1992; Miles 1999; Hall 2000a; 2000b; Rätzkel 2000; Taguieff 2000; Morgenstern 2002) sowie eng verbunden mit Ansätzen der englischsprachigen Soziolinguistik und insbesondere der strukturalistisch orientierten *Critical Discourse Analysis* (vgl. z. B. van Dijk 1984; 1985; 1987; 1991a; 1991b; 1993b; Fairclough 1989; 1992; 1995a; 1995b; Fairclough/Wodak 2003) umfangreiche empirische Forschungsergebnisse zum Migrations- bzw. Einwanderungsdiskurs in der Bundesrepublik vor allem auf Ebene der Medien, der Politik und des alltäglichen Sprechens publiziert. Sie orientierten sich an den diskurstheoretischen Ansätzen von Michel Foucault und repräsentierten oftmals dezidiert eine Konzeption von Wissenschaft, die diese insbesondere als kritische Instanz mit der Aufgabe betrachtet, soziopolitische Prozesse und Strukturen kritisch zu begleiten und zu hinterfragen (vgl. z. B. Link 1982; 1983a; 1983b; 1988; 1992; 1997; Wolken 1986; Link/Link-Heer 1990; Jäger, S., 1991; 1992; 1993a; 1993b; 1996; Quinkert/Jäger 1991; Gerhard 1991; 1993; 1997; Jäger/Januschek 1992; Althoetmar et al. 1993; Huhnke 1993; 1997;

<sup>20</sup> Speziell für die DDR wurden entsprechende Diskursanalysen nach meiner Kenntnis bislang nicht angestellt.

Wichert 1995; Jäger, M., 1996; Becker et al. 1997; Jäger et al. 1998; Jäger/Jäger 2007).<sup>21</sup> Aus einem Düsseldorfer Forschungszusammenhang ging ferner seit den frühen 1990er Jahren eine systematische empirische Erfassung der Wahrnehmung, Betrachtung und Bewertung von Migration bzw. Migranten im öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik in den verschiedenen zeitlichen Phasen seit 1945 hervor (vgl. z. B. Stötzel 1993; 1996a; 1996b; Stötzel/Wengeler 1995; Böke/Jung/Wengeler 1996; Jung et al. 1997; 2000). Im Rahmen einer vorwiegend diskurshistorisch, linguistisch-mentalitätsgeschichtlich motivierten Zugangsweise erfolgte hier unter anderem die Analyse und Systematisierung von sprachlichen Einzelaspekten wie z. B. den öffentlichen Bezeichnungen für Migranten und damit verbundene Bewertungen (vgl. z. B. Niehr 1993; 1996; 2000; Wengeler 1995; Jung 1997). Ferner detailliert betrachtet wurden unter anderem kontroverse Begriffe und brisante Wörter (vgl. z. B. Wengeler 1993; Stötzel/Wengeler 1995), politische Leitvokabeln und metaphorischer Sprachgebrauch (vgl. z. B. Böke 1996; 1997; Böke/Liedtke/Wengeler 1996) sowie Argumentationsstrategien und entsprechende Topoi (vgl. z. B. Wengeler 1996; 1997; 2000a; 2003; 2006). Auch eine auf internationale Vergleichbarkeit angelegte Diskurslinguistik wurde entwickelt (vgl. z. B. Jung 1996; Niehr/Böke 2000; Wengeler 2000b).<sup>22</sup> Forschungen zur Soziogenese von Fremdheit, der Ethnisierung von sozialen Strukturen und Konflikten sowie der Konstruktion nationaler Identität und Homogenität trugen dazu bei, die Tragweite der Konstruktions- und Konstitutionsprozesse sowie der gesellschaftlichen Kategorisierungen, Differenzbildungen und Hierarchisierungen im Sinne von Diskursen der Differenz zu den *Themen Migration bzw. Ausländern* auch in Deutschland zu erfassen (vgl. z. B. Bielefeld 1991; 2003; Bukow/Llaryora 1993; Bukow 1996; Wodak et al. 1998; Gallmüller-Roschmann et al. 2000). Eine Forschergruppe um Ruth Wodak aus Wien, auch bekannt als so genannte Wiener Schule der Kritischen Diskursanalyse, analysierte die Genese und Formen von Differenzdiskursen unter anderem im Zuge der Transformationsprozesse und der Grenzöffnungen Ende der 1980er Jahre am Beispiel Österreichs und zeigte auf, wie sich dadurch die diskursive Verarbeitung von Fremdwahrnehmungen änderte (vgl. z. B. Wodak et al. 1990; 1993; Matouschek/Wodak 1995; Matouschek et al. 1995; Wodak 1996). Für die deutsche Grenzregion zu Polen stehen entsprechende Untersuchungen noch aus. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der Neudefinition des EU-Territoriums, dessen Umformung und der sich vollziehenden Prozesse des sozialen Zusammenwachsens oder aber Auseinanderdriftens von ehemals *Ost* und *West* eine empfindliche Forschungslücke.

In der deutschsprachigen Humangeographie findet der Einfluss überindividueller Strukturen des Sprechens und Handelns von Menschen und entsprechender Makrostrukturen gesellschaftlicher Bedeutungszusammenhänge in der empirischen Praxis erst seit den späten 1990er Jahren vermehrt Beachtung (vgl. Mattissek 2007a).<sup>23</sup> Mittlerweile indes hat sich die humange-

<sup>21</sup> Vgl. auch: <http://www.diss-duisburg.de/>; <http://zeitschrift-kulturrevolution.de/>; [http://www.konkretion.de/krr\\_152/](http://www.konkretion.de/krr_152/) (Stand: 8. März 2015).

<sup>22</sup> Vgl. auch <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germl/migration/> (Stand: 8. März 2015).

<sup>23</sup> In der angloamerikanischen Humangeographie erfolgte der Beginn einer breiteren Rezeption und Verarbeitung diskursanalytischer Ansätze etwa ab Ende der 1980er Jahre; richtungweisend waren dabei vor allem Impulse der *Cultural Studies*, der *Postcolonial Studies* und der *Feminist Studies*, wodurch sich auch die Humangeographie den *linguistic turn* erschloss und folglich die Konstitution von Gesellschaft und (auch raumbezogenen) Identitäten nicht mehr länger einfach als gegeben akzeptierte. Vielmehr wurden letztere als sozial (durch Sprache) hergestellte Kategorien hinterfragt (vgl. Glasze/Mattissek 2009b: 35 f.; Mattissek/Reuber 2004: 229; a. a. O. auch ausführlich zur Rezeption und Übernahme entsprechender Ansätze in der deutschsprachigen Humangeographie ab Mitte der 1990er Jahre insbesondere im Rahmen der *Feministischen Geographie* sowie neuen Ansätzen zur *Politischen Geographie*).



ographische Diskursforschung zu einem lebendigen und dynamisch voranschreitenden Forschungsfeld entwickelt, das eng mit der interdisziplinären Diskursforschung in den benachbarten Sozial- und Kulturwissenschaften vernetzt und thematisch in vielen Bereichen etabliert ist; und auch in ihrer theoretisch-konzeptionellen Verankerung wie methodischen Umsetzung hat sie sich stark ausdifferenziert (vgl. Glasze/Mattisek 2009b: 49; zur Bedeutung diskursanalytischer Ansätze in der deutschsprachigen Humangeographie auch Gebhardt et al. 2003a; Mattisek/Reuber 2004; Reuber/Pfaffenbach 2005; Glasze/Pütz 2007; Mattisek 2008; Glasze/Mattisek 2009a; Dzudzek et al. 2011; Mattisek et al. 2013).<sup>24</sup> Diskursanalytisch informierte Ansätze repräsentieren inzwischen ein akzeptiertes Verfahren der konzeptionellen und empirischen Arbeit in der Humangeographie, die bei allen internen theoretischen und methodischen Differenzierungen die gemeinsame Auffassung teilen, dass soziale Wirklichkeit durch Zeichensysteme wie Sprache konstituiert wird und dass durch und in Sprache sowie weiteren (nicht-sprachlichen) Zeichensystemen auch Räume (re-)produziert werden (Glasze/Mattisek 2009b: 34).<sup>25</sup> Unterscheiden lassen sich in der diskurstheoretisch inspirierten Humangeographie verschiedene Untersuchungsperspektiven, die unterschiedliche Aspekte der diskursiven Konstitution von gesellschaftlicher Wirklichkeit akzentuieren bzw. vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Annahmen argumentieren. Grob schematisch betrachtet lassen sich strukturalistische Ansätze der Diskursforschung (vgl. z. B. Fairclough 1995a; 2002; 2005; van Dijk 2002; Fairclough/Wodak 2003), die wissenssoziologisch orientierte Diskursforschung (vgl. z. B. Schwab-Trapp 2001; Keller 2005) sowie poststrukturalistische Perspektiven der Diskursforschung (vgl. z. B. Laclau/Mouffe 1985; Angermüller 2007) voneinander unterscheiden (vgl. Glasze/Mattisek 2009b: 31; für einen Überblick unterschiedlicher diskursanalytischer Forschungsperspektiven siehe z. B. auch Keller 1997; 2007; Bublitz et al. 1999; Keller et al. 2001; Diaz-Bone 2002; Warnke 2007; Mattisek 2007a; Mattisek et al. 2013).<sup>26</sup> Verbindende Klammer der unterschiedlichen Forschungs- und Untersuchungsperspektiven ist die Einsicht, dass Diskurse großen Einfluss auf das Handeln, Denken und Sprechen in Gesellschaften und somit auch ihrer Subjekte haben, wohingegen die einzelnen Konzeptionen in ihren diskurstheoretischen Annahmen sowie der praktischen Anwendung bzw. der methodologischen und methodischen Umsetzung in empirischen Diskursanalysen erhebliche Differenzen aufweisen (vgl. Mattisek/Reuber 2004: 230).<sup>27</sup> Entsprechend einer konstruktivistischen Forschungsperspek-

<sup>24</sup> Diskurs ist dabei nicht in seiner Alltagssprachlichen Bedeutung als Äquivalent zu Diskussion oder Debatte von Interesse, sondern es geht um ein Verständnis von Diskursen im Sinne der Formen und Regeln des Denkens, Argumentierens und Handelns als Grundprinzip von Gesellschaftlichkeit bzw. der „Formationen gesellschaftlicher Strukturierung, Praxis und Macht“ (Mattisek/Reuber 2004: 231 f.). Das Feld der diskurstheoretisch inspirierten Humangeographie kennzeichnet mittlerweile eine hohe Dynamik und Vielfalt: Obwohl sich die einzelnen Projekte nicht einem geographischen Teilbereich zuordnen lassen, zeichnen sie sich doch insofern durch gemeinsame Forschungsinhalte aus, als sie sich in der Mehrzahl für Fragen von Macht und Hegemonie sowie Identität und symbolische Repräsentation interessieren (vgl. Mattisek 2007a). Als ein wesentlicher Knotenpunkt der entsprechenden Forschungen fungierte das von 2006 bis 2009 durch die Deutsche Forschungsgesellschaft geförderte Wissenschaftsnetzwerk „Diskursforschung in der Humangeographie“ (vgl. Glasze/Mattisek 2009a).

<sup>25</sup> Diskurstheoretische Ansätze sind insofern auch Teil der Neuen Kulturgeographie (vgl. Gebhardt et al. 2003a; 2007), die konsequent nicht-essenziellistisch und erkenntnistheoretisch „nicht-fundamentalistisch“ ist: Sie liest die Welt konstruktivistisch und relational und erteilt somit der Annahme einer sozialen Praxis vorgängiger Letztelemente wie Individuen, Staaten, Märkte, Kulturen, Handlungen, Strukturen etc. eine Absage (Berndt/Pütz 2007b: 18; vgl. auch Glasze/Mattisek 2009b: 34).

<sup>26</sup> Besonders strukturalistische und poststrukturalistische Forschungsperspektiven wurden häufig über Teilbereiche und Fragestellungen eingeführt, die einen dezidiert gesellschaftskritischen Ansatz vertreten; Beispiele finden sich vor allem in den *Postcolonial Studies*, den *Gender Studies*, in der *Radical Geography* und in den *Critical Geopolitics* (Mattisek 2007a: 39).

<sup>27</sup> Bestimmt sind die diskursanalytischen Konzeptionen in erster Linie durch die Arbeiten von Michel Foucault (vgl. insbesondere Foucault 1971), Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (vgl. insbesondere Laclau/Mouffe 1985) sowie Jacques Lacan

tive nehmen diskurstheoretische Ansätze nicht das intentionale Handeln und Denken von Individuen (Akteuren, Subjekten), sondern diskursive Effekte zum Ausgangspunkt für empirische Arbeiten: Subjektivität repräsentiert nicht den Ursprung, sondern einen Effekt von Diskursen. Daher ist das Interesse auf überindividuelle Praktiken, Muster und Strukturen des Handelns, Denkens, Sprechens und Sich-selbst-Begreifens sowie auf Fragen der Konstruktion, (Re-)Produktion und Stabilisierung – oder auch Veränderung – von Vorstellungen, Handlungslogiken, symbolischen Repräsentationen sowie Subjektivität bzw. Identität in diskursiven Prozessen und damit verbundene Fragen von Macht und Hegemonie gerichtet (Mattissek 2007a: 37; Glasze/Mattissek 2009b: 11 f.).<sup>28</sup> Räume und räumliche Strukturen konzipiert die Diskursforschung dementsprechend als nicht einfach objektiv oder natürlich gegeben, sondern als Gegenstand sozialer Konstruktionen, die diskursiv produziert und vermittelt werden (Gebhardt et al. 2003b), als „permanent in gesellschaftliche Konstruktions- und Produktionsprozesse eingebettet“ (Mattissek et al. 2013: 251), wobei die Herstellung und Verfasstheit bestimmter Räume und Raumvorstellungen und somit auch sozialer Wirklichkeit eng mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Machteffekten verbunden ist: Schließlich ist „die Konstitution bestimmter Räume eng verknüpft mit der hegemonialen Durchsetzung bestimmter sozialer Wirklichkeiten“ (Glasze/Mattissek 2009b: 12 f.).<sup>29</sup> Mit der Verschränkung von sozialen Differenzierungen (insbesondere „eigen/fremd“) mit räumlichen Differenzierungen (insbesondere „hier/dort“) werden die sozialen Differenzierungen „objektiviert“ und „naturalisiert“, womit die Konstitution spezifischer Räume ein zentrales Element der diskursiven Produktion hegemonialer sozialer Ordnungen ist (a. a. O.: 42).<sup>30</sup> In diesem Sinne eröffnen diskurstheoretische Zugänge auch – speziell im Bereich der humangeographischen Forschung – eine Vielzahl von neuen Perspektiven für die Untersuchung des Zusammenhangs, der Wechselwirkungen und

---

(vgl. insbesondere Lacan 1973), wobei in der praktischen Anwendung die unterschiedlichen Untersuchungsperspektiven keineswegs immer scharf zu trennen sind und viele Autoren auf Konzepte aus unterschiedlichen Diskurstheorien zurückgreifen. Demzufolge herrscht gerade im Feld der diskursanalytischen Forschungen der deutschsprachigen Humangeographie eine große Vielfalt und ein recht heterogenes Nebeneinander von insbesondere strukturalistischen und poststrukturalistischen aber auch wissenssoziologischen Konzeptionen vor, die sich wiederum in unterschiedlichen Weltansichten, Fragestellungen und methodischen Zugriffen niederschlagen. Die empirische Operationalisierung der – vor allem strukturalistisch und poststrukturalistisch geprägten – diskurstheoretischen Ansätze steht dabei vor der grundsätzlichen Herausforderung, dass sie weder unmittelbar auf wissenschaftliche Ansätze, die auf die Abbildung einer „objektiven Wirklichkeit“ abzielen, noch auf Verfahren der verstehenden, qualitativen Sozialforschung zurückgreifen können, zumal sich auch die diskurstheoretischen Vordenker wie Foucault, Laclau und Mouffe in ihren Schriften kaum zu einer empirischen Umsetzung ihrer Theorien geäußert haben (vgl. Mattissek et al. 2013: 270; zur empirischen Forschungspraxis ausführlich z. B. Angermüller et al. 2001; 2013; Keller et al. 2003; einen umfassenden Überblick über Strategien der empirischen Umsetzung diskurstheoretischer Ansätze in der humangeographischen Forschungspraxis liefern insbesondere die Beiträge in Glasze/Mattissek 2009a).

<sup>28</sup> Für Mattissek/Reuber (2004: 231) kennzeichnen diskursanalytisch informierte Ansätze in einem humangeographischen Kontext vor allem drei gemeinsame Grundannahmen: „Anerkennung des Konstruktionscharakters der sozialen Welt und der Unmöglichkeit einer ‚objektiven‘ Abbildung der ‚Realität‘, [...] Abkehr von einem essentialistischen Raum-Verständnis, [...] Anerkennung der Rolle der Sprache bei der Konstitution gesellschaftlicher (und ‚räumlicher‘) Wirklichkeit.“ Subjektivität und Identität repräsentieren keinen essenziellen Kern, kein stabiles *ich* oder *wir*, sondern entstehen immer nur temporär dadurch, dass sich Individuen und soziale Kollektive von einem *anderen* abgrenzen; erst in sich ständig wiederholenden und gegenseitig unterlaufenden Abgrenzungsprozessen von der Umwelt entsteht die (illusionäre) Vorstellung einer eigenen Identität (Mattissek 2007a: 41). Indem bestimmte Diskurse hegemonial und andere marginalisiert werden, werden bestimmte Wahrheiten und letztlich bestimmte soziale Wirklichkeiten hergestellt; hierin liegt der Machteffekt von Diskursen: „Macht wird damit weder als Ressource oder Eigenschaft einzelner Akteure verstanden, noch als abstrakte repressive Kraft, die ‚von oben‘ auf Menschen einwirkt. Vielmehr ist Macht sämtlichen sozialen Beziehungen inhärent“ (Glasze/Mattissek 2009b: 12).

<sup>29</sup> Die Kritik eines essenziellen Raumbegriffs ist in der Geographie seit den 1980er Jahren verbreitet (zur theoretischen Auseinandersetzung mit der Kategorie „Raum“ in der deutschsprachigen Humangeographie vgl. z. B. Werlen 1987; 1995; 1997; 2010a; 2010b; Hard 1986; 1999; 2008; Weichhardt 1999). Damit setzte sich zunehmend die Einsicht durch, dass *Raum* nicht an sich Bedeutung trägt, sondern in vielfältiger Weise mit Bedeutung aufgeladen wird, Räume also Ausdruck und Konsequenz sozialer Praktiken und Strukturen und Gegenstand sozialer Konstruktion sind, die diskursiv (re-)produziert und vermittelt werden (Mattissek/Reuber 2004: 228 ff.; vgl. z. B. auch Blotvogel 1995; Gebhardt et al. 2003a).

<sup>30</sup> Diskursive Prozesse ziehen räumliche Grenzen und konstituieren raumbezogene Identitäten und grenzen dadurch Bereiche des *Eigenen* und des (als *anders* definierten) *Fremden* ab (Glasze/Mattissek 2009b: 15; vgl. auch Redepennig 2006).

Abhängigkeiten zwischen raumbezogenen Identitätsmustern, sozialen Wissens- und Wahrheitsordnungen zum einen sowie Machtverhältnissen zum anderen (Mattissek et al. 2013: 268).<sup>31</sup> Sie bieten die Chance, die soziale Produktion von Bedeutungen und Zuschreibungen und damit die gesellschaftliche Produktion miteinander verschränkter „spezifischer Wahrheiten und spezifischer sozialer und räumlicher Wirklichkeiten“ sowie die damit verbundenen Machteffekte theoretisch zu fassen (Glasze/Mattissek 2009b: 11) und offen zu legen, dass empirisch beobachtbare Differenzen nicht vorgegeben, niemals absolut oder endgültig fixiert sind, sondern der gesellschaftlichen Konstruktion von Wissen, Wahrheit und Identitäten und den jeweils mit diesen assoziierten Normen und *normalen* Verhaltensweisen unterworfen und somit Teil einer kontingenten, also prinzipiell veränderbaren sozialen Wirklichkeit sind (Mattissek et al. 2013: 249).<sup>32</sup> Dadurch können auch scheinbar gegebene und diskursiv als selbstverständlich, unumstößlich oder objektiv wahr dargestellte oder als *normal* akzeptierte soziale Verhältnisse oder gesellschaftliche Strukturierungsprinzipien, Machtkonstellationen und Ungleichheitsverhältnisse problematisiert sowie Handlungsspielräume und Veränderungsmöglichkeiten in angeblich eindeutigen Situationen aufgezeigt werden (Glasze/Mattissek 2009b: 43 f.).<sup>33</sup> Angewandt wurden diskurstheoretisch informierte Ansätze bereits in einem breiten Spektrum humangeographischer Teilbereiche, vor allem konzentriert auf die Analyse von (umkämpften) Grenzziehungsprozessen, Raumproduktionen und Praktiken der gesellschaftlichen Inklusion und Exklusion sowie z. B. auch der Stigmatisierung von Menschen und Räumen, die Analyse von Bedeutungszuschreibungen zu den so konstituierten Raumeinheiten sowie die Analyse von Identitätskonstruktionen mit räumlichen Bezügen (vgl. Mattissek 2007a: 43).<sup>34</sup>

Die sozial- und raumwissenschaftliche Grenzraumforschung hat bislang in erster Linie essenzielle Strukturen in den Blick genommen, gerade auch in der deutsch-polnischen Grenzregion – insbesondere ökonomische Peripherisierungs- und gesellschaftliche Transformationsprozesse sowie Schrumpfdynamiken, politische und wirtschaftliche Kooperationen über die Grenze hinweg, Probleme der Regional- bzw. Stadtentwicklung in Grenz- und speziell binationalen Zwillingstädten sowie auch grenzüberschreitende Interaktionen der Bewohner von Grenzregionen. Prozesse der Sinnkonstruktion sind hingegen bisher eher selten Gegenstand von empirischen Untersuchungen in Grenzregionen gewesen, so dass bis heute speziell auch für die deutsche Grenzregion zu Polen ein erheblicher Mangel an empirischen Erkenntnissen zu den Formierungsbedingungen, den Entwicklungsdynamiken und den Kodierungsleistungen lokaler bzw. regionaler Alltagskulturen besteht. Vor diesem Hintergrund nimmt sich die vorliegende Arbeit einer Forschungslücke an und ergänzt die interdisziplinäre Forschung zur Situation in

<sup>31</sup> „Gerade für eine politisch ambitionierte Humangeographie, die sich mit den Ausdrucksformen gesellschaftlicher Machtstrukturen und räumlicher Identitätsbildungsprozesse und den mit ihnen verbundenen Hierarchisierungs- und Abgrenzungsprozessen bei der symbolischen Repräsentation von Räumen beschäftigt, bietet eine diskurstheoretische Perspektive daher vielversprechende Möglichkeiten“ (Mattissek 2007a: 38).

<sup>32</sup> So ist beispielsweise die Verknüpfung von Territorium und nationaler Identität, wie sie in modernen Nationalstaaten angelegt ist, ein historisch betrachtet junges Konstrukt, das „keineswegs ‚natürlich‘ oder ‚essenziell‘ gegeben ist“ (a. a. O.: 248).

<sup>33</sup> Mit Diskursanalysen kann zudem auch aufgezeigt werden, wie sich die diskursive Sinn-, Wahrheits- und Bedeutungskonstitution mit institutionellen Arrangements verschränkt und in Alltagspraktiken zeigt (a. a. O.: 30 f.). Und sie können z. B. auch ein Bewusstsein dafür schaffen, dass soziale Kategorien wie *Inländer*, *Ausländer* oder *illegale Einwanderer* nicht objektiv gegeben, sondern in performativen Wiederholungen und Praktiken der (individuellen, kollektiven) Identifikation und Abgrenzung immer wieder aufs Neue konstituiert, aktualisiert oder verändert werden (vgl. a. a. O.: 44). Insbesondere die Abgrenzung nach außen, das *Othering*, impliziert dabei ein Machtverhältnis zwischen dem *Eigenen* und dem *Anderen*, da Letzteres in der Regel als z. B. unterlegen, minderwertig etc. dargestellt wird (Mattissek et al. 2013: 265).

<sup>34</sup> Verwiesen sei hier allein exemplarisch auf van Houtum/van Naerssen 2002; Paasi 2002; 2004; 2005; Berg/van Houtum 2003; Strüver 2003; 2005; Glasze et al. 2005; Reuber et al. 2005; Belina 2006; Belina/Michel 2007; Mattissek 2007b; 2008.

---

der deutschen Grenzregion zu Polen, beispielsweise betreffend historisch begründete Raumaneignungs- und Identitätsproduktionsprozesse (vgl. z. B. Schultz/Nothnagle 1999; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000; Meinhof 2002; Meinhof/Galasinski 2002; 2005; Galasinski/Meinhof 2002), Alltagskulturen und Milieubindungen (vgl. z. B. Matthiesen 2001; Bürkner 2001; 2002; Matthiesen/Bürkner 2002a), deutsch-polnische Nachbarschaftsverhältnisse (vgl. z. B. Lisiecki 1996; 1999; Waack 2000; Hoorn 2005; Engelhardt 2008) sowie auch sozialräumliche Deutungsmuster und gesellschaftliche Formierungsprozesse des EU-Grenzregimes an der deutsch-polnischen Grenze infolge der Transformationsprozesse in Europa seit Ende der 1980er Jahre (vgl. z. B. Bürgerrechte & Polizei/CILIP 1998; FFM 1998; Dietrich 1998a; 1998b; Mai 2000; Hess/Kasperek 2010; zu seitherigen sicherheitspolitischen und grenzpolizeilichen (Be-)Deutungen der deutsch-polnischen Grenze auch mit Blick auf ihren Bedeutungswandel durch die EU-Erweiterung z. B. auch Hellenthal 1995; 1997a; 1997b; PFA 1997; Walter 1998; Wolf 1998a; 1998b; Banse/Stobbe 2004; Eigmüller 2007; Schwell 2008).

### 3 Diskurstheoretischer Hintergrund

#### 3.1 Der Diskurs – Begriffsbestimmung

Für die Kritische Diskursanalyse ist Diskurs – bildhaft – der Verlauf oder rhyzomartig verzweigte, mäandernde Fluss von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten und Bewusstseinsinhalten durch die Zeit. Er wird durch menschliche Tätigkeit in Gang gehalten und bestimmt individuelles und kollektives Handeln und Gestalten von Menschen, wodurch er Macht ausübt (Jäger 1999: 132; 2001: 82; Jäger/Zimmermann 2010: 13; 37).<sup>35</sup> Diskurse, bzw. das verzweigte Netz von Diskursen beispielsweise einer aktuellen Gesellschaft, sind das Werk tätiger Menschen, die „tradierte Diskurse“ aufnehmen, sie weiter tragen, modifizieren, verändern und vergegenständlichen, und dabei der Ort, an dem (Be-)Deutungen (im Fluss durch die Zeit) ausgehandelt, verändert und der Wirklichkeit zugeordnet werden (Jäger 1997: 71).<sup>36</sup>

Diskurse haben damit eine historische und soziale Dimension. Sie sind über die Zeit und durch gesellschaftliche Entwicklungen veränderbar und verändern sich: Der Diskurs als ganzer ist die regulierende Instanz betreffend in einer Gesellschaft jeweils zu einer bestimmten Zeit gültiges Wissen, er formiert subjektives und kollektives Bewusstsein, er schafft und enthält „die Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften“, denn subjektives und kollektives Bewusstsein sind die Grundlagen für die Auseinandersetzung mit sowie die (Re-)Formierung (Weiterentwicklung, Modifizierung etc.) von Gesellschaft (Jäger 2001: 84).<sup>37</sup> Aufgrund ihrer – Subjekte und Gemeinschaften (in-)formierenden – Eigenschaften sind Diskurse „transsubjektive Produzenten gesellschaftlicher Wirklichkeit und soziokultureller Deutungsmuster“, sie produzieren Subjektpositionen, die durch die konkret tätigen Individuen reproduziert werden (Jäger/Zimmermann 2010: 37; vgl. auch Jäger/Jäger 2007: 23). Diskurse konstituieren Menschen und Gesellschaft (Kirchner et al. 2002: 31). Sie sind – materielle – gesellschaftliche Produktionsmittel, sie „produzieren Subjekte und, vermittelt über diese, als ‚Bevölkerung‘ gedacht, gesellschaftliche Wirklichkeiten“ mit vielfältigen Vergegenständlichungen (staatliche Apparate, Institutionen, Systeme etc.) (Jäger/Zimmermann 2010: 13 f.).

Diskurse sind somit nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Praxis von Interesse, sondern weil sie bestimmten Zwecken dienen: Sie transportieren Wissen, das individuelles und kollek-

<sup>35</sup> Diskurse sind somit die artikulatorische Praxis, die den Fluss von sozialem Wissen, also auch jede Form von Rede und Texten, durch die Zeit aktiv konstituiert und organisiert; sie können auch als „der prozessierende Zusammenhang von Form und Inhalt von Äußerungen“ verstanden werden (Jäger/Jäger 2002: 19). Mit Wissen sind „alle Arten von Bewußtseinsinhalten bzw. von Bedeutungen, mit denen jeweils historische Menschen die sie umgebende Wirklichkeit deuten und gestalten“ gemeint: „Dieses ‚Wissen‘ beziehen die Menschen aus den jeweiligen diskursiven Zusammenhängen, in die sie hineingebo- ren sind und in die verstrickt sie während ihres gesamten Daseins leben“ (Jäger 2001: 81). Wissen meint also „alle Arten von Bewusstseinsinhalten, die von den Subjekten [...] (re-)produziert werden. Wissen wird also nicht als *richtiges* Wissen oder gar *Erkenntnis* verstanden“ (Jäger/Jäger 2003: 30, Hervorhebung im Original).

<sup>36</sup> Diskurs stellt auf dieser Grundlage eine gesellschaftliche Redeweise dar, die institutionalisiert ist, gewissen (veränderbaren) Regeln unterliegt und die deshalb auch Machtwirkungen besitzt, weil und insofern sie das Handeln von Menschen bestimmt (Jäger 1999: 128). „Diskurse sind institutionalisierte Redeweisen, die machtvoll sind, insofern sie Handeln und Gestalten von Wirklichkeit zur Folge haben“ (Jäger/Jäger 2002: 18 f.; vgl. auch Link/Link-Herr 1994).

<sup>37</sup> Die Rolle des Individuums bzw. Subjekts ist dabei eindeutig im sozio-historischen Kontext zu betrachten (vgl. Foucault 1978: 32; Jäger 2001: 86 f.). Für Jäger (1999: 148) machen nicht Subjekte den Diskurs, sondern umgekehrt, Diskurse sind überindividuell: Sie werden zwar von der Gesamtheit aller Individuen gemacht und gestaltet, alle Menschen stricken (mit mehr oder minder großem Einfluss) mit, aber kein einzelner und keine einzelne Gruppe bestimmt oder determiniert den Diskurs oder hat genau das gewollt, was letztlich dabei herauskommt; Diskurse haben sich als Resultate historischer Prozesse herausgebildet und verselbständigt, sie sind Resultat der Handlungen aller am Diskurs beteiligten Subjekte.

tives Bewusstsein speist und Grundlage für individuelles Handeln und Gestalten von gesellschaftlicher Wirklichkeit ist; und sie üben Machtwirkungen aus: „Dies tun sie, weil sie (ansatzweise) institutionalisiert, geregelt und an Handlungen gekoppelt sind“ (a. a. O.: 10). Sie enthalten die Applikationsvorgaben für die Gestaltung und Konstitution von gesellschaftlicher Wirklichkeit und werden in diese gegenständlich umgesetzt (Jäger 1999: 158). Sie „sind nicht Ausdruck irgendwelcher Materialitäten, die sie geistig widerspiegeln. Sie sind selbst Materialitäten sui generis, wie andere Materialitäten auch“ (a. a. O.: 116).<sup>38</sup> Nicht die Wirklichkeit spiegelt sich im Bewusstsein, sondern das Bewusstsein bezieht sich auf die Wirklichkeit, und zwar insofern, als die Diskurse die Applikationsvorgaben bzw. die Wissensbestände und Wissensvoraussetzungen für die Gestaltung bzw. die Erschaffung (sowie demgemäß die Veränderung) von Wirklichkeit bereitstellen und darüber hinaus die weiteren Realitätsvorgaben (ders. 2001: 88).<sup>39</sup> (Be-)Deutungen, die Menschen produzieren, sind also nicht der Wirklichkeit entnommen, sondern werden durch die Menschen der Wirklichkeit zugewiesen, Wirklichkeit wird durch Bedeutungszuweisungen von Menschen bedeutend gemacht (Jäger, S., 1996: 16 f.).<sup>40</sup> Diskurse sind insofern ein Teil der Realität. Sie bilden nicht (die) Realität ab, sondern sind selbst von Menschen geschaffene Realitäten und funktionieren als Applikationsvorgabe für gesellschaftliches und individuelles Handeln. Sie informieren nicht nur (das) (Massen-)Bewusstsein, sondern formieren es, sie formieren und konstituieren Gesellschaft, Institutionen, Gegenstände und Subjekte (Jäger et al. 1998: 19).<sup>41</sup> Die gegenständliche Welt führt somit kein Leben unabhängig von den Diskursen, sondern sie erhält ihre Bedeutung durch handelnde menschliche Subjekte und somit durch den Diskurs. Für Foucault ist Diskurs, so Link/Link-Heer (1990: 90), „stets lediglich die sprachlich-schriftliche Seite einer ‚diskursiven Praxis‘“.<sup>42</sup>

Menschliche Tätigkeit – und somit auch menschliches Sprechen und Verfassen von verschriftlichten Texten – ist folglich generell im Zusammenhang mit menschlichem Denken zu betrachten: Das Produkt sprachlicher Tätigkeit bedeutet Entfaltung und Veräußerlichung eines

<sup>38</sup> Diskurse sind also nicht Abbild von Realität, sondern sie deuten und determinieren Realität, vermittelt über mit diskursiv (re-)produziertem Wissen ausgestattete, handelnde Subjekte in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten als „(Co-)Produzenten und (Mit-)Agenten der Diskurse“ und der Veränderung von gesellschaftlicher Wirklichkeit (Jäger 2001: 85). „Diskurse [...] sind selbst Realität oder Applikations-Vorgaben für Realität“ (ders. 1992: 18): Sie spiegeln die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht einfach wider, sondern sie führen gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit ein Eigenleben, obwohl sie diese prägen und gestalten und letztlich auch erst ermöglichen (ders. 2001: 85). Folglich geht es bei der Analyse von Diskursen „auch nicht (nur) um Deutungen von etwas bereits Vorhandenem [...], sondern um die Analyse der Produktion von Wirklichkeit, die durch die Diskurse [...] geleistet wird“ (Jäger/Zimmermann 2010: 13 f.).

<sup>39</sup> Wirklichkeiten sind „insofern diskursiv erzeugt, als die Subjekte/Kräfte/Mächte, die Wirklichkeit produzieren, gestalten, konstituieren, selbst in sehr unterschiedlicher Weise diskursiv verstrickt und dadurch (historisch) geprägt sind und Wirklichkeit eben auf der Grundlage dieser Geprägtheiten gestalten. [...] Die Individuen werden durch die Diskurse als Subjekte konstituiert, und zwar insofern, als ihr Wissen und Fühlen, ihr Selbstverständnis und ihre Vorstellung eigener Identität durch sie konstituiert sind“ (Jäger 1997: 72 f., Hervorhebung im Original).

<sup>40</sup> Alles, dem Menschen Bedeutung zuweisen, ist für sie auf eine bestimmte Weise wirklich, weil und wenn und wie es für sie bedeutend ist: Wirklichkeit „existiert in der Form, in der sie existiert nur, weil ihr von den Menschen [...] Bedeutung zugewiesen worden ist und weiter zugewiesen wird“ (a. a. O.: 17).

<sup>41</sup> Menschen weisen Dingen Bedeutungen zu, sie machen die Wirklichkeit für sich bedeutend: „Mehr noch, indem wir [Menschen; M. M.] Dingen Bedeutungen zuweisen, machen wir sie erst für uns zu Dingen“ (Jäger 2001: 91). Demgemäß repräsentieren Diskurse „soziale Wissensvorräte, die sich die Menschen erarbeitet haben und die von Menschen zu Menschen, von Generation zu Generation [...], also diachron und synchron in vielfältigen Gemengelagen weitergegeben und aufgrund neuer Kämpfe untereinander und neuer Lern- und Arbeitsprozesse verändert werden“ (ders. 1999: 73).

<sup>42</sup> Diskurse sind „als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1973: 74, zitiert nach Jäger 2001: 88). Unter „diskursiver Praxis“ ist bei Foucault „das gesamte Ensemble einer speziellen Wissensproduktion“ zu verstehen (Institutionen, Verfahren der Wissenssammlung und -verarbeitung, autoritative Sprecher bzw. Autoren, Regelungen der Versprachlichung, Verschriftlichung, Medialisierung): Die (historisch-sozialen) Gegenstände sind nicht prädiskursiv vorhanden und werden lediglich durch einen Diskurs mehr oder minder verzerrt oder exakt wahrgenommen, sondern die diskursive Praxis ist materielles Produktionsinstrument, mit dem auf geregelte Weise historisch-soziale Gegenstände erst produziert werden (Link/Link-Herr 1990: 90; vgl. auch Jäger 1999: 125 ff.).

Gedankenzusammenhangs in einem formal fassbaren Text, die als gesellschaftliche Wirklichkeit (re-)produzierende Tätigkeit zu fassen ist, „als eingebunden in den historischen Diskurs, nach dessen Maßgabe Gesellschaften ihre Praxis organisieren“; gesellschaftliche Wirklichkeit ist also „in Auseinandersetzung mit dem ‚Rohstoff‘ der Wirklichkeit (Materie)“ entstanden und entsteht ständig weiter (Jäger 1999: 113 ff.; 2001: 86).<sup>43</sup> Diskursanalyse konzipiert demgemäß versprachlichte Texte (aller Art) generell im Bezug zu ihrem sozialgeschichtlichen Hintergrund aus dem sie gespeist werden und auf den sie sich beziehen bzw. auf den sie wiederum (mehr oder minder) stark einwirken (ders. 1992: 19). Sprache fungiert als Transportmittel sozialer Wissensvorräte: Diskurs ist insofern die Form und der Inhalt von versprachlichten Äußerungen (durch sozial handelnde Subjekte) in ihrem (komplexen sozialen und zeitlichen bzw. zeitlich gewordenen) Zusammenhang (Jäger et al. 1998: 17 f.).<sup>44</sup> (Verschriftlichte) Texte sind für die Diskursanalyse entsprechend nicht als Produkte von einzelnen Individuen und nicht als individuelle Leistungen von Interesse, sondern „als Bestandteile eines (sozialen) Diskurses“ (Jäger 1999: 173).<sup>45</sup> Aus einem Text bzw. einem Bestandteil eines Textes „spricht“ somit „nicht nur das textproduzierende Subjekt, sondern es spricht eine Tradition des Denkens, ‚Fühlens‘, Meinens oder Redens, in welcher das einzelne Subjekt nur die konkret-verwirklichende Instanz einer ‚Aussage‘ (enoncé bei Foucault) ist, welche historisch gesehen vielfach vorformuliert, vorgedacht und ‚vorgefühl‘ ist. Es spricht sich der subkutane ‚Diskurs‘ aus, welcher erst eigentlich die enoncé hervorbringt, ermöglicht, steuert“ (Busse 1997: 17 f.).

### 3.2 Die Struktur des Diskurses

Diskurse bzw. „soziale Wissensflüsse durch die Zeit“ bilden in ihrer Gesamtheit „ein riesiges und komplexes ‚Gewimmel‘“, „ein äußerst verzweigtes und ineinander verwurzeltes Netz“ (Jäger 2001: 96; 101).<sup>46</sup> Um Diskurse – z. B. zu einem Thema in einer Gesellschaft zu einer Zeit – analysieren zu können, ist somit eine Vergegenwärtigung dessen prinzipieller Struktur, bzw. der Struktur eines jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Diskurses, notwendig.<sup>47</sup>

Der Gesamtdiskurs einer Gesellschaft, der allgemeine Wissenshorizont, der die Entwicklung und Veränderung der Gesellschaft bestimmt, lässt sich analytisch nach verschiedenen, thematisch (mehr oder minder deutlich) voneinander abgrenzbaren *Diskurssträngen* unterscheiden, die auf verschiedenen Diskursebenen prozessieren, produziert und reproduziert und somit

<sup>43</sup> Auf dieser Grundlage entwirft Jäger in Anknüpfung an die *Leontjewsche Tätigkeitstheorie* (vgl. Leontjew, A. N., 1982; 1984; Leontjew, A. A., 1984) eine Sprechfähigkeitstheorie, die er in seine diskurstheoretischen Grundlagen integriert (vgl. Jäger 1999: 78 ff.). Als Text begreift er (a. a. O.: 118 f., Hervorhebung im Original) „das sprachlich gefasste Ergebnis einer mehr oder minder komplexen individuellen *Tätigkeit* bzw. eines mehr oder minder komplexen (individuellen) *Denkens*“.

<sup>44</sup> Sprache fungiert dabei als ein Mittel, mit dem Ereignissen, Personen etc. Bedeutungen durch im sozialen Zusammenhang tätige Subjekte zugewiesen werden; diese Bedeutungen werden im Diskurs, also im sozialen Kontext, dadurch konventionalisiert, dass sie mit bestimmten (für eine Diskursgemeinschaft gleichen) Zeichen und Lauten verkoppelt werden (ebd.).

<sup>45</sup> „Texte bzw. Diskursfragmente sind zunächst und auf den ersten Blick Produkte einzelner Individuen. Diskursanalyse geht es aber nicht darum, solche Produkte als individuelle Leistungen zu betrachten, sondern als Bestandteile eines (sozialen) Diskurses. Da der Diskurs aber nur in Gestalt individueller Produkte in Erscheinung tritt, kann die Analyse solcher Produkte auch nicht umhin, sie zunächst als solche ernstzunehmen. [...] Schon allein deshalb ist Diskursanalyse auf die Analyse vieler individueller Produkte angewiesen, die – in ihrer qualitativen Gesamtheit – den Diskurs ausmachen“ (ebd.).

<sup>46</sup> „Die Welt als Ganze ist – diskursanalytisch gesehen – von einem netzartigen, dynamischen, sich ständig verändernden diskursiven Gewimmel überzogen“ (ders. 1997: 74), denn Diskurse sind eng miteinander verflochten und verschränkt und konstituieren ein „diskursives Gewimmel“, das im „Wuchern der Diskurse“ resultiert (Jäger/Zimmermann 2010: 15 f.).

<sup>47</sup> Jäger (2001: 96) betrachtet die von ihm vorgenommene Strukturierung als terminologisch/pragmatische Vorschläge, die dazu geeignet sind, die prinzipielle Struktur von Diskursen durchschaubarer und Diskurse infolgedessen, „trotz ihres ‚großen Wucherns‘ und ihrer Verflochtenheit“, eigentlich erst analysierbar werden zu lassen.

diskursiv präsentiert und repräsentiert werden. Die elementaren Bausteine des Diskurses sind (versprachlichte) Texte oder Textteile, die ein bestimmtes Thema (oder Themengebiet) behandeln (z. B. *Ökonomie, Militär, Migration* etc.) und als *Diskursfragmente* bezeichnet werden.<sup>48</sup> Die Gesamtheit aller Diskursfragmente gleichen Themas verbindet sich zu Diskurssträngen mit einer synchronen und diachronen Dimension, konstituiert also unterschiedliche „Abfolgen von Mengen thematisch einheitlicher Diskursfragmente“ bzw. „[t]hematisch einheitliche Wissensflüsse durch die Zeit“ (Jäger 1999: 160).<sup>49</sup> Die diskursiven Netze des gesellschaftlichen Gesamtdiskurses bestehen aus einer Vielzahl von Diskurssträngen, das heißt analytisch unterscheidbaren Diskursverläufen, bzw. thematisch einheitliche Folgen im Fluss des gesamten Wissens einer Gesellschaft durch die Zeit, die sich gegenseitig berühren und überlappen, vielfältig miteinander verzahnt, verknotet und verschränkt sind, sich überschneiden, gegenseitig beeinflussen und stützen oder verdrängen, spalten und miteinander verschmelzen (a. a. O.: 160 f.; ders. 1997: 74).<sup>50</sup> Einzelne Diskursstränge sind somit thematisch einheitliche Ausschnitte aus dem (vielfältig verbundenen) sozio-historischen Gesamtdiskurs einer Gesellschaft, die aufgrund des Flusses von sozialen Wissensbeständen, von Rede und Texten durch die Zeit, eine Geschichte, eine Gegenwart und eine (wie auch immer modifizierte Form von) Zukunft haben: Diskurse, und somit auch einzelne Diskursstränge und Diskursfragmente, knüpfen an „historische A-Prioris“ an, setzen sie fort und verändern sie in ständigen diskursiven Auseinandersetzungen (Jäger/Jäger 2003: 30).<sup>51</sup> In ihrer (sozio-historischen) Verschränktheit konstituieren (alle gesellschaftlich relevanten) Diskursstränge den *Gesamtdiskurs*, das Archiv aller sozialen Wissensbestände einer gegebenen, aber selbstredend nie restlos homogenen Gesellschaft: ein äußerst heterogenes, vielfältig verzweigtes und ineinander verwurzeltes und verwobenes Netz, ein wucherndes Gewimmel (Jäger 2001: 100; Jäger/Zimmermann 2010: 61 f.).<sup>52</sup>

Im gesamtgesellschaftlichen Diskurs unterscheiden lassen sich (wissenschaftliche) *Spezialdiskurse* und der (alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse umfassende) *Interdiskurs*, die zusammen den hegemonialen Diskurs (einer Gesellschaft, zu einer bestimmten Zeit) repräsentieren, sowie der *Gegendiskurs*.<sup>53</sup> Der Gegendiskurs umfasst Aussagen, die vom hegemonialen Diskurs, von den gesellschaftlich allgemein anerkannten und gültigen Aussagen zu einem be-

<sup>48</sup> Text (bzw. Teile von Texten) und Diskursfragment sind nur in seltenen Fällen identisch: In einem Text sind in der Regel mehrere Diskursfragmente, also auf ein spezielles Thema bezogene Passagen, repräsentiert (Jäger 1999: 159 f.). Ein Text kann also immer Bezüge zu verschiedenen Themen(bereichen) beinhalten, demzufolge in einem Text verschiedene Diskursfragmente enthalten sein können und Diskursfragmente somit „in aller Regel von vornherein bereits in *verschränkter Form* auf[treten]“ (ders. 2001: 97, Hervorhebung im Original).

<sup>49</sup> „Ein synchroner Schnitt durch einen Diskursstrang hat eine gewisse qualitative (endliche) Bandbreite. Ein solcher Schnitt ermittelt, was zu einem bestimmten gegenwärtigen oder früheren Zeitpunkt bzw. jeweilige Gegenwarten ‚gesagt‘ wurde bzw. sagbar ist bzw. war“ (ebd.; vgl. auch ders. 2001: 97).

<sup>50</sup> Ein Diskursstrang kann nicht als etwas Fixes angesehen werden, sondern nur als Teil eines prozessierenden dynamisch fluktuierenden Gewimmels: Sie treten niemals isoliert auf, sondern müssen immer als Bestandteile des gesamtgesellschaftlichen Diskurses betrachtet werden (Jäger 1999: 167; zur Verschränkung von Diskurssträngen vgl. auch Jäger, M., 1996).

<sup>51</sup> Diskursstränge verändern sich zwar in ihrem historischen Verlauf, knüpfen aber (in aller Regel) an vorangegangene Diskursverläufe, an tradierte soziale Wissensbestände an: Der Fluss von sozialen Wissensvorräten kommt aus der Vergangenheit, bestimmt die Gegenwart und fließt (modifiziert) in die Zukunft weiter (vgl. Jäger et al. 1998: 26; Klärner 2000: 40).

<sup>52</sup> Foucault spricht vom „wimmelnde(n) Gebiet des Diskurses“, von einem „Knäuel“ oder einem „großen wirren Gemurmel“ (Jäger/Zimmermann 2010: 61). Einzelne Diskursstränge sind für Jäger (1999: 167 f.) generell im Kontext des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, dem allgemeinen Wissenshorizont einer Gesellschaft, zu betrachten: „[D]er einzelne Diskursstrang [läßt sich] letztlich nur auf diesem allgemeinen Wissenshorizont interpretieren. Dieser ist aber nur implizit vorhanden und steht dem Interpreten als solcher nicht zur gedanklichen Verfügung. Er könnte erst auf der Grundlage der Analyse aller (gesellschaftlich relevanten) Diskursstränge ermittelt werden.“

<sup>53</sup> Elemente wissenschaftlicher Diskurse (bzw. Spezialdiskurse) fließen ständig in den Interdiskurs ein, beeinflussen ihn; zu (dem Verhältnis von) wissenschaftlichen Spezialdiskursen und Interdiskurs vgl. ausführlich Jäger 1999: 131 f.; 159.



stimmten Thema, abweichen, wobei das Verhältnis von Gegendiskurs und hegemonialem Diskurs, von anerkannten/gültigen und davon abweichenden (z. B. auch gesamtgesellschaftlich konkurrierenden) Aussagen nicht festgelegt ist: Momente und Elemente des Gegendiskurses können in den hegemonialen Diskurs eindringen, ihn verändern oder auch selbst hegemonial werden (Klärner 2000: 40).<sup>54</sup> *Diskursive Ereignisse* können den weiteren Verlauf von Diskursen mehr oder minder stark beeinflussen (Jäger/Zimmermann 2010: 40).<sup>55</sup>

Die unterschiedlichen, sich gegenseitig beeinflussenden Diskursstränge prozessieren auf verschiedenen diskursiven Ebenen bzw. *Diskursebenen*, „die *sozialen Orte*, von denen aus jeweils ‚gesprochen‘ wird“ und von denen aus Diskurse ihre Wirkung entfalten (Jäger 1999: 163, Hervorhebung im Original; Jäger et al. 1998: 26). Als die für moderne Gesellschaften wichtigsten Diskursebenen lassen sich die akademisch-wissenschaftliche, die politische, die mediale, die Ebene der Erziehung und die Ebene des alltäglichen Sprechens und Schreibens von Subjekten, der so genannte Alltagsdiskurs, unterscheiden (Jäger/Zimmermann 2010: 38).<sup>56</sup> Diskursebenen sind gemeinhin stark in sich verflochten und verwoben, sie beeinflussen sich, sie wirken aufeinander ein, beziehen sich aufeinander, nutzen, stärken einander etc. (Jäger 2001: 99).<sup>57</sup>

Die analytische Kategorie der *Diskursposition* lässt sich als gedanklicher, „ein spezifischer ideologischer Standort“ einer (Gruppe von) Person(en), einer Institution, eines Mediums etc. fassen: Sie repräsentiert den (politisch-ideologischen) Ort, von dem aus eine Beteiligung am Diskurs und seine Bewertung für Personen, Institutionen, Medien etc. erfolgt, und (re-)produziert die besonderen diskursiven (subjektiven und kollektiven) Verarbeitungen und Verstrickungen, die sich aus den bisher durchlebten und aktuellen Lebenslagen der Diskursbeteiligten speisen (Jäger 2001: 99; Jäger/Zimmermann 2010: 44 f.).<sup>58</sup>

### 3.3 Zusammenhang von Diskurs und Macht sowie Wahrheit und Gültigkeit

Diskurse transportieren Wissen, das kollektives und individuelles Bewusstsein speist und die Grundlage für individuelles und kollektives Handeln und die Gestaltung von gesellschaftlicher Wirklichkeit repräsentiert und zur Folge hat (Jäger 2001: 87). Als „*Träger‘ von (jeweils gültigem) ‚Wissen‘*“ üben sie Macht aus, „sie sind selbst ein Machtfaktor, indem sie Verhalten und (andere) Diskurse induzieren. Sie tragen damit zur Strukturierung von Machtverhältnissen in

<sup>54</sup> Zum Gegendiskurs sowie zu diskursiven *Deutungskämpfen* ausführlich auch Jäger 1999: 129 f.

<sup>55</sup> Bei diskursiven Ereignissen handelt es sich nicht um „reale‘ Ereignisse [...], sondern um den breit entfalteten Diskurs über solche Ereignisse. Ereignis und diskursives Ereignis müssen einander an Umfang und Bedeutung keineswegs entsprechen“ (Jäger 1999: 132, Hervorhebung im Original). Der Zusammenhang von tatsächlichem Ereignis und diskursivem Ereignis hängt von der Art der (primär medialen) Verbreitung ab: „Ob ein Ereignis zu einem diskursiven Ereignis wird, ist abhängig von den jeweiligen politischen Dominanzen und Konjunkturen und damit abhängig vom Sagbarkeitsfeld, welches in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit für ein bestimmtes Thema eröffnet ist“ (Jäger/Zimmermann 2010: 40 f.).

<sup>56</sup> Diskursebenen sind die Ebenen, „auf denen die verschiedenen Diskursstränge erscheinen“, also z. B. auch die Ebene der Verwaltung, der Polizei, der Justiz, der Medizin, der Sportverbände, des Militärs, der Religion etc. (vgl. a. a. O.: 17; 38).

<sup>57</sup> So kann z. B. die Diskursebene *Medien* Elemente wissenschaftlicher Spezialdiskurse oder des Politikerdiskurses und des Alltagsdiskurses reproduzieren, bündeln, verstärken, zuspitzen etc.; gleichfalls wird z. B. auch der Politikerdiskurs oder der Alltagsdiskurs von in den (Massen-)Medien veröffentlichten und diskursiv bearbeiteten Themen beeinflusst (vgl. ebd.).

<sup>58</sup> Die Diskursposition ist „das Resultat der Verstricktheiten in diverse Diskurse, denen das Individuum ausgesetzt war und die es im Verlauf seines Lebens zu einer bestimmten ideologischen bzw. weltanschaulichen Position [...] verarbeitet hat“ (Jäger, M., 1996: 47); sie speist sich aus bewusstseinsmäßigen, aus den bisher durchlebten und aktuellen Lebenslagen und diskursiven Auseinandersetzungen (Jäger et al. 1998: 27). Ausführlich zu Diskurspositionen auch Çelik 2006.

einer Gesellschaft bei. [...] Macht wird diskursiv transportiert und durchgesetzt“ (Jäger/Zimmermann 2010: 11, Hervorhebung im Original).<sup>59</sup> Diskurse (in-)formieren individuelles und kollektives Bewusstsein und konstituieren gesellschaftliche Wirklichkeit: Die „Wirklichkeit [wird] nach Maßgabe der Diskurse gestaltet“ (Jäger 1999: 147). Diskurse werden von tätigen Menschen gemacht und tradiert, sie sind keine über-menschlichen oder gar metaphysischen Dinge/Strukturen/autopoietische Systeme: Menschen „können die Diskurse *im Prinzip* ändern, sie können sich der Macht über die Diskurse unterwerfen, sich ihr aber auch verweigern und widersetzen“ (ders. 1997: 86, Hervorhebung im Original).

Da „der eigene Diskurs in der Regel für *normal* und *natürlich* gehalten“ wird, „andere Arten der Sicht und der Gestaltung von Wirklichkeit (zumindest tendenziell) als *Normabweichungen* wahrgenommen [werden], als mehr oder minder ‚fremd‘“, bedingt der Nexus von Diskurs und Macht, „daß sich machtvolle Diskurse als *normal* oder auch als *wahr* durchsetzen können“: „Sie geben dann in ganzen Gesellschaften und Gruppen die Regeln und Routinen dafür vor, was sagbar und was nicht sagbar ist oder anders: was als wahr oder richtig *zu gelten* habe“ (a. a. O.: 73, Hervorhebung im Original).<sup>60</sup> Diskurse bestimmen Wirklichkeitserklärungen und Weltanschauungen, menschliche Lebensformen und Subjektpositionen, sie transportieren und formieren unter anderem Werte und Normen in unterschiedlichster Art (a. a. O.: 80). Gesellschaftlich geregelte, normalisierte Diskurse konstituieren und (in-)formieren (gesellschaftlich, kulturell allgemein verbindliche) Werte- und Normen-Systeme; die durch den hegemonialen Diskurs transportierten Wissensbestände fungieren als „derzeitig *gültige* ‚Wahrheiten‘“, als Applikationsvorgaben und Vorbilder für individuelles und kollektives Handeln und Gestalten von Wirklichkeit in einer Gesellschaft bzw. Kultur (Jäger/Jäger 2002: 19, Hervorhebung im Original).<sup>61</sup> Wissen beinhaltet also insofern keine von Zeit und Raum losgelösten, allgemeingültigen Wahrheiten, sondern nur als aktuelle, zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort als gültig gesetzte Aussagen: „Was jeweils als ‚Wahrheit‘ *gilt*, ist ja nichts anderes als ein diskursiver Effekt“, Wahrheit ist „nicht irgendwie diskurs-extern vorgegeben, sondern sie wird jeweils erst historisch-diskursiv erzeugt“ (Jäger 1999: 129, Hervorhebung im Original).<sup>62</sup> Diskursiv fortlaufend (re-)produzierte und (re-)konstruierte Wahrheit, Normalität und Wirklichkeit, z. B. das derzeitig gültige Wissen und somit die allgemein anerkannten bzw. einzig gültigen Aussagen samt (Aufforderungen zu) notwendigen Handlungen zum *Thema Migration nach*

<sup>59</sup> Für Foucault ist Macht „nicht eine Institution, nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt“ (Foucault 1977: 114, zitiert nach Jäger/Zimmermann 2010: 11). „Machtwirkungen übt eine diskursive Praxis in mehrfacher Hinsicht aus. Wenn eine diskursive Formation sich als ein begrenztes ‚positives‘ Feld von Aussagen-Häufungen beschreiben lässt, so verteidigen Link/Link-Herr diese Kopplung [zwischen Diskurs und Macht; M. M.], so gilt umgekehrt, daß mögliche andere Aussagen, Fragestellungen, Blickrichtungen, Problematiken usw. dadurch ausgeschlossen sind“ (Link/Link-Herr 1990: 90, zitiert nach Jäger 1999: 130). Für Jäger (1997: 73) stricken zwar alle Menschen (mit mehr oder minder großem Einfluss) an den Diskursen mit, und somit sind alle Menschen einer Gesellschaft an der (diskursiv erzeugten) Macht über die Diskurse (beteiligt), aber „[w]er etwa leichten Zugang zu den Medien hat, ist eher in der Lage, diskursive Verläufe mit zu prägen und mit zu beeinflussen“. Es existiert insofern auch so etwas wie Macht über die Diskurse; z. B. in Form leichten Zugangs zu den Massenmedien oder unbeschränkter Verfügung über Ressourcen (ders. 2001: 83; vgl. auch Jäger/Jäger 2002: 19).

<sup>60</sup> Zu gesellschaftlich (re-)produzierter *Normalität* und zum Konzept des *Normalismus* vgl. ausführlich Link (1992; 1997).

<sup>61</sup> Kulturen lassen sich für Jäger (1997: 75, Hervorhebung im Original) auch als „mehr oder minder feste unterschiedliche Konstellationen von Diskurssträngen“ auffassen: „[U]nter Kultur [ist] eben das vielfältige und differenzierte Gesamt der Prozesse und Produkte menschlicher ideell-praktischer Tätigkeit und damit verbundener Bedeutungszuweisungen zu verstehen. Somit *ist* der Diskurs die Kultur.“ Kulturen konzipiert er somit auch „als Gruppen von Menschen relativ gleicher Bedeutungszuweisung zur Wirklichkeit“: „Man könnte sie auch Diskursgemeinschaften nennen oder besser, wenn auch ziemlich umständlich: Gemeinschaften (relativ) homogener Bedeutungszuweisungskonventionen“ (Jäger, S., 1996: 9).

<sup>62</sup> „Das Wort *Wissen* wird also gebraucht“, so Foucault (1992: 32), „um alle Erkenntnisverfahren und -wirkungen zu bezeichnen, die in einem bestimmten Moment und in einem bestimmten Gebiet akzeptabel sind“ (zitiert nach Jäger 1999: 129, Hervorhebung im Original).

*Deutschland*, hat vielfältige (mit Macht verbundene) unmittelbare Auswirkungen auf die (z. B. individuelle, gesellschaftliche) Betrachtung und Bewertung, die (z. B. institutionelle, normative) Behandlung von und den (z. B. sozialen) Umgang mit (anderen, fremden, ausländischen etc.) Menschen (vgl. ders. 1997: 72).

### 3.4 Die Bedeutung von Kollektivsymbolen für Diskurse und Gesellschaft

Neben Verknotungen und Verschränkungen zwischen Diskurssträngen bzw. einzelnen Themen (z. B. zwischen dem Diskursstrang/Thema *Wirtschaft* und *Soziales* oder *Kriminalität* und *Migration*) verkörpern vor allem (zwischen Diskurssträngen bzw. diskursstrangübergreifend mäandernde) *Kollektivsymbole* ein bedeutsames Bindemittel von Diskursen – und entsprechend einer Diskursgemeinschaft bzw. Kultur mit (relativ) homogenen Bedeutungszuweisungskonventionen –, die als eine Art „Kitt“ der Diskurse – und entsprechend einer Diskursgemeinschaft bzw. Kultur – fungieren (Jäger 1999: 168).<sup>63</sup> Nach Link (vgl. vor allem 1982; 1988) wird der gesamtgesellschaftliche Diskurs (einer Gemeinschaft, einer Kultur) von einem je spezifischen *synchronen System kollektiver Symbole* („Sysykoll“) zusammengehalten, von kulturellen Stereotypen, die für jedes Gesellschaftsmitglied unmittelbar verständlich sind bzw. erscheinen und kollektiv tradiert und benutzt werden (Jäger 1999: 133 ff.), das als „Kitt der Gesellschaft“ funktioniert (Link 1982: 11).<sup>64</sup> „Das Sysykoll stellt ein Interpretations- und Deutungsraaster für die gesellschaftliche Wirklichkeit bereit“, es besitzt erhebliches Gewicht „für die individuelle Urteilsbildung und die Verfestigung von ‚Wissen‘ und das sich daraus ableitende Handeln“: Mit dem Sysykoll wird „das Eigene und Vertraute in der Tendenz positiv, das Fremde aber negativ kodiert“ (Jäger 1999: 141). Dabei implizieren alle Kollektivsymbole „stets schon *elementar-ideologische Wertungen*“: So ist z. B. eine (drohende) Flut, eine Welle oder eine Lawine für den „Überfluteten“ negativ konnotiert, ein Deich, ein Damm oder ein Schutzwall entsprechend positiv (ebd., Hervorhebung im Original; vgl. auch Link 1988: 48).

Kollektivsymbole enthalten in symbolisch-verdichteter und vereinfachter Form das aktuell gängige und gültige Bild der (diskursiv konstruierten und verfestigten) gesellschaftlichen Wirklichkeit und entfalten ihre volle Wirkungskraft innerhalb eines umfassenden Systems von Sym-

<sup>63</sup> Kollektivsymbole helfen den Mitgliedern einer Gesellschaft, ihre Wirklichkeit zu deuten und (z. B. durch die Medien) gedeutet zu bekommen (Kirchner et al. 2002: 30). Kollektivsymbole bzw. Kollektivsymboliken sind „sprachliche und sonstige Bilder, die neben ihrer direkten Bedeutung eine indirekte, zweite Bedeutung besitzen, die also gleichzeitig Träger eines bestimmten (zweiten) Sinnes sind. [...] Wichtig ist, dass diese Symbolik für den Großteil der Leserinnen sofort den Effekt von ‚Verständlichkeit‘ hervorruft und als ‚sinnvoll‘ erscheint. [...] (Kollektiv-)Symbole [verdeutlichen], in welcher Weise die Subjekte sich und ihre Umwelt bzw. Umgebung deuten bzw. gedeutet bekommen“ (Jäger/Jäger 2003: 21). Andere Autoren beziehen sich mehr auf den Begriff der Metapher, welcher die Möglichkeit bietet, neuartige, komplexe oder abstrakte Phänomene in bekannte, konkrete oder einfache Zusammenhänge *bildlich* zu übertragen und damit zu veranschaulichen, zu vereinfachen und plausibel zu machen; die häufig als emotiv-wertendes Stilmittel eingesetzte Metapher dient dabei nicht selten zur Dramatisierung und Über- sowie Untertreibung mit evaluativen Konnotationen (vgl. z. B. Böke 1997).

<sup>64</sup> Das Sysykoll „suggeriert eine imaginäre gesellschaftliche und subjektive totalität für die phantasie. während wir in der realen gesellschaft und bei unserem realen subjekt nur sehr beschränkten durchblick haben, fühlen wir uns dank der symbolischen sinnbildungsgitter in unserer kultur stets zuhause. wir wissen nichts über krebs, aber wir verstehen sofort, inwiefern der terror krebs der gesellschaft ist. wir wissen nichts über die wirklichen ursachen von wirtschaftskrisen, begreifen aber sofort, daß die regierung notbremsen musste“ (a. a. O.: 10 f., Kleinschreibung im Orig.). Sysykoll und Kultur sind eng miteinander verbunden: „,das sysykoll ist insofern ein tragendes element der kultur, als es ein tragendes element des *inter-diskurses* ist.“ (Link 1982, S. 11 ) [...] Da es kollektiv gelernt und angewendet wird, kann man davon ausgehen, daß das jeweils gültige Sysykoll die grundsätzliche Sicht der einzelnen Subjekte, aber auch von ganzen Bevölkerungen auf die Gesellschaft entscheidend (mit-)prägt“ (Jäger 1999: 141, Kleinschreibung und Hervorhebung im Original).

bolen: „Durch Bildbrüche (Katachresen) werden die verschiedenen Kollektivsymbole miteinander gekoppelt, so daß diese sich wie ein Netz über die Diskurse ziehen und ihnen außerordentliche Festigkeit verleihen“ (Jäger 1999: 134; 137).<sup>65</sup> Kollektivsymbole bilden einen Zusammenhang, ein System, ein prozessierendes Regelwerk, das in allen Diskursen auftritt: „[A]ls solcher Zusammenhang liefern sie uns das Bild, das wir uns von der gesellschaftlichen Wirklichkeit machen“ (a. a. O.: 134; vgl. auch Jäger, M., 1996: 23). Mit dem allen Mitgliedern einer Gesellschaft bekannten Vorrat an Kollektivsymboliken steht das Repertoire an metaphorisierten Bildern bereit, „mit dem wir uns ein Gesamtbild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit bzw. der politischen Landschaft der Gesellschaft machen, mit dem wir diese deuten und – insbesondere durch die Medien – gedeutet bekommen“ (Jäger 2001: 84). Kollektivsymbole repräsentieren jeweils die politische Topografie einer Gesellschaft und halten sie zusammen: „Sie stiften Sinn und tragen damit zur Vorstellung homogener Gesellschaften bei, auch wo es diesen Sinn und diese Homogenität nicht gibt“ (ders. 1997: 75 f.). Das synchrone System der Kollektivsymbole umfasst in seiner Gesamtheit die hegemoniale und in der Regel damit vorherrschend gültige Sicht der politischen Landschaft, so dass der Aufruf eines der Symbole das (gültige) Gesamtbild (mehr oder minder vollständig) assoziieren lässt und das System somit ein umfassendes, vielfach anschlussfähiges Interpretations- und Deutungsmuster für die gesellschaftliche Wirklichkeit bereitstellt (vgl. ders. 1999: 133 ff.; Link 1984: 13 f.).

Speziell beim *Thema Migration* tragen Kollektivsymbole erheblich zur Strukturierung des Diskurses bei. Oft ist z. B. die Flutmetapher als Kollektivsymbol anzutreffen, vom „Flüchtlingsstrom“, den es „einzudämmen“ gelte, von „brechenden Dämmen“ oder von der Gefahr, Deutschland werde „überflutet“, ist die Rede (Jäger et al. 1998: 21 ff.).<sup>66</sup> Von besonderer Bedeutung ist dabei die Symbolik zur Kodierung des *Innen* und *Außen*. Die eigene Gesellschaft, das *Innen* (*der Binnenraum, das eigene Bezugssystem, Deutschland, Europa* etc.), repräsentieren Symbole wie *Schiff, Haus, Auto, Maschine, Körper* etc., das *Außen* oder *Draußen* (das außerhalb verortete *Andere, Äußere, Fremde* etc.) hingegen *Invasion, Flut, Krankheit, Ungeziefer, Viren* etc., die „chaotische, nicht berechenbare Ereignisse und Zustände“, „subjektlose, chaotische Fluten“, eine Belastung und/oder Gefahr verkörpern, die entsprechend der entfalteten bild-

<sup>65</sup> Bildbrüche bzw. Katachresen bezeichnen „die Koppelung und/oder Austauschbarkeit zweier oder mehrerer Elemente der Kollektivsymbolik“, ohne dass die Verständlichkeit beeinträchtigt wird; die Symbole sind dabei als „Funktionsträger“ zu sehen: „So sind etwa für den funktional ‚sicheren‘, inneren Bereich der Kollektivsymbolik die Symbole Schiff, Haus und Auto untereinander austauschbar. Dem entsprechen im äußeren Bereich (‚Gefahr‘) jeweils die Symbole Flut, Feuer, vor die Wand fahren“ (Jäger/Zimmermann 2010: 31 f.; vgl. auch Link 1982). Bildbrüche haben (symbolisch) integrierende Effekte, sie stiften Zusammenhänge zwischen Aussagen und Erfahrungsbereichen, überbrücken/verdecken Widersprüche, erzeugen Plausibilitäten etc.: Sie ermöglichen z. B. eine Plausibilisierung von Spezialdiskursen, indem sie komplexe Sachverhalte als Verknüpfung allgemein verständlicher Kollektivsymbole präsentieren (vgl. a. a. O. sowie auch Jäger 1999: 133 ff.).

<sup>66</sup> Dadurch werden Bedrohungsgefühle produziert, auch dann, wenn ein Sprecher dies subjektiv eventuell nicht beabsichtigt; dies deshalb, weil der bildlichen Logik der Symbole auch Handlungsanweisungen innewohnen: „Wenn z. B. argumentiert wird, daß das Boot, mit dem unsere Gesellschaft symbolisiert wird, voll sei, so lautet die Schlußfolgerung: Es darf keiner mehr hinein. Die Schotten müssen dichtgemacht werden. Diese Schlußfolgerung wird durch die Symbolik, mit der zuvor das Geschehen codiert wurde, nahegelegt. [...] Diese Eigenschaft der Kollektivsymbolik, bestimmte Logiken zu entfalten, verdankt sie ihrer grundsätzlichen Bildhaftigkeit. Die bildliche Vorstellbarkeit der Symbolik läßt weitere Relationen aufrufen, zu denen das Symbol ins Verhältnis gesetzt werden kann“ (a. a. O.: 22 f.). Ähnlich Link (1993: 37): „Es ist unmittelbar symbolisch und damit subjektiv evident, daß ‚Fluten‘ aus einem ‚Boot‘ ferngehalten, also ‚abgeschottet‘ werden müssen, daß ‚Viren‘ im ‚Körper‘ vom ‚Immunsystem bekämpft‘ werden und daß eine ‚Immunschwäche‘ lebensgefährlich wäre usw.“

lichen Logik der kodierenden Symbole Verständigungs- und Orientierungshilfen sowie Handlungsanweisungen vorgeben (vgl. ebd.; Link 1993: 36 f.).<sup>67</sup> Durch Gegenüberstellungen im Sinne von Freund-Feind-Konstruktionen wirken die Kollektivsymbole kollektivbildend.<sup>68</sup>

### 3.5 Die Rolle von (Massen-)Medien für Diskurse

(Massen-)Medien sind ein zentrales Instrument der Organisation des Flusses von Wissen durch die Zeit, also der Subjekte und Gemeinschaften konstituierenden Diskurse. Sie beeinflussen und prägen diskursive Verläufe in erheblichem Maße (mit) (Jäger 1997: 73). Sie sind „eine Art Vierte Gewalt“, denn sie haben enormen Einfluss auf die in einer Gesellschaft herrschenden Diskurse, eine überaus gewichtige Rolle bei der Erzeugung und Verfestigung von subjektivem und kollektivem Bewusstsein und damit große Bedeutung für das Denken und Handeln von Menschen (Jäger/Link 1993a: 12).<sup>69</sup> Medien dienen Menschen Bedeutungszuweisung(smöglichkeit)en zur Wirklichkeit an, sie beleben gesellschaftliche Wirklichkeit, sie gestalten sie neu und verändern sie (Jäger, S., 1996: 18). Der Diskurs der Medien bildet nicht Wirklichkeit ab, er spiegelt sie nicht wider oder reproduziert sie gar objektiv, sondern er ist gleichsam selbst bereits materielle, Macht entfaltende Wirklichkeit und funktioniert als Applikationsvorgabe für individuelles und kollektives Handeln; er informiert nicht nur (Massen-)Bewusstsein, sondern er formiert es: Die vielfältig medial (re-)präsentierte Wirklichkeit ist diskursive Vorgabe, die insofern bedeutend ist, als sie mit Machtwirkungen verbunden ist und neue Wirklichkeiten schafft (Jäger et al. 1998: 19 f.; Jäger/Jäger 2003: 31). Die Funktion und Wirkung des Mediendiskurses besteht vor allem darin, dass er (vorgedachte, vorgespochene etc.) Handlungsanleitungen zur Deutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit bereitstellt (und z. B. unmittelbare Anforderungen beinhaltet), die für die (direkt oder indirekt) Medien konsumierenden Menschen von Bedeutung sind (Jäger et al. 1998: 26). (Massen-)Medien regulieren das Alltagsdenken und nehmen auch erheblichen Einfluss auf die machbare oder gemachte Politik (Jäger 2001: 99). Durch Rekursivität, also die andauernde Wiederholung gleicher Inhalte und Aussagen (und Argumente, Sprachbilder etc.) erzielt der Mediendiskurs Wirkung in Gestalt eines sich allmählich aufbauenden festen bzw. verfestigten Wissens, das von den Subjekten oft mit eherner Wahrheit verwechselt wird: Er ist zentrale Vermittlungsinstanz mit erheblichem Einfluss auf den Diskurs

<sup>67</sup> Z. B. eine Grenze gegenüber einer von außen drohenden Masse, Invasion etc. verteidigen; „Die Symbole, die das eigene System codieren, markieren einen Subjektstatus, während die Symbole der Außenwelt diesen Subjektstatus in der Regel nicht enthalten. Das eigene System wird durch Symbole codiert, die mit Ordnung und Rationalität verbunden werden, das Außensystem wird durch chaotische, nicht berechenbare Ereignisse und Zustände präsentiert“ (Jäger et al. 1998: 22 f.).

<sup>68</sup> Vor allem der Bedeutungsüberschuss von Kollektivsymbolen, die Nahelegung von bestimmten Logiken und weiteren Folgerungen, formieren und produzieren die Wahrnehmung der Diskursgemeinschaft im *Innen* im Rahmen einer auf *Normalität* hin orientierten Gesellschaft: Es gilt gegenüber Bedrohungen und Gefahren von *außen* achtsam zu sein, sich zu verteidigen, Eindringlinge abzuwehren, Dämme zu errichten etc. (Kläerner 2000: 48). Entscheidend für die Wirkung der Kollektivsymbole sind nicht nur die durch ihre bildliche Logik nahe gelegten Handlungen, sondern vor allem ihre vielfältigen Kopplungen und Verkettungen (Jäger et al. 1998: 24). So können z. B. das Symbol des *Hauses* mit dem der *Maschine* oder das Symbol der *Masse* mit dem der *Flut* oder des *Sturms* verbunden sein; dies deshalb, „weil diese Symbole innerhalb des synchronen Systems der Kollektivsymbolik ähnliche Positionen einnehmen und daher semantisch äquivalent funktionieren können“ (ebd.).

<sup>69</sup> Nachrichtenbeschaffung ist ein routinierter Vorgang tagtäglicher Interaktionen zwischen Journalisten und verschiedenen (insbesondere gesellschaftlich einflussreichen) Nachrichtenproduzenten oder anderen regelmäßigen Nachrichtenquellen (van Dijk 1993a: 85). Aufgrund eines bei (Massen-)Medien vielfach ähnlichen oder gar identischen Pools von Quellen, Informationen und Inhalten kann für Jäger (2001: 99, Hervorhebung im Original) auch von „dem Mediendiskurs“ im Sinne eines in wesentlichen Aspekten einheitlichen Diskurses gesprochen werden.

und das Denken und Handeln von Menschen in ihrem Alltag, er (re-)produziert beständig Subjekte und gesellschaftliche Wirklichkeit (Jäger/Jäger 2003: 31; vgl. auch Klärner 2000: 44 f.).<sup>70</sup>

Ein tragendes Element des Mediendiskurses ist die Verwendung von Kollektivsymbolik, die Verständigungs- und Orientierungshilfen liefern, die im Rahmen einer auf Normalität hin orientierten Gesellschaft einen besonderen Stellenwert haben: Medien greifen Ereignisse auf und verorten sie in einem (gesellschaftlich gegebenen) Spektrum von „Normalität“ und „Abweichung“ (Jäger et al. 1998: 25; siehe auch Link 1997). Medien kommt bei der Beurteilung und Festlegung dessen, was als „normal“ gilt, besondere Bedeutung zu: „Sie legen nicht nur fest, über was berichtet wird, sondern auch, *wie* Ereignisse vermittelt werden“ (Jäger et al. 1998: 25, Hervorhebung im Original). Zugleich besitzen Medien aber auch die Macht über die Formulierung von Alternativen (jenseits oder gar entgegen der herrschenden Diskurse): Sie können (von welchen Sprechern, welcher Diskursebene oder welchem gesellschaftlichen Teilsystem wie auch immer versprachlichte) Forderungen nach z. B. einer Energiewende oder einem anderen Umgang mit Migranten in Deutschland (als vernünftige Alternative) in den Mediendiskurs aufnehmen und integrieren oder aber totschweigen (Jäger/Link 1993a: 13).

### 3.6 Das Ziel der Kritischen Diskursanalyse

Aufruhend auf den entfalteteten diskurstheoretischen Grundlagen kann Diskursanalyse „zunächst als rein beschreibendes Verfahren“ angesehen werden, „das das jeweils Gesagte, das man auch als das jeweils Sagbare zu jeweiligen Themen begreifen kann“, in seiner gesamten qualitativen Bandbreite, bzw. alle Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden (können), erfasst (Jäger 1999: 127 ff.). Die Analyse von Diskursen beantwortet insofern – grob gesagt – die Frage danach, was zu einem bestimmten Zeitpunkt von wem wie sagbar war bzw. ist. Damit verknüpft ist immer auch die Frage, was nicht sagbar war bzw. ist. Richtungweisend ist, was gesellschaftlich als *normal* bzw. *wahr* und *richtig* oder als *falsch* angesehen wird.<sup>71</sup> Dinge, also alle Gegenstände, Ereignisse, Personen, Handlungen etc., sind somit als „Effekte der diskursiven Praxis ihrer Hervorbringung, Umgestaltung, Sicherung usw.“ von Interesse und demgemäß hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Gestalt herrschender bzw. hegemonialer Diskurse einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit zu analysieren

<sup>70</sup> „Es ist nicht der einzelne Text/das einzelne Diskursfragment, das wirkt, sondern der Diskurs als ganzer in seinem Fluß durch die Zeit und seiner kontinuierlichen Einwirkung auf Individuum und Gesellschaft“ (Jäger 1999: 184 f.). Diskurse entfalten ihre Wirkung erst als Fluss von Wissen durch die Zeit: Es ist nicht die Botschaft einzelner Texte, die im Bewusstsein der Leser haften bleibt, sondern die Abfolge von Artikeln mit immer gleichen oder ähnlichen Botschaften, Symbolen und Bildern, die zum Aufbau fester Bestände von Wissen führen (vgl. Jäger et al. 1998: 19 f.). Es wirken also nicht die einzelnen Anteile des Diskurses auf die Rezipienten der Diskursgemeinschaft, sondern der Diskurs im Sinne einer Dauerrepräsentationsvorlage sorgt für eine Verfestigung von diskursiv (re-)produziertem Wissen (Jäger 1999: 170). Als Fragment eines Diskurses steht ein Text (oder ein Zeitungsartikel etc.) gewissermaßen als Exemplar seiner Gattung, mit dem der Leser (oder Hörer) als ganzer immer wieder konfrontiert ist (a. a. O.: 184). In diesem Sinne beschreibt auch Victor Klemperer die Sprache des Nationalsozialismus: „[D]ie faschistische Sprache [wirkt] wie die fortlaufende Verabreichung kleinster Arsendosen und [entfaltet] so erst langfristig ihre ‚Giftwirkung‘“ (zitiert nach Jäger 1999: 170).

<sup>71</sup> Für Jäger (vgl. 1999, speziell 188 ff.; 222 ff.) ist das allgemeine Ziel von Diskursanalyse, einzelne Diskursstränge (und/oder Verschränkungen mehrerer Diskursstränge) historisch und gegenwartsbezogen zu analysieren und zu kritisieren, wobei auch vorsichtige Aussagen über die zukünftige Entwicklung des Diskursstranges (oder der Diskursstränge) möglich sein sollten, da Diskurs im Sinne des Flusses von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten oder Bewusstseinsinhalten durch die Zeit nicht einfach abbricht; die Analyse und qualitativ vollständige Beschreibung von einzelnen Diskurssträngen zu einem Thema anhand synchroner Schnitte durch den jeweiligen Diskursstrang auf einzelnen diskursiven Ebenen (z. B. *Medien*, *Politik* etc.) versteht sich dabei als ein Beitrag zur Erfassung und Entwirrung des äußerst verzweigten und ineinander verwobenen Netzes des Gesamtdiskurses einer Gesellschaft, des diskursiven Gewimmels bzw. „Wucherns der Diskurse“.

---

sowie zu kritisieren und zu problematisieren (ders. 2001: 93). Kritische Diskursanalyse versucht auf dieser Grundlage Diskurse zu beschreiben und, verbunden mit einem gesellschaftspolitischen Anspruch, Möglichkeiten der Kritik aufzuzeigen, ohne sich dabei auf irgendwelche „Wahrheiten“ zu berufen: Sie „stellt nicht den Anspruch, objektive Wahrheiten zu produzieren. Es geht darum, diskursive Sagbarkeitsfelder darzustellen, diese zu interpretieren und einer Kritik zu unterziehen“ (Jäger/Jäger 2007: 15). Sie besteht darauf, „dass Gesellschaft einem permanenten Deutungskampf unterliegt, dass es keine ewig gültigen (auch wissenschaftlichen) Wahrheiten gibt, sondern nur Deutung“ (Jäger/Zimmermann 2010: 98), und „dass keiner die Wahrheit gepachtet hat, keiner beanspruchen kann, seine Macht damit zu legitimieren, und damit auch, dass keiner endgültig im Recht ist“ (Jäger/Jäger 2007: 37). Wissenschaft kann sich, so Jäger/Zimmermann (2010: 98), „an der Konstruktion von Wahrheit und Wissen beteiligen, objektive Wahrheit proklamieren, sie kann diese immer mit Macht verknüpften Mechanismen aber auch hinterfragen und dekonstruieren. [...] Zu letzterem kann die KDA [Kritische Diskursanalyse; M. M.] einen Beitrag leisten“. Es geht bei der Kritischen Diskursanalyse also um die *Offenlegung der Produktionsmechanismen von diskursiv (re-)produzierter und (re-)präsentierter gesellschaftlicher Wirklichkeit*, um z. B. angebliche Wahrheiten und darauf basierende bzw. dadurch legitimierte, angeblich (alternativlos) notwendige Handlungen sowie die Mittel, durch die die Akzeptanz für (jeweils nur temporär gültiges bzw. anerkanntes) Wissen herbeigeführt werden soll, angebliche Wahrheiten also, die als rational, vernünftig, über (alle) Zweifel erhaben etc. dargestellt werden.

## 4 Diskursiver Kontext der empirischen Analysen

Die absolvierten empirischen Analysen betreffend das *Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung* sind vor dem Hintergrund spezieller historischer und aktueller Kontexte zu betrachten, nämlich der deutschen Ausländer- bzw. Migrationspolitik, der traditionellen Betrachtung von Migration sowie den spezifischen Rahmenbedingungen, die die Region prägen. In diese Kontexte sind sämtliche analysierten Fragmente des Diskurses hineingeschrieben bzw. -gesprochen worden, und vor diesem Hintergrund entfalten sie ihre speziellen diskursiven Effekte (vgl. Jäger et al. 1998: 32; Jäger 1999: 190 f.).

### 4.1 Ausländer- bzw. Migrationspolitik in Deutschland

Die deutsche Geschichte weist sehr verschiedene Phasen der Ein- und Auswanderung auf. Seit Hunderten von Jahren sind Menschen vor allem aufgrund politischer, religiöser, ethnischer und rassistischer Verfolgung und Unterdrückung oder aus wirtschaftlichen Gründen meist unfreiwillig im- und emigriert.<sup>72</sup> War Deutschland im 19. Jahrhundert vor allem ein traditionelles Auswanderungsland, primär von „Wirtschaftsflüchtlingen“, wurde es ab der Reichsgründung 1871 und den Gründerjahren aufgrund Arbeitskräftemangel auch zum Einwanderungsland, obwohl per Saldo noch mehr Menschen aus- als einwanderten (Nuscheler 2004: 119).<sup>73</sup> Eine sukzessive Transformation von temporärer Arbeitsmigration zu einem allmählichen Einwanderungsprozess und damit verbundene Integrationsvorgänge wurde durch die preußisch-deutsche Ausländerpolitik aber sowohl aus wirtschaftlichen wie speziell ideologischen Gründen verhindert (Herbert 2003: 336).<sup>74</sup> Zu einer nachhaltig entscheidenden Bedingung für den Umgang mit Migration wurde die mit dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (1913) völkisch-ideologisch begründete Konstruktion eines monoethnischen Staatsgebildes. Die Zugehörigkeit zum deutschen Volk wurde nach dem Grundsatz des *ius sanguinis*, dem *Bluts- bzw. Abstammungsrecht*, definiert; angesichts multiethnischer Realitäten schon damals kontrovers diskutiert (Spieles 1993: 14).<sup>75</sup> Im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, so resümiert Herbert (1986: 51; 2003:

<sup>72</sup> Für die Zeit vor Gründung des Deutschen Reichs 1871 sei allein exemplarisch auf die um 1400 beginnende Zuwanderung von Sinti und Roma, die gegen Ende des 16. bis ins 18. Jahrhundert eingewanderten Glaubensflüchtlinge sowie die überseeische Emigration von Deutschen seit 1800 verwiesen. Umfassend zur Geschichte der Migration in Deutschland und Europa z. B. Bade 1984; 1992b; 2000; Fassmann/Münz 1996; Sassen 1996; Münz et al. 1999.

<sup>73</sup> Hauptsächlich für besonders schwere und schlecht angesehene Arbeiten in der Landwirtschaft und Industrie wurden hunderttausende Migranten rekrutiert, vorwiegend in Polen und der Donaumonarchie (ebd.); um die Jahrhundertwende wurde Deutschland nach den USA zum „zweitgrößten Arbeitseinfuhrland der Erde“ (Bade 2000: 108 f.). Ausführlich zu damaligen Wanderungsbewegungen (z. B. den *Ruhrpolen*) vor allem auch Bade 1983; Kleßmann 1976; 1992; Herbert 2003: 74 ff.

<sup>74</sup> Preußen, so Klärner (2000: 18), betrieb eine ideologisch motivierte Abwehrpolitik gegen eine mögliche Einwanderung, speziell gegen eine drohende „Polonisierung“ und „Überfremdung“, und führte für Landarbeiter restriktive Kontrollmaßnahmen mit „Rückkehrzwang“ ein; das preußische Modell der Arbeitskräfteeinfuhr war kennzeichnend für die Ausländerbeschäftigung im Kaiserreich insgesamt: „Die ausländischen Arbeitskräfte stellten eine subproletarische Reservearmee dar, die konjunkturelle Pufferfunktion ausübte und in Krisenzeiten ‚abgestoßen‘ wurden.“ Durch die Einführung eines jährlichen Rückkehrzwangs sollte verhindert werden, dass sich vor allem polnische Arbeitsmigranten dauerhaft niederließen: Zum einen, um ihre „Billigkeit“ und „Willigkeit“ zu garantieren, zum anderen um den sich konsolidierenden und ausbreitenden Postulaten vom deutschen „Volk“ als „ethnisch bzw. rassisch definierbarer, gewissermaßen vorgeschichtlich konstituierter Größe“ zu entsprechen (Herbert 2003: 336). Interesse an billiger Arbeitskraft sowie vor allem antipolnische Ressentiments gerieten früh in Widerspruch zueinander, der die ausländerpolitische Debatte vor dem Ersten Weltkrieg prägte (vgl. ebd.).

<sup>75</sup> „Das Gesetz [...] war auch Ausdruck völkisch-ideologischer Leitvorstellungen zur ‚Erhaltung des Deutschtums im Auslande‘ und der nicht minder ethnonationalistisch geprägten Bollwerkmentalität gegenüber der befürchteten ‚Flucht aus dem Osten‘“ (Bade 2000: 215). Für Sassen (1996: 78) entstand das Prinzip des *ius sanguinis* „aus der gefühlten Notwendigkeit von Abwehr gegenüber Juden und Polen“ (vgl. auch Herbert 2003: 68 ff.; Sibum 2010: 169). Gegen die gewaltsame Durchsetzung der „Ideologie der Monoethnizität“, „der Identität von Volk und Bevölkerung“, standen aber weitere ökonomische



335 ff.), waren bereits alle wesentlichen Elemente der Politik und der Debatten über Migration herausgebildet, wie sie die weitere Entwicklung in Deutschland bestimmen sollten. *Ausländer* waren insbesondere als Reservepotenzial an Arbeitskräften und Konjunkturpuffer von Nutzen, die bei Prosperität rekrutiert und in Krisen wieder abgestoßen werden konnten und zudem niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen als Einheimische akzeptierten.<sup>76</sup> Ab 1908 wurde ihr Aufenthalt auch zentral geregelt und kontrolliert (Spieles 1993: 24).<sup>77</sup>

Mit Beginn des Ersten Weltkrieges befahl das Kriegsministerium, alle Ausländer aus feindlichen Staaten im Land zu halten; anfangs wurden sie eher unsystematisch als Arbeitskräfte eingesetzt, aber schon bald mussten sie arbeiten, auch wenn der wirtschaftliche Nutzen der faktischen Zwangsarbeit zunehmend angezweifelt wurde (Spieles 1993: 30 ff.; Herbert 1986: 82 ff.).<sup>78</sup> Nach Kriegsende stand die Wirtschaftspolitik vor einem Dilemma: Einer Ausländerbeschäftigung wie zuvor widersprach die hohe Arbeitslosigkeit, aber vor allem die Landwirtschaftslobby drängte auf Wiederezulassung (Spieles 1993: 33).<sup>79</sup> In der Ausländerpolitik setzten sich letztlich zwei Prinzipien durch: „Verrechtlichung und Inländerprimat“ (Herbert 2003: 338).<sup>80</sup> Durch das etablierte Ausländerrecht und Formen zentraler Organisation von Ausländerbeschäftigung konnte das nationalsozialistische Deutschland „ein entwickeltes Instrumentarium der Steuerung und Kontrolle übernehmen“ (Spieles 1993: 34 f.; vgl. Herbert 1986: 118). Mit der Machtübertragung und spätestens der Verordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ (28. Februar 1933) wurden systematisch zum Feindbild stilisierte Gruppen von Menschen unerbittlich verfolgt (Spieles 1993: 35 f.).<sup>81</sup> Die Ausländerbeschäftigung lief indes bis zum Zweiten Weltkrieg in gewohnten Bahnen und traditionellen Formen weiter – dann aber änderten sich die Umstände grundlegend, mit grausamen Folgen für Millionen von Menschen (a. a. O.: 36).<sup>82</sup>

---

Entwicklungen: Eine Saisonalisierung der landwirtschaftlichen Arbeit brachte zwei Kategorien von Arbeitskräften hervor, die „ständigen“ einerseits, die „nichtständigen“ mit unsicherer Existenz andererseits (Spieles 1993: 17). Der Arbeitskräftemangel wurde aber immer offensichtlicher, der Druck der einflussreichen landwirtschaftlichen Lobbygruppen intensiver und in der Folge die Beschäftigung von Polen wieder zugelassen, ungeachtet der fortbestehenden national-identitären Bedenken; aufgrund der „vermeintlich drohenden ‚Überfremdung‘“ durch die zum Feindbild stilisierten Polen wurde indes erwogen, „weniger ‚gefährliche‘ Rassen als Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen, Menschen also, die so offenkundig fremdartig seien, daß man eine Assimilation ausschließen könne“ (Spieles 1993: 17 f.; vgl. auch Herbert 1986: 23).

<sup>76</sup> Die grundsätzliche Dimension des preußischen Modells der „regulierten Arbeitskräfteeinfuhr“ – mit langfristiger Bedeutung für die deutsche Ausländerpolitik – ordnet Herbert (1986: 39) als Begründung einer „Tradition der institutionalisierten Diskriminierung von ausländischen Arbeitnehmern, bei der Staatsangehörigkeit und sozialer Status zu Kriterien repressiver staatlicher Reglementierung wurden“, ein, wodurch „ein gestaffeltes System der rechtlichen und sozialen Hierarchisierung sowohl zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern wie auch unter den Ausländern selbst [entstand]“. Für Bade (2000: 274) eine ambivalente Politik: „Als Auswanderungsland stand Deutschland gegen die einschneidenden Einwanderungsrestriktionen im überseeischen Haupteinwanderungsland USA, während es als ‚Arbeitseinfuhrland‘ eine restriktive Kontingentierung der kontinentalen Zuwanderung zu verteidigen hatte“ (vgl. auch Sibum 2010: 28).

<sup>77</sup> Durch eine bei der Einreise ausgehändigte Legitimationskarte wurden Ausländer dem „Inlandslegitimierungszwang“ unterworfen, „mangelnder Arbeitseifer“ wurde zu einem Ausweisungsgrund: „Durch ein Doppelexemplar der Legitimationskarte war der Arbeiter jederzeit auffindbar, jeder Arbeiter ohne Karte automatisch illegal“ (ebd.; vgl. auch Herbert 1986: 39).

<sup>78</sup> Ausführl. zu Ausländern im Ersten Weltkrieg (gemäß ihres unterschiedlichen Status) z. B. auch Herbert 2003: 85 ff.

<sup>79</sup> Die Maßnahmen waren wiederum widersprüchlich; so wurden z. B. die Grenzen für Wanderarbeiter geschlossen und die Rückreise von Polen eingeleitet, zugleich wurde aber die Anwerbung von 50.000 polnischen Landarbeitern genehmigt (ebd.).

<sup>80</sup> Das Inländerprimat wurde als Teil des Arbeitsnachweisgesetzes (1922) festgeschrieben: Vor einer Ausländerbeschäftigung war nachzuweisen, dass keine deutschen Arbeitskräfte verfügbar sind. Mit der Ausländerpolizeiverordnung (1932) wurden unter anderem Ausweisungsgründe spezifiziert. Vgl. Spieles 1993: 33 f.; Herbert 1986: 116 f.; Engster 1991: 21; detailliert zur Ausländerpolitik der Weimarer Zeit auch Herbert 2003: 118 ff. Angesichts der wirtschaftlichen Misere ging die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der Weimarer Republik allerdings rapide zurück; sie wich deutlich von den vorherigen und folgenden historischen Phasen ab und ging bis 1932 auf 108.000 zurück (Herbert 2003: 337; Spieles 1993: 34).

<sup>81</sup> Schrittweise wurde das perfide System von Schikanen und Diskriminierungen ausgebaut, bis zu Kriegsbeginn wurden fast 1.500 Gesetze, Erlasse etc. gezählt, Einleitung und Vorbereitung des millionenfachen Mordes – und Auslöser einer signifikanten Emigrationsperiode in Schüben (ebd.; vgl. auch Bade 1992b: 333 ff.; Herbert 1986: 120 ff.; 2003: 129 ff.).

<sup>82</sup> Ohne die größtenteils zwangsweise deportierten so genannten „Fremdarbeiter“ wäre Deutschland weder in der Lage gewesen, den Krieg zu führen, noch die Bevölkerung auf dem geforderten Niveau mit Lebensmitteln zu versorgen (Herbert 2003: 338 f.). Die Widersprüche zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Aspekten der Zuwanderung von Ausländern,

Nach Kriegsende 1945 lassen sich für Deutschland, also die am 23. Mai 1949 gegründete BRD, die vom 7. Oktober 1949 bis zum 3. Oktober 1990 existierende DDR und die seitdem gemeinsame Bundesrepublik, grob vor allem folgende Phasen der Migration unterscheiden, die eng mit der jeweils hegemonialen Politik verbunden sind: 1) bis Ende der 1940er Jahre die Zuwanderung von mehrheitlich deutschstämmigen Flüchtlingen und Vertriebenen aus Osteuropa sowie die Rück- oder Weiterwanderung von nichtdeutschen KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen; 2) 1949-61 die erste Hochphase der Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland bis zum Mauerbau, die Auswanderung aus der BRD nach Übersee und die Zuwanderung der ersten so genannten Gastarbeiter in die BRD; 3) 1961-73 die intensive Anwerbung von Arbeitsmigranten durch die BRD, einschließlich Familiennachzug; 4) 1973-88/89 in der BRD der Anwerbestopp für Arbeitsmigranten und die Konsolidierung der ausländischen Wohnbevölkerung, in der DDR die Anwerbung von ausländischen Vertragsarbeitern, in größerer Zahl vor allem ab Ende der 1970er Jahre; 5) 1988-91/92 die zunehmende Einwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, Asylsuchenden, (Bürger-)Kriegsflüchtlingen und neuen Arbeitsmigranten, überlagert durch die zweite Hochphase der Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland; 6) seit 1992/93 die Einführung neuer Regelungen, die speziell die Einwanderung von Asylsuchenden und Aussiedlern drastisch begrenzten (Bade 1992a; 1994; Münz et al. 1999: 184; Klärner 2000: 19). Als neue, zahlenmäßig vergleichsweise wenig umfangreiche Migration, kann die seit 2000 durch die rot-grüne Bundesregierung anvisierte Anwerbung hochqualifizierter Arbeitsmigranten betrachtet werden (Angenendt 2002).

#### 4.1.1 Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland bis 1990

Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren kamen mehrere Millionen deutsche bzw. deutschstämmige Flüchtlinge und Vertriebene vor allem aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus Ostmitteleuropa und aus der sowjetischen Besatzungszone nach Westdeutschland, die 1960 fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung repräsentierten.<sup>83</sup> Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ab Ende der 1940er Jahre fungierten die Migranten als nützliches Arbeitskräftepotenzial, die den in der trotz Kriegsschäden relativ intakten und hochmodernen Industrieproduktion bestehenden Arbeitskräftemangel kompensierten. Vor diesem Hintergrund

---

so resümiert Herbert (ebd.), fanden ihren Höhepunkt ausgerechnet in der NS-Zeit, denn ab Kriegsbeginn wurden zunächst wiederum aus Polen, dann nach und nach aus allen besetzten Ländern Europas, Millionen ziviler und kriegsgefangener Arbeitskräfte für den so genannten „Arbeitseinsatz im Reich“ rekrutiert; der größte Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert, der allerdings, gemäß dem tradierten Dilemma deutscher Ausländerpolitik, ideologisch im Grunde nicht erwünscht war (Herbert 1992: 354; 2003: 338). Nach Erkenntnissen des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses sollen insgesamt ca. 14 Millionen Ausländer, einschließlich Kriegsgefangener und KZ-Zwangsarbeiter, verschleppt und zur Arbeit gezwungen worden sein (Nuscheler 2004: 119). Zum „Ausländer-Einsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft vgl. vor allem auch Herbert 1986: 120 ff.; 1995: 121 ff.; 2003: 129 ff.<sup>83</sup> Vgl. z. B. Kleßmann 1986; Steinert 1992; Münz et al. 1999: 28 ff.; Jung et al. 2000: 19 ff.; Herbert 2003: 192 ff.; Pieper 2008: 26 ff. Das „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ vom 19. Mai 1953 legte fest, welche Menschen unter welche Kategorie fielen, insbesondere wer „Vertriebener“, „Heimatvertriebener“ oder „Aussiedler“, also „deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger“, war; am Grundsatz des *ius sanguinis* und dem „Konstrukt einer monoethnischen, sich durch Abstammung definierenden Volksgemeinschaft“ wurde festgehalten (Spieles 1993: 44 f.). In den ersten Nachkriegsjahren kamen vor allem noch die so genannten *Displaced Persons* hinzu – Menschen, die zwangsverschleppt oder zu einer Migration gezwungen worden waren, bei Kriegsende etwa acht bis zehn Millionen, im Frühjahr 1947 nur noch rund eine (Wengeler 1995: 712; vgl. auch Kleßmann 1986; Jacobmeyer 1992; Spieles 1993: 42 ff.). Die Arbeitsmigration aus dem Osten verringerte sich im Verlauf der schnell voranschreitenden Frontstellung des Kalten Krieges und kam mit dem Mauerbau 1961 fast zum Erliegen (Jung et al. 2000: 19; Pieper 2008: 28).

wurden sie trotz anfangs offener Feindseligkeit und fehlender Integrationsbereitschaft bei vielen Einheimischen allmählich erfolgreich integriert bzw. vollständig assimiliert.<sup>84</sup>

1952-73, in der so genannten Anwerbephase bzw. Gastarbeiterperiode, wurde die Beschäftigung von Arbeitsmigranten als Übergangerscheinung allein unter wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aspekten zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs einer dynamisch wachsenden Wirtschaft betrachtet. Es wurde angenommen, dass sie nicht dauerhaft bleiben, sondern bald wieder heimkehren würden und bei Bedarf ersetzt werden könnten. Perspektivische Konzepte eingedenk der Folgewirkungen längerer Arbeitsaufenthalte existierten nicht.<sup>85</sup> Die Ausländerpolitik knüpfte kurzerhand an Vorkriegstraditionen an, das Ausländergesetz sogar an den Stand von 1933 („Verordnung über ausländische Arbeitnehmer“) und 1938 („Ausländerpolizeiverordnung“) (Spieles 1993: 47; Herbert 2003: 340). Öffentlich wurde die Geschichte der „Gastarbeiter“-Beschäftigung nicht thematisiert: Der erneute Einsatz begann unter der „Suggestion der Geschichtslosigkeit“ und der „Fiktion des voraussetzungslosen Neuanfangs“ (a. a. O.: 339; 211).<sup>86</sup> Zwar wurde in der Wirtschaftskrise 1966/67 der Nutzen der Ausländerbeschäftigung offen angezweifelt, und temporär sank auch die Zahl der Ausländer in der BRD deutlich, ab Ende 1967 wurden dann aber bis 1973 noch weit mehr Arbeitsmigranten für die prosperierende Wirtschaft rekrutiert, nun primär aus der Türkei, bei denen der wirtschaftliche Nutzen besonders groß war (Spieles 1993: 52; Jung et al. 2000: 21; Herbert 2003: 207 ff.).<sup>87</sup> Parallel verstetigte sich der Aufenthalt von Ausländern und es setzte verstärkt Familiennachzug ein. Ausgewählte Gruppen erhielten auch ein eigenständiges Aufenthaltsrecht und eine arbeitsmarktunabhängige Arbeitserlaubnis. Ein ungeplanter und ungewollter Einwanderungsprozess nahm Fahrt auf (Bade 1994: 54; Wengeler 1995: 719 f.; Pieper 2008: 33 f.). Mit der Rezession Anfang der

<sup>84</sup> Vgl. z. B. Lemberg/Edding 1959; Kleßmann 1986; Herbert 1986: 179 ff.; 2003: 192 ff.; Spieles 1993: 42 ff.; Wengeler 1995: 713 f. Signifikante wirtschaftliche Wachstumsraten in den Folgejahren absorbierten die Arbeitsmigranten und setzten einen sich gegenseitig bedingenden Prozess in Gang: ohne den wirtschaftlichen Aufschwung wäre die Integration der Migranten, ohne deren zusätzliches Arbeitskräftepotenzial der Boom nicht möglich gewesen (vgl. a. a. O.).

<sup>85</sup> Vgl. Bade 1994: 53; Bade/Bommers 2000: 169; Meier-Braun 2002: 30; Nuscheler 2004: 137; ausführlich zur so genannten Gastarbeiterpolitik auch Bade 1992a; Herbert 1986: 179 ff.; 2003: 202 ff. Die Anwerbung folgte einer äußerst bürokratischen Verfahrensweise. Die Bewerber wurden penibel ausgesucht und unter anderem auch intensiv gesundheitlich untersucht: Es stand „einzig die Ware Arbeitskraft, nicht der Mensch im Vordergrund“ (Klämer 2000: 21 f.); Dohse (1981: 191) beschreibt eine „viergliedrige Selektionsstruktur (berufsfachlich, medizinisch, ‚arbeitsmarktpolizeilich‘, polizeilich)“. Unter Wahrung des Inländerprimats zielte die Anwerbung darauf, am unteren Ende des Arbeitsmarktes die Zugriffsmöglichkeit auf mobile, billige und hochbelastbare Arbeitskräfte in den für den kapitalistischen Produktionsprozess besten Jahren zu sichern, um das Lohnniveau auf relativ niedrigem Niveau zu stabilisieren und vor allem auch saisonalen Schwankungen sowie regionalen, sektoralen und strukturellen Unterschieden des Arbeitskräftebedarfs zu begegnen, eine ähnliche Intention wie Ende des 19. Jahrhunderts, nach 1918 und vor 1939; Arbeitsmigranten als disponible Einsatzreserve bzw. fungible Reservearmee mit Konjunkturpufferfunktion beim Wechsel von Aufschwung und Krise, die aufgrund Entrechtung diszipliniert und willig waren, auch für wenig Geld schwerste Arbeiten zu verrichten (Herbert 2003: 205 ff.; Bade 1992a: 395; Pieper 2008: 34; vgl. auch Dohse 1981: 135 ff.). Ausländische Arbeitskräfte subventionierten ferner z. B. nicht nur die Sozialversicherungssysteme, sondern sie bahnten auch vielen Deutschen einen beruflichen Aufstieg, denn es wurde keine Konkurrenz zwischen deutschen und nichtdeutschen Arbeitern geschaffen, sondern „eine als Fahrstuhleffekt beschreibbare Ethnisierung einzelner Arbeitsmarktsegmente“ und eine Unterschichtung des Arbeitsmarktes (Meier-Braun 2002: 35 f.; Pieper 2008: 33).

<sup>86</sup> „Das Ausländergesetz wurde als Fremden- und Ausländerpolizeirecht verstanden, mit einem vielfältigen Abwehrinstrumentarium einschließlich Abschiebung und Ausweisung“ (Meier-Braun 2002: 31). Im Ausländergesetz von 1965 wurde durch ein rigides Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht für Nicht-EWG-Angehörige den Ausländerbehörden ein Ermessensspielraum zuteil, der die Arbeitskräftezufuhr der wirtschaftlichen Situation flexibel anzupassen ermöglichte (a. a. O.: 211).

<sup>87</sup> Das Kräfteverhältnis verschob sich zugunsten der Wirtschaft insoweit, als sich eine „Laissez-faire-Politik“ entwickelte, die recht unkontrolliert Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse erteilte (Pieper 2008: 34). Der die Ausländerbeschäftigung traditionell kennzeichnende Trend, dass Ausländer auf unqualifizierten Arbeitsplätzen mit besonders schwerer, schmutziger, gefährlicher oder allgemein unbeliebter Arbeit weit überproportional vertreten waren, hatte weiter angehalten; die durch Unterschichtung möglich gewordenen Aufstiegschancen für deutsche Arbeitnehmer hatten noch zugenommen (Herbert 2003: 225).

1970er Jahre brachen die Debatten um die (zunehmenden) Kosten und den (abnehmenden) Nutzen der Arbeitsmigration verschärft auf und mündeten in den Anwerbestopp für Nicht-EWG-Staatsangehörige vom 23. November 1973 (Meier-Braun 2002: 42; Herbert 2003: 227 ff.).<sup>88</sup>

Die Jahre 1973-79 standen im Zeichen der Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung, bestimmt vom Defensiv-Dreieck aus Zuzugsbegrenzung, Rückkehrförderung und soziale Integration auf Zeit.<sup>89</sup> Das Kalkül des Anwerbestopps, nämlich ein Rückgang der Zahl der Ausländer in der BRD, war nicht nur nicht aufgegangen, sondern aus ihm resultierten schon bald zahlreiche nicht intendierte Folgen und im Endeffekt ein irreversibler Einwanderungs-, Niederlassungs- und Integrationsprozess. Da für Nicht-EWG-Angehörige bei Ausreise nun der Verlust von Aufenthalts- und Arbeitsrechten drohte, forderte der Anwerbestopp einen Daueraufenthalt geradezu heraus und erwies sich als „Bumerang“ in der Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik (Bade 1992a: 396).<sup>90</sup> Die missliebige Verfestigung des Aufenthaltsstatus im Wandel von „Gastarbeitern“ zu De-facto-Einwanderern und die mit dem fließenden Übergang vom Anwerbezum Einwanderungsland wider Willen verbundenen (langfristigen, kostenintensiven, sozial brisanten) Probleme, die sich schnellen Lösungsmöglichkeiten entzogen, waren somit „auch ein hausgemachtes Ergebnis von Ausländerpolitik und Ausländerrecht“ (Bade/Bommes 2000: 165).<sup>91</sup> Gegenüber diesen Entwicklungen gab es lange eine nicht kohärente, ohnmächtig und paradox wirkende Politik; konstitutive Referenz war das bis in die 1990er Jahre repetierte „Einwanderungs-Dementi“: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ (ebd.; Herbert 2003: 341).<sup>92</sup>

Spielte das Asylrecht bis zum Anwerbestopp in den Wanderungsbewegungen und auch den politischen Debatten insbesondere aufgrund geringer Antragszahlen eine marginale Rolle, änderte sich dies in den Folgejahren substantiell. Nicht nur die Bewerberzahlen stiegen, sondern vor allem wechselten auch die Herkunftsräume. Vermehrt suchten Menschen aus verfolgungs- und kriegsbedingten, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen aus außereuropäischen, vielfach so genannten Dritte-Welt-Staaten, Asyl.<sup>93</sup> Trotz weiterhin niedriger Antragszahlen etablierte sich die Argumentationsfigur vom „Missbrauch des Asylrechts“, die sich als „das zentrale politische Legitimationsmuster der folgenden Jahre“ herauskristallisierte; als Ziele galten die Beschränkung des Zugangs zum Asylverfahren und die Verkürzung der Verfahrenswege (Pieper

<sup>88</sup> Für EWG-Staatsangehörige bestand seinerzeit aber bereits die Arbeitnehmerfreizügigkeit (vgl. Nuscheler 2004: 125).

<sup>89</sup> Vgl. z. B. Bade 1994: 54; Klärner 2000: 31; Meier-Braun 2002: 42; Herbert 2003: 232 ff.; Nuscheler 2004: 137.

<sup>90</sup> Vgl. auch Herbert 1986: 223 ff.; 2003: 232 ff.; Spieles 1993: 53; Bade 2000: 320; Jung et al. 2000: 21. Zwar sank die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen, die der Wohnbevölkerung stieg aber. Primär Familiennachzug, natürlicher Bevölkerungszuwachs und das Abstammungsprinzip im Staatsangehörigkeitsrecht ließen die Zahl der Ausländer langfristig auch ohne Arbeitskräftezuwanderung weiter steigen, während die Zeitstufen im Aufenthaltsrecht Arbeitsmigranten mit Daueraufenthalt eine wachsende Absicherung gegen die Unwägbarkeiten der „Gastarbeiterexistenz“ boten (Bade/Bommes 2000: 165). Aus einem ursprünglich angedachten temporären Arbeitsaufenthalt wurde ein objektiver Einwanderungsprozess, der mit der Zeit auch subjektiv von einer steigenden Zahl von Migranten als solcher wahrgenommen wurde; es begannen „Einwurzelungsprozesse“, die die Flexibilität der Ausländer und ihre fungible Einsatzmöglichkeit ebenso zu beeinträchtigen drohten wie ihre „Billigkeit“ (Herbert 2003: 340; vgl. auch Bade 1994: 38 ff.; Nuscheler 2004: 125).

<sup>91</sup> Hierzu ausführlich z. B. auch Bade 1994: 38 ff.; Herbert 2003: 233 ff.; Pieper 2008: 36 ff.

<sup>92</sup> Das ausländerpolitische Credo der sozial-liberalen Regierung bis 1982 beinhaltete zwar auch eine durch verschiedenste sozialpolitische Maßnahmen geförderte Integration, eine Einwanderungskonzeption lag diesen aber (bewusst) nicht zugrunde. Das „Dickicht der Regelungen“ (Herbert 2003: 244) wurde immer undurchsichtiger und manch Bestimmung konterkarierte auch die Ziele der Rückkehrförderung und Zuwanderungsbegrenzung, da sie den Aufenthalt verfestigten oder einen Zuzug geradewegs forcierten (vgl. auch Heckmann 1981; Bade 1994: 54; Meier-Braun 2002: 45 ff.; Nuscheler 2004: 137).

<sup>93</sup> Bis dahin beanspruchten den Flüchtlingsstatus vor allem (wenige) Ostblock-Angehörige, denen im Kalten Krieg aus politischen Gründen generös Aufenthalt gewährt wurde; vgl. Höfling-Semnar 1995: 114 ff.; Spieles 1993: 56; Jung et al. 2000: 23; Herbert 2003: 263 ff.; Pieper 2008: 43. Zum Anstieg der Bewerberzahlen trug auch bei, dass es durch den Anwerbestopp für Nicht-EWG-Ausländer jenseits des Asylrechts kaum legale Möglichkeiten für eine dauerhafte Zuwanderung mehr gab (Klärner 2000: 31). Ebenso führte, Forderungen der Arbeitgeber nach weiteren billigen migrantischen Arbeitskräften folgend, eine direkte Zulassung von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt zur Verlagerung der Zuwanderung von der klassischen Arbeitsmigration ins Asylrecht (Müsch 1992: 55 ff.; Höfling-Semnar 1995: 117 f.; Pieper 2008: 37 ff.).

2008: 45).<sup>94</sup> Da der Vollzug asylpolitischer Regelungen primär Ländersache war, begann ein „Abschreckungswettbewerb zwischen den Bundesländern“, die sich mit Sofortmaßnahmen gegenseitig regelrecht unter Zugzwang setzten (a. a. O.: 47).<sup>95</sup> Gegen Ende der 1970er Jahre deutete sich zudem zusehends eines der fortan wirksamsten Strukturprobleme der Ausländerpolitik an: Während stets der Wille zur Reduzierung der Zahl der Ausländer bekräftigt wurde, waren die faktischen politischen Handlungsspielräume so eng geworden, dass dieses Ziel „in der Praxis nur noch teilweise und mit stark verminderter Wirksamkeit auch durchgesetzt werden konnte“ (Herbert 2003: 243).

1979/80 standen kurzzeitig konkurrierende Integrationskonzepte im Vordergrund der Debatte um das Defensiv-Dreieck aus Zuzugsbegrenzung, Rückkehrförderung und temporärer Integration.<sup>96</sup> Zielten die Maßnahmen der sozial-liberalen Bundesregierung primär auf die Reduzierung der Zahl der Ausländer in der BRD, wurde zwecks Integration von – vor allem jüngeren – Zuwanderern Ende 1978 das Amt eines *Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen* geschaffen. Die schwache administrative Stellung und kärgliche Ausstattung deuteten aber bereits an, dass die „Ausländerfrage“ weiter als „nachgeordnetes und bald vorübergehendes Problem“ betrachtet wurde (Herbert 2003: 245). 1979 präsentierte der erste Amtsinhaber, Heinz Kühn, seine Vorstellungen zu Stand und Fortschritt der Integration, in denen er die bisherige Politik kritisierte und einen generellen Perspektivwechsel hin zu einer konsequenten Integrationspolitik forderte. Diese beinhaltete besonders die Anerkennung der unumkehrbaren Einwanderungssituation und das Angebot einer vorbehaltlosen und dauerhaften Integration (Kühn 1979).<sup>97</sup> Das so genannte Kühn-Memorandum stieß zwar auf viel Zustimmung, aber auch auf weit mehr Protest und löste für damalige Verhältnisse eine recht breite Integrationsdebatte aus. Diese konzentrierte sich primär auf eine notwendige Anpassung bzw. Assimilation von Migranten. Zu einer Umsetzung der Vorschläge war die damalige Regierung nicht bereit, denn sie waren nicht mehrheitsfähig: zu tief verwurzelt waren die Vorurteile gegen die *Fremden* und zu stark die Widerstände gegen eine mitbürgerliche Gleichberechtigung.<sup>98</sup>

<sup>94</sup> Legislativ wurde auf die zunehmende Skandalisierung des angeblichen „Asylmissbrauchs“ mit einer ersten Gesetzesverschärfung 1976 reagiert (unter anderem Vorprüfungen an den Grenzen, Ablehnung offensichtlich unbegründeter Anträge ohne gerichtliche Prüfung; vgl. ebd.; Münch 1992: 70). Bereits in der ersten Phase der Asylpolitik, so Höfling-Semnar (1995: 120), wurden „Grundmuster entwickelt, die bis in die 90er Jahre beibehalten werden. Schon damals wurde mit ihnen die vielfach beklagte ‚Krise des Asylrechts‘ begründet, obwohl die quantitative Beanspruchung der Bundesrepublik durch Flüchtlinge nicht besonders groß war. Der Mißbrauchsargumentation und den restriktiven Gesetzesnovellen steht die politische Verweigerung gegenüber, auf die qualitativ neue Beanspruchung durch nicht dem Ost-West-Gegensatz entstammende Fluchtgründe und Bürgerkriegsflüchtlinge zu reagieren“. Die ab 1977 offensiv thematisierte Politik der sozial-liberalen Bundesregierung gegen „Asylmissbrauch“ fußte auf drei zentralen Strategien, die sich dauerhaft in den administrativen Strukturen etablieren sollten: Rechtswegekürzung (unter anderem Beschleunigungsgesetze 1978 und 1980), Einreiseverhinderung durch Visumzwang für wichtige Herkunftsländer, trotz Konterkarierung der Genfer Flüchtlingskonvention, und Anreizminderung durch Verschlechterung der sozialen Situation von Asylsuchenden (unter anderem Herabsetzung des Lebensstandards durch z. B. Arbeitsverbote, Sozialhilfegewährung in Sach- statt Geldleistungen, Unterbringung in Sammellagern und Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit) (Höfling-Semnar 1995: 118 ff.; Pieper 2008: 46 ff.).

<sup>95</sup> Zu den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die (restriktive) Asylpraxis der 1970er Jahre z. B. auch Spieles 1993: 56 ff.; Jung et al. 2000: 23; Nuscheler 2004: 141 ff.

<sup>96</sup> Vgl. Bade 1994: 55; Meier-Braun 2002: 46; Nuscheler 2004: 137 f.

<sup>97</sup> Vgl. Meier-Braun 1980: 27 ff.; 2002: 46 ff.; Bade 1994: 55 f.; Klärner 2000: 32; Herbert 2003: 245 ff.

<sup>98</sup> Besonders die einflussreichen nationalkonservativen Kräfte fürchteten um nationale Homogenität und Identität und begannen, das vermeintliche „Ausländerproblem“ zunehmend politisch zu besetzen und wahlkampfaktisch zu nutzen. Vgl. Krummacher/Waltz 1996: 89; Herbert 2003: 246; Nuscheler 2004: 138; Ucar 2004: 13. Die Koalition blieb in ihren ausländerpolitischen Beschlüssen weit hinter den Forderungen Kühns zurück und verharrte im Grunde bei einer durch Integrationskonzepte ergänzten Arbeitsmarktpolitik (Bade 1994: 57; Meier-Braun 2002: 48).

Anfang der 1980er Jahre wurde die kurze Integrationsdebatte von einem lange dominierenden „Wettlauf um eine Begrenzungs politik“ (Bade 1994: 57) abgelöst. Begleitet und angetrieben wurde sie von omnipräsenten, zwecks politischer Instrumentalisierung gezielt dramatisierenden Warnungen vor den „Ausländerproblemen“ sowie Forderungen und Ankündigungen, diese durch eine „härtere Ausländerpolitik“ und „restriktive Maßnahmen“ zu lösen (Meier-Braun 2002: 49).<sup>99</sup> Die faktische Einwanderungssituation wurde weiter geleugnet, die Entwicklung von Zuwanderungs- und Integrationskonzepten unterlassen. Im Vordergrund standen Anstrengungen zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ (vor allem durch zeitlich begrenzte finanzielle Anreize), zur Verhinderung weiterer Zuwanderung (durch alle humanitär vertretbaren Maßnahmen) und zu einer „sozialen Integration auf Zeit“, die die Rückkehrbereitschaft der nur temporär erwünschten Migranten erhalten sollte (Bade/Bommes 2000: 166).<sup>100</sup> Zwar wurde der Ton und die Sprache unablässig schärfer, das offensiv formulierte Ziel, die Reduzierung der Zahl der dauerhaft in der BRD niedergelassenen Ausländer, scheiterte aber. Die rechtlichen Detailfragen waren zu vertrackt und die prinzipiellen Vorstellungen innerhalb der Bundesregierung zu verschieden: Ausländerpolitik war über Jahre vor allem Symbol- und Ankündigungspolitik mit Blick auf eine aufgebrachte Öffentlichkeit, „der konsequente Maßnahmen zum Abbau der Ausländerzahlen vorgeführt werden sollten“ (Meier-Braun 2002: 61).<sup>101</sup>

Ab Mitte der 1980er Jahre verlagerte sich das politische und öffentliche Interesse von den einstigen Arbeitsmigranten und ihren Familien immer mehr auf die Asylpolitik. Durch die heraufziehenden Veränderungsprozesse in Osteuropa repräsentierte bald das grundgesetzlich garantierte Asylrecht den symbolischen Kern der ohnehin bereits stark emotionalisierten und instrumentalisierten Ausländerdebatte. Es wurde gegen Ende der Dekade zum strittigsten innenpolitischen Thema.<sup>102</sup> Mit einer steigenden Zahl an Asylbewerbern, deutschstämmigen Ausiedlern und nicht abschiebbaren De-facto-Flüchtlingen verschärfte sich der Ton der Kontroversen beständig. Zugleich wurden immer neue, von zunehmender Abgrenzung, Abschreckung und Abwehr bestimmte Initiativen für weitere Restriktionen vorgebracht und, soweit juristisch zulässig, neue Verordnungen und Gesetze verabschiedet. Vorrangiges Ziel war nicht mehr nur den vermeintlichen Missbrauch einzudämmen, sondern die Zahl der faktisch Asylberechtigten

<sup>99</sup> Die Ausländerpolitik wurde mehr und mehr zum Spielball parteipolitischer Machtkämpfe, speziell zu Wahlkampfzwecken; das Eröffnungsszenario boten die Entdeckung der Einwanderungssituation bei wachsendem öffentlichen Unbehagen an der Konzeptionslosigkeit in der Ausländerpolitik, anhaltende Wirtschaftskrise, hohe, weiter steigende Arbeitslosigkeit, ein starker Anstieg der Asylbewerberzahlen und eine zu Horrorvisionen verzerrte Asyldiskussion. Vor diesem Hintergrund wuchsen Besorgnis, Empörung und Abwehrhaltungen, die die Parteien wiederum in ihr Interessenskalkül einzubeziehen suchten: „Ein gefährlicher Kreislauf kam in Gang“ (Bade 1994: 57; vgl. auch Meier-Braun 2002: 49 ff.; Herbert 2003: 248 ff.).

<sup>100</sup> Die Praxis der sozial-liberalen Koalition unterschied sich dabei kaum von der der ab 1982 folgenden christlich-liberalen, wengleich diese die Debatten weiter verschärfte und „die rasche und erhebliche Verminderung der Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik“, insbesondere die der Türken, zum Ziel erklärte. Die ausländerpolitischen Richtlinien wurden auf den zunehmenden Druck der Öffentlichkeit ausgerichtet – Grundsatz war: „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ (Herbert 2003: 249 f.; vgl. z. B. auch Meier-Braun 1988: 10; 2003: 49 ff.; Münch 1992: 95; Bade 1994: 58 f.; Höfling-Semnar 1995: 123; Krummacher/Waltz 1996: 90; Bade/Bommes 2000: 174; Nuscheler 2004: 138 ff.; Pieper 2008: 47 f.).

<sup>101</sup> Neben einer Kompetenzverlagerung vom Bundesarbeits- zum Bundesinnenministerium standen vor allem ordnungspolitische Maßnahmen im Brennpunkt (a. a. O.: 68). Vgl. auch Bade 1994: 60 ff.; Meier-Braun 1995: 18; Klärner 2000: 33; Herbert 2003: 249 ff. „Trotz zahlloser Ankündigungen und Versprechungen zur Lösung des ‚Ausländerproblems‘ stiegen die Zahlen immer weiter an“ (Meier-Braun 2002: 60). Die „Ausländerfrage“ wurde zu einer der heftigsten Streitpunkte in der christlich-liberalen Koalition (Herbert 2003: 251). Für Bade (1994: 89) blieben die 1980er Jahre in punkto Migration „ein verlorenes Jahrzehnt“. Verschiedene Sofortmaßnahmen, die auf eine Reduzierung gerichtet waren, liefen nach wie vor entweder ins Leere oder hatten sogar mehr Zuwanderung zur Folge (Pieper 2008: 51). Ergebnis waren vielfach „Sowohl-als-auch-Formeln“ (Bade/Bommes 2000: 175). Fatal war indes die psychologische Wirkung für *Ausländer*: Eine unberechenbare, von Wirtschaftskonjunkturen und Populismus beeinflusste Politik vermittelte ihnen den Eindruck, unerwünscht und eine gesellschaftliche Bedrohung zu sein; in erster Linie für die innere Sicherheit, die ethnische Homogenität und die kulturelle Identität der Deutschen (Meier-Braun 2002: 61; Nuscheler 2004: 138).

<sup>102</sup> Vgl. z. B. Spieles 1993: 60; Bade 1994: 61; 2000: 363 ff.; Herbert 2003: 263 ff.; Klärner 2000: 28 ff.; Pieper 2008: 53 f.

zu verringern.<sup>103</sup> Da eine grundlegende Änderung der Asylmigration ohne Grundgesetzänderung aber offenkundig nicht möglich war – alle rechtlich zulässigen Restriktionen waren ausgeschöpft –, waren CDU/CSU bemüht, auch angesichts der Wahlerfolge offen fremdenfeindlich agierender Parteien, den Druck auf die SPD zu erhöhen, um die notwendige Mehrheit für eine Verfassungsänderung zu realisieren.<sup>104</sup> Im Herbst 1989 geriet die Ausländer- und Asylpolitik für einen historischen Moment in den Hintergrund, um dann aber „in verschärfter Form und unter den veränderten Bedingungen des wiedervereinten Deutschlands“ (Herbert 2003: 282) wieder ins Zentrum der Debatten zu rücken.

#### 4.1.2 Ausländerpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Die DDR war während ihrer gesamten Zeit wider dem offiziellen politischen Willen vor allem Auswanderungsland, aber mit Einwanderungsfacetten (Bröskamp 1993: 13). Es dominierte das „Dogma des Nicht-Einwanderungslandes“ (Schulz 2011: 146) und eine stets auf Zeit konzipierte Einwanderungspolitik: „das Vorübergehende, Zeitweilige, oft Provisorische [prägte] sowohl Einwanderung als auch Einwanderer“ (Priemel 2011: 17).<sup>105</sup> Auch vom Status eines De-facto-Einwanderungslandes blieb die DDR weit entfernt (Schulz 2011: 147): „Immigration [war schwerlich] ein prägender sozialer, ökonomischer und politischer Faktor“ (Priemel 2011: 10).<sup>106</sup> Grundlage der Einwanderungspolitik und -praxis war neben solidarischer Hilfe für bestimmte politisch Verfolgte und Verbundenheit mit sozialistischen, ehemaligen Kolonial- oder

<sup>103</sup> Durch die „Anti-Asyl-Kampagne“ der Unionsparteien entstand relativ schnell ein sich zunehmend stärker aufladendes emotionalisiertes Klima, das eine öffentliche Enttabuisierung von Fremden- und Ausländerfeindlichkeit erleichterte (Herbert 2003: 285; vgl. auch Münch 1992: 104; Höfling-Semnar 1995: 124; Pieper 2008: 53 f.). Zu (Spät-)Aussiedlern deutscher Herkunft und Staatsangehörigkeit aus Osteuropa vgl. z. B. Bade/Oltmer 2003; Bade/Bommes 2000: 180 ff.; Bade 1994: 147 ff.; Münz et al. 1999: 28 ff.; Jung et al. 2000: 19 f.; Nuscheler 2004: 130 ff.; Klärner 2000: 27 f.; Herbert 2003: 273 ff.

<sup>104</sup> Vgl. Spieles 1993: 57 ff.; Herbert 2003: 271 f.; Pieper 2008: 46 ff. In Anbetracht der Konzentration auf die Asyl- und Aussiedlerpolitik nahm allerdings die Polarisierung der allgemeinen Ausländerpolitik etwas ab, so dass noch kurz vor der Wiedervereinigung ein seit 1980 angekündigtes neues Ausländergesetz verabschiedet wurde, „das zwar eine gewisse Rechtsicherheit bot und in vielen Bereichen als Fortschritt empfunden wurde, aber die grundlegenden Fragen der Ausländerpolitik – Einwanderungspolitik und Staatsbürgerschaftsrecht – nicht antastete“ (Herbert 2003: 285; vgl. auch Bade 1994: 63 ff.; Meier-Braun 1995: 18; 2003: 67 f.; Krummacher/Waltz 1996: 92; Bade/Bommes 2000: 175; Nuscheler 2004: 138 f.).

<sup>105</sup> Eine Sesshaftwerdung einer größeren Zahl von Ausländern akzeptierten die politischen Eliten zu keiner Zeit (Elsner/Elsner 1994: 10). Migranten hatten „ihre baldige Rückkehr, ob freiwillig oder notgedrungen, im Regelfall deutlich vor Augen“: „Integration [blieb] auf beiden Seiten eine überwiegend sekundäre Herausforderung“ (Priemel 2011: 17; 14).

<sup>106</sup> Zahlen beeindrucken wenig, gerade im Vergleich zur BRD. Dennoch war insgesamt ein breites Spektrum an Formen und Gruppen sowie auch Zielen und Schicksalen von Migranten und Migrationen kennzeichnend; zunächst vor allem die sowjetischen Besatzungstruppen und analog Westdeutschland Flüchtlinge und Vertriebene (insgesamt rund vier Millionen, ca. ein Fünftel der Gesamtbevölkerung), dann besonders politische Emigranten, Asylsuchende, Kriegswaisen, Gegner von faschistischen Regimen und Militärdiktaturen, Mitglieder nationaler und kolonialer Befreiungsbewegungen, Angehörige bewaffneter Gruppen in Europa oder Mitglieder kommunistischer Organisationen in kapitalistischen Staaten, Auszubildende, Studierende und Praktikanten und speziell in der Oder-Neiße-Region auch polnische Pendler, ab Mitte der 1960er Jahre dann primär ausländische Vertragsarbeiter (vgl. a. a. O.: 7 ff.; Elsner/Elsner 1994: 10 ff.; Münz et al. 1999: 28 f.; Schwarz 2004; Kossert 2009; <http://www.auslaender-in-der-ddr.com/home/polit-emigranten/>; Stand: 8. März 2015). Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung war durchweg sehr gering, stieg aber ständig. Zum 31. Dezember 1989 wurden 191.190 Ausländer (aus 39 Staaten) gezählt, 1,1 Prozent der Wohnbevölkerung, exklusiv Angehörige der Sowjetarmee (380.000 Soldaten, 200.000 Familienangehörige und Zivilbedienstete) und Diplomaten; der größte Teil (ca. 95.000) waren Vertragsarbeiter, weit vor Auszubildenden, Studierenden und politischen Migranten (vgl. Winkler 1992: 34; Elsner/Elsner 1994: 13; Gruner-Domic 1999: 224; Herbert 2003: 296; Nuscheler 2004: 124; Schulz 2011: 146). Nur rund 43.000 (ca. 22 Prozent aller) Ausländer hatten 1989 einen ständigen Wohnsitz in der DDR, waren also sesshaft geworden; in der Mehrzahl handelte es sich um Asylberechtigte und in einer binationalen Ehe mit Deutschen lebende (Elsner/Elsner 1994: 17 f.). Der Aufenthalt von Ausländern war generell von „Gunst und Ermessen“ der Behörden abhängig: Die Ausländergesetze befassten sich primär mit der Aufenthaltsregelung und räumten keine einklagbaren Rechte ein (a. a. O.: 31; vgl. auch Herbert 2003: 296). Während des Aufenthalts waren Ausländer aber ihren Arbeitskollegen oder Kommilitonen arbeitsrechtlich gleichgestellt (Jasper 1991: 173 f.; Elsner/Elsner 1994: 34). Das Recht auf Asyl war zwar weit gefasst, auch weiter als in der von der DDR nicht ratifizierten Genfer Flüchtlingskonvention, es war aber nicht einklagbar und durch eine Kann-Bestimmung eingeschränkt (a. a. O.: 14 ff.).

ökonomisch unterentwickelten Staaten, vor allem die volkswirtschaftlich notwendige Einwanderung. Trotz aller ideologischen Bedenken gaben hierzu mehrere Faktoren den Ausschlag: insbesondere ein sich zusehends verschärfender struktureller Arbeitskräftemangel (in erster Linie eine Folge des Zweiten Weltkrieges), hohe Auswanderungszahlen primär fachlich qualifizierter Menschen und die Wiederaufbaukonjunktur.<sup>107</sup> Propagierten die Abkommen zur Rekrutierung der Vertragsarbeiter anfänglich in den 1960er/1970er Jahren vor allem die berufliche Qualifizierung und Hilfe für sozialistische Partnerstaaten, wandelte sich die politische Zielsetzung bis Mitte der 1980er Jahre mit Blick auf das „Nutzen-Aufwand-Verhältnis“ (Roesler 2012: 2) zu einem „rein ökonomisch motivierten Import von Arbeitskräften“ (Schulz 2011: 162), die aufgrund sinkender Produktivität zur Plansollertüchtigung unverzichtbar wurden.<sup>108</sup> Das Ende der DDR und der rapide Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft, verbunden mit zahllosen Produktionsstilllegungen und betriebsbedingten Kündigungen, veränderten die Situation der Vertragsarbeiter drastisch. Die Auflösung der bilateralen Vereinbarungen, keine weitere Einwanderung und möglichst frühzeitige Rückführungen wurden umgehend und unmissverständlich zu Zielen des Wendeprozesses.<sup>109</sup> Aus Angst vor einer erzwungenen Ausreise in ihr Herkunftsland suchten zahlreiche Betroffene auch um Asyl in der Bundesrepublik nach. Viele Ausländer emigrierten ferner aufgrund der rechtlichen und wirtschaftlichen Unsicherheit sowie des ansteigenden, staatlich nicht länger eingehegten Rassismus (Schulz 2011: 160 f.; Sextro

<sup>107</sup> Vgl. z. B. Bröskamp 1993: 14 ff.; Roesler 2012: 1 f.; Schulz 2011: 143 ff.; Priemel 2011: 10; Herbert 2003: 296.

<sup>108</sup> Somit kann auch keine einheitliche Anwerbepolitik beschrieben werden, denn die Vertragsinhalte änderten sich mit der Zeit genauso wie die Entsendeländer und die Bedingungen für die Vertragsarbeiter (a. a. O.: 163). Schulz (2011: 147 f.) unterscheidet drei Phasen thematisch-chronologisch: 1) ab Mitte der 1960er Jahre Qualifizierungsverträge mit benachbarten RGW-Partnern; 2) ab Mitte der 1970er Jahre Arbeitskräftetransfer im Zeichen proletarischer Solidarität, Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte und Ausweitung auf Nicht-RGW-Staaten; 3) ab Ende der 1970er Jahre eine Art „Massenimport“ von Arbeitskräften aus sozialistischen Ländern, ein „letzter Versuch, das marode Wirtschaftssystem der DDR zu retten“. Elsner/Elsner (1994: 22 ff.) differenzieren wie folgt: 1) 1960/61 bis Mitte der 1960er Jahre Beschäftigung verbunden mit Qualifizierung einiger tausend RGW-Angehöriger; 2) Mitte der 1960er Jahre bis 1989 planmäßiger Einsatz von Vertragsarbeitern zumeist verbunden mit fachlicher Qualifizierung bei zunehmender Priorität des Arbeitseinsatzes; 3) 1989/90 staatlich legitimierte Betriebsstilllegungen, Kündigungen und Massenentlassungen sowie Ausreisepflicht beim Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Abkommen sahen in der Regel einen vier- bis siebenjährigen Arbeitsaufenthalt vor, die Regelaufenthaltszeit betrug fünf Jahre (Bröskamp 1993: 15). Zur Unterscheidung von Phasen und Inhalten auch a. a. O.: 17 ff.; Stach 1991: 11 ff.; Jaspers 1991: 151 ff.; Buchhorn 1991: 68; Marburger et al. 1993: 9; Kuck 2005: 271; Roesler 2012: 3. Eine „Massenmigration wie in der Altbundesrepublik“, so Bröskamp (1993: 18 f.), kann für die DDR aber nicht konstatiert werden, und ebenso wenig eine Familienzusammenführung, so dass „weder an Formationsprozesse ethnischer Minoritäten noch an das Heranwachsen einer zweiten oder gar dritten Generation zu denken war“. Gründe hierfür waren nicht nur die relativ kurze Zeitspanne der Anwerbung und die geringe Zahl Angeworbener, sondern vor allem das rigoros gehandhabte Rotationsmodell (a. a. O.: 19 f.; vgl. Gruner-Domić 1999; Klärner 2000: 27). Parallelen bzw. Gemeinsamkeiten im Vergleich zur Arbeitsmigration in Westeuropa zeigen sich aber vor allem beim Mangel der Arbeitskräfte, der gesellschaftlichen Wirkung, den Einsatzbereichen und Arbeitsbedingungen, der separierten Unterbringung und der Auswahl der Arbeitskräfte (Schulz 2011: 146; Jasper 1991: 151; Bade 2000: 339). Zu vor allem den Anfängen, den Entsendeländern und der Struktur der ab den 1960er Jahren auf Grundlage von (bis zum Ende der DDR betreffend die Inhalte öffentlich verschwiegenen) Abkommen und Vereinbarungen temporär in der DDR anwesenden Vertragsarbeiter auch Elsner/Elsner 1994: 12 ff.; Henke 1990; Stach 1991; Röhr 1999. Das Gros der Vertragsarbeiter lebte unter rechtlich prekären und sozial äußerst schwierigen, teils sogar menschenunwürdigen Bedingungen sowie unter exzessiver staatlicher und sozialer Kontrolle überwiegend stark gesellschaftlich isoliert in separaten, streng überwachten Sammelunterkünften; alltägliche Kontakte zu Deutschen waren spärlich, teils schlug Ausländern auch offene Feindseligkeit entgegen. Von einem Zusammenleben von Aus- und Inländern, gar von Integration, so Klärner (2000: 26), „kann hier keine Rede sein“, die Rahmenbedingungen machten allein ein durch „gegenseitige Toleranz, Achtung und Akzeptanz gekennzeichnetes Zusammenleben“ „so gut wie unmöglich“. „Rassismus, Apartheid und Fremdenfeindlichkeit waren staatlicherseits zugleich (offiziell) verboten und (verdeckt) institutionell legitimiert“ (Bröskamp 1993: 22 f.); vgl., auch betreffend das Kontroll-, Disziplinierungs- und Sanktionsregime, Herbert 2003: 296 f.; Hussain 1991; Priemel 2011: 11; Behrends 2003; Müller 2005; Bröskamp 1993: 20 ff.; Stach 1991: 10 ff.; Buchhorn 1991: 69; Elsner/Elsner 1994: 32; Schulz 2011: 146 f. Die Lebensbedingungen waren auch Ausdruck des Ziels, im Interesse des Rotationsprinzips eine gesellschaftliche Integration der Arbeitsmigranten zu vermeiden (Roesler 2012: 4).

<sup>109</sup> Verhandlungen wurden noch 1989 aufgenommen, ein maßgeblicher Inhalt waren rechtsverträgliche Kündigungen aus zwingenden Gründen (z. B. Umstellung des Produktionsprofils, Einstellung der Produktion, Umweltschutz), Abfindungen, Ausgleichszahlungen und Rückkehrhilfen; vgl. Bröskamp 1993: 14; Schüle 2002; Schulz 2011: 160 ff.; Priemel 2011: 9.



1996: 58 ff.).<sup>110</sup> Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erlangten die bundesdeutschen Ausländer- und Asylgesetze uneingeschränkt Gültigkeit für die neuen Bundesländer – Ende 1990 hatten bereits rund zwei Drittel der Vertragsarbeiter Deutschland verlassen.<sup>111</sup>

### 4.1.3 Ausländer- und Migrationspolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1990

Die bereits in den 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik stark emotionalisierte und drastisch zugespitzte Debatte um die Ausländer- und Asylpolitik wurde sogleich zu der zentralen politischen und gesellschaftlichen Kontroverse im vereinigten Deutschland. Infolge des Systemumbruchs sowie der politischen und ethnischen Konflikte in Ost- und Südosteuropa stieg die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden an. Sie wurde „in Horrorvisionen zur nationalen Überlebensfrage verzerrt“ (Bade 1994: 66) und durch die sich rasant verschärfende Anti-Asyl-Kampagne von CDU/CSU öffentlichkeitswirksam instrumentalisiert. Die Kampagne zielte auf eine Grundgesetzänderung ab, für die eine parteipolitisch unschlüssige SPD Aussicht bot.<sup>112</sup> Anknüpfend an Strategien der 1980er Jahre wurde von der Bundes- bis zur Kommunalpolitik im Verbund mit Massenmedien die „Flut der Armen“, der „massenhafte ‚Asylmissbrauch‘“ und die „überschrittene Aufnahmefähigkeit“ problematisiert (Pieper 2008: 58 f.). Es wurde „generalstabsmäßig Neid und Wut produziert“ – Politiker und Medien forcierten das, was „wachsender Unmut in der Bevölkerung“ (Herbert 2003: 302) genannt wurde, ein Klima, in dem Gewalt gegen Ausländer legitimiert und mehr als insgeheim goutiert wurde.<sup>113</sup> Die sich verselbständigende Debatte gipfelte in der öffentlichen Inszenierung des „Volkswillens“ (Pieper 2008: 61) bis hin zur Warnung des Bundeskanzlers vor einem „Staatsnotstand“ (Nuscheler 2004: 148). Dies hatte absehbare Folgen, die wissentlich gebilligt und den Gegnern einer Grundgesetzänderung angelastet wurden: Täglich gab es in der gesamten Republik gewalttätige, teils pogromartige Exzesse und Mordanschläge auf Migranten. Begleitet wurden diese Entwicklungen von sympathisierenden Teilen der Bevölkerung, einer vor dem rassistischen Terror kapitulierenden

<sup>110</sup> Um die „nur bedingt freiwillige Rückkehrbereitschaft“ zu nutzen und die Rückwanderung, stimuliert durch „einmalige finanzielle Unterstützung“, „möglichst geräusch- und konfliktlos über die Bühne zu bringen“, wurde auch die staatliche Fluggesellschaft Interflug in die organisatorische Abwicklung einbezogen (Schulz 2011: 161; vgl. auch Schüle 2002: 96 f.).

<sup>111</sup> Vgl. z. B. Broszinsky-Schwabe 1991; Buchhorn 1991: 68; Stach 1991: 6; Elsner/Elsner 1994: 14 ff.

<sup>112</sup> Obwohl das Grundrecht bereits über Jahre durch Serien von Gesetzen und Verordnungen immer weiter eingeschränkt und ausgehöhlt worden war; der Widerspruch zwischen Theorie, das scheinbar „liberalste Asylrecht der Welt“, und der Praxis einer immer restriktiveren Asylpolitik wurde größer und größer (Meier-Braun 2002: 74; vgl. Nuscheler 2004: 144 ff.). Die Skandalisierung eines angeblich massenhaften Asylmissbrauchs rührte entsprechend vor allem daher, dass Gesetzgebung und Rechtsprechung die Kriterien für die Gewährung von Asyl so eng gezogen hatten, dass der Kreis jener, deren Ersuchen anerkannt wurde, immer kleiner wurde, zugleich aber die Zahl jener, die abgewiesen wurden, bei einer Rückkehr in die Heimat aber politischer Verfolgung ausgesetzt gewesen wären, so groß wurde, dass die Zahl der vor einer Abschiebung geschützten De-facto-Flüchtlinge deutlich stieg (Bade/Bommes 2000: 185; Herbert 2003: 299). Vgl. im Weiteren auch Münz et al. 1999: 186 f.; Klärner 2000: 34; Meier-Braun 2002: 71 ff.; Pieper 2008: 54 ff.; Ucar 2004: 14; Herbert 2003: 286 ff.

<sup>113</sup> Waren seinerzeit „die Türken“ Symbol für die überschrittene Belastungsgrenze und das zu kentern drohende „volle Boot Deutschland“, waren es nun „die Asylbewerber“: „Die politische Auseinandersetzung und die Schlagzeilen in den Medien sind fast austauschbar“ (Meier-Braun 2002: 71 f.; vgl. auch Ucar 2004: 14); „Die Spannung stieg täglich [...] Der lärmende politische Schlagabtausch mit polemischen Invektiven [...] signalisierte lautstarke Rat- und Perspektivlosigkeit“ (Bade 1994: 80). Die von der Bundes-Union gesteuerte Kampagne umfasste mehrere sich ergänzende Strategien, unter anderem die Transformation der rassistisch aufgeladenen Debatte in die Alltagswelt der (insbesondere Ost-) Deutschen, eine gezielt herbeigeführte Überforderung von Kommunen und Landkreisen mit den zugewiesenen Migranten oder auch der Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und dem zuständigen Verwaltungsgericht, eine offensichtliche Behinderung von Lösungen bestehender Probleme oder die Verbreitung zwecks Dramatisierung verfälschter Asylantragszahlen als „Beweise für die ‚Flüchtlingsfluten‘“, die insbesondere konservative Boulevardzeitungen in „dumpfen rassistischen Bildern und Polemiken“ verbreiteten (Pieper 2008: 59; vgl. auch Münch 1992: 55; Jäger 1993a; Herbert 2003: 301).

Politik und Polizei sowie der Evakuierung von Migranten.<sup>114</sup> Nachdem im Juni 1992 die FDP und bald auch die SPD dem „Druck der Straße“ (Meier-Braun 2002: 74) nachgab und einer Grundgesetzänderung zustimmte, trat zum 1. Juli 1993 der so genannte Asylkompromiss in Kraft; für Bade (2000: 391) aufgrund seiner weitreichenden Bedeutung, weit über Asylfragen hinausreichend, „ein umfassender restriktiver ‚Migrationskompromiss‘“, für andere die faktische Abschaffung eines Grundrechts.<sup>115</sup> Der Zweck wurde erfüllt: Die Zahl der Asylbewerber sank rasch deutlich, die der Abschiebungen stieg, die Fluchtmigration wurde räumlich verlagert.<sup>116</sup> Unverändert blieben indes „die Probleme der Deutschen mit den Ausländern“ (Herbert 2003: 322), und geblieben sind auch rassistische Gewaltexzesse, ein beständiger Begleiter deutscher Migrationspolitik, mit gewaltigen physischen und psychischen Folgen für Migranten.<sup>117</sup> Zwar proklamierte die christlich-liberale Bundesregierung nach dem „Asylkompromiss“ die Fortentwicklung der Ausländer- zu einer Einwanderungs- und auch Integrationspolitik; tragende Vereinbarungen brachte sie bis zu ihrer Abwahl 1998 aber nicht mehr zustande.<sup>118</sup>

Die am 27. Oktober 1998 vereidigte rot-grüne Bundesregierung kündigte gleich zu Beginn prinzipielle Änderungen in der Ausländerpolitik an und erklärte die Anerkennung der unumkehrbaren Einwanderungssituation sowie Anstrengungen für eine bessere Integration zu regierungsamtlichen Grundsätzen.<sup>119</sup> Kern der Integrationspolitik sollte eine Reform des völkisch

<sup>114</sup> Vgl. Bade 1994: 66 ff.; Meier-Braun 2002: 84 ff.; Herbert 2003: 303 ff.; Pieper 2008: 60 ff. 1991 wurden an einem Tag bis zu 78 Übergriffe polizeilich erfasst (Herbert 2003: 304); Orte wie z. B. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder Mölln bekamen einen anderen Klang. Die Täter wurden meist, wenn überhaupt, äußerst milde und spät bestraft; die gerichtliche Argumentation reproduzierte den medialen Diskurs, dass Brandanschläge „zwar eine ungesetzliche Handlung, aber wegen der öffentlichen Debatte eine nachvollziehbare Ausführung des ‚Volkswillens‘ seien“ (Pieper 2008: 58; vgl. Bade 1993: 87). Entgegen verbreiteter Behauptung, war gewalttätiger Rassismus keinesfalls ein speziell ostdeutsches Phänomen: „Alleine in Nordrhein-Westfalen werden erheblich mehr Anschläge auf Ausländerheime verübt als in der gesamten Ex-DDR“ (Heinemann/Schubarth 1992: 7, zitiert nach Pieper 2008: 60). Ab Sommer 1992 wurde auf die Gewalt gegen Ausländer gesellschaftlich auch mit Demonstrationen und Lichterketten reagiert (vgl. z. B. Herbert 2003: 315).

<sup>115</sup> Z. B. Herbert 2003: 319; Pieper 2008: 64. In dem Verbund von Gesetzen und Verordnungen wurden Regelungen getroffen, die alle relevanten Zuwanderungsformen betrafen: die Änderung des Asylrechts, Änderungen des Ausländergesetzes, unter anderem betreffend (Bürger-)Kriegsflüchtlinge, und das Aussiedler betreffende Kriegsfolgenbereinigungsgesetz; vgl. z. B. Höfling-Semnar 1995; Spieles 1993: 54 ff.; Münz et al. 1999: 53 ff.; Nuscheler 2004: 135 ff.; Meier-Braun 2002: 74 ff. Art. 16a Abs. 1 GG proklamiert zwar weiterhin: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, Abs. 2 schränkt den Schutzbereich aber vor allem durch das Konzept der sicheren Drittstaaten und der sicheren, verfolgungsfreien Herkunftsstaaten sowie die Flughafenregelung mit einem als extritorial definierten Raum grundlegend ein. Sozialrechtliche Verschärfungen wurden mit dem zum 1. November 1993 in Kraft getretenen Asylbewerberleistungsgesetz installiert (vgl. z. B. Classen 2000; Pieper 2008: 64 ff.; Nuscheler 2004: 147). Für Bade/Bommes (2000: 187) hatte Deutschland bis 1993 „in Europa das liberalste Asylrecht und die restriktivste Asylrechtspraxis“, das liberale Asylrecht verschwand, „geblieben ist die restriktive Praxis“.

<sup>116</sup> Vgl. z. B. Münz et al. 1999: 55 ff.; Herbert 2003: 320; Nuscheler 2004: 133; Pieper 2008: 43. Eine unerwünschte Folge war dagegen die Zunahme irregulärer Einwanderung, oft auch mithilfe professioneller Dienstleister (Neske 2007).

<sup>117</sup> Drei Tage nach der Abstimmung über die Grundgesetzänderung im Bundestag wurden in Solingen fünf Menschen durch einen Brandanschlag getötet, Auslöser für eine „Welle von fremdenfeindlichen Straftaten“ in ganz Deutschland (Meier-Braun 2002: 85). Vgl. Bade (1994: 71), für den die „gewalttätige Fremdenfeindlichkeit“ und ihre Kehrseite, die „fremdenfeindliche Gewaltakzeptanz“, auch „verheerende kollektivmentale und damit gesellschaftlich dauerhafte Folgewirkungen“ hat.

<sup>118</sup> Die Koalition konnte sich weder betreffend ein (lange gefordertes und angekündigtes) Einwanderungsgesetz noch eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes und Einbürgerungserleichterungen einigen; in der Union stand weiter das Einwanderungs-Dementi im Vordergrund (vgl. Bade 1994: 84 ff.; Herbert 2003: 312 ff.; Meier-Braun 2002: 77 ff.; Ucar 2004: 14 f.). Dem entgegen wurden vorwiegend auf Zuwanderungsverhinderung bzw. -begrenzung und -kontrolle gerichtete Maßnahmen (unter anderem Visapolitik) beschlossen (vgl. a. a. O.). Zudem geriet in dem Maße, wie sich die Wirtschaftskrise verschärfte, die Debatte um Einwanderung seit 1994 in den Hintergrund; auch die an Intensität nicht nachlassende rassistisch motivierte Gewalt verschwand aus dem Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit, trotz z. B. des Brandanschlages in Lübeck am 18. Januar 1996 mit zehn Toten und vielen Schwerverletzten (Herbert 2003: 330).

<sup>119</sup> Vgl. Meier-Braun 2002: 93 ff.; Herbert 2003: 332 ff.; Ucar 2004: 15 ff.; Pieper 2008: 65 f.; Nuscheler 2004: 155 ff. „Mittel zum Zweck war die Markierung von Diskontinuität und Differenz gegenüber der alten Bundesregierung“ (Bade/Bommes 2000: 191). Angekündigt wurden ferner unter anderem auch ein Antidiskriminierungsgesetz sowie Anstrengungen für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt. Ein Einwanderungsgesetz zählte hingegen zunächst nicht zu den Vorhaben, zumal weitere Zuwanderung aus Reihen der SPD auch vehement abgelehnt wurde; unter anderem von Bundesinnenminister Schily: „[D]ie Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung [ist] bereits überschritten“ (zitiert nach Meier-Braun 2002: 95); „Deutschland [hat] derzeit keinen zusätzlichen Zuwanderungsbedarf“ (zitiert nach Ucar 2004: 17).

konzipierten Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 werden.<sup>120</sup> In konservativen Kreisen rief dies Widerstand hervor, und im Januar 1999 begannen CDU/CSU anlässlich der Landtagswahl in Hessen eine bundesweite, „als Umfrage über ‚Ausländerintegration‘ getarnte“, an frühere Kampagnen erinnernde „populistische Unterschriftensammlung“ gegen den „Doppelpaß“ (Bade/Bommes 2000: 192; Klärner 2000).<sup>121</sup> Angesichts des CDU-Wahlerfolges und der damit hin zur Union veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat rückte Rot-Grün von ihren Plänen ab. Als Kompromiss wurde eine deutlich begrenztere, wenn auch weiterhin tief greifende und im Ansatz als ausländerpolitischer Perspektivwechsel zu betrachtende Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes anvisiert.<sup>122</sup> Am 23. Februar 2000 schlug Bundeskanzler Gerhard Schröder vor, Forderungen der Wirtschaft nachzukommen und ausländische IT-Fachkräfte kontingentiert und befristet über eine so genannte Greencard-Regelung ins Land zu holen. Dieser in der Tradition deutscher Ausländerpolitik stehende Vorschlag setzte eine weitreichende, vom angeblichen Widerspruch zwischen hoher Arbeitslosigkeit und zunehmendem Fachkräftemangel geprägte und im Kern an eine „Gastarbeiterpolitik für hochqualifizierte Zuwanderung“ (Bade/Bommes 2000: 196) erinnernde Debatte sowie einen regelrechten Wettlauf um eine Zu- bzw. Einwanderungspolitik in Gang.<sup>123</sup> Nachdem die von Bundesinnenminister Schily im Juni 2000 einberufene „Unabhängige Kommission ‚Zuwanderung‘“ am 4. Juli 2001 ihren Bericht vorgelegt hatte, in dem sie unter anderem mit Hinweis auf deutsche Eigeninteressen Zuwanderung aus demographischen und volkswirtschaftlichen Gründen forderte, legte Schily am 3. August 2001 einen Gesetzentwurf vor, in dem zwar Vorschläge der Kommission aufgegriffen, aber mit Blick auf einen parteiübergreifenden Kompromiss vor allem CDU/CSU-Forderungen berücksichtigt wurden, die deren Empfehlungen aufgrund einer drohenden Erweiterung statt Begrenzung von Zuwanderung ablehnten.<sup>124</sup> Zwar wurde vor allem aufgrund weiterer erheblicher Verschärfungen und Verschlechterungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik sowie einer Rückkehr zu einem „integrationsfeindlichen ‚Gastarbeiter-Rotationsmodell‘“ (Meier-Braun 2002: 110) auch vehemente Kritik am Entwurf des Ministers geäußert, in der

<sup>120</sup> Ein „modernes Staatsangehörigkeitsrecht“ (Herbert 2003: 332) mit möglicher Doppelstaatsbürgerschaft, inszeniert als „Bruch mit der bisherigen Migrations- und Ausländerpolitik“ (Bade/Bommes 2000: 163): Das *ius sanguinis* (*Blut- bzw. Abstammungsprinzip*) sollte durch Elemente des *ius soli* (*Territorialitäts- bzw. Geburtsprinzip*) ergänzt werden.

<sup>121</sup> Vgl. z. B. auch Meier-Braun 2002: 95 ff.; Nuscheler 2004: 156.

<sup>122</sup> Zum 1. Januar 2000 wurden, gebunden an verschiedene Voraussetzungen, das *ius soli* als Optionsmodell zum *ius sanguinis* sowie Einbürgerungserleichterungen eingeführt; eine doppelte Staatsbürgerschaft, wie in klassischen Einwanderungsländern, wurde nicht geschaffen, aber es wurden (weitere) Möglichkeiten eingeräumt (vgl. z. B. Angenendt 2002: 32 f.; Thränhardt 2000: 141; Storz/Reißlandt 2002; Nuscheler 2004: 156 f.; Herbert 2003: 333; Pieper 2008: 66; Ucar 2004: 21 ff.).

<sup>123</sup> Vgl. Vitt/Heckmann 2000: 272 ff.; Angenendt 2002: 34 ff.; Nuscheler 2004: 158 ff.; Bade/Bommes 2000: 168 ff.; Meier-Braun 2002: 101 ff. Weitverbreitet erschien die Ansicht, Deutschland benötige Bestandserhaltungsmigration zur Wohlstandssicherung. Parteien und auch verschiedenste gesellschaftliche Gruppierungen, Interessensverbände und Nichtregierungsorganisationen legten Positionen und Entwürfe vor, teils Ergebnis eigens einberufener Kommissionen. Eine Verhinderungsaktion der CDU scheiterte dieses Mal; trotz der Kampagne „Kinder statt Inder“ verlor sie die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Parallel versuchte die Union aber die Regierung mit Forderungen nach weiteren Einschränkungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik unter Druck zu setzen; allerdings bestand „kaum noch Spielraum nach unten“, selbst eine ersatzlose Streichung von Art. 16a GG würde die Flüchtlingsaufnahme nicht reduzieren, da Deutschland bereits „bis an die Grenze seiner internationalen Verpflichtungen gegangen ist und sie teilweise unterschreitet“ (Meier-Braun 2002: 104). Die so genannte Greencard für Hochqualifizierte wurde durch zwei Verordnungen zum August 2000 eingeführt, die keine neuen Rechtsgrundlagen zur Arbeitsmigration schufen, sondern bestehende Regelungen änderten (vgl. Angenendt 2002: 35; Ucar 2004: 35 f.). Im Februar 2002 trug Bundesarbeitsminister Riester Forderungen von Ländern nach Arbeitskräften für die Pflege Rechnung und ermöglichte die Vermittlung von Migranten in Haushalte mit Pflegebedürftigen (vgl. Meier-Braun 2002: 164 f.; Ucar 2004: 38).

<sup>124</sup> Zum so genannten Referentenentwurf vom 3. August 2001 sowie zu den unterschiedlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen und ihren Berichten vgl. z. B. Vitt/Heckmann 2002: 238 ff.; Ucar 2004: 42 ff.; Meier-Braun 2002: 103 ff.; Angenendt 2002: 37 ff.; Hell 2005; Angenendt/Kruse 2004; Bendel 2002.

Öffentlichkeit blieb diese aber weitgehend unbeachtet.<sup>125</sup> Nach zähen, zusehends machtpolitisch instrumentalisierten Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsparteien, die keine Einigung zwischen Regierung und Opposition brachten, sowie einer kurzzeitigen Unterbrechung der Verhandlungen aufgrund der Anschläge vom 11. September 2001, die eine gesonderte Verabschiedung auch ausländer- bzw. einwanderungspolitisch relevanter Anti-Terror-Gesetze zur Folge hatten,<sup>126</sup> einigte sich die rot-grüne Regierungskoalition am 7. November 2001 auf einen Kabinettsentwurf, der dem Bundesrat zugeleitet und parallel in die parlamentarische Beratung eingebracht wurde.<sup>127</sup> Am 1. März 2002 wurde der Gesetzentwurf vom Bundestag verabschiedet.<sup>128</sup> Am 18. Dezember 2002 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Votum des Bundesrates vom 22. März 2002 jedoch für ungültig und somit das Gesetz aus formalen Gründen für nicht rechtskräftig. In Kraft trat das lange diskutierte und vielfach verschärfte so genannte *Zuwanderungsgesetz* letztlich am 1. Januar 2005.<sup>129</sup>

#### 4.1.4 Migrationspolitik auf europäischer Ebene

Die deutsche Einwanderungs- und Ausländerpolitik ist bereits frühzeitig von Entwicklungen in der europäischen Migrations- und Asylpolitik geprägt worden.<sup>130</sup> Zur Realisierung eines ge-

<sup>125</sup> Zu Kritik und Protest in erster Linie seitens verschiedener Nichtregierungsorganisationen vgl. z. B. Nuscheler 2004: 160 f.; Angenendt 2002: 45 ff.; Meier-Braun 2002: 110 ff.; Ucar 2004: 97 ff.

<sup>126</sup> Aus dem zum 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Terrorismusbekämpfungsgesetz (Artikelgesetz vom 9. Januar 2002) resultierten unter anderem Änderungen des Ausländer-, des Aufenthalts-, des Asylverfahrens- und des Ausländerzentralregistergesetzes (speziell z. B. Änderungen der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen, erweiterte Ausweisungs- und eingeschränkte Abschiebeschutztatbestände), ausgeweitete Bestimmungen für die Erhebung, Kontrolle, Speicherung, Weitergabe und den Abgleich von persönlichen Daten zwischen Behörden sowie vielfältige Kompetenzerweiterungen für die Sicherheitsbehörden. Damit wurden etliche restriktive Aspekte des von der Bundesregierung anvisierten Gesetzes aus dem Gesamtkonzept herausgelöst und mit großer parlamentarischer Mehrheit auf anderem Wege realisiert. Vor allem Datenschützer, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen kritisierten die Gesetze als unangemessen starken Eingriff in die bürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie die spezielle Zurichtung auf Ausländer (vgl. z. B. Bürgerrechte & Polizei/CILIP 2001; 2002; Angenendt 2002: 46 f.; Meier-Braun 2002: 125 f.; Groß 2006; Vitt/Heckmann 2002: 276 ff.; Ucar 2004: 73 ff.).

<sup>127</sup> Am 13. Dezember 2001 folgte die erste Lesung im Bundestag, am 20. Dezember 2001 fand die erste Lesung im Bundesrat statt (vgl. z. B. Angenendt 2002: 42 ff.; Vitt/Heckmann 2002: 274 ff.; Meier-Braun 2002: 106 ff.; Ucar 2004: 76 f.).

<sup>128</sup> Am 16. Januar 2002 erfolgte die Anhörung im Bundestagsinnenausschuss. Am 24. und 29. Januar 2002 folgten Gespräche des Bundesinnenministers mit den Fraktionen mit Ausnahme der PDS. Im Februar legte die Union in einem 16-Punkte-Katalog Änderungswünsche vor und sagte die Teilnahme weiterer Konsensgespräche ab. Am 27. Februar 2002 beschloss der Bundestagsinnenausschuss den Entwurf gegen die Stimmen von CDU/CSU und PDS. Die FDP enthielt sich. Bei der Abstimmung im Bundestag am 1. März 2002 votierten neben den Regierungsabgeordneten auch vier Abgeordnete aus Reihen der Opposition für den Entwurf (Rita Süßmuth, Christian Schwarz-Schilling, Heiner Geißler (alle CDU), Helmut Haussmann (FDP)). Die anderen FDP-Abgeordneten enthielten sich wie auch einige der PDS. Die restlichen Abgeordneten von PDS und CDU/CSU stimmten dagegen. Am 22. März 2002 fand die Abstimmung im Bundesrat statt, bei der es zu einem inszenierten Sturm der Entrüstung mit dem Vorwurf des Verfassungsbruchs von CDU/CSU an die SPD kam. Der damalige Bundesratspräsident Klaus Wowereit (SPD) erklärte das Gesetz für angenommen, was aber aufgrund des Abstimmungsverlaufs mit einer unklar zu bewertenden Stimmabgabe Brandenburgs umstritten war (zunächst votierte Sozialminister Alwin Ziel (SPD) mit „Ja“ und Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) mit „Nein“, dann Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD), für Wowereit entscheidend, mit „Ja“). Am 20. Juni 2002 ratifizierte Bundespräsident Johannes Rau das (geplant zum 1. Januar 2003 in Kraft tretende) Gesetz. Vgl. Meier-Braun 2002: 126 ff.; Peucker/Heckmann 2004: 225 ff.; Nuscheler 2004: 158 ff.

<sup>129</sup> Im Januar 2003 legte die rot-grüne Koalition das Gesetz inhaltlich unverändert erneut dem Bundestag vor, der es verabschiedete. Zugleich erließ sie Verordnungen, um jene Teile des Gesetzes umzusetzen, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedurften. Am 20. Juni 2003 lehnte der Bundesrat, in dem nunmehr die unionsregierten Länder die Mehrheit besaßen, das Gesetz ab, woraufhin ein Vermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Am 1. Juli 2004 wurde das vielfach überarbeitete Gesetz erneut vom Bundestag verabschiedet, der Bundesrat stimmt am 9. Juli 2004 zu, der Bundespräsident fertigte es am 30. Juli 2004 aus und am 5. August 2004 wurde es im Bundesgesetzblatt verkündet. Vgl., auch zu ersten Novellierungen, Peucker/Heckmann 2004: 268 ff.; Ucar 2004: 104 ff.; Hell 2005; Groß 2006; Drexler/Heckmann 2006; Pieper 2008: 66 ff.

<sup>130</sup> Migration war von Beginn an Thema der europäischen Integration. Bereits der EWG-Vertrag (1957) sah die Personenfreizügigkeit neben dem freien Verkehr von Waren, Kapital und Dienstleistungen als eine der vier Grundfreiheiten vor (vgl. z. B.

meinsamen Binnenmarktes wurde Europa seit den 1970er Jahren sukzessive zu einem gemeinsamen Sicherheitsraum und zu einem gemeinsamen Aktionsraum nationaler Sicherheitsbehörden erklärt.<sup>131</sup> Nachdem insbesondere faktische und befürchtete Migrationsprozesse aus Ost- und Südosteuropa das gemeinsame Interesse der EG-Staaten befördert hatten, neue Kooperationen in Asyl- und Einwanderungsfragen einzugehen, waren bereits Anfang der 1990er Jahre die wesentlichen Elemente europäischer Migrationspolitik umrissen: Freizügigkeit für EG-Angehörige im Staatenbund, Abstimmung nationaler Asyl- und Einwanderungspolitiken, gemeinsame Außengrenzkontrolle, Verhinderung unerwünschter Zuwanderung und Bekämpfung irregulärer Migration (Schwenken 2006: 96 f.; Düvell 2002: 76). Der 1993 die EU begründende Vertrag von Maastricht formalisierte die zwischenstaatliche Kooperation der Mitgliedsstaaten und institutionalisierte die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, in der die Überwachung, Kontrolle und Steuerung von Migration sowie ein entsprechender Informationsaustausch zu wichtigen Themen wurden, obgleich weiterhin nationalstaatliche Regelungen über Einreise bzw. Aufnahme und Aufenthalt von Drittstaaten bestimmten (Nuscheler 2004: 179).<sup>132</sup> Die vom Europäischen Rat 1998 eingerichtete hochrangige Arbeitsgruppe „Asyl und Migration“ entwickelte umfassende Aktionspläne für Herkunftsstaaten von Migranten mit dem Ziel, die Ursachen von Flucht und irregulärer Migration einzudämmen bzw. diese zu verhindern (Niessen 2002: 208). Der 1999 in Kraft getretene Vertrag von Amsterdam forcierte die Vergemeinschaftung und Vereinheitlichung nationaler Visa-, Asyl- und Migrationspolitiken und die Kooperation von Polizei, Zoll und Justiz (Schwenken 2006: 98).<sup>133</sup> Ein Sondergipfel in Tampere im Herbst 1999 entwickelte das EU-Migrationsregime weiter. Konstitutive Elemente der gemeinsamen Flüchtlings- und Asyl- bzw. Einwanderungspolitik waren vor allem die verstärkte Migrationskontrolle, die Kooperation mit den Herkunfts- und Transitstaaten zur Fluchtursachenbekämpfung, der Aufbau eines gemeinsamen Asylsystems auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, die gerechte Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die Steuerung von Migrationsprozessen, die Bekämpfung irregulärer Migration und deren Organisatoren, eine koordinierte Außengrenzsicherung sowie Rückübernahmeabkommen, sprich die Pflicht für Herkunftsstaaten, ausreisepflichtige Staatsangehörige zurückzunehmen (Kiza 2008: 149; Schwenken 2006: 98 f.).<sup>134</sup> Betreffend das Vorgehen gegen irreguläre Migration fokussierten sich ein Aktionsplan der Europäischen Kommission von 2001 sowie ein Gesamtplan des Europäischen

---

Niessen 2002: 207; Angenendt 2002: 53; zu den Anfängen der Europäischen Gemeinschaft, der sukzessiven Vereinigung seit den 1950er Jahren und zum Beginn der innen- und justizpolitischen Zusammenarbeit vgl. statt anderer Mai 2000: 34 ff.).

<sup>131</sup> Zur Kompensation eines Kontrollabbaus an den Binnengrenzen und einem damit verbundenen Sicherheitsverlust wurde eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen und der Zugangsregelung für Drittstaaten als unumgänglich erachtet und allgemeinverbindliche Verordnungen und Richtlinien betreffend die Visa-, Asyl- und Grenzschutzpolitik erlassen (vgl. z. B. Jahn et al. 2006: 6). Anfang der 1980er Jahre begann die Kooperation zwischen den Regierungen der EG-Staaten, der Europäischen Kommission und der so genannten TREVI-Gruppe in Fragen von Einwanderung, Visaregelungen, Grenzkontrollen und Asyl (Schwenken 2006: 96; zur diesbezüglichen Zusammenarbeit, ab Mitte der 1980er Jahre auch im Rahmen der Schengener Abkommen, Motor einer gemeinsamen Migrationspolitik, oder zum Dubliner Übereinkommen von 1990 betreffend die Erstzuständigkeit für einen Asylantrag, vgl. z. B. auch Nanz 1994; Busch 1995; Foerster 1996; Tomei 1997; Heckmann/Tomei 1996; BpB 1998; Hailbronner 1996; Nuscheler 2004: 177 ff.).

<sup>132</sup> Vgl. auch Niessen 2002: 208; Roth/Hanf 1998; allgemein zum Vertrag von Maastricht Läufer 1998; Weidenfels 1994.

<sup>133</sup> Eine allein nationale Einwanderungspolitik ist seither praktisch unmöglich. Vgl. z. B. auch Angenendt 2002: 53; Jahn et al. 2006: 8 ff.; Niessen 2002: 215 f.; Herbert 2003: 321; umfassend zum Vertrag von Amsterdam, durch den auch die Schengener Vertragswerke in EU-Recht überführt wurden, Läufer 1999. Zugleich wurde durch von der EU diktierte Vereinbarungen mit den Herkunfts- und Transitregionen internationaler Migration mehr und mehr das Um- und Vorfeld Europas gegen unerwünschte Zuwanderung abgesichert; in alle Assoziations- und Kooperationsabkommen wurden Verpflichtungen zur Bekämpfung irregulärer Migration und Menschensmuggel eingebaut (vgl. Nuscheler 2004: 182 f.).

<sup>134</sup> Der Gipfel läutete auch ein neues Zeitalter der Asylpolitik ein: Der Beginn der Auslagerung der Versorgung von Asylbewerbern aus dem EU-Territorium (vgl. Sibum 2010: 154). Ausführlich zum auf fünf Jahre angelegten Aktionsprogramm von Tampere (1999-2004) und dessen Bilanz Jahn et al. 2006: 8 ff.

Rates von 2002 vor allem auf folgende Bereiche mit „Handlungsbedarf“: Visumpolitik, Austausch und Analyse von Informationen, Rückübernahme- und Rückführungspolitik, Grenzsicherung, Maßnahmen im Grenzbereich, die Rolle der Polizeibehörde Europol und Sanktionen gegen irreguläre Migration und damit in Zusammenhang stehende Handlungen (Jahn et al. 2006: 18; Kiza 2008: 150 ff.). Der EU-Gipfel in Sevilla im Juni 2002 beschloss, Herkunfts- und Transitstaaten von irregulären Migranten unter Androhung von Sanktionen dazu zu drängen, einem gemeinsamen Migrationsmanagement nach Vorgabe der EU und der Rücknahme ihrer in Europa unerwünschten Bürger zuzustimmen (Schwenken 2006: 99). Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 und unter dem Eindruck zunehmender irregulärer Migration rückten noch stärker Maßnahmen zur Bekämpfung irregulärer Einwanderung und zur Steuerung internationaler Migration sowie zur gemeinsamen Außengrenzsicherung in den Fokus. Spätestens 2001 wurde die gesamte EU-Migrationspolitik unter den Stichwörtern „integrierte Grenzpolitik“ und „gesteuerte Zuwanderung“ einseitig in Richtung Bekämpfung von (irregulärer) Migration gelenkt. Sicherheit wurde als zentrales Anliegen definiert, innere Sicherheit unmittelbar mit Asyl- und Migrationsfragen verknüpft und eine angeblich bedrohte Sicherheit als Legitimationsbasis genutzt: Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik verschmolzen im Kontext der Migrationskontrolle (Kiza 2008: 147 ff.; Jahn et al. 2006: 4 ff.).<sup>135</sup> Seit Ende der 1990er Jahre wurde in offiziellen Dokumenten und Politiken der EU aber auch der ökonomische Nutzen von (temporärer) Zuwanderung betont: eine erfolgreich gesteuerte und regulierte Migration sei zum Nutzen aller, der Aufnahme- und der Herkunftsstaaten sowie auch der Migranten (Schwenken 2006: 99 f.; Niessen 2002: 208; Jahn et al. 2006: 11 ff.).

#### 4.2 Die Geschichte der Betrachtung und Bewertung von Migration in Deutschland

Im sich vergleichsweise spät konstituierenden Nationalstaat Deutschland verwandelte sich im 19. Jahrhundert in relativ kurzer Zeit ein Nationalbewusstsein in chauvinistische Aggressivität, die das Verhältnis zu den anwesenden *Fremden* bzw. *Ausländern* bestimmte (Spieles 1993: 13; Herbert 2003: 335).<sup>136</sup> Ende des Jahrhunderts zeigte sich das durch Abwehrreaktion auf die so genannte Polonisierung und den damit diskursiv verbundenen Bedrohungsmythos einer Invasion gespeiste Nationalgefühl vor allem als ein speziell gegen Osten gerichteter Antisemitismus und Kulturchauvinismus (Busse 1997: 28).<sup>137</sup> Speziell bezogen auf die zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der ostdeutschen Landwirtschaft rekrutierten Polen entspann sich eine folgenreiche Debatte, die bereits viele Aspekte der späteren Entwicklung enthielt, besonders den Widerspruch zwischen ökonomischen und völkischen Interessen: volkswirtschaftlich waren

<sup>135</sup> Die Bekämpfung irregulärer Migration – mit all ihren Facetten – wurde zu dem essenziellen und zentralen Bestandteil einer Gesamtstrategie zur gesamteuropäischen Migrations- und Asylpolitik; überdies erfolgte die Zusammenführung der Migrationspolitik im Bereich irregulärer Migration mit der Bekämpfung organisierter Kriminalität: Migration wurde zusehends kriminalisiert und per se versicherheitlicht (vgl. auch Nuscheler 2004: 181; Niessen 2002: 227 f.; Düvell 2002).

<sup>136</sup> Defizite beim Prozess der inneren Nationsbildung wurden durch eine aggressive Politik der Identitätsbildung kompensiert: Abgrenzung von jenen, die als *fremd/ausländisch* definiert wurden, fungierte als Kitt des Binnen-Zusammenhalts (a. a. O.).

<sup>137</sup> Das (positiv dargestellte) *Eigene* bzw. *Wir* (hier: alles Deutsche) erhielt durch die zunehmende Abgrenzung vom (durchweg kollektiv negativ dargestellten) *Fremden* (hier: alles Polnische) genauere Konturen (ebd.; vgl. auch Sibum 2010: 35 f.).

Arbeitsmigranten dringend notwendig, zugleich aber „Störfaktor der nationalen Reinheitsideologie“ (Spieles 1993: 16).<sup>138</sup> Mit Beginn des 20. Jahrhunderts erlangte zusehends das Bild des *Fremden* als Wandernder, der heute kommt und morgen bleibt, als Ablösung desjenigen, der heute kommt und morgen geht (Simmel 1908), Bedeutung. Mit dem Nexus von staatlicher Souveränität und Nationalismus wurde der *Fremde* zum Außenseiter, der bürgerlichen Staatsgesellschaft als nicht zugehörig definiert, von Bürgerrechten ausgeschlossen (Sassen 1996: 93; Sibum 2010: 36).<sup>139</sup> Zuspitzung erfuhr die Entwicklung schließlich in der systematischen Verfolgung und Vernichtung von Millionen von Menschen in NS-Deutschland (vgl. Herbert 1986: 82 ff.; 2003: 85 ff.; Klemperer 1998; Spieles 1993: 15 ff.).

In den ausgehenden 1940er und besonders den 1950er und 1960er Jahren vollzog sich eine breite Debatte über (deutschstämmige) Flüchtlinge aus dem Osten; trotz einer weithin positiven Darstellung im politischen Diskurs hatten auch sie wie größere Gruppen von Migranten fast immer mit Ressentiments der Einheimischen zu kämpfen (Jung et al. 2000: 18 ff.).<sup>140</sup> Ihre dürftige Integration änderte sich erst sukzessive mit dem wirtschaftlichen Aufstieg ab den 1950er Jahren, zu dem die oft gut ausgebildeten Migranten erheblich beitrugen (Wengeler 1995: 713 f.; Herbert 1986: 182).<sup>141</sup> Den nach Kriegsende verbliebenen *Displaced Persons* wurde seitens der Deutschen mit großem Misstrauen und Vorurteilen begegnet, und sie wurden als Belastung und Sicherheitsrisiko betrachtet (Wengeler 1995: 712 f.; Müller 1990: 15).<sup>142</sup>

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung rückten in den 1960er Jahren zusehends die angeworbenen so genannten „Gastarbeiter“ in den Fokus der Öffentlichkeit (Jung et al. 2000: 24).<sup>143</sup> Bis in die 1970er Jahre hinein standen bei der Betrachtung und Bewertung von Migration ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte im Vordergrund. Vor allem das Argument des volkswirtschaftlichen Nutzens oder gar der Notwendigkeit der Rekrutierung von Ausländern dominierte den Diskurs; Warnungen vor negativen Folgen waren bis Mitte der 1960er Jahre

<sup>138</sup> Bereits in den 1880er Jahren entwickelte sich eine Metaphorik, „die ausländische Menschen kollektiv zu bedrohlichen Naturgewalten erklärte“; Ressentiments gegenüber *Ausländern* und rassistische Argumentationen waren politisch und gesellschaftlich weit verbreitet, nicht nur Warnungen vor arbeitsmarkt- und sozialpolitischen, sondern auch gefährlichen gesellschaftlichen Folgen von Migration prägten die Debatten und „ausländerfeindlichen, insbesondere antipolnischen Kampagnen“, so dass nationalsozialistische Propaganda „ohne Bruch an ältere sprachliche Traditionen anknüpfen konnte“ (a. a. O.: 16 ff.; zu seinerzeitigen fremden- bzw. ausländerfeindlichen Diskursen vgl. auch Herbert 1986: 30 ff.; Bade 1992b: 295 ff.).

<sup>139</sup> „Waren Fremde zuvor eine nicht näher bestimmte Gruppe durchreisender Wanderarbeiter, machten die neu entstehenden Staaten sie offiziell zu Nicht-Zugehörigen“ (Sibum 2010: 36); dargestellt als bedrohliche Masse (Gerhard 1997: 47).

<sup>140</sup> Wichtigstes Kennzeichen war ihr besonderer rechtlicher Status, nach dem sie, bei allen Differenzierungen, den Einheimischen gleichgestellt waren und zudem Anspruch auf Eingliederungshilfen besaßen (z. B. Lastenausgleich, Begrüßungsgeld, Umschulungen, Sprachkurse); angesichts verbreiteter materieller Not und Wohnungsknappheit in den Nachkriegsjahren waren die Privilegien der Flüchtlinge vielfach Anlass für Anfeindungen durch Einheimische (vgl. a. a. O.: 18; Spieles 1993: 44; Wengeler 1995: 711 ff.). Umstritten war schon in dieser Flüchtlingsdebatte die Terminologie. Die teils sehr verbittert und kontrovers geführte Diskussion kristallisierte sich in unterschiedlichen Bezeichnungen wie Flüchtlinge, Vertriebene oder Aus-, Um-, Übersiedler, wobei den Termini unterschiedliche politische Sichtweisen und Forderungen innewohnten (Jung et al. 2000: 27 f.; zu Migranten aus Osteuropa und der Sowjetischen Besatzungszone bzw. später aus der DDR vgl. auch Lemberg/Edding 1959; Kleßmann 1986).

<sup>141</sup> Zum Verhältnis von Deutschen und deutschstämmigen Flüchtlingen vgl. auch Spieles 1993: 42 ff.; Herbert 2003: 192 ff.

<sup>142</sup> Ihre Repatriierung bzw. ihre Integration in die deutsche Nachkriegsgesellschaft gestaltete sich für die Besatzungsmächte als großes Problem (vgl. a. a. O.); zur Situation der *Displaced Persons*, zur Differenzierung unterschiedlicher Gruppen und Parallelen zur Haltung gegenüber Flüchtlingen in der Folgezeit vgl. auch Zentner 1954; Jacobmeyer 1985; Kleßmann 1986.

<sup>143</sup> Da ihre Zahl bis Ende der 1950er Jahre gering blieb, war ihre Einwanderung auch ein öffentlich relativ wenig diskutiertes Phänomen, auch nicht betreffend soziale oder gesellschaftliche Folgen; bezeichnet wurden sie öffentlich allerdings häufiger als „Fremdarbeiter“, was von einer wenig sprachsensiblen Reflexion zeugt (Wengeler 1995: 716 ff.; Herbert 1986: 196 ff.; Spieles 1993: 48 ff.; zu den Termini „Fremdarbeiter“ und bzw. vs. „Gastarbeiter“ sowie neutraler z. B. „ausländische Arbeitskräfte“ und entsprechender Sprachkritik vgl. auch Jung et al. 2000: 53 f.; Herbert 2003: 339 ff.; Sibum 2010: 161 f.).

nur nebenbei Thema (Wengeler 2006: 16).<sup>144</sup> Ab 1966/67 drangen rasch, befördert durch wirtschaftliche Krisen und steigende Arbeitslosigkeit bei Deutschen, vermehrt kritische Stimmen zur Ausländerbeschäftigung in den öffentlichen Diskurs, und besonders Wahlkämpfe wurden von immer vehementer akzentuierten fremdenfeindlichen und rassistischen Parolen geprägt (Pieper 2008: 33; Herbert 2003: 221 f.).<sup>145</sup> Der Titel „Gastarbeiter“ bekam einen negativen Klang und das „Gastarbeiterproblem“ drang ins öffentliche Bewusstsein, womit ihre Anwesenheit als ein zu lösendes Problem konstituiert wurde (Jung et al. 2000: 54; Wengeler 1995: 722). In den Folgejahren richtete sich die gesellschaftsfähig gewordene „Stigmatisierung der Gastarbeiter als Sündenböcke“ (Sibum 2010: 65) dann aber nicht mehr nur gegen Arbeitsmigranten, sondern gegen weitere, wechselnde Gruppen von Ausländern – das „Gastarbeiterproblem“ ging im „Ausländerproblem“ auf und mit dem „Türkenproblem“ wurde speziell die größte nationale bzw. kulturelle Zuwanderergruppe adressiert (Jung et al. 2000: 54).<sup>146</sup>

Mit der Einschränkung der Arbeitsmigration über verschiedene politische Maßnahmen und der Tendenz der Arbeitsmigranten zu anhaltendem Aufenthalt, charakterisiert durch Familiennachzug und Nachwachsen weiterer Generationen, entwickelte sich der Diskurs zusehends weg vom spezifisch arbeitsorientierten, hin zu einem allgemeineren und breiter gefächerten Thema *Ausländer*: Fragen des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, der gesellschaftlichen Folgen von Einwanderung, der sozialen Integration, der Ab- und Ausgrenzung von *Aus-* gegenüber *Inländern* sowie der nationalen Identität rückten immer mehr ins Zentrum des öffentlichen Interesses (Wengeler 2006: 16; Jung et al. 2000: 24).<sup>147</sup> Die Attribute „Belastung“ und „Gefahr“ galten zusehends ganzen ethnisch definierten Personengruppen, die durch ihre bloße Anwesenheit z. B. als Belastung für den Sozialstaat oder Gefahr für die innere Sicherheit, die ethnische Homogenität und die kulturelle Identität der Deutschen dargestellt und damit als Feinde begriffen wurden (Sibum 2010: 96; Nuscheler 2004: 138).<sup>148</sup> Die Ausländerpolitik geriet unter zu-

<sup>144</sup> Vgl. auch Spieles 1993: 47; Herbert 1986: 194. Die „Gastarbeiter“ kamen noch vor allem zum Arbeiten, der Familiennachzug war noch gering, sie wohnten in billigen, beengten und oft maroden Gemeinschaftsunterkünften (Wengeler 1995: 718). Ihre soziale Abstufung manifestierte sich auch in einer diskursiven Entmenschlichung: Die „Gast“-Arbeiter galten als „verfügbare Masse, als rechnerischer Faktor des Wirtschaftssystems“ (Sibum 2010: 162). Argumentationen, die auf den rassistisch aufgeladenen Abstammungsdiskurs rekurrierten und eine Vermischung der Abstammungslinien des deutschen Volkes durch Einwanderung fürchteten, verstummten aufgrund des rasant wachsenden Arbeitskräftebedarfs und der offensichtlichen Profitabilität des Rotationsmodells bei der Anwerbung von Arbeitsmigranten (Pieper 2008: 33; Herbert 2003: 221). Soziale Vorurteile der Deutschen gegenüber Ausländern spiegelten sich in erster Linie in abwertenden Bezeichnungen für die in den 1960er Jahren zahlenmäßig stärkste Migrantengruppe der Italiener (z. B. „Itaker“) (Wengeler 1995: 718).

<sup>145</sup> Der unbedingte Vorrang deutscher vor ausländischen Arbeitskräften wurde zu einer allseits präsenten Forderung, „die in polemischen Angriffen gegen die angebliche Bevorzugung von Ausländern ihren Ausdruck fand“ (Herbert 2003: 222). Nach einer Phase der „Goodwill-Informationen über die ‚Gastarbeiter‘“ wurde in der bundesdeutschen Presse, so Delgado (1972: 126) vor allem negativ berichtet, „sobald es um die Sicherung des Arbeitsplatzes für die einheimische Bevölkerung ging“; Kritik an „den Gastarbeitern“ wurde „zur beifallsträchtigen Passage in jeder Wahlkampfrede“ (Herbert 1986: 209 f.; vgl. auch Niehr 1993: 198 ff.; Wengeler 1995: 718). Von dem zunehmend rassistisch unterfütterten Diskussionsklima und der verstärkt fremdenfeindlichen Stimmung profitierte insbesondere auch die unverkennbar rechtsextrem agierende NPD, die 1966-68 in sieben bundesdeutsche Länderparlamente einzog (vgl. Wengeler 1995: 718; Herbert 1986: 208; Pieper 2008: 33).

<sup>146</sup> Zum „Türkenproblem“ vgl. auch Wengeler 1995: 720 ff.; Herbert 1986: 216; Bade 1983: 105; Nuscheler 2004: 125.

<sup>147</sup> Die Bundesrepublik sah sich mit dem Umstand konfrontiert, dass Arbeitskräfte erwartet wurden und Menschen kamen, aus „Gastarbeitern“ „Dauergäste“ und schließlich vielleicht auch „Mitbürger“ und „Staatsbürger“ mit zuzugestehenden Rechten werden könnten; da es für die faktische Einwanderung keine politischen Konzepte gab, wurde der Themenkomplex *Ausländer* ab Anfang der 1970er Jahre in den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Teilbereichen zu einem der brisantesten in der öffentlichen Auseinandersetzung der Republik: Sehr emotional und kontrovers wurde vor allem diskutiert, ob Deutschland ein „Einwanderungsland“ sei oder sein solle bzw. wolle und ob eine „multikulturelle Gesellschaft“ auf deutschem Boden erstrebenswert sei (Wengeler 1995: 720 ff.; vgl. z. B. auch Bade 1983: 120; Jung et al. 2000: 24 f.; 53 f.).

<sup>148</sup> „Die Türken kommen – rette sich, wer kann“, „Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem“, so zitiert z. B. Huhnke (1997: 98) das Magazin „Der Spiegel“ (30. Juli 1973). Die Frage nach der „Aufnah-



nehmenden Druck von nicht geringen Teilen der Bevölkerung, die auf den De-facto-Einwanderungsprozess mehr oder minder mit aggressiver Ablehnung reagierten. Daraus entstand eine sich rasch verfestigende politische Kraft, die auf eine (deutliche) Reduzierung der Zahl der *Ausländer* drängte und unter der Parole „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ zur maßgebenden ausländerpolitischen Referenz für rund zwei Dekaden wurde (Herbert 2003: 341).

Seit in den 1970er Jahren zunehmend Asylsuchende ins öffentliche Blickfeld gerieten, weist den Migrationsdiskurs ein eindeutig negativer Grundtenor aus: Migration wird primär „als bedrohliche und gesellschaftsgefährdende Massenbewegung“ inszeniert (Jung et al. 2000: 24). Zur Illustration von Belastungs- und Gefährdungspotenzialen sowie zur Untermauerung der notwendigen Dominanz von Sicherheitspolitik werden „entmenschlichende, entindividualisierende Begrifflichkeiten“ verwendet: Menschen erscheinen bar individueller Eigenschaften, verborgen hinter bürokratischen, versäglichenden Formulierungen, die sie zu einem „Element mit mal höherem, mal niedrigerem Gefährdungspotenzial“, das seiner unrechtmäßigen Anwesenheit überführt werden muss, machen (Sibum 2010: 73).<sup>149</sup> Schnittmengen des Diskurses zum „Nichteinwanderungsland Deutschland“ und der Asyldebatte lieferten die Argumentationsfiguren des „kulturalistischen Rassismus“ bzw. „Rassismus ohne Rassen“ (Hall 2000a, 2000b), in dessen Fokus sowohl Türken als größte Gruppe als auch nichteuropäische Asylsuchende standen: „Das ‚nichteuropäische Andere‘ bzw. die ‚islamische Kultur‘ begründete die Nichtintegrierbarkeit in die ‚deutsch-christliche Kultur‘“ (Pieper 2008: 53). „Asylpolitik“ wurde für viele Deutsche zum Symbol für bislang noch zurückgehaltenen Verdross über Zuwanderung per se, über die angebliche Privilegierung anderer und die sozialen Schieflagen infolge der Rezession generell (Herbert 2003: 269 f.). Einer steigenden Zahl an Asylersuchen begegneten besonders Protagonisten konservativer Abschottungsdiskurse mit stark metaphorisch beladenen Schreckensszenarien, mit Betonung überschrittener Aufnahme- und Integrationsfähigkeiten oder Grenzen der Belastbarkeit und dem Vorwurf des „Asylmissbrauchs durch Sozialschmarotzer“ – die Rede vom „Missbrauch des Asylrechts“ entwickelte sich zum zentralen politischen Narrativ, das darauf zielte, das Asylrecht zu verschärfen (Pieper 2008: 45; vgl. auch Spieles 1993: 150; Klärner 2000: 32; Meier-Braun 2002: 49).<sup>150</sup>

Nachdem der wirtschaftliche Nutzen bei der Betrachtung und Bewertung von Migration lange relevant war, spielte er seit den 1980er Jahren, speziell seit der propagierten „geistig-moralischen Wende“ 1982, im öffentlichen Diskurs keine Rolle mehr (Wengeler 2006: 16).

---

mefähigkeit unserer Gesellschaft“ oder der „Grenze der Belastbarkeit“ wurde zum konstitutiven Element der innenpolitischen Debatten (Spieles 1993: 52; vgl. auch Herbert 1986: 219; Wengeler 1995: 723). Der Verwertungsdiskurs, der Arbeitsmigranten als disponible Objekte betrachtete, die mit der Zeit ihre wichtigsten Eigenschaften verloren, nämlich mobil, flexibel und billig in ihrer Reproduktion zu sein, „überlagerte sich zunehmend mit rassistischen Argumentationsfiguren um das Nichteinwanderungsland Deutschland“; Kristallisationspunkt der Debatte um die Nichtintegrierbarkeit wurden die zur größten Migrantengruppe angewachsenen türkischen Menschen und ihre „‚andersartige‘ muslimische Kultur“ (Pieper 2008: 36).<sup>149</sup> Der Diskurs richtete sich gegen das Ansteigen der Flüchtlingszahlen aus außereuropäischen Staaten und erklärte „die Ablehnung der ‚Fremden und Armen der Welt‘ mit ihrer nichtintegrierbaren ‚Andersartigkeit‘ und dem Überschreiten der Aufnahmekapazität Deutschlands“ (Pieper 2008: 45; vgl. auch Münch 1992: 69; Höfling-Semnar 1995: 117). Bis Mitte der 1970er Jahre spielte das Thema Asyl in den öffentlichen Debatten eine nur geringe Rolle (Spieles 1993: 55 f.; zum frühen Asyldiskurs, als Bewerber aus kommunistischen Staaten aus politisch instrumentalisierbaren Gründen gerne aufgenommen wurden, zumal die Zuwandererzahlen niedrig blieben, vgl. auch Jung et al. 2000: 23; Bade 2000: 370; Sibum 2010: 65).<sup>150</sup> Besonders Massenmedien zerrten im Verbund mit Politikern den angeblichen „Asylmissbrauch“ oder die Überschreitung der „Belastungsgrenze“ hysterisierend in den Fokus der Öffentlichkeit (Sibum 2010: 68). Vom „Mißbrauch des Asylrechts“ redete schon 1973 Bundesinnenminister Genscher im Bundestag (Wengeler 1995: 733), seit 1978 ist dort „ständig vom ‚Mißbrauch des Asylrechts‘ die Rede“ (Klausmeier 1984: 42). 1977-80 wurden zahlreiche (metaphorisierte) Komposita, die über Jahrzehnte für die Kontroverse zum Thema Asyl bedeutsam sind (z. B. „Wirtschaftsasyllanten“, „Asyllantenflut“), wirksam im öffentlichen Sprachgebrauch etabliert (Spieles 1993: 56; Wengeler 1995: 738; vgl. auch Meyer 1997; Klein 1997; Hudabiunnig 1997; zum symbolischen Kampfbegriff „Asylant“ z. B. auch Link 1986: 55 ff.; Kauffmann 1986; Bade 2000: 370 f.).

Kennzeichnend wurden eine immer undifferenziertere öffentliche Wahrnehmung verschiedener Migrantengruppen und ihre pauschalierende Ablehnung als „Ausländer“ (Jung et al. 2000: 25) sowie „eine zur Horrorvision verzerrte Asyldiskussion“ (Bade 1994: 57), bestimmt von einem extremen Maß an fehlender Sensibilität und einer gewaltigen sprachlichen Disziplinlosigkeit (Bröskamp 1993: 29). Hoch emotionalisierte, partei- und machtpolitisch instrumentalisierte Angst-, Protest- und Grundsatzdebatten, die sich besonders gegen die Integration türkischstämmiger Menschen richteten, sowie ein kontinuierlicher Anstieg (tödlicher) rassistischer Aggressionen und Gewalttätigkeiten evozierten zusehends die Frage, inwieweit die Deutschen gruppenbezogen menschenfeindlich eingestellt seien (Bade/Bommes 2000: 165 f.; Bade 2000: 337; Herbert 2003: 240).<sup>151</sup> Nicht nur rechtsradikale Aktivisten bedienten sich unverhohlenen rassistischer Argumentationsfiguren und einer Metaphorik, die die Existenz Deutschlands und der Deutschen angeblich bedrohende Belastungen und Gefahren bebilderte, sondern auch Intellektuelle, Politiker und Medien leisteten in sprachlich ähnlicher Weise regelmäßig nationalistischen und rechtsradikalen Ideologemen Vorschub (vgl. Meier-Braun 2002: 53 f.; Herbert 2003: 240).<sup>152</sup> Immer wieder wurden auch Migranten aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit selbst zur Ursache von Rassismus und des gegen sie gerichteten Hasses erklärt, und damit sowohl menschenfeindliche Gewalt legitimiert als auch ihre Entfernung als Lösung des Problems empfohlen (Wengeler 1995: 732; Jung et al. 2000: 94).

Ab Mitte der 1980er Jahre wurde das Grundrecht auf Asyl zusehends grundsätzlich in Frage gestellt. Begleitet wurde der sich verschärfende Diskurs um den angeblichen „Missbrauch des Asylrechts“ und einen „unbegrenzten Zustrom von Asylanten“ von zunehmend gewalttätigen Ausschreitungen und einer Enttabuisierung der Ausländerfeindlichkeit, wobei der grassierende Rassismus vor allem immer deutlicher auch im politischen Diskurs aufgrund einer angeblichen Überforderung der Deutschen den Ausländern bzw. Fremden selbst angelastet wurde und die Gewaltexzesse als Beweis für die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung instrumentalisiert wurden (Sibum 2010: 66 f.; vgl. auch Jung et al. 2000: 22).<sup>153</sup> Innerhalb weniger Jahre spitzte sich der Diskurs zu einer äußerst heftigen, von unzähligen rassistischen Eskalationen begleite-

<sup>151</sup> Die Themen „Asyl“ und „Ausländer“ wurden immer mehr miteinander verschränkt und politisiert; die „Asylantenfrage“ bzw. die „Ausländerfrage“ wurde zu einem bestimmenden Wahlkampfthema (Klämer 2000: 33 f.; vgl. auch Wengeler 1995: 730). Der stigmatisierende Duktus beim Reden über Ausländer wurde konstitutives Element des politischen Mainstreams, populistische und demagogische Argumentationen wurden zu Alltagswissen (Bade 2000: 365; Sibum 2010: 66). Die Inszenierung der „massenhaft anstürmenden Fremden“ in Person von „Armut- und Wirtschaftsasylanten“ schlugen sich auch in Umfragewerten nieder, die einen zunehmenden Rassismus auswiesen (Pieper 2008: 50; vgl. auch Meier-Braun 2002: 56).

<sup>152</sup> So beschwor z. B. das „Heidelberger Manifest“ (17. Juni 1981), unterzeichnet von Professoren und Politikern, „in direkter Anbindung an die völkischen Theorien der 20er bis 40er Jahre“ krisenhafte Gefahren und das Thema *Ausländer* zur Lebensfrage: Es wandte sich gegen die „Unterwanderung des deutschen Volkes“, gegen „Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums“ in einer „multirassistischen Gesellschaft“, plädierte für die „Reinhaltung der deutschen Rasse“ durch „Ausländerbegrenzung“ und proklamierte ein „Naturrecht“ auf Erhaltung des deutschen Volkes (Wengeler 1995: 731; Sibum 2010: 39; Spieles 1993: 69; Herbert 2003: 239; vgl. auch Bade 1983: 112 f.; Pieper 2008: 50). In Printmedien und im Bundestag war in den Jahren 1980-86, so Wengeler (1995: 742), z. B. die Rede von „Asylantenwelle“, „Schwemme von Scheinasylanten“, „Ausländerflut“ oder „Ausländerschwemme“; als Lösung der „Probleme“, als „implizierte Rettung“, sollten „Dämme“ errichtet werden, z. B. „Dämme gegen die Asylanten-Springflut“ (vgl. auch Jung et al. 2000: 28).

<sup>153</sup> Der Diskurs um einen angeblich massiven „Asylmissbrauch“ und die Argumentation, nur eine Grundgesetzänderung verhindere diese illegitime Armutsmigration, verdichtete sich früh in einem Symbol, das die „Überflutung Deutschlands durch die Armen der Welt“ im Alltag sichtbar machte (Pieper 2008: 57): „Durch das erzwungene Nichtstun in Sammellagern erschienen deren Bewohner vielen Deutschen wie der Inbegriff der faulen Fremden, die es sich auf Kosten der Deutschen bequem machen wollten. Der hier entstehende und durch die Kommunalverwaltungen noch verstärkte Druck wurde [...] als steter Antrieb zur Verminderung der Asylbewerberzahlen empfunden; aber auch als offenbar hochemotionalisierendes Moment, das Wahlen zu entscheiden imstande schien“ (Herbert 2003: 271). Seit spätestens Mitte der 1980er Jahre sind Brandanschläge auf Unterkünfte von Migranten elementarer Teil der politischen Landschaft der Bundesrepublik (Pieper 2008: 58).

ten Kampagne zu, in deren Verlauf innerhalb rund einer Dekade mindestens 80 Menschen getötet und Hunderte (schwer) verletzt wurden (Herbert 2003: 342).<sup>154</sup> Immer weniger wurde die Migration von Asylbewerbern und Aussiedlern sowie der (bereits lange währende) Aufenthalt von Ausländern differenziert diskutiert, sondern die Anwesenheit von *Fremden* allgemein problematisiert. Das „Asylantenproblem“, das „Aussiedlerproblem“ und das „Ausländerproblem“ wurden mehr und mehr miteinander verschränkt und zum Problem mit den kulturell *Fremden* per se (Nuscheler 2004: 132; vgl. auch Klärner 2000: 34; Herbert 2003: 280 f.).<sup>155</sup> Die von Bundeskanzler Kohl beschworene „Krise der Demokratie“ und Gefahr des „Staatsnotstandes“ stilisierte die *Frage der Migration* zur Existenzfrage – es wurde der Eindruck vermittelt, überall lauere Gefahr und ein Eingreifen sei dringend notwendig (Sibum 2010: 38 f.). Mit dem Ende 1992 ausgehandelten und im Juli 1993 in Kraft getretenen Asyl- bzw. Migrationskompromiss fand schließlich eine der schärfsten und folgenreichsten Kontroversen der deutschen Nachkriegsgeschichte ein vorläufiges Ende (Wengeler 1995: 733), die in der Bundesrepublik spätestens seit Ende der 1970er Jahre von Ängsten, Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber Migranten bestimmt wurde – und im Rahmen derer Ausländerfeindlichkeit alltäglich und gesellschaftsfähig wurde (Jung et al. 2000: 24 f.).

Nach Öffnung der innerdeutschen Grenze im Herbst 1989 wurde inmitten der bereits hoch-emotionalisierten Asyldebatte das Territorium der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik eingegliedert. Parallel dazu wurde die Bevölkerung der neuen Bundesländer in die diskursive Formation Westdeutschlands integriert. Rasch erhielten westdeutsche Politiker und Massenmedien Deutungsmacht, indem sie die gesellschaftlich weit verbreiteten, in der DDR aber staatlicherseits weitgehend unterdrückten bzw. ignorierten fremdenfeindlichen Einstellungen bedienten (Herbert 2003: 303; Pieper 2008: 55 ff.).<sup>156</sup> Im Zuge des im Vereinigungstaumel offen zutage tretenden Nationalismus brachen sich die zuvor unterdrückten Überzeugungen in gewalttätigen

<sup>154</sup> Ab 1989/90 nahm die Zahl der Gewalttätigkeiten gegen Ausländer nochmals deutlich zu; täglich waren entsprechende Ereignisse in der ganzen Republik zu verzeichnen. Die Ausschreitungen wurden seitens CDU/CSU als Beweis für den Frust des deutschen Volkes benutzt und die sich lange einer Asylgrundrechtsänderung verweigernden SPD direkt für die Toten verantwortlich erklärt: Auf die Vermischung der eigenen Kultur und Identität mit Gewalt zu reagieren, sei nur der Weigerung der SPD, die dringendsten Probleme der Zeit anzugehen, hervorgerufen worden (Pieper 2008: 60 f.).

<sup>155</sup> Profiteure waren wieder einmal rechtsradikale Parteien, z. B. bei den Wahlen zum Berliner Senat (29. Januar 1989), in einigen Regionen bei den Kommunalwahlen in Hessen (12. März 1989) oder bei der Europawahl (18. Juni 1989); angesichts wachsender Abwehrhaltungen hatten sie ihre Wahlkämpfe gezielt mit ausländer- bzw. fremdenfeindlichen Parolen geführt (Bade 1994: 62). Aber auch die CDU agitierte erfolgreich gegen „Scheinasyllanten“ (Klärner 2000: 34; Pieper 2008: 56 f.).

<sup>156</sup> Die Integration beinhaltete den Import des westdeutschen „Asylmissbrauch-Diskurses“ und der „rassistisch aufgeladenen Argumentationsfiguren“, und vollzog sich „auch über die sofortige Inbesitznahme der neuen Bevölkerung durch die Massenmedien“: „Die Durchdringung des Alltagsbewusstseins der ostdeutschen Bevölkerung durch Boulevardzeitungen wie BILD und westdeutsche Fernsehsender war eines der ersten und wichtigsten diskursiv-kulturellen Eingliederungsprozesse nach der ‚Wende‘“ (Pieper 2008: 55; 60). In der DDR waren „Rassismus, Apartheid und Fremdenfeindlichkeit staatlicherseits zugleich (offiziell) verboten und (verdeckt) institutionell legitimiert“ (Bröskamp 1993: 24), Fremdenfeindlichkeit blieb aber überwiegend latent, gewalttätige Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern waren eher selten (Roesler 2012: 5). Für die Politik und die Medien waren beim *Thema Migration* und speziell bei der Anwerbung von Vertragsarbeitern neben internationalistischer Solidarität ökonomische Motive entscheidend (a. a. O.: 3; Priemel 2011: 13 ff.). Die Beschäftigung von Vertragsarbeitern wurde prinzipiell als Akt der „internationalistischen Solidarität“ dargestellt, und, um daran keine Zweifel aufkommen zu lassen, die Vertragsinhalte nicht veröffentlicht (Roesler 2012: 3). Die Medien boten generell ein verzerrtes, meist informationsentleertes Bild: Über die Phraseologismen von Völkerfreundschaft, Solidarität und sozialistischem Aufbau, die primär zur Abgrenzung vom als imperialistisch bewerteten westdeutschen Gastarbeitermodell fungierten, hinaus, erführen die DDR-Bürger praktisch nichts Relevantes über ihre migrantischen Mitbürger; nicht über Zahlen und Hintergründe, nicht über Motive und Erfahrungen (Priemel 2011: 16). In der Bevölkerung waren indes (bei einem Ausländeranteil von rund ein Prozent) fremdenfeindliche Stimmungen verbreitet (Meier-Braun 2002: 69; Herbert 2003: 297). Das Wissen über das Leben der Ausländer basierte „in erster Linie auf – keineswegs freundlichen – Gerüchten“ (Roesler 2012: 5). Die Beanspruchung knapper Ressourcen (z. B. Wohnraum, Konsumgüter) beförderte Neid und Missgunst bei den Einheimischen (Priemel 2011: 13). Aufgrund der Sichtbarkeit zum einen, Desinformation über Vertragsinhalte der Einwanderung zum anderen, gediehen z. B. Gerüchte über angebliche „Privilegien“ wie Zugang zu Devisen oder West-Waren (Bröskamp 1993: 20). Zum Verhältnis der DDR-Gesellschaft zu Ausländern vgl. z. B. auch Funke 1991; Stach 1991: 14; Bröskamp 1993: 24 ff.; Haack 2011.

Angriffen und Feindseligkeiten gegen Asylbewerber und Ausländer Bahn, die in der Migrationsdebatte als Betrüger, Belastung und Gefahr diffamiert wurden (Bröskamp 1993: 26 f.).<sup>157</sup>

Nach dem Migrationskompromiss standen weniger einzelne Personengruppen als vielmehr die Stellung Deutschlands bei den globalen Migrationen im Fokus (Jung et al. 2000: 25; Ucar 2004: 14 f.). Es folgten neuerliche Debatten über die Zukunft der Einwanderung und den Umgang mit Einwanderern. Im Mittelpunkt stand vor allem der umstrittene Begriff „Einwanderungsland“: Ideen einer „multikulturellen Gesellschaft“ sowie einer kulturell homogenen Volkswirtschaft standen einander gegenüber, und entsprechend wurde kontrovers über z. B. die kulturelle Identität Deutschlands, die notwendige Integration, Anpassung oder Assimilation von Migranten, ihre rechtliche Stellung sowie Fragen der Staatsangehörigkeit diskutiert (Herbert 2003: 322 ff.; Wengeler 1995: 746 f.).<sup>158</sup> Da der gewalttätige Rassismus aber auch mit den neuerlichen migrationspolitischen Restriktionen nicht vorüber war, und Furcht vor einem nachhaltig beschädigten internationalen Ansehen bestand, wurde verschiedentlich versucht, „das Bewusstsein für ein generelles Phänomen ‚Ausländerfeindlichkeit‘“ in Deutschland zu schärfen (Jung et al. 2000: 22). Im Superwahljahr 1994 trat somit anstelle der von Politik und Medien befeuerten „Asylhysterie“ der späten 1980er und frühen 1990er Jahre der leise Rückzug von Politik und Medien aus dem brisanten Themenfeld. Der öffentliche Migrationsdiskurs, in dem das Thema Asyl dominiert hatte, verlor in der Folgezeit an Intensität, „während hinter dem Feindbild des ‚Asylanten‘ ein neues Feindbild aufstieg: die ‚illegale Einwanderung‘“ (Bade/Bommes 2000: 187) und damit verbunden die „Illegalen“ sowie Fragen der Sicherung der EU-Außengrenzen (Mai 2000; 2001). Ab Mitte der 1990er Jahre etablierte sich ein Migrationsdiskurs, der unabhängig von herausragenden Zuspitzungen und Konflikten eine hohe Intensität aufweist und besonders die so genannte Ausländerkriminalität fokussiert.

Ab Ende der 1990er Jahre trat wieder eine für rund zwei Jahrzehnte verschüttete Argumentation stärker in den Vordergrund, wonach Zuwanderung für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft und auch für die Sozialsysteme angesichts des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs bei den eingeborenen Deutschen notwendig sei (Wengeler 2006: 12 ff.; Herbert 2003: 343). Der alte „Gastarbeiterdiskurs“ lebte in neuer Form auf, nun aber nicht mehr in Person einfacher Arbeiter, sondern hochqualifizierter Arbeitsmigranten (Jung et al. 2000: 22).<sup>159</sup> Nachdem die öffentlich nur kurz aufflackernde Debatte bereits wieder zu einer Randnote geworden war, folgte im Sommer 2000 aufgrund einer erneuten Häufung rassistischer Gewaltakte eine Kontroverse um das Vorgehen gegen Rechtsextremismus und ein NPD-Verbot (a. a. O.: 25).

<sup>157</sup> Aus „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“ – charakteristisch war vor allem die Ablehnung von Angehörigen sozial schwacher Gruppen nichtdeutscher Herkunft oder kultureller Minderheiten, denen Antipathien besonders scharf entgegen schlugen (Bröskamp 1993: 29; vgl. auch Schubarth 1991: 47; Funke 1991: 8; Priemel 2011: 16). Spätestens im Wahlkampf zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 mit der Asyldebatte als zentralem Thema und der Verteilung von Asylbewerbern aus dem Westen auf die – hierfür nicht vorbereiteten – Städte und Landkreise in den neuen Bundesländern im Dezember 1990 entwickelte sich eine an Radikalität stetig zunehmende Bewegung gegen die *Ausländer*; nationalistische Stimmungen, Rassismus und Fremdenhass kamen ungehindert zum Ausbruch (Herbert 2003: 301 f.; Pieper 2008: 58).

<sup>158</sup> Durch die hohe Zahl zugewanderter Aussiedler nahmen bei den eingeborenen Deutschen auch ihnen gegenüber Skepsis und Missgunst zu. Vor allem ihr auf Deutschtümelei begründetes Einwanderungsprivileg und die Eingliederungshilfen, die sie gegenüber anderen begünstigten, wurden zusehends kritisiert, wobei sie angesichts teils schlechter Sprachkenntnisse und ungewohnter Lebensweisen seitens der Einheimischen zudem weniger für Deutsche als für Russen oder Polen, also *Ausländer*, gehalten und so behandelt und diskriminiert wurden (Jung et al. 2000: 20; Wengeler 1995: 746 f.; Herbert 2003: 277).

<sup>159</sup> *Ausländer* waren plötzlich kein Problem mehr, sondern eine Bereicherung – „das Bild des ‚Gastarbeiters bei der Müllabfuhr‘ wich dem des ‚Experten in der Computerfirma‘“ und der Neologismus „Bestandserhaltungsmigration“ wurde geschaffen (Meier-Braun 2002: 102; 151; vgl. auch Angenendt 2002: 35; Nuscheler 2004: 158). Durch das Eingeständnis deutscher Schwäche wurde auch die tradierte Gleichsetzung von Ausländern mit sozial Schwachen aufgehoben (Herbert 2003: 333).

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erhielt die Betrachtung und Bewertung von Migration als Gefahr und Bedrohung eine neue qualitative Dimension, die den Diskurs wieder stärker zu einem Sicherheits- und Abwehrdiskurs werden ließ. Die Gefahr, durch zu nachlässige Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung von Migration und (verdächtigen) Personen und Organisationen könnten terroristische Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt werden, wurde zur Legitimation für verschärfte Zugangs- und erleichterte Abschieberegulungen genutzt, teils aber auch einfach nur präsupponiert, wie bei der Verabschiedung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes im Januar 2002 (Angenendt 2002: 32; Wengeler 2006: 18; Sibum 2010: 47 ff.).<sup>160</sup> Die Terrorakte verstärkten zusätzlich das unterschwellige „Feindbild Islam“ und belegten die islamische Minderheit mit einem Generalverdacht (Nuscheler 2004: 136).

### 4.3 Die deutsche Grenzregion zu Polen

Da die drei ausgewählten deutschen Teile der binationalen Grenzstädte für die durchgeführten empirischen Analysen als Repräsentanten der deutschen Seite der Grenzregion insgesamt fungieren, gilt das Interesse im Folgenden nicht detaillierten Merkmalen der Städte, sondern den Charakteristika der Region in toto.

#### 4.3.1 Die Geschichte der deutsch-polnischen Staatsgrenze an Oder und Neiße

Historisch begründet liegt die 454 Kilometer lange, vorwiegend entlang Oder und Lausitzer Neiße verlaufende Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945.<sup>161</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten beiderseits der neuen Grenze in großen Teilen einander völlig fremde Bevölkerungsgruppen nebeneinander, die über keine gemeinsamen Erfahrungen und Traditionen des Zusammenlebens verfügten, sondern sich aufgrund der deutsch-polnischen Geschichte vor allem feindlich gesinnt gegenüberstanden.<sup>162</sup> Bis

<sup>160</sup> Die seither in Europa in Anschlag gebrachten Anstrengungen sind enorm und auch gegen Migration im Allgemeinen gerichtet, wodurch die Themen Sicherheit und Migration (weiter) miteinander verbunden wurden und die Grenzen verschwommen; es haben sich „Elemente einer Rhetorik von Bedrohung und nötiger Abwehr“ (Sibum 2010: 97) etabliert, neue Akzentuierungen in Richtung Absicherung und Abschottung (Ucar 2004: 73; vgl. auch Trautmann 2006; Ateş 2006). Weitere Anschläge dienten als Anlass, die Debatte um innere Sicherheit und damit verbunden auch über die Migrationspolitik auf die tagespolitische Agenda zu setzen und strengere Maßnahmen als notwendig darzustellen (Sibum 2010: 72).

<sup>161</sup> Bis dahin waren Oder und Neiße nie Grenzflüsse zwischen Staaten oder Völkern, sondern die Region war vor allem ein gut passierbarer „Durchgangsraum“ (Grimm 1998: 185). Mit der Westverschiebung Polens wurden die östlich der Flüsse gelegenen Gebiete des ehemaligen Deutschen Reichs unter polnische Verwaltungshoheit gestellt, eine endgültige Grenzfestlegung sollte in einem späteren Friedensvertrag folgen; mit der Grenzziehung wurden auch die Städte Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz geteilt, die ehemalige Frankfurter Dammvorstadt wurde zum polnischen Stubice, der die Altstadt und besonders die Wohnviertel umfassende östliche Teil Gubens zu Gubin, der Ostteil von Görlitz zu Zgorzelec (vgl. Witt 2003: 97; zur Geschichte der Oder-Neiße-Region und der heutigen Grenzstädte sowie zu den geographischen, natur- und kulturräumlichen Gegebenheiten vgl. z. B. Klafkowski 1970; Demandt 1993; Kempen 1997; Jajeśniak-Quast 1998; Schultz/Nothnagle 1999; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000; 2001; Gering 2001; Marquardt/Faust 2001; Horoszko 2002).

<sup>162</sup> Bei den sich auf polnischer Seite niederlassenden Polen, überwiegend aus den Ostgebieten der Zweiten Republik zwangsumgesiedelt, speisten sich die negativen Haltungen vornehmlich aus den Erfahrungen mit NS-Deutschland. Auf deutscher Seite fanden sich überwiegend Flüchtlinge und Vertriebene aus den nach Kriegsende Polen zugeschlagenen Gebieten, die ihren neuen Nachbarn vorwarfen, ihnen die Heimat genommen zu haben. Vgl. Grimm 1996; 1998; Nothnagle 1999; Rutowska 1999; Witt 2003: 104 f.; Persson 2001; Cenker 2004; Kaminski 2004; Mai 2006: 267 f. Der massive Bevölkerungsaustausch war auch ein Hindernis für eine „regionale Identifikation“ beiderseits der Grenze: Die überwiegend neuen Bewohner der neuen Grenzregion lebten lange mit dem Gefühl, ihr Aufenthalt sei vorübergehend (Lisiecki 1996: 100; Krätke 1998a: 125 f.). Bis 1949 war die Grenze geschlossen, wurde militärisch gesichert und unterlag strengen Grenzbestimmungen. Am 12. Oktober 1949 erklärte die DDR die endgültige Anerkennung der Grenze zu Polen, am 18. Oktober 1949 erkannte Polen

in die 1970er Jahre hinein war die grenzüberschreitende Mobilität gering und der Austausch zwischen der DDR und Polen maßgeblich zentralistisch organisiert.<sup>163</sup> Mit Einführung des pass- und visafreien Reiseverkehrs zum 1. Januar 1972 konnte im Prinzip erstmals eine größere Zahl von Bürgern das Nachbarland besuchen und näher kennen lernen.<sup>164</sup> Ab Mitte der 1970er Jahre verlangsamte sich das Tempo der Entwicklung der Zusammenarbeit aber deutlich. Die bereits jahrzehntelang latent vorhandene gegenseitige Abneigung nahm zu und verfestigte sich.<sup>165</sup> Die Unruhen in Polen 1980 und die Etablierung der *Solidarność*-Bewegung nahm die DDR-Regierung zum Anlass, den visafreien Grenzverkehr am 30. Oktober 1980 wieder aufzuheben.<sup>166</sup> Die in den knapp neun Jahren offener Grenze besonders im Grenzraum entstandenen Kontakte zwischen Deutschen und Polen wurden unterbunden, wobei selbst die institutionellen und formalisierten betrieblichen Kooperationen weitgehend aufgegeben wurden. Mit Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 kamen dann quasi sämtliche Beziehungen zum Erliegen.<sup>167</sup> Erst mit der politischen Wende in Europa und dem Vertrag über die Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze (14. November 1990) sowie dem Abkommen über den visafreien Verkehr (8. April 1991) fand dieses Beziehungsmodell ein Ende. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen im östlichen Mitteleuropa wandelten den Status der Oder-Neiße-Region, ihren Platz in den regionalen Strukturen und in der Regionalentwicklung völlig (Stryjakiewicz 2000: 147; 2002: 104).<sup>168</sup>

### 4.3.2 Die Grenzregion zwischen deutscher Vereinigung und EU-Erweiterung

Einer völlig neuen Qualität der grenzüberschreitenden Beziehungen speziell im grenznahen Raum wurde mit dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit

---

die DDR an und nahm diplomatische Beziehungen zu ihr auf, am 6. Juli 1950 wurde das Görlitzer Abkommen über die Markierung der gemeinsamen Grenze unterzeichnet, das sie zu einer Friedens- und Freundschaftsgrenze erklärte. Dagegen sprach sich Konrad Adenauer als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik am 20. September 1948 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus. Zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen sowie zum Verhältnis der DDR und der BRD zur Volksrepublik Polen vgl. z. B. Broszat 1986; Thurich 1990; Foschepoth 1995; Orłowski 1996; Bingen 1997; 1998; 2005; Borodziej 1997; Schultz/Kowal 1998; Körber 2001; Dziegiel 2001; Becher et al. 2001; Kerski 2003; Olschowsky 2005.

<sup>163</sup> Ab 1951 entwickelten sich offizielle wirtschaftliche Kontakte im grenznahen Raum und ab Beginn der 1960er Jahre eröffneten verschiedene Abkommen neue Möglichkeiten für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (vgl. z. B. Nothnagle 1999; Rutowska 1999; Schultz 1999; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000: 63 ff.).

<sup>164</sup> Es setzte unverzüglich ein umfangreicher Grenzverkehr ein und es entstand unter anderem auch eine lebhaftige tägliche Pendelmigration zu den großen Industriestandorten in z. B. Görlitz, Forst, Guben, Frankfurt (Oder) und Schwedt; neben offiziellen Freundschaftsbesuchen entwickelten sich auch neue Qualitäten der Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Bildungszentren, in den Grenzstädten kooperierten z. B. auch Gemeindebetriebe, Schulen oder Gesundheitszentren (vgl. Grimm 1998; Stokłosa 1998; Schultz 1999; Przybylski 1999; Nothnagle 1999; Rutowska 1999; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000).

<sup>165</sup> Begründet lag dies vor allem im beiderseitigen Wirtschaftsdefizit und der Unfähigkeit, sich auf eine steigende Zahl an Grenzpendlern einzustellen. Speziell die wirtschaftlichen Probleme in Polen setzten auch den DDR-Markt in der Grenzregion derart unter Druck, dass durch die DDR-Regierung unter anderem die Höhe des Geldumtausches sukzessive reduziert und die Liste der Ausfuhrverbote verlängert wurde. Durch die DDR-Mangelwirtschaft, die durch zusätzliche polnische Konsumenten verstärkt wurde, wuchs auf deutscher Seite die Abneigung gegenüber Polen, denen, obwohl formal Freunde, fortan verstärkt mit Konkurrenzvorwürfen, Neid und Missgunst begegnet wurde (vgl. Grimm 1998: 188; Rutowska 1999; Lisiecki 1996; 1999; Schultz 1999; Kozarowicz/Hoffmann 1999; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000; Świątkowski 2001).

<sup>166</sup> Die DDR wollte „eine ‚Infiltration‘ polnischer Freiheitsgedanken“ verhindern (Witt 2003: 105).

<sup>167</sup> Es folgte eine neue „Eiszeit“ in den Beziehungen mit einer wieder erheblich ansteigenden gegenseitigen Entfremdung, bei der sich beiderseits die bestehenden Vorbehalte und Vorurteile wieder verstärkten, auf DDR-Seite staatlicherseits zweifellos geduldet, wenn nicht gar durch antipolnische Stimmungsmache gefördert (Grimm 1998: 188). Ab Mitte 1982 war wieder ein Zustand erreicht, der sich weitgehend auf offizielle Besuche erstreckte; obwohl später allmählich wieder gewisse Formen der Zusammenarbeit im Grenzraum zugelassen bzw. aufgenommen wurden, waren damit weder intensivere wirtschaftliche noch zwischenmenschliche Kontakte verbunden (vgl. z. B. Rutowska 1999; Nothnagle 1999; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000).

<sup>168</sup> Den beiden genannten Vereinbarungen folgten etliche weitere, unter anderem zur Erleichterung der Grenzabfertigung (29. Juli 1992), zur Festlegung neuer Grenzübergänge (6. Dezember 1993) sowie zur Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen (7. Mai 1993) (vgl. z. B. Engelhardt 2008; Bingen 2004; 2005).

vom 17. Juni 1991 eine Grundlage gegeben.<sup>169</sup> Die Grenze wurde trotz ihrer Funktion als EU-Außengrenze und den eine integrierte Regionalentwicklung behindernden Einschränkungen der Freizügigkeit von Personen und des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und Kapitalflusses sichtlich durchlässiger, die sie überwindenden Personen-, Waren- und Informationsflüsse nahmen erheblich zu und zwischen Deutschland und Polen haben sich mannigfaltige neue Mobilitäten, Kommunikations- und Verflechtungsprozesse auf lokaler, regionaler sowie Landes- und Bundesebene vollzogen, obgleich sich die konkrete Praxis der Kooperation vielfach alles andere als einfach gestaltet.<sup>170</sup> Angesichts der belasteten deutsch-polnischen Geschichte geht es um einen generellen Wandel des Verhältnisses zwischen den Menschen beiderseits der Grenze. Er vollzieht sich im Spannungsfeld unterschiedlicher nationaler, regionaler und lokaler Konzepte und Strukturen sowie der darin verwobenen Prozesse der Verständigung, der Integration und des Miteinanders, zugleich aber auch der Schwierigkeiten, der Missverständnisse und der Gegensätze.<sup>171</sup> Für das Verhältnis weiter Teile der Bevölkerung ist indes eine gehörige Portion an Misstrauen, Vorbehalten, Vorurteilen und Ressentiments gegenüber den Nachbarn nach wie vor bestimmend, was einer gemeinsamen Entwicklung des Grenzraums und einer neuen, nicht insularen Form regionaler Identität entgegensteht. In der grenzraumbezogenen Literatur wird letztere weithin als Grundlage für vertrauensvolle Kommunikations- und Kooperationsstrukturen angesehen, die wiederum als Voraussetzung für eine grenzüberschreitend integrierte Region mit einer vielfältigen soziokulturellen Gesamtkonstitution angenommen werden (vgl. Krätke 1998a: 125; 1999a: 237 sowie z. B. auch 1998b; 1999b).<sup>172</sup>

<sup>169</sup> In der Folge wurden zahlreiche Vereinbarungen zur (Intensivierung der) partnerschaftlichen Zusammenarbeit z. B. in Euroregionen, zwischen Städten und Gemeinden, Stadtverwaltungen, Ordnungsbehörden, politischen Organisationen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Vereinen, Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen verabschiedet (vgl. Strykiewicz 1996: 43; 2000: 151 ff.; Jurczek 1996: 35; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2000: 100 ff.). Ein grundlegender Schritt zur Institutionalisierung der Kooperation war die Gründung von Euroregionen, unter anderem „Neiße-Nisa-Nysa“ (21. Dezember 1991; mit Görlitz und Zgorzelec), „Spree-Neiße-Bober“ (21. September 1993; mit Guben und Gubin) und „Pro Europa Viadrina“ (21. Dezember 1993; mit Frankfurt (Oder) und Słubice) (vgl. z. B. Schamp et al. 1995; Eckart/Kowalke 1997; Knippschild 2001).

<sup>170</sup> Schwierigkeiten und Hindernisse resultieren unter anderem aus Asymmetrien und unterschiedlichen Hierarchien in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, einem Defizit an konkreten gesetzlichen Regelungen, einer mangelnden politischen Legitimität der regionalen Akteure, divergierenden politischen und ökonomischen Prioritäten und Zielsetzungen, unterschiedlichen Rechtssystemen, institutionellen und technologischen Rahmenbedingungen, Wirtschaftsstrukturen, Sozialsystemen, Sprachen, kulturellen Traditionen, Mentalitäten, Sozialisierungserfahrungen und Handlungsorientierungen, verschiedenen Begriffswelten und Verständnisebenen sowie mentalen Grenzen, Vertrauensmängeln, Konkurrenzängsten und Vorurteilen oder einem Mangel an Feingefühl für historische bedingte Empfindsamkeiten; bereits örtlich und zeitlich begrenzte Ereignisse reichen aus, um überwunden geglaubte Feindseligkeiten wieder aufflammen zu lassen oder anzukurbeln (vgl. Bürkner/Kowalke 1996; Krätke 1998a; 1999a; Strykiewicz 2000: 151; 2002: 111; Witt 2003: 107; Heintel/Waack 2007).

<sup>171</sup> Es geht somit unter anderem um eine Neudefinition des wechselseitigen Verhältnisses der Bevölkerungen, der politischen Entscheidungsträger, der Institutionen und der ökonomischen Akteure im Grenzraum (Bürkner 1996: 2).

<sup>172</sup> Da das „neue Zusammenleben“ nicht auf gemeinsamen Erinnerungen, sozialen Wurzeln und (Sprach-)Kulturen aufbauen konnte, sondern nur auf Stereotypen und Vorurteilen, fehlt „ein gewachsenes Bewusstsein grenzüberschreitender Identität und Zusammengehörigkeit“, so dass ein „low-trust-environment“ vorherrscht (Witt 2003: 120 f.; zur Re-Definition des Verhältnisses von Deutschen und Polen im postsozialistischen Europa vgl. auch Buchhofer/Kortus 1994; Storch/Hahn 1995; Waack 2000; Jajeśniak-Quast/Stokłosa 2001; Behnisch/Lahmann 2004; Bender 2005). Die Grenzöffnung Anfang der 1990er Jahre verstärkte zunächst bestehende Ressentiments, auf beiden Seiten gehört die jeweils andere Nation zu den unbeliebtesten (Lisiecki 1996: 241). Die seitdem intensivierten Kontakte haben noch längst nicht erreicht, dass die Menschen beiderseits der Grenze mehr Verständnis füreinander oder auch das Bewusstsein entwickelt haben, in einer grenzüberschreitenden Region gemeinsam mehr erreichen zu können: es gibt starke Konkurrenzängste, vor allem bei den Deutschen, die „ein Nährboden für die immer wieder zu verzeichnenden Übergriffe auf Polen (oder andere Ausländer)“ sind und als „entwicklungshemmender Milieu-Faktor“ betrachtet werden können, der auch den Ausbau überregionaler Beziehungen erschwert (Krätke 1998a: 125 f.). „Die immer noch spürbaren Vorurteile [...] bremsen die Initiativen vieler polnischer Unternehmer, sich auf dem ost-deutschen Markt zu etablieren“ (Guz-Vetter 2002: 37, zitiert nach Kirchhoff 2004: 30 f.). Die wirtschaftlichen und sozialen Kontakte über die Grenze sind im Vergleich zu westdeutschen Grenzregionen „eher bescheiden“, vor allem bei den Deutschen besteht weithin Desinteresse, gepaart mit Befürchtungen vor „Billiglohnkonkurrenz“ (Grimm 1998: 190). „Deutsche Einkäufer in Polen sind vor allem an Schnäppchenverkäufen [...] sowie hauptsächlich Benzin interessiert. [...] außerdem werden Dienstleistungen in Anspruch genommen, die auf polnischer Seite günstiger angeboten werden“ (Witt 2003: 101). Zum Verhältnis von Deutschen und Polen im Grenzraum vgl. zudem auch Lisiecki 1999; Kühne 2003; Kaminski 2004.

Der deutsche Teil der Grenzregion ist nach rund einer Dekade des vergeblichen Wartens auf die prophezeiten blühenden Landschaften von einer vielschichtigen Überlagerung heterogener politischer, ökonomischer, soziokultureller und sozialräumlicher Einflüsse und Entwicklungsfaktoren gezeichnet. Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 löste tiefgreifende Strukturumbrüche aus; postsozialistische Transformationsprobleme, fortschreitende Peripherisierungsprozesse und sich gegenseitig verstärkende Schrumpfungsdynamiken definieren seither die Regionalentwicklung.<sup>173</sup> Die breitgefächerten Folgeprozesse der mehrdimensionalen, ökonomischen, sozialen und demographischen Schrumpfung ziehen weitreichende Konsequenzen bis an bestandskritische Schwellen nach sich. Soziokulturelle und mentale Peripherisierungen bzw. Abwanderungen setzen sich auch als alltagsweltliche Verinnerlichung krisenhafter Entwicklungen in den Köpfen und Mentalitäten der (noch) Dagebliebenen fest (Matthiesen 2002; Dürrschmidt 2004).<sup>174</sup> Die Verbliebenen zeigen häufig eine Disposition der mentalen Schließung, sie reagieren mit Abwehrverhalten, Rückzug in die Privatheit, Abschottung nach außen und nachlassender Handlungsmotivation: Veränderungen werden nicht aktiv bewältigt, sondern mehr oder minder passiv ertragen (Alheit et al. 2004: 330 f.). Neugierde auf Fremdes oder Pioniergeist finden sich nur noch in isolierten Handlungen einzelner Akteure: „Zivilgesellschaftliches Engagement dünnt aus und wird durch kollektive Resignation ersetzt“ (Bürkner/Dürrschmidt 2001: 5).<sup>175</sup> Die lokalen Milieus sind gekennzeichnet durch Ängste vor weiteren Enttäuschungen, Verlusten und zusätzlichen Modernisierungszumutungen. Unter den Bedingungen von fortschreitender Peripherisierung und Schrumpfung, lebensweltlich gerahmten Strukturumbrüchen, instabilen ökonomischen Entwicklungsaussichten und prekären Reproduktionsperspektiven wird eine (weitere) Öffnung der Grenze zu Polen eher als Bedrohung denn als Chance betrachtet.<sup>176</sup> Anstrengungen zur Implementierung der Politik der

<sup>173</sup> Vgl. Grimm 1998: 189; Knippschild 2001: 30 ff.; Matthiesen/Bürkner 2002a; 2002b; Lang/Tenz 2003. Zu den Besonderheiten der postsozialistischen Transformation der ehemaligen DDR durch Inkorporation vgl. zudem z. B. Häußermann 1992; Grimm 1995; Schamp et al. 1995; Krätke 1998a; 1999a; Nuissl et al. 2002: 44; Kühne 2003: 145; zur wirtschaftlichen Situation gut zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung z. B. auch Bruch-Krummbein et al. 1999; Gatzweiler/Maretzke 2000.

<sup>174</sup> Folgeprozesse betreffen unter anderem die Bereiche Wohnungswesen, Städtebau und Flächennutzung, (soziale, technische, kulturelle etc.) Versorgungsfunktionen und Infrastruktur, Kommunalfinanzen, Gesellschaft und Soziales (Lang/Tenz 2003: 97). Eine geringe Entwicklungsdynamik, ausbleibende Investitionen, eine schrumpfende Arbeitsplatzbasis, hohe Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverluste, sinkende Einnahmen für den lokalen Staat, hohe Abwanderungsdynamik, eine verringerte Einwohnerzahl, vielfältige Infrastrukturausstattungs-lücken, eine dramatisch veränderte Bevölkerungsstruktur, Leerstandsproblematik, zunehmende sozialräumliche Segregation und Verödung von Wohnquartieren, soziale Erosion, Ausdünnung bzw. Auseinanderbrechen von lokalen Milieus, Netzwerken und Nachbarschaften, Kompetenzabflüsse, Brain-Drain und unkalkulierbare Identitätsverluste, um nur einige Aspekte zu nennen, haben auch Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz und die regionalen Alltagskulturen gravierend verändert (zu strukturellen Schrumpfungsketten in ostdeutschen Transformations- und Peripherisierungskontexten vgl. z. B. Rietdorf 2001; Bürkner 2001; 2003; 2005; Dürrschmidt 2004; Franz 2001; 2004; 2005; zu Schrumpfung und Stadtumbau Keim 2001; Bernt 2002; Kabisch et al. 2004; Gestring 2005; Weiske et al. 2005).

<sup>175</sup> Vgl. auch Lang/Tenz 2003: 60; Kühne 2003: 147 ff.; Matthiesen/Bürkner 2002b; Kollmorgen 2005. Aus nachlassendem Engagement an der gesellschaftlichen Basis resultiert ein Verlust an innovativem Potenzial, das für endogene Entwicklungen fehlt: „In einigen Städten an Oder und Neiße ist das Label ‚Sterbende Stadt‘ inzwischen ein in den lokalen Milieus gebräuchlicher Begriff für die Selbstbeschreibung der eigenen Situation. [...] In den ‚sterbenden Städten‘ entstehen [...] mentale Abschottungen genau da, wo mentale Brücken notwendig wären“ (Matthiesen 2002: 3). Zur Rolle der Zivilgesellschaft als „Tertium neben Markt und Staat“ im Rahmen wirtschafts- und sozialräumlicher Steuerungskontexte in den ostdeutschen Randregionen vgl. auch Bürkner 2004; zu bürgerschaftlichem Engagement in den neuen Ländern Roth 2001; zur politischen Kultur und einer entgegen Westdeutschland spezifischen Soziokultur Wagner 2001; McFalls 2001; Mühlberg 2001; Thumfart 2001.

<sup>176</sup> So wächst z. B. die Angst, von der Entwicklung der Altbundesländer abgekoppelt zu werden, den ersehnten Anschluss nie mehr zu schaffen und auf das wirtschaftliche Niveau der polnischen Nachbarn abzusinken: „Diese Angst prägt die Mentalitäten sowohl der Bevölkerung als auch der politisch Verantwortlichen und der Unternehmen“ (Kirchhoff 2004: 29). Durch die Arbeitszentrität und den protestantischen Arbeitsethos der „arbeiterlichen“ DDR-Gesellschaft (Engler 1999) hat Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern auch eine spezielle psychologische Bedeutung: Sie bringt eine materielle, kulturelle, soziale und moralische persönliche Degradation der Betroffenen mit sich, die als individuelles Scheitern verstanden wird (Kühne 2003: 148 f.) – sie „hat im Deindustrialisierungsprozess Ostdeutschlands nicht den Makel der Armut, sondern, schlimmer noch, den Ruch gut alimentierter Nutzlosigkeit“ (Dürrschmidt 2004: 276; vgl. auch Alheit et al. 2004).



europäischen Integration laufen vielfach ins Leere und verstärken die Distanz zwischen der gesellschaftlichen Basis und dem lokalen Staat.<sup>177</sup>

Die Deutung des Verhältnisses der Deutschen zu Nicht-Deutschen in der Grenzregion sollte zudem nicht ohne Blick auf die gesellschaftlichen Formierungsprozesse in der DDR erfolgen, denn nationalistische und rassistische Einstellungen und (die Akzeptanz von) Gewalt gegen Migranten wurzeln in ganz Ostdeutschland auch in mentalitätsgeschichtlichen Prägungen der DDR (Alheit et al. 2004).<sup>178</sup> „Antifaschismus“ und „proletarischer Internationalismus“ waren zwar Grundpfeiler des Selbstverständnisses, sie erstarrten aber in abstrakter Rhetorik, ohne öffentliche Entwertung nationalistischer Ideen und eine Reflexion gesellschaftlicher Kontinuitäten des Nationalsozialismus – die deutsche Nation blieb ein zentraler mentaler Bezugspunkt, wobei die sozialistische Nation tendenziell als geschlossene Gemeinschaft imaginiert wurde, exklusive „Fremde“ und „Klassenfeinde“ (Behrends et al. 2000; vgl. auch Kühne 2003: 138; Poutrus et al. 2002).<sup>179</sup> Die Anwesenheit von Ausländern in der DDR war keine Selbstverständlichkeit, sondern an staatliche Interessen gebunden; jede Form und Gelegenheit des Kontakts wurde „officialisiert“ (Poutrus et al. 2002): Es gab „keinen Anflug multikulturellen Lebens“ (Witt 2003: 104).<sup>180</sup> Den inszenierten Freundschaftsritualen standen die Fremdheitserfahrungen der Bevölkerung unvermittelt gegenüber. Nicht-Deutsche wurden, gerade in der Grenzregion zu Zeiten der offenen Grenze, primär als illegitime Konsumkonkurrenten in der staatssozialistischen Mangelwirtschaft betrachtet (Behrends et al. 2000).<sup>181</sup> Konflikte zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen waren zwar an der Tagesordnung, aber offiziell tabuisiert, so dass sich keine interkulturelle Konfliktkultur und gesellschaftliche Toleranz entwickelte (a. a. O.; Poutrus et al. 2002).<sup>182</sup> Mit dem Niedergang der DDR brachen sich Nationalismus, Rassismus und gewalttätiger Fremdenhass in ganz Ostdeutschland ungehindert Bahn (vgl. Herbert 2003: 302). Auch Jahre später sind Ethnisierung, Rassismus, soziale Ausgrenzungsprozesse, Rechtsradikalismus und Anschläge auf Migranten Alltag. Die stark angespannte Arbeitsmarktlage und

<sup>177</sup> Die Auswirkungen der EU-Erweiterung speziell für die deutsche Grenzregion zu Polen ist Anlass für widerstreitende Spekulationen, die Betonung von Vorteilen, Hoffnungen und Chancen einerseits, Nachteilen, Ängsten und Risiken andererseits, stehen einander gegenüber (zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen am Vorabend der EU-Erweiterung vgl. z. B. Bingen 2004; Schlott 2004).

<sup>178</sup> Wie auch die vorangegangenen Abschnitte verdeutlichen, sind Nationalismus und Rassismus in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts aber keinesfalls speziell ost-, sondern gesamtdeutsche Phänomene, mit indes räumlichen Spezifika.

<sup>179</sup> „Und gerade weil bei dem zweifellos ernst gemeinten Neuanfang [...] Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und womöglich rechte Gewalt nicht ins Bild passten, waren sie als Themen öffentlicher Auseinandersetzung ausgegrenzt. [...] ‚Antifaschismus‘ war für die breite Bevölkerung eine Formel, kein Anstoß zum zivilen Umgang mit der eigenen Vergangenheit. [...] Vorurteile, Meinungen und mentale Dispositionen [haben] fast ungebrochen aus dem Nationalsozialismus übernommen und in intergenerationalen Tradierungsprozessen auch weitergegeben werden können“ (Alheit et al. 2004: 336 ff.). Es herrschte keine öffentliche Debatte, sondern „ein parteioffizieller Diskurs“ vor, der vor allem der „Abgrenzung vom Westen diente“; die Bevölkerungsmehrheit vermochte sich „ohne Gewissenskonflikte und ohne große Brüche in ihrer bisherigen politischen Mentalität mit dem antifaschistischen Selbstverständnis des Staates zu arrangieren bzw. es selbst zu verinnerlichen“ (Poutrus et al. 2002). Appelle an die nationalen Gefühle der Bevölkerung (z. B. „nationale Gemeinschaft“, „nationale Identität“, „Sozialistischer Patriotismus“) knüpften ungeniert an ältere nationale Legitimationsmuster an (Behrends et al. 2000).

<sup>180</sup> „Wer als Nicht-Deutscher kam, war nur auf Zeit und zu den Bedingungen des SED-Staates geduldet. Was bestehen blieb, war gegenseitiges Mißtrauen zwischen Staat, Deutschen und ‚Fremden‘“ (Behrends et al. 2000). „Kontakte und Umgang außerhalb der staatlich festgelegten Regeln waren nicht vorgesehen, entweder explizit verboten, zumindest aber unerwünscht. Angehörige unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten sollten sich [...] immer als ‚Repräsentanten‘ ihrer jeweiligen Staatsvölker, quasi in diplomatischer Funktion, begegnen, nicht jedoch auf einer ‚Von-Mensch-zu-Mensch-Basis‘. [...] Für die allermeisten DDR-Bürger reduzierte sich die ‚Erfahrung‘ mit Fremden auf [...] inszenierte Rituale“ (Poutrus et al. 2002). Die „Fremden“ wurden somit immer auch als symbolische Repräsentanten der SED-Herrschaft betrachtet (Behrends et al. 2000).

<sup>181</sup> Durch Wachsamkeitsappelle schürte die SED-Diktion zusätzliche Vorurteile: „Fremde“ konnten immer feindliche Agenten, Saboteure oder Provokateure (z. B. der Solidarność), also ein potenzielles Sicherheitsrisiko, sein (Poutrus et al. 2002).

<sup>182</sup> Auch die stark eingeschränkte internationale Mobilität der großen Mehrzahl der DDR-Bürger trug zu kaum entwickelten (vor allem positiven) interkulturellen Erfahrungshorizonten bei (Poutrus et al. 2002). Gewalttätigkeiten gegen Migranten wurden in aller Regel entpolitisiert, und rechtsradikale Skinheads z. B. offiziell auf „Rowdys“ reduziert (vgl. Schwarz 2000).

fehlende Migrantennetzwerke tun in der Grenzregion ein Übriges dafür, dass zuwanderungs- und integrationspolitische Konzepte bisher nicht gegriffen haben und die Region auf Migranten eine geringe Attraktivität ausstrahlt – angesichts der Schrumpfdynamiken „treffen hier also mobile ‚Fremde‘ mit bodenständigen Deutschen zusammen“ (Behrends et al. 2000).<sup>183</sup>

Dass das Grenzregime an Oder und Neiße diese Attraktivität erhöht, erscheint in Anbetracht des raumgreifenden, grenzüberschreitend kooperativen, hochtechnisierten Kontroll- und Überwachungssystems zur Verfolgung von irregulärer Migration und grenzüberschreitender Kriminalität, der damit verbundenen Vervielfältigung von (unsichtbaren) Grenzen ins Landesinnere sowie der selektiven Zurichtung auf bestimmte Personengruppen und -profile fraglich.<sup>184</sup> Angesichts von Bürgertelefonen, selbsternannten Grenzwachern, Kontaktbeamten, grenzpolizeilichen Unterstützungskräften, Sicherheitspartnerschaften und kommunalen runden Tischen, Konzepten der Schleierfahndung, grenz- und behördenübergreifenden Verbundstreifen sowie verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen im gesamten Grenzraum fällt neben dem korporativen Zusammenschluss von Behörden, kommunalen und gesellschaftlichen Institutionen und Teilen der Bevölkerung vor allem „die phänotypische, geradezu biologisierende Bestimmung des Feindbilds“ (Dietrich 1998c: 36) sowie „eine wachsende Stigmatisierung von Flüchtlingen als Illegale und Kriminelle“ (ders. 1998a: 55) auf.<sup>185</sup>

<sup>183</sup> „Nach Berichten der Ausländerbeauftragten des Landes breitet sich in ganz Brandenburg die Fremdenfeindlichkeit immer weiter aus, werden fremdenfeindliche Einstellungen weitgehend als normal empfunden und offen geäußert; gewalttätige Angriffe auf Ausländer nehmen deutlich zu. Der Wirtschaftsminister Brandenburgs befürchtet, daß die wachsende Ausländerfeindlichkeit das ‚Image‘ des Landes schädigen und ausländische Investoren abschrecken werde“ (Krätke 1998a: 126). Die Grenzregion repräsentiert hier keine Ausnahme, wie z. B. die mit dem Tod von Farid Guendoul endende „Hetzjagd von Guben“ am 13. Februar 1999 belegt (vgl. z. B. Prozessbeobachtungsgruppe Guben 2001).

<sup>184</sup> „Die Grenze ist jetzt überall dort, wo selektive Kontrollen vorgenommen werden. [...] Die Grenzen differenzieren und vervielfältigen sich: Sie begrenzen den gesellschaftlichen Raum nicht mehr lediglich von außen, der gesellschaftliche Raum wird vielmehr zunehmend mit einem Kontrollnetz überzogen, das ihm seine spezifische Form gibt und wie eine allgegenwärtige Grenze funktioniert“ (Lange 1998: 12 f.). Zum EU-Grenzregime und zur deutsch-polnischen Sicherheitskooperation vgl. z. B. FFM 1998; Dietrich 1998c; Mai 2000; 2001; 2006; Eig Müller 2007; Schwell 2008; Hess/Kasperek 2010.

<sup>185</sup> Da die Kontrolle jeder Person logistisch nicht möglich ist, wird mehr oder weniger gezielt gegen Personen vorgegangen, die aufgrund ihres Verhaltens oder Aussehens auffallen; eine von phänotypischen Fahndungsmustern bestimmte Kontrollpraxis ist vorprogrammiert: „Die (zumindest mittelbare) Anbindung der Kontrolle an eine bestimmte Personengruppe (auch wenn diese nicht ausdrücklich im Gesetz genannt wird, ‚Ausländer‘ bzw. ‚Grenzüberschreiter‘), verstößt möglicherweise gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz unserer Verfassung“ (Thomas Feltes, Rektor der Polizei-FH Villingen-Schwenningen am 4. Juli 1996 bei einer Anhörung im baden-württembergischen Landtag). Die Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung scheint nicht gering: „Aus dem ehemals kleinen Pflänzchen der sporadisch eingehenden Bürgerhinweise entwickelte sich [...] eine regelrechte Lawine an Informationen“ („Wir vom BGS – Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes“, Nr. 9/10, 1997: 7); allerdings werden auch Handlungsaufforderungen erteilt, z. B. an Taxifahrer: „Bei der Aufnahme der Fahrgäste achten Sie bitte auf das äußere Erscheinungsbild, Kleidungszustand und andere Auffälligkeiten, die den Verdacht zulassen, dass es sich um Personen handeln könnte, die sich illegal aufhalten. [...] Besteht für den Fahrer der Verdacht, dass eine Straftat vorliegt, sollte er im eigenen Interesse die Möglichkeiten der internen Information an den BGS oder eine Polizeidienststelle nutzen“ („Verkehr/Kommunikation, Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer WD“, Nr. 5, 1997: 44).

## 5 Der Diskurs zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen

Bereits einen (Teil-)Diskursstrang – einen Ausschnitt aus dem großen Gewimmel der fließenden Diskurse, dem Archiv aller diskursiv (re-)produzierten sozialen Wissensbestände einer Gesellschaft – vollständig zu erfassen, zu analysieren und zu beschreiben ist, auch nur für einen begrenzten Raumausschnitt eines Nationalstaates, schon aus arbeitsökonomischen Gründen mit einem individuellen Forschungsvorhaben nicht zu leisten. Um einen mit qualitativen sozialwissenschaftlichen Methoden, und speziell denen der Kritischen Diskursanalyse, auch nur halbwegs sinnvoll zu bearbeitenden Analysekorpus zu erhalten, bedurfte es einer weit spezielleren Definition des zu beforschenden Gegenstandes und somit einer plausiblen, wohl begründeten Festlegung weiterer Zuspitzungen und Einschränkungen. Außerdem wurden fundierte Kriterien für die konkrete Auswahl der letztlich tatsächlich zu analysierenden Fragmente des anvisierten Diskursstranges benötigt. Neben den bereits festgelegten (thematischen, räumlichen, zeitlichen und diskurssektoralen) Spezifizierungen waren weitere (thematische und zeitliche) Be- und (somit) Ausgrenzungen unumgänglich. Diese sollten aber, gerade angesichts fehlender Referenzstudien, das grundsätzlich explorative Ansinnen mit Blick auf den spezifischen diskursiven Kontext im Untersuchungsraum nicht allzu sehr einschränken. Eine Vorabfestlegung von aus der Berichterstattung der drei ausgewählten Zeitungen zu berücksichtigenden Unter- (und Unter- etc.) Themen oder die Engführung einer Fragestellung, z. B. mittels einer wie auch immer definierten Festlegung von Analysekatégorien wie *Einwanderung*, *Migranten*, *Zuwanderer*, *Ausländer* etc., und eine Suche nach passenden Fragmenten des Diskurses (mit der selbst gefertigten Lupe), würde dem Forschungsgegenstand nicht gerecht, sollte dieser doch möglichst gegenstandsnah erfasst und nicht der Blick auf seine Eigen- und Besonderheiten versperrt werden. Jede weitere Zurichtung und Beschränkung des Analysegegenstandes, und der damit manifeste, aus forschungspragmatischen Gründen allerdings unerlässliche Ein- und Ausschluss von Anteilen des Diskursstranges, war nur durch ihn und mit ihm selbst zu begründen. Der breite Strauß der (zunächst auch grundsätzlichen) Fragen war an die Empirie direkt heranzutragen. Folglich wurde mit einer breit angelegten, stichprobenartigen Sichtung der Druckausgaben von *MOZ*, *LR* und *SZ* in den Jahrgängen 2001 und 2002 begonnen.<sup>186</sup>

### 5.1 Die Materialbasis: Generierung der für die Analyse zu berücksichtigenden Diskursfragmente und Festlegung des Untersuchungszeitraums

Die Erfassung und Reflexion erster Eindrücke und Interpretationen rief umgehend die Frage nach den Themen auf den Plan, die den Analysegegenstand *Migration* in der Grenzregion im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen (überhaupt, hinreichend etc.) repräsentieren und entsprechend konstituieren, einschließlich jeweils relevanter Ober- und Unterthemen. Zugleich war schwer einzuschätzen, in welchem konkret datierbarem Zeitraum bereits die gesamte qualitative Bandbreite des Diskursstranges erfasst und darauf basierend ana-

<sup>186</sup> In Teilen war nur der Zugang zu gebundenen Druckausgaben möglich, so dass alle (potenziell) zu berücksichtigenden Diskursfragmente abfotografiert werden mussten. Zur ersten Materialsichtung und Archivierung vgl. Jäger 1999: 174.

lysiert und vollständig beschrieben werden konnte. Welchen Kriterien mussten Diskursfragmente genügen, um Eingang in den (zeitintensiv zu bearbeitenden) Analysekorpus zu finden? Wie war also der Schnitt durch den Diskursstrang zu dessen Generierung exakt zu führen?

Aus dem diskursiven Kontext zum *Thema Migration nach Deutschland (und in die EU)* ragte in den Jahren 2001/2002 zum einen die Debatte um das so genannte Zuwanderungsgesetz hervor. Zum anderen überformten die Ereignisse vom 11. September 2001 und die damit verbundenen Folgen nicht nur die mediale Darstellung von Migration, sondern die gesamte Berichterstattung der bundesdeutschen Medien für geraume Zeit. Insgesamt zeigte sich die gesichtete Berichterstattung hinsichtlich (Unter- etc.) Themen, die (mehr oder minder direkt) mit dem *Thema Migration nach Deutschland (und in die EU)* in Verbindung zu betrachten waren, breit gestreut und vielschichtig, mit teils deutlichen quantitativen Konzentrationen und Häufungen zum einen, zugleich aber nur qualitativ recht spärlich repräsentierten (Unter- etc.) Themen zum anderen.<sup>187</sup> Schnell wurde offensichtlich, dass die Berücksichtigung aller (Unter- etc.) Themen und der dazugehörigen Diskursfragmente, in denen die (temporäre) Migration von (Gruppen von) Menschen nach Deutschland (und in die EU) bzw. (Gruppen von) Menschen mit Migrationshintergrund oder ohne (dauerhaftes) Aufenthaltsrecht (ex-/implizit) adressiert oder diskursiv betrachtet und dargestellt wurden, den Analysekorpus bereits in einer sehr kurzen Zeitspanne maßlos überfrachten würde.<sup>188</sup> Zugleich erschien aber die komplette qualitative Bandbreite der Berichterstattung bei einigen (Unter- etc.) Themen erst in einem recht ausgedehnten Zeitraum abgebildet. Aufgrund (starker) thematischer Häufungen und qualitativer Verdichtungen der gesichteten Berichterstattung einerseits, andererseits aber (starker) Armut an (Unter- etc.) Themen, denen (auch entgegen vorab angestellter Überlegungen) nur relativ wenig Aufmerksamkeit zukam, war für die (weiter) vorzunehmenden thematischen und zeiträumlichen

<sup>187</sup> Betreffend verschiedene räumliche Bezugsebenen (Deutschland, Europa, die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die Bundesländer Brandenburg und Sachsen sowie speziell die Grenzregion), war eine breite Palette von diskursiven Darstellungen zum *Thema Migration* zu verzeichnen. Die qualitative Bandbreite der insgesamt zum (entsprechend der explorativen Anlage der Arbeit zunächst sehr weit gefassten) *Thema Migration* zu identifizierenden und somit bei der Sichtung erfassten Ober- (und Unter- etc.) Themen lässt sich grob wie folgt skizzieren (in Klammern eine exemplarische Auswahl in den jeweiligen Ober-Themen subsumierter, sich vielfach überlappende und in sich weiter ausdifferenzierender Unter-Themen): 1) „Rechtliche Regelungen betreffend Migration nach Deutschland“ („Einwanderungspolitik“; „Zuwanderungsgesetz“; „Greencard-Regelungen/Abkommen zur Anwerbung von Arbeitsmigranten“; „Staatsangehörigkeitsrecht“; „Einbürgerungen“; „Rückübernahmeabkommen“; „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“; „Bundesamt für Migration“; „Ausländerspezifische Gesetzgebung“); 2) „Lebenslagen von Migranten in Deutschland“ („Flüchtlinge“; „Asylbewerber“; „Aussiedler“; „Studierende“; „Arbeitsmigranten“; „(drohende) Abschiebungen“; „Kirchenasyl“; „Härtefallkommission“; „Abschiebehaft“; „Integrationsprojekte“; „Interkultureller Alltag“; „Kopftuch-Debatte“; „Schächten“; „Islamunterricht“); 3) „Migration und EU“ („Einwanderungs-, Flüchtlings- und Asylpolitik“; „EU-Gipfel“); 4) „Migration in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten“ („Frankreich“; „Italien“, etc.); 5) „EU-Erweiterung und Migration“ („Prognosen“; „Arbeitnehmerfreizügigkeit“; „Niederlassungsrecht“; „Folgen für Deutschland und die Grenzregion“); 6) „(Irreguläre) Migration an der deutschen Ostgrenze“ („Irreguläre Einwanderung“; „Assistierende Dienstleistungen“; „Zurückweisungen“; „Grenzschutzbehörden“); 7) „Migration und Kriminalität/Innere Sicherheit in Deutschland“ („Organisierte Kriminalität“; „Ausländerkriminalität“; „Prozesse“; „Haftinsassen“; „Intensivstrafäter Mehmet“; „Schmuggel“; „Verbringung von Diebesgut“; „Drogenhandel“; „Grenzregion als Kriminalitätsschwerpunkt“); 8) „11.09.01 und Deutschland“ („Anti-Terror-Gesetze“; „Ausländerextremismus“; „Kalifatstaat“; „Rasterfahndung“; „Ängste der Bevölkerung“); 9) „Rechtsextremismus, Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit“ („Kommunale Probleme“; „Straftaten“; „Demonstrationen“; „Anklagen und Prozesse“; „Organisationen, Organisierungen“; „NPD-Verbotverfahren“; „V-Leute“; „Skinheads Sächsische Schweiz“; „Nationaler Jugendblock Zittau“; „Betroffene“; „Einstellungen in der Bevölkerung“); 10) „Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit“ („Staatliches Vorgehen“; „Zivilgesellschaftliches Engagement“).

<sup>188</sup> Eine Reihe genereller Fragen bestimmte diese Phase der Arbeit; z. B.: Wie war das explorative Ansinnen forschungspragmatisch zu lösen und in ein plausibles Analysedesign zu gießen? Wie war der Begriff *Migration* betreffend z. B. Ziele oder Motive *genau* zu definieren? Wie sollten die Grenzen bei der Erfassung der für die Analyse zu berücksichtigenden (Unter- etc.) Themen gesetzt werden? Welche Personengruppen mit welchen Migrationserfahrungen sollten in der Analyse repräsentiert sein? Jede Engführung bei der Ermittlung der Materialbasis drohte den Diskurs auf (zu kleine) Teilbereiche zu reduzieren, aus jeder Ausweitung resultierten unzählige nicht auszuspärende (Unter- etc.) Themen.

Spezifizierungen, gerade angesichts des explorativen Ansinnens, ein nur durch das (somit bereits stichprobenartig grob zu analysierende) Material zu begründender Kompromiss zwischen zu berücksichtigenden Themen und Ausdehnung des Untersuchungszeitraums erforderlich.<sup>189</sup>

Auf Grundlage der Zwischenergebnisse der intensiven Materialsichtung und der teils grob-analytischen Bearbeitung wurde der Beginn des Untersuchungszeitraums auf den 23. November 2001 gesetzt, um vor allem auch die ersten, sehr dynamischen diskursiven Wirkungen der Ereignisse vom 11. September 2001 auszusparen.<sup>190</sup> Um zugleich aber die qualitative Bandbreite des Diskurses vollständig, getragen von einer breiten empirischen Basis, abgesichert über einen ausgedehnten Zeitraum, zu erfassen, und auch speziell die Berichterstattung zur Kassierung des geplant zum 1. Januar 2003 in Kraft tretenden so genannten Zuwanderungsgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht am 18. Dezember 2002 mit einzubeziehen, wurde das Ende mit dem 20. Dezember 2002 festgelegt. Somit lag ein (für ein individuelles Forschungsprojekt recht umfassender) rund 13-monatiger Untersuchungszeitraum vor.

Die Entscheidung für die rund 13 Monate und somit einen für ein solches Forschungsvorhaben relativ ausgedehnten Untersuchungszeitraum folgte vor allem den in Aussicht stehenden Vorteilen einer solchen Analyse. Qualitative Strukturen, Trends, Schwerpunktsetzungen etc. des anvisierten Diskursstranges konnten so empirisch außerordentlich valide abgesichert dargelegt werden. Zudem sind quantitative Aspekte speziell betreffend die nachhaltige Wirkung von Diskursen relevant, denn „die Dauerkonfrontation der Rezipienten mit ‚evidenten‘ Aussagen über einen langen oder auch sehr langen Zeitraum [führt] zu einer festeren Verankerung bzw. zu einer Normalisierung eines Wissens und möglicherweise zur Herausbildung neuer (historisch jeweils gültiger) Wahrheiten oder auch zur Festigung ‚alter‘ Wahrheiten“ (Jäger/Zimmermann 2010: 121).

Durch die Arbeit mit gegenstandsnah konzipierten, fortwährend ausdifferenzierten und modifizierten Analyserastern zur Definition und Generierung des Analysekorpus mit dem Ziel einer möglichst explorierenden, zugleich aber in Einklang mit den Grundlagen der Kritischen Diskursanalyse methodisch auch plausiblen und schließlich vor allem arbeitsökonomisch sinnvoll zu bewältigenden Erfassung von (Unter- etc.) Themen im gewählten Untersuchungszeitraum, kristallisierten sich sukzessive fünf Teildiskursstränge heraus, die das Forschungsinteresse zu bündeln und den Diskurs zum *Thema Migration in der Grenzregion vor der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen* exemplarisch zu repräsentieren vermochten. Es handelt sich um die Berichterstattung

- 1) *zum Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung: alle Beiträge zur (geplanten) Rechtsnorm betreffend Migration nach Deutschland,*<sup>191</sup>

<sup>189</sup> Eine Aneinanderreihung von für unterschiedliche (Unter- etc.) Themen eigens definierten Untersuchungszeiträumen, angelehnt an ausgewählte (diskursive) Ereignisse und eine daraus letztlich resultierende Addition von Teilanalyseergebnissen, kam aus forschungslogischer Sicht nicht in Frage.

<sup>190</sup> Eine den 11. September 2001 umfassende Analyse hätte auch unweigerlich die mit den Ereignissen verbundenen diskursiven Veränderungen herausarbeiten müssen und folglich eine vergleichende Analyse synchroner Schnitte durch den Diskursstrang erfordert. Dies war aus forschungspragmatischer Sicht aber nicht zu leisten. Am 23. November 2001 begann die *MOZ* in einer Gemeinschaftsaktion mit der polnischen Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* und der EU-Kommission unter dem Titel „Wenn die Grenze verschwindet: Deutsche und Polen vor der EU-Erweiterung“ eine mehrteilige Serie zu den (mutmaßlichen) Wirkungen und dem Nutzen der EU-Erweiterung für die Grenzregion. Da dieser Termin mit rund 60 Tagen nach dem 11. September 2001 genügend Abstand zu den Ereignissen aufweist, ebenso die darauf folgende, alles überstrahlende Berichterstattung etwas abgeebbt war, und auch die Sichtung der beiden anderen Zeitungen im Jahrgang 2001 keine triftigen Gründe lieferte, die gegen dieses Datum als Beginn des Untersuchungszeitraums sprachen, wurde dieser so terminiert.

<sup>191</sup> Die Debatten und Verhandlungen im Zusammenhang mit der (im Untersuchungszeitraum vorerst gescheiterten) Absolvierung des Gesetzgebungsverfahrens repräsentieren die aktuell gültigen Wissensbestände zur Betrachtung und Bewertung von

- 2) *zu Umgehensweisen mit Arbeitskräftebedarf*: alle Beiträge zu einem zum Ausdruck gebrachten (raum-, zeit-, sektorspezifischen) Bedarf an (speziell qualifizierten) Arbeitskräften in Deutschland und entsprechend auszuführenden Handlungen,<sup>192</sup>
- 3) *zu Migration in die EU (und ihre Mitgliedsstaaten)*: alle Beiträge zu diesbezüglichen Handlungen bzw. Praxen auf Ebene der Staatengemeinschaft,<sup>193</sup>
- 4) *zu Migration im Kontext der EU-Erweiterung*: alle Beiträge zur Migration von Angehörigen der Beitrittsstaaten sowie zu entsprechend auszuführenden Handlungen, die mit dem bevorstehenden Ereignis in Verbindung stehen (z. B. Freizügigkeitseinschränkungen),<sup>194</sup>
- 5) *zu Migration an der deutschen Ostgrenze*: alle Beiträge zur Situation an der Grenze und im Grenzraum betreffend (vor allem irreguläre) Migration und (damit bzw. mit der Grenzlage verbundene) Kriminalität.<sup>195</sup>

Für diese fünf Teildiskursstränge wurden alle Beiträge (Artikel, ikonografische, bildhafte Stilmittel etc.) im Zeitraum 23. November 2001 bis 20. Dezember 2002 aus der *MOZ*, *LR* und *SZ*, summa summarum 2876 Untersuchungsgegenstände, im Analysekorpus materiell erfasst und

---

Migration sowie die demgemäß notwendig auszuführenden Handlungen (zu treffenden politischen Entscheidungen, zu schaffenden Rechtsnormen). In den Analysekorpus einbezogen wurden alle Beiträge, in denen (mehr oder minder direkt) auf die geplante Verabschiedung des Gesetzesvorhabens Bezug genommen wird sowie auch allgemein Äußerungen zur (bisherigen, künftigen) Regelung von Migration nach Deutschland repräsentiert sind. Berücksichtigt wurden für die *MOZ* 241, die *LR* 236 und die *SZ* 198, insgesamt also 675 Analysegegenstände. Chronologisch strukturiert wird der Teildiskursstrang im Untersuchungszeitraum vor allem durch die Abstimmung über den Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung im Bundestag am 1. März 2002 und im Bundesrat am 22. März 2002, die Unterzeichnung des Gesetzes durch Bundespräsident Rau am 2. Juni 2002, die Einreichung einer Klage von unionsgeführten Bundesländern beim Bundesverfassungsgericht betreffend die Abstimmung im Bundesrat am 15. Juli 2002 sowie dessen Urteil zum Zustandekommen des Gesetzes am 18. Dezember 2002.

<sup>192</sup> Erfasst wurden alle Beiträge zu festgestelltem, angemahntem, befürchtetem etc. Bedarf an Arbeitskräften sowie Forderungen, Initiativen, Vorhaben etc. zur Anwerbung von Arbeitsmigranten (mittels z. B. temporär befristeten, tätigkeitsspezifisch begrenzten Ausnahmeregeln). Im Untersuchungszeitraum sind vor allem zwei Unter-Themen relevant. Die Initiative der rot-grünen Bundesregierung zur Einführung einer Ausnahmeverordnung für Pflege(hilfs)kräfte aus Osteuropa sowie – speziell auch für die ostbrandenburgischen und -sächsischen Randregionen in Reaktion auf Schrumpfungprozesse angemahnter – Bedarf an vor allem Medizinnern (aus Osteuropa) zur Gewährleistung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Berücksichtigt wurden für die *MOZ* neun, die *LR* 17 und die *SZ* 18, insgesamt also 44 Analysegegenstände.

<sup>193</sup> Der Analysefokus wird damit räumlich geweitet und die auf Deutschland bezogenen Erkenntnisse in einem europäischen Rahmen betrachtet. In der Berichterstattung im Untersuchungszeitraum lassen sich drei thematische Fäden unterscheiden, die gemeinsam den Analysekorpus dieses Teildiskursstranges konstituieren. Erstens die Berichterstattung zum EU-Gipfel in Sevilla am 22./23. Juni 2002, für den die spanische Präsidentschaft die Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik der Staatengemeinschaft und speziell Handlungen zur Verhinderung irregulärer Migration zur Priorität erklärt hatte, sowie zum Gipfeltreffen im belgischen Laeken am 14./15. Dezember 2001, wo die gemeinsame Migrations-/Einwanderungspolitik ebenfalls einen Teil der Verhandlungsagenda repräsentierte. Zweitens die Berichterstattung zur diesbezüglichen Politik der EU jenseits der beiden genannten Zusammenkünfte. Drittens, allein ergänzend zur vergleichenden Kontextualisierung und Einbettung der für Deutschland gewonnenen Analyseergebnisse und entsprechend nur überblicksartig und nicht detailliert analysiert, die Berichterstattung zum Thema *Migration* in einzelnen EU-Staaten; im Untersuchungszeitraum diesbezüglich von besonderer Bedeutung sind vor allem die Situation im Rote-Kreuz-Zentrum im französischen Sangatte nahe dem Ärmelkanal, in Küstenregionen angelandete oder auf See festgestellte Schiffe mit Migranten sowie Rechtsnormen betreffend Migration in einzelnen EU-Staaten. Einbezogen wurden für die *MOZ* 60, die *LR* 53 und die *SZ* 92, insgesamt also 205 Analysegegenstände.

<sup>194</sup> Dieser Teildiskursstrang nimmt speziell die EU-Erweiterung und die damit (mutmaßlich) verbundenen (prognostizierten, erhofften, befürchteten etc.) Folgen bezogen auf Migration aus den Beitrittsstaaten (vor allem in die bisherigen Mitgliedsstaaten) in den Blick. Er repräsentiert Anteile des Diskurses zu Migration auf europäischer, gesamtdeutscher und auf Ebene der Grenzregion. Den Analysekorpus zeichnen vor allem zwei Unterthemen aus. Erstens seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten getroffene Regelungen betreffend die (Einschränkung der) Freizügigkeit für Angehörige der Beitrittsstaaten. Zweitens Prognosen und Einstellungen, Stimmungen etc. der Bevölkerung betreffend damit verbundene Migration(-potenziale). Berücksichtigt wurden für die *MOZ* 109, die *LR* 58 und die *SZ* 34, insgesamt also 201 Analysegegenstände.

<sup>195</sup> In den Analysekorpus für diesen Teildiskursstrang wurden alle Diskursfragmente aufgenommen, die sich auf die Grenze und die Grenzregion betreffend die Kontrolle und Überwachung von (irregulärer) Migration und damit verbundener bzw. auch allgemein durch die Grenze bedingter oder intendierter Kriminalität sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Formierungsprozesse beziehen, also vor allem irreguläre Migration und diesbezüglich assistierende Handlungen, Schmuggel und Verbringungskriminalität sowie die (reaktiven, präventiven etc.) Handlungen (Strategien, Konzepte etc.) zur Kontrolle und Überwachung der Grenze und des Grenzraums durch die Sicherheitsbehörden beiderseits der Grenze. Erfasst wurden für die *MOZ* 635, die *LR* 473 und die *SZ* 643, insgesamt also 1751 Analysegegenstände.

chronologisch archiviert, und anschließend einer Strukturanalyse zugeführt.<sup>196</sup> Aufgrund der zur Generierung des Analysekorpus notwendigen Spezifizierungen des Forschungsgegenstandes bilden die fünf Teildiskursstränge zwar selbstredend nicht *den* Printmediendiskurs zum *Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen* in der gesamten, also entsprechend auch diskursanalytisch potenziell analysierbaren qualitativen Bandbreite mit all seinen weit verzweigten Wucherungen, Verstrickungen und feinen Verästelungen ab. Aber sie extrahieren und klammern die konstitutiven sozialen Wissensbestände des regionalen Printmediendiskurses zum *Thema Migration* eingedenk des spezifischen diskursiven Kontexts und der raum-zeitlichen Rahmungen im Untersuchungsraum aus dem komplexen diskursiven Gewimmel des gesamtgesellschaftlichen Diskurses: die normative Regelung von Migration nach Deutschland, die betreffende Politik der EU (und ihrer Mitgliedsstaaten) und die diesbezüglichen Manifestationen und Formationsprozesse in der Grenzregion mit Blick auf die EU-Erweiterung.<sup>197</sup>

## 5.2 Forschungsleitende Fragestellungen

Anknüpfend an die bereits grob konturierten Erkenntnisinteressen der Printmediendiskursanalyse lassen sich die forschungsleitenden Fragenkomplexe bezogen auf die generierte Materialbasis der fünf Teildiskursstränge wie folgt skizzieren:

- Welche Gestalt und Struktur weist der Diskursstrang auf, welche Diskursebenen, Sprecher(gruppen) und Akteure sind (wie) repräsentiert, und wer verfügt entsprechend über welche *Macht-Wirkung* im bzw. über den Diskurs?<sup>198</sup>
- Wie lässt sich die diskursive Formation beschreiben, was ist *das aktuell gültige Wissen*, was gilt als *Wahrheit* oder *Normalität*, bzw. was wird als solche diskursiv erzeugt, welches

<sup>196</sup> Entsprechend der entfalteten diskurstheoretischen Grundlagen werden die erfassten Texte und ikonografischen Stilmittel als gesellschaftliche Produkte in ihrem speziellen sozialen Kontext, als Fragmente eines überindividuellen Diskurses, begriffen. Der Umfang der einzelnen Analysegegenstände variiert zwischen Kurzmeldungen und ganzseitigen Reportagen (es handelt sich um Berichte, Leitartikel, Interviews, Kommentare, Glossen etc.; zu unterschiedlichen Textsorten vgl. z. B. Jäger 1999: 175 ff.).

<sup>197</sup> Die bei der Grobsichtung zwar auch materiell erfassten, mit dem *Thema Migration* ebenfalls in Verbindung zu betrachten, allerdings im Rahmen der Strukturanalysen letztlich doch ausgesparten Ober- (und die jeweils darin versammelten Unter- etc.) Themen erschienen aus folgenden Gründen entbehrlich. Die Berichterstattung zum Ober-Thema „Lebenslagen von Migranten in Deutschland“ zeigte sich, analog derer zu einigen Unter-Themen des Ober-Themas „Rechtliche Regelungen betreffend Migration nach Deutschland“ (z. B. „Staatsangehörigkeitsrecht“; „Einbürgerungen“; „Rückübernahmeabkommen“), als eine ausgefrante, wenig strukturierte Ansammlung unterschiedlichster Äußerungen und Verlautbarungen zum *Thema Migration*, deren für das Forschungsansinnen relevante qualitative Aspekte, so das Resultat einer ersten Grobanalyse des erfassten Materials, allesamt auch in den anderen, in den Strukturanalysen berücksichtigten Ober-Themen repräsentiert waren. Bei den Themen „11.09.01 und Deutschland“, „Rechtsextremismus, Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit“ sowie „Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit“ war es kaum möglich, plausible Ein- und Ausschlussgrenzen zu definieren, mit denen einerseits jeweils relevante qualitative Anteile der Berichterstattung in die Strukturanalysen einbezogen werden konnten, andererseits hingegen andere ausgeschlossen, ohne den Analysekorpus maßlos zu überfrachten. Ein Verzicht auf die Themen erschien aber auch deshalb plausibel, als sie auch nicht unmittelbar den Kern des Diskurses zum *Thema Migration* zu repräsentieren schienen, zumal eine Grobanalyse des (sehr umfangreichen) Materials auch keine qualitativen Aspekte zutage förderte, die nicht auch in anderen, in den Strukturanalysen berücksichtigten Ober-Themen vertreten waren. Beim Thema „Migration und Kriminalität bzw. Innere Sicherheit in Deutschland“ war die Situation ähnlich: Eine vollständige Berücksichtigung aller Diskursfragmente hätte den Analysekorpus maßlos überfrachtet. Einige Unter-Themen (unter anderem „Schmuggel“; „Verbringung von Diebesgut“; „Organisierte Kriminalität“) waren aber auch in der Berichterstattung zum Ober-Thema „Migration an der deutschen Ostgrenze“ reichlich repräsentiert. Eine zusätzliche Analyse hätte, so bestätigte auch eine Grobanalyse, keine weiteren qualitativ erheblichen Aspekte zutage gefördert.

<sup>198</sup> Aus welchem Pool von Quellen und Anlässen wird der Diskurs gespeist, wer spricht, wer kommt (wie oft, zu welchem Anlass) zu Wort? Wer sind die autoritativen, marginalisierten etc. Sprecher(gruppen), wer die diskursiven Wortführer, Leitfiguren, Machthaber etc.? Welche Regelmäßigkeiten lassen sich identifizieren, in denen sich der Diskursstrang reproduziert? Wie ist er beschaffen, wie ist es um die Konsistenz bestellt (z. B. Homogenität, Konformität)? etc.

*Set von gesellschaftlich (in-)formierenden Aussagen* ist konstitutiv, welche Handlungen werden als notwendig dargestellt, und wie werden sie legitimiert bzw. begründet?<sup>199</sup>

- Welche Bedeutung wird der Grenzregion betreffend Migration zugewiesen und wie sind die Themen Migration und EU-Erweiterung diskursiv verbunden?
- Sind *Deutungskämpfe* und ein *Gegendiskurs*, bzw. entsprechende Momente und Elemente, zum hegemonialen Diskurs repräsentiert, und wenn ja, wie bzw. welche?<sup>200</sup>
- Welche *ikonografischen Mittel* werden verwendet und welche (quantitative und qualitative) Bedeutung kommt ihnen zu?<sup>201</sup>
- Wie sind das *Innen* (z. B. Deutschland, die EU) und das *Außen* (z. B. Herkunft- und Transitstaaten von Migranten) und deren Repräsentanten sowie das auf das Innen von außen einwirkende diskursiv kodiert und (kollektivsymbolisch) repräsentiert?<sup>202</sup>
- Welchen Beitrag leistet der analysierte Mediendiskurs für die Akzeptanz und/oder eine (kritische) Reflexion des aktuell gültigen Wissens zum *Thema Migration*, welche (journalistischen) Mittel werden zur Verknüpfung und Verkittung von Wissensbeständen eingesetzt und welche Funktion erfüllen speziell redaktionelle Kommentare?<sup>203</sup>

### 5.3 Der Gang der Analyse

Um den Diskurs zum *Thema Migration* in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen qualitativ vollständig zu erfassen und

<sup>199</sup> Wie zeigt sich die Bandbreite des Gesagten bzw. Sagbaren und somit auch des (aktuell) nicht Sagbaren? Welche Strategien werden zur Ausweitung oder Einengung angewandt? Wie wird Akzeptanz für das aktuell gültige Wissen erzeugt, bzw. zu erzeugen gesucht? Welche Argumente werden (z. B. für oder gegen Zuwanderung) ins Feld geführt, welche Entscheidungen (warum) als notwendig dargestellt, welche (angeblich realpolitisch alternativlosen) Handlungsvorgaben (z. B. politische Entscheidungen) liefert der Diskurs? Welche Applikationsvorgaben oder auch Affirmationsvorlagen, mit denen sich Subjekte identifizieren können, werden als positive (oder negative) Vorbilder für die Subjektbildung und die Gestaltung gesellschaftlicher Wirklichkeit geliefert? etc. Als diskursive Formation werden die Prinzipien bezeichnet, „welche die Aussagen verteilen und diese zu Diskursen bündeln“ (Jäger/Zimmermann 2010: 30). Aussagen sind „homogene Inhalte“, sie „sind also nicht als ‚Sätze‘ zu verstehen, sondern als der inhaltlich gemeinsame Nenner, der aus Sätzen und Texten gezogenen werden kann“ (Jäger/Jäger 2007: 25 f.; vgl. auch Jäger/Zimmermann 2010: 16). Sie geben „die elementaren Einheiten des Diskurses“ wieder und fungieren als „Komplex möglicher Positionen für ein Subjekt“ (a. a. O.: 30; vgl. auch Foucault 1973: 156 ff.). Äußerungen sind hingegen „eine Menge von Zeichen, die sich nicht wiederholt“, sie „sind somit ereignisgebunden, sind selbst Ereignisse“, „festgelegt und datiert“, sie werden „zur Aussage unter der Bedingung, daß sie zu ‚etwas anderem‘ (was ihr selbstsamerweise ähnlich und quasi identisch (...) sein kann) eine spezifische Beziehung [haben], die sie selbst betrifft“ (Jäger/Zimmermann 2010: 30; vgl. auch Foucault 1973: 129 ff.). „Die Beziehung zwischen Aussagen und Äußerungen ist wechselseitig. Während Aussagen auf ein Wissen verweisen, welches bestimmte Äußerungen ermöglicht und andere zurückweist, lassen sich Äußerungen zu Aussagen verdichten. [...] Sagbarkeitsfelder begrenzen die Anzahl möglicher Aussagen, es existiert nur eine begrenzte Zahl impliziter Bedeutungen. Zudem regeln diskursive Formationen die Produktion und die Möglichkeiten der Verkettung von Aussagen, deren Regelmäßigkeit, denn Aussagen sind immer verbunden mit anderen Aussagen, sie existieren ‚als ein Element in einem Feld der Koexistenz‘“ (Jäger/Zimmermann 2010: 30 f.; vgl. auch Foucault 1973: 158).

<sup>200</sup> Inwieweit wird die gesellschaftliche Wirklichkeit unterschiedlich gedeutet und inwieweit wird um die Macht der richtigen Deutung gestritten? Gibt es Widerspruch zu den als allgemein gültig, aktuell richtig dargestellten Aussagen? etc.

<sup>201</sup> Welchen Zweck verfolgen sie? Welche Personen, Phänomene etc. werden wie dargestellt? etc. Obwohl vor allem Fotos, aber auch andere Bilder wie z. B. Info-Grafiken, in besonderer Weise dazu geeignet scheinen, den Eindruck von Authentizität zu vermitteln, sind ikonografische Mittel des Journalismus eher dazu geeignet, Wirklichkeit zu deuten, als sie authentisch zu beschreiben; vielfach erscheinen sie als Bilder, die (unmittelbar) zum Handeln auffordern (Kirchner et al. 2002: 29 ff.).

<sup>202</sup> Wie werden Personen (z. B. Flüchtlinge, Polizeibeamte) und Handlungen (z. B. irreguläre Einwanderung oder deren Verhinderung) dargestellt und kodiert? Welche Folgen werden mit Migration in Verbindung gebracht? Welchen Bildspendebereichen entstammen verwendete Kollektivsymbole, was assoziieren sie, welche Funktion haben sie, welche Applikationsvorgaben liefern sie (z. B. auszuführende Handlungen), welche subjektstituierende Wirksamkeit wohnt ihnen inne? etc.

<sup>203</sup> Wie wird (Text-)Kohärenz hergestellt? Welche Mittel fungieren als Kitt für die Diskursgemeinschaft der Rezipienten? etc. Redaktionelle Kommentare meint hier vor allem die Interpretation, Erklärung und Erläuterung von Tagesereignissen, Zeitströmungen und politischen Entwicklungen; in der Regel problematisieren sie, machen das Strittige zur eigenen Position kenntlich und legen den eigenen Standpunkt sowie z. B. auch eigene Forderungen dar (vgl. Jäger et al. 1998: 31).



mittels einer breiten empirischen Basis möglichst dicht zu beschreiben, wurde, gerade eingedenk des explorativen Forschungsinteresses angesichts fehlender Referenzstudien, ein relativ ausgedehnter Analysezeitraum von rund 13 Monaten festgelegt. Aufgrund der drei herangezogenen Medien sowie der fünf ausgewählten Teildiskursstränge lagen somit 15 Analysekorpora vor, in denen, streng getrennt nach Medium und Teildiskursstrang, alle Beiträge (Artikel, Kommentare, ikonografische Stilmittel etc.), materiell erfasst, chronologisch verdatet und systematisch archiviert wurden, in denen zentral über die ausgewählten (Unter- etc.) Themen berichtet wurde, aber auch diejenigen, in denen sie nur knapp Erwähnung fanden.

In insgesamt 15 getrennt angelegten Datenbanken wurden alle Analysegegenstände mit verschiedenen formalen Indizes und vermittelt einer Voranalyse mit zahlreichen weiteren Charakteristika betreffend folgende Kategorien erfasst: 1) *institutioneller Rahmen*,<sup>204</sup> 2) *Text-„Oberfläche“*,<sup>205</sup> 3) *sprachlich-rhetorische Mittel*,<sup>206</sup> 4) *inhaltlich-ideologische Aussagen*.<sup>207</sup> Außerdem wurden für alle Artikel knappe Inhaltsangaben bzw. Paraphrasen und Zusammenfassungen erstellt (vgl. Jäger 1999: 171 ff.; 2001: 102 ff.; hier auch detailliert zum (idealtypischen) Analyseverfahren der Kritischen Diskursanalyse).

Basierend auf der vollständigen materiellen Erfassung aller Diskursfragmente und den (ersten interpretativen) Erkenntnissen der zugleich absolvierten Voranalysen wurden für die fünf Teildiskursstränge, gemäß den 15 Analysekorpora verfahrenstechnisch getrennt voneinander, insgesamt 15 Strukturanalysen durchgeführt, die die qualitative Beschaffenheit und Bandbreite der jeweiligen Berichterstattung (dicht) beschreiben.<sup>208</sup> Daran anschließend wurden für jeden der fünf Teildiskursstränge die Ergebnisse der Strukturanalysen von *MOZ*, *LR* und *SZ* in einer synoptischen, vergleichend zusammenfassenden Analyse integriert, womit die jeweils vorherrschenden Repräsentationsformen des *Themas Migration* in den untersuchten Medien dargestellt werden, sowie die jeweiligen formalen, inhaltlichen und ideologischen Schwerpunkte, die Regelmäßigkeiten, die Sagbarkeitsfelder, die autoritativen Diskurspositionen, die gesellschaftlich

<sup>204</sup> Unter anderem Name der Zeitung; Erscheinungsdatum des Artikels; Seite; Platzierung; Rubrik (Politik, Wirtschaft, Lokales etc.); Textsorte (Kurzmeldung, Reportage, Kommentar, Glosse, Polizeibericht, Interview, Foto, Karikatur etc.); Autor; angegebene Quellen; gegebenenfalls Ereignisse/Anlässe zu denen der Artikel in Beziehung steht.

<sup>205</sup> Unter anderem grafische Gestaltung (Titel, Überschriften, Zwischenüberschriften, Hervorhebungen, Bebilderung, inklusive Quellen und gegebenenfalls Betitelung und Begleittext, etc.); Sinneinheiten; angesprochene (Unter- etc.) Themen; gegebenenfalls Motto/Serientitel unter dem der Artikel erschien.

<sup>206</sup> Unter anderem zu Wort kommende Akteure mit Charakterisierungen; Kollektivsymbolik bzw. Bildlichkeit mit Spendebe-reichen und Bedeutungsfeldern (z. B. Natur, Militär, Gesundheit, Körper); Substantive und Verben mit besonderen Bedeutungen oder Fährenfunktion; Pronomen für insbesondere substantivisch gefasste, stereotype Akteure und entsprechende Binäroptionen und Bipolaritäten (z. B. Homogenisierungen wie *wir* etc.); Argumentationsstrategien; argumentative Ziele; Verbindungen und Verschränkungen zwischen (Unter- etc.) Themen; Referenzbezüge; Besonderheiten wie z. B. narrative Strukturen oder Täuschungen durch falsche Zitate oder Quellen.

<sup>207</sup> Unter anderem vorausgesetzte und vermittelte Werte und Normen; Normalitätsvorstellungen; Gesellschaftsverständnis; Menschenbild; Zukunftsvorstellung; Botschaften und grundsätzliche Aussagen des Artikels; Wertungen und Positionierungen (z. B. pro/contra Zuwanderung); Aufforderungen zum Handeln (z. B. eine rechtliche Regelung von Zuwanderung; Verhinderung oder Zulassung von Zuwanderung aufgrund realpolitischer Notwendigkeit).

<sup>208</sup> Im Rahmen der Strukturanalysen wurden alle Diskursfragmente, soweit nach der bereits absolvierten Voranalyse für nötig befunden, nochmals einer intensiven Analyse analog der gelisteten Analyseinstrumente unterzogen. Auf die Bestimmung für die fünf Teildiskursstränge jeweils möglichst typischer bzw. repräsentativer Artikel für umfassende, auch die ganz filigranen Formen und Inhalte der Berichterstattung zum *Thema Migration* detailliert herausarbeitenden Feinanalysen wurde verzichtet. Zum einen wären gemäß des Untersuchungsdesigns mindestens 15, besser 30 oder gar 45 Feinanalysen nötig gewesen, was nicht nur aus forschungspragmatischen Gründen kaum zu leisten gewesen wäre, sondern auch den Rahmen der Darstellbarkeit der Ergebnisse in dieser Arbeit überstrapaziert hätte. Zum anderen offenbarten die Ergebnisse der Strukturanalysen der fünf Teildiskursstränge, im Zuge derer auch sehr zahlreiche Werkzeuge zur feinanalytischen Bearbeitung von Diskursfragmenten zum Einsatz kamen, dass eine noch detailliertere und intensivere Betrachtung und Bearbeitung der Materialbasis aufgrund der speziellen, vorwiegend (auch nur) explorativen Forschungsinteressen betreffend die Konstitution des Diskursstranges, gerade im Verhältnis zum Zeitaufwand, nicht unverzichtbar schien. Es wurde also auf einige nur durch sehr zeitintensive feinanalytische Methoden zu gewinnende Ergebnisse zugunsten von Strukturanalysen über einen relativ ausgedehnten Zeitraum mit einem breit angelegten Themenspektrum bezogen auf Deutschland, die EU und die Grenzregion verzichtet.

(in-)formierenden Aussagen im Sinne von Botschaften und homogenen Inhalten der repräsentierten Äußerungen, die Applikationsvorgaben, die als Normalität/Wahrheit (re-)produzierten hegemonialen Wissensbestände als Grundlage für individuelles und kollektives Handeln und die Subjektbildung, die konstitutiven Kollektivsymbole etc. Abschließend wurden auf dieser Basis die Ergebnisse sämtlicher Teilanalysen zusammengeführt, wobei alle erzielten (wesentlichen) Ergebnisse aufeinander bezogen im Zusammenhang betrachtet, reflektiert und schließlich systematisch als interpretative Gesamtdarstellung zusammengefasst verschriftlicht wurden.

#### **5.4 Strukturanalysen der Märkischen Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote), Lausitzer Rundschau (Ausgabe Guben) und Sächsischen Zeitung (Görlitzer Zeitung)**

Die Darstellung der Analyseergebnisse erfolgt in sechs Teilabschnitten: zunächst werden die fünf Teildiskursstränge beschrieben, abschließend folgt eine Gesamtzusammenfassung.<sup>209</sup>

##### **5.4.1 Die Berichterstattung zum Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung**

Vor allem der Vorschlag zur Einführung einer Greencard für ausländische Facharbeitskräfte durch Bundeskanzler Schröder im Jahre 2000 markierte den Beginn einer bis dahin nicht bekannten Debatte um die künftige Regelung von Migration nach Deutschland. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums war der legislative Weg bereits gezeichnet: Die rot-grüne Regierungskoalition wollte ihren Gesetzentwurf verabschieden und bemühte sich in parteiübergreifenden Verhandlungen um Unterstützung für die Abstimmungen im Bundestag und Bundesrat.<sup>210</sup>

<sup>209</sup> Die ersten fünf Teilkapitel sind in sich identisch gegliedert. Als erstes werden die Berichterstattung von *MOZ*, *LR* und *SZ* getrennt voneinander beschrieben. Anschließend werden die drei Teilanalysen in einer synoptischen Zusammenschau synthetisiert. Bei der Wiedergabe der Ergebnisse werden vor allem die qualitativen Besonderheiten im Sinne des Forschungsinteresses fokussiert. Dem entgegen wird nicht versucht, alle Details der analysierten Berichterstattung vorzustellen, um (scheinbare) Vollständigkeit zu suggerieren. Belegstellen beschränken sich auf charakteristische Textpassagen, in denen die durch die Berichterstattung reproduzierten Wissensbestände exemplarisch zum Ausdruck kommen. Formulierungen in An- und Abführungszeichen geben Textstellen aus den Zeitungen originalgetreu wieder; auch Titulierungen für Personen(gruppen) und Prozesse (z. B. „Ausländer“, „Zuwanderung“, „illegale Einwanderung“) wurden vielfach übernommen. Auslassungen in Zitaten, markiert mit „[...]“, beziehen sich in aller Regel auf entbehrliche Informationen wie z. B. Orts- und Zeitangaben.

<sup>210</sup> Die Darstellung der Analyseergebnisse gliedert sich für alle drei Zeitungen grob in drei Abschnitte, im Zuge derer das qualitative Spektrum repräsentierter und im Sinne des Untersuchungsdesigns relevanter Diskurspositionen aus Reihen der unterschiedlichen Akteursgruppen, auch mit Blick auf eine eventuell zu konstatierende Homogenisierung von Sprechergruppen, exemplarisch skizziert wird. Zunächst die für die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes der rot-grünen Bundesregierung (ZWG) entscheidenden politischen Parteien auf Bundes- sowie Länderebene, also die im Bundestag vertretenen Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und PDS, die brandenburgische SPD-CDU- und die sächsische CDU-Landesregierung sowie die jeweiligen Oppositionsparteien und die übrigen Landesregierungen (andere Parteien finden keine Erwähnung; gesondert erwähnt seien die CDU-Abgeordneten Rita Süsmuth, Heiner Geißler und Christian Schwarz-Schilling, die im Bundestag entgegen des einheitlich ablehnenden Votums ihrer Fraktion stimmten). Anschließend Repräsentanten nichtparlamentarischer staatlicher, politischer oder gesellschaftlicher Institutionen und jedweder anderer gesellschaftlicher Akteursgruppen sowie Migranten selbst (dieses weit gefasste Spektrum verschiedenster Akteurs- und Sprechergruppen umfasst z. B. den Bundespräsidenten Johannes Rau, die Bundes- und Landesausländerbeauftragten in Person der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Marieluise Beck, Brandenburgs, Almut Berger, und Sachsens, Heiner Sandig, Vertreter von Wirtschafts- und Unternehmerverbänden, der Wissenschaft, der Gewerkschaften und von Religionsgemeinschaften, des Städte- und Gemeindetages oder so genannte Zuwanderungs- oder Arbeitsmarktexperten, bis hin zu Migranten und Initiativen, die im Bereich Migrations- oder Flüchtlingspolitik aktiv sind; eine Spezifizierung der faktisch berücksichtigten Akteure und Akteursgruppen erfolgt in den drei Einzeldarstellungen). Zum Abschluss Kommentare der Zeitungsredaktionen, die zur Anwendung kommenden grafischen Stilmittel, ergänzende Hintergrundinformationen in Form von z. B. faktischen Gesetzes-

### 5.4.1.1 Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)

Bestimmend sind Äußerungen aus Reihen der SPD und CDU/CSU. Vertreter anderer Parteien und weiteren Akteur(s)gruppen wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt, zumal auch inhaltliche Positionen nur spärlich Erwähnung finden. Migranten kommen nicht zu Wort.<sup>211</sup>

In den seitens der *rot-grünen Regierung*, vor allem von führenden SPD-Politikern, berücksichtigten Statements treten die Notwendigkeit einer prinzipiellen Begrenzung sowie der wirtschaftliche Nutzen von gesteuerter Zuwanderung gemäß realpolitischer Notwendigkeiten und Verantwortlichkeiten hervor. Als Referenz erscheint das wirtschaftliche Interesse Deutschlands: Nur mit gesteuerter Zulassung von Zuwanderung sei wirtschaftliche Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit möglich, spezielle Formen der Zuwanderung seien auch in der Vergangenheit dienlich gewesen und die bisherige Zulassung hochqualifizierter ausländischer Arbeitskräfte habe zusätzliche inländische Arbeitsplätze geschaffen, der deutsche Arbeitsmarkt werde durch selektive Zuwanderung also nicht be-, sondern entlastet.<sup>212</sup> Der vorgelegte Gesetzentwurf sei eine „sorgfältige Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und den humanitären Anforderungen“ (G. Schröder, 2./3.03.02), das zur Abstimmung gestellte Gesetz „gut“ (O. Schily, 19.12.02), „das bestmögliche“ (F. Müntefering, ebd.); „das Gesetz erlaube die ‚sinnvolle Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung‘, und sei damit beispielhaft in Europa“ (G. Schröder, 25.06.02).<sup>213</sup> Neben der auf Auswahl nützlicher Zuwanderer zielenden Steuerung und Begrenzung wird der Ablehnung neuer Asylgründe Ausdruck verliehen.<sup>214</sup> Auch (drohender) Ausschluss bei Nichteinhaltung in Deutschland geltender Rechtsnormen wird betont.<sup>215</sup>

---

inhalten sowie thematische Kontextualisierungen und Verknüpfungen mit anderen (Teil-)Themen oder (Teil-)Diskurssträngen. In allen drei Zeitungen umfangreich berücksichtigte Äußerungen sämtlicher Sprecher(gruppen), die nur die Begleiterecheinungen, also z. B. die Form, Implikationen und (potenzielle) Folgen der Debatte kommentieren oder bewerten, oder Vorwürfe betreffend die vor allem parteipolitischen Auseinandersetzungen wiedergeben, eine Regelung von Migration jedoch nicht inhaltlich tangieren, finden allenfalls, soweit für die Gesamtkontextualisierung notwendig, ergänzend Erwähnung (dies betrifft vor allem Vorwürfe der Verweigerung im Rahmen der parteiübergreifenden Kompromissuche oder der Instrumentalisierung der Einwanderungspolitik für wahltaktische Zwecke, ein aufgrund der Debattenkultur beklagter Ansehensverlust und Imageschaden der Politik/er, länderkoalitionsinterne Auseinandersetzungen betreffend das Abstimmungsverhalten im Bundesrat oder Einschätzungen der dortigen Vorkommnisse, die für das Forschungsinteresse nicht relevant sind).

<sup>211</sup> Der Analysekorpus zeigt sich insbesondere auch dahingehend auffällig, als ein erheblicher Teil nur Begleiterecheinungen, Nebengeräusche und Auswirkungen der Debatte und Abstimmungen thematisiert.

<sup>212</sup> Z. B.: „Allein mit der Green-Card-Regelung [...] seien [...] zusätzlich 25 000 Arbeitsplätze geschaffen worden, sagte Schily. Dies habe den Arbeitsmarkt nicht belastet, sondern entlastet“ (14.12.01); „Ein Land, das sich der Zuwanderung verweigere, werde wirtschaftlich zurückfallen“ (G. Schröder, 8.03.02); „Arbeitsmigration [muss] möglich sein, wenn der Arbeitsmarkt nicht Schaden nehmen soll“ (O. Schily, 19.12.02). Das Ziel genereller Begrenzung zeigt sich sehr deutlich in Entgegnungen von Vorwürfen der Union, der Regierungsentwurf zielen auf mehr Zuwanderung; z. B.: „Es gäbe keine Einwände dagegen, das Ziel der Begrenzung des Zuzugs der Ausländer nach Deutschland klarer [...] festzuschreiben“ (ders., 6.12.01).

<sup>213</sup> Die Regierung glaubt sich auch der Zustimmung von allen „gesellschaftlichen Gruppierungen“ sicher (z. B. 17.09.02); „[A]lle, die etwas von der Materie verstünden, [seien] Befürworter des Zuwanderungsgesetzes“ (G. Schröder, 25.06.02).

<sup>214</sup> Dies wird vor allem im Zuge der Verhandlungen mit bzw. des Eingehens auf Forderungen der Union und den als bereits ausgehandelter Kompromiss erscheinenden Forderungen der brandenburgischen SPD-CDU-Koalition deutlich; z. B.: „Nach Angaben von [...] Schröder (SPD) einigten sich Sozialdemokraten und Grüne darauf, vor allem bei jenen Punkten einzulernen, die Brandenburgs SPD/CDU-Regierung gefordert hatte. [...] Schröder teilte [...] mit, Rot-Grün sei zu einer Absenkung des Nachzugsalters [...] bereit. [...] Präzisierungen gibt es ferner beim Streit um die verstärkte Berücksichtigung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung. Dort soll künftig die Genfer Flüchtlingskonvention streng eingehalten werden. Es gehe dabei nicht um die Schaffung eines neuen Asylgrundes für die betroffenen Flüchtlinge, sondern um die Verbesserung ihres Status [...] Ferner soll die Präambel des Gesetzes erweitert werden. Dabei soll einerseits der humanitäre Charakter herausgestrichen, andererseits das Ziel der Begrenzung deutlicher hervorgehoben werden als bisher. Bei der Arbeitsmarktmigration werde die Orientierung am Bedarf stärker unterstrichen“ (26.02.02); „[J]etzt ist klar formuliert, dass die Verankerung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nicht über die Genfer Flüchtlingskonvention hinausgeht“ (21.03.02).

<sup>215</sup> „Kriminelle Ausländer haben ‚bei uns nichts zu suchen‘ [...] Otto Schily (SPD) will [...] an seiner restriktiven Ausländerpolitik festhalten. [...] Menschen fremder Herkunft sind uns willkommen. Aber es gibt für mich einen strikten Grundsatz, der übrigens auch Kern des neuen Zuwanderungsgesetzes ist: Wer sich nicht an unsere Verfassung und an die hier geltenden Gesetze hält, hat bei uns nichts zu suchen“ (23.08.02).

Zwar erscheint speziell für die Grünen ein humanitäres Grundanliegen bedeutend, deren berücksichtigte Äußerungen explizieren dies aber kaum.<sup>216</sup> Der Integration von Zuwanderern kommt im Grunde keine Relevanz zu.<sup>217</sup> Die auf Begrenzung und Steuerung nach wirtschaftlichem Nutzen gerichteten Vorstellungen der Regierungskoalition treten am deutlichsten im Kontext der Kompromissuche mit der Union sowie den Landesregierungen, vor allem der brandenburgischen, und den Reaktionen auf deren an eine Zustimmung geknüpften Forderungen zutage.<sup>218</sup> Dabei wird zum einen das weitere, für den deutschen Wirtschaftsstandort unnütze Zuwanderung zu unterbindende Ansinnen, zum anderen das augenscheinliche Fehlen nicht verhandelbarer Positionen deutlich.<sup>219</sup>

Die Ansichten von CDU/CSU treten sehr deutlich zutage. Der Regierungsentwurf sei „nicht zustimmungsfähig“ (P. Müller, 27.11.01), „keine Grundlage“, „nicht akzeptabel“ (E. Stoiber, 17.01.02): Er entspräche „nicht den Interessen unseres Landes“ (W. Bosbach, 2./3.03.02); „alle Einwanderungsgesetze der Welt sind [aber] Gesetze im Interesse der aufnehmenden Staaten“ (P. Müller, 27.11.01).<sup>220</sup> „Die Union“ lehne ihn „vollständig ab“, es bedürfe einer „völlig andere[n] Konzeption“ (E. Stoiber, 19.12.02), „eine wirkliche Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung“ (ders., 18.03.02).<sup>221</sup> Zuwanderung erscheint, auch mittels Bedrohungen assoziierender Metaphorik, als Belastung.<sup>222</sup> Sie müsse „insgesamt begrenzt und die Zuwanderung in

<sup>216</sup> Z. B.: „Die Grünen wollen [...] in zentralen Punkten keine Zugeständnisse [...] akzeptieren. Dazu gehören ein verbesserter Schutz vor nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung sowie das Nachzugsalter für ausländische Kinder“ (29.11.01). Die Grünen finden mit eigenen Positionen kaum Beachtung. In Textpassagen wie z. B. „Meilenstein auf dem Weg zu einer modernen Einwanderungspolitik“, „Deutschland brauche Zuwanderung wegen des Fachkräftemangels“, „Mit dem Gesetz werde ‚erstmal der Anspruch auf Integration‘ geschaffen“ (K. Müller, 14.12.01), „Vom Papier der Süsmuth-Kommission seien nur noch ‚homöopathische Dosen‘ übrig geblieben. Für weitergehende Änderungen sehe er [C. Özdemir; M. M.] keinen Spielraum. [...] Auch [...] Kerstin Müller lehnte [...] einen ‚Konsens um jeden Preis‘ ab. Alleinige Meßlatte sei die Frage, was für ihre Fraktion noch verantwortlich ist“ (19./20.01.02) oder „ein Zuwanderungsgesetz ohne Zuwanderer sei mit ihrer Partei nicht zu machen“ (C. Roth, 11.02.02) bleiben zugrunde liegende Überzeugungen unklar. Zwar kritisierten sie z. B. auch die Verhandlungen der SPD mit der Union, und speziell eine einen Kompromiss verhindernde Blockadehaltung von CDU/CSU, eigene Positionen bleiben aber offen (z. B. 20.02.02; 18.03.02).

<sup>217</sup> Nur zweimal findet Integration nicht hinsichtlich der Kostenverteilungsfrage Erwähnung. Zum einen die Äußerung der Grünen-Fraktionschefin Müller, es „werde ‚erstmal der Anspruch auf Integration‘ geschaffen“ (14.12.01). Zum anderen wachse in der Koalition „die Kritik an der Äußerung von [...] Schily (SPD), die Integration von Ausländern geschehe am besten durch ‚Assimilierung‘“: „Nach [...] Müntefering ging [...] auch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung [...] auf Distanz zu dem Minister“ (29./30.06.02). Was die Regierungsparteien aber unter Integration genau fassen, bleibt unklar.

<sup>218</sup> Verwiesen sei auf die bereits zitierten Äußerungen betreffend die Absenkung des Kindernachzugsalters, Streichung des humanitären Charakters, deutlichere Betonung der Begrenzung sowie Orientierung am Arbeitsmarktbedarf; im Weiteren z. B. auch: „Die rot-grüne Koalition will das bislang von CDU und CSU abgelehnte Zuwanderungsgesetz so ändern, dass es auch die Zustimmung der Union finden kann“ (23./24.02.02); „Die Regierung war den Forderungen der Union, speziell Brandenburgs, weit entgegen gekommen. Das Alter für ein Nachzugsrecht der Kinder von Einwanderern wurde auf zwölf Jahre herabgesetzt (der grüne Koalitionspartner wollte eigentlich 18 Jahre) und im Gesetzestext wurde deutlich gemacht, dass es nicht nur um Steuerung, sondern auch um Begrenzung von Zuwanderung geht“ (21.03.02).

<sup>219</sup> Die Berichterstattung legt zudem den Eindruck nahe, dass nicht den Inhalten des Gesetzes, sondern finanziellen Gegenleistungen, mit denen die Zustimmung der Länder erwirkt werden könne, besondere Bedeutung zukomme; z. B.: „Wenn es inhaltlich keine Bewegung mehr gibt, muss man sich die Zustimmung erkaufen: Im Rahmen der angestrebten neuen Zuwanderungsregeln gibt es noch Spielraum, die Länder zu entlasten. Dies betrifft vor allem die Integrationskosten“ (21.03.02); „Mit gezielten Finanzaussagen will [...] Schröder (SPD) offenbar die Zustimmung Brandenburgs erreichen“ (22.03.02).

<sup>220</sup> Dabei wird auf Rückhalt in der Bevölkerung verwiesen: „Die Union weiß die Mehrheit der Bürger auf ihrer Seite, die mehr Zuwanderung fürchten“ (2./3.03.02); darauf basierend wolle die Union, falls die Regierung ihre Forderungen nicht akzeptiere, die „Themen Zuwanderung und Ausländerpolitik“ (16.09.02) auch zu einem Wahlkampfthema machen.

<sup>221</sup> Der Regierungsentwurf, so der Vorwurf, weite Zuwanderung (weiter) aus, statt sie „wirklich“ zu begrenzen; z. B.: „Stoiber [...] kritisierte das Gesetz scharf. Es begrenze die Zuwanderung nicht, sondern öffne das Land dafür“ (25.06.02); „[Beckstein] betonte, die Zuwanderung müsse ‚wirklich begrenzt‘ werden“ (27.08.02); „Union wirft Rot-Grün Ausweitung des Ausländerzuzugs vor [...] ihr Gesetz steuere und begrenze die Zuwanderung nicht, sondern weite sie aus“ (17.09.02).

<sup>222</sup> Z. B.: „Entscheidend sei, dass der ‚Zuwanderungsdruck gemindert‘ werde [W. Bosbach; M. M.] [...] Marschewski warf Schily vor, es werde weder der Familiennachzug noch das Nachströmen von Bürgerkriegsflüchtlingen gebremst“ (14.12.01); „Die meisten CDU/CSU-Politiker sind der Überzeugung, dass das vorgeschlagene Gesetz zu mehr Zuwanderung und einer Belastung der Sozialsysteme führt. [...] Bosbach hält dem Minister dessen frühere Aussagen zu den Grenzen der Belastbarkeit und gegen die Ausweitung des Flüchtlingsschutzes auf nichtstaatliche Verfolgung vor“ (2./3.03.02); „Die humanitäre Zuwanderung müsse [...] auf den Anwendungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention beschränkt bleiben“ (P. Müller,

den Arbeitsmarkt vom nationalen Arbeitsmarktbedürfnis in Deutschland abhängig gemacht werden“ (P. Müller, 16.12.02), deren „Umfang“ müsse „die Probleme des Arbeitsmarktes berücksichtigen“: „Bei über vier Millionen arbeitslos gemeldeten Menschen dürfe Zuwanderung nur im Ausnahmefall möglich sein“ (G. Beckstein, 17.09.02). Die Argumentation, angesichts „vier Millionen deutsche[r] Arbeitslose[r]“ „gebe [es] keinen Bedarf an Arbeitskräften von draußen“ (L. Meyer, 21.06.02), perpetuiert den Gegensatz zwischen Deutschen und Ausländern. Vorwürfe, die Regierung ziele auf „einen Wechsel zu einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft“ (F. Merz, 2./3.03.02), bzw. darauf, „Deutschland in ein multikulturelles Einwanderungsland zu verwandeln“ (M. Glos, 29./30.06.02), „[d]ieses Zuwanderungsgesetz hätte die Identität Deutschlands verändert“ (E. Stoiber, 19.12.02), kontextualisieren Zuwanderer als Bedrohung deutscher Identität und assoziieren Überfremdungsängste.<sup>223</sup> Dem Regierungsentwurf zugeschriebene Defizite auch hinsichtlich der nachholenden Integration bereits Zugewanderter verbinden Integration mit (generellen) Problemen.<sup>224</sup>

Die *gegen ihre Fraktion stimmenden Unionsabgeordneten* finden neben der Erwähnung des abweichenden Votums in nur wenigen Sätzen Berücksichtigung. Zum einen wird eine gebotene Notwendigkeit der Verabschiedung eines Gesetzes zwecks begrenzter Zulassung von Zuwanderung zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zum anderen eine mit Warnungen verbundene Ablehnung eines Wahlkampfes mit dem Thema Zuwanderung und einer dadurch drohenden „Radikalisierung der Gesellschaft“ zum Ausdruck gebracht.<sup>225</sup>

Auch Positionen der *FDP* finden selten, zumeist in wenigen, teils einzelnen Sätzen, Beachtung. Neben Bekanntgabe ihrer Enthaltung im Innenausschuss und Bundestag trotz wohlwollender Haltung gegenüber den „Zielen des Gesetzes“ (2./3.03.02), für Max Stadler, verbunden mit dem Vorwurf an die Union, „sich der Einsicht zu verweigern, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland sei“, eine „geeignete Diskussionsgrundlage“ (14.12.01), finden wiederholt ein Bemühen um ein Vermittlungsverfahren sowie Spekulationen um das Abstimmungsverhalten von ihr mitregierter Länder Erwähnung; inhaltliche Positionen gehen damit aber nicht einher. Eine Forderung Rainer Brüderles, „eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten, eine klare Regelung, inwieweit die Zuwanderer einen Eigenbetrag leisten sollten sowie eine Verschärfung der Sanktionen für diejenigen, die sich nicht integrieren wollten“ (19.03.02), kontextualisiert Zuwanderung als Kostenfaktor und Integrationsproblem.<sup>226</sup>

16.12.02). Die Absicht, „im Falle eines Wahlsieges“ prüfen zu wollen, „ob die Sozialhilfe für Ausländer, die nur befristet in Deutschland leben, abgesenkt werden könne“ (G. Beckstein, 16.09.02), kontextualisiert Ausländer als Kostenfaktor.

<sup>223</sup> Die Äußerung, „Zuwanderung sei ‚nicht ein rechtes, sondern ein soziales Thema‘“ (A. Merkel, 16.09.02), lässt deren Begrenzung in diesem Kontext als notwendig zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens erscheinen.

<sup>224</sup> Z. B.: „Wir haben keinen Mangel an Zuwanderung, wir haben einen erkennbaren Mangel an Integration“ (W. Bosbach, 14.12.01); „Beckstein hält es für notwendig, die Frage der besseren Integration auch für die bereits hier lebenden Ausländer zu regeln“ (16.12.02). Die Ankündigung, „auf keinen Fall Kürzungen bei den Integrationskursen für Spätaussiedler und ihre Familien [zu] akzeptieren“ (G. Beckstein, 16.12.02), deutet auf eine zu bevorzugende Integration Deutschstämmiger.

<sup>225</sup> So sei Süßmuth überzeugt, dass „wir eine Zuwanderungsregelung brauchen“ (2./3.03.02), das ZWG „notwendig“ (16.01.02), „längst überfällig“ sei, „dringend gebraucht“ werde (27.03.02). Die Forderung Stoibers, Zuwanderung deutlich zu begrenzen, habe sie kritisiert, da „eine Verengung der Diskussion auf Begrenzung“ „ein folgenreicher Fehler [wäre], für den wir alle einen hohen Preis zahlen müssten“ (16.01.02), zumal der Regierungsentwurf bereits ein „Begrenzungsgesetz“ sei, „das eine sehr begrenzte Zuwanderung zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen regelt“ (27.03.02). Geißler habe seine Partei vor einem Wahlkampf gewarnt und gegebenenfalls „deutlichen Widerstand aus den eigenen Reihen“ angekündigt, da es „genügend Leute“ gäbe, „die nicht bereit sind, einer Radikalisierung der Gesellschaft den Boden zu bereiten und aus Angst vor rechtsradikalen Parolen die Seele ihrer Partei zu verkaufen“ – da die Unterschiede zwischen Unions- und Regierungskonzept der Öffentlichkeit ohnehin kaum verständlich gemacht werden könnten, „müsste das Thema, damit es etwas taugt, radikalisiert werden – für oder gegen die Türken, für oder gegen Einwanderer, für oder gegen Ausländer“. Dies wäre eine ‚moralische Katastrophe‘ für Deutschland“ (ebd.).

<sup>226</sup> Die defizitäre Berücksichtigung inhaltlicher Positionen bedingt auch den Verbleib sich auf den ersten Blick gegenüberstehender Haltungen, ohne dass die Unterschiede expliziert würden. So wolle der Parteivorsitzende Westerwelle im Falle einer

Die PDS findet als Gesprächspartner bei der Konsenssuche quasi nur formal Erwähnung. Eigene Inhalte werden nicht offenbar. Ihr ablehnendes Votum im Innenausschuss und Bundestag wird mit Verweis auf „zu viele Zugeständnisse an die Union“ (28.02.02) und „das Gesetz bringe keine ausreichende Besserstellung der Flüchtlinge mit sich“ (2./3.03.02) begründet.<sup>227</sup>

Die einmal (18.12.01) berücksichtigten *Länderinnenminister* forderten vor allem eine deutliche Zuwanderungsbegrenzung und kritisierten das Regierungsvorhaben in Belastungen und Gefahren assoziierender Weise vor allem dahingehend „scharf“, als dieses nicht auf „Begrenzung“, sondern auf „massive Ausweitung der Zuwanderung“ ziele und eine „hohe Missbrauchsgefahr“ in sich berge. „Die Begrenzung des Zuzugs von Arbeitskräften“ müsse festgeschrieben werden, Einwanderung dürfe nur dann erfolgen, so werde ein Inländerprimat gefordert, „wenn auf dem heimischem Arbeitsmarkt geeignete Bewerber nicht vorhanden sind“; „Auch im humanitären Bereich fordern die Länder deutliche Verschärfungen“.<sup>228</sup>

Der *brandenburgischen SPD/CDU-Regierung* kommt zwar quantitativ herausragende Bedeutung zu, in weiten Teilen werden aber nur koalitionsinterne Auseinandersetzungen betreffend das Abstimmungsverhalten im Bundesrat (in Abhängigkeit der Erfüllung eigener Forderungen) und (mögliche) Auswirkungen des uneinheitlichen Votums fokussiert.<sup>229</sup> Deziert zuwanderungspolitische Positionen sind selten und auf Ministerpräsident Stolpe (SPD) und Innenminister Schönbohm (CDU) beschränkt. Die an eine Zustimmung geknüpften Forderungen offenbaren (weitere) Zuwanderung rundweg als Belastung/Gefahr kontextualisierende und generell problematisierende Deutungen: Weitere Zuwanderung sei nur zuzulassen, wenn damit keine negativen Auswirkungen verbunden seien – „[e]in Zustrom von Zuwanderern wäre für Deutschland nicht zu verkraften“ (M. Stolpe, 2.02.02), es drohten tief greifende Änderungen „unserer Nation“ (J. Schönbohm, 2.01.02) und ein Erstarken von Fremdenfeindlichkeit (M. Stolpe, 2.02.02; 15.02.02).<sup>230</sup> Ihre Positionen werden nicht reflektiert, sondern auch als vorausschauend, z. B. „realistische Politik mit Augenmaß“ (2.01.02), erachtet.

---

Regierungsbeteiligung „Zuwanderung ändern“: „Wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung, die sich an den wohlverstandenen Interessen unseres Landes ausrichtet.“ Zugleich müsse viel mehr Wert auf Integration gelegt werden“ (12.02.02). Der Fraktionsvorsitzende Gerhardt habe die Union hingegen davor gewarnt, das ZWG nach der Wahl deutlich verändern zu wollen, denn das rot-grüne Gesetz liege „im Großen und Ganzen im nationalen Interesse“ (13.06.02).

<sup>227</sup> Von mehr oder minder Inhalten begleitete Sichtweisen finden ferner noch in Form der Forderung, „Einwanderung müsse als Integrationsprozess angelegt werden“, und der Ablehnung, „die Zuwanderung zum Mittelpunkt eines Lagerwahlkampfes zu machen“ (R. Claus, 14.12.01), Berücksichtigung. Hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens von ihr mitregierter Länder erscheinen konkrete Inhalte ebenso kaum von Belang; Drohungen, „[o]hne Nachbesserungen“ in den rot-roten Landesregierungen auf Enthaltung zu drängen, begnügen sich mit der Ablehnung des Gesetzes „in seiner jetzigen Form“ aufgrund dessen „nach den Zugeständnissen an die Union ‚in die falsche Richtung‘“ weisenden Entwicklung (H. Holter, 1.03.02; R. Claus, 2./3.03.02). Die doch erfolgende Zustimmung erfährt inhaltlich nur derart Begründung, als der Union nicht die Möglichkeit gegeben werden solle, „die derzeitige Vorlage [...] weiter zu verwässern“ (R. Christoffers, 19.03.02). Typisch für die Einbeziehung von PDS-Positionen erscheint auch die Wiedergabe ihrer Sichtweise zum Verhalten Brandenburgs im Bundesrat: Die Kritik von Fraktionschef Bisky: „Die obersten Vertreter des Landes hätten sich mit einem sensiblen Thema wie der Zuwanderung parteitaktisch instrumentalisieren lassen“, was „mit Blick auf gewalttätige Übergriffe auf Ausländer unverantwortlich“ sei (19.04.02), bleibt im Weiteren unbeachtet.

<sup>228</sup> Ferner verlangten sie das „Konzept der Arbeitseinwanderung radikal zu ändern“ und „strengere Regeln“ für die Einwanderung von Hochqualifizierten, und lehnten das geplante Punktesystem mit Verweis auf „eine hohe Missbrauchsgefahr“ „in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit“ ab. Ferner müssten die Kosten für Integrationskurse allein vom Bund, den Einwanderern und deren Arbeitgebern getragen werden, sei „die Grenze für den Nachzug von Kindern bei zehn [...] Jahren festzulegen“ und sollten „schon Verdachtsmomente für extremistische Aktivitäten genügen, um Ausländer des Landes zu verweisen“.

<sup>229</sup> Inhalte einer Zuwanderungsregelung spielen eine geringe Rolle, sie erscheinen auf eine Verhandlungsmasse reduziert („Dabei interessieren bis heute die Inhalte des Zuwanderungsgesetzes nur eine Minderheit in den brandenburgischen Regierungsparteien“, 20.03.02; „Natur contra Zuwanderung [...] Brandenburg wird [...] der Naturschutznovelle der [...] Bundesregierung zustimmen [...] habe jedoch ‚die Erwartungshaltung‘, dass sich im Gegenzug der Bund, speziell die Grünen, zu Kompromissen in der Debatte um das strittige Zuwanderungsgesetz bereit erklären“, 20.12.01).

<sup>230</sup> Beispielhaft für die Forderungen Brandenburgs bzw. Stolpes und Schönbohms: „Der Entwurf erweitere die Zuwanderung, anstatt sie verträglich und vernünftig zu begrenzen. [...] Brandenburgs Innenminister [beharrt] auf einer deutlichen Absenkung des Nachzugsalters [...] und auf einer Verkürzung der Asylverfahren. Zudem lehne er die nichtstaatliche Verfolgung als

Das mit eigenen Sichtweisen einbezogene *Spektrum extraparlamentarischer Akteure* ist überschaubar und beschränkt sich vor allem betreffend explizit auf eine Zuwanderungsregelung gerichtete Positionen auf wenige Statements.<sup>231</sup> Eine die Debatte grundlegend befragende oder reflektierende Perspektive, die sich z. B. gegen die angeblich von (nahezu) allen gesellschaftlichen Gruppen geteilte Notwendigkeit der Begrenzung und Steuerung nach nationalen Interessen wendet, ist nicht repräsentiert. Auffallend erscheint zudem die häufige Subsumierung und Homogenisierung verschiedener, teils als „Experten“ titulierter Akteure bzw. Akteursgruppen, die den Regierungsentwurf zwar in Teilbereichen kritisierten, ihn aber prinzipiell unterstützten und für eine Verabschiedung votierten: „Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft begrüßen Zuwanderungsgesetz“ (17.01.02).<sup>232</sup> Die offensichtliche Zustimmung und auch Kritik am Regierungsentwurf sowie eigene Forderungen werden aber kaum expliziert oder konkretisiert, sondern bleiben auf weithin unspezifische Statements beschränkt: Die Pläne seien aufgrund flexibler Steuerungsmechanismen zur Zulassung von Zuwanderung im Sinne deutschen Arbeitsmarktbedarfs grundsätzlich gewürdigt,<sup>233</sup> die „Vorschläge für die Integration“ hingegen als „mangelhaft bewertet“ worden (ebd.).<sup>234</sup>

Als weiterer *Wissenschaftler*, zugleich einziger Akteur, der die „Integration von Ausländern“ etwas näher beleuchtet, kommt Werner Schiffauer zu Wort (21.03.02).<sup>235</sup> Er plädiere für einen toleranteren und lockereren Umgang der Deutschen mit den spezifischen kulturellen Praxen und Symbolen von Einwanderern, und moniere, basierend auf einem Integrationsverständnis als „kein geradliniger Weg“, dass der in Deutschland auf Immigranten ausgeübte Anpas-

---

Asylgrund ab. Dies würde mit einer nicht akzeptablen, ungesteuerten Zuwanderung einhergehen“ (1./2.12.01); „Brandenburg könne aber nur einem Gesetz zustimmen, in dem die Zuwanderung klar begrenzt ist“ (J. Schönbohm, 10.12.01); „Bedenken Sie, falsche Steuergesetze können geändert werden. Wenn hier aber etwas falsch gemacht wird, lässt es sich kaum noch korrigieren. Wir stehen vor einer tiefgreifenden Entscheidung über die zukünftige Entwicklung unserer Nation“ (ders., 2.01.02); „Schönbohm (CDU) bekräftigte derweil die Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung in Sozialsysteme“ (30.01.02); „Stolpe warnt vor zu viel Zuwanderung [...] Stolpe (SPD) hat vor mehr Ausländerfeindlichkeit durch das geplante Gesetz der Bundesregierung gewarnt. ‚Ein Zustrom von Zuwanderern wäre für Deutschland nicht zu verkraften‘ [...] Vielmehr müsse sich ein Zuwanderungsgesetz an den Realitäten des Arbeitsmarktes orientieren. Brandenburg lehne aus diesem Grund die nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund ab“ (2.02.02); „Stolpe mahnte, jede Verzögerung des Gesetzes berge die Gefahr, dass es zu weiterer Fremdenfeindlichkeit komme“ (15.02.02).

<sup>231</sup> Zumeist kommen nur Forderungen nach einer (baldigen) parteiübergreifenden Einigung oder einer Zustimmung zum (nunmehr aufgrund der Kompromissverhandlungen vorliegenden) Regierungsentwurf inhaltlich unbegründet zum Ausdruck oder werden die Begleiterscheinungen und Auswirkungen der Debatte (kritisch) kommentiert.

<sup>232</sup> Durch die Subsumierung unterschiedlicher Sprecherpositionen wird diesen nicht nur eine gemeinsame Stimme zugewiesen, sondern die Sichtweise, gelegentlich unterfüttert durch einen attestierten Expertenstatus, erscheint gewichtiger. Konkrete Inhalte oder Kritikpunkte werden dabei im Rahmen geraffter und reduzierter Zusammenfassungen kaum expliziert und kommen insgesamt nur spärlich zum Ausdruck. Dies betrifft z. B. speziell einen Bericht anlässlich einer Anhörung von „Experten“ bzw. „Sachverständigen“ vor dem Bundestagsinnenausschuss: „Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf [...] wird von Seiten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gewerkschaften grundsätzlich unterstützt. Bei einer Anhörung [...] äußerten gestern Experten jedoch Kritik an zahlreichen Einzelpunkten“ (17.01.02). Auch im Weiteren wird breite Zustimmung zum Regierungsentwurf sowie Ablehnung der Unionsforderungen impliziert (z. B. 2./3.03.02; 19.12.02).

<sup>233</sup> Der „Historiker Klaus Bade“ wird auf Begrüßung des Gesetzentwurfs als „eine ‚bahnbrechende Politikwende‘“ sowie die Zurückweisung der Befürchtung, „Zuwanderer bedrohten einheimische Arbeitsplätze“ reduziert: „...Deutschland wird auf eine geregelte Zuwanderung angewiesen sein.“ Auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, habe den Entwurf unterstützt, er „enthalte einen Instrumentenkasten, der in Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt flexibel genutzt werden könne“, und hinsichtlich der Besetzung so genannter Engpassarbeitsplätze vorgeschlagen, statt der lokalen, die Landesarbeitsämter mit der Erörterung entsprechenden Bedarfs zu beauftragen. Am 25.06.02 findet Bade, diesmal als Angerhöriger des „unabhängigen Rat für Migration“, ferner mit der Warnung „vor einer Kriminalisierung illegaler Einwanderer aus Ländern, die nicht zur EU gehörten“ Berücksichtigung, da man, so zur Begründung, „beide Seiten der Medaille sehen müsse“, und es „für jeden illegal Beschäftigten in Deutschland einen Arbeitgeber [gibt], der sich ebenfalls nicht rechtstreu verhält“.

<sup>234</sup> Konkretisiert wird dies nicht, sondern Integration erscheint als Frage der Verteilung von Kosten.

<sup>235</sup> Die Äußerungen Schiffauers, Professor für Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Frankfurt (Oder), sind in Interviewform berücksichtigt. Die drei ihm gestellten Fragen betreffen die Erlaubnis zum Tragen eines Kopftuchs durch muslimische Lehrerinnen im Unterricht, die Möglichkeit eines an Muslime gerichteten Verlangens nach Verzicht auf das Schächten sowie die Bedeutung der Sprachbarriere hinsichtlich des Scheiterns von Integration.

sungsdruck, nach dem Motto: „So wie ihr es macht, ist es falsch!“, „manchmal etwas Kränkendes“ habe, da aus diesem eine „paradoxe Integration, nämlich durch Opposition“ resultieren könne. Eine Anpassung „auf eine würdevolle Weise“ und eine Identifikation der „Neuankömmlinge“ mit den Werten der Mehrheitsgesellschaft würden dem entgegen nur durch Zulassung von Pluralität, Differenz und Möglichkeiten zur Äußerung von Widerspruch ermöglicht, was aber mit der Forderung nach Unterwerfung eher verhindert werde.<sup>236</sup>

*Vertreter von Wirtschaft, Industrie und Arbeitgeberverbänden* finden mit eigenen Statements nicht häufig Beachtung, erscheinen aber wiederholt als Kronzeugen der Regierung, und kritisierten teils deutlich eine als Blockade erachtete Unionsstrategie. Sie beziehen sich auf Warnungen vor „Mangel an Fachkräften“ (BDI-Präsident Rogowski), Mahnungen zu „Tempo und Kompromissbereitschaft aller Seiten“ (Arbeitgeberpräsident Hundt), Aufrufen zum „gesteuerten Abschied vom Anwerbestopp“ (DIHK-Präsident Braun, 19.12.02), da, so z. B. BDI-Vertreter Henkel, allein mit einer mittels Greencard für IT-Spezialisten geschaffenen Arbeitslaubnis „2,5 weitere Arbeitsplätze geschaffen worden seien“, sowie, so die deutlichste Positionierung, eine gesteuerte, gänzlich flexibel zu handhabende Zulassung von Zuwanderung im Sinne des Arbeitsmarktes (17.01.02).<sup>237</sup> Laut dem als „Arbeitsmarktforscher“ titulierten IZA-Direktors und DIW-Präsidenten Zimmermann benötige Deutschland Zuwanderung, ein Scheitern des Gesetzesvorhabens käme hingegen einem „eklatanten Rückschlag“ gleich und „würde dem Arbeitsmarkt einen Bärendienst erweisen“, da Deutschland „wegen des Bevölkerungs- und Geburtenrückgangs vor gravierenden demographischen Veränderungen“ stehe: „Ohne eine gesteuerte Zuwanderung werde es zu einem schmerzhaften Mangel an Arbeitskräften kommen“, Deutschland, das „inmitten eines sich verschärfenden Wettbewerbs ‚um knappes internationales Humankapital‘“ stehe, drohe „den Anschluss an die Wettbewerbsstaaten zu verlieren“, „Wohlstand und soziale Sicherheit würden gefährdet“ (11.12.01).<sup>238</sup>

Mehrfach gemeinsam mit der Wirtschaft erscheinen die *Gewerkschaften*.<sup>239</sup> Sie unterstützten den Regierungsentwurf „grundsätzlich“ (17.01.02), forderten aber eine großzügigere Zulassung von Facharbeitskräften und eine stärkere Orientierung am konkreten Bedarf. Arbeitgeberpräsident Hundt und DGB-Chef Schulte verlangten „die dauerhafte Zuwanderung nach einem Auswahlssystem in dem Gesetz stärker zu betonen“ (12./13.01.02), „DGB-Vertreter Volker Roßbach“ habe „in Übereinstimmung mit den Arbeitgebern“ gefordert, das nur ergänzend „vorgesehene Auswahlverfahren nach einem Punktesystem für Hochqualifizierte zum Regelverfahren zu machen“ (17.01.02). Kritisiert hätten „Wirtschaft und Gewerkschaften“, „dass die örtlichen Arbeitsämter die Besetzung so genannter Engpassarbeitsplätze bestimmen sollen“ (ebd.),

<sup>236</sup> Einen „Zwang zu Sprachkursen“ halte er aber für „sinnvoll“ und notwendig, da das Eintreten für eigene Rechte an das Beherrschen der Sprache gebunden sei. Die von ihm tangierten Aspekte bezüglich z. B. Integration (snotwendigkeiten), der symbolischen Aufladung kultureller Marker, Toleranz oder auch Assimilationsdruck, bleiben im Weiteren aber unbeachtet.

<sup>237</sup> Laut BDI sollten „Unternehmen selbst entscheiden können, welche Arbeitsplätze sie mit Zuwanderern besetzen“ (ebd.).

<sup>238</sup> Ähnlich z. B.: „Die Wirtschaft ist wegen der ungünstigen demographischen Entwicklung für eine gesteuerte Zuwanderung“ (12./13.01.02). „Arbeitsmarktforscher [haben] vor einem Scheitern des [...] Zuwanderungsgesetzes gewarnt“ – obwohl der Regierungsentwurf für das IZA nicht weitgehend genug sei, werde das Vorhaben „nachdrücklich“ unterstützt, von einem Abrücken abgeraten, sowie die auf Wahlkampf gerichtete Unionsstrategie kritisiert, und von Zimmermann die „Sorge vor Zuwanderungswellen“ als „absurd“ zurückgewiesen (11.12.01).

<sup>239</sup> Z. B.: „DGB und Wirtschaft demonstrierten grundsätzliche Übereinstimmung bei der als nötig erachteten Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Denn trotz vier Millionen Arbeitsloser könnten eine Million Stellen nicht besetzt werden. Jeder zweite Unternehmer könne wegen fehlender Fachkräfte Aufträge nicht annehmen“ (17.01.02).



eine „Regionalisierung der Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik werde entschieden abgelehnt“ (12./13.01.02).<sup>240</sup> Für DGB-Vorstandsmitglied Putzhammer stelle „die Gewichtung von befristeter und dauerhafter Zuwanderung [...] den zentralen Kritikpunkt des DGB“ dar, da „[d]ie kurzfristige und befristete Anwerbung von Arbeitskräften dem Grundsatz der Förderung der Integration [widerspricht]“; entsprechend befürworte „der DGB angesichts des absehbaren Mangels an Arbeitskräften die langfristige Zuwanderung von Arbeitnehmern“, jedoch, so die Einschränkung, „wir können Zuwanderung aber nur akzeptieren, wenn dadurch der einheimische Arbeitsmarkt nicht beschädigt wird“ (ebd.).<sup>241</sup> Die beständig gemeinsam wiedergegebenen Forderungen und Kritikpunkte von Wirtschaft und Gewerkschaften lassen diese geradezu identisch erscheinen. Als exklusiver Bezugspunkt fungiert der Bedarf des deutschen Arbeitsmarktes, den es zu schützen und nicht zu beschädigen gelte.

Überdies finden Positionen aus Kreisen der Gewerkschaft einzig mit vom DGB, zugleich von den Jungsozialisten, an Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe gerichteter Kritik aufgrund dessen „Kniefall vor CDU-Positionen“, Beachtung (27.12.01). Dessen Forderungen, „wie die nichtstaatliche Verfolgung“ zu streichen oder die „verlangte Reduzierung des Nachzugsalters für Kinder“, „hätten nichts mit Nächstenliebe und Familienfreundlichkeit“ zu tun.<sup>242</sup>

Auch nur einmal findet das *Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge* in Person des Präsidenten Schmid mit einer Zurückweisung von Unionskritik Beachtung: „Keine Flüchtlingswelle' [...] Asylamt kritisiert Union in Zuwanderungsdebatte“ (21.02.02).<sup>243</sup> Obwohl generelle Aspekte der ansonsten in der Berichterstattung nur als humanitär bezeichneten Zulassung von Zuwanderung skizziert werden, spielen diese im Weiteren keine Rolle.

Standpunkte von *Bundespräsident Rau* beschränken sich bis zum Zeitpunkt, als seine nach der Bundesratsabstimmung notwendige Unterzeichnung des Gesetzes elementarer Teil der Debatte geworden war, auf Forderungen nach einem parteiübergreifenden Konsens (noch vor der Bundestagswahl) und einem sensiblen Wahlkampf, im Rahmen derer seine Vorstellungen und Sichtweisen zu einer Zuwanderungsregelung aber nicht explizit werden.<sup>244</sup> Seine Mahnung, im Wahlkampf „sensibel vorzugehen“, und speziell die Empfehlung, „Eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit sollte ebenso vermieden werden wie der Versuch, das Ausländerthema zum Knüppel zu machen. Beides hätte verheerende Wirkung“ (28.01.02), offenbart zwar eine

<sup>240</sup> „Auf Grund wechselnder regionaler und politischer Interessenlagen werden auf diese Weise unvorhersehbaren und willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor geöffnet' [...]“ (D. Hundt und D. Schulte, ebd.).

<sup>241</sup> Die Ablehnung einer Regionalisierung der Arbeitskräftezuwanderung rückt das Inländerprimat in den Mittelpunkt: Einheimischen Arbeitslosen sei Vorrang gegenüber Zuwanderung einzuräumen.

<sup>242</sup> „Der SPD-Nachwuchs kritisierte zudem, ausgerechnet zur Weihnachtszeit demonstrierten Schönbohm und Stolpe, dass Nächstenliebe keinen Wert mehr habe. Stolpe ignoriere den Parteitagsbeschluss zur Einführung einer Härtefallregelung im Zuwanderungsgesetz“; anstelle von Schönbohm, der „bereits in seiner Amtszeit als Berliner Innensenator eine ‚inhumane Migrationspolitik‘ verfochten habe“, solle er sich „besser von der Ausländerbeauftragten beraten lassen“ (ebd.). Statt diese, in der gesamten Berichterstattung der *MOZ* einzig etwas generellere Kritik an der inhaltlichen Ausrichtung einer Zuwanderungsregelung aufzugreifen, bezieht der *MOZ*-Chefredakteur in einem Kommentar (ebd.) Stellung gegen diese Sichtweise, und nimmt Stolpe nicht nur in Schutz, sondern votiert für eine exklusiv an deutschen Interessen ausgerichtete Politik im Sinne einer ausdrücklichen Begrenzung und Verhinderung von Missbrauch.

<sup>243</sup> Der „vorgesehene Schutz für Frauen, die wegen ihres Geschlechts verfolgt werden“, werde gleich der „Aufnahme der sogenannten nichtstaatlichen Verfolgung in den Asylkatalog“ „nicht zu einem Anstieg der Flüchtlingszahlen führen“, bzw. daraus seien „keine ‚wesentlichen quantitativen Veränderungen‘ zu erwarten“; „Nach den Erfahrungen seiner Behörde dürften von der damit verbundenen Statusverbesserung allenfalls 1800 Personen betroffen sein. [...] Auch von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen betroffene Frauen seien schon in der Vergangenheit nicht abgeschoben worden. Ihre Zahl schätzte Schmid auf rund 600 im Jahr 2001.“ „Mit den neuen Bestimmungen“ werde hingegen gemäß einem Urteil des Bundesverfassungsgericht „nun zusätzlich rechtliche Klarheit geschaffen“ und damit eine „Statuslücke“ geschlossen (ebd.).

<sup>244</sup> Offen bleibt so beispielsweise, was unter „gemeinsame[n] Lösungen“ (Sylvester 2001) oder einem existierenden „Grundkonsens über die Parteien hinweg“ (28.01.02) zu verstehen sei.

Gleichsetzung abzulehnender Pro- und Contra-Positionierungen und entsprechender Instrumentalisierungen von Ausländern, jedoch verbleibt auch diese unspezifisch.<sup>245</sup>

Statements von Akteur(s)grupp(en), von denen auch kritisch reflektierende Einschätzungen erwartet werden könnten, z. B. *Ausländerbeauftragte von Bund, Ländern und Kommunen, Vertreter von Glaubensgemeinschaften* oder *gesellschaftspolitischen Initiativen*, die sich für Migranten engagieren, weisen sich in weiten Teilen nur durch appellativen Charakter betreffend die Verabschiedung eines Gesetzes, Verständigung auf einen Konsens und Vermeidung eines Wahlkampfes mit dem Thema Zuwanderung aus, womit aber kaum, teils keine hier relevanten Inhalte einhergehen.<sup>246</sup> Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Beck, werbe „für einen parteiübergreifenden Konsens“ für eine „große gesellschaftliche Herausforderung“ (14.12.01) und befürworte das auf Begrenzung und Steuerung zielende Regierungsvorhaben, von dem sie „keinen massenhaften Zuzug“ erwarte (25.06.02).<sup>247</sup> „[D]urch die Politik der rot-grünen Regierung“ habe sich „die Lage der Ausländer in Deutschland“, so Beck unter Verweis auf „die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes und die Zuwanderungsdebatte“, „deutlich verbessert“: „Durch Deutschland sei ein ‚integrationspolitischer Ruck‘ gegangen“; konkretisiert wird diese Bewertung und ein trotz „positive[m] Trend“ bestehender „Handlungsbedarf“ durch eine „alle Politikbereiche umfassende ‚integrationspolitische Agenda‘“ aber nicht (24./25.08.02). Ferner fungiert sie als Datenlieferantin, wobei Ausländer als statistische Daten, nicht aber darüber hinaus von Interesse erscheinen, und findet mit einer Distanzierung gegenüber Schilys Äußerung, „die Integration von Ausländern geschehe am besten durch Assimilierung“, Erwähnung, welche sie „ungeschickt“ finde, „weil es einen Konsens in Deutschland gäbe, dass Einwanderer ihre kulturellen Unterschiede nicht leugnen müssten“ (29./30.06.02).<sup>248</sup> „Die Ausländerbeauftragten der Länder“ werden subsumiert auf einen, ohne Begründung versehenen Satz mit der Forderung nach „eine[r] rasche[n] Umsetzung des Gesetzes“ reduziert (19.04.02).<sup>249</sup> Sichtweisen von Glaubensgemeinschaften finden sich nur spärlich und sind inhaltlich kaum unterfüttert.<sup>250</sup> Welche Referenzen z. B. einer Befürwortung von Zuwanderung und des Regierungsentwurfs sowie einer Distanzierung gegenüber dem Verhalten der Union zugrunde liegen, bleibt offen. Auch Warnungen hinsichtlich einer möglichen Verbreitung ausländerfeindlicher Tendenzen, Einstellungen und rechtsradikaler Ideen in einem möglichen Wahlkampf bleiben weitgehend unspezifisch, obgleich z. B. selbst auf eine mehrheitliche gesellschaftliche Ablehnung

<sup>245</sup> Im Rahmen seiner nach der Bundesratsabstimmung weit umfassenderen Berücksichtigung kommen keine hier relevanten Inhalte zum Ausdruck. So sei für ihn z. B. zwar „die Integration der ausländischen Mitbürger eines der wichtigsten Themen“, weshalb er sich auferlegt habe, nicht zu früh über das Gesetz zu befinden (30.05.02), konkretisiert wird dies aber nicht.

<sup>246</sup> Inhaltlich weiter reichende Konstatierungen oder selbst offen zum Ausdruck gebrachte Vorwürfe werden nicht expliziert; auffallend ist zudem die sehr geringe Zahl an berücksichtigten Äußerungen.

<sup>247</sup> „In einigen Bereichen werde die Zuwanderung eher reduziert, in anderen werde es eine ‚gesteuerte Zuwanderung‘ geben“ (ebd.). Deutschland müsse „auch künftig mit dem Faktum ‚Einwanderung‘ leben“ (14.12.01), Zuwanderung könne selbst durch massive Abschottungsmaßnahmen nicht ungeschehen gemacht werden, „weltweite Flucht- und Wanderungsströme ließen sich durch nationale Regelungen [nicht] verhindern“: „Abschotten geht nicht“ (25.06.02).

<sup>248</sup> „Wir akzeptieren sehr wohl kulturelle und religiöse Differenz“ (ebd.). „Beck wies darauf hin, dass im vergangenen Jahr unter dem Strich 86 000 Ausländer nach Deutschland zusätzlich gekommen seien“ (14.12.01). Welche Bedeutung ihren Verlautbarungen zugewiesen wird, verdeutlicht die Bezugnahme auf den von ihr am 13.02.02 vorgelegten „Bericht zur Lage der Ausländer in Deutschland“; einzig das Zitat: „Unsere Zuwanderung hat längst im Kreißaal stattgefunden“ mit dem Zusatz: „Die Ausländerbeauftragte [...] bei der Vorstellung der Ausländerstatistik, wonach 22 Prozent der 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland geboren wurden“ (14.02.02), findet Berücksichtigung. Weiter wird ihr inhaltlich keine Beachtung geschenkt; der konstatierte integrationspolitische Fortschritt oder die pluralistische Gesellschaftsgrundlage bleiben unreflektiert.

<sup>249</sup> Überdies finden Ausländerbeauftragte von Ländern oder auch Kommunen keine Beachtung.

<sup>250</sup> Das Spektrum ist auf Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche Deutschlands sowie den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland beschränkt. Homogenisiert ist auch von „den Kirchen“ die Rede (2./3.03.02).

von Ausländern verwiesen wird.<sup>251</sup> „Vertreter von humanitären Organisationen“, namentlich „das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, Amnesty International und andere Organisationen“, finden nur einmal Erwähnung, und werden auf begrüßte „Verbesserungen im Flüchtlingschutz“ sowie die Bemängelung vieler Regelungen als „zu halbherzig“ reduziert (17.01.02).<sup>252</sup> Weitere Einschätzungen von z. B. gesellschaftspolitischen Initiativen aus dem weiten Feld der Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik finden keine Beachtung.<sup>253</sup>

Die *MOZ-Redaktion* widmet der Debatte um das ZWG zwölf *Kommentare*, in nur sechs wird aber eine Regelung von Zuwanderung thematisiert.<sup>254</sup> Als Bezugsrahmen „künftige[r] Zuwanderung“ nach Deutschland formuliert Gallrein (27.02.02): „Der Zuzug soll sich an nationalen Interessen orientieren“, „die sich vornehmlich aus Erfordernissen des Beschäftigungsmarktes und der Sozialsysteme ableiten“, am „legitime[n] Recht“ der Deutschen, gerade angesichts „mehr als vier Millionen Arbeitslose[r]“ und „nur bedingt verträg[licher]“ Zuwanderung, „genau darauf zu achten, wer einwandern darf.“<sup>255</sup> Mit Zuwanderung verbindet er generell, unter Würdigung des hartnäckigen Widerstandes der Union, drohende Gefahren und Erwartungen an Zuwanderer: „[D]ie Gesetzesvorlage [öffnet] nicht alle Schleusen“ und „fordert von den Zuwanderern ein hohes Maß an Integration ein“ (ebd.). Die Verteidigung des aus den Kompromissverhandlungen resultierenden Gesetzentwurfs fußt somit auf der Wahrnehmung legitimer

<sup>251</sup> Z. B.: So unterstützten die „evangelische und die katholische Kirche“ das „geplante Zuwanderungsgesetz“ – „Kirchen für Zuwanderung“ – und hätten den Regierungsentwurf als „beachtlichen Schritt“ für einen parteiübergreifenden Kompromiss bezeichnet (8./9.12.01). Der Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Wischnath, habe an die brandenburgische Landesregierung appelliert, dem Gesetz „zuzustimmen“ (22.03.02), der Berliner Erzbischof Kardinal Sterzinsky „heftige Kritik“ an der Union geübt und ihre Forderungen als „Schande“ gewertet (28.02.02). Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Spiegel, habe „einen raschen Konsens“ gefordert und „auf Einigung“ gedrängt (28.01.02). Ferner habe er „die Parteien“ gemahnt, „das Thema im Wahlkampf herauszuhalten“, denn dies „könne dazu führen, dass rechtsradikale Ideen verbreitet werden“ (ebd.). Da durch einen Wahlkampf „ausländerfeindliche Tendenzen“ drohten, dürfe „der Streit“ kein „Wahlkampfthema werden“ (26./27.01.02). Es dürfe nicht sein, „dass Zuwanderer [...] sich als Bürger zweiter Klasse fühlen müssen, weil die Mehrheit sie nicht akzeptiert und sie mit billigen Klischees versieht“: „Genau dieses sei aber zu befürchten, wenn man die aktuellen Debatten um die Zuwanderung betrachte“, so Spiegel (ebd.).

<sup>252</sup> „Im humanitären Bereich begrüßen [sie], dass der Gesetzentwurf den Aufenthaltsstatus für Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung verbessert“ (ebd.).

<sup>253</sup> Migranten bzw. Ein-/Zuwanderer, Flüchtlinge oder Ausländer bleiben unbeachtet. Äußerungen der im Fokus der Auseinandersetzung Stehenden erscheinen nicht von Belang. Über sie wird gesprochen. Ihnen wird die Rolle einer Verhandlungsmasse zuteil. Sie werden vor allem auf Faktoren von Kosten-Nutzen-Relationen reduziert und als Belastung oder mit Zuwanderung einhergehenden Bedrohungen kontextualisiert.

<sup>254</sup> In weiten Teilen werden Inhalte nicht reflektiert, sondern nur die aus der Debatte resultierenden Begleiterscheinungen kommentiert. In sechs werden allein die Instrumentalisierung der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Union für bloße Machtspiele sowie deren Kompromissunfähigkeit, die Geschehnisse im Bundesrat, die Folgen der Auseinandersetzungen für die brandenburgische Landespolitik sowie die mahnenden Worte des Bundespräsidenten und dessen dadurch erlangte Verdienste thematisiert. Zuwanderungspolitik wird dabei inhaltlich nicht tangiert. Ebenso in den sich auch durch Inhalte ausweisenden Kommentaren kommt diesen Aspekten erhebliche Bedeutung zu. Selbst augenscheinlich Inhalte fokussierende Kommentierungen verbleiben häufig weithin oberflächlich und rekurren auf grundlegende Referenzen allein phrasenhaft. So wird zwar wiederholt deutlich, vor allem von Gallrein, Kritik an der Unfähigkeit der Politik Ausdruck verliehen, die sich z. B. „entgegen aller Vernunft nicht auf ein zeitgemäßes Zuwanderungsrecht einigen konnte“ (19.12.02), was aber mit einem „in der Sache erfolgsorientiert[en]“ (ebd.), „tragfähig[en] Kompromiss“ (27.01.01) mit „ein wenig Vernunft und Augenmaß“ (27.11.01) „zur überfälligen Novelle des Flickenteppichs namens Ausländerrecht“ (19.12.02) gemeint ist, bleibt unklar (ähnlich Mangelsdorf, 26.03.02: „Vom eigentlichen Anlass, dem redlicheren Umgang der Gesellschaft mit Menschen fremder Herkunft, ist kaum noch die Rede“). Marx (2./3.03.02) fordert eingedenk globalisierter Prozessabläufe eine zwischen Humanität und eigenen Interessen ausgewogene Regelung: „Ein Land von der Lage, der Größe und dem Wohlstand Deutschlands wird in einer globalisierten Welt Magnet für viele sein, die, aus welchen Gründen auch immer, ihre Heimat verlassen müssen oder wollen. Scheitert das [ZWG], dann ist eine weitere Chance vertan, auf einen ohnehin ablaufenden Prozess nach klareren Regeln unter humanitären Aspekten und eigenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen stärker Einfluss zu nehmen, als dies zurzeit möglich ist.“ Aber auch er wird nicht konkret: Humanitäre Aspekte sowie soziale und wirtschaftliche Interessen fungieren nur als inhaltsleere Referenz. Zwar wird auch vielfach eine Instrumentalisierung der Zuwanderungsfrage „[z]um Schaden der Sache“ (Gallrein, 16./17.03.02) moniert, doch scheinen auch der Redaktion landespolitische Themen drängender, wie der wiederholt auf Brandenburg gerichtete Fokus betreffend die Folgen der Debatte verdeutlicht (z. B.: „[I]n den vergangenen Wochen [hat] das Zuwanderungsgesetz zu viele Probleme der Landespolitik [...] überdeckt. Nur wenn diese Themen angefasst und bewältigt werden, hat sich der Poker um das Abstimmungsverhalten [...] gelohnt“, Thiessen, 23./24.03.02).

<sup>255</sup> „Das löst den vermeintlichen Widerspruch zwischen Arbeitslosigkeit und Bedarf an Fachkräften auf“ (ebd.).

nationaler Interessen zur Zulassung benötigter Zuwanderer einerseits, der Vermeidung Belastungen gleichkommender, zu verhindernder Zuwanderung andererseits. Seine Kritik an der geradezu prinzipiellen, einen Kompromiss verhindernden Blockadehaltung der Union zielt ausdrücklich auf einfachere und effektivere Vorgehensweisen zur Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber und impliziert bislang nicht ausreichend verhinderten Missbrauch; die andauernde, weil nicht unterbundene Anwesenheit sich unrechtmäßig aufhaltender Personen konstruiert er zugleich als Faktor für das Erstarken antidemokratischer Formierungsprozesse und macht Nichtdeutsche für Fremdenfeindlichkeit (mit)verantwortlich (27.11.01).<sup>256</sup> Krump (17.09.02) sieht das „Aufgreifen des Ausländerthemas durch die Union“ erst kurz vor der Bundestagswahl „angesichts gesunkener Wahlchancen“ nur aufgrund des Zeitpunkts als „etwas Panisches“, denn „drastische Fehlentwicklungen einer multikulturellen Gesellschaft à la Kreuzberg“ seien „ganz gewiss ein – sicherlich verantwortungsvoll zu behandelndes – Thema im Wahlkampf“; was ein verantwortungsvoller Umgang mit nicht zu ignorierenden „drastische[n] Fehlentwicklungen“ sei, bleibt offen. Welch marginale Bedeutung er humanitären Aspekten beimisst, verdeutlicht seine Reaktion auf die an Ministerpräsident Stolpe gerichtete Kritik wegen seines angeblich „unchristliche[n] und ‚den Grundwerten der SPD widrige[n]‘ Verhalten[s]“, da er „dafür plädierte, das Kinder-Nachzugsalter auf zwölf [...] Jahre zu senken“ und „einen Fluchtgrund nichtstaatliche Verfolgung als Einfallstor für weitere unregelte Einwanderung“ betrachte: „Nächstenliebe und Menschlichkeit“ bezieht er bei der Verteidigung Stolpes nicht auf Flüchtlinge, sondern auf Deutsche und deutsche Arbeitslose sowie integrationsfeindliche Praktiken türkischer Eltern, per Gesetz „ausdrücklich“ zu begrenzende Zuwanderung und geöffnete „neue Schleusen für Einwanderung“ durch einen „Asylgrund nichtstaatliche Verfolgung“, vor denen die deutsche Gesellschaft zu schützen sei, und hebt abermals auf Integrationsprobleme und aus Zuwanderung resultierende Belastungen und Gefahren ab (27.12.01).<sup>257</sup> Gallrein (27.11.01) schreibt speziell Schönbohm, dem „Unions-Statthalter in dem Bundesland mit der längsten Ostgrenze der Europäischen Union“, aufgrund dessen Erfahrungen mit der Grenzlage und „der durchaus vorhandenen Probleme zwischen Deutschen und Polen im Grenzgebiet“ explizit Wissen „um die Notwendigkeit der sensiblen Sprache beim Thema Zuwanderung“ zu – Schönbohms zuwanderungspolitische Positionen werden mit Vernunft und Sensibilität verbunden und damit als geradezu unangreifbar herausgestellt.<sup>258</sup>

<sup>256</sup> Da „mit ein wenig Vernunft und Augenmaß ein tragfähiger Kompromiss zustande zu bringen sein sollte“, müsse sich die CSU „vorhalten lassen“, „dass Deutschland dann mit dem aktuell geltenden Recht samt seiner zahlreichen Lücken und bürokratischen Winkelzüge weiter leben muss – also auch mit komplizierten Abschieberegeln für nicht anerkannte Asylbewerber“. Zudem berge dies, gerade angesichts des anstehenden Wahlkampfes, „die Gefahr, dass Parteien außerhalb des demokratischen Spektrums aus der Unfähigkeit der Politik zum Kompromiss Honig saugen werden“ (ebd.).

<sup>257</sup> „Durchhalten, Manfred Stolpe! [...] Ist es gegen Nächstenliebe gerichtet, daran zu erinnern, dass die Praxis türkischer Eltern, ihre Kinder mit der Schulpflicht in Türkei zu bringen und erst als Heranwachsende zurück nach Deutschland, nichts mit Integration zu tun hat? Öffnet ein Asylgrund nichtstaatliche Verfolgung [...] nicht neue Schleusen für Einwanderung nach Deutschland? Und muss angesichts unserer eigenen Arbeitslosenprobleme ein Gesetz Zuwanderung nicht ausdrücklich begrenzen?“ (ebd.). Unter Verweis auf „Rationalität“ und einen christlichen, weil kirchlichen Hintergrund Stolpes widerspricht er auch den Vorstellungen der Regierung, die für ihn allein Zugeständnis in Richtung der „Grünen Lieblingspositionen ihrer ‚Migrationspolitik‘“ seien; „[D]ie Sach-Probleme aber sind nun noch drängender, weil sie Gesetz zu werden drohen“ (ebd.).

<sup>258</sup> Auch im Weiteren wird die brandenburgische Koalition ob ihrer offenbar vermittelnden Rolle gewürdigt und gar als Vorbote einer Großen Koalition im Bund gedeutet; eine Reflexion deren Kompromissposition oder (Kern-)Forderungen unterbleibt (z. B. Gallrein, 27.02.02). Verweise auf die Bedeutung des Themas Zuwanderung für die Bevölkerung sowie entsprechende Ängste bleiben zwar für sich jeweils weitgehend unspezifisch, fungieren aber vor dem Hintergrund der wiederholten Betonung mit (weiterer) Zuwanderung einhergehender Probleme, Belastungen oder Gefahren zweifelsohne als unterstützende Referenz für die Forderung nach stärkerer Begrenzung und Steuerung bzw. einer notwendigen Sensibilität, die speziell durch die brandenburgischen Koalitionäre verkörpert würde (z. B.: „Natürlich ist es richtig, sehr genau hinzuschauen; gerade wegen der großen Bedeutung dieser Frage für die Gesellschaft. Das Bekenntnis, dass Deutschland um der eigenen Zukunft willen

*Grafische Stilmittel* der Berichterstattung beziehen sich fast ausschließlich auf die deutschen Protagonisten und kommentieren zuvorderst die parteipolitischen Konflikte; Zuwanderung bzw. Migranten kommt geringe Bedeutung zu.<sup>259</sup> Qualitativ erscheinen sie zum einen zur Versinnbildlichung von Integrationsprozessen bzw. -problemen.<sup>260</sup> Zum anderen bilden (drei identische) Grafiken Zu- und Abwanderungszahlen von Ausländern in ihrem quantitativen Umfang ab.<sup>261</sup> Besonders konnotiert, z. B. quantitative oder qualitative Belastungen/Gefahren assoziierend, erscheinen sie nicht. Eine Beleuchtung der de facto debattierten Gesetzesinhalte und vorgesehenen Änderungen der Zuwanderungs- und Ausländergesetzgebung oder auch der inhaltlichen Differenzen zwischen den parteipolitischen Protagonisten unterbleibt; Verweise beschränken sich auf unspezifische Zuschreibungen.<sup>262</sup> Ähnlich betreffend die Historie faktischer Einwanderung: Kontextualisierungen begnügen sich mit allgemeinen Verweisen, die kaum Hintergründe explizieren, aber eine hohe Zahl bereits Zugewanderter herausstellen.<sup>263</sup> Durch das mit Inkrafttreten des ZWG neu zu schaffende „Bundesamt für Migration“ solle zwar, so unter Berufung auf die Bundesregierung anlässlich dessen Eröffnung, „die Eingliederung von Ausländern auf eine neue Grundlage“ gestellt werden, es „solle zum Kompetenzzentrum für alle Fragen der Zuwanderung werden“ und werde „für die gesamte Integrationsförderung zuständig sein“ (10.07.02), weitergehend wird darauf aber nicht eingegangen.<sup>264</sup> Einmal erfolgt eine knappe Kontextualisierung von Zuwanderungsregelungen in Europa: Sie stellt vor allem die geltenden Regelungen gegenüber den in Deutschland geplanten als „ungleich schärfer“ oder mit gleichen bzw. ähnlichen Anforderungen an Zuwanderer verbunden dar (21.03.02).

#### 5.4.1.2 Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben)

Die Berichterstattung der *LR* weist überwiegend analoge Charakteristika wie die der *MOZ* auf: Dominant sind Vertreter von SPD und CDU/CSU. Anderen Akteur(s)gruppe(n) kommt nur randständig Bedeutung zu, deren Spektrum außerdem sehr überschaubar ist. Sichtweisen von Mig-

---

auf Zuzug angewiesen ist, bricht mit bisherigen politischen Grundsätzen. [...] Gut ist es daher, in der Sache hart zu verhandeln [...], Sorgfalt vor Tempo walten zu lassen, dabei die Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen und nicht auf's Geratewohl irgendein Gesetz zimmern“, Gallrein, 27.11.01).

<sup>259</sup> Von 46 (zumeist Portrait-)Fotos bilden 45 deutsche Funktionsträger ab. Zwölf von 13 Zeichnungen bzw. Karikaturen wenden sich der parteipolitischen Debatte und den Begleiterscheinungen zu. Nur ein Foto (21.03.02), eine Zeichnung (2./3.03.02) und drei (von insgesamt vier) (inhaltlich identischen) Grafiken (15.01.02; 2./3.03.02; 17.09.02) visualisieren Zu- und Abwanderungszahlen in Deutschland.

<sup>260</sup> Einmal (21.03.02) werden Integrationsprobleme, verstärkt durch kulturelle Marker und unter Betonung der „Sprachbarriere“ als eines der „größten Hindernisse für die Integration“, und entsprechende Handlungsansätze assoziiert; Zuwanderer erscheinen äußerlich von der Normalität abweichend und Integration wird im Kontext von Problemen genannt, so dass pflichtgemäße Leistungen für Zuwanderer erwogen würden. Eine Zeichnung (2./3.02.02) hebt auf die Verwischung sichtbarer phänotypischer Grenzen zwischen Deutschen und Zuwanderern aufgrund faktischer Einwanderungsprozesse ab; sie appliziert die Verwischung traditioneller Herkunftsunterschiede und hebt auf Deutschland als De-facto-Einwanderungsland ab.

<sup>261</sup> Die Einbindung der Grafiken (15.01.02; 2./3.02.02; 17.09.02) erscheint willkürlich, eine ex- oder implizite Bezugnahme auf die nebenstehenden Texte ist nicht zu attestieren; überschrieben sind sie mit „Einwanderungsziel“ bzw. „Einwanderungsland“ „Deutschland [...] Zu- und Abwanderungen von Ausländern (Saldo) in 1000“ (1991-2000).

<sup>262</sup> „Mit dem Gesetz soll die Zuwanderung gesteuert werden“ (12./13.01.02); „Es [das ZWG; M. M.] sieht eine Vereinfachung des Ausländerrechts vor und regelt die Einwanderung nach dem Arbeitskräfte-Bedarf“ (21.06.02).

<sup>263</sup> Z. B.: „Zehn Millionen Zuwanderer seit 1950 [...] Damit hat Deutschland in absoluten Zahlen mehr Zuwanderer als Kanada und sogar einen höheren Anteil im Ausland geborener Einwohner an der Gesamtbevölkerung als die USA. [...] Schon diese Zahlen belegen, dass Deutschland [...] faktisch zum Einwanderungsland geworden ist“ (25.06.02).

<sup>264</sup> „Das neue Bundesamt wird eine der bedeutendsten Behörden der Bundesrepublik mit weit reichenden gestalterischen Aufgaben sein“, sagte Schily“; es solle unter anderem „für die gesamte Integrationsförderung zuständig sein“, „ein bundesweites Integrationskonzept erarbeiten“, „Strukturen und Lerninhalte der vorgesehenen Integrationskurse für Ausländer festlegen“ (ebd.) und „zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der Zuwanderung werden“ (6./7.07.02).

ranten sind, obwohl anders assoziiert, selbst (im Grunde) nicht repräsentiert.<sup>265</sup>

Die von *SPD-Vertretern* dominierten Äußerungen aus Reihen der Regierung weisen jenseits eines deutlich zum Ausdruck kommenden Ansinnens der Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung wenig inhaltliche Explikation auf.<sup>266</sup> Das Gesetz stelle „eine sorgfältige Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und den humanitären Anforderungen dar“ (G. Schröder, 2./3.03.02), es verbinde „wirtschaftliche Interessen und die Steuerung von Zuwanderung mit Humanität“ (ders., 4.03.02). Zuwanderung würde gemäß deutscher Interessen gesteuert und dadurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, dem entgegen Konkurrenzängste unbegründet seien: Gültigkeit komme dem Inländerprimat zu, dem „Vorzug inländischer Arbeitnehmer vor dem Zuzug ausländischer“ (ders., 26.02.02). Zuwanderung erscheint an Befürchtungen vor Arbeitsplatzkonkurrenz gekoppelt, die Verteidigung des eigenen Vorhabens auf Besänftigung zielend.<sup>267</sup> Der eigene Entwurf werde selbst mit „Vernunft“ gleichgesetzt, zu dessen Rechtfertigung nicht nur auf die Zustimmung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses verwiesen, sondern, unter Verweis auf Unterstützung „der beiden großen Kirchen“, die Verfolgung christlicher Werte proklamiert werde, wohingegen „die Gegner dieser Reform gesellschaftlich isoliert“ seien (ders., 4.04.02).<sup>268</sup> Eine innergesellschaftliche Trennlinie mit den eigenen Ansichten erscheint als Scheidekriterium, Widerspruch sei unvernünftig und unchristlich.<sup>269</sup> Das mit dem Gesetz verfolgte humanitäre Anliegen wird nur durch Anerkennung der „ohnehin geltenden Richtlinien, etwa der Genfer Konvention“, bezogen auf die nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung, konkretisiert, über die dieses nicht „hinausgehe“ (ders., 26.02.02).<sup>270</sup> Dem mit dem Gesetz anvisierten Ziel der Förderung der Integration von Ausländern wird in den Äußerungen aus Regierungskreisen gleichfalls kaum Beachtung zuteil; einzig

<sup>265</sup> Beiträge, die eine Regelung von Zuwanderung nicht inhaltlich tangieren, sondern nur Begleiterscheinungen und Folgen der Debatte und Abstimmungen vor allem betreffend die brandenburgische Koalition thematisieren sind hingegen zahlreich.

<sup>266</sup> Z. B.: „Die ausdrückliche Erwähnung des Wortes ‚Begrenzung‘ [...] sei keine ‚große Konzession‘. Es sei selbstverständlich, dass [...] erwähnt werde, dass es sich um ein Gesetz zur Begrenzung der Zuwanderung handle“ (O. Schily, 12.12.01); „[Es] werde nun noch mal deutlich gesagt, dass es um eine Begrenzung der Zuwanderung gehe“ (G. Schröder, 26.02.02).

<sup>267</sup> Z. B.: „Deutschland sei im Kampf um internationale Arbeitskräfte in einem harten Wettbewerb mit anderen Ländern und keinesfalls der attraktivste Ort. Die Befürchtung, ausländische Arbeitskräfte könnten den Menschen in Deutschland Arbeitsplätze wegnehmen, sei unbegründet. Die Anwerbung im Bereich der Informationstechnologie habe vielmehr gezeigt, dass für jede Fachkraft aus dem Ausland in Deutschland zwei bis drei zusätzliche Arbeitsplätze entstanden seien“ (O. Schily, 19./20.01.02); „Bei der Arbeitsmigration wurde vereinbart, dass, erst wenn kein inländischer Bewerber gefunden werde, der Platz mit einem Einwanderer besetzt werden könne“ (27.02.02).

<sup>268</sup> Z. B.: „Gemäß dem Wunsch des Kanzlers ist Schily also ‚optimistisch, dass die Vernunft siegen wird‘. [...] Mit Hinweis auf die Forderung der beiden großen Kirchen nach Verabschiedung des Gesetzes sagte Schily zur Union: ‚Entweder verzichten Sie auf das C in ihrem Firmenschild, oder Sie folgen dem Rat der Kirchen‘“ (14.12.01); „Die ‚Koalition der Vernunft‘, die Schröder anstrebt, kommt offenbar nicht zustande“ (27.02.02).

<sup>269</sup> Die Notwendigkeit der Begrenzung sowie deutschen Interessen folgenden selektiven Zulassung von Zuwanderung erscheint als gesellschaftlicher Grundkonsens, der Zuzug von Ausländern hingegen als gering zu haltende Belastung.

<sup>270</sup> Ferner z. B. auch: „Bei der Anerkennung der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung bekenne sich der Gesetzentwurf lediglich zu den Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention. ‚Eine Verschlechterung darf es hier nicht geben‘“ (V. Beck, 19./20.01.02); „Darunter wird es aber keine Regelung geben“ (P. Struck, ebd.). Überdies kommt „den humanitären Anforderungen“, die im Regierungsentwurf sorgfältig abgewogen seien (G. Schröder, 2./3.03.02), keine Relevanz zu. Sie erscheinen genauso wie die Höhe des Kindernachzugsalters als Verhandlungsmasse. Dies legt insbesondere die Berichterstattung zur Kompromissuche mit der Union und den Landesregierungen nahe; z. B.: „In den Verhandlungen mit [...] Brandenburg zeigte sich Schily optimistisch. Als offene Punkte nannte er insbesondere das Nachzugsalter für Kinder, den Aufenthaltsstatus von Opfern nichtstaatlicher Verfolgung und die Verteilung der Integrationskosten“ (19./20.01.02); „Brandenburg hatte eine Senkung des Nachzugsalters, die Einbeziehung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund sowie eine deutlich höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Integration der Ausländer als Bedingungen für eine Zustimmung genannt. In der SPD wurde gestern Entgegenkommen [...] signalisiert“ (25.01.02); „Schröder sagte [...], in den jüngsten Diskussionen sei es um fünf zentrale Punkte gegangen, in denen es Erwartungen der Länderregierungen gegeben habe. [...] Dabei handele es sich unter anderem um das Nachzugsalter für Kinder, die Begrenzung der Zuwanderung sowie den Vorzug inländischer Arbeitnehmer vor dem Zuzug ausländischer Arbeitnehmer [...] Bei der nichtstaatlichen Verfolgung sei erwähnt worden, dass es nicht über die ohnehin geltenden Richtlinien [...] hinausgehe“ (26.02.02).

das Statement: „Für die Grünen bleibe ein Zuwanderungsgesetz, das die Integration von Ausländern fördert, oberstes Ziel, sagten [...] Göring-Eckardt und [...] Beer“ (19.12.02), stellt dies heraus.<sup>271</sup> Die Forderung Sigmar Gabriels nach einer „Ausländerquote‘ an Grundschulen“ – „Mehr als 25 Prozent Anteil von Schülern aus anderen kulturellen oder ethnischen Herkunftsgebieten in den Klassen sind zu vermeiden“ (3.06.02) –, weist hingegen auf (drohende) Integrationsprobleme. Die zitierte, betreffend das Ziel Integrationsförderung unspezifische Proklamation aus Reihen der Grünen steht exemplarisch für die Beachtung deren Positionen: Forderungen oder Inhalte bleiben unkonkret.<sup>272</sup> Konkretisiert wird hingegen die auf Zurückweisung von Vorwürfen, der Regierungsentwurf führe zu einer grenzenlosen Ausweitung von Zuwanderung, gerichtete Verteidigung des Gültigkeit behaltenden Inländerprimats.<sup>273</sup> Ähnlich der speziell für die Grünen zu konstatierenden Charakteristika lässt sich das Erscheinen der Regierungskoalition insgesamt skizzieren: Eigene Vorstellungen und Grundsätze jenseits einer betonten Notwendigkeit der Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung werden kaum deutlich, wohingegen eine grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft kennzeichnend erscheint.<sup>274</sup>

Die Positionen von *CDU/CSU* treten deutlich zutage. Der Regierungsentwurf, der „unakzeptable‘ Gesetzentwurf“ (15.02.02), das „inakzeptable Gesetz“ (16.12.02), „sei nicht zustimmungsfähig“ (W. Bosbach, 27.02.02), er müsse „wesentlich‘ verändert werden“ (P. Müller, 15.02.02), „die Bestimmungen“ seien „grundlegend umzukrempeln“ (ders., 23./24.03.02).<sup>275</sup> Konstitutiv erscheint die Forderung nach einer konsequent umzusetzenden, gesetzlich fixierten Zuwanderungsbegrenzung.<sup>276</sup> Der Regierungsentwurf erweitere statt begrenze Zuwanderung hingegen: „Folge des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes“ wäre „eine dramatische Zuwanderung“, „[w]ir werden dafür sorgen, dass sich die Zahl nicht erhöht“ (G. Beckstein, 21.05.02), das „Punktesystem, mit dem der Zustrom ausländischer Fachkräfte nach Deutschland geregelt

<sup>271</sup> Weitere Thematisierungen betreffend Integration kontextualisieren diese (nur) als Frage der Kosten (z. B. 25.01.02).

<sup>272</sup> Zwar implizieren einige Passagen z. B. offenbar an humanitären Überzeugungen orientierte Prämissen, diese werden aber kaum näher expliziert; z. B.: „Claudia Roth sagte [...], ‚natürlich‘ seien die Grünen verhandlungsbereit, allerdings dürften die ‚Kernpunkte‘ des rot-grünen Entwurfs nicht ‚rausverhandelt‘ werden. Dazu zählte sie die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung und das Nachzugsalter ausländischer Kinder“ (21.01.02); „Wenn ‚das humanitäre Grundanliegen‘ erhalten bleibe, seien auch mit der Union Kompromisse möglich“ (K. Göring-Eckardt, 20.12.02). Die Grünen erscheinen prinzipiell verhandlungsbereit, auf nicht zur Disposition stehende Grundanliegen wird nur unspezifisch Bezug genommen, Grenzen der Verhandlungsbereitschaft bleiben unklar; z. B.: „Kerstin Müller zeigte sich angesichts der Kritikpunkte von [...] Müller (CDU) gesprächsbereit. Schwierig werde es aber beim Nachzug von Ausländerkindern sowie bei der Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung“ (12.12.01); „Wer in dieser wichtigen Frage zu einer Lösung kommen wolle, dürfe keine Bedingungen stellen, sagte Göring-Eckardt [...]. Volker Beck sagte [...], die Grünen seien zu ernsthaften Verhandlungen mit der Union bereit. ‚Man muss manchmal, wenn man zu einem Ergebnis kommen will, auch über den eigenen Schatten springen. Das wird auch für uns ein schmerzhafter Prozess sein‘, sagte er“ (20.12.02). Auch in Statements z. B. betreffend Appelle an die Union zur Zustimmung im Bundesrat (z. B. 4.03.02) oder Vorwürfe ob deren Blockadehaltung und fortwährenden Änderungswünschen, demzufolge sie bald keinen Konsens mehr für möglich erachteten (z. B. 15.02.02; 20.02.02), kommen eigene Positionen nicht zum Ausdruck. Zwar finden auch SPD-Forderungen nach Aufgabe von „Maximalpositionen“ der Grünen zur Erreichung eines parteiübergreifenden Kompromisses Erwähnung, Inhalte gehen aber auch damit nicht einher (11.02.02; vgl. auch 19./20.01.02).

<sup>273</sup> „Nur wenn sich kein Deutscher finden lässt, wird der Arbeitsplatz mit einem Ausländer besetzt“, so Beck“ (17.09.02).

<sup>274</sup> Dies legt speziell die Berichterstattung zu den Verhandlungen mit der Union und den Ländern nahe; z. B.: „[K]eine unüberwindbaren Hindernisse“ (O. Schily, 19./20.01.02); „Die rot-grüne Koalition will das bislang von CDU und CSU kompromisslos abgelehnte Zuwanderungsgesetz so ändern, dass es auch die Zustimmung der Union finden kann“ (23./24.02.02); „Im Gesetzestext werde nun noch mal deutlich gesagt, dass es um eine Begrenzung der Zuwanderung gehe. Die Koalition sei zudem dem Wunsch [...] nachgekommen, das Nachzugsalter auf zwölf Jahre zu begrenzen. [...] Bei der nichtstaatlichen Verfolgung sei erwähnt worden, dass es nicht über die ohnehin geltenden Richtlinien [...] hinausgehe. [...] Damit werde den an der Sache Interessierten die Zustimmung ermöglicht, sagte Schröder“ (26.02.02).

<sup>275</sup> Ferner z. B.: „Bosbach und Beckstein [betonten], die Union wolle ein ‚ganz anderes Gesetz‘ als Rot-Grün [...] ‚In allen wesentlichen Punkten‘ müsse die Regierung der Union entgegenkommen“ (15.02.02). Die Erfüllung ihrer Forderungen verbinde die Union auch mit der Drohung eines Wahlkampfes (z. B. 13.03.02; 16.09.02) – „Einen Stimmungswahlkampf gegen Ausländer hatte die Union schon vor knapp vier Jahren erfolgreich praktiziert“ (17.09.02).

<sup>276</sup> „Das Ziel, eine Begrenzung der Zuwanderung zu erreichen, ‚müsse konsequent umgesetzt‘ werden“ (P. Müller, 15.02.02); „Es dürfe insgesamt nicht zu einer Ausweitung der Zuwanderung nach Deutschland kommen“ (W. Bosbach, 18.12.02).

werden soll“, „werde man bei einer Regierungsübernahme ‚sofort kassieren‘“ (ders., 17.09.02).<sup>277</sup> Die entgegen des Regierungsentwurfs geforderte tatsächliche/stärkere Steuerung von Zuwanderung erscheint auf die Interessen des deutschen Arbeitsmarktes, eine Entlastung der Sozialsysteme und gegen eine aus weiterer Zuwanderung offenbar zwangsläufig resultierende Bedrohung der deutschen Gesellschaft und Identität gerichtet. Angesichts vier Millionen Arbeitsloser sei es „unverantwortlich, den Anwerbestopp für Ausländer [...] aufzuheben“ (ders., 19./20.01.02), eine „Öffnung des deutsche[n] Arbeitsmarkts für Ausländer‘ [sei] für die Union nicht akzeptabel“ (W. Bosbach, 27.02.02). „Zuwanderung in den Arbeitsmarkt“ dürfe „nur bei Bedarf“ erfolgen (P. Müller, 16.12.02), „nur dort [...], wo es ein wirkliches nationales Arbeitsmarktbedürfnis gebe“ (ders., 20.12.02), „Neuankömmlinge müssten Arbeitsplätze nachweisen können, die Zuwanderung in die Sozialsysteme müsse aufhören“ (R. Koch, 19.12.02).<sup>278</sup> Nach einem Wahlsieg wolle die Union „prüfen, ob die Sozialhilfe für Ausländer, die befristet in Deutschland leben, abgesenkt werden könne“ (G. Beckstein, 16.09.02). Eine aus dem Regierungsentwurf folgende „dramatische Zuwanderung“ „sei der Weg in die ‚multikulturelle Einwanderer-Gesellschaft‘“ (ders., 21.05.02): Die Grünen wollten „eine ‚andere Gesellschaft‘“, das sei „mit der Union nicht zu machen“ (ders., 15.02.02). „[D]as rot-grüne Gesetz [weitert] die Zuwanderung ‚massiv aus‘ und [macht] aus Deutschland ein ‚multikulturelles Einwanderungsland‘“ (P. Müller, G. Beckstein, 17.09.02). Forderungen nach einer „besseren Integration von Ausländern“ (17.09.02) und einer „Regelung der Integration der bereits hier lebenden Ausländer“ (P. Müller, 16.12.02) erfahren zwar wiederholt Betonung, bleiben aber unspezifisch. Forderungen nach einer (weiteren) Absenkung des Nachzugsalters für Kinder, ein „frühere[r] Nachzug“, „ein niedriges Nachzugsalter von Einwandererkindern“ (F. Merz, 13.12.01), heben befürchtete, sich verschärfende Integrationsprobleme hervor und besetzen Integration mit Belastung: „Diejenigen, die später kommen würden, wären schwerer zu integrieren und stellen deswegen die Problemfälle von morgen dar, sagte Merz“ (ebd.).<sup>279</sup> Die Forderung nach einem „Deutsch-Test für ausländische Erstklässler“, demnach „Ausländerkinder [...] nur noch dann auf die Grundschule dürfen, wenn sie vorher einen Deutsch-Test bestanden haben“ (R. Koch, 3.06.02), weist in dieselbe Richtung: Integration wird mit Anpassung und Behebung von Problemen verbunden sowie von Eingangsvoraussetzungen abhängig gemacht; sonst drohten „Problemfälle“. Das Grundrecht auf Asyl findet nur im Kontext von Missbrauch Erwähnung: „Für ein Einlenken der Union“ müsse „der Asylmissbrauch eingeschränkt“ werden (E. Stoiber, 10.12.01). „Zuwanderung aus humanitären Gründen“ sei zu begrenzen, sie „dürfe nicht über die Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention hinaus gehen“ (P. Müller, 20.12.02), bzw. müsse „auf den Bereich der Genfer Flüchtlingskonvention“ begrenzt werden (ders., 16.12.02).

Den im Bundestag *entgegen ihrer Fraktion stimmenden Unionsabgeordneten* kommt quantitativ und qualitativ kaum Bedeutung zu. Ihr abweichendes Votum sowie eine teils scharfe Kritik an der Haltung ihrer Partei finden zwar Erwähnung, werden aber nicht expliziert; unklar

<sup>277</sup> Z. B. auch: „Mit dem vorliegenden Entwurf würde sich ‚unsere Gesellschaft binnen weniger Jahre verändern‘, meinte Bosbach, der [...] für eine Minderung des Zuwanderungsdrucks [...] plädierte“ (14.12.01); „Das ist kein Zuwanderungsbegrenzungskonzept, sondern ein Zuwanderungserweiterungskonzept“ (P. Müller, 23./24.03.02); „[E. Stoiber und G. Beckstein kündigten an] [...] ein neues Gesetz vorlegen zu wollen, das die Zuwanderung ‚wirklich steuert und begrenzt‘“ (21.06.02).

<sup>278</sup> „Die Union hält der Regierung vor, [...] die Zuwanderung in die Sozialsysteme noch zu steigern“ (29./30.12.01).

<sup>279</sup> „Der Nachzug von Kindern nach Deutschland muss zu einem möglichst frühen Zeitpunkt stattfinden“ (ders., 13.12.01).



bleibt, was jenseits einer offenbar zwanghaften Kompromissnotwendigkeit für eine gesetzliche Zuwanderungsregelung als notwendig erachtet oder präferiert werde.<sup>280</sup>

Die *FDP* findet nur als geradezu inhaltsfreier Kommentator der Debatte zwischen Regierung und CDU/CSU Berücksichtigung. Eigene Positionen finden kaum Beachtung, sondern die durchweg knapp gefasste Erwähnung ihrer Sichtweisen beschränkt sich inhaltlich auf die Unterstützung des Regierungsentwurfs, bzw. „Sympathie für ein modernes Zuwanderungsrecht“ (14.12.01) im „nationalen Interesse“ (W. Gerhardt, 13.06.02).<sup>281</sup>

Noch marginaler gestaltet sich die Rolle der *PDS*, deren Positionen nicht konkretisiert werden. So wird zwar z. B. vermeldet, dass sie im Innenausschuss und im Bundestag gegen das Gesetz stimmen werde bzw. gestimmt (28.02.02; 1.03.02) oder dem entgegen „Sympathie für ein modernes Zuwanderungsrecht“ (14.12.01) bekundet habe, die Gründe bleiben aber offen.<sup>282</sup>

Der *Großen Koalition Brandenburgs*, speziell Ministerpräsident Stolpe (SPD) und Innenminister Schönbohm (CDU), kommt zwar quantitativ herausragende Bedeutung zu, sie beschränkt sich aber weitgehend auf koalitionsinterne Konflikte betreffend das Bundesratsvotum sowie die (möglichen) Folgen der umstrittenen Stimmabgabe auf den Fortbestand der Koalition.<sup>283</sup> Die auf weitere Restriktionen gerichteten und Zuwanderung und damit potenziell verbundene Kosten problematisierenden Forderungen, unter anderem Nachbesserungen zur Begrenzung, Senkung des Kindernachzugalters, engere Fassung der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung und der Härtefallklausel, keine Benachteiligung deutscher Arbeitnehmer und eine höhere Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten, werden nicht kontextualisiert.<sup>284</sup> Auch Äußerungen von Stolpe und Schönbohm, die Zuwanderung als Belastung und Problem setzen (z. B.: „Ein Zustrom von Zuwanderern wäre für Deutschland nicht zu verkraften“, M. Stolpe, 2./3.02.02; „Mehr Zuwanderung liege [...] nicht im Interesse des

<sup>280</sup> Z. B.: „Schwarz-Schilling (CDU) kritisierte indes heftig die Haltung der Union in der Zuwanderungspolitik“ (30.11.01); „Süssmuth (CDU) hat von der Führung der Union mehr Kompromissbereitschaft in der Zuwanderungsfrage gefordert. [...] Die Linie, die von der Unions-Spitze gefahren wird, führt in eine Sackgasse“ (18.02.02); „Geißler [warnte] davor, das Gesetz scheitern zu lassen“ (1.03.02). Auch teils scharf formulierte Warnungen vor z. B. einer „Kampagne zum Thema Ausländer“ (4.04.02) oder einem „Ausländerwahlkampf“ (22./23.06.02) und einer drohenden „Radikalisierung der Gesellschaft“ (27.03.02) werden erwähnt. Weitergehend wird die Kritik jedoch nicht verfolgt.

<sup>281</sup> „Das Gesetz werde zu 90 Prozent von der FDP akzeptiert und liege ‚im Großen und Ganzen im nationalen Interesse‘“ (W. Gerhardt, 13.06.02); „[D]ie Liberalen hätten sich seit Jahren dafür eingesetzt, die Zuwanderung nach Deutschland auf gesetzlichem Wege zu steuern und zu begrenzen. Die jetzige Regelung entspreche weitgehend den Vorstellungen seiner Partei“ (R. Brüderle, 22./23.06.02). Zugleich wird die FDP in den Reigen der Befürworter des Regierungsentwurfs in Abgrenzung zur Union subsumiert (z. B. 29./30.12.01). Auch im Rahmen der wiederholten Erwähnung ihres deutlichen Widerspruchs gegenüber Ankündigungen der Union, das Regierungsgesetz in einer gemeinsamen Koalition nach der Wahl z. B. „kassieren“ (24.06.02) oder „rückgängig“ (21.06.02) machen zu wollen, werden Inhalte nicht explizit.

<sup>282</sup> Ähnlich wird mit geäußertem Unmut ob der Nichtbeteiligung an der parteiübergreifenden Konsenssuche der Regierung verfahren: Gründe und Positionen bleiben unklar (z. B.: „Für die PDS ist das Gesetz im Bundesrat ‚nicht zustimmungsfähig‘“, 2./3.03.02); dass die rot-roten Landeskoalitionen dem Regierungsentwurf doch zustimmten, bleibt unkommentiert.

<sup>283</sup> Inhaltlichen Statements zu einer Zuwanderungsregelung kommt eine eher marginale Rolle zu; neben Erwähnung der an eine Zustimmung Brandenburgs geknüpften (Nach-)Forderungen und der Frage, ob diese im Zuge der fortschreitenden Verhandlungen erfüllt seien, finden diesbezüglich überdies nur Stellungnahmen Stolpes und Schönbohms Berücksichtigung.

<sup>284</sup> Z. B.: „Man sei sich einig, dass Nachbesserungen zur Begrenzung der Zuwanderung erforderlich seien, damit Brandenburg [...] zustimmen könne“ (J. Schönbohm, 1./2.12.01); „Brandenburg hatte eine Senkung des Nachzugalters, die Einbeziehung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund sowie eine deutlich höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Integration der Ausländer als Bedingungen [...] genannt“ (25.01.02); „Stolpe (SPD) hat neben den Verbesserungen bei der Arbeitsmigration und dem Nachzugsalter noch die ausdrückliche Fixierung der ‚Zuwanderungsbegrenzung‘ im Gesetz und die Übernahme der Integrationskosten durch den Bund verlangt“ (27.02.02); „So soll gesichert werden, dass Zuwanderung nicht zur Benachteiligung deutscher Arbeitnehmer führt, die so genannten Integrationskosten nicht zu Lasten der Länder und Kommunen gehen. Die Härtefallklausel soll enger gefasst werden, der Abschiebeschutz bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nicht größer als bei europäischen Nachbarn sein“ (22.03.02). Die Forderungen Brandenburgs werden in einem redaktionellen Kommentar auch mit Verweis auf „Widerstände in der Bevölkerung“ verteidigt: „Aber Stolpe wie Schönbohm haben auch in der Sache weiter gedacht [...]. Der Ministerpräsident weiß, wie groß die Widerstände in der Bevölkerung sind, wenn es um die weitere Integration geht“ (J. Legner, 19./20.01.02).

Landes“, J. Schönbohm, 7.03.02), und den Zuzug von Ausländern mit einem Erstarren von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verbinden, werden nicht reflektiert.<sup>285</sup>

Hinsichtlich *außerparlamentarischer Akteure und Akteursgruppen* erscheint zuvorderst eine stete Subsumierung und Homogenisierung eines offenbar breiten gesellschaftlichen Bündnisses von Befürwortern des Regierungsentwurfs, geradezu aller jenseits der Union, die diese aufforderten, sich einer Neuregelung nicht zu verschließen und einem Kompromiss zuzustimmen, sowie deren grundsätzliche Unterstützung des geplanten Gesetzes konstitutiv, demnach alle Parteien zu einem baldigen Konsens gedrängt würden.<sup>286</sup> Inhalte der jeweils auch für sich auf eine gemeinsame Stimme reduzierten Referenzgruppen sind damit aber in der Regel nicht verbunden und auch insgesamt spärlich. Den Gewerkschaften sowie dem Zentralrat der Juden wird darüber hinaus nicht weiter Beachtung geschenkt. Vertreter von Kirchen werden nur noch zweimal eigenständig, dabei aber nur appellativ erwähnt.<sup>287</sup>

Äußerungen der vielfach homogenisierten *Wirtschaft und Industrie oder so genannter Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten* zeichnen sich fast allein durch Appelle nach einem Kompromiss, Warnungen vor einem Scheitern des vorliegenden, modernen Gesetzentwurfs und einer Distanzierung gegenüber der Haltung und der Strategie der Union aus; inhaltlich unterfütterte Sichtweisen oder Forderungen und zugrunde liegende Intentionen oder Argumentationen treten kaum zutage.<sup>288</sup> Unter Berufung auf „Arbeitsmarktforscher“ und „Bevölkerungswissenschaftler“ werden auch demographische Gründe ins Feld geführt: „Zuwanderung ist dringend nötig“, denn aufgrund eines Bevölkerungs- und Geburtenrückgangs drohe schmerzhafter Arbeitskräftemangel (11.12.01; 29./30.12.01).<sup>289</sup> Die Forderung nach Zulassung dringend benötigter Facharbeitskräfte, samt einer faktisch erfolgenden Zuwanderung problematisierenden Sprachgebrauchs bringt auch der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsfor-

<sup>285</sup> Z. B.: „Schönbohm für restriktiven Zuzug von Ausländern [...] Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von rund 17 Prozent in Brandenburg dürfe ein ungesteuerter Zuzug von Ausländern keinesfalls zugelassen werden. Brandenburg wolle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weiter bekämpfen. Durch einen unbegrenzten Zuzug von Ausländern würde nur ‚Wasser auf die Mühlen‘ der Rechten gegossen“ (24.01.02); „Wichtig sei, dass die Zuwanderung begrenzt werde und zudem nur in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme erfolge“ (J. Schönbohm, 30.01.02); „Warnung vor Fremdenfeindlichkeit durch Zuwanderung [...] Stolpe (SPD) hat vor mehr Ausländerfeindlichkeit durch das geplante Zuwanderungsgesetz gewarnt. ‚Ein Zustrom von Zuwanderern wäre für Deutschland nicht zu verkraften‘“ (2./3.02.02).

<sup>286</sup> Entsprechende Subsumierungen erfolgen in verschiedensten Konstellationen; z. B.: „Doch die Union will weder den Kirchen noch der Wirtschaft folgen, die abermals ein Zuwanderungsgesetz ‚unbedingt noch vor Wahl‘ forderte (14.12.01); „Auf der einen Seite stehen die rot-grüne Koalition, [...] Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen, der Zentralrat der Juden und humanitäre Organisationen – auf der anderen Seite CDU und CSU“ (29./30.12.01); „Die Deutsche Wirtschaft, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nation [...] warnten davor, das Gesetz scheitern zu lassen“ (1.03.02); „Auch Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Kirchen forderten einen Konsens“ (2./3.03.02).

<sup>287</sup> Die Forderung nach einem sensiblen Wahlkampf, Hoffnung, dass „keine zusätzlichen Vorbehalte gegen Ausländer geweckt werden“ (22./23.06.02), sowie Klagen ob eines „Verfall[s] politischer Werte“ (27.03.02) werden aber nicht expliziert.

<sup>288</sup> Z. B.: „Wirtschaft drängt [...] Wirtschaftsexperten drängen auf das Zuwanderungsgesetz. Der Entwurf bringe einen erheblichen Fortschritt“ (10.12.01); „Industrie kritisiert Haltung der Union [...] CDU und CSU hätten sich auf ein ‚völlig falsches Schlachtfeld‘ begeben“ (H.-O. Henkel, 15./16.12.01); „Wirtschaft fordert das Zuwanderungsgesetz [...] Deutschland [muss] die Chance für ein modernes Zuwanderungsrecht nutzen. ‚Die Reformfähigkeit Deutschlands darf auch in Wahljahren nicht zum Erliegen kommen‘“ (L. G. Braun, ebd.); „Wirtschaft will kein Wahlkampfthema Zuwanderung“ (22./23.06.02); „Die Wirtschaft [...] drängte auf eine rasche Neuregelung“ (19.12.02).

<sup>289</sup> Zuwanderung wird als Instrument zur Minderung bzw. Milderung von bestehendem und prognostiziertem Bedarf erachtet: „Die deutsche Gesellschaft stehe wegen des Bevölkerungs- und Geburtenrückgangs vor gravierenden demographischen Veränderungen [...]. Ohne gesteuerte Zuwanderung komme es zu schmerzhaftem Mangel an Arbeitskräften“ (11.12.01); „Zuzug für stabilere Renten [...] Die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte könnte, so die Forscher, das Problem zwar nicht völlig lösen, aber die negativen Folgen abmildern“ (29./30.12.01).

schung, Zimmermann, zum Ausdruck: „Wir haben bereits offene Grenzen für Illegale und Billiglöhner aus Osteuropa. Das heißt, die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist schon da. Aber sie ist nicht da, wo wir sie dringend benötigen: bei den qualifizierten Facharbeitern“ (30.05.02).<sup>290</sup>

Als weitere *qua Funktion parteipolitisch unabhängige Akteure* finden die Ausländerbeauftragten des Bundes, Brandenburgs und Sachsens, Bundespräsident Rau, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie die Präsidentin des Deutschen Städtetages Beachtung; gemäß Forschungsinteresse relevante Positionen treten dabei aber kaum zu Tage, potenzielle Anknüpfungspunkte werden nicht weiter verfolgt.<sup>291</sup> Ausdrücklich betrifft dies ein Anliegen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes nach einer „Integrationsoffensive“ (4.01.02); die Forderung wird nicht expliziert oder kontextualisiert, Integration erscheint auf Kosten reduziert.<sup>292</sup> Bundespräsident Rau findet bis zur Bundesratsabstimmung nur mit der Forderung nach einem parteiübergreifenden Konsens Beachtung, wobei aber ein für ihn bestehender „Grundkonsens der Parteien“ formuliert wird, der allein Bedingungen an Zuwanderer beinhaltet und Integration eindimensional begreift: Dauerhaft Hinzukommende müssten „unsere“ Regeln und Pflichten befolgen (28.01.02).<sup>293</sup> Im Folgenden erfährt er zwar häufiger Erwähnung, eine Regelung von Zuwanderung wird aber nicht tangiert. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Beck, kritisierte zum einen die Union, deren Forderungen ein „Verhinderungskatalog“ seien, „der das Gesetz in sein Gegenteil verkehre“, und warnte die Grünen vor „zu weit gehenden Kompromissen“ (13.02.02). Zum anderen habe sie die Kassierung des Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht „als Rückschlag für den Flüchtlingsschutz“ gewertet (19.12.02). Von welchen Argumenten ihre Sichtweisen bestimmt sind, bleibt offen. Die brandenburgische Ausländerbeauftragte Berger findet einmal mit Kritik an der betreffend Zuwanderung Belastungen und Gefahren assoziierenden, Ängste schürenden Metaphorik des brandenburgischen Innenministers sowie einer damit einhergehenden Verteidigung des nunmehr, gerade unter Einbeziehung der ihres Erachtens erfüllten Nachforderungen Brandenburgs vorliegenden Regierungsentwurfs Beachtung: Er enthalte „eine Fülle von Begrenzungen gegen den Zuzug und berücksichtige arbeitsmarktpolitische Interessen“ (18.03.02).<sup>294</sup> Ihr sächsischer Amtskollege Sandig wird auf eine Begrüßung des Gesetzes, „das erstmals klare Regelungen zur Zuwanderung treffe“, sowie der Unterschrift Raus und den Verweis an das Bundesverfassungsgericht reduziert (21.06.02). Speziell die Verteidigung des Regierungsentwurfs durch die beiden Landesausländerbeauftragten untermauert die offensichtliche Notwendigkeit der Be-

<sup>290</sup> Weitere Sichtweisen der Wissenschaft, die, wie erwähnt, homogenisiert in den Reigen der Befürworter des Regierungsentwurfs subsumiert wird, beschränken sich auf eine Einschätzung des Bevölkerungswissenschaftlers Birg, der „das Argument, Deutschland brauche Ausländer-Zuzug aus demographischen Gründen“ für „falsch“ erachte, da dem „Alterungstrend“ einzig durch Anhebung der Geburtenrate wirksam zu begegnen sei (9.04.02).

<sup>291</sup> Äußerungen der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Roth, beziehen sich nur auf den Vorbereitungsstand der Kommunen betreffend die geplante Umsetzung des ZWG zum 1.01.03 und entsprechende Schwierigkeiten (25.10.02; 16.12.02).

<sup>292</sup> Bund und Länder sollten sich „nach dem Willen der Kommunen zügig auf ein Gesetz verständigen“, wobei aber „Städte und Gemeinden nicht mit neuen Kosten belastet werden [dürften]“, was auch „für eine dringend notwendige Bildungs- und Integrationsoffensive für ausländische Mitbürger“ gelte (ebd.).

<sup>293</sup> „Rau beschrieb als Grundkonsens der Parteien: ‚Wer bei uns dauerhaft lebt, muss unsere Sprache lernen und verstehen, er muss auf dem Boden unserer Gesetze stehen und seine Pflichten als Staatsbürger erfüllen. Und er muss wissen: Wir sind kein Land für religiösen Fanatismus und Bürgerkriege‘“ (28.01.02).

<sup>294</sup> So habe Berger Schönbohm vorgeworfen, „Ängste zu schüren“, da „er wie andere Unionspolitiker“ den Eindruck erwecke, „dass der Gesetzentwurf einen unübersehbaren Strom von Zuwanderern zur Folge“ habe; die „beschworene ‚nationale Identität‘, die angeblich durch mehr Zuwanderung bedroht sei“, halte sie angesichts der Anstrengungen Brandenburgs, ein „positives Klima, Offenheit und Akzeptanz für Ausländer im Land zu schaffen“, für „kontraproduktiv“.

grenzung des Zuzugs von Ausländern unter Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Interessen sowie klarer Regeln für Zuwanderung. Sichtweisen aus der Warte von Migranten sind hingegen nicht repräsentiert.

Aus dem Bereich *so genannter humanitärer Organisationen*, welche homogenisiert im Bündnis der Befürworter des Regierungsentwurfs subsumiert werden, findet nur „die Menschenrechtsorganisation Amnesty International“ eigens Erwähnung, die, gleich der Bundesausländerbeauftragten, die Kassierung des Regierungsentwurfs durch das Bundesverfassungsgericht als „Rückschlag für den Flüchtlingsschutz“ gewertet habe (19.12.02); was mit „Rückschlag“ gemeint ist, bleibt offen. Auch dessen Unterstützung durch das „Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen“: „UNHCR für Regierungsentwurf“ (1.03.02), der ihm „beim Flüchtlingsschutz wichtige Verbesserungen“ attestiere, „ohne das Asylrecht auszuweiten“, „[d]ie Regelung für den Schutz nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung erfülle das Völkerrecht auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention“, wird nicht weiter expliziert, legt aber ähnlich den Schluss nahe, das Gesetz käme einer Verbesserung der Situation von Flüchtlingen gleich.<sup>295</sup>

Eine Perspektive von *Migranten* ist nicht direkt repräsentiert. Zwar impliziert ein Artikel, dass ihre Perspektive einbezogen würde: „Ausländer sehen sich als Opfer des Parteiengerangels [...] Betroffene klagen über Wahlkampf mit dem Thema Zuwanderung“, ergänzt durch ein Foto eines türkischen Gemüseladens in Berlin (27.03.02). Die zitierten Sprecher sind aber kommunale Ausländerbeauftragte ohne und der Vorsitzende einer Kommunalen Ausländervertretung mit türkischem Migrationshintergrund. Es wird (maßgeblich) über Ausländer gesprochen, obwohl die Zitierten als „Vertreter von Ausländern in Deutschland“ bezeichnet werden und suggeriert wird, dass sie für „die ausländische Bevölkerung“ sprächen, bzw. sie repräsentierten.<sup>296</sup> Offen zum Ausdruck kommt zudem zwar einerseits generelle Kritik an der vor allem parteipolitisch instrumentalisierten Debatte bzw. fehlendes Verständnis für deren Verlauf, mit einer Zuwanderung mittlerweile, speziell im Vorfeld des aufziehenden, grundsätzlich polemisierenden Wahlkampfes, geradezu ausschließlich problematisierenden Betrachtung mit „negative[n] Auswirkungen auf das Gesamtklima in der Gesellschaft“, „zu Lasten der Ausländer“. Sowie andererseits Zustimmung für bzw. Vorfreude auf das kommende Gesetz und den Umstand, dass in Deutschland endlich „Migrationspolitik“ betrieben würde. Speziell die geplanten Regelungen und auch Zuwanderungspolitik in Deutschland generell werden dabei aber nicht inhaltlich thematisiert – Statements wie „Das „Migrationsproblem muss besprochen werden“ oder „Auf der Haben-Seite bleibe, dass endlich Migrationspolitik gemacht werde“, dies sei „ein großer Fortschritt“, bleiben unspezifisch. Migration und Integration erscheinen hingegen zuvorderst im Kontext von Problemen, denen (endlich) per Gesetz steuernd zu begegnen sei.<sup>297</sup>

Obwohl sich die *LR-Redaktion* in 16 *Kommentaren* der Debatte um das ZWG zuwendet, und ein Gesetz als notwendig – und speziell den Regierungsentwurf als z. B. „wichtig und richtig“ (Bernarding, 1.03.02) –, unter Berufung auf alle gesellschaftlich relevanten Gruppen jenseits der Union als gewollt und gefordert erachtet, sind die sich von Zustimmung zum einen

<sup>295</sup> Andere Akteure z. B. von Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Flüchtlings- und Asylpolitik, die unter anderem den Gesetzentwurf oder die Konnotationen der Debatte (kritisch) beleuchten würden, finden keine Erwähnung.

<sup>296</sup> U. Ehrlichmann, Ausländerbeauftragte Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg; U. Neumann, Ausländerbeauftragte Stadt Hamburg; H. Sitki, Vorsitzender Kommunale Ausländervertretung Frankfurt (Main).

<sup>297</sup> Diese Kontextualisierung unterfüttern auch die Hinweise: „Berlin-Kreuzberg, eine[r] der ausländerreichsten Bezirke der Hauptstadt“, bzw. der „ausländerreiche Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg“.

sowie Ablehnung der Blockadepolitik der Union zum anderen ausweisenden Kommentierungen kaum inhaltlich unterlegt.<sup>298</sup> Im Grunde sind im Gesamten keine Positionierungen betreffend eine Regelung von Zuwanderung zu attestieren.<sup>299</sup> Dies selbst angesichts einer wiederholten Akzentuierung der Wichtigkeit und Emotionalität dieser Frage für die Gesellschaft und in der Bevölkerung bestehender Ängste vor (weiterer) Zuwanderung, wie dies etwa Klaschka (29./30.12.01) konstatiert: „Der Zuzug von Arbeitsmigranten rührt an Ängste und weckt Vorurteile.“<sup>300</sup> Auch mit der Würdigung der auf eine Politik des Ausgleichs gerichteten, sich zwischen den parteipolitischen Fronten bewegenden brandenburgischen Landesregierung, die zugleich als Vorbote einer Großen Koalition im Bund gedeutet wird, geht keine Reflexion deren Forderungen und Positionierungen einher.<sup>301</sup> Entgegen inhaltlicher Betrachtungen der Debatten und entsprechender Regelungsansätze wird nur wiederholt einer Befürwortung eines parteiübergreifenden Minimalkonsenses Ausdruck verliehen, wobei aber faktischen Inhalten keine Relevanz zukommt. Hauptsache eine Regelung der Zuwanderung, erscheint als wiederkehrendes Credo. Einzig Legner (19.12.02) lässt anlässlich der Kassierung des Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht eigene, wenngleich gänzlich unspezifische Vorstellungen erkennen.<sup>302</sup>

Die Berichterstattung zum ZWG begleitenden *grafischen Stilmittel* widmen sich fast ausschließlich den (deutschen) Protagonisten und Kommentatoren der (parteipolitischen) Kontroversen sowie deren Begleiterscheinungen.<sup>303</sup> Selten werden zwar auch Zuwanderung und zu absolvierende Integrationsprozesse grafisch dargestellt oder (augenscheinlich) Nichtdeutsche

<sup>298</sup> Z. B.: „Alle anderen Parteien wollen es, auch die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen“ (Bernarding, 1.03.02); „Weil CDU und CSU [...] mit ihrer Ansicht allein auf weiter Flur stehen [...]“ (ders., 25.03.02). Selbst Konstatierungen, dass der Regierungsentwurf „unvollkommen“, aber „der beste Kompromiss“ sei, „der in dieser politischen Konstellation erreichbar war“ (ebd.), „das Gesetz den Geist der Vernunft und des Kompromisses“ trage (ders., 12.06.02) oder die Haltung der SPD, „da vom guten Geiste beseelt, endlich ein akzeptables Zuwanderungsrecht zu schaffen“ „weniger verwerflich [scheint] als die bretteharte Haltung der Union“ (Bernarding, 25.03.02), werden nicht kontextualisiert.

<sup>299</sup> In weiten Teilen werden nur die Begleiterscheinungen und Auswirkungen der Debatte thematisiert. Dass die Regierung mit immer neuen Angeboten die Union zur Zustimmung zu bewegen suche, findet zwar ob der vermeintlichen Nutzlosigkeit immer wieder kritische Würdigung, dass entsprechend aber kaum indisponible eigene Grundhaltungen mit dem Gesetz verbunden scheinen, bleibt unreflektiert. Auch die als „Gratwanderung“ betrachtete Strategie der Union, einerseits die Unverträglichkeit von Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, andererseits das Werben Bayerns um osteuropäische Pflegekräfte (Vetter, 17.09.02), bleibt ob der offensichtlichen Instrumentalisierung von Zuwanderern zur Behebung von Defiziten unkommentiert.

<sup>300</sup> Z. B.: „[D]as so mit Emotionen überfrachtete Thema der weiteren Zuwanderung von Ausländern“ (Legner, 19./20.01.02); „diese so emotionsgeladene Frage“ (ders., 21.03.02); „ein so wichtiges Thema“ (Herbst, 27.03.02); „Der Ministerpräsident [Stolpe; M. M.] weiß, wie groß die Widerstände in der Bevölkerung sind, wenn es um die weitere Integration geht“ (Legner, 19./20.01.02). Auch Kritik an der Instrumentalisierung augenscheinlich bestehender Vorbehalte für Wahlkampfzwecke bleibt weitgehend unspezifisch (z. B. Bernarding, 12.06.02). Von Legner (19./20.01.02) wird die Forderung nach einem baldigen Kompromiss zur Vermeidung eines Wahlkampfes mit dem Thema Zuwanderung nur durch Verweis auf die Gefährlichkeit einer „polemisch geführte[n] Debatte“ flankiert, „denn von der Fremdenfeindlichkeit profitieren im Zweifelsfall eher die Parteien rechtsaußen“; durch einen Kompromiss würde „eine Schlammschlacht zu Lasten der Ausländer vermieden“.

<sup>301</sup> Die Zuwanderung, auch mit Verweis auf offenbar große Widerstände in der Bevölkerung, generell problematisierenden Sichtweisen werden nicht thematisiert; z. B.: „Die Potsdamer Erfahrungen legen [...] eine Politik des Ausgleichs nahe – und genau das versuchen der Regierungschef und sein Stellvertreter“ (Legner, 19./20.01.02).

<sup>302</sup> Was aus seiner Sicht geboten wäre, bleibt offen: „Was gestern [...] kassiert wurde, ist kein Urteil gegen einen Versuch, endlich eine bessere Regelung zu finden für alle die, die zu uns kamen und noch kommen wollen. [...] Nun hält sich, allen Unkenrufen zum Trotz, der Schaden in Grenzen. Eine bedeutende Verbesserung für die hier lebenden Ausländer war das von den Richtern kassierte Gesetz nicht. Es enthielt immerhin verbesserte Angebote zur Integration. [...] Nun mögen es dennoch viele aus guten Gründen bedauern, dass wir bei der Aufnahme von Flüchtlingen weiterhin keine gesetzlichen Grundlagen für humane und großzügige Regelungen haben. [...] Es wäre gut, wenn [Brandenburg jetzt] für ein neues, allseits akzeptiertes Zuwanderungsgesetz [streitet]. Damit bei diesem wichtigen Thema nach der Posse endlich eine belastbare Mehrheit den Ausländerhassern das Maul stopft“ (ebd.).

<sup>303</sup> Von insgesamt 57 (Portrait-)Fotos bilden 51 nur Deutsche ab, drei von vier Zeichnungen kommentieren die Begleiterscheinungen der Debatte, eine von zwei Grafiken stellt die Stimmenverteilung im Bundesrat dar.

abgebildet, eine besonders akzentuierte Konnotation ist aber nicht zu konstatieren.<sup>304</sup> In Stichpunkten werden „Eckpunkte der neuen Zuwanderungsregelung“ (2./3.03.02) und „Kernpunkte des Gesetzes“ (22.03.02) formuliert; einleitend wird das Ansinnen der Begrenzung und Steuerung herausgestellt.<sup>305</sup> Die Wiedergaben zeigen sich vor allem dahingehend auffällig, als die Inhalte und Intentionen des Gesetzentwurfs (weit) deutlicher zutage treten, als im Weiteren der Berichterstattung; Maßnahmen zur unter anderem Freiheitseinschränkung/-entziehung, Aufenthaltsbeendigung, erkennungsdienstlichen Behandlung oder Bestrafung von (unerwünschten) Zuwanderern finden überdies keine Erwähnung.<sup>306</sup> Am 29./30.12.01 erfolgt eine die Debatte um das ZWG beleuchtende Skizze derart, als der aktuell alarmierende Mangel an Facharbeitskräften, die dramatisch anmutende demographische Entwicklung sowie das gefährdete Rentensystem als Resultat des lange währenden Verzichts auf die Auswahl von Zuwanderern „nach arbeitsökonomischen Gesichtspunkten“, „mit vielfältigen negativen Folgen“, kontextualisiert wird. Obgleich auch auf „viele Gesichter“ von Zuwanderung sowie das seit Jahrzehnten faktische Einwanderungsgeschehen Bezug genommen wird, wird sich einzig der wohlbekannteren Argumentation bedient: In Reaktion auf die „vielfältigen negativen Folgen“ der bisherigen Politik müsse Deutschland, so mit Verweis auf die „den Paradigmenwechsel“ „einhellig“ begrüßende „Fachwelt“, Zuwanderung (endlich) gemäß eigenen Interessen steuern (ebd.).<sup>307</sup> Dem mit Inkrafttreten des Gesetzes neu zu schaffenden „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ wird nur eine Kurzmeldung gewidmet: Die Bundesregierung wolle damit „die Eingliederung von Ausländern auf eine neue Grundlage stellen“, es solle, so Bundesinnenminister Schily, „zum Kompetenzzentrum für alle Fragen der Zuwanderung werden“ (10.07.02).

<sup>304</sup> Von sechs (auch) (augenscheinlich) Nichtdeutsche abbildenden Fotos sind drei teils identisch: Im Zentrum steht ein Werbeplakat Hessens für „Integration“ (29./30.12.01; 20.03.02; 4.04.02). Am 27.02.02 sind drei Personen mit offensichtlichem Migrationshintergrund vor einem türkischen Grill-Imbiss abgebildet, am 21.03.02 eine Frau mit Kopftuch beim Lesen eines Deutsch-Lernbuchs, am 27.03.02 eine Frau mit Kopftuch vor der Gemüseauslage eines Ladens. Eine Zeichnung kontextualisiert das Herkunftsland eines als dunkelhäutig dargestellten Zuwanderers mit einer „Bananenrepublik“ (19.03.02). Eine Grafik visualisiert das „Einwanderungsziel Deutschland [...] Zu- und Abwanderungen von Ausländern“ (1991-2000) (27.02.02).

<sup>305</sup> „Mit ihrem Gesetzentwurf [...] will die rot-grüne Koalition die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte steuern und die Zuwanderung begrenzen“ (2./3.02.02); „Migration soll gesteuert und begrenzt werden“ (22.03.02).

<sup>306</sup> Allein exemplarisch: „Das Gesetz dient ‚der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern‘. Dabei sollen die Integrationsfähigkeit sowie die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen berücksichtigt werden. Zugleich wird aber darauf verwiesen, dass Deutschland seine humanitären Verpflichtungen erfüllt. [...] Vorrang vor der Anwerbung von Ausländern haben die Qualifizierung von Arbeitslosen und Ausländern, die bereits im Inland leben. Vor der Anstellung von Ausländern müssen die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt geprüft werden. [...] Dabei geht der Entwurf nicht über die Genfer Flüchtlingskonvention hinaus. [...] Wer wieder ausreisen muss, kann künftig in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder sogar verpflichtet werden, sich in speziellen Ausreiseeinrichtungen aufzuhalten. Zur Sicherung der Identität sollen bei Visa-Beantragung [...] Lichtbilder und Fingerabdrücke gefertigt werden können. Strafe droht künftig bei falschen Angaben über Identität und Staatsangehörigkeit. [...] Asylbewerber, die die Dauer ihres Aufenthaltes missbräuchlich in die Länge gezogen haben, sollen von den höheren Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgeschlossen werden. [...] Im Aufenthaltsgesetz wird ein Mindestrahmen für staatliche Integrationsangebote festgesetzt. [...] ‚Für die Teilnahme am Integrationskurs kann unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ein angemessener Kostenbeitrag erhoben werden.‘ Nicht-Teilnahme kann zu Nachteilen bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis führen. [...] Die Asylverfahren sollen beschleunigt werden. [...] Auf Ersuchen einer Landesregierung kann in Ausnahmen ein Aufenthaltstitel erteilt oder verlängert werden, ‚wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit rechtfertigen‘“ (2./3.03.02). Am 19.12.02 werden als die „drei zentralen Punkte: Ausrichtung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt an den nationalen Bedürfnissen mit dem Vorrang für heimische Arbeitskräfte, humanitäre Regeln für Asylbewerber und den vorübergehenden Aufenthalt von Flüchtlingen sowie erstmals Regeln für die Integration von Zuwanderern“, genannt.

<sup>307</sup> Auch am 21.06.02 wird in einem ergänzenden, mit „Hintergrund“ und „Einwanderungsland“ überschriebenen Textblock auf die Faktizität des Einwanderungsgeschehens abgestellt: „Faktisch ist Deutschland ein Einwanderungsland, auch wenn das offizielle Verständnis ein anderes war. [...] Trotz einer Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen verlief die Zuwanderung bislang unkoordiniert und ungesteuert. Das Ausländerrecht gilt als kompliziert und nur noch für Fachleute überschaubar.“

### 5.4.1.3 Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung)

Qualitativ weicht die Berichterstattung kaum von der der beiden anderen analysierten Medien ab. Statements jenseits SPD und CDU/CSU, vor allem von Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden sowie so genannten Arbeitsmarktexperten, finden aber umfassender (auch inhaltlich unterfüttert) Beachtung.<sup>308</sup> In einem Artikel kommen Migranten selbst zu Wort.

Für Äußerungen aus Reihen der *Regierung* repräsentiert der wirtschaftliche Nutzen der Zulassung von ausgewählten hochqualifizierten Zuwanderern den zentralen Bezugspunkt. Befürchtungen, ausländische Fachkräfte könnten Inländern Arbeitsplätze wegnehmen, werden mit Verweis auf zusätzlich entstehende Arbeitsplätze zurückgewiesen, wohingegen eine Verweigerung gegenüber qualifizierter Zuwanderung mit wirtschaftlichem Rückfall gleichgesetzt wird.<sup>309</sup> Formulierungen wie „[d]ie Grundstruktur des Zuwanderungsgesetzes sei richtig“ (O. Schily, 19./20.01.02), das „modernste Europas“ (ders., 19.12.02), „Deutschland braucht ein Instrument, um Zuwanderung angemessen zu steuern und zu begrenzen und die Integration von Ausländern zu fördern“ (D. Wiefelspütz, 15.02.02) oder „[d]ie Koalitionsredner sprechen davon, dass ihr Entwurf endlich Zuwanderung nach Deutschland steuern werde“ (2./3.03.02), sowie auch eine wiederholt proklamierte Unterstützung durch breite gesellschaftliche Kreise, weisen zwar auf ein von Überzeugung bestimmtes Selbstverständnis, was aber unter einer folglich z. B. richtigen, modernen oder angemessenen, Zuwanderung steuernden und begrenzenden sowie die Integration fördernden Grundstruktur zu verstehen ist, bleibt weitgehend diffus.<sup>310</sup> Das eigene Ansinnen scheint allein auf Deckung aktuellen Bedarfs gerichtet, weitere, nicht unmittelbar nutzbare Zuwanderung werde hingegen abgelehnt: „Wir haben nur Bedarf an Höchstqualifizierten’ [...] Zuwanderung begrenzen [...] Arbeitskräfte mit geringerer oder mittlerer Qualifikation sollen vorerst nicht angeworben werden“ (D. Wiefelspütz, 15.02.02). Als maßgebendes Anliegen erscheint die Möglichkeit, Zuwanderung steuern, reduzieren, prinzipiell begrenzen und nur die aktuell besten Köpfe auswählen, andere Zuwanderer hingegen außen vor halten zu können.<sup>311</sup> Unter Berufung auf „das Volk“ werde dem Inländerprimat zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens Priorität eingeräumt: Zuwanderung dürfe nur zur Deckung aktuellen Bedarfs erfolgen.<sup>312</sup> Explizit aus Reihen der Grünen berücksichtigte Statements erscheinen inhaltlich vor allem unspezifisch und stehen einander teils kaum vereinbar gegenüber. So werde zum einen grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft im Rahmen der parteiübergreifenden Kompromissuche signalisiert, und entsprechend impliziert, dass im Grunde keine unverhandelbaren Positionen bestünden. Zum anderen finden aber z. B. „Linien“, „hinter die man nicht zurückgefallen“ könne (R. Schlauch, 21.01.02), ein Beharren auf „zentrale Säulen“

<sup>308</sup> Wiederholt werden auch die offensichtlichen Vorstellungen und Forderungen von Regierung und Unionsparteien sowie Hauptstreitpunkte stichpunktartig gegenübergestellt, dem entgegen aber weniger zitierte Stimmen aus deren Reihen selbst Erwähnung finden. Der sächsischen CDU-Landesregierung kommt quantitativ keine besondere Bedeutung zu.

<sup>309</sup> Z. B.: „Die Befürchtung, ausländische Arbeitskräfte könnten den Menschen in Deutschland Arbeitsplätze wegnehmen, sei unbegründet. Die Anwerbung im Bereich der Informationstechnologie habe vielmehr gezeigt, dass für jede Fachkraft aus dem Ausland in Deutschland zwei bis drei zusätzliche Arbeitsplätze entstanden seien“ (O. Schily, 19./20.01.02); „Das ‚Geschenk‘ der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sei mit Händen zu greifen [...] Ein Land, das sich engstirnig der Zuwanderung verweigere, werde wirtschaftlich zurückfallen“ (G. Schröder, 8.03.02).

<sup>310</sup> Z. B.: „Die SPD lässt zunächst viele Genossen aus der zweiten und dritten Reihe reden, die sich auf die Zustimmung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen berufen“ (2./3.03.02); „Wir dagegen können auf die Unterstützung von Kirchen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonlichkeiten bauen“ (G. Schröder, 4.04.02).

<sup>311</sup> „Wir werden am Ende ein Gesetz bekommen, das Zuwanderung in den nächsten Jahren nicht vergrößert, sondern reduzieren wird. Im Bereich der mittleren und geringen Qualifikation sind wir für null Zuwanderung“ (ebd.).

<sup>312</sup> „Das Volk hat Recht, wenn es sagt, die Arbeitslosen in Deutschland müssen absoluten Vorrang haben. [...] Wenn wir uns da nichts einfallen lassen, schaffen wir nur Unfrieden“ (ebd.).

(K. Müller, 25.02.02) und die „humanitäre Ausrichtung“ (V. Beck, 7.02.02) des Regierungsentwurfs sowie die Ablehnung eines „Zuwanderungsgesetz[es] ohne Zuwanderer“ (C. Roth, 11.02.02) oder allgemein weiterer Zugeständnisse (an die Union) Erwähnung. Diese werden aber nicht explizit.<sup>313</sup> Insgesamt, so lassen sich die wiedergegebenen Äußerungen aus Reihen der Regierung resümieren, werden eigene Vorstellungen meist nur eingeschränkt deutlich. Jenseits einem deutlich zutage tretenden Anliegen einer grundsätzlichen Begrenzung von Zuwanderung einerseits, einer angemessenen Steuerung und selektiven Zulassung höchstqualifizierter Zuwanderer im Sinne deutschen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsbedarfs andererseits, lassen vor allem auch die ständig offensichtlich erscheinende prinzipielle Kompromissbereitschaft in Richtung Unionsopposition originär eigene Vorstellungen oder nicht disponible Inhalte kaum erkennen. So bleiben z. B. das offensichtlich humanitäre oder die Integration von Zuwanderern fördernde Grundanliegen völlig unklar.<sup>314</sup>

Die Positionen von *CDU/CSU* erscheinen hingegen, samt offen Belastungen und Gefahren assoziierender Metaphorik, deutlich. Die teils vehement zutage tretende Ablehnung des Regierungsentwurfs fußt vor allem auf Vorwürfen einer unverantwortlichen, massiven Ausweitung von Zuwanderung, einer Belastung des Arbeitsmarktes, der Sozialsysteme und der deutschen Gesellschaft.<sup>315</sup> Er „begrenze die Zuwanderung nicht, sondern öffne das Land dafür“ (E. Stoiber, 10.07.02), er „erweitere die Zuwanderung“ (23./24.03.02) bzw. weite Zuwanderung aus, statt sie, „anders als der Titel weismachen wolle“ (W. Bosbach, 27.02.02), wirklich zu begrenzen; er verneble „die Ausweitung der Zuwanderung“: „Die Regelungen, wer nach Deutschland kommen dürfe, seien [...] ‚noch großzügiger als in klassischen Einwanderungsländern‘“ (G. Beckstein, 27.08.02). „Die Regierung öffne ungehinderte[r] Zuwanderung Tür und Tor“ (ders., 17.09.02): „[D]as Gesetz [fördere] die Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme und hebele über Ausnahmeregelungen den postulierten Anspruch auf Zuzugsbegrenzung aus“ (2./3.03.02). „Wir machen kein Zuwanderungsgesetz mit, das Einfallstore auf dem Arbeitsmarkt öffnet“ (E. Stoiber, 12.12.01): Es sei „unverantwortlich, dass der Arbeitsmarkt generell

<sup>313</sup> Z. B.: „Rezzo Schlauch [signalisierte] neues Entgegenkommen. [...] Einvernehmliche Lösungen mit der Union seien bei vier wichtigen Punkten ‚denkbar‘. Welche das sind, sagte Schlauch aber nicht. Er betonte zugleich: ‚Es wird Linien geben, hinter die man nicht zurückfallen kann‘“ (21.01.02); „Wir Grünen sind gesprächsbereit [...]. Wir wollen aber kein Zuwanderungsgesetz um jeden Preis und stimmen nur zu, wenn es die humanitäre Ausrichtung behält“ (V. Beck, 7.02.02); „[D]ie ‚zentralen Säulen‘ des Gesetzentwurfs [würden] nicht angetastet“ (K. Müller, 25.02.02); „Für die Grünen bleibe ein Zuwanderungsgesetz, das die Integration von Ausländern fördert, oberstes Ziel“ (K. Göring-Eckardt, 19.12.02); „Das, was auf dem Tisch liegt, ist kein rot-grünes Gesetz, sondern schon ein schwarz-rot-grünes“, sagte Claudia Roth [...]. Sie machte deutlich, nicht für einen neuen Kompromiss um jeden Preis zur Verfügung zu stehen: ‚Ich will zwar unbedingt ein Zuwanderungsgesetz, aber nicht jedes.‘ Es dürfe nicht, wie die Union es wolle, ‚eine Verschlechterung des Status quo bringen‘“ (ebd.); „[W]er zu einer Lösung in dieser wichtigen Frage kommen wolle, dürfe keine Bedingungen stellen. Wenn das humanitäre Grundanliegen des Gesetzes erhalten bleibe, seien auch mit der Union Kompromisse möglich“ (K. Göring-Eckardt, 20.12.02). Konkrete Positionen werden nicht deutlich, indisponible eigene Inhalte bleiben unspezifisch, kaum vereinbare Widersprüche unreflektiert. Auch ein sich zur Wehrsetzen gegen SPD-Forderungen nach Aufgabe von „Maximalforderungen“ ist nicht inhaltlich unterfüttert (12.02.02); welche Zugeständnisse abgelehnt würden oder was „Maximalforderungen“ seien, bleibt offen.

<sup>314</sup> Z. B.: „Schröder hatte angekündigt, es würden keine neuen Schutztatbestände für Flüchtlinge geschaffen. Auch bei geschlechtsspezifischer Verfolgung werde nur die Genfer Flüchtlingskonvention angewandt. [...] Der neue Gesetzentwurf sieht eine Absenkung des Alters, bis zu dem ausländische Kinder nachziehen können, von 14 auf zwölf Jahre vor. [...] Nach den Vorstellungen der Koalition soll eine Härtefallregelung geschaffen werden. Damit sollen über den bisherigen Schutz des Ausländergesetzes hinaus solche Personen vor einer Ausweisung bewahrt werden, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe dies rechtfertigen“ (28.02.02); „Auf Wunsch der Union hat die Koalition [...] die ‚Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik‘ als Ziel definiert. [...] Die Bundesanstalt für Arbeit darf laut Gesetzentwurf der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer zustimmen, wenn sich ‚keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben‘. [...] [N]ichtstaatlich und geschlechtsspezifisch Verfolgte [erhalten] Abschiebeschutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention“ (22.03.02); „Eine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen zieht die Regelung nicht nach sich“ (19.12.02).

<sup>315</sup> Prägnant erscheint eine offensichtliche Unnachgiebigkeit; z. B.: „Ein Konsens sei nur bei einem ‚klaren Unions-Gesetz‘ möglich“ (G. Beckstein, 16.01.02), nur „wenn man auf den Vorschlag der Union auf Punkt und Komma eingeht“ (M. Glos, 17.01.02); „Wir sind nicht bereit, unsere fundamentalen politischen Überzeugungen aufzugeben“ (W. Bosbach, 27.02.02).



für alle Ausländer außerhalb der Europäischen Union geöffnet sein solle“; „[a]ngesichts von vier Millionen Arbeitslosen sei es unverantwortlich, wenn die Regierung jetzt noch hunderttausende Ausländer ins Land bringen wolle“ (ders., 17.09.02). „Rot-Grün weite die Zuwanderung aus, ohne die angespannte Situation am Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. ‚Angesichts von über vier Millionen Arbeitslosen liegt das nicht im deutschen Interesse.‘ [...] ‚Der Anwerbestopp für Drittausländer muss deshalb beibehalten werden‘ [...]. Eine Aufhebung sei ‚eine Verhöhnung der Arbeitslosen‘“; zum Schutz des Arbeitsmarktes würde zudem vernachlässigt, „dass nach der Osterweiterung der Europäischen Union zahlreiche billige Arbeitskräfte auf den deutschen Markt drängen werden“ (G. Beckstein, 27.08.02).<sup>316</sup> Entgegen der Behauptung der Regierung „lohne sich Zuwanderung [derzeit] in den meisten Fällen für den Staat nicht, weil viele Ausländer Arbeitslosen- oder Sozialhilfe benötigten“ (G. Beckstein, 27.08.02). Hoffnungen auf eine Entlastung des Rentensystems durch Zuwanderer seien eine „Milchmädchenrechnung“ (M. Glos, 21.01.02). Der Regierungsentwurf käme zudem einer Änderung der deutschen Gesellschaft und einer Gefahr für die deutsche Identität gleich. Er ziele darauf, „aus Deutschland eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft [zu] machen“ (F. Merz, 2./3.03.02). „Er kremepele ‚nicht nur das deutsche Ausländerrecht, sondern mittelfristig die gesamte deutsche Gesellschaft um‘“ (E. Teufel, 21.01.02). Es drohe, so werden Überfremdungsängste appliziert, ein „zu hohe[r] Ausländeranteil“: Perspektivisch seien rund ein Fünftel keine Deutschen mehr, mancherorts wäre „jeder zweite Ausländer“ (G. Beckstein, 27.08.02).<sup>317</sup> Auch ein „Sprachtest für Erstklässler“ werde gefordert: „Ausländerkinder [sollen] nur noch dann auf die Grundschule können, wenn sie vorher einen Deutschtest bestanden haben“ (R. Koch, 3.06.02). Zwar finden wiederholt Forderungen nach einer besseren Integration von Zuwanderern sowie bereits in Deutschland lebenden Ausländern Erwähnung, jenseits Vorwürfen an die Regierung, sie vernachlässige diese, und der Ankündigung, hierfür selbst mehr leisten zu wollen, bleiben diese indes weithin unspezifisch, besetzen Integration aber mit (generellen) Problemen.<sup>318</sup> Integration wird als (nur limitiert mögliche) Zwangsleistung begriffen – Zuwanderung habe sich „an der Integrationsfähigkeit“ zu orientieren: „Ich will, dass unser Volk nicht mehr integrieren muss“ (E. Stoiber, 14.02.02); und zugleich auch als eindimensionaler Prozess mit zu erbringenden Eigenleistungen Zugewanderter, verbunden mit Sanktionsandrohungen bei unzureichenden Anstrengungen.<sup>319</sup> Jede Ausweitung oder die Schaffung neuer Aufnahme- bzw. Anerkennungsgründe für Asyl und eine Härtefallregelung würden abgelehnt: „Für Erweiterungen des Asylrechts sei kein Raum“ (P. Müller, 10.12.01). Das Regierungsgesetz öffne „weitere Einfallstore für Asylmissbrauch, etwa durch die neue Härtefallregelung“, ließe „[m]ehr Asylmissbrauch befürchte[n]“ (G. Beckstein, 27.08.02) und schaffe „massive Anreize für Armutsfüchtlinge“: „Das Aufenthaltsrecht bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung hebe zugleich ‚das Grundgefüge des deutschen Asylrechts aus den Angeln‘ und überspanne den Bogen humanitärer Verpflichtungen bei weitem“ (E. Teufel, 21.01.02). Mit Blick auf einen Wahlsieg „[stellten] Beckstein und [...] Müller gestern das Konzept der Union für eine Begrenzung der

<sup>316</sup> „Beckstein [...] sagte, Deutschland solle in Zukunft vor allem hoch qualifizierten Fachkräften, Unternehmern, Wissenschaftlern oder Künstlern aus dem Ausland offen stehen“ (27.08.02).

<sup>317</sup> „Bis zum Jahr 2050 stiege laut Beckstein der Ausländeranteil deutschlandweit auf 18 bis 20 Prozent. In einigen Großstädten wie Frankfurt am Main, Hamburg oder München wäre dann jeder zweite Ausländer“ (ebd.).

<sup>318</sup> Z. B. 11.03.02; 19.12.02. Auch die Forderung, „das Nachzugsalter für Kinder weiter zu senken“ (11.12.01), „auf sechs oder sogar auf drei Jahre“ (E. Teufel, 21.01.02), verbinden Integration mit (zu vermeidenden) Problemen.

<sup>319</sup> „Hier lebende Ausländer sollen sich aktiv um Integration bemühen. Ansonsten müssen sie mit einer Ausweisung rechnen“ (G. Beckstein und P. Müller, 17.09.02).

Zuwanderung und gegen Asylmissbrauch vor“, mit dem „die Union unter anderem den Zuzug von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten eindämmen und abgewiesene Asylbewerber schnell in ihre Heimat zurückschicken [will]“ (17.09.02). „Eckpunkte“ für ein künftiges Gesetz seien „ein abgestuftes System von Aufenthaltsrechten, Rückführungskonzepte sowie Beendigungen des Aufenthalts, wenn Zuwanderer Sozialhilfe bezögen“ (G. Beckstein, 27.08.02).

Die *nicht mit ihrer Fraktion stimmenden Unionsabgeordneten* finden neben der Bekanntgabe ihres Votums zwar quantitativ recht umfassend Berücksichtigung, qualitativ werden ihre Positionen aber kaum explizit. Sie erscheinen fast allein mit Forderungen nach einem Kompromiss für eine als prinzipiell notwendig erachtete Zulassung von Zuwanderung in den Arbeitsmarkt entgegen der Beibehaltung des Anwerbestopps, an ihre Partei gerichtete Warnungen und Vorwürfe, einen solchen zu blockieren und sich diesem zu verweigern, sowie der Ablehnung eines „Ausländerwahlkampf[es]“. <sup>320</sup> Nur einmal wird eine als notwendig erachtete Zuwanderungsregelung von allerdings weitgehend unspezifischen inhaltlichen Begründungen flankiert. Für Schwarz-Schilling (22.03.02) sei ein Kompromiss deshalb notwendig, so begründe er seine Zustimmung, da „die heutige Rechtslage unzumutbar“ sei, bzw. er „die Fortsetzung der heutigen Rechtslage mit einem total überholten Ausländergesetz für unzumutbar halte“, und verschiedentlich Regelungsbedarf bestehe. <sup>321</sup> Ein Scheitern hingegen bedeute „für viele Menschen“ die Erhaltung eines „katastrophale[n] Zustand[s]“, ein Blockieren des vorliegenden Gesetzentwurfs sei „unverantwortlich“, zumal die „Kernforderung“ der Union nach „Begrenzung der Zuwanderung“ bereits „ausführlich berücksichtigt“ worden sei. <sup>322</sup> Eigene Forderungen bleiben indes unklar: Was aus seiner Sicht geboten wäre, z. B. welche Regelungen zur Überwindung des „katastrophal[en] Zustand[s]“, zur Deckung von Arbeitskräftebedarf oder für eine Regelung der Menschenrechtslage notwendig wären, wird nicht deutlich.

Stellungnahmen aus Reihen der *FDP* beziehen sich maßgeblich auf eine, aufgrund Sympathie für den Regierungsentwurf, wohlwollende Stimmenthaltung sowie Abgrenzungen gegenüber Unionsforderungen und Änderungsankündigungen für eine gemeinsame Koalition nach der Bundestagswahl. Eigene Positionen werden aber kaum expliziert oder spezifiziert. <sup>323</sup> Passagen wie „Die FDP will ein modernes Zuwanderungsrecht für Deutschland“ (R. Brüderle,

<sup>320</sup> So habe z. B. Süsmuth, da das Gesetz „notwendig“ sei (16.01.02), ihre Partei „zum Einlenken“ aufgefordert (10.12.01): „Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz“ (2./3.03.02); „Der Union fehlt der Wille zur Lösung [...] ,Wir können keine Zuwanderungsregelung machen, wenn es heißt, es soll beim Anwerbestopp bleiben“ (19.03.02). Ihre Warnung vor einem „Ausländerwahlkampf“ sei dadurch begründet, dass Zuwanderungspolitik ein „gefährliches Thema“ sei, „wenn man nicht verantwortlich damit umgeht“ (22./23.06.02). Schwarz-Schilling warne seine Partei vor „Blockadepolitik“ (22.03.02); „Im gültigen CDU-Papier [...] stünden viele Dinge, die seine Partei heute ablehne: ‚Ich halte das für einen Fehler‘“ (2./3.03.02). Scharfe Kritik am Wahlkampfstreben der Union komme von Geißler: Es sei ein „schwerer Fehler“ und es drohe ein „Verlust des Ansehens“ Deutschlands, „von oben und von außen mit dem Ausländerthema zu kommen“; wer aus diesem Thema eine „richtige Kampagne“ mache, „der ist reif für die Psychiatrie“ (4.04.02). Inhaltlich wird Zuwanderungspolitik dabei aber nicht thematisiert. Eine Instrumentalisierung von Ausländern erscheint als Ansehensverlust im Ausland sowie taktisch ungünstig. Was hingegen unter einem verantwortungsvollen Umgang zu verstehen ist, bleibt offen.

<sup>321</sup> „Weder die Menschenrechtslage noch der Arbeitskräftebedarf von Wirtschaft und Industrie noch die Härtefallsituation für viele Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, wurde in der Vergangenheit zufriedenstellend geregelt“ (ebd.).

<sup>322</sup> Zudem werde der Arbeitskräftebedarf „nicht nur auf der lokalen, sondern auch auf der nationalen Ebene festgestellt“ und „ausdrücklich darauf verwiesen, dass man nicht über die Genfer Menschenrechtskonvention hinausgehen darf“ (ebd.).

<sup>323</sup> Z. B.: „Max Stadler nannte den Schily-Entwurf eine ‚geeignete Diskussionsgrundlage‘ und mahnte lediglich Änderungsbedarf in Detailfragen an“ (14.12.01); „Die FDP kündigte an, sich zu enthalten. Sie begründete dies mit Unzulänglichkeiten im Gesetzestext“ (27.02.02); „Für eine Änderung des Gesetzes ist die FDP nicht zu haben“ (21.06.02); „FDP verteidigt Zuwanderungsgesetz [...] ‚Für Verbesserungen an den bestehenden Regelungen sind wir offen, nicht jedoch für ihre Rücknahme‘, sagte [...] Guido Westerwelle“ (24.06.02). Überdies findet wiederholt ihr Bemühen um einen Konsens sowie Spekulationen um das Abstimmungsverhalten der von ihr mitregierten Länder Erwähnung; inhaltliche Positionen gehen damit nicht einher (z. B.: „Für die FDP komme es auf die Sache an. Einige Fragen seien jetzt noch zu klären. [...] Rheinland-Pfalz [wolle] Verbesserungen am Gesetzestext erreichen“ (6.03.02).

6.03.02), „Die FDP legte [...] konkrete Forderungen auf den Tisch: Präzisierung der humanitären Regelungen im Regierungsentwurf, Beteiligung der Zuwanderer an den Integrationskosten und unbürokratische Vergabe von Facharbeiterstellen an Ausländer“ (22.01.02) oder „Ich halte das Zuwanderungsgesetz für ein gutes Gesetz. [...] Wir wollen seit langem ein Zuwanderungssteuerungsgesetz. [...] Es gab auch einige Punkte wie zum Beispiel die Verteilung der Integrationskosten [...], die wir [...] in unserem Sinne klären konnten“ (R. Brüderle, 21.06.02), deuten zwar eigene Positionen an. Was sich aber konkret hinter den Forderungen und Vorstellungen verbirgt, wird nicht deutlich. Präziser formuliert sind nur Ausschlussgründe: „Guido Westerwelle verwies auf die Notwendigkeit ausreichender deutscher Sprachkenntnisse. Wer sich diese nicht aneignen wolle, könne auch nicht bleiben“ (17.09.02). Bleiberecht wird an Leistungserbringung geknüpft, wohingegen offen bleibt, was z. B. der ins Feld geführte Integrationsbegriff jenseits Kostenproblematisierung oder die Präzisierung humanitärer Regelungen meint.

Der PDS kommt quantitativ und qualitativ nur marginale Bedeutung zu, zumal meist nur über sie gesprochen wird, als dass eigene Sichtweisen Beachtung fänden.<sup>324</sup> Einzig ein Interview mit Helmut Holter (25.02.02) offenbart deren Positionen derart, als, verbunden mit der Forderung nach Einbeziehung in die Kompromissuche, Kritikpunkte am Regierungsentwurf und Kernforderungen als Voraussetzung für eine Zustimmung der von ihr mitregierten Länder umrissen werden.<sup>325</sup> Wirklich präzise erscheinen sie aber nicht: So kritisiere die PDS, dass das Gesetz „mit einer Verschärfung des Asylrechts verbunden werden soll“ – „Da haben wir erhebliche Bedenken“ – und fordere „einen Familiennachzug für alle Kinder bis zu deren 18. Lebensjahr“, die Aufnahme der „nichtstaatliche[n] und geschlechtsspezifische[n] Verfolgung als Asylgründe“ und eine Verbesserung der „soziale[n] Lage der Flüchtlinge“, dem entgegen „Abschiebehaft“ abgelehnt würde. Die von der PDS, trotz hoher, in einigen Branchen aber von Fachkräftemangel begleiteten Arbeitslosigkeit gerade auch in den von ihr mitregierten Ländern, generell befürwortete Zuwanderung von Arbeitskräften solle „so weit es geht, offen und großzügig geregelt werden“; „eine Beschränkung auf Höchstqualifizierte“ ließe sich „nicht durchsetzen“: „Wir dürfen die Zuwanderer nicht in gute oder schlechte Menschen unterteilen. Es wäre für unser Ansehen im Ausland verheerend, wenn das Thema in den Wahlkampf gezogen würde.“ Nochmals thematisiert werden diese Sichtweisen und Forderungen aber nicht.<sup>326</sup>

Die vehemente Ablehnung des Regierungsentwurfs durch die *sächsische CDU-Regierung* findet zwar nicht häufig Beachtung, kommt aber inhaltlich deutlich zum Ausdruck. Die vor allem von Ministerpräsident Georg Milbradt und Innenminister Klaus Hardraht (weitere) Zuwanderung generell problematisierenden Kontextualisierungen und die teils auch mittels eindrücklicher Metaphorik artikulierte Ablehnung einer (aus dem Gesetz der Regierung resultierenden) ungesteuerten, unkontrollierten, planlos ausgeweiteten oder unbegrenzten Öffnung gleichkommenden Zuwanderung bleiben unkommentiert. Die Zulassung weiterer Zuwanderung habe sich dem entgegen z. B. allein am (mittel- und langfristigen) Bedarf des deutschen Arbeitsmarktes zu orientieren. Für aktuellen Bedarf müsse die Deckung durch weitergebildete

<sup>324</sup> Bloße Erwähnung findet die PDS hinsichtlich ihres ablehnenden Votums im Innenausschuss (28.02.02) und im Bundestag, welches damit begründet wird, dass ihr „das Gesetz zu enge Grenzen [setzt]“ (2./3.03.02).

<sup>325</sup> „Die Regierung ist auf uns angewiesen“ [...] In der jetzigen Form lehnen wir das Gesetz ab“ (ebd.).

<sup>326</sup> Auch auf die Rolle im Zuge der weiteren Kompromissuche wird nicht eingegangen; selbst dass die PDS trotz der nicht erfüllten Forderungen das Gesetz im Bundesrat mittrug, wird nicht reflektiert. Einzig klarer inhaltlich konnotiert erscheint der Appell für einen „Wahlkampf ohne Rassismus“, wobei aber auch dieser nicht expliziter thematisiert wird (5.06.02).

deutsche Arbeitslose geprüft werden. Die geplanten Regelungen zum Flüchtlings- bzw. Abschiebeschutz würden indes als zu unbestimmt bzw. weitgehend abgelehnt.<sup>327</sup>

*Nichtparlamentarische Akteure und Akteursgruppen*, die oft, inhaltlich indes unbegründet, als Unterstützer bzw. Befürworter des Regierungsentwurfs entgegen der Union homogenisiert werden,<sup>328</sup> finden zwar umfassender als in der *MOZ* und *LR* Erwähnung, qualitativ bleiben sie aber größtenteils ebenso reduziert: Meist erscheinen sie nur mit Appellen für einen Konsens, eine Gesetzesverabschiedung und die Vermeidung eines Wahlkampfes mit der Zuwanderung.

Auffallend zahlreich und ausdifferenziert treten Sichtweisen der *Wirtschaft*, der Industrie und der Arbeitgeber zutage. Sie flankieren nicht nur die Argumentation der Regierung betreffend den mit ausgewählter Zuwanderung verbundenen Nutzen und betonen eine inhaltliche Abgrenzung gegenüber CDU/CSU. Sondern auch speziell die als unerlässlich erachteten Auswahlkriterien betreffend die Qualität zuzulassender Migranten zur Vermeidung weiterer Belastungen sowie die Notwendigkeit der Bereitstellung attraktiver Rahmenbedingungen und Integrationsmöglichkeiten kommen deutlich zum Ausdruck.<sup>329</sup> Dass es sich aber nicht um eine generelle, sondern eine nur partielle Ablehnung der Unionsposition handelt, die einerseits auf die Zulassung wirtschaftlich dringend notwendiger, nützlicher Zuwanderer zielt, andererseits aber nicht direkt nutzbare, belastende Zuwanderung problematisiert, verdeutlicht BDI-Vizepräsident Henkel: Man müsse „unterscheiden zwischen den Vorbehalten in der Asylpolitik und den

<sup>327</sup> So knüpfte Milbradt (27.02.02) eine Zustimmung Sachsens an die „Bedingung“, dass „die unkontrollierte Zuwanderung eingeschränkt wird“ („Sehr wichtig sei [...] eine deutliche Absenkung des Nachzugalters von Kindern. Ohne vernünftige Sprach- und Berufsausbildung seien die Chancen von Ausländerkindern eingeschränkt“, und fordere, da man „kurzfristig keinen Bedarf an einer Ausweitung der Zuwanderung“ habe, es aufgrund der demographischen Entwicklung allerdings „mittel- und langfristigen Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften aus dem Ausland geben [werde]“, eine gesteuerte, statt einer „planlos“ ausgeweiteten Zuwanderung. Für Hardraht müsse zur Zustimmung der CDU vor allem das „vorgesehene Auswahlverfahren, das den Zustrom von Ausländern nach Deutschland regelt, ersatzlos gestrichen werden“, da es „den zahlenmäßigen Bedarf an ausländischen Staatsbürgern nicht konkret [definiere], sondern sich in allgemeinen Rechtsvorschriften [erschöpfe]“: „Das laufe auf eine ungesteuerte Zuwanderung hin“ (17.12.01). Zudem werde „unzureichend der Frage nachgegangen, ob nicht auch weitergebildete deutsche Arbeitslose die Stellen übernehmen könnten, die Ausländern bei regionalem Bedarf aus arbeitsmarktpolitischen Gründen angeboten werden sollen“; ferner bestünden die unionsgeführten Länder „strikt auf Streichung des Abschiebeschutzes für geschlechtsspezifisch Verfolgte“ (ebd.). Zur Begründung der Ablehnung im Bundesrat verweist er auf die drohend ansteigende Einwanderung von Ausländern. Konkret lehne er „die Forderung der Grünen, verfolgte Frauen zum Beispiel aus fundamentalistischen Ländern nicht mehr abzuschieben [...] als zu unbestimmt ab“, da dies „einer unbegrenzten Öffnung gleich[käme]“ (16./17.03.02). Regierungssprecher Sagurna habe die Ablehnung Sachsens damit begründet, dass z. B. „die zusätzliche Härtefallregelung eine ungesteuerte Zuwanderung befürchten“ ließe (20.03.02). Der *brandenburgischen Landesregierung* wird keine bedeutende Rolle zuteil. Sie findet vor allem hinsichtlich ihrer Rolle bei der Abstimmung im Bundesrat (z. B. „In der großen Koalition [...] spiegeln sich die wahlkampfaktischen Aspekte der Entscheidung wie in einem Brennglas“, 2./3.03.02), Spekulationen um ihr Abstimmungsverhalten, einschließlich möglicher finanzieller Gegenleistungen durch den Bund (z. B. 28.02.02), einem möglichen Koalitionsbruch sowie der Möglichkeit einer Anrufung des Vermittlungsausschusses Berücksichtigung (z. B. 22.03.02). Zwar finden auch die an eine Zustimmung im Bundesrat geknüpften Nachforderungen Erwähnung, die von Ministerpräsident Stolpe genannten „vier Punkte für eine Zustimmung seines Landes“ (2./3.02.02) – eine Verringerung des Nachzugalters für Kinder, eine höhere Übernahme der Kosten für die Integration durch den Bund, eine deutlichere Formulierung des Ziels der Zuwanderungsbegrenzung sowie ein Verzicht auf so genannte nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Asylgründe –, werden aber nicht eingehender thematisiert.

<sup>328</sup> Z. B.: „[Die] überwältigende Gruppe der Befürworter, die von Menschenrechtsorganisationen über Gewerkschaften und eben die Wirtschaft bis hin zu den Kirchen reicht“ (12.12.01); „Fast alle gesellschaftlichen Gruppen von den Arbeitgebern über die Kirchen bis zu den Gewerkschaften unterstützen die Regelung“ (24.10.02); „In der Sache selbst stehen CDU und CSU ohnehin allein auf weiter Flur. Von der Wirtschaft bis zu den Kirchen sind sich fast alle einig“ (19.12.02).

<sup>329</sup> „Wirtschaft will modernes Zuwanderungsrecht“ (1.03.02): Deutschland brauche, so eine Erklärung der Spitzenverbände der Wirtschaft, „statt einer starren Abschottung“, „neue, transparente und unbürokratische Regelungen“ (20.03.02). Die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte sei aufgrund demographischen Bedarfs und Fehlentwicklungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt trotz hoher Arbeitslosigkeit unvermeidbar, denn eklatante Defizite in Wirtschaft sowie insbesondere Wissenschaft und Forschung seien kurzfristig nicht mit eigenen Mitteln zu beheben (z. B.: „Jährlich bis zu 300 000 Einwanderer nötig [...] So fehlten der Wirtschaft in den kommenden 20 Jahren rund 1,2 Millionen einheimische Hochschulabsolventen sowie 4,2 Millionen Facharbeiter und qualifizierte Angestellte“, 10.12.01; „Auch wenn die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf über vier Millionen schnellen werde, sei ‚das Thema Fachkräftemangel nicht vom Tisch‘“, M. Rogowski, 17.01.02). Entgegen wahltaktischer Erwägungen sei unbedingt ein Konsens notwendig: Ein Scheitern wäre „unverantwortlich“ (1.03.02). Die einen Kompromiss blockierende CSU würde zum „Problemfall“ für die Wirtschaft (12.12.01).

Vorbehalten gegenüber der sehr maßvollen Zuwanderung von hochspezialisierten Fachkräften“ (28.12.01).<sup>330</sup> Zuwanderung sei (temporär) (leider) unverzichtbar: „Ohne Zuwanderer sind wir nicht wettbewerbsfähig [...] Ich mache mir allergrößte Sorge“ (ebd.).<sup>331</sup> Angesichts der aktuellen Defizite sei der Regierungsentwurf der richtige Ansatz, da er hinsichtlich bisheriger Zuwanderungsmodi, Zuwanderer suchten sich Deutschland aus, „den Spieß um[dreht]“: „Jetzt kann sich Deutschland endlich die Leute aussuchen, die es braucht“ (ebd.). Mit Blick auf attraktive Rahmenbedingungen und Integrationsperspektiven für international begehrte Arbeitskräfte verleiht das DIW der Forderung nach einer möglichst effizient eigenen Interessen folgenden Zuwanderungspolitik Ausdruck: Nötig sei „eine gezielte Steuerung mit günstigen Perspektiven für ausländische Arbeitskräfte“, eine „Belastung der Sozialkassen [zu] vermeiden“ – „Gesucht werde eine Politik, die zusätzliche Belastungen der Sozialkassen durch Migranten vermeide. Sie müsse aber auch die demographische Entlastung der Sozialsysteme ermöglichen, die wegen der drastischen Alterung der deutschen Bevölkerung unbedingt erfolgen müsse“ (28.08.02).<sup>332</sup> Deutschland komme um eine gezielte Steuerung nicht umhin und müsse dem erwünschten, international begehrten Humankapital möglichst attraktive Integrationsperspektiven bereitstellen: „[D]ie Steuerung des Zuwanderungsstroms müsse mit einer umfassenden Integrationspolitik einhergehen“, wodurch „die auf Grund der Alterung der deutschen Bevölkerung erwartete Belastung der Sozialsysteme verringert“ werden könnte (ebd.).<sup>333</sup> Zwar könne Zuwanderung „demographische Probleme lindern“, aber, so schränke das DIW ein, „eine rein demographisch ausgerichtete Analyse vernachlässigt entscheidende Aspekte“: „Von herausragender Bedeutung [...] sei die ökonomische Leistungsfähigkeit und der Integrationserfolg der zukünftigen Zuwanderer“ (ebd.). Ganz auf ökonomische Verwertbarkeit gemäß Humankapitalwert und zur Kompensation sozialstaatlicher Finanzierungsprobleme werden Zuwanderer durch Vorstellung von Untersuchungsergebnissen des Wirtschaftswissenschaftlers Raffelhüschen reduziert: „Ein Geschäft für Deutschland [...] ,Zuwanderer bringen mehr, als sie kosten““ (26.11.01).<sup>334</sup> Jedoch, so werden die der Ausbeute zugrunde liegenden Kriterien entgegen einer rein demographischen Bewertung eingeschränkt, sei die „Qualität der Einwanderung“ mit Blick auf den finanziellen Saldo unter Beachtung der gesamten Geldströme „durch Zahlung von Steuern und Inanspruchnahme von Leistungen“ entscheidend; folglich wird spezifiziert: „Geregelte Einwanderung ist

<sup>330</sup> „Die bescheidene Zuwanderung von vielleicht 10 000 Menschen im Jahr für ganz bestimmte Qualifikationen kann man doch nicht mit dem Problem der Asylbewerber oder Russlanddeutschen vermischen“: Die Union leite die Bevölkerung, gerade in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, „mit falschen Argumenten in die Irre“, indem sie einen nicht bestehenden Widerspruch zwischen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlich notwendiger Zuwanderung zu konstruieren versuche, „um den Menschen Angst vor der Zuwanderung einzureden“ (ebd.). Der Vorwurf, aus dem Regierungsentwurf resultiere „ungebremste Zuwanderung“ sei „Quatsch und auch sachlich nicht richtig“: Zuwanderern werde nicht „Tür und Tor geöffnet“ (ebd.).

<sup>331</sup> Die Befürwortung basiert also allein auf der Einsicht, dass Deutschland aufgrund vor allem bildungspolitisch intendierter Arbeitsmarktdefizite aktuell leider Zuwanderung benötige, diese aber generell zu vermeiden sei: „Wir können nicht so lange warten bis die Bildungspolitik hierzulande wieder ein Niveau erreicht, dass wir Hochqualifizierte aus dem Ausland nicht mehr brauchen. [...] Sonst leiden wir auch künftig darunter, dass wir Menschen aus dem Ausland holen, die wir eigentlich selbst hätten ausbilden müssen“ (ebd.). Perspektivisch sei eine „dramatische Kehrtwende in der Bildungspolitik“ vonnöten; Ursache der Bildungsmisere sei die Verbannung des „Prinzip[s] des Wettbewerbs aus unserem Bildungssystem“ (ebd.).

<sup>332</sup> Aufgrund des bisherigen „Dilemma[s]“ deutscher Politik, „hohe Sozialhilfeabhängigkeit der Zugewanderten“ einerseits, „Ruf nach einer Stabilisierung sozialer Sicherungssysteme“ andererseits, laute die Frage, ob bzw. wie sich „die Zusammensetzung der künftigen Zuwanderungsbevölkerung durch eine geeignete Migrationspolitik positiv beeinflussen lasse“ (ebd.).

<sup>333</sup> „Wer im internationalen Wettbewerb um produktive Köpfe bestehen will, müsse den ‚international mobilen Trägern dieses Kapitals attraktive Möglichkeiten der Integration bieten““ (ebd.).

<sup>334</sup> Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft, Universität Freiburg. In einer Bildunterschrift (ebd.) wird der Gewinn personifiziert: „Ein Gewinn für Sachsen: Peter Gasper kam im September 2000 per Green-Card als Mikroelektroniker aus der Slowakei nach Dresden – und zahlt nun eifrig Steuern. Seine teure Ausbildung machte er in der Heimat.“ Die den Artikel einleitenden Fragen lauten: „Was kostet, was bringt uns Zuwanderung? Können Zuwanderer die sozialen Sicherungssysteme retten? Können wir so den Geburtenrückgang ausgleichen?“

ein Geschäft“ (ebd.).<sup>335</sup> Zwar habe sich auch die bisherige (ungesteuerte) Zuwanderung gelohnt, der „Effekt“ ließe sich aber „durch gesteuerte Zuwanderung“, „wenn man gezielt fachlich qualifizierte Einwanderer ins Land holen würde“, „noch enorm steigern und damit ein Teil der Probleme in den staatlichen Sicherungssystemen lösen“ (ebd.).<sup>336</sup> Zugespitzt wird dieser Standpunkt durch eine faktorspezifische Ausdifferenzierung von Zuwanderern und Benennung der Gruppen mit dem „günstigsten Saldo“ und dem entgegen für die Bilanz ungünstige – Migranten erscheinen als Kosten-Nutzen-Variable.<sup>337</sup> Der Regierungsentwurf, so Raffelhüschen, folge „dieser Logik“, da Zuwanderung per „Punktesystem gesteuert“ werden solle.<sup>338</sup>

Die *Gewerkschaften* finden jenseits der Subsumierung in den Reigen der Unterstützer des Regierungsentwurfs eigenständig kaum Beachtung, eigene Positionen werden im Grunde nicht deutlich.<sup>339</sup> Hinsichtlich einer Regelung von Zuwanderung bleiben sie auf das Statement beschränkt, „[d]ie Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes könne ‚ein wichtiger Schritt hin zu einem Perspektivenwechsel in der Migrations- und Einwanderungspolitik‘ sein“ (17.01.02). Dadurch, dass ihnen am ausführlichsten betreffend eine, allerdings auch nur mittels Kurzmeldung berücksichtigten gemeinsamen Erklärung von DGB-Chef Schulte und Arbeitgeberpräsident Hundt mit der „Forderung nach besserem Zuwanderungsgesetz“ (12./13.01.02) Beachtung geschenkt wird, wodurch eine inhaltliche Einigkeit „der Arbeitgeber und der Gewerkschaften“ hinsichtlich eines Nachbesserungsbedarfs „in zentralen Punkten“ assoziiert wird, erscheinen sie inhaltlich auf einen Partner der Arbeitgeber, Seit an Seit mit deren Interessen, reduziert.<sup>340</sup>

Äußerungen von Vertretern *religiöser Glaubensgemeinschaften*, die wiederholt auch als „Kirchen“ unter die Befürworter des Regierungsentwurfs subsumiert werden, beschränken sich auf eine nicht explizierte Befürwortung, Forderungen nach einer schnellen Lösung in der Zuwanderungsfrage, Aufrufe zur Vermeidung eines Wahlkampfes mit der Zuwanderung bzw. eines „Ausländerwahlkampf[es]“ (22./23.06.02) sowie Warnungen vor einem populistisch, ausländer- bzw. fremdenfeindlich geprägten, statt sensibel geführten Wahlkampf, im Zuge dessen das Thema z. B. „von ‚Radikalen und Stammtischleuten‘ aufgegriffen“ (20.02.02) werden könnte oder „ausländerfeindliche[n] Stimmungen und Aktionen Vorschub“ (16.05.02) geleistet und „zusätzliche Vorbehalte gegen Ausländer geweckt“ (22./23.06.02) werden könnten; inhaltliche Positionen betreffend eine Zuwanderungsregelung gehen damit nicht einher.<sup>341</sup> Einzig ein

<sup>335</sup> „Menschen wollen ihre ökonomische Situation verbessern. [...] Es ist legitim, dann auch davon zu profitieren“ (ebd.). „Denn wer die Qualität der Einwanderung außer Acht lässt, weil er nur auf eine Verbesserung der ungünstigen Alterstruktur schießt, der lässt die besten Aspekte unbeachtet. [...] Der rein demographische Ansatz sei falsch, weil die Menschen, die einwandern, nicht gleichzusetzen sind mit denen, die schon da sind. Man muss die ganzen Geldströme berücksichtigen, die durch Zahlung von Steuern und Inanspruchnahme von Leistungen entstehen.“

<sup>336</sup> Wenn „die Struktur der Zuwanderung verbessert“ würde, erhöhe sich „der Beitrag, den sie in die Staatskasse spült“; insbesondere jüngere, fertig ausgebildete Zuwanderer seien „potenziell direkt in den Arbeitsmarkt integrierbar“ und könnten „sofort Steuer- und Beitragszahler“ werden, wobei z. B. auch sämtliche Aufwendungen für Ausbildung entfielen (ebd.).

<sup>337</sup> „Welche Gruppen bringen den günstigsten Saldo? Das sind erstens die Qualifizierten, zweitens die Jungen und drittens junge Erwachsene, die Familien gründen werden. Ungünstig für die Bilanz sind ältere Zuwanderer und Familiennachzügler“ (ebd.). Ergänzt wird der Text durch eine Grafik, die „Ausländer“, entsprechend einer „Bilanz der Zuwanderung“, Deutschen hinsichtlich „Saldo aus Steuerzahlungen (+) und staatliche Leistungen (-)“ über das Lebensalter gegenübergestellt.

<sup>338</sup> Die Argumentation der Regierung erscheint wissenschaftlich flankiert. Andere Wissenschaftler neben Raffelhüschen und Henkel finden keine Berücksichtigung; allein zur Bewertung der Vorkommnisse im Bundesrat finden zudem noch z. B. Verfassungsrechtler Beachtung. Nicht einmal die Wissenschaft, z. B. als subsumierter Befürworter des Regierungsentwurfs, findet Erwähnung. Die Wissenschaft erscheint nur als Leidtragender durch Mangel an Höchstqualifizierten.

<sup>339</sup> Sie finden, betreffend eine Zuwanderungsregelung inhaltlich unbegründet, vor allem mit Kritik an der Union, verbunden mit der Forderung nach einem Kompromiss, und deren Wahlkampfstreben knapp Erwähnung (z. B. 17.01.02; 19.03.02).

<sup>340</sup> Konkret wird aber nur die Forderung nach Schwerpunktsetzung im Bereich „langfristige Zuwanderung“ erwähnt (ebd.).

<sup>341</sup> Was die Zitierten aber z. B. hinsichtlich der (weiteren) Förderung oder Forcierung ausländer- bzw. fremdenfeindlicher Vorbehalte genau befürchteten und an welche Wahrnehmungen ihre Mahnungen anknüpften, bleibt offen.

Aufruf der Evangelischen Kirche, der Deutschen Bischofskonferenz und der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland und deren Bedauern, „dass es den politisch Verantwortlichen [...] bisher nicht gelungen ist, die Voraussetzung für die Integration von Menschen anderer Herkunft in Deutschland nachhaltig zu verbessern und auf eine neue Grundlage zu stellen“ (16.05.02), deutet in diese Richtung, bleibt aber betreffend konkrete Forderungen unspezifisch.

Als weitere Akteure mit inhaltlichen Beiträgen zur Debatte um eine Zuwanderungsregelung finden nur Bundespräsident Rau und die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Berücksichtigung; andere, z. B. Landes- oder kommunale Ausländerbeauftragte kommen nicht zu Wort.<sup>342</sup> *So genannte Menschenrechts- bzw. humanitäre Organisationen und Wohlfahrtsverbände* finden nur in Aufzählungen der „überwältigenden Gruppe der Befürworter“ des Regierungsentwurfs Erwähnung.<sup>343</sup> Vertreter von Institutionen oder Initiativen z. B. im Bereich Migrations- oder Flüchtlingspolitik bleiben unberücksichtigt.

*Bundespräsident Rau* kommt nicht häufig selbst zu Wort, die berücksichtigten Äußerungen werden zudem kaum inhaltlich expliziert. Zwar wird die ihm nach dem Bundesratsvotum zugekommene Rolle mit früheren Äußerungen zur Integration und Regelung der Zuwanderung von Ausländern kontextualisiert, eigene Positionen gehen damit aber kaum einher.<sup>344</sup> Auch sein Appell „an beide Lager“, „in dieser so wichtigen Frage eigene Interessen zurückzustellen und eine Einigung zu ermöglichen“ (25.03.02), bleibt jenseits einer Kompromissforderung unklar.

Berücksichtigte Äußerungen der *Bundesausländerbeauftragten* bringen vor allem deutliche Kritik an Unionsforderungen und deren andauernder Verweigerungshaltung zum Ausdruck, so dass sie für Rot-Grün, angesichts bereits berücksichtigter, „mit Blick auf die Union vorweggenommene[r] Kompromisse“, „nur noch wenig Spielraum für einen Konsens“ sehe (21.01.02) und stattdessen, um die „Thematik aus der Wahlkampfretorik heraus[zuh]alten“, eine „Auszeit‘ im Interesse der Vernunft“ empfehle (14.02.02).<sup>345</sup> Sie „warnte vor einer Emotionalisierung der Zuwanderungsdebatte und forderte mehr Sachbezogenheit“: Die Union missbrauche Emotionen, sie schüre und instrumentalisieren ein „dramatisch[es]“ „Auseinanderklaffen von Fakten und Stimmungen in der Bevölkerung“, da sie „in der Diskussion um Einwanderung die Abwanderung unterschlage“ (25.06.02). Aus dem Regierungsgesetz resultiere keine „massive Ausweitung der Zuwanderung“: Diese „wird sich in Grenzen halten“, denn es würden „nur bis zu 20 000 Ausländer neu auf den Arbeitsmarkt kommen“ (29./30.06.02).<sup>346</sup> Speziell kritisiere sie die grundsätzlich geforderte Festschreibung der „Begrenzung der Zuwanderung“ und lehne angesichts „zu vernachlässigende[r] Zahlen“, aber „dramatische[r] Schicksale“ besonders eine

<sup>342</sup> Weitere Kommentatoren (z. B. Verfassungsrechtler oder Demoskopien) beziehen sich ausschließlich auf die (Folgen der) Vorkommnisse der Abstimmung im Bundesrat und den dadurch verursachten Vertrauensverlust der Politik(er).

<sup>343</sup> Z. B.: „[...] überwältigende Gruppe der Befürworter, die von Menschenrechtsorganisationen über Gewerkschaften und eben die Wirtschaft bis hin zu den Kirchen reicht“ (12.12.01); „[...] nicht nur die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände [...] haben das neue Zuwanderungsgesetz ausdrücklich unterstützt“ (17.09.02); „Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und humanitäre Organisationen begrüßen ihn [den Referentenentwurf der Bundesregierung; M. M.]“ (24.10.02).

<sup>344</sup> „Als Johannes Rau [...] zum Bundespräsidenten gewählt wurde, gab er ein Versprechen ab: Er werde nicht nur Präsident aller Deutschen, sondern auch Ansprechpartner für alle Menschen sein, ‚die ohne einen deutschen Pass bei uns leben und arbeiten‘. Damit deutete Rau an, dass er die Integration von Ausländern zu einem zentralen Thema seiner Amtszeit machen würde. [...] Im Mai 2000 [...] sprach er sich in seiner viel beachteten ‚Berliner Rede‘ unter dem Titel ‚Ohne Angst und Trümereien‘ indirekt für eine gesetzliche Regelung aus. ‚Einwanderung darf nicht dem Zufall überlassen werden‘“ (25.03.02).

<sup>345</sup> Angesichts primär machtpolitisch und wahlkampfaktisch motivierter Kontroversen, es gehe „um Machtpolitik pur“ (2.04.02), appelliere sie für eine Rückkehr „zu einer vernünftigen Debatte“, eine kurzfristige Unterbrechung, aber keine Verschiebung auf die Zeit nach der Wahl (14.02.02); dieser Beck am ausführlichsten berücksichtigende Bericht wird von einer Grafik in Form eines Blockdiagramms: „Ausländer in Deutschland Ende 2000 nach Herkunftsländern“ begleitet. Der von Beck am Vortag vorgestellte Bericht zur Lage der Ausländer in Deutschland findet keine Erwähnung.

<sup>346</sup> „Bei 82 Millionen Einwohnern können wir mit [dieser] Zuwanderung ganz gelassen umgehen“, sagte Beck“ (ebd.).

weitere Absenkung des Kindernachzugsalters sowie den Verzicht auf die Anerkennung nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung ab, da es, so ihr Credo, „um die Gestaltung der Einwanderung“ gehe (14.02.02). Als Bezugspunkte fungierten die demographische Notwendigkeit sowie der wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Nutzen, demnach „die Politik den Menschen erklären müsse, warum Zuwanderung bei einer Arbeitslosenzahl von mehr als vier Millionen überhaupt gebraucht werde“ (14.02.02).<sup>347</sup> Die Debatte um das Kindernachzugsalter sei aber allein auch aufgrund der quantitativen Unbedeutbarkeit damit verbundener Zuwanderung eine rein „ideologische Debatte“, demnach Forderungen der Union nach „Senkung der Altersgrenze“ „den unendlich tief sitzenden Abwehrreflex: Die Fremden sollen nicht kommen“ offenbarten (21.01.02). Es sei „verantwortungslos“, „dass der [...] erfolgte Bewusstseinswandel zu Gunsten einer liberalen Einwanderungspolitik in Anbetracht des bevorstehenden Wahlkampfes über Nacht vom Tisch gefegt worden sei“ (ebd.). Die Union betreibe „unverantwortliche“, „knallharte Desinformation“ zu Lasten von Ausländern und kalkuliere mit Vorbehalten und Ressentiments, „die immer noch in der Bevölkerung vorhanden seien“ (3.04.02).<sup>348</sup> Was für Beck aber unter „Gestaltung der Einwanderung“, „Bewusstseinswandel zu Gunsten einer liberalen Einwanderungspolitik“ oder Politik zu Lasten von Migranten gerade angesichts der geforderten „vernünftigen Debatte“ und einer entsprechend vernünftigen Einwanderungspolitik zu verstehen ist, oder wie sich das Verhältnis ihres zuwanderungspolitischen Verständnisses zu den proklamierten Vorstellungen aus Regierungsreihen verhält, bleibt offen.

*Migranten* kommen einmal in Person von sechs Ausländern und einer Aussiedlerin unter der Leitfrage: „Multikulti in Sachsen?“ zu Wort (22.03.02).<sup>349</sup> Äußerungen betreffend eine Zuwanderungsregelung beziehen sich auf einen geforderten Zwang zum Erlernen der Sprache der Mehrheitsgesellschaft für diejenigen, die hier bleiben wollten (z. B. unter Verweis auf persönliche Erfahrungen), die Befürwortung von Integrationskursen zur Vermittlung geltender gesellschaftlicher Normen und Konventionen sowie ein rein mit dem persönlichen Status verbundenes Interesse an der Debatte, wobei diese aber nicht bewertet oder eigene Interessen expliziert würden. Ferner wird die Unehrlichkeit der Forderung nach nachholender Integration für bereits Zugewanderte vor Zulassung weiterer Zuwanderung entsprechend seit Jahrzehnten fehlender

<sup>347</sup> „So verwies sie auf die Vergreisung der Gesellschaft und rechnete vor, dass ein mit einer Greencard eingereister Einwanderer im Schnitt die Schaffung von 2,5 neuen Arbeitsplätzen mit sich bringe“ (ebd.).

<sup>348</sup> „Aus Wahlkampfgründen [...] werde Politik auf dem Rücken der Migranten betrieben“ (ebd.).

<sup>349</sup> Einleitend wird die Befragung wie folgt spezifiziert: „Sechs Ausländer und eine Aussiedlerin sagen ihre Meinung über Integration und reden über ihre Erfahrungen mit den Deutschen [...] Wie lebt es sich als Ausländer in Sachsen? Fühlen sich Menschen mit anderen Nationalitäten von den Deutschen angenommen? Und wie haben sie die langwierige Diskussion um ein neues Zuwanderungs- und Integrationsgesetz erlebt, über das heute im Bundesrat abgestimmt wird? [...] Die Auseinandersetzung um ein neues Zuwanderungsgesetz berührt sie alle, auch wenn sie teilweise schon seit vielen Jahren in Sachsen leben und arbeiten“ (ebd.). Die sodann unkommentiert nebeneinander gestellten Äußerungen der sieben Befragten in Zitatform, jeweils ergänzt durch ein Portraitfoto, werden maßgeblich durch die individuellen Migrationserfahrungen und die aktuelle Lebenslage der Interviewten vor allem bezüglich der beruflichen und sozialen Integration bestimmt. Die Interviewten werden zudem, wenngleich sie fast alle seit etlichen Jahren in Deutschland lebten, mehrheitlich mit Deutschen verheiratet sein und zum Teil auch die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen, wiederholt als „Ausländer“ tituliert. Auffällig erscheint ferner, dass sie ihre soziale, gesellschaftliche und berufliche Integration überwiegend als gelungen einschätzten (ein 33-jähriger, 1998 als Bauwesen-Student nach Dresden migrierter Kameruner, der seit 1996 mit einer Deutschen verheiratet ist, zwei Töchter und eine Festanstellung hat; ein 45-jähriger, 1992 nach Deutschland gekommener Senegalese, der seit 1994 mit einer Deutschen verheiratet ist und seit fünf Jahren beim Ausländerrat als Sozialarbeiter beschäftigt ist; eine 42-jährige, 1998 als Aussiedlerin aus Kasachstan mit Familie nach Deutschland zugewanderte, derzeit arbeitslose Lehrerin, die ehrenamtlich im Verein „Oberlausitz – neue Heimat“ und für Russlanddeutsche engagiert ist; ein 42-jähriger, 1981 zwecks Studium nach Eisenhüttenstadt gekommener Libanese, der seit 1990 in Dresden lebt, mit einer Dresdnerin verheiratet ist, einen Sohn hat und seit Anfang 2001 als MTA am Max-Planck-Institut arbeitet; eine 24-jährige, seit dreieinhalb Jahren in Dresden Jura studierende Slowakin; ein 32-jähriger, vor zehn Jahren als Asylbewerber nach Deutschland geflüchteter Inder, der seit dreieinhalb Jahren mit einer Deutschen verheiratet ist, einen Sohn hat und einen Dönerstand betreibt; ein 39-jähriger Amerikaner, der vor zwei Jahren mit seiner Frau nach Dresden kam, als Ingenieur arbeitet, und bald wieder in die USA zurückkehren möchte).



Integrationsbemühungen sowie nicht ausreichender Angebote an Sprachkursen bemängelt und Unverständnis ob der Streichung finanzieller Mittel für bestehende Integrationsprojekte und Initiativen geäußert.<sup>350</sup> Die zitierten Statements zum Debattenverlauf oder zu einer Zuwanderungsregelung werden aber nicht (zusammenfassend) systematisiert oder kontextualisiert.

Die 13 *Kommentare* der *SZ-Redaktion* kennzeichnen vor allem zwei inhaltliche Schwerpunkte.<sup>351</sup> Zum einen die Zurückweisung der von CDU/CSU zur Ablehnung des Regierungsentwurfs erhobenen Vorwürfe, die speziell aufgrund des von Belastungen und Bedrohungen assoziierender Metaphorik durchsetzten Sprachgebrauchs als abwegig betrachtet werden, und Kritik am Vorhaben, die Zuwanderungspolitik in der Hoffnung auf funktionalisierbare Ängste im Wahlkampf thematisieren zu wollen.<sup>352</sup> Eine Instrumentalisierung sei aber auch allein aufgrund nur marginaler inhaltlicher Differenzen gegenüber den Ansichten von Rot-Grün nicht gerechtfertigt.<sup>353</sup> Zum anderen, argumentativ damit verbunden, die Würdigung des Ansinnens der Regierung, ein modernes Zuwanderungsrecht schaffen zu wollen, aus der wegen berücksichtigten Schutz- und Steuerungsinstrumenten eben auch die von Unionsseite erhobenen Vorwürfe nicht resultierten.<sup>354</sup> Die infolge der parteiübergreifenden Kompromissuche vorgesehenen, entgegen des ursprünglichen Vorhabens aber verwässerten Maßnahmen zur Anwerbung dringend benötigter Facharbeitskräfte werden hingegen für unzureichend, weil an zu hohe Zulassungsbarrieren geknüpft, befunden. Stattdessen wird, im Interesse der deutschen Wirtschaft, für weniger restriktive, flexibel zu handhabende Zulassungsmodalitäten votiert.<sup>355</sup> Kritisch wird das Abrücken vom ursprünglichen Vorhaben kommentiert: „Das, was von den Visionen diverser Kommissionen für eine zukunftsweisende Einwanderungspolitik übrig geblieben ist, kann nur als kläglich bezeichnet werden“, denn „selbst wenn die Koalition einen Weg finden sollte, [...] eine Mehrheit für den verstümmelten Gesetzentwurf zu bekommen, bedeutet das nicht zwingend einen Fortschritt in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik“ (Schlottmann, 20.02.02). „Mit der rechtlich unsicheren Situation, ob das Gesetz überhaupt Bestand hat, ist keinem geholfen“, bilanziert Schütz (23./24.03.02) das Bundesratsvotum: „Nicht der deutschen Wirtschaft [...]. Auch nicht den in Deutschland lebenden Flüchtlingen, die auf eine Verbesserung ihrer rechtlichen Lage warten.“<sup>356</sup> Als „die Leidtragenden neuen Parteiengezänks“ nach

<sup>350</sup> Weitere Äußerungen geben eine nicht konkretisierte Hoffnung auf ein Gesetz, Angst vor einem Missbrauch des Themas im Wahlkampf oder schlicht Kenntnis um die Diskussion ohne Wissen um Inhalte wieder.

<sup>351</sup> Neben dem im Folgenden Skizzierten, thematisieren sie auch eingehend allein Begleiterscheinungen und Folgen der Debatte, die aber inhaltliche Aspekte einer Zuwanderungsregelung nicht tangieren: vor allem die parteipolitischen Auseinandersetzungen als Macht- statt Sachfrage, die Vorkommnisse im Bundesrat, die Unterzeichnung des Gesetzes durch Bundespräsident Rau sowie die Folgen der Debatte in Form eines Glaubwürdigkeitsverlustes der Politik(er) in der Bevölkerung.

<sup>352</sup> Z. B.: „Nur ist es sicher kein Beitrag zur Integration, wenn [...] der Eindruck erweckt wird, mit dem Zuwanderungsgesetz würden alle Dämme brechen“ (Schlottmann, 14.12.01); „Der Vorwurf, Rot-Grün wolle der unbegrenzten Zuwanderung Tür und Tor öffnen, ist ohnehin absurd“ (Schütz, 28.02.02); „Eine Woche vor dem Wahltag [...] greift die Union wieder zu altbewährten Rezepten [...] Mit der diffusen Angst vor einem ‚Zustrom von Ausländern‘, vor einem ‚multikulturellem Einwanderungsland‘, vor ‚Asylmissbrauch‘ und ‚jugendlichen Serienstraftätern‘ lassen sich möglicherweise Wähler [...] doch noch überzeugen. [...] Das Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung ist keinesfalls eine Öffnung für möglichst viele ausländische Arbeitnehmer. [...] von einem ungesteuerten Zustrom [kann] keine Rede sein“ (Schlottmann, 17.09.02).

<sup>353</sup> Die Betonung „nur verschwindend kleine[r] Unterschiede“ (Schütz, 28.02.02) kommt wiederholt deutlich zum Ausdruck.

<sup>354</sup> So komme der Regierungsentwurf z. B. keiner „Öffnung für möglichst viele ausländische Arbeitnehmer“ oder einem „ungesteuerten Zustrom“ gleich, da etwa das Inländerprimat Gültigkeit behalte und an potenzielle Zuwanderer, „die international begehrten Spitzenkräfte“, generell sehr hohe Anforderungen gestellt würden (Schlottmann, 17.09.02).

<sup>355</sup> Es gelte z. B. „ein modernes Zuwanderungsgesetz zu schaffen, um Arbeitskräfte nach Deutschland holen zu können“ (Schlottmann, 20.02.02) und der deutschen Wirtschaft zu helfen, „die trotz Massenarbeitslosigkeit auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist“ (Schütz, 23./24.03.02); „Deutschland braucht aus demographischen Gründen, aber auch um den Arbeitskräftemangel in einigen Branchen zu beheben, Zuwanderer aus dem Ausland“ (Striefler, 27.02.02).

<sup>356</sup> „Aber um die Sache geht es beim Thema Zuwanderung ja schon längst nicht mehr, sondern nur noch um wahltaktische Winkelzüge“ (ebd.). Einer sachpolitischen Unfähigkeit der Parteien und einer Instrumentalisierung der Zuwanderungsfrage für machtpolitische Zwecke, demnach Inhalte unbedeutend seien, wird wiederholt Ausdruck verliehen (z. B.: „Statt um die

Kassierung des Regierungsentwurfs durch das Bundesverfassungsgericht sieht Schütz (19.12.02) „deutsche Unternehmen, die auf ausländische Experten angewiesen sind – aber auch zahlreiche Flüchtlinge, die auf eine klare Gesetzesregelung warten“. Flüchtlinge erscheinen somit als von parteitaktischen Machtspielen abhängige, wartende Betroffene, dies aber, so die Formulierungen, der Wirtschaft nachgeordnet, sowie auch ohne Kontextualisierung betreffend die angeblich klaren oder gar verbesserten gesetzlichen Regelungen. Die Kritik an einer nur von machtpolitischen Interessen bestimmten Debatte richtet sich also auch auf (notwendige) Änderungen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik: „Auch die allseits beklagten Defizite bei der Integration der hier lebenden Ausländer scheinen nebensächlich. Jetzt geht es einzig und allein darum, Wahlen zu gewinnen“ (Schlottmann, 20.02.02). Was aber konkret hinsichtlich ursprünglich mit dem Gesetzesvorhaben anvisierter Verbesserungen bestehender Integrationsdefizite oder des Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen gefasst wird, bleibt offen. Einzig Schlottmann (14.12.01) richtet den Blick dezidierter auf die Notwendigkeit zu verstärkender Integrationsanstrengungen entgegen des bislang von Ignoranz, in der Hoffnung auf „Anpassung oder Rückkehr“ geprägten Vorgehens zur Bewältigung des „Problem[s]“ und attestiert eine diesbezüglich augenscheinlich eingekehrte Einsicht; dies, um sodann den Regierungsentwurf als Beitrag „zur Verbesserung der Integration“ zu würdigen.<sup>357</sup> Zuvorderst nennt sie allerdings attraktivere Rahmenbedingungen für Hochqualifizierte, wohingegen der Verweis auf einen Beitrag „zur Verbesserung der Integration“ bezüglich konkreter Inhalte weitgehend unspezifisch bleibt und Integrationsprozesse exemplarisch auf angebotene Sprachkurse reduziert werden.<sup>358</sup>

Die Berichterstattung begleitenden *grafischen Stilmittel* richten sich zuvorderst auf die Protagonisten der (partei-)politischen Debatte und deren Instrumentalisierungen.<sup>359</sup> Dezidiert inhaltliche Aspekte einer Zuwanderungsregelung werden kaum fokussiert, gleichfalls Zuwanderung oder Migranten.<sup>360</sup> Durch grafisch exponierte Textblöcke werden kursorisch Inhalte und Eckpunkte des (verabschiedeten) Entwurfs wiedergegeben, im Rahmen derer dessen Ansinnen deutlich zum Ausdruck kommt; einige der rezipierten Inhalte, speziell Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung, Ausreisepflicht und Freiheitsbeschränkung, finden überdies keine Beachtung

---

Sache geht es [...] nur noch um Wahlkampf pur“, Schütz, 28.02.02; „Das Zuwanderungsgesetz ist längst keine Sach-, sondern eine Machtfrage“, Striefler, 19.03.02). Schütz (28.02.02) sieht ein Verschieben der Entscheidung über das Gesetz „schleunigst auf die Zeit nach der Wahl“ als „einfachen Weg“, „um dieses unwürdige Schauspiel, das die Politik tagtäglich aufführt, zu beenden“, wenn, so Schlottmann (20.02.02), „Vernunft und kühler Verstand wieder Einzug gehalten haben in der Politik“.<sup>357</sup> „Für die Integration von Ausländern ist bisher in der Tat viel zu wenig getan worden. Stillschweigend taten alle so, als würde sich das Problem von selbst lösen. Sei es durch Anpassung, sei es durch Rückkehr in die Heimat. Inzwischen akzeptieren alle, dass sich diese ignorante Haltung ändern muss. [...] [Das Gesetz] enthält neben vielen anderen Regelungen Angebote – wie Sprachkurse für Migranten – und trägt damit zur Verbesserung der Integration bei“ (ebd.).

<sup>358</sup> Eine weitergehende Thematisierung von Integration als Prozess und z. B. Notwendigkeiten seitens der Mehrheitsgesellschaft zum Umgang mit dem nicht nur implizit formulierten Problem der „Integration von Ausländern“ erfolgt nicht.

<sup>359</sup> Von insgesamt 24 Fotos bilden 15 deutsche Funktionsträger ab, sieben von zehn Zeichnungen bzw. Karikaturen kommentieren deren Auseinandersetzungen. In einer von drei Grafiken ist die Stimmenverteilung im Bundesrat dargestellt.

<sup>360</sup> Sieben Fotos porträtieren die befragten Migranten (22.03.02), eines eine Frau mit Kopftuch beim Lesen eines Deutsch-Schulbuches (10.07.02). Das Foto eines slowakischen Mikroelektronikers unterstreicht den ihm zugewiesenen wirtschaftlichen Nutzen, eine Grafik mit einem Funktionsgrafen unterstreicht den Gewinn einer ökonomisierten Zuwanderungspolitik (26.11.01). In einer Grafik ist der Anteil der „Ausländer in Deutschland Ende 2000 nach Herkunftsländern“ aufschlüsselt und deren Gesamtzahl sowie steigender Prozentanteil an der Gesamtbevölkerung dargestellt (14.02.02). Zwei Karikaturen parodieren die widersprüchliche Strategie von CDU/CSU zwischen Ablehnung und funktionalisierter Ausnutzung von Zuwanderung (2./3.03.02; 4.03.02); „Wasch mir den Pelz aber mach mich nicht nass!!!“ (2./3.03.02). In einer Zeichnung wird das Scheitern des Gesetzes mit Blick auf weiterhin benötigte, aber fehlende hochqualifizierte Arbeitskräfte karikiert (19.12.02).

oder Erwähnung.<sup>361</sup> Grafisch ähnlich abgehoben wird der (auch in Kommentaren vermittelte) Schluss, die Vorstellungen und Konzepte von Regierung und Opposition seien im Grunde identisch, die „Ablehnung des rot-grünen Zuwanderungskonzeptes“ stütze sich nur „auf wenige Details“ (27.11.01), flankiert.<sup>362</sup> Auch eine „Chronik: Der lange Weg zum Zuwanderungsgesetz“ ist abgedruckt, die vor allem eine breite gesellschaftliche Unterstützung für die Notwendigkeit von Zuwanderung im Interesse des deutschen Arbeitsmarktes und der demographischen Entwicklung herausstellt (24.10.02). Eine Beleuchtung oder Reflexion von Intentionen und Zielen einer Regelung unterbleibt (im Grunde) gänzlich in den wiedergegebenen, offenbar auf Bereicherung zielenden Informationen. Das mit Inkrafttreten des ZWG zu schaffende „Bundesamt für Migration“ solle zwar, so unter Berufung auf die Bundesregierung, „die Eingliederung von Ausländern auf eine neue Grundlage stellen“, es „solle zum Kompetenzzentrum für alle Fragen der Zuwanderung werden“ und werde „für die gesamte Integrationsförderung zuständig sein“ (6./7.07.02; 10.07.02), entsprechenden Inhalten wird aber keine weitere Beachtung zuteil.

#### 5.4.1.4 Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von *MOZ*, *LR* und *SZ*

Der *Teildiskursstrang Zuwanderungsgesetz*, der die Debatte zur Regelung von Migration nach Deutschland abbildet, zeigt sich weitgehend homogen. Der quantitative Umfang des Analysekorpus zeugt von zugewiesener Relevanz, erhebliche Teile repräsentieren aber keine qualitativen Aussagen zum eigentlichen Thema.<sup>363</sup> Der regionale Printmediendiskurs ist fest mit dem Politikerdiskurs verschränkt, er (re-)produziert ihn, fungiert als dessen Forum und Bühne diskursiver Leitfiguren und (weiterer) Protagonisten.<sup>364</sup> Konstitutiv sind zum einen Sprecher(gruppen), die den Diskurs inhaltlich besetzen und formatieren. Zum anderen, mannigfach auch mit einer gemeinsamen Stimme und Aussage etikettierte, vielfältig subsumierte und homogenisierte Sprecher(gruppen), die den (dominanten) Politikerdiskurs zum einen inhaltlich bestätigen und reproduzieren, und ihn zum anderen (allein appellativ) derart rahmen, als Form, Verfahrensfragen, Folgen oder Instrumentalisierungen in Sorge um das Ansehen der Politik(er), der Demokratie und (der Kultur) des politischen Diskurses, also Verstrickungen und Implikationen

<sup>361</sup> Allein auszugsweise: „Wer wieder ausreisen muss, kann künftig in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder sogar verpflichtet werden, sich in speziellen Ausreiseeinrichtungen aufzuhalten. [...] Asylbewerber, die die Dauer ihres Aufenthaltes missbräuchlich in die Länge gezogen haben, sollen von den höheren Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgeschlossen werden“ (14.12.01); „Das Gesetz [...] gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen.“ [...] Vor der Anstellung ausländischer Arbeitnehmer müssen künftig ‚nachteilige Auswirkungen‘ auf den gesamten Arbeitsmarkt geprüft werden. [...] Will ein Ausländer eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen, wird ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse dann angenommen, ‚wenn die Investition mindestens eine Million Euro beträgt und mindestens zehn Arbeitsplätze geschaffen werden‘. [...] Ausländerbeauftragter [...] Das Amt erhält mehr Kompetenzen und wird umbenannt in ‚Beauftragte(r) für Migration, Flüchtlinge und Integration‘“ (27.02.02); „Das Gesetz [...] diene der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen. [...] Hoch qualifizierte Ausländer sollen grundsätzlich unbegrenzt einwandern dürfen und eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten. [...] Die Sozialleistungen für Asylbewerber werden eingeschränkt. [...] Damit soll der Anreiz vermieden werden, die Asylverfahren und die Beendigung des Aufenthalts zu verzögern. [...] Der Entwurf sieht vor, den Aufenthalt von ausreisepflichtigen Personen räumlich zu beschränken. Vorgesehen ist auch die Möglichkeit, die betroffenen Personen zu verpflichten, in einer Ausreiseeinrichtung zu wohnen. Ziel ist es, die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise zu fördern“ (2./3.03.02); „Wer wieder ausreisen muss, kann in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder in speziellen Ausreiseeinrichtungen festgehalten werden. [...] Im Aufenthaltsgesetz wird ein Mindestrahmen für staatliche Integrationsangebote festgesetzt. Dazu zählen Sprachkurse sowie Einführungen in Recht, Kultur und Geschichte Deutschlands. [...] Die Asylverfahren sollen beschleunigt werden“ (21.06.02).

<sup>362</sup> Vgl. z. B. auch 28.02.02; 22.03.02; 19.12.02.

<sup>363</sup> Der Analysekorpus umfasst für die *MOZ* 241, die *LR* 236 und die *SZ* 198, insgesamt also 675 Analysegegenstände.

<sup>364</sup> Auch die eingesetzten ikonografischen Mittel reproduzieren diese Struktur: Fotos, Karikaturen, Info-Grafiken etc. beziehen sich weit überwiegend auf die deutschen (vor allem parteipolitischen) Protagonisten des Diskurses.

auch der eigenen Diskursebene, disputiert werden. Andere Diskursebenen, vor allem (wissenschaftliche) Spezialdiskurse, zahlreich als Experten- oder Sachverständigendiskurse markiert und personifiziert, aber auch der Alltags- oder der Mediendiskurs, fungieren als Referenzen, Wissensspeicher und -quelle, als eine Art Selbstbedienungsladen vor allem des Politikerdiskurses, aber z. B. auch redaktioneller Kommentare. Sie erscheinen diskursiv verknüpft, verwoben und verschränkt als Ausweis (der aktuell) gültigen Wissensbestände zum *Thema Migration* und entsprechenden, als Alternativlosigkeiten präsentierten Handlungsnotwendigkeiten. Der Teildiskursstrang ist charakteristisch repetitiv, synthetisierbare Aussagen in Form von exklusive Gültigkeit und Wahrheit beanspruchenden Wirklichkeitsdeutungen werden ständig (re-)produziert, die qualitative Bandbreite ist erkennbar gerahmt: Zentrale Botschaften fungieren als Dauerrepräsentationsvorlage für die Diskursgemeinschaft der Rezipienten. Durchgängig deutlich – wenngleich nicht immer eingängig oder ikonografisch unterfüttert – von Kollektivsymbolik oder bipolarer Pronominalstruktur bestimmte Wirklichkeitsdeutungen, Realitätsproklamationen, Applikationsvorgaben und Handlungsaufforderungen verleihen dem Diskurs eine klar konturierte Gestalt. Das aktuell gültige Wissen trägt den Anspruch wissenschaftlich bewiesener, allseits gesellschaftlich geteilter, exklusiver Gültigkeit mit/in sich. Das dem debattierten Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung per Präambel eingeschriebene Ziel der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern nach Deutschland wird als gesamtgesellschaftlich getragener Basiskonsens dargestellt. Die qualitative Bandbreite des (maßgebend die insbesondere partei-/machtpolitisch geprägten Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Kritikern bzw. Gegnern der anvisierten allgemein verbindlichen Rechtsnorm abbildenden) *Teildiskursstranges Zuwanderungsgesetz* wird durch folgende Aussagen repräsentiert:

▪ ***Migranten haben sich an in Deutschland geltende Regeln und Werte anzupassen und dazu eigene Anstrengungen zu unternehmen.*** Nur dann kann (Integration gelingen und) weitere Zuwanderung zugelassen werden. Die Norm der Befolgung unserer Regeln und Pflichten, Erlernen und Verstehen unserer Sprache, Ablehnung von Fanatismus, Extremismus und Kriminalität, wie z. B. das Staatsoberhaupt und der Innenminister essentialisieren, verkörpert das auf einer proklamierten eigenen Identität basierende Selbstverständnis; repräsentiert auch von einer speziell dargestellten *Diskursebene Migranten*: Die Notwendigkeit von Kenntnissen der deutschen Sprache sowie geltenden gesellschaftlichen Normen und Konventionen ist Erfahrungswissen. Zuwiderhandlung ist mit Sanktionen bis hin zu Ausschluss zu belegen, eine Ausreisepflicht mit freiheitsentziehenden Maßnahmen zu sichern. Konstitutiv für die geforderte Anpassung sind Problematisierungen bislang nicht ausreichender, ungenügender (vor Zulassung weiterer Zuwanderung nachzuholender) Integration/Anpassung bereits Zu-/Eingewanderter.<sup>365</sup>

<sup>365</sup> Proklamierte bestehende und/oder drohende, drastische Fehlentwicklungen, Problemfälle, ausländerreiche Bezirke als räumliche Problemkonzentration, integrationsfeindliche Praktiken, schuldhaftes Nichterfüllen auferlegter Pflichten, Forderungen nach Sanktionen für Integrationsverweigerer oder einer Quote für Schüler aus anderen kulturellen/ethnischen Herkunftsgebieten oder Wissen um die Widerstände in der Bevölkerung, wenn es um (weitere) Integration geht, stehen exemplarisch für ein Feld von Aussagen, das von Grenzen der Belastbarkeit, der Integrationsfähigkeit und des Integrationswillens gerahmt wird und Integration (durch Anpassung von zu *uns* nach Deutschland von außen Hinzukommenden) als (zu verhindernde/vermindernde) Belastung und Bedrohung setzt. Durch möglichst frühzeitige Anpassung, symbolisiert vor allem in Forderungen nach (einer weiteren) Absenkung des Nachzugsalters für Kinder, soll künftigen Problem(fäll)en begegnet werden. Forderungen nach z. B. Zulassung/Akzeptanz von Differenz, Pluralität, Widerspruch, Unterlassung zwanghaften Drucks, einer integrationspolitischen Agenda und einer Integrationsoffensive oder Kritik an mangelnden Anstrengungen/Leistungen der Mehrheitsgesellschaft sowie Integration von Ausländern problematisierenden Deutungen und Setzungen, erscheinen (dem entgegen) nur appellativ (isoliert). Deutungskämpfe ranken sich um zu fordernde Anpassungsleistungen zur Verhinderung/Verminderung von Problemen sowie die Verteilung von Kosten. Eine Reflexion von (durchgängig unspezifisch angeschlagenen) Termini wie Integration, Anpassung, Eingliederung oder Assimilation und entsprechenden Prozessen oder auch seitens der Mehrheitsgesellschaft zu erbringenden Anstrengungen ist nicht Teil des Diskurses.

▪ ***Migration, die volkswirtschaftlichen Nutzen für Deutschland hat, ist (temporär) zuzulassen.*** Zur Auswahl sind Regeln zu vergesetzlichen, die eigene, deutsche Interessen repräsentieren. Referenz für die Betrachtung und Bewertung von Migration ist der nationale Wirtschaftsstandort, die Entwicklungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands im harten Kampf nationaler Wettbewerbsstaaten um begehrtes Humankapital, dessen mobile Träger, die produktivsten Verkörperungen. Ein gesteuerter Abschied vom Anwerbestopp, die geregelte (z. B. (prinzipiell) begrenzte, (streng) ausgewählte, (sehr) maßvolle) Zulassung von (höchst-/hoch-)qualifizierten Migranten ist für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, des nationalen Arbeitsmarktes sowie der deutschen Sozialsysteme dringend erforderlich, längst überfällig, zum Überleben notwendig.<sup>366</sup> Die Politik muss den Menschen erklären, so die eindrückliche Forderung der Bundesausländerbeauftragten in Reaktion auf offenbar unzureichendes Wissen im Alltagsdiskurs, warum Zuwanderung (trotz Millionen inländischer Arbeitsloser) gebraucht wird. Unerlässlich ist, so die wissenschaftlich bewiesene Setzung von (aktuell gültigem) Wissen und (alternativlosen) Handlungsnotwendigkeiten, ein modernes Zuwanderungsrecht, ein Perspektiven- und Paradigmenwechsel deutscher Migrationspolitik, eine Politik, die Nutzen bringt und (weitere, zusätzliche) Belastungen verhindert: eine sich möglichst effizient an (wohlverstandenen) eigenen, nationalen, deutschen Interessen und Bedürfnissen ausrichtende Steuerung von Migration nach zugewiesenem Humankapitalwert und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.<sup>367</sup>

▪ ***(Weitere) Migration ist eine (drohende, starke) Be-/Überlastung für Deutschland, die zu verhindern/vermindern ist.*** Vor allem der deutsche Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme, sowie aber auch z. B. die (Integrationsfähigkeit der) deutsche(n) Gesellschaft, werden durch (weitere) Zuwanderung (stark) be-/überlastet, sie drohen aus den Fugen zu geraten, Schaden zu nehmen.<sup>368</sup> Im eigenen, nationalen, deutschen Interesse, auch personifiziert durch die (vier Millionen) inländischen/deutschen Arbeitslosen, Zuwanderung nur im Ausnahmefall, nur dann, wenn Deutschland keinen Schaden nimmt.<sup>369</sup>

<sup>366</sup> Deutschland droht den Anschluss zu verlieren, Wohlstand und soziale Sicherheit sind gefährdet; für die Wissenschaft Anlass zu allergrößter Sorge, es droht schmerzhafter Mangel, ein Drama, Schaden, Abstieg, Krankheit etc.

<sup>367</sup> Zuwanderer werden durch Kosten-Nutzen-Variablen symbolisiert und nach Gesamtsaldo/Mehrwert ausdifferenziert. Deutungskämpfe hinsichtlich der Betrachtung und Bewertung von Migration nach dem wirtschaftlichen Nutzen beziehen sich vor allem auf quantitative und/oder qualitative Aspekte des *faktischen*, gemäß dem (*wohlverstandenen, wirklichen*) *nationalen Arbeitsmarktbedürfnis* zu deckenden (kurz-, mittel-, langfristigen) Bedarfs, den zugrunde zu legenden (nationalen, regionalen) Bezugsrahmen, (z. B. strengere Regeln für) das zu vergesetzlichende Auswahlverfahren, den Migranten (un-/befristet) zuzugestehenden Aufenthaltsstatus, Möglichkeiten zur Verhinderung von Zuwanderung durch Qualifizierung von Inländern/Deutschen, zu vermeidenden Missbrauch sowie den Nutzen von Zuwanderung zur Behebung demographischer und sozialstaatlicher Probleme. Forderungen nach z. B. einer unbürokratischen Vergabe von Arbeitsstellen an Ausländer, einer großzügigeren Zulassung oder Bereitstellung attraktiver Rahmenbedingungen für Migranten sowie Kritik an zu engen Grenzen des debattierten Gesetzes oder die als Element eines Gegendiskurses anmutende Forderung nach Unterlassung der Unterbringung von Migranten in gute und schlechte Menschen werden nicht kontextualisiert.

<sup>368</sup> Entsprechend Grenzen der Belastbarkeit und einer bereits ohnehin angespannten Lage ist z. B. der Zuwanderungsdruck zu mindern, der Zuzug von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten einzudämmen, der Familiennachzug und das Nachströmen von Bürgerkriegsflüchtlingen zu bremsen, die Versorgungskosten für Ausländer zu senken etc.

<sup>369</sup> Notwendig ist, so die auch wissenschaftlich gesetzte Bedingung, eine Politik, die (weitere, zusätzliche) Belastungen durch Migration vermeidet. Deutungskämpfe betreffend die (drohende, weitere) Be-/Überlastung durch Zuwanderung ranken sich um eine *wirkliche, vernünftige*, (noch) konsequenter umzusetzende etc. Begrenzung und Steuerung bzw. Verhinderung/Verminderung von Be-/Überlastungen; als Referenz fungiert das (*wirkliche*) deutsche Interesse, das nationale Arbeitsmarktbedürfnis, die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft etc. Durch das Gesetz der Bundesregierung drohen, so die Argumentation, zu dessen Ablehnung, eine (weiter) unbegrenzte, massiv ausgeweitete etc. Zuwanderung: Es öffnet ungehinderter Zuwanderung Tür und Tor, neue Schleusen, (weitere) Einfallstore etc. Zu dessen Verteidigung hingegen wird sich, unter Verweis auf das Ziel der Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung, der alleinigen Zulassung nur (weniger, Nutzen bringender) Höchst-/Hochqualifizierter entsprechend eigener Interessen und eigenen Bedarfs sowie der Gültigkeit behaltenden Bevorzugung von Inländern/Deutschen auf dem Arbeitsmarkt, auf verhinderte bzw. verminderte Belastungen berufen: Ein Gesetz, das Zuwanderung nicht vergrößert, sondern reduziert, der Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme werde nicht be-, sondern entlastet, es folgt kein massenhafter Zustrom, keine Zuwanderungs- oder Flüchtlingswelle etc.

- ***(Weitere) Migration hat (drohende, weitere) gefährliche Folgen für Deutschland, und ist deshalb zu verhindern/vermindern.*** Durch (den Gesetzentwurf der Bundesregierung und) eine (daraus resultierende, weiterhin) unkontrollierte, unbegrenzte etc. Zulassung, bzw. Erweiterung/Ausweitung des Zuzugs, von Ausländern sind deutsche Interessen und die nationale Identität Deutschlands gefährdet: es drohen unter anderem ein (zu) hoher (räumlich konzentrierter) Ausländeranteil, tief greifende, kaum reversible Veränderungen *unserer* Nation, eine andere Gesellschaft, die Verwandlung in ein multikulturelles Einwanderungsland. Der Alltagsdiskurs fungiert als unumstrittene Vergewisserungsreferenz, ohne dass Diskurspositionen näher expliziert würden: Die Mehrheit der Bürger fürchtet mehr Zuwanderung.
- ***(Weitere) Migration hat (drohende, weitere) negative Folgen für Inländer/Deutsche und ihr Verhältnis zu Fremden/Ausländern, und ist deshalb zu verhindern/vermindern.*** Das Thema Migration wird, verschränkt mit dem Alltagsdiskurs, der Furcht/Angst (der Mehrheit) der Bevölkerung vor mehr Zuwanderung, und zugleich in Abgrenzung zu offensichtlich völkisch-nationalistischen Ideologemen, sozial besetzt: Migration darf keine nachteiligen Auswirkungen für Inländer/Deutsche haben, sie darf nur zur Deckung eines nicht mit eigenen Mitteln zu behebenden, *wirklichen* nationalen Arbeitsmarktbedarfs erfolgen.<sup>370</sup> Durch weitere Zuwanderung droht (weitere) Gefahr für den sozialen Frieden, es droht eine (weitere) Zunahme, ein Erstarken von Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit, Wasser auf die Mühlen der Recht(sextrem)en: Ein Zustrom von Zuwanderern wäre für (die Menschen in) Deutschland nicht zu verkraften.<sup>371</sup>
- ***(Weitere) Migration aus humanitären Gründen ist (allein) auf Grundlage der für Deutschland völkerrechtlich bindenden Konventionen zuzulassen.*** Die (zu vergesetzlichenden) Regelungen betreffend so genannte humanitäre Zuwanderung gehen nicht über ohnehin geltende Richtlinien/Verpflichtungen hinaus, sie bekennen sich nur zu den Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention: Es folgt keine Ausweitung bestehender oder Schaffung neuer Schutztatbestände/Aufnahmegründe, keine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen, sondern nur eine Statusverbesserung. Ausnahmen in Form einer Ausweisungsbewahrung bzw. eines Abschiebeschutzes sind nur für Härtefälle aufgrund gerechtfertigter Gründe möglich.<sup>372</sup>

<sup>370</sup> Angesichts vier Millionen inländischen/deutschen Arbeitslosen ist (weitere, eine Erweiterung der) Zuwanderung nicht im Interesse Deutschlands, eine Aufhebung des Anwerbestopps eine Verhöhnung der Arbeitslosen, so zur Ablehnung des Vorhabens der Bundesregierung. Zu deren Verteidigung wird in Reaktion auf im Alltagsdiskurs augenscheinlich virulente Befürchtungen, ausländische Arbeitskräfte nehmen Arbeitsplätze weg, die Gültigkeit des Inländerprimats, das Recht des Volkes auf Bevorrechtung gegenüber *von außen Hinzukommenden* zur Aufrechterhaltung des *inneren* Friedens hervorgehoben.

<sup>371</sup> (Weitere/Zu viele) Migrant\*innen zeichnen für (ein) Zunahme von) Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit (selbst) verantwortlich.

<sup>372</sup> Zwar werden seitens der Befürworter des Gesetzentwurfs der Bundesregierung sorgfältig abgewogene humanitäre Anforderungen oder auch nicht zu unterschreitende, indisponible humanitäre Grundüberzeugungen oder ein humanitäres Grundanliegen als handlungsleitend proklamiert, näher expliziert werden diese Referenzen aber nicht; ebenso sind Deutungen, die Kassierung des Gesetzes ist ein Rückschlag für den Flüchtlingsschutz, bzw. das Gesetz bringt eine erhebliche Besserstellung der Flüchtlinge, wichtige Verbesserungen beim Flüchtlingsschutz und eine Verbesserung ihrer Situation, nicht inhaltlich unterlegt. Speziell die berücksichtigten Ausnahmeregelungen und ein Asylgrund geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung, so die Argumentation zur Ablehnung des Gesetzentwurfs hingegen, drohen aber einen (weiter) missbrauchbaren Zugang zu öffnen: Der Anspruch auf Zuzugsbegrenzung droht ausgehebelt, der Bogen der humanitären Verpflichtungen bei weitem überspannt, das Grundgefüge des Asylrechts aus den Angeln gehoben zu werden, es drohen eine nicht akzeptable, ungesteuerte Zuwanderung, mehr/weitere Einfallstore für Asylmissbrauch, massive Anreize für Armutsflüchtlinge etc.; für Erweiterungen des Asylrechts ist aber kein Raum, Asylmissbrauch ist einzuschränken und zu sanktionieren, humanitäre Zuwanderung verschärfter zu regeln und zu begrenzen, das Asylverfahren zu verkürzen und zu beschleunigen, Sozialhilfeeisetzungen für Asylbewerber sind einzuschränken, abgewiesene Asylbewerber schnell zurückzuschicken etc. Den dominanten Aussagen entgegen gerichtete, nur isoliert repräsentierte Kritik betreffend z. B. eine nicht ausreichende Besserstellung von Flüchtlingen, eine Verschärfung des Asylrechts, eine Ablehnung von Abschiebehaft, zu halbherzige Regelungen und eine inhumane, nicht von Nächstenliebe bestimmte Migrationspolitik oder die Forderung nach einer Verbesserung der sozialen Lage von Flüchtlingen sowie die Warnung vor einer Kriminalisierung irregulärer Einwanderer werden nicht inhaltlich expliziert. Auch der Verweis auf quantitativ kaum wesentliche Veränderungen durch die neuen Regelungen sowie die bloße Schließung einer Statuslücke entsprechend einem Bundesverfassungsurteil wird nicht weiter beleuchtet.

Die Wirklichkeitskonstruktionen, die von den (diskursmächtigen) Befürwortern wie Gegnern des Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung jeweils für ihre Deutungen, Argumentationen und Referenzbezüge proklamiert werden, verleihen den konstitutiven Aussagen, und somit auch dem Teildiskursstrang insgesamt, eine außerordentliche Festigkeit. Sie präsentieren soziale Wissensbestände und entsprechende Handlungen betreffend (eine durch eine allgemein verbindliche Rechtsnorm festzuschreibende Begrenzung und Steuerung von) Migration als realpolitische Notwendigkeiten, als aufgrund der *wirklichen* Realität faktisch alternativlos, als (*wissenschaftlich bewiesene*) Wahrheit.<sup>373</sup> Durch Proklamation der Zustimmung/Unterstützung durch (nahezu) alle (relevanten) gesellschaftlichen Gruppierungen, aller, die etwas vom *Thema Migration* verstehen, oder durch die Mehrheit der Bevölkerung, wird eine innergesellschaftliche Trennlinie mit den eigenen Sichtweisen als Scheidekriterium gezogen. Widerspruch und Abweichendes steht im den Diskurs konstituierenden System dualistisch, binäroptionell besetzter Kollektivsymbole für dem Entgegenstehendes, Gegensätzliches, und erscheint somit unvernünftig, besorgniserregend, bedrohlich, gefährlich, zu verhindern, zu bekämpfen etc.<sup>374</sup>

Ein *Gegendiskurs*, der den als (aktuell gültige) Wahrheit (re-)produzierten sozialen Wissensbeständen entgegensteht, oder diese auch nur kritisch beleuchtet, befragt und reflektiert, ist im analysierten regionalen Printmediendiskurs nicht repräsentiert; nur vereinzelte, in aller Regel aber allein appellativ verbleibende, durchweg nicht mit der konstitutiven Struktur und Gestalt des Teildiskursstranges kontextualisierte Äußerungen lassen sich als entsprechende Performanzen, als Elemente eines (möglichen) Gegendiskurses deuten. (Grundsätzliche) Kritik am als hegemonial erscheinenden Diskurs zum *Thema Migration* ist somit sagbar, aber nur völlig marginalisiert und isoliert ohne inhaltliche Unterfütterung repräsentiert.

*Deutungskämpfe*, also Divergenzen, Kontroversen etc. zum *Thema Migration*, diskursiv immer wieder als Streit um die Zuwanderung oder das Gesetz der Bundesregierung produziert, werden (weitestgehend) nur innerhalb einer klar konturierten und begrenzten Gestalt und Struktur sowie eines klar identifizierbaren Felds von Aussagen deutlich. Unter der das Selbstverständnis repräsentierenden Direktive der Anpassung an deutsche Regeln und Werte samt drohendem Ausschluss bei Zuwiderhandlung, bilden zwei Maximen die maßgebenden Referenzen und Eckpunkte für eine festzuschreibende allgemein verbindliche Rechtsnorm: einerseits eine eigenen, nationalen, deutschen Interessen folgende Optimierung von (wirtschaftlichem) Nutzen durch Zuwanderung, andererseits die Verhinderung (Minderung, Minimierung etc.) von unerwünschten Be-/Überlastungen, Gefahren und negativen Folgen durch Zuwanderung. Relevante Disparitäten beziehen sich im Grunde ausschließlich auf die (drohenden) Folgen des Zuwanderungsgesetzes der Bundesregierung sowie Verfahrensweisen zur (*wirklichen*, stärkeren, effizienteren etc.) Steuerung und Begrenzung von Migration, auf Fragen des Wie (am besten), der qualitativen Optimierung von Zulassungsmöglichkeiten sowie Einlass- und Ausschlusskriterien für *von außen Hinzukommende* gemäß dem eigenen, deutschen Interesse: Notwendig ist

<sup>373</sup> Sie rekurren unter anderem auf Moderne, Fortschritt, Vernunft, Verstand, Sinn, Kompetenz, Verantwortung, Augenmaß, Angemessenheit, christliche Werte, Vorbildcharakter, das Gute, das Richtige, das Bestmögliche, des Volkes Willen, das nationale, deutsche Interesse, die Interessen unserer Nation, die Aufrechterhaltung sozialen Friedens sowie Wissen um den Alltagsdiskurs, die Widerstände, die Ängste und die Sorgen der Menschen in Deutschland beim *Thema Migration*.

<sup>374</sup> Realitätsproklamationen sind nicht nur essenzieller Bestandteil des Politikerdiskurses, sondern z. B. auch diskursiv produzierte Repräsentanten der *Diskursebene Migranten* stehen für faktische Unabwendbarkeiten: Das Migrationsproblem muss besprochen, es muss endlich Migrationspolitik gemacht werden. Oft wird auch (homogenisiert), unter anderem seitens der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, humanitärer bzw. Menschenrechtsorganisationen, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Arbeitsgeber, der Gewerkschaften oder des Handwerks, ohne inhaltliche Basis der Notwendigkeit oder Alternativlosigkeit der Verabschiedung eines bzw. auch einem Kompromiss für (irgend)ein Zuwanderungsgesetz(es) Ausdruck verliehen.

eine allgemein verbindliche Rechtsnorm, die möglichst viel Nutzen bringt und weitere/zusätzliche Belastungen sowie negative Folgen möglichst weitgehend verhindert bzw. vermindert.

Häufiger sind zwar auch (scharf formulierte) Warnungen vor und Kritik an einer (macht-politischen) Instrumentalisierung des Zuwanderungsthemas (im Politikerdiskurs, speziell im Wahlkampf, zu Lasten von Ausländern) im Diskurs repräsentiert, verbunden mit (befürchteten) negativen Folgen für das Ansehen Deutschlands im Ausland und (weiteren) negativen Folgen für Ausländer, und ferner Forderungen nach einem entsprechend verantwortungsvollen, sensiblen, vernünftigen etc. Disput über das Thema. Sie verbleiben aber durchweg appellativ und werden nicht (eingehender) reflektiert oder mit der Gesamtgestalt des Diskurses kontextualisiert.<sup>375</sup> Unklar und entsprechend spekulativ bleibt, was (angesichts gewalttätiger Übergriffe auf Migranten) z. B. mit einer moralischen Katastrophe, einer Radikalisierung der Gesellschaft, negativen Wirkungen für das gesellschaftliche Gesamtklima zu Lasten von Migranten, einem weiteren Anstieg von Fremdenfeindlichkeit oder auch dem Wunsch nach einem rassistisfreien Wahlkampf gemeint ist, ebenso wie mit der Forderung nach Vermeidung einer falsch verstandenen Ausländerfreundlichkeit und gleichsam des Versuchs, das Ausländerthema zum Knüppel zu machen. Der Alltagsdiskurs in Form offensichtlich in der Bevölkerung existenter Vorbehalte, Ressentiments, Rassismen und Ängste vor (weiterer) Migration gibt zwar stets die Referenz; dass die Appelle aber (durchweg) auf Verhinderung/Vermeidung eines *weiteren, zusätzlichen Ansteigens oder vermehrten Auftretens von Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit* zielen, wird wie auch die faktischen Folgen der aktuellen gesellschaftlichen Formierungsprozesse für Migranten nicht beleuchtet.

Die den Anspruch der Reflexion des Politikerdiskurses mit sich tragenden (insgesamt immerhin 25) Kommentare der Zeitungsredaktionen (re-)produzieren nicht nur teils deutlich zugespitzt die den Diskurs konstituierenden Aussagen und Argumentationen, sondern verknüpfen und verdichten sie zu Forderungen nach notwendig auszuführenden Handlungen (z. B. durch zu treffende politische Entscheidungen) im Interesse der deutschen Gesellschaft, etwa auf der Grundlage von Verstand, Vernunft und legitimen eigenen, nationalen Interessen, dem Recht der Deutschen angesichts Grenzen der Belastbarkeit/Verträglichkeit, einer bereits ohnehin angespannten Lage sowie bestehenden Fehlentwicklungen.<sup>376</sup> Zudem produzieren sie in spezieller Weise diskursiven Kitt für die Diskursgemeinschaft der Rezipienten, indem (regional verankerte) Personifizierungen des Politikerdiskurses als diskursive Affirmationen geliefert werden. Besonders in den brandenburgischen Medien werden der angeblich für christliche Werte stehende Landesvater Stolpe und sein preußische Tugenden verkörpernder Statthalter Schönbohm als diskursive Leitfiguren produziert: Ihre Migration rundum mit Be-/Überlastungen, Gefahren und negativen Folgen für (die Menschen in) Deutschland belegenden Aussagen werden mit Erfahrungswissen, Vernunft, Augenmaß und Weitsicht gleichgesetzt, ein Zukunftsmodell deut-

<sup>375</sup> Z. B. Warnungen vor bzw. Kritik an einem polemisierenden, ausländer-/fremdenfeindlich geprägten Wahlkampf, einem Missbrauch zu Wahlkampfzwecken, einer Politik auf dem Rücken von Migranten, einer Kampagne gegen Ausländer; repräsentiert auch durch die Diskursebene Migranten in Person von (so genannten) Vertretern von Ausländern in Deutschland.

<sup>376</sup> In weiten Teilen beziehen sie sich aber auch nur auf die mit der Debatte und vor allem den parteipolitischen Kontroversen um das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung verbundenen Begleiterscheinungen und Instrumentalisierungen (z. B. hinsichtlich Folgen für die Landespolitik oder die politische Kultur), oder sie fordern die Verabschiedung eines Gesetzes bzw. die Verständigung auf einen Kompromiss oder einen Minimal-Konsens, ohne dabei eine Regelung von Migration inhaltlich zu thematisieren oder z. B. (konkurrierende) Äußerungen und Forderungen (näher) zu beleuchten oder zu reflektieren.



scher Politik auch für die Kapitale. Sie werden gleichsam als Träger von Wissen des Alltagsdiskurses, die Vorbehalte, Sorgen und Ängste der Bevölkerung sowie eine entsprechend notwendige Sensibilität beim so emotionalen *Thema Migration*, dargestellt.<sup>377</sup>

Eine *Diskursebene* als sozialer Ort der Adressaten der debattierten Regelungen, *Migranten*, bzw. Zu-/Einwanderer etc., ist nur marginal, in diskursiv klar zugerichteter Weise repräsentiert. Einmal im gesamten Analysekorpus selbst zu Wort kommend, untermauert sie vor allem die als persönliches Erfahrungswissen präsentierte Notwendigkeit der Anpassung an in Deutschland geltende Konventionen sowie die Dringlichkeit der Klärung des Migrationsproblems.<sup>378</sup>

Migranten repräsentieren das *Außen* bzw. *Draußen*, das Deutschland, dem *Innen*, antagonistisch entgegensteht. Als *von außen Hinzu-Kommende* werden sie im Spannungsfeld von notwendiger Anpassung samt angedrohtem Ausschluss, wirtschaftlichem Nutzen, (drohenden, starken) Be-/Überlastungen, Gefahren und negativen Folgen sowie (bindenden) humanitären Verpflichtungen maßgebend in zweierlei Weise diskursiv konstruiert und gesellschaftlich verortet, aber selten konkret als Personen, sondern in aller Regel nur als personeller Ausweis potenzieller Migration adressiert: einerseits erwünschte, dringend benötigte Zuwanderer, die (mehr) Nutzen bringen (als sie kosten), andererseits unerwünschte Migranten, die (drohende, starke, weitere, zunehmende) Be-/Überlastungen, Gefahren und negative Folgen für eigene, nationale, deutsche Interessen sowie die Menschen in Deutschland verkörpern und Kosten verursachen. Eigenen Bedürfnissen von Migranten (oder z. B. auch deren Lebenslagen und Integrationsperspektiven in Deutschland) wird hingegen keine Bedeutung zuteil.<sup>379</sup>

#### 5.4.2 Die Berichterstattung zu Umgehensweisen mit Arbeitskräftebedarf

Den *Teildiskursstrang Zuwanderungsgesetz* ergänzend, steht nun die Berichterstattung über Initiativen zur Anwerbung ausländischer (Fach-)Arbeitskräfte (oft unter dem Begriff „Green-card“ subsumiert) sowie einen diesbezüglich angemahnten Bedarf im Fokus.

<sup>377</sup> Zwar wird in Kommentaren auch einem notwendigen Kompromiss für ein Gesetz im Sinne von (künftigen) Migranten Ausdruck verliehen, entsprechende Forderungen erscheinen aber, genauso wie ähnliche aus dem Politikerdiskurs, nur appellativ. Sie werden nicht im Kontext der für den Diskurs konstitutiven Aussagen und Argumentationen beleuchtet.

<sup>378</sup> Dem dabei proklamierten Interessensfokus, die Lebenslage von Migranten, kommt aber, wie im gesamten Analysekorpus, kaum Beachtung zu. Ohne auch nur mit einem Wort das Verhältnis von Sprecher- und Diskursebene zu explizieren werden überdies im Politikerdiskurs verwurzelte Funktions- und Amtsträger als qua Funktion personifizierte Repräsentanten der Diskursebene titulierte, die die für den Diskursstrang konstitutiven Aussagen und Argumentationen betreffend die Notwendigkeit von Zuwanderung zum einen, einer allgemein verbindlichen Rechtsnorm zum anderen diskursiv untermauern.

<sup>379</sup> Marginal ist zwar auch die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung im Sinne von (sich bereits in Deutschland aufhaltenden) Migranten repräsentiert, was aber z. B. eine nicht zufrieden stellende Regelung der Menschenrechtslage oder der Härtefallsituation, eine unzumutbare Fortsetzung geltenden Rechts oder der Erhalt eines katastrophalen Zustandes für (viele) Ausländer meint, wird nicht näher beleuchtet. Auch Proklamationen einer seit einigen Jahren (angeblich) deutlich verbesserten Lage der Migranten sowie eines vollzogenen integrationspolitischen Rucks werden nicht reflektiert. Die Situation von Migranten, und selbst der offizielle Bericht der diesbezüglich Beauftragten der Bundesregierung, sind nicht (relevanter) Teil des regionalen Printmediendiskurses. Im debattierten Zuwanderungsgesetz vorgesehene Maßnahmen unter anderem zur (weiteren) Kontrolle und Überwachung der Einreise, des Aufenthalts bzw. der Aufenthaltsbeendigung sowie zur Sicherstellung der Ausreisepflicht kommt ebenso keine Relevanz zu. Sie werden über (seltene) Nennung in Inhaltsangaben zu den geplanten Gesetzesänderungen hinaus nicht thematisiert (z. B. erkennungsdienstliche Behandlung bei der Visabeantragung, Einschränkung der Sozialleistungen für Asylbewerber, Sanktionen bei Nichtwahrnehmung von Integrationsangeboten, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und Pflicht zum Aufenthalt in Ausreiseeinrichtungen für ausreisepflichtige Personen).

### 5.4.2.1 Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)

Jenseits der bei der Debatte um das Zuwanderungsgesetz angeführten Verweise, durch eine Greencard für IT-Spezialisten seien zusätzliche inländische Arbeitsplätze entstanden, finden entsprechende oder ähnlich konnotierte Vorhaben und Forderungen lediglich im Kontext sektor- bzw. regionsspezifischer Arbeitskräftedefizite – und selbst dabei – nur wenig Beachtung.

Die von Rot-Grün initiierte „Greencard für Pflegekräfte“ (23.11.01) bzw. „Greencard für Haushaltshilfen“ (20.12.01) erscheint auf eine befristete Kompensation bestehender Defizite im (ambulanten) Pflegebereich gerichtet; im Interesse zu bevorzugender inländischer Arbeitskräfte seien aber nicht nur zeitliche, sondern auch tätigkeitsspezifische Einschränkungen vorgesehen.<sup>380</sup> Forderungen nach einer „Green-Card für Ärzte“ (8.04.02) und einer „Greencard für das Gastgewerbe“ (26.04.02) erscheinen ebenso durch Mangel motiviert.<sup>381</sup> Eine weiterführende Thematisierung der Forderungen oder entsprechender Vorhaben unterbleibt.

Speziell für die Grenzregion wird eine Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wegen Defiziten in der Gesundheitsversorgung respektive Ärztemangel thematisiert.<sup>382</sup> Mediziner aus Polen bzw. Osteuropa werden auf die Möglichkeit zur (temporären) Überwindung angemahnter Defizite reduziert, mittels derer sich allerdings unsere deutschen Probleme nicht (nachhaltig) lösen ließen. Eine weitergehende, auch perspektivisch orientierte Reflexion möglicher Ansätze unterbleibt: z. B. ein betreffend „eine Green Card“ notwendig zu wahrendes „gesundes Maß“, und somit eine generelle Problematisierung entsprechender Anwerbebemühungen, oder Verweise, „[d]ie Green Card ist nicht die Lösung, wir brauchen eine bessere Förderung des eigenen Nachwuchses“, „denn mit polnischen oder osteuropäischen Ärzten lösen wir auf Dauer unser, die gesamte Bundesrepublik betreffendes Problem nicht“ (28.08.02).

### 5.4.2.2 Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben)

Eine Greencard findet bei der Debatte um das Zuwanderungsgesetz nur in einer gerafften Darstellung bisheriger Gestaltungsversuche Erwähnung und zwar als deren Einführung – in Reaktion auf alarmierenden Fachkräftemangel in der IT-Branche – einem Auftakt für verschiedenste konzeptuelle Steuerungs- und Gestaltungskonzepte gleichgekommen und damit eine migrationspolitische Wende eingeleitet worden sei. Darüber hinaus kommt einem Für und Wider einer Anwerbung ausländischer (Fach-)Arbeitskräfte jedoch wenig Beachtung zu.

<sup>380</sup> Die diesbezügliche Berichterstattung ist auf zwei Kurzberichte beschränkt, gemäß derer Bundesarbeitsminister Riester, da es „einen unabweisbaren Bedarf“ gebe, „eine Greencard-Regelung für Pflegekräfte aus Osteuropa“ plane, und „Pflegehilfskräften aus EU-Beitrittsstaaten“ eine „auf drei Jahre befristet[e]“ „Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung“ angeboten werden solle, um dadurch auch „Schwarzarbeit auf diesem Feld zu bekämpfen“ (23.11.01). Erlaubt seien „nur einfache Tätigkeiten“: „Das soll die Interessen der ausgebildeten Pflegekräfte schützen, die arbeitslos gemeldet sind. [...] Zunächst werde immer geprüft, ob für den Arbeitsplatz bevorrechtigte inländische Bewerber zur Verfügung stehen“ (20.12.01).

<sup>381</sup> So hätten „Internisten“ aufgrund „des Ärztemangels in Krankenhäusern“ „eine Green-Card für Ärzte gefordert“ (8.04.02). Angesichts eines „Notstand[s]“ „auf dem gastgewerblichen Arbeitsmarkt“ erachte der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes eine „Greencard für das Gastgewerbe“ für notwendig, „bei der die Beschäftigungsmöglichkeit von Saisonarbeitern aus Nicht-EU-Staaten von drei auf mindestens sechs Monate angehoben werden müsse“ (26.04.02). Überdies wird nur auf die Arbeitslosigkeit von Greencard-Inhabern infolge der „Krise der Computer-Branche“ verwiesen (19.12.01).  
<sup>382</sup> „Wird Ärztemangel durch Polen überwunden?“ (Pfungsten '02); „Ärztemangel an Frankfurter Kliniken [...] Green Card für osteuropäische Mediziner gefordert“ (28.08.02).

Die durch die Bundesregierung geplante Einführung einer „Green Card“ für Pflegekräfte aus Osteuropa“ werde von einem offenbar allseits geteilten Zwiespalt zwischen nicht gedecktem Arbeitskräftebedarf einerseits, zahlreichen inländischen/deutschen Arbeitslosen andererseits getragen – das auf Lösung eines Problems gerichtete Bemühen zur Anwerbung osteuropäischer Pflegehilfskräfte bzw. „Helfer aus Osteuropa“ werde selbst von politischen Entscheidungsträgern als „umstritten“, „zweischneidiges Schwert“ und „Gratwanderung“ erachtet (19.12.01).<sup>383</sup> Folglich gelte generell das Inländerprimat, und „die Ausländer [würden] im Interesse des heimischen Arbeitsmarktes“ nur für ein limitiertes Tätigkeitsspektrum zugelassen (ebd.).<sup>384</sup> Aus Sicht von Pflegeverbänden sei zwar die durch die Neuregelung anvisierte Unterbindung von Schwarzarbeit „löblich“, aber dahingehend zu kritisieren, dass eine sinkende Versorgungsqualität infolge einer „utopisch[en]“ Abgrenzung des eingeschränkten Einsatzbereichs der Hilfskräfte, die „als Pflegepersonen missbraucht“ zu werden drohten, zu befürchten sei, also „ausländische Billigkräfte“ auch weiterhin als Vollzeithilfen eingesetzt würden (ebd.). Somit werden zwar ein möglicher Missbrauch und ausländische Arbeitskräfte überhaupt thematisiert, nämlich subjektbezogen; deren Perspektive bleibt aber unbedeutend.<sup>385</sup>

Betreffend eine Greencard für Mediziner symbolisieren bereits Betitelungen wie „Greencards sollen Ärztemangel in Brandenburg lindern“ und „Greencards gegen Ärztemangel im Land“ (28.02.02) eine Intention, die sich auf die Kompensation von Defiziten richtet, die sich vor allem räumlich ausdrücken. Aufgrund gescheiterter Bemühungen um inländische Ärzte erscheint sie als Rettungsanker, geradezu alternativlos wider Willen.<sup>386</sup> Obwohl auch die Landesregierung „den drohenden Mangel an ambulanten Mediziner besonders im ländlichen Raum mit großer Sorge [verfolge]“, lehne Gesundheitsminister Ziel „die Erteilung von Greencards an Ärzte aus Osteuropa“ aufgrund aktuell nicht bestehenden Bedarfs ab (7.03.02). „Experten“ indes bezweifelten, dass „die gezielte Anwerbung ausländischer Mediziner die Lösung des Problems“ sei, warnten vor „Schnellschüssen“ mit einer Greencard, und forderten stattdessen eine Ursachenanalyse, vor allem mit Blick auf attraktivere Standortfaktoren für periphere Regionen (28.02.02). Dass die anvisierten Maßnahmen (speziell/allein) auf Attraktivitätssteigerung für inländische Ärzte zielen, wird zwar nicht ex-, aber implizit deutlich.<sup>387</sup>

<sup>383</sup> Ein redaktioneller Kommentar betitelt die Neuregelung angesichts nicht gedeckten Bedarfs zum einen, qualifizierten inländischen Arbeitssuchenden zum anderen, als „Riesters Notbremse“, die in Reaktion auf das infolge vor allem unattraktiver Entlohnung und Arbeitsbedingungen existente Desinteresse an derlei Tätigkeiten bei Deutschen auf den ersten Blick zwar plausibel erscheine, da vielen Familien tatsächlich geholfen würde, mit der sich aber „der allgemeine Pflegenotstand in unserem Land [...] nicht kaschieren“ ließe; dieser sei zuvorderst arbeitsmarktpolitisch und strukturell intendiert (Vetter, ebd.).

<sup>384</sup> „Sollte ein inländischer Bewerber zur Verfügung stehen, hat er das erste Zugriffsrecht“ (ebd.; vgl. auch 6.02.02).

<sup>385</sup> Weiterführende Kontextualisierungen betreffend eine Funktionalisierung von außen Hinzukommender unterbleiben. So findet z. B. zwar auch Erwähnung, dass „ausgerechnet die CDU-geführte Landesregierung in Hessen“ sich „für ‚engagierte Haushaltshilfen‘ aus Osteuropa stark gemacht“ habe (19.12.01), die angesichts der Positionen in der Debatte um das Zuwanderungsgesetz aufscheinende Widersprüchlichkeit wird aber nicht reflektiert. Ferner wird in jeweils einer Kurzmeldung auf inzwischen arbeitslose „Inhaber von Green Cards“ (ebd.) sowie eine sinkende „Greencard-Nachfrage“ (17.06.02) verwiesen. Ein Bericht, ergänzt durch ein Foto und einen „Hintergrund“-Textblock, ist der Situation und den Perspektiven von Fachinformatikern im Allgemeinen gewidmet, wobei Nichtdeutsche nur derart Erwähnung finden, als Computerexperten so gefragt seien, „dass in Deutschland deshalb sogar Sonderregelungen für Ausländer geschaffen wurden“ (8.05.02).

<sup>386</sup> Z. B.: „Möglichst schnell solle geklärt werden, wie ernst das Problem sei und wie man ihm beikommen könne“ (ebd.); „Die Görliitzer St. Carolus-Klinik hat jetzt auf den anhaltenden Ärztemangel in Sachsen reagiert. ‚Es hat sich niemand auf unsere Stellenanzeigen gemeldet‘, sagt der Ärztliche Direktor [...]. ‚Wir stellen nun polnische Ärzte ein‘“ (11./12.05.02).

<sup>387</sup> So fordert z. B. der Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft bleibenwerte Bedingungen für „eigene Ärzte“: „[D]ie Greencard [ist] bestenfalls eine kurzfristige Lösung, um Löcher zu stopfen. [...] Es könne nicht sein, ausländische Mediziner ins Land zu holen und gleichzeitig zuzuschauen, wie die eigenen Ärzte in Richtung Skandinavien abwandern“ (ebd.). Heimatliche Verwurzelung gerade betreffend das sensible Arzt-Patienten-Verhältnis ist zentrale Referenz eines redaktionellen Kommentars, der den technokratisch anmutenden Plan zur Anwerbung von Ärzten nach dem Vorbild der IT-Greencard kritisiert und die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Ärzte in den Randregionen fordert: „Der Arzt, der einem [...]

Wie offensichtlich ausländische, konkret polnische Arbeitskräfte auf ihre Arbeitskraft reduziert werden, für die geradezu jede Möglichkeit, (auch nur temporär) als „Gastarbeiter“, in Deutschland arbeiten zu dürfen, einem Segen gleichkomme, legt das Angebot der Bundesanstalt für Arbeit an das Gubiner Amt nahe: Vorübergehend als Hilfskraft „zum Arbeiten nach Deutschland“ kommen zu können, sei ein „interessantes Angebot aus Deutschland“ (7.02.02), wengleich damit nur geringe Entlohnung, jedoch ein hohes Anforderungsprofil und kein perspektivisches Beschäftigungsverhältnis verbunden seien.<sup>388</sup>

### 5.4.2.3 Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung)

Über die Debatte um das Zuwanderungsgesetz hinaus, in deren Rahmen eine Greencard verschiedentlich als Beitrag zur Bekämpfung von Fachkräftemangel, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und Gesundung der deutschen Sozialkassen sowie als Anlass eines Disputs zwischen dem bayrischen Innenminister und BDI-Vertreter Henkel thematisiert wird, finden sektor- und regionsspezifisch diagnostizierter (Fach-)Arbeitskräftemangel sowie reaktiv in Erwägung gezogene Anwerbungsbemühungen nicht besonders umfassend Berücksichtigung.

Die Berichterstattung zur als „Korrektur des Anwerbstopps“ (20.12.01) titulierten Einführung einer befristeten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Haushaltshilfen/Pflegehilfskräfte aus EU-Beitrittskandidatenstaaten durch Rot-Grün beschränkt sich weitgehend auf die Wiedergabe offenbar bereits beschlossener Vorhaben.<sup>389</sup> Als Motivation der Ausnahmeregelung wird die Eindämmung von „Schwarzarbeit“ hervorgehoben (23.11.01). Die Reduktion der künftig zugelassenen „ausländischen Haushaltshilfen“ auf Erledigung „nur einfache[r] Tätigkeiten“ (ebd.) wird zwar nicht spezifiziert, weist aber implizit auf zu vermeidende Konkurrenz für (professionelle) einheimische Pflegekräfte. Einzig auf die Deckung aktuellen bzw. künftigen Bedarfs des deutschen bzw. sächsischen Arbeitsmarktes werden nicht nur ausländische Pflegehilfskräfte, sondern anzuwerbende (Fach-)Arbeitskräfte durch Vertreter des sächsischen Landesarbeitsamtes allgemein reduziert: Da derzeit kein Mangel bestehe, der Arbeitsmarkt „gesättigt“ sei, brauche man keine (weiteren) (28.12.01).<sup>390</sup> Ex-BDI-Präsident Henkel halte hingegen „die ‚maßvolle Zuwanderung‘ von hochspezialisierten Fachkräften aus dem Ausland weiter für notwendig“ (ebd.).<sup>391</sup> Eine Funktionalisierung von Zuwanderern gemäß deutschen Bedarfs scheint beiden Argumentationen inhärent, Uneinigkeit wird nur hinsichtlich faktisch, aktuell

---

beiseite steht, sollte schon seine Wurzeln in der Region haben oder finden. Die muss sich für ihn attraktiv machen, und die Politik muss Wege bereiten, dass [er] seinen Kollegen in anderen Teilen des Landes gleichgestellt wird“ (Wilke, ebd.).

<sup>388</sup> Die Angebote an „polnische Arbeitslose“ bzw. „Gastarbeiter“, bei denen es sich „weder um feste noch um befristete Arbeitsverhältnisse in Deutschland handelt“, im Rahmen derer sie „in der Saison für geringes Entgelt zum Beispiel bei Landwirten arbeiten, wo sie zusätzlich Unterhalt und Übernachtung gratis bekommen“ (21.02.02), ist an Voraussetzungen gebunden: „gute Deutschkenntnisse sowie ausreichende Berufsausbildung und -erfahrung. Zudem werden nur Personen bis 40 Jahre berücksichtigt. Nicht in Frage kommen zudem Bürger, die innerhalb der letzten drei Jahre nicht in ihrem Beruf gearbeitet haben und die länger als ein Jahr arbeitslos waren“ (7.02.02).

<sup>389</sup> Nur eine Kurzmeldung („Ausländische Haushaltshilfen bestätigt“, 20.12.01) wendet sich dieser explizit zu. Am 23.11.01 wird ergänzend zu allein erwähnten Plänen des Bundesarbeitsministers zur Schaffung einer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung für bislang „illegal“ arbeitende Pflegehilfskräfte auf einen Bericht vom Vortag (außerhalb des Untersuchungszeitraums) verwiesen. Am 28.12.01 findet sich zudem der Verweis: „Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) plant eine Green-Card-Regelung für osteuropäische Haushaltshilfen, die Mitte Februar 2002 in Kraft treten soll.“

<sup>390</sup> „Kein Bedarf an Green-Card-Besitzern“ (ebd.); „„Grünes Licht für Green Card“ sei [...] nur noch im Einzelfall die Devise“ (28.12.01). Dies könne aber, so die Einschränkung, „in ein paar Jahren anders sein“ (23.11.01). Flankiert wird diese Argumentation durch Verweis auf bereits arbeitslose Greencard-Inhaber (28.12.01; 19.12.01).

<sup>391</sup> Für Henkel sei die Argumentation „falsch“, dass „wir“ angesichts von „vier Millionen Arbeitslosen überhaupt keine Einwanderer mehr [brauchen]“: Deutschland habe trotz Arbeitslosigkeit Bedarf an Arbeitskräftezuwanderung (ebd.).

oder regions-/sektorspezifisch diagnostizierten Bedarfs offenbar.<sup>392</sup> Eine Greencard erscheint als kurzfristige Symptomkurierungsmaßnahme, eine generelle Problembearbeitung sei dem entgegen nur mittels eigener, inländischer, deutscher Lösungen möglich.<sup>393</sup> Der Forderung nach Einsatz von Inländern, explizit arbeitslosen „deutsche[n] Staatsbürger[n]“, die speziell qualifiziert werden könnten, vor der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte – gerade in den Neuen Ländern –, verleiht der sächsische DGB-Chef Lucassen Ausdruck, verknüpft mit Kritik am Vorhaben der Bundesregierung, „verstärkt Osteuropäer in der Altenpflege einzusetzen“: „Die neuen Bundesländer brauchen [...] keine massenhafte Zuwanderung nach der Green-Card-Regelung“ (24.12.01). Eine Positionierung der „Wohlfahrtsverbände“, die „Öffnung nach Osteuropa ist mittelfristig eine Chance“, wird nicht konkretisiert, sondern sogleich die Forderung nach bleibenswerten Bedingungen für Inländer hervorgehoben (23.11.01). Obwohl der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ ferner mit der Forderung nach einem Mindestlohn „für osteuropäische Helfer bei der häuslichen Pflege“ Erwähnung findet (28.12.01) und damit einzig Interessen ausländischer Arbeitskräfte adressiert werden, bleiben diese im Weiteren unbeachtet.

Betreffend einen Mangel an Medizinern gerade in der sächsischen Grenzregion werden zwar sich teils dramatisch ausdrückende Versorgungsengpässe beklagt.<sup>394</sup> Eine mögliche Anstellung vor allem Osteuropa entstammender Ärzte wird hingegen nur eingeschränkt befürwortet; entsprechende Bemühungen erscheinen als Rettungsanker, letzter Ausweg zur Abwendung eines faktischen Notstandes aufgrund fehlgeschlagener Versuche zur Gewinnung inländischer bzw. deutscher Ärzte.<sup>395</sup> Inwieweit die aus Verzweiflung resultierenden Bemühungen für die Adressaten aber von Interesse sind, diese also eine Anstellung in Sachsen oder den Randregionen attraktiv empfinden, wird, wie die Kompensation folgender Verluste in den Herkunftsstaaten, nur beiläufig thematisiert (6.02.02); angebotene Arbeit in Deutschland erscheint per se ausreichend interessant.<sup>396</sup> Eine Anwerbung osteuropäischer Mediziner, vor allem bezogen auf den

<sup>392</sup> Auch die Argumentationen eines diese offensichtliche Uneinigkeit beleuchtenden redaktionellen Kommentars weisen sich durch eine deutliche Funktionalisierung aus (Weißenberg, ebd.). Zum einen bezieht er allgemein Stellung für die Anwerbung hochspezialisierter Facharbeitskräfte, da diese inländische Arbeitsplätze mit sicherten, und votiert explizit gegen „einige sächsische Arbeitsmarkt-Kenner“ und deren vermeintliche Logik, dass Dinge, die kaum in Anspruch genommen würden, wie eben die Greencard in den Neuen Ländern, abzuschaffen seien. Durch Ambivalenz indes weist sich zum anderen seine Beurteilung von „Green-Card Pflegekräfte[n]“ aus, da sich dagegen einerseits „angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im Land“ auf den ersten Blick „alles [sträubt]“, obwohl es andererseits dennoch „Bedarf über das Angebot hinaus“ zu geben scheine; Fehlentwicklungen im „Gesundheitsmarkt“ seien jedoch nicht „mit Verboten und Regelungen“ zu vermeiden, demnach „ein Stopp der Pflege-Green-Card“ nur Schwarzarbeit mit „billigen und willigen Auslands-Fachkräfte[n]“ Vorschub leiste.

<sup>393</sup> Dass zur Behebung eines Fachkräfte- bzw. Experten- und Forschermangels die Greencard nur als Mittel zur kurzfristigen Symptomkurierung betrachtet wird, eine grundlegende Problembearbeitung aber allein mittels deutscher Lösungen möglich sei, offenbaren auch eindrucklich die seitens der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) vorgebrachten Forderungen in Reaktion auf einen befürchteten Mangel an naturwissenschaftlichen Forschern. Zwar bleibe, basierend auf dem Eingeständnis, dass z. B. „der Mangel an Physikern in Deutschland [...] auf absehbare Zeit aus eigener Kraft nicht zu überwinden“ sei, „die Greencard auch für Physiker ein Thema“, mögliche Gegenmaßnahmen fokussieren aber ausschließlich eine Bearbeitung des „Problem[s] an der Wurzel“ in Form einer zu verbessernden Situation für Deutsche (22.03.02).

<sup>394</sup> Als Folgen werden z. B. eine extrem hohe Arbeitsbelastung, unbesetzte Stellen und ein eingeschränktes Leistungsangebot oder die Schließung von Arztpraxen genannt („Wir arbeiten am äußersten Limit.’ [...] Der Chefarzt hat Angst um seine Leute, dass sie die Belastung nicht aushalten könnten. [...] Wenn sich nichts ändert, dann besteht die Gefahr, dass sich Krankenhäuser als arbeitsunfähig erklären müssen’ [...]“ (6.02.02; vgl. auch 3.12.01; 10.06.02).

<sup>395</sup> Z. B.: „Krankenhäuser suchen verzweifelt Ärzte – auch in Tschechien“: In seiner Not hat [er, ärztlicher Direktor eines Görlitzer Krankenhauses; M. M.] in Fachzeitschriften in Österreich, Polen und Tschechien inseriert“ (6.02.02).

<sup>396</sup> Der Frage, was zur Attraktivitätssteigerung der sich durch (Mediziner-)Mangel auszeichnenden Standorte für Zuwanderer getan werden könne, oder warum z. B. die Grenzregion kein präferiertes Ziel darstelle, kommt keine Relevanz zu. Dies verdeutlicht auch die gleichfalls nur beiläufige Erwähnung, dass „gemäß den von der EU mit Polen und Tschechien abgeschlossenen Abkommen sich Mediziner aus diesen Ländern schon jetzt auf Dauer im Bundesgebiet niederlassen [könnten]“, wenn sie über einen gleichwertigen Ausbildungsstand verfügten oder nur vorübergehend in deutschen Krankenhäusern mit entsprechendem Bedarf tätig werden wollten; eine Erlaubnis der Regierungspräsidien reiche dann aus (10.06.02). Eine strategisch orientierte Debatte betreffend die Überwindung des beklagten Mangels ist nicht zu konstatieren. Die Anwerbung osteuropäischer Mediziner wird hingegen als geradezu neue Idee präsentiert, obwohl diese Möglichkeit bereits besteht.

Vorschlag des sächsischen Ärztepräsidenten Schulze zur Einführung einer Greencard, werde von „Berufskollegen“ trotz konstatiertem Mangel oder „drohenden Ärztenotstandes“ hingegen skeptisch betrachtet, da diese aufgrund berufsspezifischer An- und Einpassungsschwierigkeiten sowie bürokratischer Hindernisse „keine schnelle Lösung der Probleme“ sei (31.01.02). Bundesgesundheitsministerin Schmidt lehne trotz Wissen um sich anbahnenden Mangel und bereits nicht neu besetzte Praxen in den Neuen Ländern eine Greencard für Ärzte ab, würde aber „alles tun, die Attraktivität des Berufes zu erhöhen, damit junge Ärzte hier bleiben und den Schritt in die Selbstständigkeit wagen“ (24.01.02).<sup>397</sup> Sachsens Sozialministerin Weber wolle zwar „ost-europäische Ärzte ins Land holen“ und habe sich dafür ausgesprochen, „Ärzten aus Osteuropa eine Niederlassung in den neuen Bundesländern zu ermöglichen“, womit „der Mangel an niedergelassenen Ärzten in ländlichen Regionen behoben werden [könne]“; dies könne aber, so schränke sie ein, „nur eine Übergangslösung sein“: Zur flächendeckenden Versorgungsgewährung seien „die Gemeinden“ aufgerufen, „günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um deutschen Mediziner die Ansiedlung auf dem Land schmackhaft zu machen“ (10.06.02). Geforderte Maßnahmen zur Überwindung konstatierten Mangels heben auf die Notwendigkeit der Attraktivitätssteigerung des Berufsfeldes bei inländischen und dezidiert deutschen Ärzten sowie bessere Arbeits- und Standortbedingungen ab und mahnen ein entsprechendes Gegensteuern der Politik an.<sup>398</sup> Was aber konkret unter den angemahnten Maßnahmen zu verstehen sei, bleibt offen.<sup>399</sup> Als konkrete Alternative findet einzig ein Zurückgreifen auf bereits in Deutschland lebende, „hoch qualifizierte“, „hervorragend ausgebildete Mediziner“ unter „Spätaussiedlern oder jüdischen Emigranten“, die von Sozialhilfe lebten, verbunden mit Kritik an fehlender staatlicher Unterstützung für spezifische Berufseinstiegsqualifizierungen, unter Berufung auf die Direktorin der Kulturakademie Dresden, Beachtung (3.12.01; 31.01.02).<sup>400</sup>

#### 5.4.2.4 Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von *MOZ*, *LR* und *SZ*

Der Analysekorpus des *Teildiskursstranges zu Umgehensweisen mit Arbeitskräftebedarf*, der ein potenziell weit gefasstes Spektrum von (reaktiven) Handlungen sowie entsprechenden Debatten versammelt, ist quantitativ wenig umfangreich und qualitativ einheitlich strukturiert.<sup>401</sup> Das Spektrum der repräsentierten Sprecher/-gruppen ist sehr ähnlich: Der Teildiskursstrang erweist sich primär als Abbild des Politikerdiskurses, ergänzt und unterfüttert durch Äußerungen von vor allem Vertretern von Arbeitgeber- und (sektorspezifischen) Interessensverbänden. Die qualitative Bandbreite ist klar konturiert und wird durch folgende Aussagen repräsentiert:

<sup>397</sup> Auch „außergewöhnliche Maßnahmen“ seien vorstellbar, die aber nicht expliziert werden (ebd.).

<sup>398</sup> Statt Zuwanderung werden interne Lösungen präferiert, eigene deutsche Potenziale gelte es zu stärken und zu nutzen; in Deutschland würden „massenhaft Mediziner ausgebildet, die ins Ausland gehen oder in andere Bereiche wie Pharmaindustrie und Krankenkassen“: „Hier müsse die Politik gegensteuern“ (31.01.02).

<sup>399</sup> Zwar wird auch allgemein über drohenden Fachkräftemangel (speziell in der Grenzregion) berichtet, Nichtdeutsche finden dabei aber keine Erwähnung (z. B. 31.01.02; 15.05.02); im Fokus stehen (als kaum aussichtsreich/ausreichend eingestufte) Überlegungen zur Qualifizierung arbeitsloser Inländer und Verbesserung der berufsspezifischen Vorbereitung an Schulen.

<sup>400</sup> Weiter thematisiert wird diese aber nicht, obgleich dadurch ihres Erachtens speziell nicht gedeckter Bedarf in den Neuen Bundesländern begegnet und das soziale Sicherungssystem entlastet werden könne.

<sup>401</sup> Für die *MOZ* wurden neun, die *LR* 17 und die *SZ* 18, insgesamt also 44 Analysegegenstände berücksichtigt. Größtenteils handelt es sich dabei aber um Kurzmeldungen/-berichte, wohingegen Hintergrundinformationen wenig Beachtung finden. Ikonografischen Stilmitteln wird quantitativ und qualitativ keine bemerkenswerte Bedeutung zuteil.

▪ **Arbeitskräftebedarf in Deutschland ist mit eigenen (inländischen/deutschen) Mitteln zu begegnen. Migration ist nur im Ausnahmefall (temporär befristet, tätigkeitsspezifisch gebunden) zuzulassen, prinzipiell/soweit als möglich aber zu vermeiden.** Obwohl (sektoral und/oder regional) fehlende Arbeitskräfte (drohenden) nicht gedeckten, teils dramatischen Bedarf, erhebliche Probleme, eklatanten, sich verschärfenden Mangel und Notstand zeitigen, sind ausländische Arbeitskräfte nur ausnahmsweise (temporär befristet) zuzulassen.<sup>402</sup>

▪ **Bei der Zulassung von Arbeitsmigranten sind negative Folgen für Inländer/Deutsche zu verhindern.** Migranten sind (drohende) Konkurrenten für inländische/deutsche Arbeitskräfte. Durch an eine Zulassung gebundene zeitliche und/oder tätigkeitsspezifische Beschränkungen werden die Interessen generell bevorzogter inländischer Arbeitskräfte gewahrt.<sup>403</sup>

*Deutungskämpfe* sind auf Fragen der Notwendigkeit/Alternativlosigkeit der Zulassung ausländischer (Fach-)Arbeitskräfte in Reaktion auf aktuell/künftig *tatsächlich* (sektoral, regional) nicht gedeckten Arbeitsmarktbedarf sowie die (nachhaltige) Wirksamkeit und Effizienz von Ausnahmereordnungen zur Lösung inländischer/deutscher Probleme beschränkt. Aufgrund von inländischen/deutschen Arbeitslosen einerseits, nicht gedecktem Bedarf andererseits, wird die mögliche Zulassung von Arbeitsmigranten zwiespältig betrachtet und z. B. als Gratwanderung oder Notbremse metaphorisiert. Ein bei der Zulassung notwendig zu wahrendes gesundes Maß weist auf eine (drohende) Überschreitung einer Belastungs-/Verträglichkeitsgrenze hin und appliziert z. B. Erkrankung und Funktionsunfähigkeit.<sup>404</sup>

Ein *Gegendiskurs* ist nicht repräsentiert. Eine *Diskursebene* als sozialer Repräsentationsort von *Migranten* ist ebenfalls nicht vertreten. Sie finden als Menschen mit eigenen Bedürfnissen und Interessen oder z. B. auch (Integrations-)Perspektiven nur vereinzelt überhaupt Erwähnung. Migranten in Person von tätigkeitsspezifisch qualifizierten Arbeitskräften zum einen, Hilfskräften, Helfern oder Gastarbeitern zum anderen, sind nur eine Möglichkeit zur (temporären) Deckung, Linderung, Bekämpfung etc. von (aktuell bestehendem und/oder künftig drohendem) Bedarf oder zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Deutschland. Migration erscheint als Rettungsanker (resultierend aus einer Verzweiflung aufgrund gescheiterter Bemühungen um Inländer/Deutsche) zur Abwehr eines faktischen Notstandes, mit (z. B. in der Gesundheitsversorgung schrumpfender Regionen) verheerenden Folgen, als alternativlos wider Willen.

Etwa gesellschaftliche Hintergründe näher beleuchtende oder inhaltlich weiterführende, und z. B. die applizierten Subjektzurichtungen kontextualisierende Debatten um strategische Umgehensweisen mit nicht gedecktem Arbeitskräftebedarf oder (für In- und Ausländer) unattraktiven Standortfaktoren in Schrumpfungsräumen sind nicht zu konstatieren. Alternativen werden, obwohl kurz erwähnt, nicht vertieft, so z. B. die bereits bestehende, bislang aber offenbar kaum beanspruchte Möglichkeit zur Beschäftigung von Polen, ferner die einzig näher explizierte Alternative betreffend Migranten, nämlich hoch qualifizierte Mediziner unter Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten einzusetzen, sowie die Kritik an mangelnder staatlicher Unterstützung. Im Zentrum stehen attraktivere Bedingungen für Inländer und dezidiert Deutsche

<sup>402</sup> Die Zulassung von Arbeitsmigranten kann *unsere* Probleme in Deutschland aber nicht (auf Dauer) lösen, sie ist nur eine Maßnahme zur Kurierung von Symptomen, zur Begegnung von Defiziten (aufgrund gescheiterter Anstrengungen um Inländer/Deutsche), die (auf absehbare Zeit) aus *eigener* Kraft nicht zu überwinden sind.

<sup>403</sup> Es gilt das Inländerprimat: Es wird grundsätzlich geprüft, ob zu bevorzugende Inländer zur Verfügung stehen.

<sup>404</sup> Geforderte Maßnahmen zur Überwindung des konstatierten Mangels zielen in erster Linie auf die Notwendigkeit der Verbesserung des eigenen Ausbildungssystems, einer Attraktivitätssteigerung spezieller Tätigkeiten bei Inländern/Deutschen sowie Anstrengungen um abgewanderte bzw. möglicherweise künftig abwandernde eigene Arbeitskräfte.

sowie die Optimierung eigener, deutscher Systeme. Den Wirkungen der Abwanderung von Arbeitskräften für die Herkunftsregionen wird keine Beachtung geschenkt.

### 5.4.3 Die Berichterstattung zu Migration in die EU (und ihre Mitgliedsstaaten)

Nachdem in den beiden vorangegangenen Abschnitten grundlegende Aspekte des Diskurses über Migration nach Deutschland betrachtet wurden, wird der Analysefokus nun räumlich geweitet und die diesbezügliche Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten anvisiert.<sup>405</sup>

#### 5.4.3.1 Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)

Die Berichterstattung zum EU-Gipfel in Sevilla bringt vor allem eine von Kampf und Abschreckung gegen unerwünschte Migration bestimmte Politik zum Ausdruck.<sup>406</sup> Anderen Aspekten, z. B. betreffend die Leitlinien oder Grundsätze der gemeinsamen Politik, wird kaum Beachtung geschenkt.<sup>407</sup> Aus sich auch Naturbildern für angeblich virulente Belastungen und Gefahren speisenden Zuschreibungen resultiert eine von Militär- und Gewaltmetaphorik geprägte Charakterisierung von Gegenmaßnahmen: „illegale Einwanderung“ solle eingedämmt, bekämpft oder verhindert, die Außengrenzen besser geschützt werden, sei z. B. „auf eine harte Gangart bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung gedrängt“ worden, oder wollten „die Staats- und Regierungschefs [...] ein deutliches Signal zur Abschreckung an die Herkunftsstaaten senden“ (22./23.06.02).<sup>408</sup> Prägend zur Problematisierung der „illegalen Einwanderung in die EU-Länder“ erscheinen gemäß von Verteidigung und Kampf bestimmten Handlungsnotwendigkeiten, Belastungen und Gefahren assoziierende Termini, die auch durch eine das quantitative Ausmaß versinnbildlichende Grafik zu „Schlepperrouen in die EU“ und „Aufgegriffene illegale Grenzgänger“ – und damit zugleich Brennpunkte, Haupteinfallstore, Drehkreuze und Bedrohungsflanken – räumlich markiert werden (ebd.).<sup>409</sup> Die Personen, deren Einwanderung es einzudämmen und zu bekämpfen gelte, werden z. B. als „Zigtausende Flüchtlinge, die [...] illegal in die Union gelangen“, „illegale Grenzgänger“, „illegale Einwanderer“ oder schlicht „Illegale“

<sup>405</sup> Die im Analysekorpus dieses Kapitels versammelten drei thematischen Teilbereiche spiegeln sich auch in der Darstellung der Untersuchungsergebnisse für die *MOZ*, *LR* und *SZ* wider. Zunächst die EU-Gipfel in Sevilla (22./23.06.02) und Laeken (14./15.12.01), auf denen vor allem (auch) die gemeinsame Flüchtlings- und Migrationspolitik verhandelt wurde. Anschließend die diesbezügliche Politik der EU jenseits der beiden Gipfeltreffen. Zum Schluss – allein ergänzend – die Berichterstattung über entsprechend relevante Ereignisse, Entwicklungen, Verlautbarungen etc. in einzelnen EU-Staaten.

<sup>406</sup> Die Berichterstattung zum Laeken-Gipfel tangiert die Migrationspolitik einzig einmal derart, als (unter dem Titel: „Die wichtigsten Beschlüsse von Laeken“) „die Schaffung einer europäischen Grenzpolizei sowie die Einrichtung gemeinsamer konsularischer Stellen und eines Systems zur einheitlichen Visa-Identifizierung [geprüft werden soll]“ (17.12.01).

<sup>407</sup> Sie erscheinen allein inhaltlich diffus. Bundesinnenminister Schily wird z. B. betreffend die strategische Ausrichtung, anschließend an die Verkündung der Einigung auf „Grundzüge eines Aktionsplans“ zur Verbesserung des Schutzes der Außengrenzen, „um illegale Einwanderung zu verhindern“, derart zitiert, als diese nicht auf den Ausbau Europas zu einer „Festung“, sondern vielmehr die Steuerung von Einwanderung ziele (14.06.02). Auch eine Äußerung des spanischen Außenministers Piqué „nach den Beratungen über die Einwanderungspolitik“, „Europa müsse eine Balance zwischen dem ‚Wunsch nach einem besseren Leben und dem Bestreben der EU finden, Einwanderer besser zu integrieren‘“ (22./23.06.02), wird nicht kontextualisiert. Weder die geforderte „Balance“ noch das „Bestreben“ nach besserer Integration werden näher beleuchtet.

<sup>408</sup> Z. B.: „Die Staats- und Regierungschefs [...] haben sich [...] weitgehend auf die Bekämpfung illegaler Einwanderung verständigt“ (ebd.); „[Es geht] um die Eindämmung der illegalen Einwanderung in die EU-Länder“ (30.05.02); „Die Minister einigten sich auf Grundzüge eines Aktionsplans [...], um illegale Einwanderung zu verhindern“ (14.06.02); geplant seien unter anderem verbesserte grenzpolizeiliche Maßnahmen, ein besserer Datenaustausch, gemeinsame Dienststellen „in besonders sensiblen Gegenden“, eine „Schnelle Eingreiftruppe“ und „Rückführungsabkommen mit Drittstaaten“ (ebd.; 22./23.06.02).

<sup>409</sup> Als Hauptziele und Brennpunkte unerlaubter Einreisen erscheinen vor allem Italien, Spanien, Österreich, Großbritannien und Deutschland, als bedrohte Flanken insbesondere die östlichen EU-Außengrenzen sowie speziell Spanien.



(ebd.) bezeichnet und nur als quantitatives Problem kontextualisiert, wohingegen z. B. persönliche Motive oder Lebenslagen unberücksichtigt bleiben.

Einzig strittiger Punkt der Verhandlungen in Sevilla über das Vorgehen gegen „illegale Einwanderung“ sei der Umgang mit jenen Ländern, die die EU-Vorhaben nicht ausreichend unterstützten, also wie das „deutliche Signal zur Abschreckung an die Herkunftsstaaten“ (durch z. B. Sanktionen oder Strafen) zu konnotieren sei. So verlange ein Teil, darunter Deutschland, „scharf gegen Länder vorzugehen, die Flüchtlinge nicht von ihrem Weg in die EU abhalten“ (14.06.02) und „die Hilfe für arme Länder auch davon abhängig [zu] machen, dass sich diese etwa bei der Rücknahme illegaler Zuwanderer ‚kooperativ‘ verhalten“ (22./23.06.02).<sup>410</sup> Ein anderer lehne Sanktionsandrohungen gegen (ärmere) Staaten, „die ihre Bürger nicht an der illegalen Einreise nach Europa hindern“, ab, da Fluchtmigration dadurch nicht verhindert oder die Rücknahme von Staatsangehörigen erreicht werden könnte; dem entgegen würde die Kürzung von Entwicklungshilfe „die Armut in den Herkunftsländern“ und folglich auch den „Wunsch zu einer Einreise nach Europa“ vergrößern und damit einem der vorrangigen Ziele der EU, der „Armutsbekämpfung“, entgegenstehen (14.06.02; 22./23.06.02).<sup>411</sup> Durch den erzielten Kompromiss aber, „der keine Sanktionen gegen Drittstaaten vorsieht“, so wird wiederholt Unzufriedenheit deutlich, habe der Gipfel „keine entscheidenden Fortschritte gebracht“, da die EU „in der Frage der illegalen Einwanderung auf Kooperation statt auf Sanktionen“ setze und „die Schlusserklärung lediglich ‚Maßnahmen‘ gegen Herkunfts- und Transitländer“ vorsehe, „die ihre Grenze nicht ausreichend bewachen und so die Flucht in die EU ermöglichen“; direkt anschließend wird sich auf das Missfallen von Bundeskanzler Schröder bezogen, dem „das nicht weit genug“ gehe: „Ich hätte mir noch mehr gewünscht“ (24.06.02).<sup>412</sup> Die Aufschiebung von (unmittelbaren) Sanktionen liege darin begründet, so der Schluss, dass sich die Regierungschefs nicht ins „Fahrwasser rechtspopulistischer Strömungen begeben wollten“, woraufhin auf z. B. „kritische Stimmen“, „von Amnesty International bis hin zur Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen“, die es vor dem Sevilla-Gipfel „zuhauf“ gegeben habe, verwiesen wird (22./23.06.02).<sup>413</sup> Eine Präzisierung der nur allgemein und unspezifisch wiedergegebenen Kri-

<sup>410</sup> Z. B.: „Wenn einige Staaten entgegen ihrer Versprechen illegale Einwanderung in die EU nicht stoppten, müsse das auch Konsequenzen für die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit diesen Ländern haben, sagte Schily. [...] Im hypothetischen Fall, dass es Probleme mit einem EU-Beitrittskandidaten gebe, könnte dies aber Auswirkungen für dessen Aufnahme in die EU haben“ (14.06.02); „,Wer sich nicht an seine selbstverständlichen internationalen Verpflichtungen hält, der muss dann auch zu spüren bekommen, dass das nicht ohne Folgen bleibt“ (ders., 22./23.06.02); „Der spanische Ministerpräsident [...] hatte Sanktionen wie die Kürzung der Entwicklungshilfe für Drittstaaten vorgeschlagen“ (24.06.02).

<sup>411</sup> Stattdessen sei für Kooperationsanreize plädiert worden; z. B.: „,Wir werden diese Länder nicht mit Sanktionen dazu bringen, ihre Menschen zurückzunehmen‘, sagte Frankreichs neuer Innenminister [...]. Seine Regierung glaube nicht, dass man Entwicklungsländer mit Sanktionen dafür bestrafen könne, dass die Menschen von dort weg wollten. Der britische Innenminister [...] sprach sich für Anreize statt Sanktionen aus“ (14.06.02); „Frankreich und Schweden lehnten dagegen eine Kürzung von Hilfen für Länder ab, die ihre Bürger nicht an der illegalen Einreise nach Europa hindern“ (22./23.06.02).

<sup>412</sup> Ähnlich: „Die Staats- und Regierungschefs [...] haben sich [...] weitgehend auf die Bekämpfung illegaler Einwanderung verständigt, wollen aber die umstrittene Androhung von Wirtschaftssanktionen gegen unkooperative Länder offenbar fallen lassen. [...] [Es werden] politische, aber keine wirtschaftlichen Sanktionen angedroht“, „EU zeigt Zähne, beißt aber nicht [...] scheuen die Staatschefs noch Strafen gegen Staaten zur Abwehr von Flüchtlingen“ (22./23.06.02). Unzufriedenheit bringt auch der Kommentar „Verheerendes Signal“ zum Ausdruck, in dem vor allem eine fehlende Konzeption der EU bemängelt wird: „Zerstritten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung, entscheidungsunwillig in der Agrarpolitik und wenig kreativ bei der Reform der Unionsinstitutionen war von Aufbruch nicht viel zu spüren“ (Krüger, 24.06.02).

<sup>413</sup> „Diese [Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen; M. M.] warnte davor, Flüchtlinge in der Zuwanderungsdebatte als ‚Sündenböcke für gesellschaftliche und wirtschaftliche Fehlentwicklungen‘ zu missbrauchen. [...] Innerhalb der Europäischen Union, aber auch außerhalb ihrer noch löchrigen Außengrenzen werden die Pläne der EU zur Einwanderungspolitik gleichwohl kritisch beäugt. So argwöhnte jetzt zum Beispiel die Moskauer Zeitung ‚Nesawissimaja Gaseta‘: ‚Ziel ist es, die Gemeinschaft in eine unerreichbare Festung zu verwandeln [...]‘“ (ebd.).

tik an der EU-Einwanderungspolitik unterbleibt aber.<sup>414</sup> Ebenso unpräzise wie unvermittelt, z. B. auch ohne Explikation des Untersuchungsdesigns, wird unter Berufung auf „eine Umfrage im Auftrag der EU-Kommission“ zudem ins Feld geführt, „dass sich die Europäer vor Fremden nicht fürchten“ (ebd.).<sup>415</sup> Eine Kontextualisierung der Ergebnisse mit der Ausrichtung der EU-Politik erfolgt nicht. Stattdessen wird durch die Formulierung „auf dem Boden der Gesetze Zugewanderten“ nicht nur der Gegensatz zu „illegalen Einwanderern“ bestärkt, sondern deren Ablehnung aufgrund ihres nicht gesetzeskonformen Handelns untermauert.

Eine Bewertung der EU-Einwanderungspolitik, vor allem bezogen auf die den Sevilla-Gipfel bestimmende Debatte betreffend Sanktionsandrohungen oder Kooperationsdruck gegenüber Drittstaaten, erfolgt im Kommentar „Europa braucht Einwanderungsregeln, keine Festungsmauern“ (Schröder, 22./23.06.02). Zwar erachtet Schröder einerseits die Entscheidung für „politischen Druck“ auf die Länder, „die die illegale Einwanderung in die EU nicht bekämpfen“ entgegen deren Bestrafung als „gut“, da man mit „Gewalt“ nur wenig erreiche, und lehnt einen Ausbau zu einer Festung Europa mittels perfektionierter Abschottung und vor allem ethisch unansehnliche Auswüchse bzw. visuell unerwünschte Sichtbarwerden der Migrationspolitik entschieden ab.<sup>416</sup> Andererseits stellt er aber durch Betonung der Notwendigkeit fester, aber nicht explizierter Einwanderungsregeln, und unter Berufung auf seit Jahrzehnten existente Integrationsprobleme in den Einwanderungszielländern, die fixierte In- bzw. Exklusion von Migranten nicht in Frage, und blendet den jeweils unterschiedlich zugebilligten Aufenthaltsstatus aus. Prägend sind derselbe Sprachgebrauch und eine geradezu identische Zurichtung in Reaktion auf „illegale Einwanderung“ wie im Politikerdiskurs: von „Einwanderungsdruck“ und „bekämpfen“ ist die Rede.<sup>417</sup> Schließlich, so sein die Integrations- und Einwanderungsproblematik verknüpfendes, unvermitteltes Fazit unter Betonung der Notwendigkeit gemeinsamer Spielregeln und Lastenteilung, bedürfe es einer „gerechten Verteilung der Asylberechtigten auf die einzelnen Länder“ und der Eröffnung von „Perspektiven in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ für die „Nachbarn im Süden“, „um den Einwanderungsdruck zu mindern“. Was aber die geforderten Maßnahmen gegen die (konjunkturell bedingte) Instrumentalisierung von Migranten, ungebrochen existierende Einwanderungsprobleme oder der sich an gemeinsamen Spielregeln orientierenden Integrationspolitik meinen, bleibt offen. Hingegen verbleibt der Schluss, dass er zuvorderst der Minderung des „Einwanderungsdruck[s]“ und einer gerechten Verteilung auf Europa wirkender Belastungen Priorität zuweist, wodurch sein Fokus kaum von dem der EU-Protagonisten abweicht: Handlungsnotwendigkeit zur Minderung des „Einwanderungsdruck[s]“, ergänzt durch appellative Forderungen nach Integrationsanstrengungen.

Die jenseits der Gipfeltreffen EU-migrations- bzw. einwanderungspolitische Aspekte thematisierenden Diskursfragmente weisen vor allem eine unkommentierte Wiedergabe z. B. einzelner Forderungen, konkreter Aktivitäten oder Neuregelungsvorhaben in Kurzmeldungen auf. So finden zwar an die EU gerichtete, sich aber durch deutlich unterschiedliche Motivationen

<sup>414</sup> Kritik erscheint hingegen im Kontext befürchteter Gewalt: In zwei Kurzmeldungen im Vorfeld des Laeken-Gipfels wird Protest auf „gewaltbereite Globalisierungsgegner“ reduziert, deren Anreise es zu verhindern gelte (10.12.01; 11.12.01).

<sup>415</sup> „Eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger steht Minderheiten und auf dem Boden der Gesetze Zugewanderten positiv gegenüber und sieht in ihnen eine Bereicherung der Gesellschaft“ (ebd.).

<sup>416</sup> Durch einen Festungsausbau würden nur „noch mehr Menschen als bisher auf abenteuerlichen Fluchtwegen den Tod finden“ und „Schleuser mit der Not mehr Geld verdienen.“

<sup>417</sup> Er untermauert die Notwendigkeit der Bekämpfung irregulärer Einwanderung, bringt aber diesbezüglich Wertschätzung für das an der deutsch-polnischen Grenze etablierte Grenzregime zum Ausdruck – und er bemängelt entschieden die „schrecklichen Vorgänge“ in Flüchtlingslagern wie im französischen Sangatte.

ausweisende Forderungen betreffend eine bessere Kooperation in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik,<sup>418</sup> Pläne zur Neuregelung des Umgangs mit (abgelehnten) Asylbewerbern und der Zuständigkeit für Asylbewerber (19.12.02; 28.11.02), eine Razzia der Polizeibehörde Europol (1./2.06.02) und eine Veranstaltung zur EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik an der Frankfurter Europa-Universität (26.11.02) Beachtung. Die Meldungen bleiben aber z. B. hinsichtlich Intention oder Umsetzung unkommentiert und werden auch nicht im Kontext der EU-Migrationspolitik betrachtet. Asylbewerber bzw. Ausländer werden auf zu verwaltende oder zu versorgende Objekte reduziert, die „unerwünscht“ sind, „abgelehnt“ und „ausgewiesen“ werden (28.11.02), für die ein Staat „zuständig ist“ bzw. „die Verantwortung übernimmt“, um die man sich kümmern müsse oder die datentechnisch erfasst werden sollen (19.12.02). „Illegale Einwanderung“ wird als „sehr bedeutendes Problem“ betrachtet (9./10.11.02) und irreguläre Migranten zudem in den Kontext von Kriminalität des „organisierten Verbrechens“ gerückt, wobei, so der implizite Schluss, jede Form assistierender Tätigkeiten generell als Betätigungsfeld desselben anzusehen sei, wodurch diese pauschal kriminalisiert werden (1./2.06.02).<sup>419</sup>

Die Berichterstattung zu migrationspolitisch relevanten Aspekten auf Ebene einzelner EU-Staaten weist weitgehend dieselben wie die bereits skizzierten Charakteristika auf. Im Fokus steht irreguläre Einwanderung als Problem, Lösungen scheinen einzig auf die Verhinderung unerwünschter Wanderungen nach Europa und die Kontrolle entsprechender Mobilitäten gerichtet. Auf Zugangsverhinderung, Abschottung und Abschreckung sowie Verpolizeilichung und Militarisierung setzende Maßnahmen erscheinen maßgebend. „Nun will die EU die Grenzen dicht machen, Einwanderer abfangen, bevor sie ins Land kommen, und sie nach Hause schicken. Mehr Polizei an den Außengrenzen, bessere Ausrüstung mit High-Tech-Kontrollgeräten, Abschreckung durch konsequente Rückführung“, so z. B. in Reaktion auf die Situation in „Sangatte am Ärmelkanal“ (18.06.02). Ähnliche Konnotationen offenbaren auch Forderungen und Vorhaben einzelner EU-Staaten: So würden z. B. angesichts fast täglich eintreffender, völlig überladener „Flüchtlingstransporte“, entsprechender Ohnmacht und Verzweiflung, EU-Hilfe zur Bewältigung des „immer akuter werdenden Flüchtlingsproblems“, die Errichtung von „Aufnahmelager[n] für Flüchtlinge“ außerhalb der EU und allgemein „[s]trenge Gesetze gegen die illegale Einwanderung“ verlangt sowie eine raschere Abschiebung von „illegale[n] Einwanderern“ bzw. Abschiebeabkommen mit deren Herkunftsstaaten gefordert (20.03.02). Außerdem solle „mit radikalen Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung“ und mit „Kriegsschiffe[n]“ abschreckend gegen „Flüchtlingsboote“ und „Menschenschleuser“ vorgegangen und die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Bereitschaft zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber geknüpft werden (24.05.02; 18.06.02); oder seien „Flüchtlinge aus Afrika und Asien“ schlicht „nicht erwünscht“: Es sollten „künftig nur noch politische Flüchtlinge aus Europa“ aufgenommen werden“ (29.08.02). Nationalstaatlich eigenständig ergriffene „Verschärfungen“ zwecks Zugangerschwerung würden hingegen als „egoistisch“ und „unsolidarisch“ betrachtet, da dies einer „gerechten Verteilung von Lasten“ widerspräche und „die Verdoppelung der Asylantragszahlen im eigenen Land“ (25.05.02) bzw. einen „Exodus von Asylsuchenden“ (2./3.10.02) zur

<sup>418</sup> Diese sind auf einen modernisierten, an die aktuellen globalen Herausforderungen angepassten sowie einen allgemein verbesserten Flüchtlingsschutz in deren Herkunftsregionen (14./15.09.02), eine Harmonisierung in migrationspolitischen Grundsatzzfragen sowie eine engere Zusammenarbeit in der Asyl- und Einwanderungspolitik (14./15.09.02; 13.11.02) und schließlich eine strikte EU-Linie im Vorgehen gegen irreguläre Einwanderung (9./10.11.02) gerichtet.

<sup>419</sup> „Bei einer Aktion der Polizeibehörde Europol gegen illegale Zuwanderer sind [...] 4597 Verdächtige festgenommen worden. Die meisten von ihnen hatten mit Hilfe des organisierten Verbrechens versucht, nach Europa zu gelangen“ (1./2.06.02).

Konsequenz hätte. Im Umkehrschluss erscheint europäische Solidarität als gemeinsames Vorgehen gegen „Asylanten“ zum Zwecke der Lastenteilung und -abwehr. „Europa ist heute ‚Zuwanderungskontinent Nummer eins‘“, wird unter Berufung auf „Le Monde“ auch vermeldet (18.06.02) und somit, subsumiert man die quantitativen und qualitativen Charakterisierungen irregulärer Migration, assoziiert, Europa sei ein bzw. der zuwanderungspolitische/r Problem- und Krisenherd; durch Verweis auf Push- und Pull-Faktoren als Motor/Triebfeder der Wanderungen, z. B. der „Traum vom besseren Leben“ (20.03.02) zum einen, die desolaten, hoffnungslose Situation in den Herkunftsländern zum anderen, erscheint irreguläre Migration nach Europa als allgegenwärtiges, ständig ansteigendes, kaum zu bewältigendes, speziell wirtschaftlichen Motiven folgendes Massenphänomen, als Belastung und Gefahr, dem entgegen Schutz- und Abwehrmaßnahmen sowie bessere Rückführungsmöglichkeiten notwendig seien.<sup>420</sup>

Speziell die Berichterstattung zu Sangatte bedient sich offenen Belastungen und Gefahren assoziierender Metaphorik. Der Ort sei „Magnet für Flüchtlinge und Schmuggler“ sowie „ein Magnet für Flüchtlings-Trecks und einer der Brennpunkte des Zuwanderungsproblems in Europa“ (18.06.02); von „Sturm auf Eurotunnel“ (27.12.01), „Flüchtlings-Ansturm“ (5./6.01.02), „Zustrom“ (14.02.02) und „Illegale Einwanderer stürmen Eurotunnel“ (28./29.03.02) ist z. B. die Rede. Er wird als unerwünschte Sichtbarwerdung eines nicht zu bändigenden Problems, als visualisiertes Flüchtlingselend, Symbol massenhafter irregulärer Migration nach Europa und Kristallisationspunkt/Attraktionsort von Kriminalität in Form irregulärer Einwanderung und Menschenschmuggel konstruiert.<sup>421</sup> Die zuständige Politik sei dem entgegen macht- und ratlos, „die Verantwortung für die ‚Illegalen‘ und das Chaos“ werde hin und her geschoben (18.06.02), eine Schließung des Lagers „würde das Problem auch nicht lösen“ (14.02.02). Das „Problem“ mit „Illegalen“ erscheint nicht zu bewältigen, eine Lösung solle die EU leisten (18.06.02). In Richtung Europa migrierende Personen, aufgrund der für „Illegale“ offenbar besseren, weil liberaleren Einwanderungsgesetze und vor allem Arbeitsmöglichkeiten speziell Großbritanniens, werden als unkontrollierbares Massenphänomen produziert, täglich Hunderte, die trotz massiver Sicherheitsvorkehrungen unerlaubt in EU-Staaten drängen.<sup>422</sup> Eine deren Handeln offenkundig inhärente Verzweiflung lässt sie unkalkulierbar risikobereit, sogar zur Inkaufnahme von Tod oder Verstümmelung erscheinen.<sup>423</sup> Selbst verantwortlich für ihr Tun zeichneten sie im Grunde aber nicht, sondern die in sie durch ihre Familien gesetzten Hoffnungen lassen sie als quasi fremdbestimmt erscheinen: Eine Umkehr sei „unmöglich“, sie seien „die einzige Hoffnung für ihre Familien, von denen sie ins ferne Europa geschickt worden sind“ (14.02.02).

<sup>420</sup> „Fast täglich treffen [...] verrostete Schiffe und völlig überladene Boote mit Menschen ein“ (20.03.02); „Jährlich eine halbe Million Menschen ohne Einreisepapiere gelangen nach Schätzungen in die EU“ (18.06.02). Die quantitative Belastung wird auch visuell unterlegt; auf einem Foto ist z. B. eine große Zahl Verzweiflung assoziierender Personen abgebildet: „Ein mit über 900 Flüchtlingen völlig überbesetztes Boot traf Anfang der Woche in Sizilien ein“ (20.03.02).

<sup>421</sup> Einstellungen der Sangatter Bevölkerung kommt keine besondere Rolle zu. Sie findet nur einmal Erwähnung, wobei ein vermeintliches Spannungsverhältnis zwischen Distanz, Verständnis und Geschäftemachen bestimmend sei (14.02.02).

<sup>422</sup> Z. B.: „Jeden Tag versuchen mehrere Hundert Asylsuchende [...] nach Großbritannien zu gelangen. [...] Gruppen von [...] tief verummten Gestalten machen sich [...] auf den Weg [...] Der Zaun im Umkreis von mehreren hundert Metern um den Tunnelleingang wurde mit zwei Rollen Stacheldraht verstärkt, die mit rasiermesserscharfen Metallstutzen durchsetzt sind“ (14.02.02); „Doch das Terminal [des Eurotunnels; M. M.] gleicht schon jetzt einer Festung – trotzdem bahnen sich Hunderte Flüchtlinge jede Nacht ihren Weg zu den Rampen“ (18.06.02). Die Sicherheitsvorkehrungen werden auch visualisiert dargestellt: „Mit Stacheldraht wird der Eurotunnel-Zug ‚Le Shuttle‘ vor illegalen Mitreisenden geschützt“ (14.02.02).

<sup>423</sup> Z. B.: „Einige verlieren dabei ihr Leben. Andere kehren verkrüppelt zurück. [...] Doch diese Männer [...] lassen sich nicht abschrecken. [...] ‚In den vergangenen zwei Monaten habe ich es 42-mal versucht‘ [...]“ (14.02.02).

Obwohl nicht explizit formuliert, erscheint das irreguläre Wanderungsgeschehen gen EU bzw. Europa, subsumiert man die Kontextualisierungen, exklusiv durch „Schleuser“, „Schlepper“ und „Menschenschmuggler“ bestimmt. Selbst von „Menschenhändler[n]“ (12.04.02) oder „Hintermänner[n] eines Menschenhändler-Ringes“ (10.12.01) ist die Rede.<sup>424</sup> Differenzierte Blicke auf verschiedene Formen eine Migration assistierender Tätigkeiten und z. B. unterschiedliche Intentionen oder Organisationsweisen unterbleiben hingegen. Sie werden nicht als auch von Marktmechanismen geprägte Dienstleistung thematisiert, sondern pauschal im Sinne zu verurteilender Kriminalität und Geschäftemacherei als Menschenschmuggel und -handel kontextualisiert, ohne dass Hintergründe expliziert würden. Migranten bzw. Flüchtlinge werden dem entgegen auf hilflos Abhängige, Ausgelieferte in Händen profitorientierter Krimineller, sowie, gerade deren teils tödlich endende Schicksale, auch zur Untermauerung einer notwendigen Verurteilung deren skrupellosen, menschenverachtenden Praktiken funktionalisiert. Sie erscheinen auf warenartige Objekte reduziert, die z. B. „in Kisten gesteckt“ (26.11.01), in einen Lkw „gepfercht“ (12.04.02) oder „ihrem Schicksal überlassen“ worden seien (22.10.02).<sup>425</sup> Betreffend z. B. ihre Migrationsmotivationen und -interessen oder Lebenslagen erscheinen sie dagegen nicht von Belang. Sie werden, wie betreffend Sangatte zitiert, kollektiv als von Verzweiflung und Risikobereitschaft geprägte Verantwortungsträger ihrer Herkunftsfamilien kontextualisiert und erscheinen zuvorderst als irreguläres Massenphänomen und Problem. Konkret tituliert werden sie wechselweise, im Grunde synonym als „Flüchtlinge“ oder „Einwanderer“, in der Regel aber mit zugewiesenem Status als „illegale Einwanderer“ oder „illegale Zuwanderer“, wobei die mit den Titulierungen verknüpften Implikationen oder Motive nicht reflektiert, sondern Menschen, auch vorab, also ohne dass sie z. B. ein Hoheitsgebiet betreten hätten, statusrechtlich etikettiert und exkludiert werden. Da häufig auch die Zuschreibung „Illegale“ (z. B. 17.04.02), die Personen per se gesetzeswidriges Handeln zuschreibt, ebenso synonym in Anschlag gebracht wird, erscheinen „Flüchtlinge“, „illegale Einwanderer“ und „Illegale“ identisch, und schließlich bereits ein Verlassen des Heimatlandes gen Europa ohne Erlaubnis als Gesetzesverstoß.<sup>426</sup> Charakteristisch gerade hinsichtlich der Situation von Migranten sind zudem sich verschiedensten Ereignissen einzig knapp widmende Kurzmeldungen, im Zuge derer Hintergründe in aller Regel unklar bleiben; dies z. B. selbst betreffend „Acht tote ‚Illegale‘“ (10.12.01), „qualvoll erstickt[e]“, „illegale Einwanderer“ (2.09.02) oder „Flüchtlingsdram[en]“, bei denen Menschen „ums Leben gekommen“ (16.09.02) oder „ertrunken“ (28./29.09.02) seien oder hätten „gerettet“ (4.01.02) werden können. Die gleichsam auf Kurzmeldungen beschränkte Bekanntgabe festgestellter „illegaler Einwanderer“/„Flüchtlinge“ reduziert diese auf Fahndungsobjekte, die z. B. „entdeckt“ (7.11.02), „abgefangen“ (14.05.02), „gefasst“ (22.10.02), „aufgegriffen“ (14.05.02) oder „festgenommen“ (6./7.04.02) und „zurückgeschickt“ (17.04.02) oder „abgeschoben“ (26.11.01) worden seien; nach „flüchtigen Einwanderern [...] werde noch

<sup>424</sup> Typisch sind die Titel „Schleuser“ (z. B. 7.11.02) und „Schlepper“ (z. B. 14.02.02) sowie ferner z. B. auch „Menschenschmuggler“, „Menschenschleuser“ (24.05.02), „Schlepperring“, „Mitglieder einer Schlepperbande“, „organisierte[r] Menschenschmuggel“ (5./6.01.02), „Chef einer [...] Schleuserbande“ (21.06.02), die (teils) synonym angewendet werden.

<sup>425</sup> Z. B.: „Sie [...] mussten dafür bis zu 10 000 Dollar bezahlen“ (14.02.02).

<sup>426</sup> Folgende Titulierungen bezeichnen z. B. jeweils ein und dieselbe Personengruppe: „Illegale“, „illegale Einwanderer“, „Asylsuchende“ (10.12.01); „Flüchtlinge“, „illegale Einwanderer“ (z. B. 5./6.01.02); „Flüchtlinge“, „flüchtige Einwanderer“, „illegale Immigranten“ (6./7.04.02); „illegale Zuwanderer“, „Flüchtlinge“ (12.04.02); „Illegale“, „illegale Einwanderer“, „Fluggäste [ohne] Visa für die EU-Staaten“ (17.04.02); „illegale Einwanderer“, „Flüchtlinge“, „Einwanderer“ (2.09.02).

gesucht“ (6./7.04.02). Hintergründe, z. B. betreffend grenzpolizeiliche Verfahrensweisen, werden kaum bzw. nicht näher expliziert. Die Meldungen berufen sich in der Regel nur auf Angaben von Behörden oder Nachrichtenagenturen.

### 5.4.3.2 Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben)

Der erste Artikel zum Sevilla-Gipfel wird zwar damit eingeleitet, dass sich die Erwartungen selten „so stark auf ein Thema konzentriert“ hätten, „Asyl und Immigration sind eine [...] bewusst gesetzte Priorität“, diese erscheint aber einzig als Vorgehen gegen irreguläre Migration: „Illegale Einwanderung im Zentrum des EU-Gipfels“; Konstruktionen wie „Migrationsdruck“, „Flüchtlingsströme“ „illegale Einwanderer“ und „Illegale“ sind prägend (21.06.02). Hinsichtlich Vorgehensweisen gegen irreguläre Einwanderung wird sich der Natur und dem Technikbereich entstammender Metaphorik bedient, die diese als Belastung und Gefahr darstellen; auch „drastische Strafen gegen Herkunftsländer“ (22./23.06.02) würden gefordert.<sup>427</sup> Migranten, die zuvorderst als (zu bekämpfende) Objekte im Zuge der Minderung/Eindämmung eines Problems auftreten und nur selten konkret, egal mit welcher Titulierung, bezeichnet werden, finden mit eigenen Sichtweisen nur einmal, knapp und unspezifisch Beachtung.<sup>428</sup> Als primäre Zielsetzung erscheint „schnell etwas gegen illegale Einwanderung zu unternehmen“ – „Die ‚Maschine‘ müsse schnell in Gang gesetzt werden, sagte der spanische Außenminister [...] zum Thema Einwanderung“ – und „angesichts von jährlich tausenden Flüchtlingen, die [...] illegal in die Union gelangen, [...] ein deutliches Signal zur Abschreckung an die Herkunftsstaaten [zu] senden“ (ebd.).<sup>429</sup> Als Motivation der Prioritätensetzung fungierten „vor allem die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in einer Reihe von Mitgliedsstaaten“, die die Regierungen „nach der EU rufen“ ließen (21.06.02). Zwar würden „bereits seit drei Jahren“ „umfangreiche Arbeitsprogramme“ „gewälzt“ und seien „in kleinen Schritten eine ganze Liste von Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen verabschiedet worden, um die illegale Einwanderung in die 15 Mitgliedsstaaten einzudämmen“, Sevilla solle aber, so wird auf ein Versprechen des spanischen Ministerpräsidenten rekurriert, „dazu nun ‚Konkretes‘ hervorbringen“; angesichts auf Fachministerbene offenbar bereits beschlossener Maßnahmen wird gefolgert, dass dies „kein Hindernis“ sei, „das ganze Paket publikumswirksam gleich noch einmal zu verabschieden“ (ebd.).<sup>430</sup>

<sup>427</sup> Die von einigen Gipfelteilnehmern geforderte, letztlich aber abgelehnte Bestrafung assoziiert, Sanktionen seien bereits bei nicht erfolgreicher Verhinderung der Auswanderung eigener Staatsangehöriger gerechtfertigt und z. B. nicht nur bei nicht ausreichender Kooperation mit der EU. Staaten haben, so der Schluss, die Verhinderung seitens der EU als illegal betrachteter Migration zu gewährleisten. Eine Meldung am 14.06.02 beschränkt sich diesbezüglich auf die Überschrift: „EU droht Herkunftsländern illegaler Einwanderer“, obwohl direkt folgend von „Herkunfts- und Durchreiselandern illegaler Einwanderer“ die Rede ist, „die nicht mit ihnen [den EU-Staaten; M. M.] gegen illegale Einwanderung vorgehen“. Strafen erscheinen grundsätzlich gerechtfertigt, Unentschiedenheit herrsche allein bezüglich des Adressatenkreises.

<sup>428</sup> In der Regel ist von „illegalen Einwanderern“ die Rede, aber auch von „mindestens drei Millionen Menschen“, die sich „illegal in der EU aufhalten“ und „jährlich tausenden Flüchtlingen, die [...] illegal in die Union gelangen“ (22./23.06.02). In einer Kurzmeldung werden „rund 400 illegale Einwanderer“ bzw. „überwiegend aus Nordafrika stammende Immigranten“ genannt, deren 48-stündiger „Hungerstreik“ in Sevilla „nach eigenen Angaben“ darauf ziele, „ihrer Forderung nach Aufenthaltsgenehmigungen in Spanien und einer liberaleren Einwanderungspolitik Nachdruck zu verleihen“ (ebd.). Wie sich der Protest und die Forderung nach einer „liberaleren Einwanderungspolitik“ inhaltlich begründen, bleibt offen.

<sup>429</sup> Der zitierte, in der *LR* die Intention des Gipfeltreffens in Sevilla am ausführlichsten und deutlichsten explizierende Artikel ist inhaltlich weitgehend mit dem der *MOZ* (ebd.; vgl. oben) identisch.

<sup>430</sup> Welche „Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen“ zur Eindämmung konkret vorgesehen seien, wird nicht expliziert. Am 22./23.06.02 werden betreffend einen bereits vereinbarten „Katalog gegen illegale Einwanderung“ Schlagworte benannt, die z. B. nicht hinsichtlich der auf Überwachung, Kontrolle und Rückführung „illegale[r] Zuwanderer“ setzenden Ausrichtung reflektiert werden: „Ein Katalog gegen illegale Einwanderung ist bereits vereinbart. Dazu gehören bessere Kontrollen der Seewege und ein Netzwerk für die Sicherung der Außengrenzen. Drittstaaten sollen illegale Zuwanderer wieder aufnehmen.“

Getreu dem vermittelten Verständnis von völliger Einigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen „illegale Einwanderung“ scheint es konsequent, dass laut Berichterstattung nur die Frage „wirklich strittig“ sei, „ob die EU auch Länder außerhalb der eigenen Gemeinschaft für die heimlichen Grenzübergänge haftbar machen soll“; zwar sei bislang nicht von „Sanktionen“ die Rede gewesen, der spanische Vorschlag, „geeignete frühzeitige politische Reaktion“, bedeute „im Kern aber nichts anderes“ (21.06.02). Die Befürwortung unmittelbarer Sanktionen durch „einige EU-Mitglieder, darunter Deutschland“, so die Spezifizierung, die „die Hilfe für arme Länder auch davon abhängig machen [wollten], dass sich diese etwa bei der Rücknahme illegaler Zuwanderer ‚kooperativ‘ verhalten“, wird nicht nur auf die Abhängigkeit der Kooperation bei der „Rücknahme illegaler Zuwanderer“ reduziert, sondern die den Forderungen inhärente Intention auch nur unter Berufung auf Innenminister Schily expliziert: „Wer sich nicht an seine selbstverständlichen internationalen Verpflichtungen hält, der muss dann auch zu spüren bekommen, dass das nicht ohne Folgen bleibt“ (22./23.06.02). Weitere Verknüpfungen zwischen gefordertem Verhalten und angedrohten Strafen bleiben aus. Die Rücknahme „illegaler Zuwanderer“ erscheint als selbstverständliche Pflicht, Strafen bei Zuwiderhandlung angebracht. Andere Staaten aber, genannt werden Frankreich, Schweden und Luxemburg, wollten die „Wirtschafts- und Entwicklungshilfe“ bislang nicht davon abhängig machen, „ob Drittstaaten der EU bei der Abwehr der illegalen Einwanderung helfen“; dies deshalb, da die Herkunftsländer „fast durchweg arm“ seien und „weniger Hilfe eher das Gegenteil dessen [bewirke], was gewünscht sei“, also „wenn das als Magnet wirkende Wohlstandsgefälle in Richtung EU noch zunehme“ (ebd., 21.06.02): Aus Sanktionen resultiere nur (noch) mehr irreguläre Migration. Neben Verweis auf „Armutsbekämpfung“ als „eines der vorrangigen Ziele der EU“, infolgedessen die Verknüpfung von Kooperation bei der Rücknahme eigener Staatsangehöriger und Hilfe strikt abgelehnt werde (22./23.06.02), wird betreffend die nicht erzielte Einigung auf unmittelbare Sanktionen gegen Drittstaaten ohne ersichtlichen Zusammenhang gefolgert, dass zudem „viele Regierungen eine EU-Politik, die sich einfach auf das Motto ‚Das Boot ist voll‘ reduzieren lässt, ausdrücklich nicht [wollen]“; „wohl auch deshalb“, so die pauschal und betreffend das Vorgehen gegen irreguläre Migration ebenso unvermittelt formulierte These, „weil die heutigen EU-Staaten die Zuwanderung brauchen, um auch in Zukunft ihre Renten- und Krankenkassensysteme finanzieren zu können“ (21.06.02).<sup>431</sup>

Dass sich die EU zwar für die Zukunft „das Recht“ vorbehalte, „ob es Konsequenzen für die Drittländer geben wird oder nicht“, sich aber nicht auf sofortige Sanktionen habe einigen können, läge auch, so eine abermals als Mutmaßung erscheinende Kontextualisierung, in „kritischen Stimmen vor dem Treffen“ an der Einwanderungspolitik begründet, demnach sich die Regierungschefs „[nicht] ins Fahrwasser rechtspopulistischer Strömungen begeben wollten“ (22./23.06.02).<sup>432</sup> Diese, bzw. „die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in einer Reihe von Mitgliedsstaaten“, welche die Regierungschefs nach der EU riefen ließen, um „Konkretes“

<sup>431</sup> Damit offenbart die Berichterstattung, gerade angesichts einer ausbleibenden Reflexion der paradigmatischen Grundzüge der EU-Migrations- und Einwanderungspolitik, ein Ausblenden eines sich ergänzenden Zusammenwirkens von Bekämpfung irregulärer/unerwünschter Einwanderung einerseits, der gezielten Steuerung benötigter/erwünschter andererseits.

<sup>432</sup> Die ins Feld geführten, „zuhause“ existierenden „kritischen Stimmen“ werden, identisch der *MOZ*, auf „amnesty international bis hin zur Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen“, dessen Warnung, Flüchtlinge „als ‚Sündenböcke für gesellschaftliche und wirtschaftliche Fehlentwicklungen‘ zu missbrauchen“, und den ebenfalls allgemein verbleibenden Verweis, dass „[i]nnerhalb der Union, aber auch außerhalb ihrer noch löchrigen Außengrenzen die EU-Pläne zur Einwanderungspolitik gleichwohl kritisch beäugt [werden]“, reduziert (ebd.). Ebenfalls findet das Argwöhnen der „Moskauer Tageszeitung ‚Nesawissimaja Gaseta‘“ zum Ausbau Europas zu einer Festung Erwähnung.

hervorzubringen (21.06.02), fungierten somit zum einen als Auslöser für konkrete, von Bekämpfung bestimmte Abwehrmaßnahmen. Zum anderen zur Abgrenzung gegenüber Kritik an einer zu restriktiven Praxis.<sup>433</sup> Der in die nicht explizierte Kritik eingebettete, abermals zusammenhangslos erscheinende Verweis auf die Ergebnisse einer „Umfrage im Auftrag der EU-Kommission“, laut der „sich die Europäer vor Fremden nicht fürchten, im Gegenteil: Eine deutliche Mehrheit der EU-Bürger steht Minderheiten und auf dem Boden der Gesetze Zugewanderten positiv gegenüber und sieht in ihnen eine Bereicherung der Gesellschaft“ (22./23.06.02), verweist (exemplarisch) auf zentrale Charakteristika der Berichterstattung: Es fehlen nicht nur Angaben zum Untersuchungsdesign oder eine differenzierte Wiedergabe der Ergebnisse, sondern die Formulierung „auf dem Boden der Gesetze Zugewanderte“ reproduziert den unreflektierten Umgang mit im Kontext von Migration verwendeten Zuschreibungen. Die Titulierung „illegal“ setzt Personen mit gesetzeswidrigem Handeln gleich, wodurch sie als nicht konform und somit nicht als gesellschaftliche Bereicherung erscheinen.

Dass das Gipfel-Ergebnis enttäuschend sei, legt vor allem der Artikel „Kaum Fortschritte bei EU-Gipfel in Sevilla“ nahe; er wird mit der Feststellung, dass „[i]llegale Einwanderung in die EU vor allem durch Kooperation mit den Heimatländern der Flüchtlinge statt mit wirtschaftlichen Strafen bekämpft werden [soll]“ eingeleitet sowie mit der Reaktion von Bundeskanzler Schröder, der sich „zu Sanktionen gegen Staaten, die nichts gegen die Flüchtlingsströme unternehmen, ‚mehr gewünscht‘ hätte“, beschlossen (24.06.02).<sup>434</sup> Der Kommentar „Ruhe vor dem Sturm“ (Krise, ebd.) drückt offen Skeptizismus aus; als (exklusiv) Verantwortliche für „Illegale“ erscheinen Staaten, die Menschen auf ihrem Weg nach Europa nicht stoppten.<sup>435</sup>

Ausbleibende Reflexion migrationspolitischer Regelungsansätze und Änderungsforderungen prägt auch die Berichterstattung zum Laeken-Gipfel, die sich betreffend die unter anderem verhandelten Fragen zu „Asyl und Einwanderung“ auf unspezifische Verlaufswiedergaben beschränkt. So solle, wie allgemein und ohne Quellenbezug die zur Debatte stehende Ausrichtung der Einwanderungspolitik skizziert wird, „der Spagat zwischen dem Schutz der Flüchtlinge und ihrem ‚legitimen Wunsch nach besserem Leben‘ auf der einen sowie der ‚Aufnahmekapazität der Union und ihrer Mitgliedsstaaten‘ auf der anderen Seite [gelingen]“; dies, so wird resümiert, sei „nicht so schnell zu bewerkstelligen“ (17.12.01).<sup>436</sup> Auch eine „vor allem [von] Deutschland“ geforderte „gründliche Überarbeitung“ vorliegender Entwürfe zu Einwanderung, Asylverfahren und Familienzusammenführung wird erwähnt; warum sie notwendig und wie sie zu überarbeiten sei, bleibt aber offen (ebd.).<sup>437</sup> Auch Kritik in Richtung einer nur auf Kontrolle und Überwachung zielenden Politik wird derart formuliert, als seit „den Grundsatzbeschlüssen von Tampere 1999 fast nur Vorhaben vorangekommen [sind], die Sicherheitsaspekten gelten –

<sup>433</sup> Die beiden widersprüchlich anmutenden Motivationsgrundlagen werden nicht reflektiert. Kritik an der Ausrichtung der Einwanderungspolitik findet zwar Erwähnung, verbleibt aber marginal und unspezifisch.

<sup>434</sup> Auch der Bericht vom 22./23.06.02 lässt auf eine gewisse Enttäuschung betreffend das Vorgehen gegen jene Staaten, die „illegale Einwanderung“ in die EU nicht unterbänden oder sich bei deren „Bekämpfung“ kooperativ zeigten, schließen: „Die EU zeigt zum Schutz ihrer Grenzen die Zähne, beißt aber noch nicht zu. [...] Das heiße Thema ist damit aber noch nicht vom Tisch, sondern wird wie so oft in der Union erst einmal verschoben.“

<sup>435</sup> Der Beschluss für „Kooperation statt Sanktion“ bei der „illegalen Einwanderung“ sei „vom Grundprinzip her ja nicht unbedingt schlecht“, aber, so erhebt Krise Zweifel an der Wirksamkeit, „mir fehlt der Glaube, dass es beim Du-Du-Machen bleibt, wenn einzelne Länder voll besetzte Schiffe mit Illegalen vor europäischen Grenzen nicht stoppen“, womit sie implizit ein schärferes Vorgehen fordert. Zugleich definiert sie Personen bereits vorab, „vor europäischen Grenzen“, über einen rechtlichen Status mit weitreichend exkludierenden Implikationen.

<sup>436</sup> Überdies werden die sich offenbar unvereinbar gegenüberstehenden Ansprüche nicht thematisiert. Der Gipfel habe sich, so wird resümiert, „kaum von Misserfolgen anderer Gipfel“ unterschieden (ebd.).

<sup>437</sup> Allein einmal wird dies derart spezifiziert, als „die Vorstellungen der EU-Kommission etwa zum verbesserten Flüchtlingsschutz über die in Deutschland geplanten Zuwanderungsregeln hinaus[gehen]“ (15./16.12.01).



zum Beispiel die Zentralkartei für Flüchtlinge. Der 11. September hat diese Entwicklung noch verstärkt“; sie wird aber nicht konkretisiert oder weiter kontextualisiert (ebd.).

Jenseits der beiden Gipfel beschränkt sich die Berichterstattung zur EU-Migrations- bzw. Einwanderungspolitik auf wenige Kurzmeldungen, die unspezifisch und zusammenhanglos abgebildete Inhalte aufweisen und Einwanderung und Asyl im Kontext von Illegalität (19.04.02), Lastenteilung, zu verhinderndem Missbrauch (26.04.02) und „Migrationsströme[n]“ (18.09.02) sowie assistierende Tätigkeiten nur betreffend „Kampf gegen Menschenschmuggel“, „Sicherheitsstandards an EU-Grenzen“ (29.10.02) und Sanktionierung thematisieren (29.11.02). „Kernstück der Zuwanderungspolitik“ sei die „Visa-Vergabe“ (15.02.02). Auch Forderungen nach einem „Mindestmaß an gesundheitlicher Versorgung“ für Zuwanderer in allen europäischen Staaten und angekündigte Aktionspläne, „um illegalen Zuwanderern den Zugang zu medizinischer Hilfe zu ermöglichen“ (19.04.02), oder Appelle für eine „[e]uropaweite Strategie zur Zuwanderung“ bzw. „einen europaweiten Dialog über die Einwanderungspolitik“ und zur Entwicklung politischer Richtlinien „zur besseren Integration von Einwanderern und Flüchtlingen“ (18.09.02), werden erwähnt, aber nicht weiter spezifiziert.<sup>438</sup>

Eine fast völlige Reduktion auf Kontextinformationen oder Hintergründe nicht explizierende und eingehender thematisierende Kurzmeldungen ist auch das prägnanteste Merkmal der Berichterstattung zu diverssten migrations- bzw. einwanderungspolitisch relevanten Ereignissen und Entwicklungen in einzelnen EU-Staaten. Schilderungen zur Situation von „Flüchtlingen“ bzw. „illegalen Einwanderern“ auf ihrem Weg gen Europa/EU – z. B. die „Irrfahrt“ eines Schiffes (3.12.01), die Bergung aus Seenot (4.01.02), in einem Lkw aufgefundene heimlich Eingereiste (21.01.02) oder angelandete Flüchtlinge (11.04.02), ein Hungerstreik aus Protest gegen abgelehnte Asylanträge (28./29.03.02) und selbst acht tote „Illegale“ (10.12.01) oder ein „Flüchtlingsdrama“ mit 13 Toten (28./29.09.02) – beschränken sich auf bloße Ereignismeldungen in teils wenigen Worten. Nach einer „Irrfahrt“ festgenommene „Illegale“ werden auch mit Hohn bedacht (13.12.02). Nur Kurzmeldungen werden auch der Situation um das „Flüchtlingslager“ Sangatte gewidmet, in denen „Flüchtlinge“ bzw. „Asylsuchende“ aber speziell in den Kontext von Gewalttätigkeit (27.12.01), kriminellen „Schleppern“, eines „Flüchtlings-Ansturms“ (5./6.01.02) und „nicht in den Griff“ zu bekommenden Problems „internationalen Ausmaßes“ gerückt und aufgrund ihrer Anwesenheit für „Ausländerfeindlichkeit“ verantwortlich gemacht werden (28.12.01). Auch weitere Kurzmeldungen stellen Migranten negativ, als Belastung und Gefahr dar: „Ansturm“, „eine der größten Wellen kubanischer Asylsuchender“ (3.01.02), „Illegale“ im Kontext „schwerer Verbrechen“ (17.10.02) und als „unerwünscht“ erklärte „illegale Einwanderer“ (3.12.01). Tituliert werden die offensichtlich gen Europa/EU migrierenden Personen(gruppen) wahlweise als „Flüchtlinge“, „Einwanderer“ oder „Asylbewerber“, überwiegend aber als „illegale Einwanderer“ und wiederholt „Illegale“ (z. B. 10.06.02), wobei die Zuschreibungen, speziell „illegale Einwanderer“ und „Illegale“ (z. B. 17.10.02), oft synonym angewendet werden.<sup>439</sup> Die mit den Bezeichnungen zugeschriebenen Motive oder Ziele der Migration, z. B. ein Ersuchen um Asyl oder Begehren um (dauerhafte) Einwanderung, werden nicht expliziert. Sie werden, basierend auf offensichtlichen Erfahrungswerten oder Vermutungen, vorab zugewiesen. Ein Verlassen des Herkunftslandes gen Europa/EU erscheint, so

<sup>438</sup> Zudem warnten die Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften Europas „vor einem Vormarsch von Tuberkulose und HIV in Europa“, wodurch Zuwanderer auch mit der Verbreitung von Krankheiten in Verbindung gebracht werden (19.04.02).

<sup>439</sup> Auch mit z. B. „Einwanderer“, „illegale Einwanderer“ und „Illegale“ (10.12.01) oder „Flüchtling[e]“ und „illegale Einwanderer“ (4.01.02) werden ein und dieselbe Personengruppe bezeichnet.

der applizierte Schluss, auf irreguläre Migration gerichtet; und zugleich, da ohne Erlaubnis, als Gesetzesverstoß, demnach irreguläre Migranten per se in den Kontext krimineller Handlungen gerückt und im Grunde pauschal als „Illegale“ etikettiert werden.<sup>440</sup> Deren Schicksale, speziell Todesfälle, heben wiederholt auch explizit auf die Verurteilung der offensichtlich skrupellosen, menschenverachtenden Praktiken von „Schlepper[n]“ und „Menschenschmuggler[n]“ ab, die durchweg nur im Kontext gesetzeswidrigen Handelns erscheinen.<sup>441</sup> Der persönlichen Situation von Migranten kommt, so lässt sich resümieren, kaum Beachtung zu. Dem entgegen werden immer wieder nur die Folgen der (unerlaubten) Migration fokussiert.

Auf wenige kurze Meldungen beschränkt ist auch die Berichterstattung zu Regelungen im Zuständigkeitsbereich einzelner EU-Staaten. Dadurch werden z. B. speziell auf Verschärfung gerichtete, Anforderungen an potenzielle Zuwanderer betreffend gesellschaftliche Teilhabe formulierende sowie an ökonomischen Interessen ausgerichtete Entwicklungen nicht reflektiert oder vergleichend kontextualisiert: grundlegende Sprach- und Landeskenntnisse als Voraussetzung für die Staatsangehörigkeit (8.02.02), „verschärft[e] Einwanderungsbestimmungen“ durch „unter anderem höhere Hürden für eine Familienzusammenführung“ und einen Arbeitsvertrag als Voraussetzung für eine Aufenthaltserlaubnis (5.06.02) sowie eine „schärfere Asylpolitik“ (28.11.02).<sup>442</sup> Allesamt Konnotationen, die erhöhte Anforderungen an (potenzielle) Zuwanderer formulieren und auf ökonomische Prämissen der Einwanderungspolitik deuten.

### 5.4.3.3 Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung)

Dem Sevilla-Gipfel wird besondere Bedeutung zur Aufarbeitung ständig aufgeschobener Themen beigemessen, demnach es sich nicht nur um einen Gipfel handle, sondern ein „gewaltiges Gebirge“ zu erklimmen sei (21.06.02). Zwar werden hinsichtlich der Erwartungen explizit „die umstrittene Einwanderungspolitik“, die „immer drängender werdenden Asyl- und Einwanderungs-Probleme“ oder die Sicherung der „Außengrenzen der Gemeinschaft vor illegaler Zuwanderung“ genannt, „die Asyl- und Zuwanderungsproblematik [könnte] zu einem der heißesten Themen [...] werden“ (ebd.), denn, so die Motivation „das Kapitel Asyl- und Zuwanderungspolitik an die Spitze [der] Arbeitsagenda“ zu setzen, „dieses Thema brennt allen Partnern auf den Nägeln, seit die Erfolge rechtspopulistischer Politiker Besorgnis erregende Ausmaße annahmen“ (22./23.06.02). Viel Raum wird den Verhandlungsinhalten aber nicht eingeräumt. Charakteristisch erscheinen Migration problematisierende Zuschreibungen und die Zurichtung auf „illegale Zuwanderung“ und „Schleuserwesen“ (21.06.02). Durch Formulierungen wie

<sup>440</sup> Verwiesen sei hierzu z. B. auch auf den bereits zitierten Kommentar (Kriese, 24.06.02), in dem von „voll besetzte[n] Schiffe[n] mit Illegalen vor europäischen Grenzen“ die Rede ist und Personen vorab als „Illegale“ dargestellt werden.

<sup>441</sup> Z. B.: „Illegale mussten vor Italiens Küste an Land schwimmen [...] Vier illegale Einwanderer sind [...] vor der süditalienischen Adriaküste ertrunken, weil Schlepper sie gezwungen hatten, bei schwerer See an Land zu schwimmen. Die Opfer, bei denen es sich um Kurden handelte, waren nach Angaben der Behörden Nichtschwimmer“ (10.06.02); „Nordafrikanische Flüchtlinge vor Sizilien ertrunken [...] Mindestens 14 Nordafrikaner sind vor der sizilianischen Küste ertrunken: Schlepper eines Flüchtlingschiffes hatten sie gezwungen, über Bord zu springen und an Land zu schwimmen. ‚Sie haben die Menschen wie Müll ins Meer geworfen‘, berichtete ein Augenzeuge. ‚Die Menschen schrien und ruderten mit den Armen in den Wellen“ (24.09.02). Differenzierte Betrachtungen eine Migration/Flucht assistierender Tätigkeiten unterbleiben.

<sup>442</sup> Am 5.06.02 wird zwar recht ausführlich über den offensichtlichen Zwist zwischen Regierung und Opposition in Italien und das daraus resultierende Abstimmungsverhalten berichtet, die Gesetzesinhalte werden aber kaum expliziert. Am 21.01.02 wird „das neue Einwanderungsgesetz“ sogar darauf reduziert, „dass Einwanderungsgenehmigungen für Italien nur noch auf Grundlage von Arbeitsverträgen erteilt werden dürfen“. Überdies nimmt die Meldung, einzig für das gesamte hier im Fokus stehende Teil-Thema, Bezug auf „Protest gegen Einwanderungsgesetz“: „Zehntausende Menschen haben [...] an einem Protestmarsch gegen das neue Einwanderungsgesetz [...] teilgenommen“; über konkrete Inhalte wird nicht berichtet.

„immer drängender werdende Asyl- und Einwanderungs-Probleme“, „Asyl- und Zuwanderungsproblematik“ (ebd.), eine „Kampfansage an die illegale Einwanderung“, „mögliche Schritte, um die illegale Einreise künftig besser bekämpfen zu können“ und „dem Schleuserunwesen ein Ende zu bereiten“ oder „Menschen, die illegal in die Mitgliedsstaaten kommen“ (22./23.06.02), werden die im Fokus der anvisierten Maßnahmen stehenden Personen als zu bekämpfende Objekte oder, wie in einer Grafik (ebd.), als drohende Masse Asylsuchender kontextualisiert.<sup>443</sup> Ein Resümee der Gipfelergebnisse laut Schlussdokument deutet zwar auf Bemühen um Primärinformation, offenbart aber vor allem die unreflektierte Rezeption sich durch Gefahren- und Bekämpfungsmetaphorik ausweisender Sprache des Politikerdiskurses zu den Themen „Einwanderung und Asyl“ und „EU-Außengrenzen“.<sup>444</sup>

Betreffend die auf Eindämmung „illegaler Einwanderung“ zielenden Forderungen, bzw. die noch offenen Fragen, bei denen Uneinigkeit herrsche, wird zwar das Vorgehen gegen „Schlepperbanden“ in den Mittelpunkt gerückt. Eine Explikation einander gegenüberstehender Positionen unterbleibt. Der Wunsch Spaniens nach Erstellung einer „Liste mit konkreten Namen von Ländern“, „die beispielsweise Schlepperbanden zumindest dulden“, die „dann mit wirtschaftlichen Strafen belegt werden [sollten]“, eine auf Brandmarkung und Bestrafung gerichtete Maßnahme, wird nur derart mit den Debatten kontextualisiert, als „sich rasch“ gezeigt habe, „dass dafür keine Mehrheit im Kreise der EU-„Fürsten“ zu finden ist“ (22./23.06.02).<sup>445</sup>

Deutlich dafür, dass ein konsequenteres Vorgehen gegen „illegale Einwanderung“, „Schleuserbanden“ und auch explizit Drittstaaten, die in diesem Kampf nicht (genug) kooperierten, nicht nur notwendig, sondern auch gerechtfertigt sei, votiert der Kommentar „Härterer Kurs“ (Peter, 22./23.06.02). Er bedient sich nicht nur „illegale Einwanderung“ problematisierender, Bedrohungen assoziierender Sprache, sondern reduziert Migration gen Europa auf „illegale Einwanderung“ und „Schleusererei“ als „besonders menschenverachtende Form von Kriminalität“, die effizient zu bekämpfen sei.<sup>446</sup> Als im Kampf gegen „illegale Einwanderung“ nicht kooperierende „Sünder“ gelten für Peter nicht nur Staaten, die „Schleuserbanden [...] mehr oder weniger dulden“, sondern auch ein Zulassen des Auslaufens von Schiffen mit Flüchtlingen

<sup>443</sup> Die Grafik „Hoffnung auf Asyl“ stellt „Asylsuchende in der EU nach Herkunftsländern“ mittels eines Balkendiagramms „EU-Staaten mit den meisten Asylanträgen“ gegenüber. Migration wird auf Asylbegehren reduziert, Asylsuchende erscheinen als abstrakte, anonyme Masse, die z. B. betreffend ihre Wanderungsmotivationen oder Lebenslagen nicht von Belang erscheinen. Sie repräsentieren als Fotomontage zum einen den Hintergrund in Form einer anonymen, nicht überblick- und quantitativ fassbaren Menschenmasse. Zum anderen dienen sie als Kennzahl für die unterschiedliche Ausprägung der Balken, die Belastungen assoziieren. Die hinterlegte Masse Asylsuchender fungiert zugleich als Bindeglied zwischen den „Asylsuchenden in der EU nach Herkunftsländern“ sowie den „EU-Staaten mit den meisten Asylanträgen“, wodurch assoziiert wird, dass eine Masse Zuwanderer aus der einen Richtung (Herkunftsländer) in die andere (EU) dränge.

<sup>444</sup> So sollten z. B. „Zuwanderungsströme in die EU in Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern unter Kontrolle gehalten und illegale Einwanderung entschieden bekämpft“ sowie „ein gemeinsamer Schutz der EU-Außengrenzen schrittweise aufgebaut“ werden, „gemeinsame Aktionen an Grenzen beginnen und ein Netz von für Einwanderungsfragen zuständigen Verbindungsbeamten der Mitgliedsstaaten geschaffen werden“; für „mangelnde Kooperation“ bei der „gemeinsamen Kontrolle der Migrationsströme [...] behält sich der Europäische Rat Maßnahmen vor“ (24.06.02).

<sup>445</sup> Eine Bewertung der Gipfel-Ergebnisse betreffend die Frage, mit welchen Maßnahmen Drittstaaten zur Kooperation „beim Kampf gegen illegale Zuwanderung“ bewegt werden könnten, erfolgt mit Bezug auf die Bundesregierung, demnach, so die Bilanz, „kaum etwas dabei [sei], was Schröder als spezifisch deutschen Erfolg vorweisen kann“ (24.06.02). Dies beim Streit, ob Sanktionen oder Kooperation das richtige Mittel gegenüber Staaten seien, die sich der Zusammenarbeit verweigerten deshalb, da er sich „demonstrativ hinter den Vorschlag“ Spaniens gestellt habe, das „eine konkrete Liste mit Strafmaßnahmen gegen Länder beschließen lassen wollte, die sich beim Kampf gegen illegale Zuwanderung, Schlepperbanden und Menschenhandel der Zusammenarbeit mit den EU-Staaten verweigern“; „Jeder weiß“, sagte Schröder hinterher resignierend, „dass ich lieber mehr erreicht hätte“. Was dieses „mehr“ genau meint und worauf die Resignation konkret gründe, bleibt offen.

<sup>446</sup> So wolle die EU „der illegalen Einwanderung den Kampf ansagen“, beriete „Schritte, um die illegale Einwanderung künftig besser bekämpfen zu können“, und solle „vor allem dem Schleuserunwesen ein Ende bereitet werden“, denn, so zur Legitimation, „immerhin kommen nach EU-Angaben jährlich rund 500 000 Menschen illegal in die Mitgliedsstaaten“ (ebd.).

ist zu wenig Engagement „gegen die Schleuser“. Zwar nennt er auch „die humanitäre europäische Tradition der Flüchtlingsaufnahme“, die „sicher unstrittig“ „nicht eingeschränkt werden“ dürfe, dies aber mit dem Zweck, sodann „die Schleuserei“ „ebenso unstrittig“ als „eine besonders menschenverachtende Form von Kriminalität“ zu geißeln und einen „härteren Kurs – politisch wie wirtschaftlich“ zu fordern. Um „illegale Einwanderung“ „tatsächlich ein[z]udämmen“ stellt dem entgegen Grubitzsch in einem Kommentar (24.06.02) die Wirksamkeit von „besseren Kontrollen, dem wirksamen Schutz der Grenzen und dem energischen Kampf gegen Schleuserbanden“ in Frage. Er fordert statt bloßer Symptomkurierung, sich den Ursachen zuzuwenden, „der Misere der Herkunftsländer“, „die Hunderttausende Menschen zur Flucht treibt“, denn, so seine Argumentation, der „Flüchtlingsstrom wird weiter anschwellen, solange sich die Lebensverhältnisse dort nicht spürbar verbessern“. Die EU müsse ein gemeinsames Engagement entwickeln und bei den Herkunftsstaaten „mit einem stärkeren Einsatz für die Lösung von Konflikten und einem größeren entwicklungspolitischen Engagement“ ansetzen. Eine weitere Diskussion alternativer Handlungen oder eine Reflexion eines auf Eindämmung, Bekämpfung, Kontrolle und Sanktionierung gerichteten Vorgehens unterbleibt.<sup>447</sup>

Thematisierungen der EU-Migrations- und Einwanderungspolitik jenseits der Gipfeltreffen weisen ähnliche Charakteristika auf. Auf Verhinderung und Bekämpfung irregulärer Migration gerichtete Beschlüsse/Forderungen bleiben unpräzise und unreflektiert, Migranten erscheinen im Kontext von Belastungen und Gefahren, von z. B. „Kampf gegen den Menschenhandel“, „härtere[m]“, „verstärkt[em]“ Vorgehen gegen „Schleuser“, „Schlepperbanden“, „Menschenschmuggel“ und „Flüchtlingsbewegungen auf See“, „Maßnahmen gegen Staaten“, „die solche Flüchtlingsströme zulassen“ (26.04.02; 29.11.02), „Neue[n] Projekte[n] zur Kriminalitätsbekämpfung“ und einem „Gesamtplan zur Bekämpfung von illegaler Zuwanderung und Menschenhandel“ (28.02.02). Vorübergehend aufgenommene, als „gefährlich eingestufte Palästinenser“ werden als (notwendig zu überwachende) terroristische Bedrohung gesehen (13.05.02; 23.05.02). Eine „weitgehende Harmonisierung der Asylpolitik“ und eine „Einigung auf Regeln für Flüchtlingsschutz“ stellen Migranten als notwendig zu kontrollierende, zu überwachende und zu bekümmernde Verwaltungsobjekte zwecks Lastenteilung zwischen den Aufnahmestaaten dar und richten sich gegen den „Missbrauch des Asylrechts“: „um das so genannte Asyl-Shopping zu verhindern“, hätten sich die Innenminister „auf Mindeststandards bei der Aufnahme von Asylbewerbern“ geeinigt (15.02.02; 14./15.09.02; 19.12.02; 20.12.02).

Die Berichterstattung zu migrationspolitisch relevanten Ereignissen und Entwicklungen in einzelnen EU-Staaten und Zuständigkeitsverlangen an die EU untermauern das bei den Gipfeln

<sup>447</sup> Ein Artikel ist zwar mit „Protest gegen Ausländerpolitik [...] ‚Gegengipfel‘ von Globalisierungskritikern / Eta verübt Bombenanschläge“ (ebd.) betitelt. Dieser zeichnet sich aber nicht nur durch eine allein plakativ rezipierte Kritik aus, sondern verknüpft auch „Protest“ mit „Terror“. Inhaltlich wird sich auf den „Gegengipfel“ betreffend die „Ausländerpolitik“ folgendermaßen bezogen: „Zehntausende Menschen haben [...] gegen eine Verschärfung der Ausländergesetze in der Europäischen Union protestiert. [...] Die Demonstranten verlangten, die Zuwanderer in der EU nicht als eine Bedrohung zu betrachten, sondern als eine Notwendigkeit und Bereicherung. ‚Keine Person ist illegal‘, stand auf einem Spruchband.“ Auch Proteste anlässlich des Gipfels in Laeken werden mit (befürchteter) Gewalt verbunden (z. B. „Ausreiseverbot für Globalisierungsgegner“, 10.12.01; „Polizei warnt militante Autonome“, 13.12.01); inhaltlich wird auf Kritik an der EU-(Einwanderungs-)Politik indes nicht eingegangen. Überdies ist für die gesamte Berichterstattung zum Laeken-Gipfel ein nur oberflächlicher Bezug auf konkrete Inhalte kennzeichnend. So knüpfte EU-Kommissionspräsident Prodi zwar neben „etlichen positiven Erwartungen auch erhebliche Sorgen“ an das Gipfeltreffen, müsse Laeken „zählbare Resultate“ unter anderem „bei der wirksamen Kontrolle der künftigen Außengrenzen, bei einheitlichen Asyl-Regeln“ hervorbringen, was für ihn aber (im weitesten Sinne) „konkrete Ergebnisse“ seien, bleibt offen (14.12.01). Ferner wird unter: „Die wichtigsten Gipfelbeschlüsse“, Stichpunkt „Asyl“, zwar auch vermeldet, dass „,[i]nnerhalb kürzester Zeit eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik beschlossen werden [soll]“, welchen Leitlinien oder Grundsätzen diese folgen solle, wird aber gleichfalls nicht expliziert (17.12.01).

debattierte Vorgehen. Irreguläre Migration steht als unerwünschtes quantitatives und qualitatives Problem der (potenziellen) Zielländer im Fokus. Notwendig seien verstärkte Maßnahmen zur Zugangsverhinderung und Bekämpfung von Schleuserkriminalität sowie Lastenteilung und eine Angleichung nationaler Politiken zwecks Minderung vor allem wirtschaftlich motivierter Binnenwanderungsanreize innerhalb der EU. Markant erscheint eine Belastungen und Gefahren assoziierende und deren Bekämpfung versinnbildlichende Metaphorik: Konstruktionen wie „Massenansturm“, „Massenflucht“ (27.12.01), „Flüchtlingsströme“ (16./17.02.02), „Menschenstrom“ (21.06.02), „Zustrom von ‚Illegalen‘“ und „ihr Absinken in die Kriminalität“ (6.06.02), „Verdoppelung der Asylantenzahlen“ und „akute Integrationsprobleme“ (30.05.02) oder „Jagd auf Flüchtlingsschiff“ (24.05.02) finden Anwendung.<sup>448</sup> Für Griechenland sei die „Grenze der Belastbarkeit bei Einwanderung erreicht“ (28.06.02). Das Land, „eines der Einfallstore für illegale Zuwanderer“ (19.06.02), könne „keine Immigranten mehr aufnehmen“, demnach die Türkei aufgefordert worden sei, „verstärkt gegen die Migration vorzugehen“ (28.06.02). „Im Kampf gegen illegale Einwanderung“ wolle man zudem Grenzpolizisten auch in Athen einsetzen, die „Schleuserbanden das Handwerk legen [sollen], die Immigranten [...] an die Küste [...] schmuggeln“ (19.06.02).<sup>449</sup> In Italien sei nach „dem Flüchtlingsdrama“ der „landesweite Ausnahmezustand ausgerufen“ worden (21.03.02; 30./31.03.02). Die Berichterstattung zum französischen Sangatte bedient sich vielfach Belastungen und Gefahren assoziierender Metaphorik und vollzieht symbolhafte Raumkonstruktionen zum irregulären Migrationsgeschehen. Das „Lager“/„Dorf“ sei Ziel von „Flüchtlingsströme[n]“ (16./17.02.02), eines stetig anschwellenden „Menschenstrom[s]“, Anlaufpunkt für Massen an „Illegalen“, die „Schlepperbanden und Schleuser in ganz Europa“ dorthin „dirigier[en]“ (21.06.02) und „transportieren“ (14.11.02).<sup>450</sup> Ein nicht zu bändigendes, krankhaftes Problem: Das „Lager“ „platzte bald aus allen Nähten“ (14.11.02), sei „hoffnungslos“ (5./6.01.02), „chronisch überfüllt“ (13./14.07.02). Es sei „für Tausende Menschen [...] ein Ort der Hoffnung und nicht selten auch der Verzweiflung“ (16./17.02.02), ein Ort „menschliche[r] Tragödien“ (5./6.01.02), „[e]in ewiges Warten auf die große Chance“ (21.06.02), für „illegale Einwanderer sozusagen die letzte Station auf ihrem Weg ins ‚britische Paradies‘“ (14.11.02) oder „Endstation Sehnsucht“ (21.06.02). Eine offenbar nicht abreisende Kette verzweifelter Männer, „Tausende Menschen aus Asien“ (16./17.02.02), „jährlich Zehntausende“ (27.09.02), „[t]äglich rücken neue Anwärter auf ein besseres Leben nach“ (21.06.02), erscheint auf ihrem Weg ins Paradies zu allem bereit: „Die Todessgefahr hält sie nicht zurück“ (16./17.02.02). Auch Sicherheitsvorkehrungen hielten „gewaltsam“ vordringende „Illegale“ nicht ab (27.12.01).<sup>451</sup> Als Wanderungsanreiz ins „gelobte Land“ (21.06.02) fungierten vor allem der Traum „von einem besseren Leben“, die Hoffnung auf „Arbeit und bessere Lebensbedingungen“ (27.12.01), „ein glückliches Leben“ (21.06.02), was sich dort für „Illegale“ vergleichsweise einfach realisieren ließe.<sup>452</sup> Als Antrieb

<sup>448</sup> Am 19.03.02 werden Belastungen auch mit einem Foto versinnbildlicht: „1 000 Flüchtlinge landen auf Sizilien.“

<sup>449</sup> Auch eine europäische Grenzpolizei sei zur „Unterbindung der illegalen Zuwanderung“ vorgeschlagen worden (6.12.01).

<sup>450</sup> „Rund 40 000 Illegale hat das Lager seit 1999 durchgeschleust“ (21.06.02).

<sup>451</sup> „Ein Ort voller Risiken. [...] Im vergangenen Jahr haben hier mindestens acht Flüchtlinge [...] ihr Leben gelassen. [...] Andere haben einen Arm oder ein Bein verloren. Doch die Männer [...] lassen sich nicht abschrecken. [...] Gruppen von [...] tief verummten Gestalten machen sich [...] auf den Weg [...] [D]ie Sicherheitsvorkehrungen wurden [...] massiv verstärkt. [...] Lebensgefahr“ (16./17.02.02); „Manche versuchen den Trip ins gelobte Land hunderte Male“ (21.06.02).

<sup>452</sup> Großbritannien wird als „Eldorado für Illegale“ (5./6.01.02) bezeichnet: „Alle wollen nach Großbritannien, auch wenn dort die Einwanderungsbestimmungen inzwischen drastisch verschärft wurden“ (14.11.02), wird die Motivation auch pauschalisiert; „Großbritannien scheint tatsächlich das letzte europäische Eldorado für Illegale – keine Meldepflicht, finanzielle Unterstützung, freie Unterkunft und Gesundheitsversorgung, ja sogar Sprachkurse und weitgehende Duldung von Schwarzarbeit. Die Zahlen sprechen für sich“ (5./6.01.02). Verweise auf die schlechte Lebenssituation in den Herkunftsstaaten, die zur

ständiger Fluchtversuche fungiere auch die den „Illegalen“ durch ihre Herkunftsfamilien zugewiesene Funktion des entsandten Verantwortungsträgers: Die Migrationsentscheidung werde nicht selbst, sondern unumkehrbar von der Familie getroffen; eine erfolglose Rückkehr sei unmöglich.<sup>453</sup> Flüchtlinge erscheinen als familiär bestimmte bzw. gesteuerte Verantwortungsträger, im Grunde, subsumiert man die zugeschriebenen Migrationsfaktoren und Handlungen, als endlose, zu allem bereite Masse „Illegale[r]“, die in Richtung Europa strömten und drängten. „Das Dorf Sangatte“ sei, so wird versinnbildlicht, „ein Symbol für das internationale Flüchtlingselend“ bzw. „Synonym für internationales Flüchtlingselend“ und „Symbol der Probleme“ der EU mit „illegalen Einwanderern“ (21.06.02).<sup>454</sup> Bezugnahmen auf die diesbezüglich ohnmächtige lokale Bevölkerung deuten zwar auf ein offenbar breiter gefächertes Stimmungsbild gegenüber den „Fremden“ zwischen unter anderem Distanz, Verständnis und wirtschaftlichem Profit. Eine grundsätzliche Ablehnung aufgrund der Überschreitung einer Erträglichkeitsschwelle, Verlust „unser[es] Dorf[es]“ und Vernichtung gewachsener Standortfaktoren aufgrund fehlender Unterstützung sei aber prägend: Die Sangatter seien „keine Rassisten“, „zu viel“ sei aber „einfach zu viel“ (ebd.).<sup>455</sup> Sangatte wird als angeblich idealtypischer Ort der sukzessiven Genese von „Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass“ sowie Übernahme rechts-extremen Gedankenguts gesetzt (ebd.). Verantwortlich für die Probleme und die ersichtlichen Formierungsprozesse zeichneten die (zu vielen) „Fremden“, die Grenzen überschritten.

Forderungen an eine bei der Flüchtlingsfrage in Europa „bislang halbherzig“ agierende Politik zielen auf Harmonisierung der Aufnahmebedingungen aller EU-Staaten zur Minderung von (Binnen-)Wanderungsanreizen, auch speziell an Großbritannien adressiert: „Verschärfung der Asylbedingungen für illegale Flüchtlinge, eine Angleichung an die EU-Bestimmungen“; um den „Teufelskreis“ zu lösen, sei aber „endlich“ die EU am Zuge (5./6.01.02). In einem Kommentar (Schütz, 27.12.01), bezogen auf Sangatte, werden als „das Problem“ der Flüchtlingspolitik uneinheitliche Aufnahmebedingungen mit daraus resultierenden Wanderungsanreizen für vor allem wirtschaftlich motivierte Migranten markiert und die Forderung der Innenminister nach Unterbindung von „Asyl-Shopping“ flankiert. Da die EU aber „nicht in der Lage [ist], alle Wirtschaftsflüchtlinge dieser Welt aufzunehmen“, müsse es Ziel sein, „die wirtschaftliche Situation in deren Heimat zu verbessern“, wobei es aber „Illusion [ist] zu glauben, man müsse nur die Entwicklungshilfe erhöhen und alles werde besser“; „Viele Probleme in den Dritte-Welt-Ländern sind hausgemacht: Oft genug sorgen Korruption und Willkür der Eliten dort dafür, dass Menschen fliehen“ (ebd.). Als Fluchtursache stellt Schütz Hausgemachtes heraus, und

---

Flucht treibe, untermauern die quantitative Bedeutung der Migration; z. B.: „Man lebte ständig mit der Angst, im nächsten Moment festgenommen zu werden. [...] Keine Wirtschaft, keine Industrie, keine Elektrizität [...]. Irgendwann entscheidet man sich dann, ins Ausland zu gehen, damit wenigstens einer für die Familie Geld verdienen kann“ (21.06.02).

<sup>453</sup> „Viele möchten aufgeben“, sagt der Soziologe Ismahim Nascher vom Sozialzentrum in Boulogne. „Doch sie flüchten nicht für sich selbst, sie tragen eine kollektive Verantwortung.“ Die Entscheidung zur Flucht werde von der Familie [...] getroffen. Oftmals werde das Haus verkauft, um den Sohn mit dem Geld für die Reise auszustatten. „Die Familie hat ein großes Opfer gebracht, der Sohn kann unmöglich zurückkehren, es ist eine unumkehrbare Entscheidung“ (16./17.02.02).

<sup>454</sup> Aber auch aus einer Schließung des Lagers resultiere Chaos: „Verzweifelte Menschen auf den Straßen, katastrophale sanitäre Bedingungen [...], erste Hungerstreikende [...]. Seit drei Tagen irren rund 500 Fremde durch die Straßen [...] Die Nerven liegen blank“ (14.11.02). Frankreichs Innenminister wolle „das Problem auf zweierlei Weise lösen: Osteuropäische Immigranten, die in ihren Herkunftsländern keine Strafen zu befürchten haben“, sollen zurückgeführt werden [...], die anderen, aus ‚politisch schwierigen Ländern‘ sollen auf die Asylbewerberzentren in ganz Frankreich verteilt werden [...]“ (ebd.).

<sup>455</sup> „Alles voll von Ausländern hier, 60 Nationen teilweise. Es ist grauenhaft, wir haben unser Dorf praktisch abgegeben – überall lauern ‚die gefährlichen Ausländer‘. Fast beschwörend sagt später der sozialistische Bürgermeister [...]: ‚Die Einwohner hier sind nicht fremdenfeindlich, sie sind keine Rassisten, aber zu viel ist einfach zu viel.‘ [...] ‚Diese Ausländer hier sind unzivilisierte Schmarotzer, überhaupt nicht zivilisiert, [...] das sind wirklich Kriminelle, Analphabeten, die sind gefährlich‘, schimpft er und betont gleichzeitig: ‚Trotzdem, ich bin kein Rassist!‘“ (21.06.02; vgl. auch 16./17.02.02; 14.11.02). Die vollzogenen Symbolort-Konstruktionen sind teils auch bildlich unterlegt (z. B. 16./17.02.02; 21.06.02; 14.11.02).

betont Grenzen der Aufnahmekapazität.<sup>456</sup> Um der Flüchtlingsproblematik zu begegnen und „Flüchtlingsdramen“ zu verhindern, sei zudem ein intensiveres Vorgehen gegen „Schleuser“, „Schlepper“ und „Menschenschmuggler“ notwendig, die, so das speziell betreffend Sangatte explizierte Verständnis, exklusiv bestimmend für den Ablauf des irregulären Wanderungsgeschehens gen/in Europa seien.<sup>457</sup> Da selbst dann mit „Menschen-Schmuggel“ getitelt wird, wenn „Flüchtlinge“ ohne erwähnte Hilfe „illegal“ in die EU einzureisen versucht hätten, wird irreguläre Migration fest mit diesem verbunden (28.08.02). Solange aber die Politik „fast nichts tut“ und nicht endlich zu „wirklich konsequenten Maßnahmen“ greife – betreffend Sangatte wird nur die „Verlegung des Aufnahmelagers weitweg vom Eurotunnel“ genannt –, blieben z. B. „auch die Gerichte nahezu hilflos“; „[h]arte, wegweisende Urteile“ gegen „Schlepper“ bzw. „Menschenschmuggler“ seien zwar zu begrüßen, jedoch würden sich „[n]eue Schlepper [...] verdingen und wieder tausende Flüchtlinge [...] an den so gelobten Abfahrtsbahnhof in der Nähe von Calais bringen“ (5./6.01.02). Angesichts der folgenden Betonung der „hoffnungslos[en]“ Überfüllung Sangattes und der „menschliche[n] Tragödien“, werden, addiert man die Zuschreibungen, kriminelle „Menschenschmuggler“ bzw. „Menschenhändler“ für das Flüchtlingselend in Europa verantwortlich gemacht. Die Politik müsse endlich, so die Forderung, konsequenter gegen diese lukrative, kaum versiegende Kriminalität vorgehen.

Jenseits der skizzierten Kontextualisierungen erscheinen die Migranten mit Ziel EU betreffend Lebenslagen, Migrationssituationen oder Motive von geringer Bedeutung. Kennzeichnend ist vor allem die Homogenisierung als kaum zu quantifizierendes Massenphänomen, als hauptsächlich wirtschaftlich motivierte Flüchtlinge, Asylsuchende und irreguläre Einwanderer, die metaphorisch unterfüttert als einzudämmendes, zu bekämpfendes Problem in Form einströmender Belastungen und Gefahren konstruiert werden.<sup>458</sup> Außerdem werden sie als von Sehnsucht, Hoffnung und Verzweiflung getriebene, sich durch Risiko- und Gewaltbereitschaft auszeichnende Verantwortungsträger, als Schleusern ohnmächtig Ausgelieferte, als notwendig zu kontrollierende Objekte und (drohende) Straftäter dargestellt. Bestärkt wird die Homogenisierung durch die im Grunde synonym verwendeten Titulierungen „Flüchtlinge“, „Asylsuchende“, „Asylbewerber“, „Immigranten“, „illegale Einwanderer“ und „Illegale“ (z. B. 6.06.02); selbst „illegale Flüchtlinge“ (z. B. 11.01.02) findet Anwendung, demnach bereits eine Flucht geset-

<sup>456</sup> Die EU könne nicht das globale Flüchtlingsproblem lösen, wodurch ihr Verantwortung (teils) abgesprochen wird, dem entgegen speziell antidemokratische Strukturen in den Herkunftsstaaten verantwortlich zeichneten. Von primärer Bedeutung gegen den Drang von Flüchtlingen und zur gerechten Verteilung von Lasten seien, so das transportierte Verständnis, EU-weit verbindliche Regelungen, speziell eine harmonisierte Flüchtlings- und Asylpolitik.

<sup>457</sup> Kennzeichnend erscheinen eine arbeitsteilige, hierarchisch strukturierte, bandenmäßige Organisationsweise sowie ein profitorientiertes, skrupelloses Verfahren mit Menschen als Fracht; im Grunde, so das vermittelte Verständnis, kämen internationale Migration assistierende Tätigkeiten per se einem (zu verurteilenden) kriminellen Geschäft gleich (betreffend entsprechende Charakterisierungen z. B.: „Hintermänner des Flüchtlingsdramas [...] [die] illegalen Einwanderer [...] seien wahrscheinlich [...] in den falschen Container' geladen worden. [...] Sie hätten wahrscheinlich hohe Bargeldsummen an Schmugglerbanden gezahlt“, 11.12.01; „Sechs Schlepper in Süditalien festgenommen [...] Die italienische Polizei hat gestern sechs mutmaßliche Schlepper [...] festgenommen. Die Iraker sollen [...] mehr als 900 Kurden [...] nach Sizilien gebracht haben. [...] Die Schlepperorganisation hatte Medienberichten zufolge von jedem Flüchtling mehrere Tausend Dollar für die Fahrt [...] kassiert“, 23./24.03.02; „Menschenschmuggler festgenommen [...] hat die Polizei [...] neun Chinesen auch unter dem Verdacht der Mitwirkung an diesem Schleusertransport festgenommen. [...] 25 illegale Immigranten [...], die offensichtlich noch weiterbefördert werden sollten. Drei Festgenommene gehören laut Polizeiangaben der Führung der Schlepperorganisation an“, 4.06.02; „Schleuser von Dover [...] Chef einer niederländisch-türkischen Schleuserbande“, „Schlepperbanden und Schleuser in ganz Europa dirigierten die Flüchtlinge“, 21.06.02; „Mit Hilfe von Schlepperbanden, zu Preisen von bis zu 10 000 Euro ließen sich vor allem irakische Kurden und Afghanen auf abenteuerlichen Reisen [...] transportieren“, 14.11.02).

<sup>458</sup> Rückblickend seien hier allein exemplarisch „Flüchtlingsströme“, „Zuwanderungsströme“, „Einfallstore“, „Menschenstrom“, „Massenansturm“, „Eldorado für Illegale“, „Asyl-Shopping“, „Kampfansage“ oder „Bekämpfung“ genannt.

zeswiderig sei. Bereits vorab werden ein Motiv und ein rechtlicher und sozialer Status zugewiesen.<sup>459</sup> Eine Reflexion der Zuschreibungen oder differenzierte Betrachtungen vielfältiger Flucht- und Migrationsgründe unterbleiben. Verschiedenen Ereignissen während der Migration, speziell Unglücks-/Todesfällen, werden hingegen nur Kurzmeldungen gewidmet, im Rahmen derer Hintergründe oder Kontextinformationen kaum Beachtung finden.<sup>460</sup>

Geforderte, geplante oder beschlossene Änderungen der Einwanderungs- bzw. Ausländergesetzgebung von EU-Staaten sind allein auf Restriktionen/Verschärfungen in offenbar notwendiger Reaktion auf Zuwanderungs- und/oder Integrationsprobleme gerichtet. (Potenzielle) Zuwanderer werden im Zusammenhang mit (drohenden, zunehmenden) Problemen, Belastungen und Gefahren dargestellt. Damit verbundene, innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Kontroversen werden zwar erwähnt, Inhalte aber kaum reflektiert. Die dänische Regierung z. B. wolle mit „Verschärfungen beim Ausländerrecht“ (28.11.01), einem „drastisch verschärften Ausländerrecht“ (30.01.02), Zuwanderung prinzipiell reduzieren: Die „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer [sollen] stark eingeschränkt“ (18.01.02), „die Anrechte von Zuwanderern auf soziale Leistungen erheblich [ge]kürz[t]“ (30.05.02) werden.<sup>461</sup> Forderungen nach Änderung niederländischer Gesetze, eine „Trendwende in der Einwanderungs- und Asylpolitik“, seien angesichts eines gesellschaftlichen Rechtsrucks in Reaktion auf ein offenkundiges Scheitern des multikulturellen Gesellschaftsmodells – „das politische Klima in den Niederlanden [hat sich] dramatisch verändert“ – auf zu forcierende Integrationsnotwendigkeiten, verbunden mit drohenden Sanktionen für Zuwanderer, und speziell „Restriktionen gegen Asylbewerber“ gerichtet: Es werde „Hand angelegt an die Grundlagen der ‚multikulturellen Gesellschaft‘, auf die Niederländer bisher so stolz waren“ (31.01.02), wird entsprechend des veränderten Klimas resümiert; „Wer einen Pass will, muss Sprache und Landeskunde büffeln“ (3.04.02). Eine wesentliche Verschärfung des italienischen Einwanderungsgesetzes durch vor allem Maßnahmen der Kontrolle und Überwachung, der Inkriminierung unerlaubter Einreise, veränderten Möglichkeiten zur Ausweisung und der Kopplung von (befristeter) Aufenthaltserlaubnis an einen Arbeitsvertrag, verfolge aufgrund der Attraktivität Italiens für irreguläre Migranten das Ziel, „den Zustrom von ‚Illegalen‘ [zu] stoppen oder zumindest [zu] bremsen und deren Untertauschen als Schwarzarbeiter oder ihr Absinken in die Kriminalität [zu] verhindern“ (6.06.02).<sup>462</sup>

<sup>459</sup> Durch die ständigen Homogenisierungen und Gleichsetzungen wird das Verständnis appliziert, dass alle, die sich irregulär bzw. unerlaubt gen Europa bewegen, „illegale Einwanderer“ bzw. „Illegale“ seien.

<sup>460</sup> Dies betreffend unter anderem „verunglückt[e]“, „gesunken[e]“, „gekentert[e]“ oder in „Seenot geraten[e]“ Boote und Schiffe, „Flüchtlingstragödie[n]“, ein „Flüchtlingsdrama“, eine „Flüchtlingssirrfahrt“ oder „Odyssee“, bei denen Menschen „ertrunken“, „gestorben“, „ums Leben gekommen“, „gerettet“, „in Sicherheit gebracht“, „Leichen [...] geborgen“, „Leichen [...] entdeckt“ oder „tote [...] Flüchtlinge gefunden“ worden seien; oder Menschen „noch vermisst“ würden (6.12.01; 9./10.03.02; 12.03.02; 18.04.02; 2.07.02). Auch eine „Jagd auf Flüchtlingsschiff“, während der ein „Flüchtling“ zu Tode gekommen sei, erscheint als Kurzmeldung (24.05.02); ähnlich das Ankommen oder die Festnahme von Flüchtlingen, die in „Auffanglager gebracht“ würden/worden seien (z. B. 7.12.01; 19.03.02; 2.07.02).

<sup>461</sup> „Gesetz soll Zuwanderer fernhalten [...] Als wichtigstes Ziel des Pakets hatte der neue Flüchtlings-, Einwanderungs- und Integrationsminister [...] die Verringerung der Zuwanderungszahlen nach Dänemark um jährlich mehrere Tausend bezeichnet“ (1./2.06.02). Betreffend Vorwürfe vor allem aus Schweden, die unter anderem „die ‚inhumanen‘ Tendenzen [...], wo es nur noch um die Verminderung des Zuzugs gehe“, kritisierten und „die ‚fremdenfeindliche‘ Politik [...] als ernste Belastung“ für die bevorstehende dänische EU-Ratspräsidentschaft sowie die „drastischen Verschärfungen“ als „gefährliches Signal [...] angesichts des rechtspopulistischen Vormarsches in europäischen Ländern“ betrachteten, ist unter anderem von „akute[n] Integrationsprobleme[n]“ oder mit Einwanderung assoziierten Gefahren in Form „ethnische[r] Schmelztiegel mit Clankriegen, Fememorden und Massenvergewaltigungen wie in Beirut“ die Rede (30.05.02).

<sup>462</sup> Kritik aus Parlamentskreisen bezüglich einer diskriminierenden Praxis gegenüber „extracomunitari“, deren Behandlung als „Verbrecher“, wird zwar erwähnt, inhaltlich aber nicht näher erläutert (ebd.).



#### 5.4.3.4 Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von *MOZ*, *LR* und *SZ*

Der Teildiskursstrang zu *Migration in die EU (und ihre Mitgliedsstaaten)* zeigt sich vor allem als Abbild des Politikerdiskurses, dessen (re-)produzierte Wissensbestände ihn formatieren und strukturieren. Durch Einspeisung von Anteilen des Mediendiskurses, des Alltagsdiskurses, des Diskurses der Sicherheitsbehörden (aus einzelnen EU-Staaten) und von (wissenschaftlichen) Spezialdiskursen, sowie auch, allerdings nicht allzu häufig, durch ikonografische Stilmittel, werden sie bestätigt und untermauert.<sup>463</sup> Der Analysekorpus ist insgesamt nicht sehr umfangreich und speziell betreffend die EU-Migrations- und Einwanderungspolitik einheitlich strukturiert, klar konturiert und charakteristisch konzentriert: Problematisierung (drohender) irregulärer Migration gen/in die EU (und ihre Mitgliedsstaaten) und damit verbundene (negative) Wirkungen sowie dem entsprechend (unmittelbare) realpolitische Handlungsnotwendigkeiten.<sup>464</sup> Mannigfach metaphorisch beladene Deutungen und unverkennbar inhärente diskursive Setzungen betreffend das (irreguläre) Wanderungsgeschehen zeichnen eine klar konturierte Gestalt. Die qualitative Bandbreite des Teildiskursstranges ist zwar insgesamt, gerade angesichts der breit gefächerten Analysebasis, vielschichtig, in den zentralen, miteinander verschränkten Aussagen aber einheitlich strukturiert. In erster Linie repräsentiert er die Aussage:

▪ ***(Irreguläre) Migration (und die damit verbundene Kriminalität) ist eine (drohende, starke) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die zu verhindern/vermindern und zu bekämpfen ist.*** Vielgestaltig metaphorisierte, von zahlreichen Kollektivsymbolen gespeiste (Be-)Setzungen von aktuell gültigem Wissen über Migration produzieren das irreguläre, diskursiv als *illegal* gesetzte Wanderungsgeschehen und die damit verbundenen Folgen als nicht versiegender quantitatives und qualitatives Problem für die EU und ihre Mitgliedsstaaten. Europa und die EU werden als ein vielfach symbolisch beladener Anziehungspunkt für (drohende) Massen von Migranten dargestellt, diskursiv subsumiert und homogenisiert zugespitzt im per se rechtswidrig handelnden *Illegalen*.<sup>465</sup> Verräumlichte Symbole für besonders be-/überlastete oder gefährdete Orte, Ränder und Flanken der EU (z. B. Brennpunkte, Einfallstore) richten eine als allgegenwärtig produzierte, obgleich für große Teile der Staatengemeinschaft weitgehend abstrakte Be-/Überlastung und Gefahr, die sich besonders an und (weit) vor den Rändern der Staatengemeinschaft sowie (teils) auch im *Innern*, in räumlich konzentrierten Problemsymbolen, prägnant und dramatisch Ausdruck verleiht, weiter zu; am eindrucklichsten markiert im französischen Slang: Ein Symbol der Probleme der EU mit *Illegalen* und den negativen Folgen, ein Bild der *Fremden* in Europa, (der Repräsentanten) des *Außen* im *Innen*, von Chaos, blank liegenden Nerven und macht- und ratloser Politik.<sup>466</sup> Bezieht man das in Gänze (re-)produzierte Wissen über (drohende) irreguläre Migration nach Europa, (angebliche) Ursachen, Folgen, Implikationen etc. sowie (angeblich) geltende, determinierende etc. Mechanismen, Regelmäßigkeiten etc. mit ein – herauszustreichen gilt es zum einen die Wissensbestände über Push- und Pull-Faktoren internationaler Migration, zum anderen über

<sup>463</sup> Ikonografische Stilmittel in Form von vor allem (Portrait-)Fotos (der Repräsentanten des Politikerdiskurses und redaktionellen Kommentatoren) sowie (wenigen) Info-Grafiken reproduzieren vor allem die diskursmächtige Rolle des Politikerdiskurses und dessen zentrale Aussagen: Sie stellen auf eine große Zahl an Migranten gen Europa/EU und damit verbundene Belastungen und Gefahren ab (eindrucklich z. B. Haupteinfallstore für bzw. bedrohte Flanken durch Migration).

<sup>464</sup> Der Analysekorpus umfasst für die *MOZ* 60, die *LR* 53 und die *SZ* 92, insgesamt also 205 Analysegegenstände.

<sup>465</sup> Europa als Krisenherd mit immer drängender werdenden Asyl- und Einwanderungsproblemen etc.

<sup>466</sup> Ein Magnet für Flüchtlings-Trecks, ein Ort der Gestalten und menschlichen Tragödien, der (organisierten) Kriminalität, des Kampfes, des Todes, der Hoffnung, Verzweiflung, hermetischen Absicherung etc.

Organisation und Ablauf des irregulären Wanderungsgeschehens, die Bedeutung der allein auf Ausbeutung menschlicher Schicksale zielenden Schleuser, Schlepper und Menschenhändler und entsprechende kriminelle Organisationen und Strukturen –, ist die EU Ziel einer (immens) großen Zahl von Einwanderungswilligen und damit einhergehender Kriminalität und somit stark be-/überlastet, bedroht und gefährdet.<sup>467</sup> Die in Reaktion auf (irreguläre) Migration/Migranten in Anschlag gebrachten, zum Schutz bzw. zur Verteidigung des *Innen* (angeblich) notwendigen (verabschiedeten, anvisierten, geforderten etc.), auch als radikal oder streng charakterisierten Handlungen sind zwar unterschiedlich adressiert und konnotiert, aber kongruent ausgerichtet: vor allem durch Verteidigungs- und Kampfmetaphorik versinnbildlichte Maßnahmen an den Grenzen sowie außer- und innerhalb der EU, um (drohende, irreguläre) Migration/Migranten (schnell, umgehend etc. energisch, konsequent, effektiv, besser, härter, tatsächlich etc.) zu verhindern, zu vermindern, zu bekämpfen, abzuwehren, einzudämmen, abzuschrecken, abzufangen, zurückzuführen etc.<sup>468</sup> Eine (weitgehende) Harmonisierung der Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa, die Vereinheitlichung der Normen und Regeln bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der EU bzw. die Festlegung von Mindeststandards bei der Aufnahme von Asylbewerbern und gemeinsame Regeln beim Flüchtlingsschutz, sowie die systematische Kontrolle und Überwachung der Migranten, ist auf eine (gerechte) Verteilung von Belastungen, eine Verhinderung/Verminderung von finanziell motivierten Binnenwanderungsanreizen zwischen den EU-Staaten und die Verhinderung des so genannten Asyl-Shopping gerichtet. Hilferufe aus (besonders bedrohten, be-/überlasteten, gefährdeten) Teilen der EU an die Staatengemeinschaft zur Bewältigung räumlich konzentrierter Migrationsprobleme oder die Ablehnung nationalstaatlich eigenständig ergriffener Zulassungsverschärfungen für Migranten passen sich in die diskursiv konstruierten Handlungsstrategien zur Bewältigung der dargestellten Probleme ein: Sie zielen auf eine gemeinsame, auch abschreckende Bekämpfung von unerwünschter Migration und eine Verteilung von Belastungen als Hauptprinzip der Zusammenarbeit der EU-Staaten; ein bedrohtes, be-/überlastetes, gefährdetes und somit (künftig besser) zu sicherndes, zu schützendes, zu verteidigendes etc. *Innen* im gemeinsamen Kampf gegen von *außen* (drohend, stark) *Drängendes, Drückendes, Anstürmendes, Einströmendes* etc.

Neben der für die Migrationspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten konstitutiven Aussage sind, vor allem hinsichtlich wiederholt als (drastische) Verschärfungen in (angeblich) notwendiger Reaktion auf z. B. Zuwanderungs- und/oder Integrationsprobleme bezeichnete Änderungen der Einwanderungs- bzw. Ausländergesetzgebung einzelner EU-Staaten, auch bereits ähnlich für Deutschland explizierte Aussagen (siehe oben) repräsentiert:

<sup>467</sup> Irreguläre Migration assistierende Tätigkeiten werden pauschal als nicht versiegende, per se zu verurteilende organisierte Kriminalität und Geschäftemacherei von Schleusern, Schleppern und Menschenschmugglern bzw. -händlern dargestellt, die bei ihren menschenverachtenden, von Profitgier bestimmten und auf Ausbeutung menschlicher Schicksale gerichteten Praktiken auch (bewusst) den Tod von Menschen in Kauf nehmen. Sie sind zugleich für das irreguläre Wanderungsgeschehen nach Europa maßgebend bzw. verantwortlich. Sie transportieren und verfrachten *Illegale*. Eine differenzierte Betrachtung entsprechender Handlungen sowie von unterschiedlichen Formen, Motiven, Organisationsweisen etc. unterbleibt.

<sup>468</sup> Auch eine prinzipielle Verweigerung der Aufnahme nicht Europa entstammender Flüchtlinge ist Teil des Handlungsrepertoires aus dem Politikerdiskurs. Adressaten von Handlungen sind speziell auch die für die Organisation und den Ablauf irregulärer Migration als maßgebend markierten Schleuser, Schlepper und Menschenschmuggler/-händler sowie Herkunfts- und Transitstaaten, die die EU in ihrem Kampf nicht ausreichend unterstützen, Migranten nicht stoppen, sie nicht zurücknehmen etc. Die Handlungen zur Verhinderung/Verminderung irregulärer Migration lassen sich grob, aber keinesfalls trennscharf, in Maßnahmen zur räumlichen Aus- bzw. Vorverlagerung und einer möglichst herkunftsnahen Regionalisierung von Migranten, Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung der Grenzen, Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung im Innern sowie zur Sicherung der Aufenthaltsbeendigung und Rückführung ausdifferenzieren.

- ***Migranten haben sich an geltende Regeln und Werte im Aufnahmestaat anzupassen und dazu eigene Anstrengungen zu unternehmen.*** Die Akzeptanz gesellschaftlicher Grundwerte als Bedingung für eine Aufenthaltsgenehmigung, nachzuweisende Sprach- und landeskundliche Kenntnisse als Voraussetzung für den Erhalt der Staatsangehörigkeit oder ein zu belegenden enger Bezug zum Aufnahmestaat für die Gewährung eines Aufenthaltsrechts stehen exemplarisch für Gesetzesänderungen in Reaktion auf angebliche Integrationsprobleme oder ein angeblich gescheitertes multikulturelles Gesellschaftsmodell.
- ***Migration die volkswirtschaftlichen Nutzen hat, ist zuzulassen.*** (Die) EU-Staaten brauchen Zuwanderung zur Finanzierung ihrer Sozialsysteme.
- ***(Weitere) Migration ist eine (drohende, starke) Be-/Überlastung (die zu verhindern/vermindern/bekämpfen ist).*** Z. B. eine proklamierte Grenze der Belastbarkeit, ein ausgerufenen Ausnahmezustand wegen angelandeten Flüchtlingen, eine Welle, ein Ansturm von Asylsuchenden, ein Gesetz, um Zuwanderer fernzuhalten und Zuwanderung prinzipiell zu verringern sowie erheblich gekürzte Sozialleistungen für Ausländer oder ein vorzuweisender Arbeitsplatz als Prämisse für eine Aufenthaltserlaubnis setzen Migration als (drohende, starke) Be-/Überlastung.
- ***(Weitere) Migration hat (drohende, weitere) gefährliche Folgen (und ist zu verhindern/vermindern/bekämpfen).*** Warnungen vor z. B. einer Aufnahme von gefährlichen Terroristen, der Verbreitung von Krankheiten oder rund um Sangatte lauernden gefährlichen Ausländern verbinden Migration mit (drohenden) Gefahren.
- ***(Weitere) Migration hat (drohende, weitere) negative Folgen für Inländer und ihr Verhältnis zu Migranten/Fremden (und ist zu verhindern/vermindern/bekämpfen).*** Eine zu hohe Zahl an Migranten/Fremden ist für Ausländerfeindlichkeit/Fremdenhass verantwortlich; „zu viel ist einfach zu viel“, so z. B. der Bürgermeister von Sangatte.
- ***(Weitere) Migration aus humanitären Gründen ist (zuzulassen, aber quantitativ und/oder qualitativ) einzuschränken.*** Anerkennungsgünde für eine (dauerhafte) Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen werden eingeschränkt oder abgeschafft, gefordert wird eine restriktivere Asylpolitik, z. B. durch Einführung einer sicheren Drittstaatenregelung oder eine zeitliche Befristung für Asylverfahren.

Von besonderer Bedeutung ist die den skizzierten Aussagen zu (drohender, starker) (irregulärer, un-/nicht weiter erwünschter) Migration in die EU und ihre Mitgliedsstaaten diskursiv eingeschriebene Proklamation der Wirklichkeit sowie vor allem die damit begründeten und/oder legitimierten (dringenden) Handlungsnotwendigkeiten betreffend insbesondere deren Verhinderung/Verminderung bzw. Bekämpfung. Die gegen Migration und die damit diskursiv verbundenen negativen Folgen (reaktiv, vorsorgend, abschreckend) auszuführenden Handlungen werden als unter anderem selbstverständliche Reaktion und legitimes Recht dargestellt. Ihnen wird diskursiv unbestrittene Gültigkeit zuteil: Sie werden nicht bezweifelt.<sup>469</sup> Durch Abgrenzung gegenüber proklamierten politischen Positionen rechts und links des Politikerdiskurses der (mächtigen Protagonisten der) EU und ihrer Mitgliedsstaaten – diskursiv markiert durch ein Spannungsfeld zwischen Kritik an einer zu restriktiven Praxis bei Migration (auch angesichts der Notwendigkeit von Zuwanderung) einerseits, Erfolge rechtspopulistischer Parteien in einer Reihe von Mitgliedsstaaten andererseits – werden die diskursiv als (unabwendbar) notwendig präsentierten Handlungen als (von Vernunft ausgewiesener) Mittelweg dargestellt.

<sup>469</sup> So erscheint es z. B. als Recht der EU, Herkunfts- und Transitstaaten irregulärer Migranten für nicht ausreichendes Engagement oder unzureichende Kooperation zu bestrafen, und als Pflicht von Staaten, Migranten zurückzunehmen.

Ein *Gegendiskurs* ist nur fragmentarisch ausgewiesen bzw. angedeutet. Einzelne, isoliert und randständig verbleibende und in aller Regel allein plakativ rezipierte, unter „Kritik“, „kritische Stimmen“ oder „Protest“ subsumierte Äußerungen repräsentieren einen solchen zwar exemplarisch, sie werden aber nicht näher inhaltlich expliziert und eingehender thematisiert oder ins Verhältnis zur konstitutiven Gestalt und Struktur des Teildiskursstranges sowie zu den konstitutiven Aussagen und Wissensbeständen betreffend Migration in die EU und ihre Mitgliedsstaaten gesetzt. Kritik an der bzw. Protest gegen die Migrationspolitik der EU (und ihrer Mitgliedsstaaten) wird hingegen mit (drohender) Gewalt verbunden.

*Deutungskämpfe* beziehen sich primär nur auf (unmittelbar auszuführende) Handlungen zur (aussichtsreicheren, besseren etc.) Verhinderung/Verminderung/Bekämpfung von (drohender) irregulärer Migration sowie eine (gerechte, solidarische) Verteilung und Bewältigung von damit verbundenen (drohenden) Be-/Überlastungen.<sup>470</sup> Einer Reihe unterschiedlich konnotierter, Deutungskämpfe assoziierende oder implizierende, bzw. auf solche weisende, Forderungen wird hingegen nur appellativer Charakter zuteil. Entsprechende, teils auch alternative Betrachtungsweisen von (irregulärer) Migration jenseits Verhinderung, Verminderung, Bekämpfung etc. repräsentierende (oder zumindest beinhaltende) Äußerungen werden zwar (kurz und knapp) berücksichtigt, aber nicht vor dem Hintergrund oder im Kontext der den Diskurs konstituierenden, rekursiven Aussagen betrachtet.<sup>471</sup> Auch ein Beleuchten, Befragen oder Reflektieren z. B. der (gemeinsamen) Grundsätze, Leitlinien oder Referenzbezüge der EU-Migrationspolitik (jenseits Verhinderung, Verminderung, Bekämpfung etc.), der offensichtlich speziell auf restriktivere Handlungen zielenden Forderungen der Bundesregierung, gerade angesichts der Zuwanderungsdebatte in Deutschland, oder der offenkundig differierenden Vorstellungen und entsprechenden Kontroversen zwischen nationalstaatlichen Regierungen ist nicht zu konstatieren. Etliche der im Analysekorpus repräsentierten Diskursfragmente spannen zwar ein weites Feld für mögliche Betrachtungen, sie werden aber nicht aufgegriffen oder (weiter) verfolgt.<sup>472</sup>

Die sich dezidiert der Migrationspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zuwendenden redaktionellen Kommentare reproduzieren in erster Linie die konstitutiven Aussagen des Politikerdiskurses und spitzen sie teils in ausdrückliche Handlungsaufforderungen zu. (Irreguläre) Migration wird vor allem als zu verhindernde/vermindernde und zu bekämpfende (drohende, starke) Be-/Überlastung mit negativen (gefährlichen) Folgen dargestellt. Aufgrund (überschrittener) Grenzen der Belastbarkeit sind vor allem ein schärferes Vorgehen gegen die als maßgebend verantwortlich markierten Schleuser und Herkunfts- bzw. Transitstaaten sowie harmonisierte Regelungen für eine gemeinsame, gerechte Lastenteilung zwischen den EU-Staaten not-

<sup>470</sup> Umstritten ist offensichtlich besonders die Frage, ob (unmittelbare) Bestrafung oder (zunächst, nochmals) Ermahnung/Anreizung von Staaten, die irreguläre Migration zulassen bzw. nicht stoppen, aussichts- bzw. erfolgreicher zur Verhinderung/Verminderung von Wanderungsbewegungen in die EU ist. Kontroverse Sichtweisen offenbaren sich zudem in Bezug auf nationalstaatlich eigenständig ergriffene Handlungen zur Verhinderung/Verminderung von Migration mit daraus (drohend) resultierenden (Mehr-)Belastungen für Nachbarstaaten entgegen einer gemeinsamen Lastenteilung und -bewältigung.

<sup>471</sup> Z. B. betreffend einen zeitgemäßen Flüchtlingsschutz, eine engere Zusammenarbeit in der Asyl- und Einwanderungspolitik ohne Beschneidung des in der Genfer Flüchtlingskonvention garantierten Schutzes, eine europaweite Strategie bzw. einen europaweiten Dialog über Zuwanderung, einen Einsatz für Flüchtlinge bereits in den Herkunftsregionen, ein Mindestmaß medizinischer Hilfe und gesundheitlicher Versorgung für irreguläre Migranten oder Richtlinien zur besseren Integration.

<sup>472</sup> Hier sei allein exemplarisch auf eine angemahnte Balance zwischen dem Wunsch nach einem besseren Leben von Migranten und der Integrationsfähigkeit der Aufnahmestaaten, einen Spagat zwischen Flüchtlingsschutz und Aufnahmefähigkeit/Grenze der Belastbarkeit sowie nationalstaatlichen Traditionen und Vergemeinschaftungsbestrebungen bei der Migrations- und Einwanderungspolitik, Vorwürfe betreffend inhumane Tendenzen und eine fremdenfeindliche Politik oder eine Veranstaltung an der Universität in Frankfurt (Oder) zu den Entwicklungen der EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik verwiesen.

wendig. Ebenfalls repräsentierte Forderungen nach z. B. mehr entwicklungspolitischem Engagement, einem stärkeren Einsatz für die Lösung von Konflikten in den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen und somit der auf die EU wirkenden Belastungen, klaren Konturen einer gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik oder gegen eine nur konjunkturell bestimmte Instrumentalisierung von Einwanderern und zu verstärkenden Integrationsanstrengungen werden kaum näher expliziert. Ihnen kommt, analog ähnlicher Forderungen aus dem Politikerdiskurs, (weitgehend) nur (ergänzender) appellativer Charakter zu. Eine (eingehende) Beleuchtung oder Diskussion der unterschiedlichen (potenziellen, mutmaßlichen) Faktoren, Ursachen, Auslöser etc. des internationalen Wanderungsgeschehens oder den (reaktiven, abschreckenden) Umgehensweisen seitens der (potenziellen) europäischen Zielstaaten unterbleibt.

Eine *Diskursebene* als Ort der sozialen Repräsentation von *Migranten* ist nur marginal vertreten. Einbeziehungen ihrer Sichtweisen sind selten und erfolgen, wenn überhaupt, knapp. Als Menschen mit spezifischen Lebenslagen und Migrationssituationen sowie persönlichen Bedürfnissen, Motiven, Zielen etc. wird ihnen kaum Bedeutung zuteil. Über sie wird gesprochen, ihre Stimme selbst ist kaum zu vernehmen. Auch aus Not- und Unfällen, Tragödien oder Dramen mit zahlreichen Toten resultiert kein eingehender Blick auf ihre Situation. Todesfälle sind hingegen in der Regel mit der Verurteilung der menschenverachtenden Praktiken von Schleusern, Schleppern und Menschenhändlern diskursiv verschränkt. Flucht- bzw. Migrationsursachen werden selten überhaupt genannt, aber pauschalisiert vor allem mit wirtschaftlichen Motiven besetzt.<sup>473</sup> Im Fokus stehen in aller Regel nur die (negativen) Folgen der (irregulären) Migration für die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie (angeblich notwendige) Handlungen zur Verhinderung, Verminderung, Bekämpfung etc. Die für (irreguläre) Migranten verwendeten Etikettierungen, primär Flüchtlinge, Asylsuchende, *illegale* Einwanderer und *Illegale*, werden synonym verwandt und weisen Menschen – per se und auch bereits vorab, also bevor sie an ihrem (angeblichen) Ziel angekommen sind – ein Motiv und einen rechtlichen und somit auch sozialen Status zu. Selbst die paradoxe Titulierung *illegale Flüchtlinge* gehört zum Repertoire vollzogener Konstruktionen. Bereits ein von den (angeblichen) Zielstaaten nicht erlaubtes Verlassen des Herkunftslandes wird als Gesetzesverstoß dargestellt, migrierende Menschen werden diskursiv zu Straftätern und in den Kontext von (drohender) Kriminalität gerückt. Sie werden in subsumierter und homogenisierter Weise in ihrem Verhältnis zu Gesetzen definiert; die Statuszuschreibungen und die (implizit) verknüpften Motive oder sozialen Implikationen werden nicht reflektiert. Migranten werden diskursiv als an sich ungesetzlich Handelnde, als *Illegale* konstruiert und entsprechend (bereits vorab) sozial kategorisiert und exkludiert. Sie sind Teil einer allgegenwärtigen, ständig steigenden, schwer überblick- oder fassbaren, in die EU und ihre Mitgliedsstaaten (drohend) drängenden, einströmenden, anstürmenden etc. und notwendig abzuwehrenden, einzudämmenden, abzuschreckenden, zu bekämpfenden etc. Masse von (irregulären) Migranten. Sie sind *Unerwünschte* und ein (quantitatives und qualitatives) Problem, vor allem eine (drohende) Be-/Überlastung mit negativen Folgen. Nach ihnen wird gefahndet, sie werden gesucht, abgefangen, festgenommen, zurückgeschickt etc. Spezifizierungen ihres Handelns zeichnen sie als von ihrem ursprünglichen Sozialverband entsandte, hauptsächlich wirtschaftlichen Motiven folgende Verantwortungsträger, von Sehnsucht, Hoffnung und Verzweif-

<sup>473</sup> Differenzierte Betrachtungen bleiben aus. Allein in einem Kommentar werden Fluchtursachen etwas detaillierter skizziert: wirtschaftliche und soziale Not, ethnische Diskriminierung, politische Verfolgung und Bürgerkrieg.

lung getrieben und entsprechend (unkalkulierbar) risiko- und gewaltbereit. Während ihrer Migration werden sie auch als ohnmächtig ausgelieferte, benutzte und ausgebeutete Opfer und Ware in Händen skrupelloser, menschenverachtender Schleuser, Schlepper und Menschenhändler dargestellt. Innerhalb der Grenzen Europas wird ihnen – insbesondere angesichts angestrebter Lastenteilung zwischen den Zielstaaten, (weiter, zunehmend) drohenden Missbrauchs von gesetzlich gewährten Schutztatbeständen und zur Verhinderung wiederholter Antragstellungen, ein angebliches „Asyl-Shopping“ auf der Suche nach den lukrativsten Versorgungsleistungen – die Rolle von notwendig (besser) zu Kontrollierenden und zu Überwachenden, elektronisch zu Erfassenden, zu Verwaltenden, zu Versorgenden und Kosten Verursachenden zuteil, die es möglichst (schnell) wieder zurückzuschicken, rückzuführen oder abzuschieben gilt.

#### **5.4.4 Die Berichterstattung zu Migration im Kontext der EU-Erweiterung**

Anknüpfend an die Teildiskursstränge zur deutschen sowie EU-Migrationspolitik stehen nun die mit der EU-Erweiterung in Verbindung gebrachte oder durch diese mutmaßlich intendierte Migration sowie vorbereitende Handlungen im Fokus.

##### **5.4.4.1 Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)**

Der Regelung der Personenfreizügigkeit in der EU kommt quantitativ wenig Bedeutung zu. Der einzig ausführliche Bericht, der sich explizit der Arbeitnehmerfreizügigkeit zuwendet, thematisiert diese unter einem europäisch vergleichenden Blickwinkel, und stellt die Ausnahme der direkten Öffnung des Arbeitsmarktes durch unter anderem vier EU-Staaten heraus; als Motivation wird Interesse an „qualifizierten Arbeitskräften“ genannt (24.09.02). Spezifiziert wird ferner derart, als „Schutzklauseln zudem ermöglichen [sollten], dass die Freizügigkeit für die Osteuropäer in den ersten Jahren nach dem Beitritt wieder eingeschränkt werden könne, wenn der eigene Arbeitsmarkt sehr belastet werde“ (ebd.). Migration erscheint zur Deckung von Arbeitsmarktbedarf nützlich, wird aber mit (möglichen) Belastungen verbunden. Die Forderung nach Übergangsfristen durch unter anderem Deutschland, inhaltlich darauf reduziert, dass die „Einschränkung der Freizügigkeit [...] insbesondere auf Druck Deutschlands und Österreichs in den Beitrittsverhandlungen mit den Kandidaten vereinbart wurde“ (ebd.), wird erwähnt, aber nicht expliziert.<sup>474</sup> Da es sich bei den Staaten, die Freizügigkeit direkt mit Inkrafttreten der Erweiterung gewährten, um solche handle, die „bisher auch keine Hauptziele polnischer Arbeitsmigranten gewesen [seien]“, wird die Einschränkung durch Deutschland und Österreich derart plausibilisiert, als diese mit Verweis auf (nicht spezifizierte) „Untersuchungen“ als „die Hauptziele der Arbeitsmigranten aus dem Osten“ hervorgehoben werden (ebd.).<sup>475</sup> Die Abwendung befürchteter Belastungen durch nicht konkretisierte, abstrakt und unüberblickbar verbleibende

<sup>474</sup> Sichtweisen der Beitrittsstaaten finden, reduziert auf Polen, nur knapp und beschränkt auf formale Informationen Beachtung (29./30.12.01; 11.12.02).

<sup>475</sup> Flankierend wird auf bereits in Deutschland auf Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen (oder auch irregulär) beschäftigte Arbeitsmigranten verwiesen, demnach Deutschland seinen Arbeitsmarkt bereits vor der EU-Erweiterung weiter als alle anderen bisherigen EU-Mitgliedsstaaten speziell für Polen geöffnet hätte (13.09.02; 24.09.02).

Migrationspotenziale „aus dem Osten“ erscheint gerechtfertigt und, verstärkt durch den Umstand, dass die „auf Druck“ vereinbarten Schutzklauseln nicht reflektiert werden, Freizügigkeitseinschränkungen als selbstverständliches Recht zum Schutz nationaler Interessen.<sup>476</sup>

Hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsraumentwicklung in der Grenzregion im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung werden auch Pro- und Contra-Positionen betreffend zu gewährende Arbeitnehmerfreizügigkeit und entsprechende Schutzklauseln thematisiert; „Unter Experten“, so die Gesamteinschätzung, gingen „die Meinungen über Sinn und Folgen der Übergangsfristen weit auseinander“ (24.09.02). Die dargestellten Äußerungen differieren zwischen Betonung deren Notwendigkeit zum Schutz heimischer Arbeitskräfte und Betriebe, also gefordertem Protektionismus, einerseits.<sup>477</sup> Sowie andererseits einer durch diese verhinderten freien wirtschaftlichen Entwicklung mittels Unterdrückung eines wichtigen Wettbewerbsfaktors im Kampf um international mobiles Humankapital zum Nachteil der regionalen Wirtschaft.<sup>478</sup> Indes, so tritt im Zuge der Schutzklauseln ablehnenden und für unmittelbare Freizügigkeit votierenden Argumentationen auch zutage, zielt die Befürwortung von Zuwanderung auf eine eng begrenzte Zulassung spezialisierter Arbeitskräfte: nur „einige wenige Fachleute“ (15.03.02). Speziell (ausgewählte) polnische Arbeitskräfte nutzen eigenen, deutschen Interessen.<sup>479</sup>

Wie virulent Ängste betreffend die durch die EU-Erweiterung erwarteten Veränderungen in der Grenzregion gerade vor Migration scheinen, offenbart beispielhaft ein Interview mit dem brandenburgischen Europaabgeordneten Glante, und dabei bereits die an ihn gerichteten, „die am häufigsten zu hörenden Fragen“, die die Erweiterung mit (zusätzlichen) Belastungen in Verbindung setzen und mittels Formulierungen wie „Zustrom polnischer und osteuropäischer Arbeitskräfte“, „Ausländer [...], die in Deutschland Ansprüche [...] erwerben“ oder „Konkurrenzdruck auf deutsche Handwerker und Dienstleister“, Bedrohungen assoziieren (9.12.02).<sup>480</sup>

<sup>476</sup> Dies untermauert auch die bloße Erwähnung einer „für deutsche und österreichische Grenzregionen“ vereinbarten „Teilbeschränkung bei bestimmten grenzüberschreitenden Dienstleistungen“ (24.09.02), die Äußerung einer Staatssekretärin im brandenburgischen Arbeitsministerium, „dass Brandenburg und Deutschland ‚in den Bereichen, wo sie nötig sind‘, auch von den mehrjährigen Übergangsfristen Gebrauch machen werden, in denen Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern der Zugang zum westeuropäischen Arbeitsmarkt noch verwehrt sein soll“ (13.09.02), sowie eine Forderung Edmund Stoibers: „Ein wichtiger Punkt ist, dass die Arbeitnehmer-Freizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit [...] für sieben Jahre eingeschränkt bleibt, damit der Beschäftigungsmarkt hierzulande nicht aus den Fugen gerät“ (30.08.02).

<sup>477</sup> So warnten „vor allem Gewerkschafter und Handwerker“ vor einer „zu raschen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes“ (24.09.02). Ähnlich z. B. auch die Reaktion auf einen als „Provokation“ titulierten Vorschlag eines polnischen Unternehmers, Übergangsfristen bei der grenzüberschreitenden Freizügigkeit polnischer Arbeitnehmer zu unterlassen: Dieser erntete, „wie nicht anders zu erwarten“, „bei den deutschen Teilnehmern fast reflexartige Widersprüche“ (22.03.02).

<sup>478</sup> Vor allem „Wissenschaftler und größere Unternehmen“ votierten gegen Übergangsfristen (24.09.02); „Mit der Sperrklausel werde ein wichtiger Wettbewerbsfaktor in der deutschen Grenzregion unterdrückt, meint etwa der Volkswirtschaftsprofessor [...] Hermann Ribhegge. Andere Wissenschaftler warnen davor, dass Fachleute aus Polen und anderen östlichen Ländern bereits in anderen EU-Staaten Arbeit gefunden haben könnten, wenn sie in Deutschland gebraucht werden und die Bundesrepublik somit ihre Attraktivität für ausländische Fachleute verliere“ (ebd.); „Beschränkungen, wie die von Deutschland geforderte siebenjährige Übergangsfrist, in der polnischen Arbeitnehmern [...] der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt untersagt ist, würden sich dagegen kontraproduktiv auf die Region auswirken“ (22.03.02).

<sup>479</sup> Die Funktionalisierung richtet sich vor allem auf die Erschließung Polens als Absatz- bzw. Konsumentenmarkt sowie, ähnlich Forderungen nach branchenspezifischen Greencards, die Sicherung heimischer Arbeitsplätze und die Kompensation eigener Defizite (z. B.: „Der Einsatz polnischer Arbeiter in Betrieben in der Oderregion werde die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen stärken und so den Erhalt der Jobs sichern“, 6.12.02; vgl. auch 9.12.02; 15.03.02).

<sup>480</sup> Die Antworten zielen zwar auf Zerstreuung bestehender Ängste, applizieren aber ebenso Probleme; so weist er z. B., bestärkt durch „alle Forschungsinstitute“, einen „Zustrom polnischer und osteuropäischer Arbeitskräfte“ zurück, und verweist dem entgegen auf das dringende Bedürfnis Brandenburgs nach Arbeitskräften „in wichtigen Bereichen“, um sodann sein Bewusstsein dafür herauszustreichen, „dass einige Brandenburger die Freizügigkeit fürchten“, demnach er „die erreichte Lösung, diese Freizügigkeit auf bis zu sieben Jahre zu begrenzen, für eine Möglichkeit [halte], um auf eventuelle Probleme zu reagieren“ (ebd.). Dass im Zuge der EU-Erweiterung befürchtete Migration zu einem insgesamt von Skepsis und Unsicherheit geprägten Klima beizutragen scheint, wird häufiger deutlich (z. B.: „[S]owohl in der polnischen wie auch in der deutschen Bevölkerung [gibt es] erhebliche Skepsis vor den Folgen der EU-Erweiterung. [...] [D]iesseits der Oder [wird] die Konkurrenz billiger Arbeitskräfte befürchtet“, 28.01.02; „Ängste – etwa vor der Konkurrenz um die Arbeitsplätze – [erschweren] das normale Zusammenleben“, 17.05.02; „Angesichts der dramatisch hohen Arbeitslosigkeit in der Grenzregion

#### 5.4.4.2 Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben)

Die Freizügigkeit für Angehörige der EU-Beitrittsstaaten und die seitens einiger bisheriger Mitglieder geforderten mehrjährigen Übergangsfristen werden sehr selten überhaupt und dabei nur knapp thematisiert.<sup>481</sup> Den Forderungen zugrunde liegende Intentionen und Motive werden nicht expliziert. Eine Begründung für die Position Deutschlands begnügt sich mit Bundeskanzler Schröder, der „Übergangsregelungen für Europas Arbeitsmarkt“ gemäß den „Befindlichkeiten der Menschen in den einzelnen Ländern“ als „weise“ erachte (30.05.02). Forderungen aus Reihen der deutschen Wirtschaft richten sich hingegen auf „offene Grenzen für [...] qualifizierte Facharbeiter“ und gegen „lange Fristen“ bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit (ebd.).

Betreffend mit der EU-Erweiterung für die Grenzregion verbundene Migration kommen deutliche Positionierungen zum Vorschein. Die Schrumpfungprozesse ließen Arbeitskräftezuwanderung aus den Beitrittsstaaten „äußerst unwahrscheinlich“ erscheinen, so „Arbeitsmarktexperten“ (23.01.02). Arbeitsmigranten werden aber als (potenziell drohendes) Problem, personifiziert durch Angst erzeugende „billige Arbeitskräfte“, „in die Lausitz drängen[de]“ „Jobkonkurrenten“ (ebd.), kontextualisiert; die wirtschaftliche Unattraktivität der Region wird als Belastungen verhindernder Standortfaktor gewendet. Prägend ist eine prinzipielle Bedrohungen assoziierende Metaphorik, zu fürchtende Migration und damit einhergehende Belastungen werden mit Verweis auf die desolaten regionalen Strukturbedingungen aber als unrealistisch zurückgewiesen: Es seien z. B. kein „Ansturm polnischer und tschechischer Arbeitskräfte auf die ohnehin viel zu wenigen Jobs in der Lausitz“ und „keine Probleme mit Freizügigkeit für Polen“ zu erwarten, und somit auch „Furcht“ vor „Konkurrenz polnischer Arbeitskräfte“ unbegründet (ebd.).<sup>482</sup> Stattdessen würden Arbeitsmigranten, so die Argumentation, Regionen bevorzugen, „wo Arbeitskräfte gesucht und besser bezahlt werden“ (ebd.).<sup>483</sup> Auch ein Kommentar (Herbst, 30.05.02) bedient sich unter Verwendung einer ähnlichen Metaphorik der Argumentation nicht

---

überwiegen derzeit aber immer noch die Ängste“, 13.09.02; „Die Vorbehalte gegenüber der Erweiterung gehen vor allem auf die wirtschaftlichen Konsequenzen zurück“, 9.12.02). Migration wird vor allem in Abhängigkeit bestehender Arbeitsplätze und entsprechenden Bedarfs betrachtet: „Das Problem sei doch nicht Zuwanderung, sondern Abwanderung [...]. Da es in Frankfurt und Umgebung zu wenig Arbeitsplätze gebe, gebe es aktuell auch keinen Bedarf an Zuwanderung. [...] Durch die Zuwanderung würden neue Jobs entstehen. Er sei ‚heftigst für Zuwanderung. Das tut der Stadt gut‘ [...] ‚Die Schranken müssen weg‘, allerdings sei eine ‚Bedingung der Zuwanderung neue Arbeitsplätze‘“ (9./10.02.02).

<sup>481</sup> Stand oder Hintergründe der Verhandlungen und Einigungsversuche bleiben weitgehend unklar (z. B. 21.12.01; 6.12.02). Da am 23.01.02 betreffend Einschätzungen zur Arbeitskräftewanderung in die Grenzregion aber auch vermeldet wird, dass „bisher noch nicht fest[steht], ob es bei der [...] Freizügigkeit von Arbeitskräften eine Sperrfrist geben wird. Übergangsregelungen bis zu sieben Jahren sind im Gespräch“, bzw. bis zum Inkrafttreten der Erweiterung entschieden sein müsse, „ob die Freizügigkeit für [...] Arbeitskräfte sofort gilt oder erst nach mehrjähriger Übergangsfrist“, dem Verhandlungsstand aber weiter keine Beachtung geschenkt wird, scheint diesem Thema keine besondere Relevanz beigemessen zu werden.

<sup>482</sup> „Die Vorstellung, billige Arbeitskräfte könnten als Jobkonkurrenten in die Lausitz drängen, sorgt für Ängste“; „Arbeitsmarktexperten halten diese Furcht für unbegründet“: „Das werden keine Massen, die da kommen“, so z. B. der Chef des sächsischen Landesamtes (ebd.). Dass die Situation in der Grenzregion vor der Erweiterung von Unsicherheiten und Ängsten betreffend zusätzliche Belastungen auch durch Migration geprägt sei, wird wiederholt verdeutlicht (z. B.: „An Oder und Neiße wächst die Besorgnis angesichts der EU-Osterweiterung [...] Dass die Grenze in absehbarer Zeit verschwinden wird, scheint unausweichlich – aber kaum jemand scheint sich darüber zu freuen. [...] Wer derzeit im Grenzgebiet die Ohren aufmacht und sich umhört bei denen, die sich vertraut gemacht haben mit dem Gedanken an einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum, der spürt überall Anflüge von Resignation. [...] Das deutsche Trauma der Überflutung mit billigen Arbeitskräften [...], das zeigt Wirkung. [...] Die Bremse auf deutscher Seite ist die Angst vor der polnischen Konkurrenz“, 1.02.02; „In Brandenburg herrscht bezogen auf die Auswirkungen der EU-Erweiterung ‚beträchtliche Verunsicherung‘, hat die Landesregierung [...] eingeräumt. Sie sprach von ‚unrealistischen Befürchtungen‘, aber ebensolchen Erwartungen. Fehlvorstellungen seien vor allem durch geringe Kenntnisse der gegenwärtigen Rechtslage begründet. [...] Die völlige Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl werde für die osteuropäischen Länder nicht unmittelbar nach dem Beitritt gelten“, 6.12.02).

<sup>483</sup> Zwar hofften z. B. viele Polen entsprechend der „im eigenen Land längst aufgegebene[n] Hoffnung auf Arbeit und Geld“ auf „einen Job im ‚goldenen Westen‘“, die meisten hätten aber Spanien „zunehmend zum Ziel“ (13.03.02).



zu befürchtender Migration in die strukturschwache Region: Da aufgrund unattraktiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen de facto keine Gefahr drohe, seien auch Schutzfunktionen durch Sperrklauseln oder Übergangsfristen überflüssig.<sup>484</sup>

#### 5.4.4.3 Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung)

Die Berichterstattung zu seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten anvisierten Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit beschränkt sich im Grunde auf einen, die Ergebnisse einer Studie zum prognostizierten Migrationsverhalten der tschechischen Bevölkerung nach Inkrafttreten der Erweiterung ergänzenden Text, der allgemein anstehende Veränderungen fokussiert, und vor allem Unterschiede zwischen faktischem Beitritt und damit nicht sofort verbundener Gleichstellung im Kreise der Union herausstreicht. Durch sukzessive Angleichungen sollten „wirtschaftliche und soziale Probleme vermieden werden“: „Das Zauberwort heißt ‚Übergangsfristen‘“ (12.12.01). Allgemeine Grundsätze einerseits, temporäre Beschränkungen andererseits, werden bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenübergestellt: „Künftig soll sich jeder osteuropäische Arbeitnehmer einen Job in einem anderen EU-Land suchen können. Da Deutschland und Österreich aber Billig-Konkurrenz fürchten, drängt die EU auf eine maximale Übergangsfrist von sieben Jahren“ (ebd.). Weiter wird auf Hintergründe oder Vorbehalte nicht eingegangen, und somit appliziert, Schutzklauseln seien zur Abwehr befürchteter Probleme, „Billig-Konkurrenz“ durch „osteuropäische Arbeitnehmer“, im eigenen Interesse notwendig.<sup>485</sup>

Bedrohungen assoziierender Sprachgebrauch findet betreffend mutmaßliche Migrationspotenziale in Tschechien Anwendung: Ein „Massenansturm auf Arbeitsplätze in Deutschland“ und eine „Massenwanderung gen Westen“ seien „nicht zu erwarten“, denn, so werden gemäß einer Studie „zum Migrationsverhalten der tschechischen Bevölkerung nach der EU-Osterweiterung“ offenbar virulente „Szenarien“ negiert, „Tschechen bleiben lieber im Lande“, bzw. „für die meisten Tschechen“ sei eine Auswanderung „aktuell kein Thema“ (12.12.01). Durch Arbeitskräftezuwanderung infolge der Erweiterung problematisierende, Belastungen und Gefahren assoziierende Metaphorik, weisen sich auch weitere Äußerungen aus, die auf die Zurückweisung und Beschwichtigung augenscheinlich bestehender Ängste speziell in der Grenzregion gerichtet scheinen. Bundesaußenminister Fischer expliziert mittels eines historisch-räumlichen Vergleichs wie geradezu selbstverständlich, aber zugleich „unbegründet“ Ängste vor „einströmenden Billigarbeitskräften“ seien (20.08.02).<sup>486</sup> Obwohl der Präsident des Sächsischen Handwerkstages Dirschka „für den grenznahen Raum [natürlich] eine gewisse Gefährdung [sehe]“, halte er „die verbreitete Angst unter Handwerkern vor dem Zustrom billiger Arbeitskräfte aus dem Osten nach der EU-Erweiterung für größtenteils unbegründet“, und rechne nicht „mit einer starken Zunahme an Billig-Lohn-Kräften“, denn die Konkurrenz sei „doch jetzt schon da“

<sup>484</sup> „Natürlich [werden] die gefürchteten billigen Arbeitskräfte aus Polen nicht in [...] die Lausitz strömen“ (ebd.).

<sup>485</sup> Da im zitierten Bericht sowie auch anlässlich des Kopenhagener EU-Gipfels im Dezember 2002 ferner nur jeweils bloße Erwähnung findet, dass die „Kandidatenländer derzeit mit der EU über diese Fristen [verhandeln]“ (ebd.), bzw. es für Tschechien „[ä]rgerlich“ sei, dass Tschechen erst nach sieben Jahren „in Deutschland oder Österreich Arbeit suchen können“, „Holländer, Dänen und Schweden sind kulanter“ (12.12.02), der Verhandlungsverlauf aber keine weitere Beachtung findet, erscheint entsprechenden Aspekten nur geringe Relevanz beigemessen.

<sup>486</sup> „[D]ie Franzosen und die Westdeutschen [hatten] genau die selben Sorgen gegenüber Spanien und Portugal wie heute die Sachsen gegenüber Tschechien und Polen. [...] Mit dem Eintritt dieser Länder in die EU nahm der Einwanderungsdruck Jahr für Jahr ab.“

(22.04.02).<sup>487</sup> Da die Grenzregion für den ostsächsischen IG-Metall Chef Koglin aufgrund wirtschaftlich nicht attraktiver Rahmenbedingungen kein präferiertes Ziel für Arbeitsmigranten sei, erachte er „Vorstellungen, nach denen tausende polnischer Arbeitssuchender künftig nach Görlitz kommen werden“ als „abenteuerlich“, zumal die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch „frühestens ab 2009, vielleicht auch erst 2011“ gelte (6.11.02). Virulente Befürchtungen vor Migration durch die Erweiterung einerseits, deren Besänftigung und das Betonen von Chancen andererseits, zeichnen auch einen Bericht anlässlich einer Diskussion Görlitzer Gymnasiasten mit dem sächsischen Europaminister Tillich aus: „Wir müssen also keine Angst vor einer Einwanderungswelle aus dem Osten, die uns künftige Arbeitsplätze wegnimmt, haben?“, werden Schüler unter anderem zitiert; dem entgegen bedeute die Erweiterung laut Tillich „keine Gefahr für ihre beruflichen Perspektiven“, und „selbst die Öffnung des Arbeitsmarktes [werde] erst nach einer Übergangsregelung von bis zu sieben Jahren eintreten“ (28.03.02).<sup>488</sup> Obgleich laut Arbeitsamt Bautzen unter Verweis auf ungeklärte Beitrittsregularien die Vermittlung polnischer Bewerber durch deutsche Arbeitsämter „nicht aktuell“ bzw. „mittelfristig nicht zu erwarten“ und zudem „mit mehrjährigen Übergangsregelungen zu rechnen [sei], ehe es zur völligen Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt käme“, werde bereits die Ankündigung einer künftigen Vermittlung polnischer Arbeitskräfte durch deutsche Arbeitsämter, bzw. die prinzipiell umzusetzende Arbeitnehmerfreizügigkeit, seitens des sächsischen DGB-Vorsitzenden Lucassen mit negativen Wirkungen für den heimischen Arbeitsmarkt in Verbindung gesetzt: Er befürchte „ein weiteres Lohn-dumping in Sachsen“ (5./6.01.02). Dass mit dem EU-Beitritt Polens und Tschechiens auch seitens Görlitzer Amtsträger Probleme assoziiert werden, offenbart ein Disput zwischen Oberbürgermeister Karbaum und dem Landtagsabgeordneten Bandmann. Für Karbaum resultierten daraus zunächst weiter steigende Arbeitslosenzahlen im Grenzraum, wobei der „Druck auf den Arbeitsmarkt wegen niedriger Löhne im Ausland“ „erst zehn Jahre später, bei steigendem Lohnniveau in den beiden Nachbarländern“ „wieder sinken“ würde (10.10.02).<sup>489</sup>

#### 5.4.4.4 Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von *MOZ*, *LR* und *SZ*

Der *Teildiskursstrang Migration im Kontext der EU-Erweiterung* zeigt sich vor allem als Politikerdiskurs, dessen Aussagen und Argumentationen durch Wissensbestände des Alltagsdiskurses und (wirtschafts-)wissenschaftlicher Spezialdiskurse flankiert, unterfüttert und legitimiert werden. Der Analysekorpus ist thematisch fokussiert auf die (potenziellen) Wirkungen, die mit der Migration von Arbeitskräften nach Deutschland, und speziell in die Grenzregion zu Polen, aufgrund des Inkrafttretens der Erweiterung (mutmaßlich) verbunden sind.<sup>490</sup> Die qualitative

<sup>487</sup> Die Beurteilung der Schärfe der Problematik werde von bereits bestehenden Kontakten ins Nachbarland und vom Alter bestimmt: Als Chance der Erweiterung erachte er hingegen, „dass der Fachkräftemangel in einigen Sektoren punktuell behoben werden könnte“; er verweist aber zugleich auf den „Trugschluss“, „die seien billig zu haben“.

<sup>488</sup> „Während [...] der Termin des Beitritts immer näher rückt, wächst die Unsicherheit der Menschen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze. [...] Je näher der Beitrittstermin rückt, umso größer scheint die Spannung und die Angst der jungen Deutschen vorm Unbekannten zu sein“ (ebd.).

<sup>489</sup> Der Widerspruch Bandmanns beschränkt sich auf die Feststellung, dass er Karbaums Aussage „falsch“ halte, da man „den Menschen in dieser Phase keine Angst machen [dürfe]“ und „die Chancen viel größer als die Nachteile“ seien (11.10.02).

<sup>490</sup> Migration in andere EU-Staaten wird wenig Bedeutung zuteil. Der Analysekorpus für diesen Teildiskursstrang beinhaltet (zwar) für die *MOZ* 109, die *LR* 58 und die *SZ* 34, insgesamt also 201 Analysegegenstände; ein großer Teil streift das fokussierte Thema allerdings nur am Rande. Ikonografische Stilmittel spielen keine Rolle; selten werden zwar auch (potenzielle) Arbeitsmigranten aus den EU-Beitrittsstaaten abgebildet, eindruckliche Konnotationen sind damit aber nicht verbunden.

Bandbreite ist klar konturiert und gestaltet sich weitgehend einheitlich. Sie passt sich, wenngleich aufgrund spezieller, vor allem räumlicher Fokussierungen teils etwas anders konnotiert, in die bereits dargestellten Analyseergebnisse der anderen Teildiskursstränge ein:

- ***Migration ist eine (drohende, starke) Be-/Überlastung, die zu verhindern/vermindern ist.*** Durch die EU-Erweiterung droht für Deutschland, schon bislang ein Hauptziel der Arbeitsmigranten aus dem Osten, eine (weitere) Belastung des Arbeitsmarktes, weiterer Konkurrenzdruck für ohnehin zu wenige Arbeitsplätze und eine Belastung der Sozialsysteme. Im Sinne der Befindlichkeiten der (Mehrheit der) Bevölkerung, den Sorgen und Ängsten vor (weiterer) Migration (von Arbeitskräften) (aus dem Osten), sind durch (temporäre) Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit der deutsche Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft zu schützen und (weitere, zu starke) Belastungen zu verhindern/vermindern.<sup>491</sup>
- ***Migration hat negative Folgen für Inländer/Deutsche und ist (deshalb) zu verhindern/vermindern.*** Der mit Migration im Zuge der EU-Erweiterung drohend ansteigende Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt geht zu Lasten von Inländern/Deutschen.
- ***Migration, die wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland hat, ist (mit Inkrafttreten der EU-Erweiterung) zuzulassen.*** Eine (eng begrenzte) Zulassung von (wenigen) qualifizierten Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsstaaten ist für Deutschland wirtschaftlich notwendig.<sup>492</sup>

Repräsentierte *Deutungskämpfe* ranken sich allein um den Sinn bzw. die potenziellen Folgen von Übergangsfristen bei der Gewährung von Arbeitnehmerfreizügigkeit für Angehörige der EU-Beitrittsstaaten, und zwar speziell bezogen auf die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Grenzregion zu Polen. Migration wird in Abhängigkeit zum bestehenden eigenen Bedarf betrachtet und bewertet. Eine an nationalen, deutschen Interessen ausgerichtete Steuerung sowie eine (temporäre) Einschränkung der Personenfreizügigkeit erscheinen als legitimes Recht, als zweifelsohne gerechtfertigte, notwendige – und auch kluge – Reaktion.

Ein *Gegendiskurs* zur allein durch ökonomische Prämissen konstituierten Wirklichkeit ist nicht repräsentiert. Selbst ein den hegemonialen Diskurs befragender Blickwinkel ist nicht vertreten. Auch eine Beleuchtung der Beitrittsverhandlungen betreffend Fragen der Personenfreizügigkeit, und z. B. der bilateral ausgehandelten Regelungen oder den (von der Position anderer EU-Staaten abweichenden) Forderungen der deutschen Bundesregierung, unterbleibt. Auch die (möglichen) Auswirkungen von Abwanderung für die Herkunftsräume werden nicht reflektiert.

Eine *Diskursebene* als Repräsentationsort von *Migranten* ist nur unter Berufung auf eine Studie zu den Migrationspotenzialen in den Beitrittsstaaten vertreten. Migranten werden allein als drohende, immer wieder ähnlich einer Naturkatastrophe metaphorisierten Masse an Migrationswilligen oder als benötigtes Humankapital zum eigenen wirtschaftlichen Nutzen, reduziert auf qualifizierte Arbeitskräfte zur Deckung von eigenem Bedarf, dargestellt.

#### 5.4.5 Die Berichterstattung zu Migration an der deutschen Ostgrenze

Nachdem in den bisherigen Abschnitten vor allem die Grundlagen der Migrations- bzw. Zuwanderungspolitik Deutschlands und der EU (und ihrer Mitgliedsstaaten) analysiert wurden,

<sup>491</sup> Für die deutsche Grenzregion zu Polen droht angesichts fehlender Arbeitsplätze allerdings kein Massenansturm von Arbeitsmigranten, keine Einwanderungswelle, keine Überflutung mit billigen Arbeitskräften etc.

<sup>492</sup> Sie dient zur Deckung bestehenden Arbeitskräftebedarfs, zur Sicherung bestehender und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, zur Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit, zur Erschließung von Konsumentenmärkten etc.

richtet sich der Blick nun speziell auf die deutsch-polnische (teils auch die deutsch-tschechische) Grenzregion, und dabei besonders deren Manifestation an der Grenze und im Grenzraum. Somit steht die deutsche Ostgrenze in ihrem Charakter als EU- und Schengenaußengrenze und speziell ihre Funktion und Wirkung betreffend grenzüberschreitende Mobilitäten im Fokus.

#### 5.4.5.1 Märkische Oderzeitung (Frankfurter Stadtbote)

Konstitutiv ist ein umfassend empathisch wertschätzender Bezug auf die Protagonisten der Kontrolle und Überwachung der Grenze sowie deren Auftrag und Anliegen, speziell ein grenzüberschreitend integriertes Vorgehen gegen Kriminalität und mutmaßliche Straftäter sowie die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung von Sicherheit. Unter anderem durch eine unkommentierte Übernahme ihrer Pressemitteilungen, Lageeinschätzungen oder Forderungen, auch plakativ überhöht in Überschriften oder bestärkt durch redaktionelle Kommentare, einen auf persönlicher Begleitung basierenden Direktberichterstattungsstil, den häufigen Abdruck von Fotos von Beamten im (erfolgreichen) Einsatz, den Bezug auf handlungsleitende Erfahrungswerte zur Verfolgung mutmaßlich gesetzeswidriger Handlungen oder Mitgefühl ob deren Arbeitsbelastung, erscheinen die Protagonisten für Grenzsicherheit samt ihren Intentionen und Zielen als maßgebender Bestandteil der Berichterstattung.<sup>493</sup> Ihnen wird Deutungshoheit und Definitionsmacht betreffend das (polizeilich relevante) Geschehen im Grenzraum zuteil. Ihre Perspektive und ihre Interpretationen erscheinen entscheidend und zutreffend. Die Notwendigkeit der Grenzsicherung und Verfolgung inkriminierter Handlungen zur Herstellung bzw. Aufrechterhaltung von Sicherheit (im Dienste der Bevölkerung) wird fortwährend reproduziert und legitimiert. Besonders eindrückliche und für die skizzierten Charakteristika zugleich exemplarische Ausweise der qualitativen Bandbreite eines empathischen, bis hin zu von Faszination geprägten Bezugs auf die Protagonisten für Grenzsicherheit, deren Überwachungs- und Kontrollauftrag, Zielsetzungen, Arbeitsweisen und Fähigkeiten sowie auf offensichtlich ethnisiert unterfütterten Wissensbeständen basierenden Fahndungsmustern repräsentieren zwei Reportagen über die Arbeit der Autobahnpolizei: „Verbrecherjagd auf der Autobahn [...] Auf der Spur von Hehlern und Schleusern“ (8.01.02) sowie „Recht und Gesetz auf der Autobahn [...] Cobra 12 – Patrouille in Blau [...] für mehr Ordnung und Sicherheit“ (22.08.02). Mittels Liveberichterstattungsstil wird metaphorisch angelehnt an eine Action-Fernsehserie geradezu direkte Teilhabe bei der Jagd nach potenziellen Straftätern und Verbrechern, vielfach repräsentiert durch Ausländer sowie Schleuser und irreguläre Einwanderer, zu vermitteln gesucht, die als polizeiliches Gegenüber, als Fahndungs- und Feststellungsobjekte, die es zu jagen, aufzugreifen, zu bekämpfen und aus dem Verkehr zu ziehen gelte, erscheinen.<sup>494</sup> Mit einem hohen Maß an Empathie wird über

<sup>493</sup> Selbst z. B. die Fähigkeiten von eingesetzten Spürhunde finden umfangreich Würdigung (z. B. 26.04.02); auch in gesonderten redaktionellen Kommentaren (z. B. Bias, 16./17.02.02).

<sup>494</sup> Beide Reportagen werden von zentral platzierten Fotos der begleiteten Beamten ergänzt. Aufgrund der Exemplarität sowie des Umstandes, dass die Reportage vom 8.01.02 auch in der *LR* und *SZ* (nur marginal abweichend) abgedruckt ist, folgender Auszug: „Sich unbeobachtet wärend, transportieren Hehler und Schleuser über Brandenburgs Autobahnen ihre heißen Waren oder nutzen Rastplätze sowie nahegelegene Wälder als Lager oder Umschlagplätze. [...] Morgendliche Rush-Hour auf der Autobahn Berlin-Frankfurt (Oder). Mit Argusaugen beobachtet Rainer Pultz den Verkehr, der vor, hinter und neben ihm scheinbar unspektakulär dahin fließt. [...] Hinter so manchem Steuer sitzen zwielichtige Zeitgenossen, die Lüftungsschächte voll mit Schmuggelzigaretten, den präparierten Tank gefüllt mit geklautem Dieselmotorkraftstoff oder im Kofferraum illegal eingereiste. [...] Polizeioberkommissar Pultz, Leiter des Einsatztrupps Autobahn [...], kennt seine Pappenheimer. Da, auf der Gegenfahrbahn ein verdächtiger Wagen. [...] ‚Das könnte ’ne Schleusung sein.‘ Seit Monaten hat die Schleuserkriminalität in Brandenburg Hochkonjunktur. Häufig greifen die Beamten der Autobahntrupps [...] illegal eingereiste Afghanen, Iraner oder

die Tätigkeiten und Fähigkeiten der sowie die Herausforderungen an die mobilen Einsatzkräfte im grenznahen Raum, der als Aktionsfeld diverser Krimineller präsentiert wird, berichtet: „Menschenhandel oder Schmuggel von Diebesgut spielen hier so nah an der Grenze eine ziemlich große Rolle“, sagt der BGS-Beamte. Auch Rauschgift werde oft gefunden“ (ebd.). Die handlungsleitenden, emotional begründeten Erfahrungswerte beim Aufspüren potenzieller „Verbrecher“ und „Übeltäter“ werden übernommen: „Worauf genau ich achte, kann ich nicht erklären“, sagt der Mann vom BGS. „Irgendwie hat man es im Gefühl, wenn etwas nicht stimmt.“ [...] Detlef Dubro [Polizeihauptmeister; M. M.] [...] hat einen Blick für Übeltäter“ (22.08.02).<sup>495</sup> Als primärer Fahndungsfokus erscheinen die „heißen Waren“ von „Hehlern und Schleusern“ oder „zweilichtigen Zeitgenossen“ mit „im Kofferraum illegal Eingereiste[n]“; vorgebrachte Verdachtsmomente werden rezitiert und fungieren als weitreichende Applikationsvorlage. Die Sicherheitskräfte werden als bodenständige Helfer „für mehr Ordnung und Sicherheit“ im Dienste der Allgemeinheit präsentiert (ebd.).<sup>496</sup>

Ein spezieller Fokus ist auf die mutmaßlichen, prognostizierten, erhofften oder befürchteten Auswirkungen der EU-Erweiterung bezüglich „mehr Kriminalität oder mehr Sicherheit“ (7.12.01) gerichtet. Sie wird ausdrücklich, bestimmt durch Perspektiven von Vertretern der Sicherheitsbehörden und zuständiger Ministerien, und zugleich mit Blick auf Meinungen, Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung, im Kontext einer entlang der brandenburgischen Grenze zu Polen ohnehin hohen, weit landesüberdurchschnittlichen Kriminalitätsrate fokussiert: „Wie sicher werden wir leben?“ (6.12.01).<sup>497</sup> Aus der Raumlage resultiere eine besondere Belastung, die Region sei vielfältig mit grenzbedingter Kriminalität, der Grenzschutz mit zahl-

---

andere Ausländer auf. [...] Abfahrt Groß Kōris. Pultz will im nahen Wald überprüfen, ob Vietnamesen dort wieder ein Zwischenlager eingerichtet haben. „Neulich haben wir hier einen Vietnamesen mit zwei Taschen voll unverzollter Zigaretten festgenommen. Doch die Erfahrung lehrt, wo zwei Taschen sind, sind auch mehr.“ [...] Mit Funkgerät in der Jacke streift Pultz jetzt durch den Kiefernwald, in dem der spektakuläre Einsatz stattfand. „Durch eine bestimmte Anordnung der Zweige kennzeichnen die ihre Lager.“ Doch die metertiefen Erdbunker sind im Moment leer. „Sie warten wohl noch etwas ab.“ [...] Zurück auf der Autobahn [...] Auf der Gegenfahrbahn rattert ein Wartburg vorbei. „Mist, den haben wir heute Morgen verpasst, jetzt ist die Zigarettenladung schon abgeliefert und der Wagen auf dem Rückweg“, ärgert sich Pultz [...] Stau ab Abfahrt Rangsdorf. „Da wollen wir doch mal sehen, wer die Autobahn verlässt“, sagt Pultz [...]. „Wäre der jetzt in Richtung Berlin gefahren, dann wäre er für eine Kontrolle reif gewesen“, meint er, als ein Transporter mit litauischem Kennzeichen in die andere Richtung abbiegt, und merkt sich das Kennzeichen. „Aus polizeilicher Erfahrung weiß ich, dass um diese Zeit in diese Richtung kein Diebstahlkurier unterwegs ist, aber den behalten wir trotzdem im Auge.“ [...] Ausgeprägtes Erinnerungsvermögen, Beobachtungsgabe und Beharrlichkeit sind A und O in dem Job. [...] Schon 30 Minuten lang beobachtet Pultz von der Autobahn kommende Taxis – sitzen auf der Rückbank klitschnasse illegale Eingereiste? [...] oder tief liegende Pkw – ist im Kofferraum Diebesgut aus den Einbrüchen der vergangenen Nacht? [...] „Von der Brücke habe ich unten einen verdächtigen Transporter entdeckt“, sagt Pultz [...] Pultz jagt hinterher, verliert ihn aus den Augen. [...] „Na, alle bekommen wir leider nicht.“ [...] Kurz darauf verlässt Pultz die Autobahn und biegt in ein Waldstück ein. Was dort wie eine illegale Müllhalde aussieht, ist in Wirklichkeit ein Umschlagplatz für gestohlene Autos. „Die Bande hat wieder zugeschlagen“ [...] – inzwischen ist das entkernte und umgekennzeichnete Fahrzeug sicher über die Grenze nach Polen verschoben. [...] „Jetzt, wo die Bande wieder aktiv war, werden wir uns wieder auf die Lauer legen.“ [...] Zurück auf der Autobahn fällt Pultz gleich ein weißer Transporter mit polnischem Kennzeichen auf [...]. „Da scheint etwas nicht zu stimmen.“ Die Kollegen rauschen mit ihrem Wagen heran [...] Während einer der Polizisten den Fahrer kontrolliert, leuchtet der andere mit der Taschenlampe in den Innenraum [...]. Doch der Fahrer kann Lieferpapiere vorweisen. Trotzdem starten die Polizisten eine Personalienabfrage bei der Leitstelle. Bingo. „Der Mann ist wegen schweren Diebstahls vorbestraft“, lautet die Antwort. Jedoch ist diesmal nichts zu beanstanden. „Das ist eine häufige Masche – zwischendurch mal legale Lieferungen auszufahren.“ Allerdings: „Den behalten wir im Blick“, meint Pultz und startet wieder seinen Wagen – die Verbrecherjagd in Zivil geht weiter.“

<sup>495</sup> Ähnlich z. B.: „Erfahrene Beamte [...] spüren es im Knie“, bei wem sie nachbohren müssen“ (15./16.12.01); „[A]uch die Frankfurter Zöllner [haben] im Laufe der Jahre einen Riecher für die Verstecke entwickelt“ (16./17.02.02).

<sup>496</sup> „Die Polizeipräsenz stärkt das Sicherheitsgefühl bei den Leuten“ (ebd.). Würdigung erfährt z. B. auch der Einsatz „engagierte[r] Bürger“ bei der Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen von Sicherheitspartnerschaften der brandenburgischen Polizei „für mehr Sicherheit“: „Die Kriminalitätsslage habe sich durch diese Partnerschaften [...] spürbar entschärft. Damit sei auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt worden“ (17.06.02).

<sup>497</sup> „Wie wird sich die Lage entwickeln, wenn Polen der EU beitrifft und die Grenzkontrollen entfallen?“; „Auch Sie können Ihre Fragen zu diesem Themenbereich stellen“ (23.11.01; vgl. auch 6.12.01; 7.12.01).

losen, als raffiniert und phantasiereich sowie teils auch skrupellos dargestellten Grenzverletzern, konfrontiert: „An der Grenze mehr Straftaten“ (7.05.02), „[d]ie Phantasie der Diebe, Hehler und Schmuggler kennt bei der Auswahl immer neuer Verstecke keine Grenzen“ (8.01.02), „[i]mmer wenn eine Methode entdeckt wurde, tüfteln die illegalen Geschäftemacher an neuen Ideen“ (16./17.02.02).<sup>498</sup> Die Region wird als Aktionsraum von (organisierten) Kriminellen präsentiert, als Kristallisationsraum von (schwerer) Kriminalität, und ins Verhältnis zu Berlin gesetzt: „In Frankfurt so viele Straftaten wie in Berlin [...] Rauschgiftschmuggel, Autodiebstahl, Menschenhandel. Rein statisch ist das Leben in Frankfurt (Oder) genauso gefährlich wie in Berlin“ (23.11.01).<sup>499</sup> Speziell die „organisierte Kriminalität“ bzw. das „organisierte Verbrechen“ (7.05.02) sei bedeutend.<sup>500</sup> Ein Kommentar bestätigt dies, obgleich die offenbar virulenten Risiken nicht expliziert werden: „[D]ie Region gilt als Brennpunkt für Verbrechen der Organisierten Kriminalität“ (Bias, 4.09.02). Zwar wird ergänzt, dass in Brandenburg „vor allem deutsche Täter mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht [werden], gefolgt von polnischen Tatverdächtigen“, sodann aber ein zahlenmäßig „enorme[r] Unterschied“ gegenüber im Landesinneren registrierten „Straftaten“ „auch mit anfallenden Asyldelikten an der Grenze zu Polen [erklärt]“, wodurch das Ersuchen um Asyl in den Kontext von Kriminalität und dezidiert des „organisierte[n] Verbrechen[s]“ gerückt wird (7.05.02). Ausländern, die vor allem aus östlich gelegenen Staaten stammen, wird in verschiedenen Zusammenhängen eine besondere Bedeutung für das regionale Kriminalitätsaufkommen zugeschrieben, bzw. Osteuropa allgemein als Herkunfts- und Transitraum von Straftätern kontextualisiert.<sup>501</sup> Eine Einordnung der Kriminalität gemäß Struktur und Raumlage hebt auf eine Unterscheidung zwischen Aufdeckungs- und Zielgebiet ab: An der Grenze konzentriert sich „nach wie vor die Aufdeckung jener Kriminalfälle, deren Ziel nicht die unmittelbare Grenzregion ist, betonen die Vertreter von Grenzschutz und Zoll“ (7.12.01); „in der Kriminalitätsstatistik der Grenzkreise [tauchen] auch

<sup>498</sup> Ähnlich z. B.: „Raffinierte Verstecke [...] machen den Zöllner an der deutsch-polnischen Grenze das Leben schwer“ (16./17.02.02); „Schmuggler an der deutsch-polnischen Grenze sind an Einfällen kaum zu übertreffen“ (17.05.02); „An der Spitze der Kriminalität“, „Wegen der Grenze zu Polen hatte die Polizei erheblich mit Rauschgiftkriminalität, Autoverschiebung und Schleuserkriminalität zu tun“, „Besonders viele Straftaten wurden [...] in Brandenburgs Großstädten Potsdam und Frankfurt (Oder) und entlang der Grenze zu Polen gezählt“ (19.07.02); „Frankfurt (Oder) ist Haupteinfallstor der Zigaretten-schmuggler“ (8.08.02). Die Berichterstattung weist, neben zahllosen Bekanntgaben entdeckten Schmuggels und Verweis auf den verhinderten Schaden, häufig Fotos von präsentierten Feststellungserfolgen oder raffinierten Verstecken auf, die als visualisierte Bestätigung der Schmugglern zugeschriebenen Fantasie erscheinen.

<sup>499</sup> „Auch in anderen deutschen Kreisen an der Grenze zu Polen liegt die Zahl der Straftaten deutlich über dem Brandenburg-Durchschnitt von 9800 je 100 000 Einwohner“ (ebd.).

<sup>500</sup> „Organisierte Kriminalität auf dem Vormarsch“ (25.06.02); „Das internationale Verbrechen werde mehr und mehr zu einem Risiko für Wirtschaft und Gesellschaft“, die „deutsch-polnische Grenze“ sei „Brennpunkt“, die „Grenzregion besonders von der Kriminalität betroffen“, Frankfurt (Oder) ein „Schwerpunkt“ von Ermittlungen: Die Beamten hätten „vor allem mit Drogendelikten, illegalem Kfz-Handel und Menschenschleusungen zu tun“ (7.05.02). „In Brandenburg habe es die Polizei vorwiegend mit Drogen- und Gewaltdelikten in dieser Sparte zu tun. So spielt die Organisierte Kriminalität vor allem beim Rauschgift-, Waffen- und Menschenhandel eine große Rolle“ (21.01.02); „14 Prozent aller Straftaten fallen an der 250 Kilometer langen Grenze an – das seien 40 Prozent mehr als im Vergleich zu Ortschaften innerhalb Brandenburgs“ (7.05.02). In naher Zukunft werde zudem eine „Welle“ von „Verbrechen von Organisierter Kriminalität“ erwartet, so unter Berufung auf „enge Kontakte zu polnischen Behörden“ (25.06.02).

<sup>501</sup> Neben irregulären Einwanderern und Schmugglern, deren Aufgriffe die regionale Kriminalitätsstatistik belasteten, speziell auch polnische Kleinkriminelle und Banden polnischer Jugendlicher, die für „75 Prozent der Straftaten“ in Frankfurt (Oder), „insbesondere Laden- und Autodiebstähle“, verantwortlich zeichneten, und „den Bewohnern der Grenzregion das Leben schwer [machen]“; „Ausländer seien konstant dominant: „Mit 75 Prozent Ausländeranteil bei den Straftaten ist die Quote in unserem Schutzbereich aber besonders hoch und schon über Jahre konstant“, so Wolff [Polizei Frankfurt (Oder); M. M.]“ (23.11.01). Überdies z. B. auch: „In den 42 brandenburgischen Gemeinden, die direkt an Oder und Neiße liegen, war der Anteil ausländischer und insbesondere polnischer Straftäter auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 14 Prozent höher als im gesamten Land Brandenburg“ (7.12.01). Auch allgemein Polen werden immer wieder spezielle Kriminalitätspotenziale zugeschrieben (z. B.: „Stettin [...] Aufgrund ihrer strategischen Lage ist die Hafenstadt auch ein Treffpunkt für Verbrecher aus Ost und West [...] Stettin leidet unter dem Ruf, ein Zentrum der Kriminalität in Polen zu sein. [...] Diebstähle, aber auch schwerere Verbrechen wie Raub oder Überfälle machen den Behörden und Einwohnern der Stadt zu schaffen“ (28.05.02).

alle illegalen Grenzgänger sowie alle Schmuggelfälle auf, deren Zielgebiet nicht die Oderregion ist“ (23.11.01). Diese Relationierung reflektiert aber nicht z. B. Art, Wirkungsweise oder Intention der erfassten Delikte, gerade hinsichtlich ausländerrechtlicher Verstöße, sondern stellt nur das zuvorderst extraregionale Zielgebiet heraus, demnach angesichts der Betonung einer erhöhten Kriminalitätsbelastung und der verkündeten Anteile eine besonders hohe Neigung von Ausländern zu kriminellem Handeln assoziiert wird, und, betrachtet man die Kontextualisierungen in Gänze, der Schluss verbleibt, dass Ausländer, und damit z. B. auch irreguläre Einwanderer, einer Gefahr für die (lokale) Bevölkerung gleichkämen.<sup>502</sup> Insgesamt aber sei die erfasste Kriminalität, so wird konstatiert, rückläufig, die „schlimmste Zeit an der Grenze schon hinter uns“ (ebd.).<sup>503</sup> „Gleichwohl bleibe“, so Frankfurts Polizeipräsident Lietsch, „der subjektive Eindruck von Unsicherheit“ (30.05.02), ohne dass diese Deutung expliziert würde. Die Region erscheint als von Kriminalität speziell belasteter Raum, Ausländer für entsprechende Unsicherheiten in der Bevölkerung in besonderer Weise verantwortlich.

Die eingangs skizzierten Charakteristika prägen auch deutlich die Berichterstattung über die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Sicherheitsbehörden: Konstitutiv ist ein empathisch wertschätzender, rundum positiver Bezug auf deren Protagonisten, Anliegen und Erfolge.<sup>504</sup> Die Kooperation über die Grenze hinweg sei, so das transportierte Credo, ausgezeichnet.<sup>505</sup> Für Innenminister Schily sei die grenzüberschreitende „Zusammenarbeit an Oder und Neiße mittlerweile sogar Vorbild für eine europäische Grenzpolizei“ (26.06.02).<sup>506</sup> Eine anvisierte EU-Grenzpolizei „für einen besser Schutz der EU-Außengrenzen“ (3.12.02) wird als Symbol europäisierter Polizeikooperation im Sinne gemeinsam getragener Verantwortung und „gerechtere[r] Lastenverteilung“ kontextualisiert, sie liege, so Brandenburgs Europaminister, „im Interesse der Sicherheit der Bürger der Europäischen Union“ (27.06.02).<sup>507</sup> Ein Kommentar

<sup>502</sup> Der relative Anteil von Ausländern und ausländer-spezifischen Delikten wird zwar wiederholt erwähnt, aber nicht reflektiert (z. B.: „Vor an stehen [in Frankfurt (Oder); M. M.] Diebstähle und Sachbeschädigungen. [...] In dem Reigen folgen Verstöße gegen das Ausländergesetz, Fälschungsdelikte, Körperverletzungen, Drogenkriminalität, Sexualstraftaten“, 21.03.02; „Von den 10 256 Tatverdächtigen waren 2889 deutscher, 2692 polnischer und 4675 anderer Nationalität. 4616 Tatverdächtige begingen in 5329 Fällen Straftaten gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz“, 27.03.02).

<sup>503</sup> Z. B.: „In den 90er Jahren habe man Stubice und andere Städte an der Grenze in Polen noch als den ‚wildem Westen‘ bezeichnet. Mittlerweile sei die Zahl der Straftaten dort aber deutlich zurückgegangen“ (ebd.); „Frankfurt (Oder): Zahl der Straftaten ist im vergangenen Jahr zurückgegangen“ (27.03.02); „Frankfurts scheidender Polizeipräsident Hartmut Lietsch bilanziert [...]: Die Grenzkriminalität sei auf beiden Seiten der Oder seit sieben Jahren rückläufig“ (30.05.02).

<sup>504</sup> Dies offenbart sich in etlichen Berichten über z. B. die deutsch-polnische Kontaktienststelle in Frankfurt (Oder), gemeinsame Streifengänge im Grenzraum, Ermittlungsgruppen, Ausbildungen oder die alltägliche Praxis simulierende Übungen. Eine Beleuchtung sich z. B. vollziehender Veränderungen oder einhergehender Implikationen unterbleibt. Nicht selten wird über Intensivierungen/Fortentwicklungen der Kooperation der Sicherheitsbehörden nur (in Kurzmeldungen) Bericht erstattet.

<sup>505</sup> Unter anderem ein unentwegter (informeller) Informationsaustausch über z. B. Ermittlungsdaten/-verfahren, Personenüberprüfungen, Fahndungsersuchen, Lagebilder, gemeinsame Lagebesprechungen, Ermittlungsgruppen, Ausbildungen oder Fahndungsmaßnahmen erscheinen als geradezu alltägliche Praxis (vgl. z. B. 23.11.01; 7.12.01; 6./7.04.02; 26.06.02; 4.09.02). Vor allem die Kontaktienststelle habe sich als wichtiger Mosaikstein europäischer Sicherheit mit raumgreifender Bedeutung und ständig steigenden Erfolgen, als weitreichend relevantes Expertenzentrum bei der Jagd nach Straftätern, etabliert. Die diesbezügliche Berichterstattung erscheint beispielhaft für den positiven Bezug auf die Kooperation insgesamt: Unter anderem die Leistungen, Schaffenskraft und Kompetenzen, die gebündelt zur Verfügung stehenden Ressourcen und die erzielten Erfolge im Kampf gegen (organisierte, grenzüberschreitende) Kriminalität oder z. B. „Asylmissbrauch“ erfahren Würdigung; auch der Bevölkerung diene die Arbeit (z. B. 3./4.08.02). Eine Reflexion der z. B. mit der Internationalisierung von Polizeiarbeit einhergehenden Implikationen unterbleibt, maßgebend erscheint allein eine (erfolgreiche) Jagd nach „Kriminellen“.

<sup>506</sup> Auch außerhalb Europas, z. B. für den Grenzschutz der USA, fungiere die „grenzübergreifende Sicherheitskooperation entlang der deutsch-polnischen Grenze und die [...] beim Kampf gegen Menschenhandel, Drogen- und Zigarettenschmuggel eingesetzte Überwachungstechnik“ als Anschauungsobjekt (24.01.02). Der BGS, dessen Organisationsstruktur, Arbeitsweisen oder rechtliche Kompetenzen, sei auch „Vorbild“ für den „Grenzschutz Polens“ (7.12.01).

<sup>507</sup> Auch diesbezüglich, und speziell betreffend vorbereitende Hospitationsbesuche von Grenzschützern aus verschiedenen EU-Staaten an der deutsch-polnischen Grenze, sind die grundsätzlichen Berichterstattungscharakteristika prägend: Die Anliegen und Einschätzungen von Vertretern der Sicherheitsbehörden werden reproduziert, auf deren Perspektive, auch mittels Fotos, empathisch Bezug genommen (z. B. 31.05.02; 5.12.02; 9.12.02).

betont die Bedeutung EU-weit kooperierender Sicherheitskräfte für das „weitere Zusammenrücken der Europäer“ sowie die stellvertretende Verantwortung bei der Außengrenzkontrolle an der Oder (Wetzel, 5.12.02).<sup>508</sup> Speziell aus gemeinsamen deutsch-polnischen Streifen resultierten nicht nur ein besserer Informationsaustausch, sondern auch nachweisbare Erfolge.<sup>509</sup>

Speziell aufgrund der für die Berichterstattung maßgebenden Perspektive der Polizeibehörden wird die EU-Erweiterung als sicherheitspolitische Herausforderung und virulente Gefahr präsentiert, auf die es sich, vor allem in der ohnehin bereits heute stark von Kriminalität belasteten Grenzregion, besonders vorzubereiten gelte – „Genug zu tun gebe es auch weiterhin an den Grenzen zu Polen und Tschechien [...]. Mit der EU-Osterweiterung stelle sich der BGS dort auf eine Zunahme von Schleuserkriminalität und Drogendelikten ein“, so der GdP-Vorsitzende der Bezirksgruppe Ost, Hüber (25.04.02). Von offenen Grenzen profitierten vor allem auch Straftäter, weshalb die „grenzüberschreitende Kriminalität“ und „das internationale Verbrechen“ verstärkt „auf europäischer Ebene bekämpft werden“ müssten (7.05.02).<sup>510</sup> Für den BGS und das Kontrollregime an der deutsch-polnischen Grenze resultierten aus der EU-Erweiterung keine unmittelbaren Änderungen: Personelle Auswirkungen gäbe es „vorerst keine“, da, so Innenminister Schily, „[e]rst wenn die Beitrittsländer alle Forderungen des Schengener Abkommen erfüllt hätten, eine Neuorientierung notwendig [wäre]“ (25.04.02). Trotz EU-Beitritt würde es „noch einmal lange dauern, bis der so genannte Schengen-Standard durch Polen erreicht sein wird, die Grenzen zur Ukraine also dicht sind“; Maßgabe an der deutsch-polnischen Grenze nach Verlegung der „europäische[n] Außengrenze nach Osten“ sei „wie bisher [...] der Kriminalität Einhalt zu gebieten“ (16./17.03.02). Es gelte „an Deutschlands Grenzen einen ‚strategischen Gürtel‘ gegen illegale Einreise und damit verbundene Kriminalität zu schaffen, sagte Innenminister Schily“ (7.08.02).<sup>511</sup> Einen exemplarischen Ausweis der für die Sicherheitskräfte der Grenzregion offenkundig maßgebenden Arbeits- und Fahndungsschwerpunkte, gerade in Vorbereitung der Erweiterung, repräsentiert ein Bericht anlässlich einer „Grenzschutzübung mit 6000 Beteiligten“: „Schleuserjagd an der Oder“ (26.06.02). Die gestellten, als

<sup>508</sup> Gerade gemeinsame Streifen deutscher und polnischer Sicherheitskräfte seien auch für die zwischenmenschliche Annäherung wichtig; durch persönliches Begegnen und „kameradschaftlich[en]“ Umgang würde die gegenseitige Verständigung vorangetrieben und die Sprachbarriere bearbeitet: „Das Kennenlernen hat begonnen“ (20.12.02).

<sup>509</sup> Die Erfolge „sind statistisch deutlich nachzuweisen“: „Seit 1999 haben wir an der grünen Grenze eine deutlich geringere Zahl illegaler Einwanderer“, sagt Eckehart Wache vom Frankfurter Grenzschutzamt“ (7.12.01). Durch ihre Präsenz dämmten sie Kriminalität ein, fungierten als Ohr für die Sorgen der Menschen und zielten auf „eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühl[s]“ (7.12.01). Fotos gemeinsamer Einsätze bestärken den positiven Bezug (z. B. 20.12.02).

<sup>510</sup> Auch oder speziell im „grenzenlosen Europa“ seien intensiv grenzüberschreitend kooperierende Sicherheitsbehörden wichtig (7.12.01): „Wir müssen unsere Zusammenarbeit weiter entwickeln und auf eine neue Qualitätsstufe heben, um auf die EU-Erweiterung vorbereitet zu sein“ (H. Lietsch, Polizeipräsident Frankfurt (Oder), 23.11.01); „trotz des Verschwindens dieser Grenze [müssen] die Behörden beider Länder noch enger zusammenarbeiten“ wird auch in einem Kommentar gefordert (Baranski, 7.12.01). Eine häufig allein knappe Bekanntgabe von Vorhaben/Vereinbarungen betreffend eine intensivere Kooperation der Strafverfolgungsbehörden erscheint als konstitutiver Teil der Berichterstattung; regelmäßig fungiert eine notwendig gemeinsame Bekämpfung grenzüberschreitend agierender Straftäter oder die EU-Erweiterung als Grundlage (z. B. 11.07.02; 7.08.02). Teils mutet die Berichterstattung geradewegs als Forum für Appelle und Forderungen aus Reihen der Sicherheitsbehörden mit Blick auf eine effektivere Bekämpfung von (schwerer, (inter-)nationaler, organisierter) Kriminalität an (vgl. z. B. 29.11.01; 7.05.02; 30.05.02). Ein redaktioneller Kommentar unterstützt die Forderungen mit Verweis auf bereits erzielte Erfolge: „[G]roße Fortschritte“ seien, „obwohl [die Sicherheitsbehörden beiderseits der Oder] von der ‚großen‘ Politik beider Länder häufig im Stich gelassen wurden“, „gerade deshalb erreicht“ worden, „weil man nicht auf Verträge wartete, sondern selbst aufeinander zugeht“ (Schröder, 7.12.01; ähnlich zum Vorrang praktizierter Polizeiarbeit vor gesetzlichen Regelungen: „Inoffiziell aber gibt es bereits seit Jahren eine recht enge Zusammenarbeit zwischen den Kriminalbeamten beider Länder. [...] Die Praxis ist wieder einmal weiter als die Politik. [...] Zum Glück“, 19.07.02). Einer effizienteren Zusammenarbeit beim „Kampf gegen Kriminelle“ entgegenstehende Defizite gelte es, vor allem mittels neuer vertraglicher Grundlagen und optimaler zu synchronisierender Strukturen, rasch abzubauen (vgl. z. B. 23.11.01; 7.12.01; 7.05.02).

<sup>511</sup> Eine weiterführende Betrachtung z. B. des nach Ausweitung des Schengenraums fortdauernden Kontrollregimes an Oder und Neiße unterbleibt. Selbiges betrifft z. B. auch „eine Fülle neuer Aufgaben“, die der BGS erhalte (25.04.02), oder mehr für den „mobilen Einsatz“ geplante Zollbeamte: „Bedarf für mobile Kontrollen gibt es genug“ (27./28.07.02).



alltäglich dargestellten „Szenarien“ – „Waffen-, Rauschgift- und Menschenschmuggel, aber auch die Flucht von Strafgefangenen über die Grenze [...]. Eine indisch-pakistanische Menschengruppe versucht mit zwei Schlauchbooten die Oder von Polen nach Deutschland zu überqueren und dabei auch Rauschgift einzuschmuggeln. Was sich sonst meist bei Nacht und Nebel an der Grenze abspielt, fand am gestrigen späten Nachmittag vor den Augen [des] Bundesinnenminister[s] [...] statt“ (ebd.) – verbinden verschiedene Delikte, und lassen Nichtdeutsche, bzw. offensichtlich irregulär Einreisende, als multiple und gefährliche sowie, bezogen auf die Betitelung, notwendig zu jagende Kriminelle erscheinen.<sup>512</sup>

Als virulentestes Problem mit dem der Grenzschutz konfrontiert erscheint, werden beständig die unerlaubte Einwanderung und damit augenscheinlich per se einhergehende, synonym als „Schleuserkriminalität“ (z. B. 2.01.02) oder „Menschenhandel“ (z. B. 23.01.02) subsumierte, assistierende Tätigkeiten in den Vordergrund gerückt. Zwar werden zum einen immer wieder sinkende Zahlen „illegaler Einreisen“ vermeldet (z. B. 26.07.02; 15.11.02). Zum anderen werden aber ständige und zunehmend steigende Bedrohungsausmaße assoziiert.<sup>513</sup> Kontextualisierungen wie z. B. „Schleuser holen immer mehr Illegale ins Land“ (3.06.02) oder „Das Geschäft der Schlepper [...] Schleuserkriminalität in Brandenburg blüht [...] Hier an der Odergrenze zu Polen, wo gerissene Schlepper versuchen, die illegalen Grenzgänger an den Kontrollen vorbeizuschleusen“ (11.02.02) reduzieren irregulär Einreisende nicht nur auf einen rechtlichen Status und markieren sie pauschal als „Illegale“, sondern assoziieren auch eine Gleichsetzung des unerlaubten Wanderungsgeschehens mit „Schleuserkriminalität“.<sup>514</sup> „Schleuser“ bzw. „Schlepper“ werden als gerissen, rücksichts- bzw. skrupellos und Gewinn orientiert präsentiert, die Migrationswillige als zu verbringende Waren betrachtet, das „Paradies“ versprechen, aber nur Notlagen für sich in Wert setzten (ebd.).<sup>515</sup> Hinsichtlich der speziell an den Grenzübergängen virulenten Kriminalität sei laut BGS aktuell eine signifikante Verschiebung von Deliktformen zu verzeichnen: „neue kriminelle Erscheinungen an der Grenze [machen] zu schaffen“, „besonders das besondere Phänomen der unerlaubten Einreise, die zunächst völlig legal erfolge“ (ebd.).<sup>516</sup> Osteuropäer werden nicht nur als „Illegale“ und „Schwarzarbeiter“ subsumiert und, allein aufgrund Einschätzungen und Erkenntnissen des BGS, flankiert durch Redaktionsrecherchen „vor Ort an der Grenze“ (ebd.), pauschal ob eines gesetzwidrigen Verhaltens vor-

<sup>512</sup> Flankiert wird der empathische Bezug auf die Sicherheitskräfte durch das Foto einer gestellten Festnahme; dass die Übung offenkundig auch einer Selbstzurschaustellung gleichkam, bleibt unkommentiert.

<sup>513</sup> Z. B.: „Seit Monaten hat die Schleuserkriminalität in Brandenburg Hochkonjunktur“ (8.01.02); „Die Schleuserkriminalität im Land Brandenburg nimmt nach Einschätzung von Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) ‚immer größere Dimensionen‘ an. [...] ‚Über die Dunkelziffer können wir nur mutmaßen“ (3.06.02); „Menschenhandel [spielt] hier so nah an der Grenze eine ziemlich große Rolle“ (22.08.02); „Mehr als 1000 Illegale an der Grenze gefasst“ (15.11.02). Betreffend Afghanistan ist z. B. von der „erwartete große afghanische Flüchtlingsstrom“, die „erwartete Flüchtlingswelle“, einem „Ansturm“ (11.02.02) und „einem ständig anwachsenden Ausreisestrom“ (3.06.02) die Rede; Prognosen „wagt niemand“ (11.02.02).

<sup>514</sup> Konstitutiv sind Titel wie „Schleuser“ (z. B. 11.06.02), „Menschenschleuser“ (z. B. 29.05.02), „Schleuserbande“ (z. B. 8.03.02) oder „Schleuserorganisation“ (z. B. 16.04.02); eine differenzierte Betrachtung der Organisations- und Vorgehensweisen eine Migration assistierender Tätigkeiten unterbleibt. Eine irreguläre Migration erscheint maßgeblich nicht selbst, sondern fremd bestimmt. Ab und an vermeldete Daten sprechen dieser Kontextualisierung zwar entgegen, werden aber nicht in Verbindung zu den pauschalisierten Zuschreibungen betrachtet (z. B. 16.04.02). Gelegentlich werden Flüchtlinge auch unmittelbar als allein schutzlose Opfer in den Fängen skrupelloser Geschäftemacher kontextualisiert (z. B. 31.07.02).

<sup>515</sup> „Für die kriminellen Banden ist das ein einträgliches Geschäft [...] Hunger und Armut wird in bare Münze umgesetzt“ (ebd.); „Die Einnahmen durch Menschenschmuggel vergleichen die Experten inzwischen mit der Dimension im Drogenhandel“, sagte Wache [Bundesgrenzschutzamt Frankfurt (Oder); M. M.]“ (23.01.02).

<sup>516</sup> „[D]ie Zahl illegaler Einreisen an der grünen Grenze [nimmt] zwar seit fünf Jahren ab, dafür [versuchen] aber mehr Illegale mit gefälschten Visa oder Pässen in die EU einzureisen“ (26.06.02); „Neue Masche: Schwarzarbeiter aus Osteuropa reisen als Touristen ein [...] Mit dem Visum zur Schwarzarbeit“ (15./16.12.01).

verurteilt und stigmatisiert. Sondern die „ganz neue Form der illegalen Einreise nach Deutschland und ins EU-Gebiet“ (7.12.01), auch als „intelligenter Grenzbrüche“ (13.03.02) titulierte, wird als Massenphänomen präsentiert, das „in den Bereich der Organisierten Kriminalität falle“ (15./16.12.01).<sup>517</sup> Die bei den Kontrollen handlungsleitenden, emotional basierten Erfahrungswerte und Einlasskriterien der Beamten werden in direkter Rede, eine offensichtliche Umkehr der Beweisführung unkommentiert, wiedergegeben.<sup>518</sup> Eine Nachvollziehbarkeit der durch den BGS vorgebrachten Erkenntnisse und Mutmaßungen, die ständig faktengleich vermeldet und z. B. auch hinsichtlich Motiven plakativ zugespitzt werden, wird nicht offenbar: Die Perspektive der Grenzschrützer erscheint exklusiv, sie würden mit einem neuen Problem, mit massenhaftem „Schwindel“ und „Betrug“ (18.06.02) durch „Illegale“ konfrontiert.<sup>519</sup> Den Personen, gegen die der Verdacht unrechtmäßig erworbener Visa erhoben würde, wird dem entgegen als Beweggrund pauschal „Schwarzarbeit“ zugeschrieben; ihre Perspektive findet keine Beachtung. Die Profiteure des „gewerbsmäßig organisiert[en]“ Geschäfts (7.12.01), „als Reisebüros getarnte Schleuser-Organisationen“ (18.06.02), werden als „Drahtzieher“ und „Hintermänner“ präsentiert, die „sich ihre Dienste offenbar gut bezahlen [lassen]“ (15./16.12.01); ein nicht weiter explizierter Verweis auf gleichfalls zwanghafte Verbringungen erscheint auf Bestärkung der Ablehnung deren verbrecherischer Geschäfte gerichtet.<sup>520</sup> Dass laut Bundesinnenministerium „das Visa-Verfahren in den deutschen Botschaften auf Druck des Bundesgrenzschutzes (BGS) inzwischen verschärft worden [sei]“ (18.06.02), eine Polizeibehörde also eine Änderung zugangsrechtlicher Praxen bewirkt habe, bleibt unreflektiert. Im Vordergrund steht, so das Credo der Berichterstattung, die Unterbindung eines unrechtmäßigen Zugangs in die EU und die Beseitigung eventueller Schlupflöcher sowie die Bekämpfung entsprechender Kriminalität.

Die Grenze (mutmaßlich) irregulär überschreitende Personen werden regelmäßig als „Illegale“ (z. B. 3.06.02) und vor allem auch als „illegale Einwanderer“ (z. B. 22.04.02), „illegale Grenzgänger“ (z. B. 15./16.06.02), „illegale Ausländer“ (z. B. 6.12.01), „illegal eingeschleuste Ausländer“ (z. B. 6.12.01), „Ausländer ohne Papiere“ (z. B. 24.04.02) sowie mit Herkunftsbezeichnungen z. B. als „illegale Afghanen“ (11.02.02) oder „illegal eingereiste Afghanen, Iraner oder andere Ausländer“ (8.01.02) bezeichnet, und somit mit einem rechtlichen Status versehen; die Zuschreibungen erscheinen synonym.<sup>521</sup> Sie seien, nachdem sie, so ein gelegentlicher, in der Regel nicht explizierter Zusatz, „eingeschleust“ (z. B. 6.12.01) oder von Schleusern „gebracht“ (z. B. 16.04.02) worden seien, z. B. „aufgegriffen“ (z. B. 2.01.02), „gestellt“ (z. B. 10.01.02), „ertappt“ (z. B. 25.10.02), „erwischt“ (z. B. 20.06.02), „gefasst“ (z. B. 15.11.02), „geschnappt“ (z. B. 25.10.02), „festgenommen“ (z. B. 22.04.02) oder „dingfest gemacht“

<sup>517</sup> Der „vermutete Schaden sei immens“: „Ein Reisebus nach dem anderen trifft aus Richtung Polen ein“ (ebd.); „Tausende GUS-Bürger reisen mit erschlichenen Visa zur illegalen Arbeitsaufnahme ein“, „Das Geschäft sei gewerbsmäßig organisiert. ‚Manchmal kommen nachts bis zu zehn Busse mit jeweils 50 Personen, die in Wirklichkeit keine Touristen sind. Sie wollen [...] illegal Arbeit aufnehmen‘, erläutert Wache [Bundesgrenzschutzamt Frankfurt (Oder); M. M.]“ (7.12.01). Bei den Nachforschungen „[traten] immer tiefere Abgründe zu Tage“ (15./16.12.01).

<sup>518</sup> Z. B.: „Die Reisenden müssen uns glaubhaft darstellen, wohin sie wollen und ob sie die dafür notwendigen Mittel haben“, erläutert Mirko Heinke, Sprecher des Grenzschutzamtes.“ (15./16.12.01).

<sup>519</sup> Inwieweit es dem BGS z. B. gelungen sei, „mehr als 15 000 Personen namentlich ermitteln [zu] können, die Visa unter falschen Voraussetzungen erhalten hatten“, bzw. warum „der Schwindel“ aufgefliegen sei, wird nicht expliziert; Verweise, dass z. B. „Buchungen in deutschen Hotels oder Adressen von besuchten Deutschen“ „zum Teil“ „gefälscht“ worden seien, „um eine Touristenreise vorzutäuschen“ oder „die betroffenen Osteuropäer mittellos an der deutsch-polnischen Grenze ankamen“ (18.06.02), spezifizieren nur ungenügend.

<sup>520</sup> „Auch Prostituierten aus Russland und der Ukraine sowie Frauen, die erst in der EU zur Prostitution gezwungen wurden, war auf diese Weise der Weg nach Westeuropa geebnet worden“ (18.06.02).

<sup>521</sup> Überdies z. B. auch „illegale Zuwanderer“ (z. B. 12.04.02), „illegal eingereiste Personen“ (z. B. 19.03.02) oder „sich illegal in Deutschland aufhaltende Vietnamesen“ (21.06.02).

(11.02.02) worden, oder „ins Netz“ gegangen (z. B. 15./16.06.02). Beim Einsatz von Wärmebildtechnik werden irreguläre Grenzgänger als zu fixierende und zu verfolgende „Ziele“ kontextualisiert<sup>522</sup> – „Und die Flüchtlinge, die es weiter schaffen, müssen wie die Schlepper damit rechnen, von der Arbeitsgruppe ‚Schleuser‘ [...] ins Visier genommen zu werden“ (11.02.02). Anschließend, so ab und an betreffend das weitere Verfahren, seien die Aufgegriffenen nach (ebenso nicht expliziertem) Nachweis der Einreise aus Polen, „dem polnischen Grenzschutz übergeben“ (z. B. 17.07.02), „abgeschoben“ (z. B. 11.01.02), „zurückgewiesen“ (z. B. 29.08.02), „zurückgeschickt“ (z. B. 22.04.02), „wieder in ihre Heimat geschickt“ (z. B. 20./21.04.02) oder „nach Polen zurückgebracht“ (17.07.02) worden: „Und wenn sie nicht gleich wieder in die Drittländer zurückgeschickt werden können, landen sie im Erstaufnahmelager Eisenhüttenstadt“ (11.02.02). Die verwandten Formulierungen reduzieren (mutmaßlich irreguläre) Grenzgänger, auch als „[a]bgerissene Gestalten mit kleinem Gepäck“, die „immer wieder an den Autobahnen aufgegriffen [werden]“ (ebd.), bezeichnet, auf Fahndungs- und Feststellungsobjekte sowie zu Verschiebende, die es ins Visier zu nehmen, zu verfolgen, aufzugreifen bzw. dingfest zu machen und zurückzuschicken, abzuschieben oder in Aufnahmeeinrichtungen zu bringen gelte.<sup>523</sup> Häufig stehen in Meldungen speziell Ergebnis bzw. Erfolg von Maßnahmen (z. B. „konnten [...] festgenommen werden“, 20.06.02) oder Herausforderungen für die Beamten (z. B. „Es sei ‚keine leichte Aufgabe, Ausländer direkt beim illegalen Grenzübertritt zu ertappen. [...]‘, sagt Mirko Heinke vom Frankfurter Bundesgrenzschutz“, 11.02.02) im Fokus. Konstitutiv für die regelmäßig allem Anschein nach exklusiv auf Vorgaben von BGS/Polizei basierende Berichterstattung sind undifferenzierte Darstellungen und Vorverurteilungen allein mutmaßlich irregulär Eingereister: Entsprechende Aufgriffe werden zumeist, vor allem in Überschriften, als Fakt präsentiert, Nachweise ob eines tatsächlich unerlaubt erfolgten Grenzübertritts folgen nicht.<sup>524</sup> Für dieselben Menschen ist z. B. von „Acht illegal eingereiste Ausländer“ und „acht vermutlich illegal eingereiste Ausländer“ (9./10.02.02) oder „13 illegal eingereiste Ausländer“ und „13 vermutlich illegal eingereiste Personen“ (19.03.02) die Rede. Auch „illegale Flüchtlinge“ (11.02.02) wird in Anschlag gebracht, demnach ein unerlaubtes Verlassen des Herkunftslandes rechtswidrig erscheint.<sup>525</sup> Die (zumeist auf Kurzmeldungen beschränkte) Bekanntgabe festgestellter irregulärer Einwanderer erscheint als Selbstverständlichkeit, geradezu gemäß einer alltäglichen Chronistenpflicht.<sup>526</sup> Verweise auf durch Hinweise aus

<sup>522</sup> „Angestrengt schaut der Bundesgrenzschützer auf einen Monitor im Bus [...]. Mit einem Joystick fixiert er auf dem Aufspürgerät Ziele, die sich bewegen. Auf dem Monitor werden sie als Negativ sichtbar [...]. Menschen also“ (11.02.02).

<sup>523</sup> Ähnlich finden sie z. B. auch in Arbeitsnachweisen der Polizeibehörden Erwähnung; z. B.: „1800 unerlaubt Eingereiste dingfest gemacht [...] 731 illegal eingereiste Flüchtlinge gestellt [...] kaum illegale Einwanderer geschnappt [...] Zahl der gefassten illegalen Afghanen ging [...] zurück“ (11.02.02).

<sup>524</sup> Allein statt anderer: „Polizei greift erneut illegale Ausländer auf [...] Die Polizei in Brandenburg hat 26 illegal eingeschleuste Ausländer erwischt. Darunter waren 16 Personen, die nach eigenen Angaben aus Afghanistan stammen, teilte ein Polizeisprecher mit. Bei zehn weiteren handelt es sich vermutlich um Iraker. Die Ausländer waren aufgefallen, als sie in der Nacht entlang der Autobahn A 10 in Richtung Berlin wanderten. Sie hatten keine Ausweise bei sich“ (6.12.01); „Illegale Ausländer an der A 10 aufgegriffen [...] Gleich 14 Fußgänger irrten gestern am frühen Morgen am Rand der Autobahn A 10 [...] entlang; als die Polizei [...] die Gruppe anhielt, stellte sich heraus, dass es sich um illegal eingereiste Ausländer handelte. Aus welchem Land sie stammen, konnte bis gestern Abend noch nicht geklärt werden“ (10.01.02).

<sup>525</sup> Auch Tautologien wie z. B. „illegale Schleusung“ (29.08.02) und „illegale Einschleusungen“ oder „illegale Einschleusung von Ausländern“ (26./27.10.02) finden Anwendung.

<sup>526</sup> Auch mit offensichtlich nicht alltäglichen Vorfällen, z. B. die Festnahme vergleichsweise großer Personengruppen (z. B. 10.01.02), wird nicht gesondert verfahren. Als Quelle, wenn überhaupt genannt, wird auf BGS oder Polizei verwiesen, vielfach erscheinen die Meldungen auch unmittelbar nach deren Angaben übernommen; häufiger werden sie auch von einem grafisch exponierten Titel „BGS“ begleitet oder sind dem „Polizeibericht“ zugeordnet. Gelegentlich werden die vielfach standardisiert erscheinenden Meldungen betreffend grenzpolizeiliche Feststellungen stilistisch aufzulockern versucht (z. B. „Falscher Grieche“, 11.01.02; „Ein falscher Engländer“, 20.03.02; „Polizei ließ ‚falsche‘ Italiener vorzählen“, 6.09.02).

der Bevölkerung zustande gekommene Aufgriffe werden nur ergänzend vermeldet.<sup>527</sup> Der Einsatz besonderer technischer Hilfsmittel wird nur anlässlich erfolgter Fahndungsmaßnahmen erwähnt, aber ebenfalls nicht weiter thematisiert.<sup>528</sup> Eigene Angaben von „Aufgegriffenen“ zielen, so die auf Einschätzungen der Grenzschrützer basierende Einordnung, auf Verschleierung und Betrug zum Zwecke des Untertauchens bzw. Entweichens.<sup>529</sup> Als „Ziel“ wird ihnen „die Anonymität einer Großstadt“ zugeschrieben, woraus kaum lösbare Probleme von Personen ohne „Papiere noch Geld“ und, so der applizierte Schluss, eine Belastung des Asylsystems resultierten (ebd.). Den empathischen Bezugspunkt der Berichterstattung repräsentiert die (anspruchsvolle) Kontroll- und Überwachungstätigkeit des Grenzschutzes und dessen Kampf gegen die ständig als Belastung und Bedrohung kontextualisierten irregulären Einwanderer und Schleuser, welche dem entgegen auf bloße Fahndungsziele und Aufzugreifende reduziert erscheinen. Nur einmal kommt, in einer Reportage zum verstärkten Vorgehen von BGS und Polizei gegen „Schleuserkriminalität“ und „illegale Flüchtlinge“, eine im Aufnahmelager Eisenhüttenstadt „eine Entscheidung der Behörden“ über ihren Asylantrag abwartende siebenköpfige afghanische Familie zu Wort (11.02.02).<sup>530</sup> Deren geschildertes Schicksal wird aber, bestärkt durch die Gesamtkonzipierung der Reportage, auf die Verurteilung des skrupellosen, nur auf finanzielle Inwertsetzung von Not gerichteten „Geschäft[s] der Schlepper“ zugespitzt, wohingegen z. B. die Implikationen des europäischen Migrationsregimes und die daraus resultierenden Gefahren, die Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa in Kauf zu nehmen bereit scheinen, oder die Situation im nur unweit von Frankfurt (Oder) gelegenen Aufnahmelager, nicht weiter thematisiert oder reflektiert werden; das Schicksal der Familie erscheint primär als Unterfütterung und Betonung, „dass die Schlepper keine Gnade kennen“, zu fungieren, Flüchtlinge erscheinen auf schutzlose Opfer in den Händen geldgieriger Geschäftemacher reduziert (ebd.).<sup>531</sup> Darüber hinaus wird weder z. B. den spezifischen Lebenslagen, Motivationen, Zielen und Schicksalen von (irregulären) Migrantinnen, noch der Situation und den Umständen bei Aufgriffen und folgenden Verfahrensweisen durch die Polizeibeamten, den bei einem versuchten Grenzübertritt in Kauf genommenen Risiken, damit einhergehenden Un- und selbst Todesfällen, oder der Situation in Aufnahme- und sozialen Versorgungseinrichtungen (besondere) Relevanz beigemessen; entsprechendes findet, wenn überhaupt, am Rande oder in Kurzmeldungen Erwähnung, wird aber nicht eingehender thematisiert, näher expliziert oder reflektiert.<sup>532</sup>

<sup>527</sup> Z. B.: „[...] konnte der BGS [...] aufgrund eines Hinweises einen Russen festnehmen“ (10.01.02); „[...] griffen die Beamten nach einem Bürgerhinweis unter anderem fünf Kinder auf“ (18.03.02).

<sup>528</sup> Z. B.: „Beamte des Bundesgrenzschutzes konnten jetzt [...] eine Schleusung von zwei ukrainischen Staatsangehörigen verhindern. Durch den Einsatz von Hubschraubern und Booten mit Spezialtechnik und der Unterstützung der Polizei wurden [...] die Ukrainer [...] erwischt“ (20.06.02); „Nach einer aufwändigen Fahndung mit Hubschrauber und Hunden nahm die Polizei [...] vier sich illegal in Deutschland aufhaltende Vietnamesen fest“ (21.06.02).

<sup>529</sup> Z. B.: „Mit Tricks versuchen die Aufgegriffenen, wieder aus den staatlichen Fängen zu entkommen [...] ‚Einige Geschichten sind an Dreistigkeit kaum noch zu überbieten‘, erzählt Baumann [Leiter Arbeitsgruppe Schleuser; M. M.]. Oft werde ein falsches Alter angegeben. Damit hofften die Aufgegriffenen, in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche untergebracht zu werden. Aus denen könnten sie leichter verschwinden und untertauchen“ (2.01.02).

<sup>530</sup> Maßgebend für die wiedergegebenen, auf Übersetzung eines Dolmetschers basierenden Erzählungen sind eine offensichtlich unerträgliche Situation im Herkunftsland unter dem Unrechtsregime der Taliban, „die Suche nach einer besseren Welt“, die die Familie wie viele Afghanen zur Flucht veranlasst habe, die nicht erfüllten, haltlosen „Lobpreisungen“ der Schleuser vom „Paradies“ sowie große Enttäuschung über den wie eine „Seifenblase“ zerplatzten „Lebenstraum“ des Vaters (ebd.).

<sup>531</sup> Die Erfahrungen der Familie in Deutschland werden zwar als „Odyssee“ bezeichnet, eine weitere Thematisierung z. B. des Verfahrens mit irregulären Einwanderern und entsprechenden Implikationen unterbleibt.

<sup>532</sup> Das Vorgehen von Beamten bei so genannten Aufgriffen oder die Situation ab-/zurückgeschobener Migrantinnen werden nicht reflektiert. Auch die Risiken irregulärer Migrantinnen beim Grenzübertritt werden nicht thematisiert. Beim Unfall eines „Schleuserwagen[s]“ steht z. B. die Verfolgung Flüchtender sowie eines „entflohenen Fahrer[s]“ und dessen Gefährlichkeit im Fokus, etwaige Verletzungen bleiben unerwähnt (21.06.02); auch bei einem anderen Unfall werden erlittene Verletzungen nicht

### 5.4.5.2 Lausitzer Rundschau (Lokalausgabe Guben)

Der Analysekörper versammelt in weiten Teilen eine exklusiv auf der Perspektive der Polizeibehörden basierende Bericht-Erstattung. Ihnen kommt Deutungshoheit und Definitionsmacht zu. Teils mutet sie geradewegs als ein Verlautbarungsorgan an, sie untermauert und (re-)produziert deren Anliegen und Ziele, und würdigt deren Erfolge. Konstitutiv ist ein positiver Bezug auf die Institutionen und Protagonisten für Grenzsicherheit und deren Arbeit, speziell die Verfolgung inkriminierter Handlungen sowie die Kontrolle und Überwachung der Grenze gegen drohende Belastungen und Gefahren. Verlautbarungen der Sicherheitsbehörden und Einschätzungen, Interpretationen oder Erfahrungswerte ihrer Repräsentanten erscheinen als originärer Bestandteil und fungieren zumeist nicht nur als zentrale, sondern exklusive Referenz. Ein empathisch wertschätzender Bezug offenbart sich in vielfältiger Weise: Neben vor allem einem regelmäßig unkommentierten Abbild, nicht selten in Form direkter Wiedergabe deren Äußerungen oder Mutmaßungen, z. B. auch durch häufigen Abdruck von Fotos von Beamten, deren Begleitung bei der Arbeit mit einem entsprechenden Direktberichterstattungsstil und Bezugnahmen auf persönliche Kontexte, die unkommentierte Reproduktion ihrer auf Erfahrungswissen basierenden Kontrollwerte, Berichte über Fahndungspraxen sowie Feststellungen bzw. Aufgriffe allein aus deren Sicht.<sup>533</sup> Selbst die Nachwuchssuche des BGS erscheint als übliche Meldung, begleitet vom Foto eines Beamten beim Einsatz mit Wärmebildkamera, eine speziell auf die Verfolgung irregulärer Grenzgänger zielende Maßnahme.<sup>534</sup> Den eindrücklichsten Ausweis des rundum wertschätzenden Bezugs auf die Einsatzkräfte im Dienste von Sicherheit und Ordnung repräsentiert die Reportage „Verbrecherjagd in Zivil [...] Ein Tag unterwegs mit dem Brandenburger ‚Einsatztrupp Autobahn‘“ (4.01.02).<sup>535</sup> Die Zielsetzungen und auf offenkundig ethnisiertem Erfahrungswissen fußenden Verdachtsmomente im „Kampf“ gegen und bei der „Jagd“ nach Verbrechern und Kriminellen werden per Direktberichterstattungsstil reproduziert (ebd.).<sup>536</sup> In einer ähnlichen Reportage werden dem speziellen Reiz, der Faszination und täglichen Herausforderung des „Autobahnrevier[s]“ Ausdruck verliehen, und die sich aus Erfahrung rekurrierenden Wissensbestände verteidigt: „Man bekommt ein Auge dafür, bei wem man auf Kriminelles stoßen könnte“, nennt Dietmar Grisk [Polizeiobermeister; M. M.] als eine Erfahrung [...], „Wir wissen doch, dass die Polen gerne handeln“ [...]. Einen besonderen Jagdinstinkt hätten sie nicht, wehren die Polizisten ab. „Wir machen, was wir wissen und für richtig halten, holen aber niemanden grundlos aus dem Verkehr“, so ihr Credo“ (19.07.02). Eine Reflexion

---

expliziert (14.05.02). Auch Verletzungen oder Todesfälle aufgrund einer Flucht vor der Polizei werden nur in Kurzmeldungen abgehandelt, Fragen nach z. B. Gründen und individuellen Problemlagen erscheint keine Relevanz beigemessen (z. B. 27.05.02; 5.07.02; 19.11.02). Anlässlich eines Krankenhausaufenthaltes offenbar irregulär eingereister Frauen und Kinder gilt der Fokus den Hilfeleistenden, nicht den Hilfebedürftigen (20./21.04.02). Am 11.02.02 wird der „Flughafensozialdienst Schönefeld“ als „Zwischenstopp“ für „viele illegal Eingereiste“, „wenn sie von der Polizei kommen“, bezeichnet, bevor es weiter „nach Eisenhüttenstadt“ gehe; ein Blick auf die Situation im Aufnahmelager Eisenhüttenstadt unterbleibt. Betreffend in den vergangenen Jahren an deutschen Grenzen ums Leben gekommenen Menschen werden lediglich in einer Kurzmeldung die im Verhältnis zu den Angaben des brandenburgischen Innenministers weit höheren Zahlen der „Antirassistischen Initiative e.V.“ dementiert, ohne aber Hintergründe und die offensichtliche Diskrepanz zu thematisieren (15.04.02).

<sup>533</sup> Auch z. B. die „Freundlichkeit“ der örtlichen Grenzschützer (z. B. 7.12.01) oder der erfolgreiche Einsatz von Spürhunden (z. B. 2.01.02) erfahren Beachtung.

<sup>534</sup> „Der BGS sucht Nachwuchs [...] Ein Beamter [...] sitzt in Eisenhüttenstadt in einem Fahrzeug und beobachtet den Bildschirm einer auf dem Fahrzeug montierten Wärmebildkamera. Der BGS sucht beruflichen Nachwuchs“ (4.04.02).

<sup>535</sup> Diese ist mit der in der *MOZ* („Verbrecherjagd auf der Autobahn“, 8.01.02) inhaltlich (weitestgehend) identisch.

<sup>536</sup> In einer Bildunterschrift wird die Legitimation plakativ zugespitzt: „Zweck ist die Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ (ebd.). Hinsichtlich differenzierterer Einschätzungen sei auf die Ergebnisdarstellung der *MOZ* verwiesen.

der Perspektive der Polizeibehörden unterbleibt, die Berichterstattung fungiert als (Re-)Produzent des Grenzschutzauftrages, (mutmaßliche) Grenzverletzer bzw. (organisierte) „Verbrecher“ erscheinen als zu verfolgende, zu jagende und zu bekämpfende Antagonisten.

Wertschätzung, aber keine kontextualisierende Reflexion erfahren auch die verschiedenen Formen internationaler, speziell grenzüberschreitender Kooperation der deutschen und polnischen Polizeibehörden sowie Vorbereitungen für eine EU-Grenzpolizei. Trotz nicht unmaßgeblicher Bedeutung für die regionalen Formierungsprozesse werden Hintergründe entsprechender Entwicklungen kaum expliziert oder thematische Anschlussstellen betreffend z. B. Ziele und Implikationen oder Priorisierungen verfolgt. Oft wird allein (in Kurzmeldungen) Bericht erstattet oder erscheinen persönliche Kontexte begleiteter Beamter maßgebend.<sup>537</sup> Die an Oder und Neiße etablierte Sicherheitskooperation habe Vorbildcharakter, „eine hervorragende, vorbildliche Zusammenarbeit“ (27.06.02).<sup>538</sup> Selbst für eine neu auszurichtende US-Grenzsicherungspolitik fungiere die „gemeinsame Überwachung der deutsch-polnischen Grenze“ als Modell: „Die Grenzen sollen wie an der Oder sicherer werden und dennoch offen bleiben“ (22.01.02); eine Reflexion des vermeintlichen Einklangs von Sicherheit und Offenheit unterbleibt. Dank der grenzübergreifenden Kooperation sei auch die Kriminalität in der Region zurückgegangen; aus ihr resultierten speziell gegen schwere Vergehen große Erfolge (29.11.01).<sup>539</sup> Das vereinte Agieren der Polizeien sei zugleich Symbol für das Zusammenwachsen Europas und die Annäherung zwischen ehemals verfeindeten Nachbarn sowie Ausweis einer neuen Qualität grenzüberschreitender Beziehungen: Ihnen komme eine Vorreiterrolle zu.<sup>540</sup> Für Innenminister Schily sei „[d]ie Grenze inzwischen eine, die uns nicht mehr trennt, sondern verbindet“; der Kampf gegen „Kriminelle“, symbolisiert durch kooperierende Polizisten, erscheint als verbindender Kitt (27.06.02). „Die Sicherung der EU-Außengrenzen“, so Schily mit Verweis auf eine anvisierte „EU-Grenzpolizei“, sei „eine Aufgabe von europäischer Dimension“ (26.04.02). Die „Last der Kontrolle und Überwachung“ sollten aber „alle Mitgliedsstaaten tragen, nicht nur die an der EU-Außengrenze“ (6.12.02). Der regionalen Grenzsicherung werde somit stellvertretende Verantwortung zuteil, die Grenze wird im Kontext von Belastungen und Gefahren konzipiert. Die beim gemeinsam zu bewältigenden Schutz an Oder und Neiße augenscheinlich bedeutsamen Schwerpunkte explizieren eindrücklich die bei Übungen gewählten, als möglicher „Ernstfall“ titulierten „Bedrohungsszenarien“: Die Feststellung „illegale[r] Einreise[n]“ und „die Bekämpfung der Schleuserkriminalität“; „für die Beamten [geht es] richtig zur Sache“

<sup>537</sup> Die skizzierten konstitutiven Berichterstattungscharakteristika treten deutlich zu Tage: Von exklusiver Bedeutung ist die Perspektive der Polizeibehörden, eine alternative Betrachtung, z. B. betreffend internationale Polizeiarbeit oder fortschreitenden Datenaustausch, findet keine Beachtung. Als Ziel und Legitimation erscheint die möglichst noch wirksamere Bekämpfung von (organisierter, grenzüberschreitender) Kriminalität (vgl. z. B. 28.02.02; 31.05.02; 12.06.02; 16.08.02; 3.12.02).

<sup>538</sup> „Auch im Hinblick auf eine mögliche europäische Grenzpolizei sei die Kooperation Wegbereiter: ‚Das ist beispielhaft für Europa‘“ (O. Schily, ebd.).

<sup>539</sup> Sie habe sich als wichtige Schnittstelle bei internationalen Fahndungsersuchen „bewährt“ (ebd.). Besondere, ständig steigende Bedeutung bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität wird der Kontaktdienststelle in Frankfurt (Oder) zugeschrieben (z. B. 25.09.02). Zur Explikation und Exemplifizierung der erfolgreichen Zusammenarbeit werden vor allem Feststellungen osteuropäischer Straftäter bemüht (z. B.: „Der osteuropäische Autoschmuggler staunte nicht schlecht. Da hatte er die gestohlene Nobelkarosse glücklich über die deutsch-polnische Grenze und ungestört durch das Territorium Polens gebracht, währte sich längst am Ziel. Doch am polnisch-ukrainischen Grenzübergang Terespol fliegt er plötzlich auf. Über den kurzen Draht waren die Grenzer dort von der deutsch-polnischen Kontaktdienststelle in Frankfurt über den illegalen Autotransfer informiert worden“, ebd.).

<sup>540</sup> „Offene Grenzen für die Polizei“ – „die Polizei bereitet sich schon jetzt auf eine ‚grenzenlose‘ Zukunft vor“: Hin zur (noch nicht realisierten) Vision einer „grenzenlosen Europastadt“ schritten sie voran, gemeinsame Streifen seien „Auftakt für eine neue Qualität der Kooperation“, die „weiter ausgebaut wird“ (20.12.02). Seitens der Bevölkerung werde das gemeinsame Handeln als „sehr positiv empfunden“; auch ihr alltäglicher Nutzen wird herausgestrichen (ebd.).

(27.06.02).<sup>541</sup> Speziell eine „gemeinsame Übung“ sächsischer, polnischer und tschechischer Polizisten – „Dreiklang‘ [...] Auf Verbrechersuche im Dreiländereck“ – expliziert den Fahndungsfokus: Obwohl für die Inszenierung „der Fall Frank Schmökel“, ein anno 2000 in Brandenburg entwichener „Gewalttäter“, als „Vorlage für die Verbrechersuche“ fungiert habe, hätten die Gesuchten ein „entfloherer Gewalttäter und seine beiden Komplizen“, „ein gefährlicher Krimineller“, „Semjon Semjonow, Mitglied einer Menschenhändlerbande aus dem Dreiländereck“, gegeben (29.11.01).<sup>542</sup> Mittels eines angeblich realitätsnah konstruierten, durch ein als gefährlich stilisiertes Mitglied einer „Menschenhändlerbande“ mit osteuropäisch anmutender Legende personifiziertes Feindbild wird eine besondere Gefahr durch skrupellose, multikriminell aktive osteuropäische „Menschenhändler“ appliziert, deren Aktionsraum die Grenzregion sei. Eine Gefahr, so die Assoziation, der tagtäglich begegnet werden müsse, die es zu bekämpfen und auf die es sich vorzubereiten gelte.<sup>543</sup>

Brandenburg insgesamt, und speziell die Lausitzer Grenzregion, werden, vor allem wegen der weitläufig dominierenden Grünen Grenze und des häufig nur wenig Wasser führenden und daher leicht zu überwindenden Grenzflusses, als ideales Terrain für „Schmuggler“ und „Schleuser“, als Brennpunkt irregulärer Einwanderung, von „Menschenschmuggel“ und „Schleuserkriminalität“ kontextualisiert.<sup>544</sup> Anlässlich eines Hospitationsbesuchs italienischer Grenzschützer wird einem offenbar selbstredend präsenten Wissen um „die ganzen wilden Storys“ und der (bislang „leider“ enttäuschten) Erwartung des Miterlebens von „spektakulären Aktionen“ an dem wild anmutenden Lausitzer Grenzabschnitt Ausdruck verliehen (28.02.02).<sup>545</sup> Eine besondere Belastung und Gefährdung der Lausitzer Grenze durch erfindungsreiche, raffinierte Grenzverletzer erscheint als unzweifelhafter Wissensbestand, als implizite Gewissheit.<sup>546</sup> Die anstehende EU-Erweiterung bedürfe somit, so das Credo der die Perspektive der Polizeibehörden

<sup>541</sup> „Ein solches Szenario kann jeden Tag passieren“, sagt BGS-Sprecher Mirko Heinke“ (ebd.). Prägend sind wiederum die bereits skizzierten Charakteristika; vor allem ein Direktberichterstattungsstil, die Übernahme von z. B. Intentionen und Zielsetzungen sowie ein empathisches Empfinden für die Arbeit der Sicherheitskräfte, wohingegen die gewählten Szenarien und der medienwirksam betriebene, als öffentliche Selbstdarstellung anmutende Aufwand nicht reflektiert werden.

<sup>542</sup> „Um sich ein Auto zu beschaffen, tötete er einen Menschen“ (ebd.).

<sup>543</sup> Die Konnotation der Übung und die verfolgten Ziele betreffend eine verbesserte grenzüberschreitende Bekämpfung von „Kriminellen“ bleiben unreflektiert. Der Bericht erscheint als Verlaufsbericht nach Vorgaben der Polizeibehörden.

<sup>544</sup> Z. B.: „Seit Monaten hat die Schleuserkriminalität in Brandenburg Hochkonjunktur“ (4.01.02); „Schleuserkriminalität nimmt dramatisch zu [...] ‚Über die Dunkelziffer können wir nur mutmaßen‘ [...] ‚Die politische und wirtschaftliche Situation in Afghanistan und der Krieg gegen das Taliban-Regime verursachen offensichtlich einen ständig anwachsenden Ausreisestrom‘, sagte Schönbohm“ (3.06.02); „[D]ie Grenzschützer [müssten sich] auf immer neue Strategien der Schleuser-Organisationen einrichten [...] Guben [biete] viel so genannte ‚Grüne Grenze‘ entlang derer Schleuserorganisationen häufig ihr Unwesen treiben“ (6.12.02); „Grenzschützer registrieren zahlreiche ‚Illegale‘ [...] Die Kette der illegal nach Deutschland einreisenden Personen reißt nicht ab“ (22.01.02); „Häufig greifen die Beamten [...] illegal eingereiste Afghanen, Iraner oder andere Ausländer auf“ (4.01.02). Als die beiden „Hauptaufgaben“ für den Grenzschutz in Guben werden „Schleuser-Organisationen auf die Spur kommen“ und die Prüfung von „Ausweispapier[e]n auf Echtheit“ hervorgehoben (6.12.02). Durch einen mit „Hintergrund“ überschriebenen Textblock wird die besondere Belastung im Bereich der Gubener BGS-Inspektion durch „illegale Einreisen“ mittels Wiedergabe ohne Quellenverweis versehener Aufgriffszahlen bestärkt, und der Lausitzer Grenzabschnitt als Schwerpunkt an der ohnehin besonders belasteten deutsch-polnischen Grenze markiert (ebd.).

<sup>545</sup> Der Lausitzer Grenzabschnitt wird als für Kriminalität besonders anfällig, als idealer Aktionsraum für Grenzverletzer präsentiert, dessen Überwachung und Kontrolle als geradezu reizvoll und erlebnisreich: „Trübes Wetter, dicke Wolken hängen über der Stadt: bestes Schmuggelwetter, sind sich deutsche und italienische Grenzer einig“; dass die „engmaschigen Kontrollen“ „[e]rstaunlich“ für die italienischen Gäste seien, erfährt keine weitere Thematisierung (ebd.).

<sup>546</sup> Eine Reflexion der assoziierten Gefährdung unterbleibt; zur Belastung mit (vor allem Schmuggel-, Diebstahl- und Verbringungs-)Kriminalität z. B. auch: „Die Phantasie der Diebe, Hehler und Schmuggler kennt bei der Auswahl immer neuer Verstecke keine Grenzen“ (4.01.02); „Raffinierte Tarnladungen von Schmuggelgut machen den Zöllnern an der deutsch-polnischen Grenze immer mehr zu schaffen“ (22.01.02); „Großangriff der Autoknacker [...] Allem Anschein nach handelt es sich um bandenmäßig organisierten Auftragsklau“ (25.04.02); „Die Gefahr, Opfer von Straftaten zu werden, ist im Großraum Berlin-Brandenburg größer als in den meisten deutschen Bundesländern. [...] Allerdings gibt es ein bemerkenswertes Kriminalitätsgefälle innerhalb der Region: Wie in Stadtstaaten üblich ist die Belastung in Berlin [...] besonders groß, jedoch dicht folgt der Brandenburger Grenzstreifen zu Polen“ (19.07.02); „Polnische Bande knackte 200 Autos“ (26.07.02); „Die Polizei ist sicher: Das Diebesgut geht nach Osteuropa [...] Wie eine Plage fallen organisierte Banden über Autos in der Region her

(re-)produzierenden Berichterstattung, einer ständig weiter zu intensivierenden, zu verbessern- den grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; „eine neue Qualität der Kooperation“ (20.12.02). Aus deren Inkrafttreten resultiere, so wiederholt unmissverständlich unter Berufung auf Polizei- vertreter, auch kein Wegfall der Grenzkontrollen und kein Personalabbau beim BGS an Oder und Neiße: Erst die Übernahme „alle[r] Bedingungen des Schengener Abkommens“, im Falle Polens speziell die Sicherung der dann neuen EU- und Schengenaußengrenze, ermögliche einen Abbau der Grenzanlagen (26.04.02).<sup>547</sup> Nicht aber der Kontroll- und Überwachungsaktivitäten: „BGS-Präsident Udo Hansen ließ keinen Zweifel, dass die Außengrenze zu Polen weiter ver- stärkt überwachungsbedürftig sei“ (6.12.02); „Genug zu tun gibt es auch weiterhin an den Grenzen zu Polen und Tschechien“, erklärt der BGS-Gewerkschaftler Hüber. Die illegale Zu- wanderung bleibe ein zentrales Thema – und Sorge sogar für mehr Arbeit“ (17.05.02). Laut Innenminister Schily gelte es „einen strategischen Gürtel zur Verhinderung unkontrollierter Migration und der damit einhergehenden grenzüberschreitenden Kriminalität zu schaffen“, das Einsatzkonzept würde angepasst, die bislang an der Grenze tätigen BGS-Beamten nicht ab-, sondern alle „ins Hinterland“ zurückgezogen, und, eingedenk Erfahrungen an den Westgren- zen, der neue Binnengrenzraum mit deutlich erhöhtem, doppeltem Personalbestand bearbeitet: „Der gesetzliche Auftrag des BGS ist die Unterbindung illegaler Einreisen sowie der Grenzkri- minalität“, „[m]obile, verdachtsunabhängige Kontrollen im Grenzhinterland“ seien „auch an Oder und Neiße notwendig“, „[g]emeinsam mit den jeweiligen Landespolizeien sollten Kon- zepte entwickelt werden, um gezielt gegen einreisende Ganoven vorgehen zu können. ‚Schon jetzt werden zum Beispiel an den Bahnstrecken zwischen Berlin und Polen mehr illegal Einge- reiste aufgegriffen als an der Grenze selbst‘“, so Hüber (26.04.02).<sup>548</sup> Irreguläre Einwanderer werden als „Ganoven“, „unkontrollierte Migration“ unmittelbar mit Kriminalität kontextuali- siert. Mutmaßliche Lücken bei der Kontrolle fungieren als Legitimation einer weiteren Ausdif- ferenzierung. Das anzupassende Kontrollregime wird, erneut unter Verweis auf die „westdeut- schen EU-Binnengrenzen“, weiter spezifiziert: „Schwerpunkt der BGS-Beamten [...] ist [...] die Bekämpfung der Migrationskriminalität“ (ebd.). Der Auftrag der „Bekämpfung“ unerwünschter Migration und damit offenbar per se einhergehender Kriminalität, die auch als „Migrations- kriminalität“ gefasst wird, erscheint prioritär: Ein ausdifferenziertes Kontrollregime wird als unausweichlich präsentiert, Konzepte und Kompetenzen seien anzupassen.<sup>549</sup> Der Verweis: „Eine Strukturreform und verbesserte Entlohnung sollen den Bundesgrenzschutz (BGS) fit für die EU-Osterweiterung machen“ (ebd.), assoziiert in diesem Kontext, dass mehr Geld die Mo- tivation der Beamten zur Erfüllung des Auftrags erhöhe.

---

[...] Für den Kripo-Beamten steht fest: ‚Es ist definitiv Auftragsdiebstahl. Die Täter kommen aus Polen‘“ (24.10.02); „Fahr- raddiebstähle in Guben sind seit langem eine lästige Massenerscheinung. Aber es sind keineswegs nur polnische Banden“ (10.12.02); „Angriff der Kellerknacker“ (13.12.02). Deutlich wird auch Polen per se mit Kriminalität verbunden (z. B.: „Po- len lässt sich nicht als Reiseland vermarkten, wenn es nicht gelingt, das Sicherheitsgefühl ausländischer Touristen zu stär- ken“, sagt Andrzej Kozłowski, Direktor der polnischen Touristenkammer“, 26.06.02).

<sup>547</sup> Allein die Zollkontrollen direkt an der Grenze entfielen; vgl. z. B. auch 17.05.02; 31.07.02.

<sup>548</sup> „Einen Personalabbau wird es an Deutschlands Ostgrenze auch mittelfristig nicht geben, im Gegenteil“, erklärte Sven Hüber“ (ebd.); „Arbeitslos werden die Grenzer jedoch nicht [...] ‚Alle, die am Grenzübergang waren, sitzen dann in den grü- nen BGS-Autos und sind im 30-km-Umland im Landesinneren aktiv‘, berichtet der Frankfurter BGS-Sprecher [...] ‚An der deutsch-französischen Grenze sind heute doppelt so viele BGSler im Einsatz wie vor Schengen‘, sagt Hüber“ (17.05.02).

<sup>549</sup> Eine Reflexion unterbleibt; was z. B. der künftige „Aufgabenschwerpunkt“, „die Unterstützung der osteuropäischen Grenzpolizeien an den neuen EU-Außengrenzen“ betreffend konzeptuelle und strategische Ausrichtung meint, bleibt offen. Auch ausgeweitete Tätigkeitsfelder für den BGS (z. B. 26.04.02; 17.05.02) bleiben unkommentiert.



Aktuell würde der BGS besonders mit Einreiseversuchen mittels offensichtlich erschwindelter Touristen-Visa von Osteuropäern konfrontiert, die per se in den Kontext von „Schwarzarbeits-Tourismus“ gerückt werden: „Mit Touristen-Visum als Schwarzarbeiter nach Westeuropa [...] BGS in Frankfurt (Oder) enttarnt ‚Urlauber‘“ (5./6.01.02). Zwar wird dieser diesbezüglich ausführlichste Artikel mit dem Unverständnis einer „sich keiner Schuld“ bewussten, ob ihrer Weiterreiseverweigerung durch den BGS aufgrund Zweifeln an ihren Absichten „mit leicht genervter Unschuldsmine“ im Vernehmungssaal sitzenden Ukrainerin eingeleitet, im Folgenden fungiert aber die steigende Sensibilität der Grenzer „in Sachen ‚Tourismus‘“, ihr Misstrauen gegenüber „den massenweise anreisenden ‚Ausflüglern“ und die Problematik des Erkennens und Nachweisens einer scheinlegalen Einreise, also die Führung eines Indizienbeweises, als exklusiver Bezugspunkt.<sup>550</sup> Dass der BGS aufgrund ausbleibender Regressansprüche mit erteilten Einreiseverweigerungen „stets richtig“ gelegen habe, bleibt ebenso unhinterfragt; Machtdisparitäten zwischen Grenzschützern und (osteuropäischen) Grenzgängern, die Regressforderungen kaum aussichtsreich erscheinen lassen, bleiben ausgespart.<sup>551</sup> Als Schluss verbleibt, anschließend an das Abbild der Verdachtsmomente des BGS, die stets unzweifelhafte Rechtmäßigkeit seiner Entscheidungen. Die Ansichten oder Motive der Migranten sind dem entgegen nicht von Belang. Sie erscheinen zum einen als (per se) verdächtiges grenzpolizeiliches Gegenüber, als Personen, an deren Reiseabsichten zu zweifeln, denen die mögliche Unrechtmäßigkeit nachzuweisen, das Visum zu annullieren und die Einreise zu verwehren sei. Zum anderen als Opfer in den Händen „dubiose[r]“, „bandenmäßig organisierte[r]“, „Geschäftsleute“, die aus der Sehnsucht von Menschen nach dem „Goldenen Westen“, „die Schengen-Staaten“ (ebd.), mittels krimineller Machenschaften Kapital schlugen; Menschen seien für sie, so die Verknüpfung, nur Objekte, mit denen sich Gewinne maximieren ließen.<sup>552</sup> Auch im Weiteren werden für eine irreguläre Migration assistierende Tätigkeiten per se in den Kontext (organisiert) kriminellen Handelns gerückt und erscheinen unisono als zu verfolgende, zu bekämpfende Kriminalität; konstitutiv sind Zuschreibungen wie „Schleuser“ (z. B. 18.11.02), „Schleuserkriminalität“ (z. B. 3.06.02), „Schleuserorganisation“ (z. B. 6.12.02) oder „Schleuserbande“ (z. B. 4.07.02). Kennzeichnend erscheinen eine straff hierarchisch, arbeitsteilig strukturierte Organisations- und multikriminelle Vorgehensweise; unerlaubt geschmuggelt und gehandelt werde alles, was große Gewinne verspräche. Menschen erscheinen hingegen auf eine ausbeutbare Fracht reduziert, deren Schicksal und Migrationswunsch sich finanziell in Wert setzen ließe.<sup>553</sup> Regelmäßig werden auch bloße Einschätzungen oder Vermutungen der Ermittlungsbehörden (speziell in Überschriften) als Fakten präsentiert; die Unschuldsumutung wird außer

<sup>550</sup> Nur die Perspektive des BGS und dessen Deutungen sind für die Berichterstattung relevant; selbst eine offenkundige Umkehr der Beweisführung verbleibt unreflektiert („Die Leute müssen ihren Reisezweck glaubhaft machen und nachweisen, dass sie diesen auch finanzieren können“, erläutert der BGS-Sprecher“, ebd.). Auch in weiteren Artikeln fungiert die Perspektive des Grenzschutzes als exklusive Referenz; gerade durch auf Kurzmeldungen reduzierte Darstellungen werden, auch aufgrund fehlender Quellenangaben jenseits Berufung auf BGS und Innenministerium, vermeintliche Fakten transportiert, die die Einreise mit Touristen-Visa unumwunden in den Kontext erschwindelter Einreisen und illegaler Beschäftigung rücken, und sie allein als notwendig zu verfolgendes kriminelles Handeln präsentieren (z. B. 8./9.12.01; 18.06.02).

<sup>551</sup> „Die Rücknahme der von Botschaften erteilten Visa ist für die BGS-Bediensteten eine heikle Sache und [...] ‚eine Ermessensfrage‘. Wird ein osteuropäischer Tourist zu Unrecht an der polnisch-deutschen Grenze abgewiesen und hat er für seinen Urlaub im ‚Goldenen Westen‘ teuer bezahlt, könnten horrende Regressforderungen folgen. ‚Glücklicherweise ist das bisher nicht passiert. Offensichtlich lagen wird bei unseren Entscheidungen stets richtig“ (ebd.).

<sup>552</sup> Eine Präzisierung der Motivationen und Vorgehensweisen unterbleibt; sie werden nur durch unspezifische, weit gefasst auf Verurteilung gerichtete Zuschreibungen charakterisiert (vgl. auch 8./9.12.01; 18.06.02).

<sup>553</sup> Dies speziell betreffend eine in der Berichterstattung wiederholt fokussierte „zwölfköpfige deutsch-polnische Bande“ („Schlag gegen die organisierte Kriminalität“, 24.01.02), die auch als „Rauschgift- und Schleuserbande“ (z. B. 17.05.02) oder „Menschenhändler- und Rauschgiftbande“ (z. B. 22.05.02) bezeichnet wird („Menschen- und Rauschgiftschmuggel war

Kraft gesetzt: z. B. werden „Schleuser“ und „mutmaßliche[r] Schleuser“ identisch verwandt (12.08.02), selbst „Schleuser“ und „Menschenhändler“ (11.01.02) und „mutmaßliche[r] polnische[r] Schleuser“ und „Menschenhändler“ (10.12.02) werden synonym in Anschlag gebracht. Irreguläre Migration assistierende Tätigkeiten erscheinen somit nicht nur per se als „Schleuserkriminalität“ subsumiert, sondern werden zugleich, ohne dass Vorwürfe expliziert würden, auch als „Menschenhandel“ (z. B. 14.08.02) oder „illegale[r] Menschenhandel“ (16.05.02), die Beschuldigten als „Menschenhändler“ (z. B. 29.11.01) tituiert. In einem Fall wird die logistische Vorbereitung einer einmaligen Unterstützung beim irregulären Eintritt nach Deutschland als Ausweis „einer erheblichen kriminellen Energie“ gewertet (14.08.02). Betrachtet man die Kontextualisierungen in Gänze, erscheint geradewegs jede Form der Assistenz für eine unerlaubte Einreise im Lichte von „Schleuserkriminalität“ und „Menschenhandel“.

Die konstitutiven Berichterstattungscharakteristika prägen auch die zahlreichen (Kurz-) Meldungen über Feststellungen von (mutmaßlichen) irregulären Migranten: Sie vermitteln allein die Perspektive der Polizeibehörden und erscheinen vielfach als Arbeitsnachweis oder Erfolgsverkündungen.<sup>554</sup> Ermittlungsergebnisse oder Verdachtsmomente der Behörden, z. B. ein offenbar erfolgter „Nachweis“ der irregulären Einreise, werden nicht expliziert, sie erscheinen, da unkommentiert, zutreffend; teils fehlen derlei Angaben gänzlich, es werden, so wird suggeriert, Fakten vermeldet.<sup>555</sup> (Mutmaßlich) Irreguläre Migranten erscheinen auf zu Verfolgende, Festzustellende oder Aufzugreifende und entsprechende Arbeit für die Grenzschrützer reduziert, Empathie kommt nicht zum Ausdruck. Sie werden vor allem als „illegal Eingereiste“ (z. B. 4.01.02), „illegal eingereiste Ausländer“ (z. B. 8.02.02), „geschleuste Ausländer“ (3.06.02), „Ausländer ohne Ausweise“ (z. B. 11.12.01) sowie wiederholt auch „Illegale“ (z. B. 10.06.02) tituiert; selbst „illegale Flüchtlinge“ (z. B. 4.07.02) findet Anwendung, demnach ein unerlaubtes Verlassen des Herkunftslandes (gen Europa) gesetzeswidrig sei.<sup>556</sup> Die benannten Personen seien z. B. „aufgegriffen“ (z. B. 13.09.02), „gestellt“ (z. B. 18.03.02), „gefasst“ (z. B. 24.05.02),

---

straff organisiert [...] Die polnischen Täter brachten die Menschen bis zum Grenzfluss. Auf der anderen Seite warteten die deutschen Komplizen auf die ‚Fracht‘. [...] Zur Gruppe gehörten neben Kurieren zwei Experten für Schleusungen, ein Spezialist für Rauschgift, einer für Waffen“, 24.01.02; „Torsten K. soll die von den polnischen Schleusern angelieferte ‚Ware‘ auf deutscher Seite als Organisator in Empfang genommen haben und logistischer Kopf des Unternehmens auf Bundesgebiet gewesen sein. [...] Als der Menschenhandel mehrfach aufgeflagen war, hat sich Torsten K. nach Ansicht der Ermittler auf Geschäfte mit Rauschgift verlegt“ 14.08.02).

<sup>554</sup> Sie folgen regelmäßig einer Art Chronistenpflicht nach Angaben des BGS. Wiederholt sind sie mit „Aus dem Bericht des Bundesgrenzschutzes“ (z. B. 5./6.10.02), „Grenzschutzbericht“ (z. B. 18.11.02) oder „Aus der Arbeit des Bundesgrenzschutzes“ (z. B. 10.12.02) betitelt und berichten über diverse Ereignisse an der Grenze, wobei sich die Überschrift häufig auf die Feststellungen irregulärer Einreisen bezieht (z. B. „Polizei nimmt 13 Ausländer ohne Ausweise fest“, 11.12.01). Gelegentlich werden sie auch von Daten zu irregulären Einreisen ergänzt (z. B. Feststellungen seit Jahresbeginn/im vergangenen Monat). Zahlreich verkünden Kurzmeldungen auch Feststellungen ohne Quelle in der Überschrift (z. B. „37 illegal eingereiste Ausländer gestellt“, 18.03.02; „Ohne Papiere festgenommen“, 17.04.02; „Illegal Eingereiste gefasst“, 24.05.02). Teils fehlt jeder Quellenverweis, teils sind dem Anschein nach von BGS oder der Polizei übernommene Berichte mit einem Redaktionskürzel versehen. Nicht selten kann auch nur vermutet werden, dass die Angaben auf deren Informationen beruhen (z. B.: „Ausländer festgenommen [...] An der Autobahn A 9 im Landkreis Potsdam-Mittelmark sind gestern morgen 21 illegal eingereiste Ausländer aus dem Irak und Vietnam festgenommen worden. Bürger hatten die 19 Männer und zwei Frauen in kleinen Gruppen auf dem Standstreifen der A 9 sowie in Brück und im nahe gelegenen Gewerbegebiet Linthe gesehen“, 8.02.02).

<sup>555</sup> Z. B.: „Illegal eingereist. Nahe Groß Gastrose wurden [...] durch den Bundesgrenzschutz vier russische Staatsangehörige aufgegriffen, die keine gültigen Papiere besaßen und deren Kleidung stark durchnässt war. Sie waren unweit von dort illegal nach Deutschland eingereist“ (13.09.02); „Vier Vietnamesen und ein Ukrainer wurden mit völlig durchnässter Bekleidung und ohne Ausweispapiere angetroffen. In den Vernehmungen konnten die Einschleusungen [...] ermittelt werden“ (25.11.02).

<sup>556</sup> Ferner z. B. auch „Ausländer ohne Papiere“ (z. B. 17.04.02) und „Geschleuste“ (z. B. 9./10.11.02) oder, mit (mutmaßlichen) Nationalitäten, z. B. „Vietnamesen ohne Ausweise“ (18.12.02) oder „Inder, die sich nicht ausweisen konnten“ (14./15.12.02). Alles Bezeichnungen, die Menschen mittels eines durch einen (mutmaßlich) irregulären Grenzübertritt zugewiesenen rechtlichen Status oder durch eine (vermeintliche) Inanspruchnahme eine Migration assistierender Tätigkeiten definieren. Ab und an werden die Angaben auch durch z. B. „vermutlich“ (z. B. 11.12.02) oder „mutmaßlich“ (z. B. 12.04.02) ergänzt, wenngleich wiederholt, vor allem in Überschriften, angeblliche Fakten vermeldet werden.

„entdeckt“ (z. B. 11.12.02), „ertappt“ (z. B. 12.08.02), „geschnappt“ (z. B. 25.09.02), „festgenommen“ (z. B. 18.11.02) oder „in Gewahrsam“ genommen (z. B. 22.01.02) und dann, so ab und an zum weiteren Vorgehen, „zurückgeschoben“ (z. B. 27.11.01), „abgeschoben“ (z. B. 18.11.02), „zurückgeschickt“ (22.01.02), „zurückgebracht“ (14./15.12.02), „an den polnischen Grenzschutz zurückübergeben“ (3.12.01) oder „der Ausländerbehörde übergeben“ (5./6.10.02) worden, wodurch sie auf Objekte reduziert erscheinen. Die Umstände des polizeilichen Vorgehens bei Feststellungen oder folgendem Verfahren werden in aller Regel nicht thematisiert.<sup>557</sup> Auch intensive Fahndungsaktivitäten erfahren keine Reflexion.<sup>558</sup> Ebenso die Unterstützung durch die Bevölkerung.<sup>559</sup> Häufiger werden Vorkommnisse betreffend (mutmaßlich) irreguläre Einreisen (speziell in Überschriften) metaphorisch zugespitzt, wodurch Ereignisse außergewöhnlich erscheinen; von z. B. „Ansturm auf die Grenze“ (23.04.02), „Massenflucht [...] Wahnsinn: Menschenschlange durch die Neiße“ (9./10.11.02) oder „Schlauchbootverkehr auf dem Grenzfluss“ (14./15.12.02) ist die Rede.<sup>560</sup> Zudem in Anschlag gebrachte Stilmittel erwecken den Eindruck, gemäß Chronistenpflicht zu vermeldende Ergebnisse grenzpolizeilicher Maßnahmen aufzulockern und mit einem formalisierten Standard brechen zu wollen; dabei wird aber sowohl eine abstrakte Dramatisierung faktischer Geschehnisse, als auch eine Verharmlosung konkreter Vorfälle und damit verbundener Schicksale vollzogen, die Menschen zu Objekten journalistischer Stilblüten macht.<sup>561</sup> Auf das offenbar faktische Geschehen beschränkt wird über die Einhaltung von Standards bei der Feststellung gesundheitlich beeinträchtigter Personen berichtet.<sup>562</sup> Den mit einem versuchten heimlichen Überschreiten der Grenze verbundenen Risiken und Schicksalen wird keine besondere Bedeutung zuteil. Zwar widmet sich ein Artikel entsprechenden Todesfällen: „Tod in der Neiße [...] Acht Leichenfunde in fünf Jahren – meist waren es Flüchtlinge“, und lässt Schicksale von Migranten nicht gänzlich außeracht, jedoch dominiert eine kriminalistische Perspektive; Fragen zur Bedeutung der mit Tod für Migranten verbundenen Barriere und zu den Opfern, warum also Menschen z. B. an dieser Grenze hohe Risiken in Kauf nehmen und ihr Leben lassen, werden nicht tangiert (23.11.01).<sup>563</sup>

<sup>557</sup> Ab und an wird abschließend auf folgende „Ermittlungen“ verwiesen (z. B.: „Die AG ‚Schleuser‘ hat die Ermittlungen zu den Ausländern [...] übernommen“ (12.04.02).

<sup>558</sup> Z. B.: „Am Donnerstag beobachtete eine Streife des Bundesgrenzschutzes (BGS) den unerlaubten Grenzübertritt einer größeren Gruppe über die Neiße [...]. Eine Nachsuche mit Polizeihubschrauber, Diensthund und Landespolizisten erbrachte jedoch keine weiteren Erkenntnisse über eventuell flüchtige Personen“ (2./3.11.02).

<sup>559</sup> Z. B.: „Nach einem Bürgerhinweis griffen die Beamten unter anderem 5 Kinder auf“ (18.03.02); „Die Feststellung der unerlaubten Einreise der vier Afghanen und deren Abtransport durch einen vermutlichen Schleuser ist der Beobachtung eines aufmerksamen Gubeners zu verdanken. Aufgrund seines Hinweises wurde das Fahrzeug [...] gestoppt“ (12.08.02).

<sup>560</sup> Die folgenden Meldungen stehen teils in keinem Verhältnis zur Ankündigung; so folgt z. B. auf „Schlauchbootverkehr auf dem Grenzfluss“: „[wurden] vier Inder, die sich nicht ausweisen konnten, entdeckt. [...] Es wurde ermittelt, dass sie mit einem Schlauchboot [...] durch einen polnischen Schleuser über die Neiße gebracht worden waren“ (14./15.12.02).

<sup>561</sup> Z. B.: „Ein Inder auf der Sandbank [...] Grenzschrützer registrieren zahlreiche ‚Illegale‘“ (22.01.02); „Ausgesprochen lebendig ging es in den letzten Nächten an der deutsch-polnischen Grenze zu. Gubener Grenzschrützer nahmen seit der letzten Woche insgesamt 51 Personen fest, die versucht hatten, über die Neiße illegal nach Deutschland einzureisen“ (23.04.02); „‚Illegale‘ Ladendiebe“ (10.06.02); „Den Augen nicht trauen wollte gegen 3 Uhr gestern Morgen eine Wärmebildbesatzung des Bundesgrenzschutzes [...] Auf polnischer Seite bewegte sich den Bildern nach eine Menschenschlange auf die Grenze zu. Nach dem zweiten Mal hinschauen entpuppte sich die ‚Fata Morgana‘ als Wirklichkeit“ (9./10.11.02).

<sup>562</sup> Z. B.: „[stieß] eine [...] Streife des Bundesgrenzschutzes auf eine völlig durchnässte fünfköpfige Familie. Die Eltern mit ihren drei Kindern hatten [...] die Neiße durchquert. [...] Die Mutter und ein einjähriges Kind mussten wegen Unterkühlung ins Krankenhaus gebracht werden. Nach ihrer Behandlung müssen sie nach Polen zurückgeschoben werden“ (27.11.01).

<sup>563</sup> Fragen zum Umgang mit Leichenfunden und daraus resultierenden Problemen aus Sicht von Gerichtsmedizinern und „Leichenbeauftragten im Auftrag der Staatsanwaltschaft“ stehen im Fokus. Obwohl der Umstand, dass es sich bei den Toten fast ausnahmslos um irreguläre Migranten handle herausgestellt wird, expliziert folgende Passage die Berichterstattungsperspektive, die persönliche Hintergründe außer Acht lässt: „Entdecken, bergen, obduzieren, einäschern – es klingt makaber, doch in der Regel ist dies der Umgang mit Wasserleichen-Funden in der Neiße. Acht Tote mussten Wasserwacht oder Feuerwehr auf deutscher Seite in den letzten fünf Jahren im Kreis Spree-Neiße aus dem Grenzfluss ziehen. Fast alle starben beim Versuch, illegal nach Deutschland zu kommen. Zuletzt ein Mann aus Georgien Ende Oktober in Guben. Ihr Tod gibt Rätsel

### 5.4.5.3 Sächsische Zeitung (Görlitzer Zeitung)

Die Ansichten und Wissensbestände von BGS, Polizei und Zoll fungieren als grundlegende Referenz. Ihnen kommt Erklärungshoheit und Definitionsmacht zu, ihre Perspektive repräsentiert die Basis einer Berichterstattung, die teils unumwunden als Verlautbarungsorgan und Sprachrohr des Auftrages zur Bekämpfung von Kriminalität und Aufrechterhaltung von Sicherheit erscheint. Dargestellte Wahrnehmungen und Feststellungserfolge oder Forderungen aufgrund künftiger Herausforderungen erscheinen als originäre Bestandteile, und werden wiederholt durch redaktionelle Kommentare bestätigt und verstärkt. Wertschätzung für die Polizei, speziell die regionalen Repräsentanten für Grenzsicherheit sowie deren Arbeit, Auftrag und Ziele, die Abwehr drohenden Ungemachs, regelmäßig personifiziert durch Schleuser, irreguläre Einwanderer und Schmuggler, fungiert als roter Faden der Berichterstattung, die die offenkundige Bedeutung und Notwendigkeit von Grenzschutz untermauert und (re-)produziert, und sich in vielfacher Hinsicht als Legitimationsdiskurs offenbart: In Reaktion auf stets virulente Sicherheitsrisiken durch fantasiereiche, raffinierte Grenzverletzer erscheint Gefahrenabwehr an der deutschen Ostgrenze auch perspektivisch unentbehrlich und das Kontrollgeschehen als Kreislauf, in Gang gehalten von Grenzverletzern.<sup>564</sup> Der regionale Grenzschutz wird als abwechslungsreiche, unablässig Ergebnisse bzw. Erfolge produzierende Herausforderung präsentiert.<sup>565</sup> Ab und an erscheint die Verfolgung von (mutmaßlichen) Straftätern geradezu als Abenteuer; durch offensichtlich erzielte Erfolge erfahren handlungsleitende Verdachtsmomente Bestätigung.<sup>566</sup> Den Sicherheitskräften wird weitreichend Vorbildcharakter zugewiesen: Der BGS z. B. habe „bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität in Europa eine Vorbildfunktion übernommen“ (11./12.05.02); besonders für die polnischen Sicherheitsbehörden sei er Förderer und Vorbild, auch in struktureller und konzeptueller Hinsicht.<sup>567</sup>

Ein empathischer Bezug prägt auch die Berichterstattung zu Kooperationen nationaler und internationaler Sicherheitsbehörden oder Hospitationsbesuchen von Beamten aus EU-Staaten in Vorbereitung einer EU-Grenzpolizei und somit regional eingesetzten multinationalen Teams;

---

auf“ (ebd.). Im Weiteren wird einzig betreffend den Fund einer „ertrunkene[n] Afghanin“ das Thema Flucht thematisiert: Gemäß Ermittlungsergebnissen und Angaben von Angehörigen sei sie nach Pakistan „geflüchtet“, „als die Taliban an die Macht kamen“, da ihr Vater General gewesen sei, „der auf der Abschussliste der neuen Machthaber gestanden haben soll“.

<sup>564</sup> Konstitutiv ist ein andauernd produzierter, etliche Artikel prägnant auszeichnender Gegensatz zwischen Grenzschützern als regionale Sicherheitsgaranten und Sympathieträger einerseits, Grenzverletzern als virulente Bedrohung und Herausforderung andererseits. Vielfach finden sich auch Fotos von Beamten im (erfolgreichen) Einsatz, die formulierte Sichtweisen und Einschätzungen flankieren und den positiven Bezug auf deren Fähigkeiten und Feststellungserfolge untermauern.

<sup>565</sup> Z. B.: „[U]nterwegs in Grenznähe, also dort, wo Arbeitsergebnisse nicht lange auf sich warten lassen“ (17.04.02). Regelmäßig, teils grafisch exponiert abgedruckte Tätigkeitsnachweise erscheinen geradezu als Erfolgsbilanzen, sie untermauern den Nutzen der Arbeit (z. B.: „Die Kontrolleure am deutsch-polnischen Autobahnübergang führten im Vorjahr 452 Festnahmen durch und stellten 30 Schleuser – kein Tag verging also nicht ohne wenigstens einen Fahndungserfolg“, 12./13.01.02; „Die Grenzer wiesen in diesem Jahr bereits rund 4 200 Menschen an den Übergängen ab“, 9.12.02).

<sup>566</sup> Eindrücklich z. B.: „Verfolgung mit Tempo 180 durch den Autobahntunnel [...] Den Beamten allerdings kam der voll besetzte Pkw ohnehin ‚schon etwas verdächtig vor‘ [...]. Der Rot-Fahrer allerdings dachte gar nicht daran, sich stoppen zu lassen. Aus gutem Grund: Immerhin waren seine drei Fahrgäste illegal nach Deutschland über die Neiße gebrachte Afghanen. [...] Die inzwischen alarmierte Autobahnpolizei errichtete eine Straßensperre, die der Schleuser einfach ignorierte. Nach einem filmreifen Durchbruch [...] geriet das überdies gestohlene Fahrzeug dann [...] außer Kontrolle, so dass der Fahrer anhalten musste. Die Insassen flüchteten nun zu Fuß weiter, hatten mittlerweile aber einen BGS-Hubschrauber über sich...“

(12.03.02). Einen besonders prägnanten Ausweis der Berichterstattungsperspektive repräsentiert auch die weitestgehend mit der in der *MOZ* (8.01.02) und der *LR* (4.01.02) identische Reportage über die „Autobahnpolizisten“ in Brandenburg: „Verbrecherjagd in Zivil [...] Die Autobahnpolizisten sind wachsam“ (8.01.02); die abgedruckte Version weist nur geringe Abweichungen auf, demnach hier allein auf die Ergebnisdarstellung der *MOZ* verwiesen sei.

<sup>567</sup> Ausrichtungen oder Kompetenzerweiterungen werden nicht reflektiert, sondern auf unmittelbar erzielte Erfolge abgehoben (z. B. 9./10.11.02). Ferner werden z. B. auch „Görlitzer Zollausbilder“ bzw. „Einsatztrainer“ als international begehrte Lehrkräfte präsentiert (23.11.01).

maßgebend erscheint z. B. „schlagkräftiger gegen kriminelle Machenschaften an den Grenzen vorgehen zu können“ (19.04.02), „eine bessere grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung“ (1.08.02) oder „eine bessere Bekämpfung der Schleuserkriminalität“ (21.06.02).<sup>568</sup> Speziell die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeibehörden sei nicht nur erfolgreich im Kampf gegen (internationale) Kriminalität und Sorge für mehr Sicherheit in der Grenzregion, sondern „[d]ie gute Zusammenarbeit der deutschen Polizei mit Polen und Tschechien“ sei auch vorbildlich in Europa und könne „ein ‚Exportschlager‘ für die Kooperation“ mit Osteuropa sein (6.11.02).<sup>569</sup> Die Zusammenarbeit wird zugleich als Sinnbild des Zusammenwachsens Europas und nachbarschaftlicher Annäherung kontextualisiert.<sup>570</sup> Während Hospitationsbesuchen gemeinsam die Grenze überwachende multinationale Teams leisteten „Pionierarbeit“, sie seien, so der Präsident des Grenzschutzpräsidiums-Ost, Hansen, „‚Keimzelle‘ einer künftigen europäischen Grenzpolizei“ (5.12.02).<sup>571</sup> Für Innenminister Schily ziele das Projekt „Europäische Grenzpolizei“ auf einen wirksameren Schutz der Außengrenzen, und speziell darauf, „grenzüberschreitende Kriminalität, illegale Migration, Menschenhandel und Drogenschmuggel“ gemeinsam zu bekämpfen (31.05.02).<sup>572</sup> Speziell die Berichterstattung anlässlich von Übungen deutscher, polnischer und tschechischer Polizisten exemplifiziert eindrücklich das stets beförderte Ideal eines effizient grenzüberschreitend integrierten Vorgehens gegen rechtswidrige Handlungen und die exklusive Perspektive der Sicherheitskräfte: „gemeinsame Verbrecherjagd“ (29.11.01), „Grenzenlos: Polizisten aus zwei Ländern auf Räuber-Jagd“ (1.11.02).<sup>573</sup> „Straftäter“, „Verbrecher“ und „Gangster“, wiederholt symbolisieren „Schleuser“ fiktive Fahndungsobjekte, bzw. „Schleuserkriminalität“ eine maßgebende Bedrohung, sie symbolisieren zu bekämpfendes „Ungemach“, „[sollen] auf der Flucht vor der Polizei keine Chance mehr haben“, so die Intention vereinten Simulierens „der grenzüberschreitenden Verbrecherjagd“; Proben für die „Wirklichkeit“, den „Ernstfall“, zwecks besser abgestimmten Handelns (29.11.01).

Das Ziel eines im Grenzraum möglichst umfassend integrierten Sicherheitsnetzwerks unter Mitwirkung nicht nur sämtlicher sicherheitsrelevanter Institutionen, sondern ausdrücklicher

<sup>568</sup> Stets werden Intentionen, Erwartungen oder Ziele von Neuerungen, Intensivierungen und Kompetenzerweiterungen von den Sicherheitsbehörden unmittelbar übernommen (z. B. 17.01.02; 19.02.02; 6.03.02; 10.10.02; 1.11.02).

<sup>569</sup> Sie wird als Erfolgsgeschichte präsentiert (z. B.: „Längst Legende ist die deutsch-polnische Kommunikationsstelle mit Sitz in Görlitz [...]. Der Erfolg macht im Nachbarland Schule“, 9./10.11.02). Jedoch dürfe man sich, so werden weitere Intensivierungen und Fortschritte eingedenk künftiger Herausforderungen angemahnt, „auf dem bereits erreichten nicht ausruhen“, „auf beiden Seiten“ bestehe Optimierungspotenzial (11.06.02).

<sup>570</sup> Zwischen Polizeien niedergerissene Grenzen repräsentierten voranschreitende Integration: „ein Fall guter Kontakte“ (29.11.01), „Polizeiführer [begrüßten sich] wie gute Bekannte“, „man versteht sich, trotz der Sprachprobleme“ (1.11.02). Sicherheitsbeamte werden als Europapioniere präsentiert, die „Verfolgung verdächtiger Straftäter“, bzw. speziell „die Verfolgung von Schleusern oder Autodieben“, ist das vereinende Ziel (ebd.).

<sup>571</sup> Das Zugestehen gleicher Befugnisse wie für deutsche Beamte leite „eine ‚völlig neue Ära der europäischen Polizeiarbeit‘ ein“ (ebd.). Anlässlich Besuchen an Oder und Neiße wird exklusiv der Perspektive der Grenzschützer Ausdruck verliehen, Auftrag und Ziele der gemischten Teams werden rezipiert; bald könnten sogar Festnahmen gänzlich international werden: „Es kann dann passieren, dass ein italienischer Beamter in der Grenzregion einen illegalen Einwanderer aus China festnimmt“ (6.11.02; vgl. z. B. auch 23.11.01; 8.03.02; 31.05.02).

<sup>572</sup> Wiederholt werden auch grundsätzliche Gemeinsamkeiten des Grenzschutzes verdeutlicht: „Wir haben keine grüne, sondern eine blaue Grenze. Und die heißt Meer. Der Rest aber sei gleicher als gleich, weiß Antonio Astorga [spanischer Grenzschützer; M. M.]: ‚Deutschland hat illegale Einwanderer aus Osteuropa, wir aus Nordafrika‘“ (23.11.01). Würdigung erfahrener Gäste des Grenzschutzes, die sich an Oder und Neiße geradezu in die Hand gäben, in einem Kommentar, sie werden als Symbol von Aufbruch und Zusammenwachsen präsentiert. Unter Berufung auf den „Görlitzer BGS-Chef“ werden nicht nur die Vorzüge gegenseitigen Begegnens herausgestrichen, sondern auch die „gleich nebenbei“ gemeinsam bewältigte „Wahrung von Schengens Außengrenzen“: „Grenzenlos [...] Je gemeinsamer, desto besser“ (Schermann, 23.11.01).

<sup>573</sup> Mittels narrativer, Erlebnis evozierender Direktberichterstattung werden Übungsinhalte und Ziele, samt als Nebeneffekt erzielter realer Erfolge, z. B. sei eine „echte Schleusung“ verhindert, „Schleuser“ und „Geschleuste“ seien geschnappt worden, dargestellt; dass die Übungen auch medienwirksam inszenierte Selbstrepräsentationen sind, wird zwar konstatiert, aber nicht reflektiert: „Pressekontakt – die SZ wird unversehens Teil der Übung“ (5.06.02; vgl. z. B. auch 29.11.01; 1.11.02).

Einbeziehung der Bevölkerung, expliziert ein Bericht über das „gemeinsame Handeln“ der „Ludwigsdorfer Verbundgruppe BGS/Zoll“: „Acht Beamte, zwei Behörden, eine Aufgabe“; „Eine sinnvolle Ergänzung in Sicherheitsfragen schadet eigentlich nur den Grenzverletzern“ (17.04.02). Neben einem prägnant würdigenden Bezug auf die synchronisierte Kooperation der Sicherheitsbehörden, die Betonung daraus resultierender Erfolge und des Erlebnischarakters der Arbeit in Grenznähe, werden vor allem die gemeinsame Arbeitsgrundlage repräsentierende Antagonisten sowie konzeptuelle und strategische Neukonnotationen offenbar: Die Zusammenarbeit als Baustein für Sicherheit im Grenzraum in Reaktion auf „ungeahnte Fallzahlen“ „illegale[r] Einreiser“, denen man mit „gemeinsamem Handeln“, im „Kampf an gleicher Front“, „entgegengetreten wollte“ (ebd.).<sup>574</sup> Dass die gemeinsamen Streifen „für ausbaufähig befunden [wurden], wengleich die illegalen Einreisen mittlerweile zurückgingen“, die ursprüngliche Intention somit augenfällig überholt, aber ausdifferenzierte Kontrollmodi etabliert wurden, bleibt unreflektiert; allein eine möglichst effektive Ergänzung in Sicherheitsfragen scheint maßgebend (ebd.).<sup>575</sup> Auch bislang „[ü]ber alle Vorschriften hinweg“ praktizierte Kooperationen bleiben unreflektiert, dem entgegen auf erzielte Erfolge verwiesen und aus dem „Wunschzettel“ der Polizeibehörden zitiert wird (1.11.02).<sup>576</sup> Selbst irreguläre Praktiken erscheinen zum Wohle einer möglichst effektiven „grenzüberschreitende[n] Kriminalitätsbekämpfung“ (1.08.02) vorrangig gegenüber gesetzgeberischen Grundlagen.

Zur Legitimation für eine besonders im grenznahen Raum beständig zu intensivierende Kooperation aller sicherheitsrelevanten Institutionen sowie ausdifferenzierende und zu synchronisierende Arbeitsweisen fungiert die stets als sicherheitspolitische Herausforderung kontextualisierte EU-Erweiterung.<sup>577</sup> Sich darauf vorzubereiten bedeute, so das Credo der die Perspektive des Grenzschutzes reproduzierenden Berichterstattung, sich auf steigende Kriminalität

<sup>574</sup> „Vertieft wurde die Zusammenarbeit mit den operativen Einheiten der Landespolizei sowie die Einbeziehung der Bevölkerung durch Gespräche mit BGS-Kontaktbereichsbeamten und Bürgerpolizisten“ (ebd.).

<sup>575</sup> In einem Kommentar wird das Ziel einer sicheren Grenzregion durch gemeinsames Handeln bestärkt: „Die Stärke regionaler Sicherheit liegt in Görlitz in der Gemeinschaft. [...] Sicherheit wird als kollektives Ziel jetzt gemeinsam anvisiert. Dem Bürger dürfte es recht sein [...] „Polizisten können sich darauf verlassen vom BGS unterstützt zu werden. Grenzer organisieren technische Kontrollen mit dem Autobahnpolizeirevier. Kontaktbeamte verschiedener Dienststellen suchen Gespräche mit Anwohnern in Grenznähe. In der Kommunikationsstelle sitzen deutsche und polnische Kollegen an einem Schreibtisch. Und auch für den Zoll gehören die kurzen Wege zum BGS zum Tagesgeschäft“ (Schermann, ebd.). Dass das Kontrollregime nicht an sich befragt, sondern nur die Ausgestaltung relevant erscheint, offenbaren Fotos zum Abbau eines Zaunes am Görlitzer Bahnhof: Damit hätten „die Grenzabfertigungen durch ein schmales Tor [...] ein Ende“; künftig würde „nach einem moderateren und zeitgemäßerem Abfertigungsmodell kontrolliert“ (ebd.). Wie sich dies aber konkret gestalte, bleibt offen.

<sup>576</sup> „Insbesondere die so genannte polizeiliche Nacheile steht seit Jahren ganz oben auf dem Wunschzettel der deutschen Polizeibehörden, wenn es an der deutsch-tschechischen Grenze um die Verfolgung von Schleusern oder Autodieben geht. Bisher riss die Fahndung an den schwarz-rot-gelben Grenzsäulen immer ab und es begannen lange Dienstwege, um flüchtige Täter auf dem Umweg der Rechtshilfe festnehmen zu können. Formell jedenfalls. ‚Über alle Vorschriften hinweg‘, so der Dresdner Polizeipräsident Eberhard Pilz [...], habe man die Zusammenarbeit dennoch gepflegt und Fahndungserfolge erzielt“ (ebd.).

<sup>577</sup> „Nicht nur die braven Bürger, auch die Kriminellen werden die Lockerungen im Wirtschafts- und Grenzverkehr zu schätzen wissen“ (25.02.02). Die „EU-Außengrenze [...] nutzen vor allem deutsche und internationale Straftäter auf der Flucht vor der Polizei“ (29.11.01). Durch den EU-Beitritt Tschechiens und Polens entstehe „auch ein einheitlicher Raum für Kriminalität“ (18.10.02), demnach, so Dresdens Polizeipräsident Pilz, „[g]emeinsame polizeiliche Aktionen, ein vertrauensvoller Informationsaustausch, problemlose Kommunikation dann im Alltag funktionieren [müssten]“ (1.11.02). Polen und Tschechien werden regelmäßig als Herkunfts-, Flucht- und Transitraum von Straftätern präsentiert; neben unerlaubten Einreisen vor allem betreffend Schmuggel und die Verbringung von Diebesgut (z. B.: „Nicht selten stehen die Diebe zunächst das passende ‚Transportmittel‘ bis zum Neißeufer [...]. Überhaupt ist für die Täter die nahe Neiße stets hilfreich. Durch deren seichte Stellen sind sie im Nu wieder dort verschwunden, wo sie herkamen – in Polen“, 27./28.04.02; „Polen/Tschechien/Slowakei: Hier hat der Autodiebstahl Hochkonjunktur [...] die Räuber sind extrem findig“ (28.06.02); „Die Warenhausdetektive von Karstadt und anderen Einrichtungen verständigen vor der polizeilichen Anzeige erst uns“, berichtete Lange [Bundesgrenzschutzinspektion Görlitz; M. M.]. Dank dieser Reihenfolge könne man immer häufiger ausländische Ladendiebe oder deren Transporthelfer noch an der Grenze in Gewahrsam nehmen“, 9.09.02). Das Herausfiltern von Straftätern beruhe maßgeblich auf Erfahrungswissen (z. B.: „Die beiden Polizei-Obermeister haben zwar ‚ein sicheres Händchen‘, bauen aber vor allem auf

einzustellen und, unter Berufung auf das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, integrierte Konzepte im Kampf gegen Kriminalität zu forcieren.<sup>578</sup> Das Vorhaben des sächsischen Innenministers Hardraht, „im Zuge der EU-Osterweiterung die Polizeipräsenz an der tschechischen und polnischen Grenze erhöhen“ zu wollen, genauso wie der geplante „Ausbau der Sicherheitswacht, in der sich Bürger ehrenamtlich zur Unterstützung der Polizei engagieren“, verbindet mit dem Beitritt der Nachbarstaaten unmittelbar steigende Kriminalitätsgefahren: „Nur eine deutlich sicht- und vor allem spürbare Präsenz der Polizei kann das Sicherheitsgefühl der Bürger im grenznahen Raum stärken“; dass „[m]it einem EU-Beitritt von Polen und Tschechien unsere Sicherheitsstandards nicht gefährdet [werden]“, er „bedeute zwar Zoll- und Wirtschaftsunion, nicht aber die Sicherheitsunion“, bestärkt diese Konnotation (14.01.02).<sup>579</sup> Dass die Pläne explizit durch Ausländern zugeschriebene Kriminalitätspotenziale motiviert, und diese damit als Unsicherheitsfaktor für die Bevölkerung erscheinen, appliziert der Verweis, dass zwar die „Zahl der erfassten Straftaten in der Grenzregion [...] binnen Jahresfrist um fünf Prozent zurückgegangen“, „im ersten Halbjahr 2001 [...] aber ein Anstieg vor allem ausländerrechtlicher Verstöße wie der illegalen Einreise zu verzeichnen gewesen“ sei (ebd.). Nicht nur potenzielle, sondern unmittelbare Sicherheitsrisiken resultierten für die sächsische Staatsregierung aus dem mit der Erweiterung verbundenen Wegfall der Zollkontrollen an der künftigen Binnengrenze. Mit diesem wird nicht nur Sorge um die Zukunft der Beamten, sondern eine Gefährdung der inneren Sicherheit assoziiert: Sachsen „fürchtet um die Innere Sicherheit, da der Zoll auch grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt“; er erfülle „mit seinen grenzpolizeilichen Aufgaben eine wichtige Funktion im Zusammenspiel der Behörden: Hand in Hand mit Bundesgrenzschutz (BGS) und Polizei jagen die Zöllner beispielsweise Schmuggler und Menschenhändler an der Grenze“ (25.02.02).<sup>580</sup> Statt die gehegten Befürchtungen zu reflektieren, und z. B. auf eine Sensibilisierung hinzuwirken, werden die als Besorgnis erregende Bedrohung der Grenzanrainer präsentierten Gefahren in einem Kommentar untermauert.<sup>581</sup> Eine selbst mitproduzierte Bedeutung des Zolls im „Kampf“ für „innere Sicherheit“ dient als Beleg für dessen auch künftige Unverzichtbarkeit, eine dauerhafte Präsenzlegitimation wird zu einem Mahnruf an die Politik zugespitzt, die ihr stets propagiertes Bemühen um Gefahrenabwehr konkretisieren müsse: „Die Zeit zum Handeln wird knapp. Es muss ein Sicherheitskonzept für Sachsen und die anderen Grenzländer auf den Tisch“ (ebd.).

---

Erfahrung. Überwiegend 17- bis 25 jährige Polen zählen bei ihnen zu den Erwischten. ‚Das sind meist Leute, die keine Lehrstelle bekamen oder aus der Arbeitslosigkeit ins Kriminelle rutschten‘, wissen sie. Mit sicherem Blick filtern sie diese Grenzgänger heraus. ‚Den bekommt man hier mit der Zeit‘, sagt Silvio Handrick“ (15./16.12.01).

<sup>578</sup> Auch für die Kommunalpolitik erscheinen sicherheitspolitische Belange essenziell: „Euroregion [...] Die Koordinierung und Klärung von deutsch-polnischen Sicherheitsfragen werden als wesentlicher Bestandteil in Vorbereitung auf den EU-Beitritt von Polen gesehen und haben Bedeutung für den weiteren Ausbau der europäischen Zusammenarbeit“ (6.03.02). „[D]ie Gründung des deutsch-polnischen Sicherheitsrates in der [...] Neißeregion [...] ist ein wirksames Fundament für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit [...] der Behörden, die für die Sicherheitsaufgaben Verantwortung tragen“ (11.03.02). „Polizei, Euroregion und Landkreise wollen künftig vor allem der grenzübergreifenden Kriminalitätsprävention Beachtung schenken. [...] In letzter Zeit war es in Grenzgemeinden der Landkreise Löbau-Zittau und Bautzen wiederholt zu Eigentumsdelikten gekommen. Daraufhin hatten sich Bürgerwehren gebildet“ (18.10.02).

<sup>579</sup> „Mehr Polizei in Grenznähe [...] ‚Wir werden sowohl bestehende Reviere und Polizeidirektionen personell verstärken, als auch nach Möglichkeit weitere Polizeiposten aufbauen‘, kündigte Innenminister Klaus Hardraht (CDU) an“ (ebd.).

<sup>580</sup> Als Ausgleich werde gefordert, „den Personalverlust beim Zoll zumindest durch eine Aufstockung beim BGS auszugleichen“ (ebd.); das Foto eines Zöllners vor einer beschlagnahmten „Ladung Zigaretten, die aus Polen eingeschmuggelt werden sollten“, mit der Unterschrift: „Bis zu 1 000 Zöllner werden voraussichtlich bis 2005 ihren Arbeitsplatz verlieren [...]. Dabei haben die Beamten alle Hände voll zu tun“, bestärkt die Unverzichtbarkeit.

<sup>581</sup> „Immer wieder gehen die Erfolge der Zöllner im Kampf gegen Schmuggler und Menschenhändler durch die Medien. Ein sicheres Zeichen, dass sie entlang der Grenze gebraucht werden. Und das wird sich auch nicht ändern, wenn Polen und Tschechien zur EU gehören. Im Gegenteil“ (Novak, ebd.).

Das angesichts drängender Herausforderungen geforderte Konzept wird als Ausdifferenzierung der etablierten Grenzsicherungsmodi präzisiert: Anstelle der „Schritt für Schritt“ aufgehobenen „Filterwirkung der Grenze“ „müsse ein ‚gemeinsamer Sicherheitsgürtel‘ treten“, so Dresdens Polizeipräsident Pilz (1.11.02).<sup>582</sup> Zwingende Voraussetzung für eine Änderung der aktuell strikten Kontrollmodi sei die Garantie der Schengen-Kriterien durch die Nachbarstaaten, die z. B. „eine Angleichung in der Visa- und Asylpolitik [...] und vor allem eine Kontrollverstärkung an den Außengrenzen“, eine Intensivierung der „polizeiliche[n] Zusammenarbeit“ sowie „[v]or allem ein verstärktes gemeinsames Vorgehen an den EU-Außengrenzen gegen jede Art illegaler Einwanderung“ forderten (9./10.11.02).<sup>583</sup> Lücken im Kontrollregime, z. B. im Landesinnern festgestellte irregulär Eingereiste, sind Legitimation „für BGS-Bedarf“ und ausdifferenzierte Fahndungsmethoden: Regressive „Aufgriffszahlen an den Grenzen“, parallel aber mehr „Asylanträge in Deutschland“, „kann für den Bundesgrenzschutz nur eines bedeuten: Die Schleuser haben neue Wege gefunden, Menschen illegal nach Deutschland zu bringen“; gezielte „Aktionen im Hinterland“, Einsätze „60 Kilometer von der Grenze entfernt“, „sollen abschrecken“ (2./3.02.02; 11./12.05.02).<sup>584</sup> „Die illegalen Einwanderungsströme“ seien trotz „sinkenden Festnahmezahlen an der Grünen Grenze“ „nicht zurückgegangen“: „Die Schleuser hätten nur ihre Taktik geändert“ (5.12.02). „Schleuser“, weiß nicht nur Heiko Romsdorf [BGS-Ermittler; M. M.], „lassen sich immer wieder etwas Neues einfallen...“ (8.02.02).<sup>585</sup> Ausländer ohne Aufenthaltsrecht werden als einströmende, andauernd präsente Belastung im Dunstkreis von Asylmissbrauch, Schleuser als findige Kriminelle präsentiert; reaktiv auf einwirkende Gefahren seien stets neue, raumgreifend ausgeweitete Abwehrstrategien nötig, auch abschreckend.

Auch diese Bewertung, die Schleuser als Taktgeber des grenzpolizeilichen Geschehens markiert, wird in einem Kommentar bestärkt: Die Grenzschrützer „müssen sich [ständig] auf neue Erfindungen aus dem Reich der Grenzverletzer einstellen. Wird den Schleusern der reale Neiß-Verlauf mit all seinen Wärmebildkameras und Hubschrauberkontrollen zu dicht, verlegen sie sich auf die elegante Form der Visa-Erschleichung“ (Schermann, 10.10.02). Somit wird

<sup>582</sup> Laut Bundesvorsitzendem des BGS-Verbandes und Vizepräsidenten der Europäischen Polizei-Union, Paul, resultierten aus der EU-Erweiterung „zwar andere, keineswegs aber geringere Aufgaben“ für den BGS, er müsse „künftig stärker in Räumen operieren als an Linien“: Entlang der dann innereuropäischen deutschen Ostgrenze „sei es erforderlich [...] einen ‚Sicherheitsschleier auszulegen“ (8.05.02), bzw. „zu belassen, in dem mobile Kontrollgruppen tätig werden“ (11./12.05.02), „denn Probleme wie illegale Beschäftigung oder unerlaubte Einreise gelten nicht nur an direkten Grenzverläufen“ (8.05.02). „Bundesgrenzschutzverband sieht genügend Aufgaben nach der EU-Erweiterung [...] ‚Denn wir wollen einen starken BGS und haben ein vernünftiges Konzept für europäische Sicherheit ohne Grenzen“ (11./12.05.02), „Bundespolitiker“ seien gefordert, „sich rechtzeitig für eine ‚nationale BGS-Aufgabe nach der EU-Erweiterung‘ zu positionieren“, so Paul (8.5.02). Auch im Landesinneren existiere „ausreichend Bedarf im Kampf gegen illegale Beschäftigung und illegale Einwanderung“ (11./12.05.02). Selbst nach Verlegung der Schengen-Grenze sollten Grenzübergänge nicht demontiert, sondern „strukturelle Kontrollmöglichkeiten“ vorgehalten werden“; Pauls Forderungen werden von Fotos mit Verweis auf andauernd „kriminelle Aktivitäten“, die die Unverzichtbarkeit des BGS mit „einer veränderter Aufgabenstellung auch in einer grenzenlosen Region“ untermauern, flankiert: „Doch wenn auch die Grenzen fallen – kriminelle Aktivitäten erledigen sich damit nicht. Das bedeutet für den BGS, sich darauf einzustellen“ (ebd.).

<sup>583</sup> Bis dahin blieben sie unberührt. Wiederholt wird der mit dem EU-Beitritt nicht verbundene Abbau von Grenzkontrollen betont (z. B. 12.03.02; 9./10.11.02; 5.12.02).

<sup>584</sup> „Kurz nach sechs wurden die Beamten fündig: zwei Ukrainer ohne Visum, begleitet von einem Landsmann mit Einreisegenehmigung. Wahrscheinlich der Schleuser, vermuten die Beamten. [...] Die drei Männer wurden vorläufig festgenommen und können so auch keinen Asylantrag in Deutschland stellen – zumindest nicht diesmal“ (2./3.02.02); „Auch heute und trotz Grenzkontrollen geht den Beamten noch nicht jeder ins Netz. ‚Wenn wir neulich in einer deutschen Großstadt mehr Afghanen feststellten als bei mehreren deutschen Grenzübergängen, ist auch das ein Zeichen für BGS-Bedarf [...]“ (11./12.05.02).

<sup>585</sup> Ein Rückgang festgestellter irregulärer Einreisen wird regelmäßig konstatiert, und maßgeblich geänderten Schleuserstrategien zugeschrieben (z. B. 8.01.02; 25.10.02). Auch „Hauptziele“ und Festnahmewahrscheinlichkeiten werden vermeldet (z. B.: „Seifhennersdorf und Ebersbach sind Hauptziele für Schleuser [...] An einem Dienstag zwischen 19 und 22 Uhr ist die Wahrscheinlichkeit groß, einen illegal Eingereisten zu erwischen. Am Wochenende am frühen Morgen, so zwischen vier und sieben Uhr stehen die Chancen nicht schlecht einem Schleuser an der deutsch-tschechischen Grenze über den Weg zu laufen – zumindest rein statistisch. Das ergibt die Bilanz der Bundesgrenzschutz-Inspektion“, 16.01.02).



die laut BGS zwecks „Schwarzarbeit“ zunehmend versuchte „intelligenterer Form der illegalen Einreise“ mit „erschwindelten Touristen-Visa“ ausdrücklich als Beleg eines Strategiewechsels, einer methodischen Modifikation krimineller „Schleuserorganisationen“ in Reaktion auf verbesserte Kontrollen, und als neue Belastung für den Grenzschutz kontextualisiert (8.02.02). „Illegale Einreisende“ mittels „erschlichener Touristenvisa“ werden zur Verurteilung der skrupellosen Geschäftsgebaren krimineller Banden, auch als „die Schleuser“ und „Verbrecher“ gekennzeichnet, funktionalisiert, und wiederholt durch „Ukrainer“, die ausgebeutet würden, personifiziert (ebd.).<sup>586</sup> Die Situation der ob angeblichen Betrugs in Görlitz als verdächtig registrierten Migranten und deren Schicksale werden auf geplatzte „Portugal-Träume“ von „Osteuropäern“ und „illegalen Einreisern“ reduziert, die, so wird ein kollektiver Strategiewechsel attestiert, „[s]tatt durch die Neißer zu waten“, sich Visa „erschwindeln“ (ebd.).<sup>587</sup> Der örtliche Autobahnübergang wird wegen der zunehmenden Entdeckung dieser Methode durch sorgsame Grenzschützer als „Endstation“ auf dem Weg in „Traum-Länder“, als Ort platzender „Seifenblasen“ der „Wünsche ukrainischer Männer nach Arbeit auf dem Bau, ebenso die Träume der Frauen von Haushaltshilfe“, dargestellt, womit die in Görlitz beginnende EU als territorialisierter Traum für Ukrainer produziert wird (ebd.).<sup>588</sup> Zugleich wird eine Täter-Opfer-Verschiebung vollzogen, um auf die wirklichen Täter, die Hintermänner der kriminellen Geschäfte, abzuheben: „der ukrainische Normalbürger“ als Erwerbsquelle „immer wieder neue[r] Verbrecher“; angebliche Arbeitsmigranten werden von Straftätern („Schwarzarbeiter“, „illegale Einreisende“) über eine Arbeitsbelastung des Grenzschutzes zu Opfern von Verbrechern (ebd.).<sup>589</sup> Zudem wird die Relevanz der örtlichen Grenzsicherung untermauert; der erste Ort der EU für Migranten aus dem Osten als Sicherheitsgarant Europas, schützender, Gefahren abwehrender Frontposten und repräsentativer Interessensverantwortlicher: „Görlitz und Ludwigsdorf sind also für Europa verantwortlich, vertreten schon an der Neißer auch die Interessen Portugals“ (ebd.).<sup>590</sup>

<sup>586</sup> Z. B.: „Der im Süden Europas arbeiten wollende Ukrainer vertraut sich einem heimischen Reiseunternehmen an [...] Um in den Besitz eines solchen Pass-Vermerks zu kommen, muss der Ukrainer tief in die Tasche greifen. [...] Bundesgrenzschutz und Zoll registrieren am Autobahn-Grenzübergang täglich bis zu 30 ukrainische Kleinbusse und oft mehr als fünf große Reisebusse. [...] Begleitet werden solche Ermittlungen stets vom Straftatbestand der banden- und gewerbsmäßigen Einschleusung. Immerhin sind es die Vermittler, die sich an den Busfahrgästen gesundstoßen“ (ebd.).

<sup>587</sup> Aber der Grenzschutz sei „dagegen immer besser gewappnet“: „die Visa-Tour [läuft immer mehr] ins Leere“ (ebd.).

<sup>588</sup> Ein Foto der Autobahn visualisiert den ersehnten, vielfach aber unerreichbaren Traum-Raum: „Für Osteuropäer ist Deutschlands Autobahn Nummer 4 der Boden der Europäischen Union. Bis hierher, zur Kunnerdorfer Brücke, kommen aber viele erst gar nicht. Meist ist schon in Ludwigsdorf beim Grenzübergang Endstation für all jene, deren Dokumente Probleme bereiten“ (ebd.). Statt auch die Situation oder Motivationen der mutmaßlichen Arbeitsmigranten in den Blick zu nehmen, werden nur die Herausforderungen an die Grenzschützer beim Nachweis einer Straftat aufgrund eines steigenden Erfindungsreichtums und verbesserter Strategien der Grenzverletzer sowie die Vertiefung der Erfahrungen „mit dem neuen Schwindel“, entsprechend des Ziels einer fortwährenden Entdeckung und Beseitigung von (potenziellen) Lücken im Grenzkontrollregime, und daraus resultierende Erfolge thematisiert (z. B.: „Da am ordentlichen Visum nichts zu deuteln ist, haben die Grenzkontrollleute nun die Aufgabe, Verdachtsmomente zu finden. [...] Schon weichen die Schleuser deshalb auf andere Länder aus [...]. Was natürlich längst keine Ruhe an den deutsch-polnischen Grenzübergängen bedeutet“, ebd.).

<sup>589</sup> Ein Kommentar bestärkt dies, personifiziert im „ukrainischen Normalbürger“ und „einfachen Ukrainer“: „Täter [sind] eigentlich Opfer“, skrupellosen Kriminellen wehrlos ausgeliefert, demnach das Hauptaugenmerk der Strafverfolger den weit schlimmeren Profiteuren, aus Schicksalen allein Kapital schlagende „Hintermänner“ und „Verbrecher“, zu gelten habe (Schermann, ebd.). „Der ukrainische Normalbürger hat kein Geld, sich Falschvisa und Schwarzarbeitsplatz zu erkaufen. Er borgt sich's mühevoll zusammen. [...] Und er muss Geborgtes auch dann zurückzahlen, wird seine Reise in Görlitz beendet. Dann muss er sogar neue Schulden machen, um nach Hause zu kommen. [...] [I]mmer wieder [stoßen sich] neue Verbrecher gesund am einfachen Ukrainer. Denn in Portugal die Anbieter illegaler Arbeit zu verfolgen liegt nicht in der Macht des BGS. Und die Beseitigung des Wohlstandsgefälles schon gar nicht...“ (ebd.).

<sup>590</sup> „Wenn Ukrainer in Kiew Visa für Europa erschleichen, um in Portugal illegal zu arbeiten – was geht das Görlitz an? Sehr viel. Denn das Beispiel verdeutlicht, was laut Schengener Abkommen EU-Sicherheit heißt“ (ebd.).

Dass aber trotz stets präsenter Bedrohungen die Sicherheit der Bevölkerung an der Grenze dank Hoheit der Sicherheitsbehörden über „die Kriminellen“ gewährleistet sei, betont ein Bericht zur Situation in Polen, der auf Zurückweisung offenbar virulenter Ängste gerichtet scheint: „Zgorzelec ist eine sichere Grenzstadt [...] Die Görlitzer brauchen beim Besuch im polnischen Teil ihrer Stadt keine Angst vor Kriminellen zu haben. [...] ‚Wir und nicht die Kriminellen beherrschen die deutsch-polnische Grenze‘, sagte der Oberstleutnant“ (28.10.02). Neben der zusehends erfolgreichen grenzüberschreitenden Sicherheitskooperation hinge „[d]ie niedrige Kriminalitätsquote in der polnischen Grenzstadt auch mit der sehr harten Abschiebepolitik in Polen zusammen“, so der stellvertretende Leiter des Bundesgrenzschutzamtes Pirna, Remmer: „Hier könnten die polnischen Grenzschützer viel konsequenter durchgreifen als die deutschen. Dadurch habe man verhindert, dass der ‚Bodensatz von Kriminellen und Illegalen‘, denen die Einreise in die EU verwehrt wurde, in Zgorzelec hängen bleibt“ (ebd.). Direkt anschließend wird die gesellschaftliche Bedeutung der Sicherheitskräfte herausgestrichen: „Wir haben nicht nur den Ruf, die Grenze schützen zu können, sondern erfreuen uns auch großer Sympathie bei den Menschen“, sagte der Presseoffizier“ (ebd.). Betrachtet man die applizierten Schlüsse in Gänze, stehen sich im Grenzraum Beschützer und Bevölkerung, „Menschen“, einerseits, „Kriminelle und Illegale“ andererseits, gegenüber. Belastungen und Gefahren werden extralokal verortet, abwehrende Anstrengungen zum Schutz des Inneren gegenüber dem Außen erscheinen unumgänglich.

Die Berichterstattung mit ihrer konstitutiven Perspektive der Polizeibehörden präsentiert die Grenzregion als Aktionsraum zahlloser Straftäter: Vor allem Schleuser, irreguläre Einwanderer und Schmuggler, auch als „Kriminelle“ (z. B. 25.02.02) oder „Verbrecher“ (z. B. 8.01.02) subsumiert, repräsentierten eine permanent virulente, durch die EU-Erweiterung sogar drohend steigende Belastung, und stellten die Sicherheitskräfte vor stets neue Herausforderungen. Prägend erscheint ein fortlaufendes Wechselspiel, ein im Grunde endloser Kreislauf; „Ruhe an den deutsch-polnischen Grenzübergängen“ werde es nicht geben (8.02.02): Die Ermittlung, Aufdeckung und erfolgreiche Feststellung gängiger Grenzverletzungspraxen sowie Beseitigung der Kontrolllücken und „Schlupflöcher“ (16./17.03.02) oder „Systemfehler“ (8.02.02) durch die Polizeibehörden einerseits, strategische und methodische Modifikationen seitens als raffiniert dargestellter Grenzverletzer andererseits, gingen fortlaufend ineinander über.<sup>591</sup> Als maßgebliche Antreiber werden beständig „Schleuserkriminalität“ (z. B. 13.03.02), „die Schleuser“ (z. B. 16.01.02) bzw. „Schlepper“ (z. B. 28.10.02), „Menschenschmuggler“ (z. B. 15.05.02) und „Menschenhändler“ (z. B. 25.02.02) hervorgehoben, die „Illegale“ (z. B. 7.11.02) auf immer neue Weise in die EU brächten.<sup>592</sup> Für im Hintergrund agierende, sich durch Profitstreben und hohe kriminelle Energie auszeichnende, professionelle Banden sei das Schicksal „verzweifelte[r] Menschen“ ein endlos ergiebiges Geschäft: „Menschenhandel [...] Schlepper verdienen Milliarden [...] Lukrativ wie der Drogenschmuggel [...] Solange es Nachfrage gibt, sind die Schmuggler im Geschäft“ (27.02.02).<sup>593</sup> Die Verfolgung von „Schleuserkriminalität“ und „illegalen Einwanderern“ erscheint wiederkehrend als Hauptaugenmerk der Sicherheitskräfte im

<sup>591</sup> „Die Fantasie der Diebe, Hehler und Schmuggler kennt bei der Auswahl immer neuer Verstecke keine Grenzen“ (8.01.02); „[E]rfindungsreiche illegale Einreisler schaffen sich ihre eigenen Ausweise“ (10.10.02).

<sup>592</sup> Entsprechend z. B. „Schleuserorganisation“ (z. B. 5.04.02), „internationale Schleuserbande“ (z. B. 30.04.02), „Schlepperbande“ (z. B. 15.03.02), „Menschenschmugglerring“ (z. B. 15.05.02) oder „kriminelle Vereinigung“ (5.04.02).

<sup>593</sup> Im Weiteren z. B. auch: „Seit Monaten hat die Schleuserkriminalität in Brandenburg Hochkonjunktur“ (8.01.02); „Die Schleuser sollen von jedem Flüchtling rund 17 000 Euro kassiert haben“ (15.03.02); „Illegale Grenzübertritte werden immer

Grenzraum.<sup>594</sup> Grenzbedingte sowie ausländerspezifische Straftaten werden auch als maßgebend für ein erhöhtes regionales Kriminalitätsaufkommen markiert.<sup>595</sup> „Dennoch sei der Eindruck falsch, die Grenzregionen in Sachsen und Brandenburg seien Schwerpunkte der Kriminalität“, so der Präsident des Grenzschutzpräsidiums-Ost, Hansen: „Die offiziellen Kriminalitätszahlen seien nur deshalb höher, weil typische Ausländerdelikte wie Verstöße gegen das Ausländergesetz mitgezählt werden“ (6.11.02).<sup>596</sup> In Berichte über Aktivitäten der Sicherheitskräfte eingebundene Stimmen der Bevölkerung streichen offenkundiges Vertrauen in den Einsatz für Sicherheit heraus. „Aber vielleicht suchen die ja jemanden“, wird z. B. eine namentlich genannte Frau anlässlich einer Großfahndung gegen „illegale Einwanderer und ihre Schleuser“ zitiert: „Und überhaupt finde sie die Aktion ganz in Ordnung, schließlich will ich auch in Sicherheit leben“ (2./3.02.02). Die Beamten erscheinen als Sicherheitsgaranten, die den Fahndungsfokus repräsentierenden als Sicherheitsrisiko, vor dem die Bevölkerung geschützt werden wolle.<sup>597</sup> Die folgende Schilderung einer offenbar intensiven Überprüfung eines Portugiesen deutet auf die Implikationen der regionalen Formierungsprozesse; unbekannte, offenkundig nicht ortsüblich anmutende Personen erscheinen verdächtig, als potenzielles Risiko.<sup>598</sup> Der bereits zitierte Schluss: „Eine sinnvolle Ergänzung in Sicherheitsfragen schadet eigentlich nur den Grenzverletzern“ (17.04.02), repräsentiert exemplarisch die Berichterstattungsperspektive. Sie firmiert als Fürsprecher der Sichtweisen und Einschätzungen der Polizei, speziell des BGS, perpetuiert und untermauert unter anderem Erfahrungswissen, Forderungen und Fahndungsfokus, und (re-)produziert einen Legitimationsdiskurs für deren Unverzichtbarkeit im Grenzraum: In Reaktion auf unablässig, durch die EU-Erweiterung zunehmend virulente Gefahren seien ausdifferenzierte, grenzüberschreitend integrierte Abwehrmaßnahmen unabdingbar.

Der für die Berichterstattung konstitutiv wertschätzende Bezug auf die Protagonisten für Sicherheit steht in frappierendem Kontrast zum Blick auf (mutmaßliche) Grenzverletzer. Sie erscheinen als polizeiliche Antagonisten, als „Ungemach“ (5.06.02), als vor allem „Straftäter“

---

häufiger ein Geschäft für organisierte Schleuserbanden. [...] Delikte verlagern sich immer stärker in den Bereich der Organisierten Kriminalität“ (6.11.02); „Mit Besorgnis registrierte der BGS die steigende Professionalität und Brutalität von Schleuserbanden“ (9./10.02.02). Eine differenzierte Betrachtung einer irregulären Migration assistierender Tätigkeiten unterbleibt. Prägend sind Zuschreibungen wie z. B. „Drahtzieher im Hintergrund“ (27.02.02), „Bandenmitglieder“, „Anführer“ oder „Kopf einer internationalen Schleuserbande“ (30.04.02).

<sup>594</sup> Eine „bessere Bekämpfung der Schleuserkriminalität“ wird z. B. als spezielle Erwartung einer intensiveren Kooperation der Behörden beiderseits der Grenze bezeichnet (21.06.02), als Anlass für einen „Großeinsatz“ die Fahndung „nach illegalen Einwanderern und ihren Schleusern“ (2./3.02.02), als erfolgreiche „Gefahrenabwehr“ explizit „Zurückweisungen“, „annulierte Visa bei Versuchen, in das Schengen-Gebiet einzureisen“ sowie „unerlaubte Arbeitsaufnahme in Deutschland“ (12./13.01.02); zudem die „Zurückweisung“ von Personen an Grenzübergängen aufgrund „Visaerschleichungen zum Zwecke der illegalen Arbeitsaufnahme“ als Verweigerung der Einreise von „unerwünschten Bürgern“ (13.03.02) und als „eigentliche Grenzaufgabe“, die Verfolgung unerlaubter Einreisen“ (11.10.02).

<sup>595</sup> Z. B.: „Mehr als 3 100 ukrainische Schwarzarbeiter sind die Hauptursache, dass im Regierungsbezirk Dresden die Kriminalität im Jahr 2001 um 4 404 Fälle und damit um 3,3 Prozent gestiegen ist“ (16./17.02.02); „Transitländer wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen [sind] auch beliebte Pfade der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität“ (3.09.02).

<sup>596</sup> „Auch würden 13 880 illegale Grenzübertritte die Statistik belasten“ (6.02.02); „Die Statistik ist allerdings durch die Grenzlage verzerrt. Lässt man die auf dem Asyl- und Ausländergesetz basierenden Vorfälle außer Acht, stehen als tatsächliche Kriminalität in Görlitz 6 547 Straftaten zu Buche“ (12.02.02).

<sup>597</sup> Den Einsatz kritisch betrachtende Sichtweisen finden zwar Erwähnung, begnügen sich aber ausschließlich mit einem Zitat des polizeilichen Einsatzleiters: „„Einige empfinden das als Schikane“, so Thiemann“ (ebd.).

<sup>598</sup> „Eine Kontrolle dauerte etwas länger. Eine dreiviertel Stunde lang rätselten die Beamten, ob der Portugiese aus dem roten Kleintransporter ‚echt‘ war oder nicht. Fünf Kollegen in zivil nahmen sich der Sache an, telefonierten und prüften die Papiere des Mannes. [...] Ein Dolmetscher musste her. Zumindest telefonisch. Nach einem kurzen Sprachtest stand fest: Der Mann ist Portugiese, der Pass zudem in Ordnung“ (ebd.). Ähnlich: „Nach Arbeit und Geld gefragt hat eine unbekannt Person am Montag in Niederoderwitz. Ein Bürger verständigte den Bundesgrenzschutz. Die Beamten schwärmten aus und hielten wenig später auf der B 96 einen ukrainischen Staatsbürger an“ (14.08.02).

(z. B. 29.11.01), „Kriminelle“ (z. B. 25.02.02) und „Verbrecher“ (z. B. 8.01.02) sowie als Sicherheitsrisiko. Empathie ist nicht zu vernehmen. Ihrer Perspektive wird nicht einmal Ausdruck verliehen. Stets werden sie auf eine Arbeitsbelastung für die Beamten reduziert, und dabei auch, vor allem ob augenscheinlich ungeeigneter, weil entdeckter Methoden, die Grenzschrützer und ihre Kontrollen umgehen oder überlisten zu wollen, regelrecht verhöhnt.<sup>599</sup> Selbst Diensthunde erfahren ausdrücklich Wertschätzung, dem entgegen „illegale Einreiser“ auf zu Verfolgende, zu Schnappende herabgesetzt werden.<sup>600</sup> Irreguläre Einwanderer erscheinen als Fahndungs- und Feststellungsobjekte.<sup>601</sup> Besonders prägnant bei der Bekanntgabe mutmaßlicher Grenzverletzungen erscheint der regelmäßige Einsatz Besonderheit oder Aufsehen evozierender Stilmittel, die Informationen über den offensichtlichen polizeilichen Alltag augenscheinlich abzuwechseln und ironisierend zu thematisieren versuchen. Ereignisse werden teils dramatisierend zugespitzt, mutmaßlichen Delinquenten wird wiederholt, teils gänzlich unverhohlen mit Hohn und Spott begegnet.<sup>602</sup> Weiterführende Hintergründe zu in aller Regel auf Verkündungen in

<sup>599</sup> Allein statt anderer: „Der arbeitsreiche Tag erschien um 9 Uhr in Gestalt eines polnischen ‚Lumpensammlers‘. Der Mann hatte sein Handwägelchen voll bepackt und die Absicht, mit diesem [...] in die Zgorzeleer Heimat zu rollen. Im Wagen fanden die Grenzer zunächst das übliche Sammelsurium: Decken, etwas Schrott, etwas Werkzeug. Aber auch zwei Autoradios fanden sich, angeblich für je zehn Euro ‚gekauft bei deutsche Mann‘. Die Nachforschungen nahmen nun ihren Instanzenweg, und nach einiger Zeit wusste der polnische Sammler, dass es auch die Grenzer wussten: Er transportierte Diebesgut [...]. Die Unterschrift auf dem Vernehmungsprotokoll war noch nicht trocken, als die Kontrollkräfte das nächste Autoradio fanden. Diesmal sogar dort, wo es niemand vermutet, [...] im Auto. Warum aber hörte der des Deutschen unkundige polnische Fahrer damit ausgerechnet den sprachlastigen Deutschlandfunk? Zur Tarnung, denn das gute Stück hatte er zuvor im bayrischen Dinkelsbühl gestohlen. [...] Als der untersuchende Beamte seinen Schwatz mit den Kollegen [...] beendete, war es 13.30 Uhr. Da klingelte das Telefon erneut, und eine Verkäuferin meldete einen Ladendiebstahl [...] Neben all den Langfingerübungen kam fast zeitgleich auch ein Ruf nach der eigentlichen Grenzaufgabe: Unerlaubter Neißübertritt [...]. Also alle Mann los, und bald schon konnte sich eine völlig durchnässte Moldawierin in einem der Streifenwagen aufwärmen. Bis sie nach Polen – diesmal auf dem Landweg – abgeschoben wurde, verblieb den Beamten nur noch das, was auch bei all den anderen Tätigkeiten des Tages mehr oder weniger lustvoll ausgefüllt werden muss: Formulare, Formulare, Formulare“ (11.10.02).

<sup>600</sup> „So ein Hund ist auch nur ein Mensch!“ [...] Allein in 35 Fällen hatten in diesem Jahr bisher illegale Einreiser und Straftäter die Görlitzer und Ludwigsdorfer BGS-Hunde auf den Fersen. [...] ‚Allein zwei Diensthunde haben einmal sage und schreibe 65 illegale Einreiser an der Flucht gehindert‘, schildert er [F. Helbig, Polizeiobermeister; M. M.] [...]. Nur selten allerdings beißt ein gut ausgebildeter Schutzhund wirklich zu [...]. Einem im Sinne des Wortes geschnappten Iraker indes war das jüngst gar nicht so unrecht: Bis zur Ausweisung war er zehn Tage zu verpflegen – die Frist, nach der eine Infektion ausgeschlossen werden kann, was sich bei den ständigen tierärztlichen Untersuchungen fast von selbst ausschließt“; das Foto eines Hundes bestärkt den positiven Bezug auf die „Grenzer ohne Uniform“ (20.12.02).

<sup>601</sup> Als „illegale“ (z. B. 7.11.02), „illegale Einwanderer“ (z. B. 26.07.02), „illegale Einreiser“ (z. B. 12.04.02), „illegal eingereiste Ausländer“ (z. B. 28.06.02), „Grenzverletzer“ (z. B. 1.02.02) und „Geschleuste“ (z. B. 17.04.02), oder auch mittels Nationalitäten bezeichnete Personen (z. B. „illegal eingereiste Moldawier“, 19.12.01), die z. B. „illegal durch die Neiß nach Deutschland gekommen“ (1.10.02) oder „über die Neiß geschmuggelt“ (17.04.02) worden seien. Sie würden „aufgegriffen“ (z. B. 7.11.02), „gestellt“ (z. B. 20.08.02), „gefischt“ (z. B. 5.07.02), „geschnappt“ (z. B. 14.06.02), „gefasst“ (z. B. 7.12.01), „erwischt“ (z. B. 9.01.02), „ertappt“ (z. B. 22.10.02), „festgenommen“ (z. B. 1.10.02) und „aus dem Verkehr gezogen“ (28.06.02), oder seien „ins Netz gegangen“ (3.07.02), und würden „zurückgeschoben“ (z. B. 12.03.02), „abgeschoben“ (z. B. 14.08.02), „zurückgewiesen“ (z. B. 14.02.02), „ausgewiesen“ (z. B. 13.12.02), „zurück geschickt“ (z. B. 5.07.02), „überstellt“ (22.10.02), „übergeben“ (z. B. 14.08.02) oder „sogleich zurück nach Polen geschickt“ (z. B. 3.07.02).

<sup>602</sup> Z. B.: „Lohnender Stopp [...] [D]er Bundesgrenzschutz [hat] [...] einen Kleintransporter gestoppt, in dem sich 13 Frauen, Männer und Kinder aus Afghanistan befanden“ (7.12.01); „Große Rechnung [...] Am Dienstag nahm der BGS in Ludwigsdorf einen Ukrainer wegen seines abgelaufenen Visums fest. Als die Beamten dem Mann wegen des Rechtsverstoßes Geld abnehmen wollten, wurde ihm so übel, dass der Diensthabende den Notarzt rief. Der kam mit einem Rettungshubschrauber, weil es nötig schien. Doch stellte der Arzt schnell fest, der Mann war gesund. Schlecht wurde ihm, als er die Rechnung sah“ (25.04.02); „Illegales Örtchen [...] Eine Ukrainerin schaffte es beim Rückweg in ihre Heimat nur bis zum Grenzübergang Ludwigsdorf. Dass dort nicht nur durchgewunken, sondern tatsächlich ordentlich kontrolliert wird, schlug der jungen Frau wohl dermaßen auf den Magen, dass sie nicht nur kurz eine öffentliche Toilette aufsuchte, sondern sich in dieser gleich häuslich einrichtete. Aus gutem Grund. Denn als polnische Grenzbeamte das plötzlich ständig besetzte Örtchen in Augenschein nahmen, fanden sie auch die dort mittlerweile deponierten Beschäftigungsnachweise der Ukrainerin. Sie hatte in Frankfurt/Main schwarz gearbeitet, und obendrein war ihr Deutschland-Visum bereits seit September 2000 abgelaufen. [...] Jetzt urteilt das Görlitzer Amtsgericht darüber. Und bestimmt wird es gegen die ukrainische Frau eine höhere Strafe aussprechen, als nur ein Toilettenverbot...“ (6.05.02); „Was macht ein mit Haftbefehl gesuchter Ukrainer, wenn er mit gestohlenem polnischen Ausweis nach Deutschland einreisen will? Richtig: Er macht meist eine schlechte Figur. Denn für verfälschte Dokumente haben die Grenzer hier längst geübte Blicke. Wladimir Z. überlegte deshalb lange, wie er die Beamten vom Ausweis ablenken und zugleich auch den polnischen Kontrolleuren die nicht zum Dokument passende Muttersprache verheimlichen könnte. Seine Idee fand Wladimir so einfach wie genial – man braucht nur rundum besoffen zu spielen! Da kann man, dachte

Kurzmeldungen oder Verweise in Berichten über die Aktivitäten und Erfolge der Polizeibehörden reduzierte Feststellungen und folgenden Verfahrensweisen mit Grenzverletzern jenseits Festnahme, Anzeige oder Abschiebung, werden nicht vermittelt. Spezielle Aufwendungen zur Verfolgung von Grenzverletzern in Form technischen und personellen Einsatzes,<sup>603</sup> eingeleitete Fahndungsmaßnahmen aufgrund Hinweisen aus der Bevölkerung,<sup>604</sup> Unfälle im Zuge polizeilicher Maßnahmen<sup>605</sup> oder Todesfälle beim Versuch, die Grenze irregulär zu überwinden,<sup>606</sup> werden nur kurz und knapp vermeldet. Nicht selten werden angebliche Fakten präsentiert, die sich allein als Mutmaßungen oder Ermittlungsergebnisse der Polizeibehörden offenbaren.<sup>607</sup>

#### 5.4.5.4 Synoptische Zusammenschau der Berichterstattung von MOZ, LR und SZ

Der Analysekorpus des *Teildiskursstranges Migration an der deutschen Ostgrenze* ist einheitlich strukturiert und thematisch klar zugerichtet.<sup>608</sup> Er reproduziert die *Diskursebene der Grenzschutz- und Polizeibehörden*, flankiert und unterfüttert von Anteilen des Politikerdiskurses und gestützt vom Alltagsdiskurs, und (re-)präsentiert, teils eindrücklich metaphorisiert, deren Deutungen und Wissensbestände sowie handlungsleitenden Erfahrungswerte zur Verfolgung von (mutmaßlich) delinquenten Handlungen.<sup>609</sup> Ihnen kommt Deutungshoheit und Definitionsmacht zu. Sie liefern Anlass und Quelle einer oft im wahrsten Wortsinne gestalteten Bericht-

---

er, jeden Satz schön auffällig vernuscheln. Pech für ihn, dass er beim Görlitzer BGS auf wahre Kunstkenner stieß. Eine dermaßen schlechte schauspielerische Leistung hatte man an der Stadtbrücke wohl noch nie gesehen, und schöpfte erst Recht Verdacht. Nun darf Wladimir auch noch den völlig unnötigen Alkoholest bezahlen...“ (11.06.02). In Sammelmeldungen von Feststellungen an der Grenze repräsentieren mutmaßliche Schleuser oder irreguläre Einwanderer wiederholt die Überschrift (z. B.: „Wink nach dem Schleuser mit der Streife verwechselt“, 24.11.01; „Illegale Einreiser und ein Dieb“, 12.04.02). Manch Überschrift assoziiert auch Zusammenhänge, die laut Meldung nicht nachzuvollziehen sind (z. B.: „Grenzschleusungen großen Stils aufgedeckt“, 23.11.01; „Drogenfahrt, Radioklau und Illegale“, 19./20.01.02).

<sup>603</sup> Z. B.: „In dem Auto fanden die Beamten [...] vier unerlaubt eingereiste Afghanen. Trotz intensiver Suche zu Fuß und mit Hubschrauber konnten der Fahrer und der Schleuser jedoch nicht gestellt werden“ (24.11.01); „Die Insassen flüchteten nun zu Fuß weiter, hatten mittlerweile aber einen BGS-Hubschrauber über sich...“ (12.03.02). Auch ergebnislose Großeinsätze bleiben unkommentiert: „Ein Großeinsatz des Bundesgrenzschutzes im mittleren und westlichen Erzgebirge gegen Schleuser und illegal Eingereiste ist gestern nach fünf Stunden ohne Ergebnisse beendet worden. Rund 45 Beamte und zwei Hubschrauber aus Berlin waren [...] unterwegs. Etwa 700 Fahrzeuge wurden kontrolliert“ (3.07.02).

<sup>604</sup> Z. B.: „Ein Bürger verständigte den Bundesgrenzschutz. Die Beamten schwärmten aus und hielten [...] einen ukrainischen Staatsbürger an, der keine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland vorweisen konnte“ (14.08.02); „Verfolgungsjagd nach illegaler Einreise [...] Dank eines Hinweises eines Ludwigsdorfer Bürgers konnten [...] fünf afghanische Staatsangehörige festgenommen werden [...]. Der Zeuge hatte sie in ein Auto steigen sehen und dessen Kennzeichen dem BGS übermittelt. [...] Zivilstreifen nahmen die Verfolgung des Pkw auf“ (1.10.02). Auch zu einer inszenierten Übung gehörten offensichtlich Hinweis gebende Bürger: „Außerdem läuft eine Schleusung bei Wehrsdorf. Ein Sohlander hatte den Tipp gegeben“ (5.06.02).

<sup>605</sup> Von Interesse erscheint primär die Verfolgung mutmaßlicher Grenzverletzer; z. B.: „[V]erunglückte [...] ein VW-Transporter während einer Verfolgungsfahrt. Im Unfallwagen saßen ein polnischer Schleuser und illegal eingereiste Vietnamesen. Als BGS und Zoll den Transporter verfolgten, kam er [...] von der Fahrbahn ab und stieß gegen einen Holzpfahl. Die Insassen wurden festgenommen“ (1./2.12.01); „Sofort eingesetzte Streifen fanden [...] zwei durchnässte Ausländer [...]. Sie mussten wegen Unterkühlung medizinisch versorgt werden. Eine Zurückschiebung nach Polen ist vorgesehen“ (19./20.01.02).

<sup>606</sup> „VOR ZEHN JAHREN [...] BGS und Feuerwehr bargen am Wochenende zwei männliche Leichen aus der Neißة. Wahrscheinlich handelt es sich um Personen, die beim Versuch der illegalen Einreise nach Deutschland ertrunken sind. [...] Aus ‚Sächsische Zeitung‘, 29. April 1992“ (29.04.02).

<sup>607</sup> Z. B.: „Bundesgrenzschutz nimmt Schleuser fest [...] Ein 34-jähriger mutmaßlicher Schleuser aus Vietnam ist [...] festgenommen worden“ (24.06.02); „Bundesgrenzschutz fasst polnische Bankräuber [...] Zwei mutmaßliche Bankräuber aus Polen sind [...] gefasst worden“ (5.07.02).

<sup>608</sup> Unterschiede zwischen den drei Berichterstattungen sind von geringer Bedeutung, die qualitative Bandbreite und das sich kontinuierlich zeigende Verlaufsmuster sind sehr ähnlich. Im Analysekorpus berücksichtigt wurden für diesen Teildiskursstrang für die MOZ 635, die LR 473 und die SZ 643, insgesamt also 1751 Analysegegenstände.

<sup>609</sup> Der Politikerdiskurs wird speziell durch Innenpolitiker des Bundes und der Länder sowie ab und an auch aus Polen und Tschechien repräsentiert. Wissensbestände des Alltagsdiskurses werden vor allem durch Befragungen im Rahmen der persönlich begleiteten Arbeit von Grenzschutz- und Polizeibeamten eingespeist.

Erstattung, die deren Aussagen (speziell in Überschriften) zuspitzt und überhöht und Feststellungserfolge oder notwendige Fahndungsschwerpunkte herausstellt.<sup>610</sup> Konstitutiv ist ein (zahlreich ikonografisch flankierter) empathisch wertschätzender Bezug auf deren vor allem regionale Repräsentanten.<sup>611</sup> Sie sind, in erster Linie für den von (internationaler, organisierter) Kriminalität offenbar besonders belasteten und gefährdeten deutsch-polnischen (und -tschechischen) Grenzraum, und dabei stellvertretend für Deutschland und die gesamte EU, Garanten für Gefahrenabwehr, Lastenbewältigung und (innere) Sicherheit. Angeblich stets virulente, aufgrund des anstehenden, diskursiv zweifelsfrei als sicherheitspolitische Herausforderung gesetzten Bedeutungswandels der Grenze durch die EU-Erweiterung (drohend, weiter, stark) ansteigende Belastungen und Gefahren in Person von Straftätern – vor allem Schmuggler, Schleuser, Menschenhändler, irreguläre Migranten, Diebe und Hehler, die sich durch Fantasie, Raffinesse und erhebliche kriminelle Energie auszeichnen –, stellen die Basis für Risiko- und Sicherheitsdiskurse sowie zur Legitimation einer unvermindert hohen Präsenz der Polizeibehörden; zum Wohle der Bevölkerung. Zum Schutz und zur Verteidigung des *Innen* ist eine besondere Überwachung der Grenzregion auch künftig unverzichtbar, die Zusammenarbeit aller sicherheitsrelevanten Akteure beiderseits der Grenze ist weiter zu intensivieren und zu optimieren, Überwachungs-, Kontroll- und Fahndungsmodi sind anzupassen und raumgreifend weiter auszudifferenzieren. Dem Teildiskursstrang inhärent ist der – vielfach sehr scharf konturierte – Gegensatz zwischen Grenzschützern als umsichtige, erfolgreiche Sicherheitsgaranten und Sympathieträger (freundliche, bodenständige Verbrechensbekämpfer, Beschützer etc.) einerseits. Andererseits (potenzielle, mutmaßliche) Straftäter als stets präsenzte Herausforderung, die, vielfältig metaphorisiert, und immer wieder homogenisiert, Feststellungs- und Fahndungsobjekte verkörpern (Kriminelle, Verbrecher, Übeltäter, Ganoven, zwielichtige Zeitgenossen, unerwünschte Bürger etc.). Speziell betreffend Migration repräsentiert der Teildiskursstrang die Aussage:

▪ ***(Irreguläre) Migration (und die damit verbundene Kriminalität) ist eine (drohende, starke) Belastung und Gefahr für Deutschland (und die EU) – und ganz speziell für die deutsche Grenzregion zu Polen –, die zu verhindern und zu bekämpfen ist.*** Zahlreiche, insbesondere aus dem Spendebereich der Natur gespeiste Kollektivsymbole setzen irreguläre Migration nach Deutschland (und in die EU), auch als unerlaubt oder unkontrolliert, in aller Regel aber als *illegal* markierte Migration, als andauernde (drohende, starke, zunehmende) Belastung durch (auch nach Zurückweisung, Rückführung etc. wiederkehrende) Personen ohne Einreise- bzw. Aufenthaltsrecht; aufgrund ihrer Raumlage ganz ausdrücklich für die deutsche Grenzregion zu Polen.<sup>612</sup> Die Verhinderung von irregulären Einreisen und Grenzkriminalität ist gesetzlicher Auftrag, Schwerpunkt des Grenzschutzes die Bekämpfung der Migrationskriminalität. Speziell die EU-Außen- und Binnengrenzräume – und somit auch die deutsch-polnische/-tschechische Grenzregion – sind (weiter) stark überwachungsbedürftig, stellvertretend für die gesamte Staa-

<sup>610</sup> Auch offensichtlich redaktionell (nicht) bearbeitete Verlautbarungen von BGS, Zoll oder Landespolizei erscheinen z. B. hinsichtlich Layout und grafischer Gestaltung als originärer Teil der Berichterstattung.

<sup>611</sup> Zahlreiche Fotos von Beamten, vielfach im Einsatz oder bei der Präsentation von Feststellungserfolgen, oder auch eingesetzten Hilfsmitteln (z. B. Hubschrauber, Spürhunde) bestärken in aller Regel die Aussagen der nebenstehenden Texte. Häufig grafisch abgehoben abgedruckte Tätigkeitsnachweise erscheinen als Geschichten des Erfolges der Polizeibehörden, als Erfolgsgeschichten des Schutzes und der Gefahrenabwehr.

<sup>612</sup> Deutschland (und die EU) als Ziel von z. B. Einwanderungsströmen, Flüchtlingswellen, eines Ansturms, einer nicht abreißen Kette illegal einreisender Personen; allein knappe, nicht/kaum näher explizierte Bezüge auf Push- und Pull-Faktoren internationaler bzw. transnationaler Migration applizieren eine ungebrochene Massenmigration.

tengemeinschaft, im Sinne gemeinsamer Lastenteilung als Anteil an Verantwortung für europäische Sicherheit. Zum Schutz des *Innen* gegenüber *Außen*, zur Bekämpfung, Abwehr etc. von Belastungen und Gefahren, sind raumgreifend optimierte polizeiliche Handlungen gegen (drohende) irreguläre Einwanderung und diesbezüglich Assistierende notwendig, auch abschreckend: ein das Binnenland einschließender Sicherheitsgürtel gegen (unkontrollierte) Migration und (damit verbundene) Kriminalität.

Ein *Gegendiskurs* oder eine auch nur alternative, die Situation im Grenzraum jenseits der den Diskurs konstituierenden Wissensbestände der (Repräsentanten der) Polizeibehörden beleuchtende oder eingehender (eventuell kritisch) befragende Perspektive ist nicht repräsentiert. Selbst *Deutungskämpfe* sind nicht Teil der konstitutiven, eng aneinander gebundenen und fest miteinander verschränkten Belastungs-, Gefahren-, Sicherheits- und Legitimationsdiskurse. Die Diskursposition der Polizeibehörden thront unumstritten, sie ist die Meinung der Experten, auf Erfahrungswissen basierende Gewissheit. Sie qualifiziert und strukturiert den Diskurs und (in-)formiert die Diskursgemeinschaft der Rezipienten. Ihre Deutungen und Argumentationen werden nicht befragt, sie erscheinen zutreffend, richtig, rechtmäßig, kein Spielraum für Zweifel: Ihre Wissensbestände, ihre Ermittlungsergebnisse, Verdachtsmomente oder Vorverurteilungen, repräsentieren *die* Wirklichkeit.<sup>613</sup> Adjektive wie mutmaßlich, vermutlich etc. werden allem Anschein nach beliebig eingesetzt. Es werden Fakten und Tatsachen vermeldet, *die* Wirklichkeit kongruent dem Wissen, dem sicheren Blick und den (auf Erfahrung basierenden) Deutungen der Polizeibeamten: Ein von ihnen Verdächtiger, Beschuldigter oder Angeklagter wird als Straftäter dargestellt, das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung wird massiv geschliffen. Aufgrund generell undifferenziert angeschlagener Zuschreibungen speziell für eines Verstoßes gegen das Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern Verdächtiger zum einen, sowie vielfältigen, gleichsam augenscheinlich wahllos angewandten Generalisierungen, Homogenisierungen und Subsumierungen betreffend (verantwortliche, treibende, profitierende) Akteure sowie Ablauf und Motive des (irregulären) Migrationsgeschehens gen Deutschland (und die EU) zum anderen, symbolisiert jede sich (angeblich) unerlaubt aufhaltende oder (angeblich) irregulär eingereiste Person einen *Illegalen*, und jede dabei (angeblich) assistierende, unterstützend handelnde, in welchem Sinne oder mit welchem Motiv auch immer, einen Schleuser oder ein Mitglied einer international organisierten, kriminellen Schleuser- und Menschenhändlerbande, und wird entsprechend (erfahrungsbasiert) (vor-)verurteilt.

Besonders imposant auf die Verfestigung der Diskursposition und des Wissens der (Repräsentanten der) Polizeibehörden im Kreis der (regionalen) Rezipienten und die diskursive Verkittung und (In-)Formierung der Diskursgemeinschaft wirkend, zeigen sich Bezüge auf die persönliche Teilhabe von Reportern bei der Wahrnehmung oder Simulation des (herausfordernden, erlebnis- und ergebnisreichen) grenzpolizeilichen Alltags. Die vielfach narrativ ausgespinnene Bericht-Erstattung – bemerkenswert z. B. die Teilnahme an der Verbrecherjagd auf der Autobahn, der Schleuserjagd an der Oder und Ernstfallübungen mit fiktiven, aber explizit ethnisch markierten Fahndungszielen – reproduziert deren auf vielfältig ethnisiertem Wissen basierenden Erfahrungswerte und Verdachtsmomente für die Gefahrenabwehr und die Bekämpfung und

<sup>613</sup> „Wir machen, was wir wissen und für richtig halten, holen aber niemanden grundlos aus dem Verkehr“, so z. B. ein besonders eindrückliches Zitat zum handlungsleitenden Erfahrungswissen. Nach- oder Beweise, vor allem für angeblich rechtswidrige Handlungen, sind in aller Regel nicht Teil der Berichterstattung. Teils verzichten auch erkennbar exklusiv auf Verlautbarungen des BGS, des Zolls oder der Landespolizeien basierende Redaktionsbeiträge auf Quellenverweise. Wörtliche Zitate von Beamten werden auch wiederholt abgeändert abgedruckt, bestehende Texte fungieren wiederholt als Vorlage.

Verfolgung von Kriminalität. Und sie präsentiert die Grenzregion als prädestiniertes und präferiertes Terrain von Straftätern und *Unwesen*, grenzbedingt vor allem (auch) speziell nicht-deutscher Herkunft, die tagtäglich zurückzuweisen, zu bekämpfen, ins Visier zu nehmen, zu jagen, zu schnappen, aufzugreifen, aus dem Verkehr zu ziehen und, wenn möglich, zurückzuführen oder abzuschieben sind; eine aufgrund der Raumlage durch Kriminalität (besonders, stark, zunehmend) bedrohte, belastete und gefährdete Region mit einem signifikant hohen Anteil an Grenzdelikten und ausländischen Straftätern. Zwar tritt keine generell oder ausdrücklich betonte oder auch ikonografisch unterfütterte Thematisierung von (mutmaßlicher) Kriminalität durch Nichtdeutsche, z. B. auch unter dem schillernden Terminus *Ausländerkriminalität*, hervor, auch der erhebliche Anteil von Deutschen beim regionalen Kriminalitätsaufkommen wird herausgestrichen und die Struktur der erfassten Kriminalität und (mutmaßlichen) Täter/Tatverdächtigen (ansatzweise) spezifiziert und ins Verhältnis zur Raumlage gesetzt (z. B. mittels Unterscheidung zwischen Erfassungs- und Zielgebiet), regelmäßig werden aber Menschen aufgrund ihrer Nationalität/Herkunft in einen gesondert negativ akzentuierten Kontext gesetzt; speziell entsprechend dem reproduzierten Erfahrungswissen sowie den darauf basierenden Mutmaßungen und Vorverurteilungen, *der Wirklichkeit* und *der Wahrheit* (der Repräsentanten) der Polizeibehörden. Differenzierte Betrachtungen unterschiedlicher Gesetzesverstöße, und z. B. auch der (möglichen) Ursachen, Motive, Wirkungen etc., speziell im Grenzraum und im Lichte (allein) ausländerrechtlicher Vergehen, bleiben aus. Die von BGS, Polizei und Zoll im Allgemeininteresse, stellvertretend für alle EU-Bürger, zu verfolgenden (möglichen) Straftaten erscheinen per se als Teil von (gefährlicher, internationaler, organisierter) Kriminalität und entsprechenden Belastungen und Gefahren, Ausländer mit einer ausgewiesenen hohen Neigung zu (multipel) delinquentem und somit strafrechtlich zu ahndendem Verhalten als *Risiko und Unsicherheitsfaktor für die innere Sicherheit*, und somit speziell verantwortlich für das offensichtlich andauernde subjektive Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung (in der Grenzregion).

Redaktionelle Kommentare reproduzieren und bestärken nicht nur die Wissensbestände der Polizeibehörden, samt inhärenter Anliegen und Wünsche angesichts der bevorstehenden Änderungen und den daraus resultierenden (neuen, zusätzlichen) Herausforderungen für die innere Sicherheit. Sondern sie spitzen diese, auch mittels selbstreferenzieller Rückversicherungen auf den (eigenen Anteil am) Mediendiskurs, zu (teils dringlichen) Handlungsaufforderungen an die politischen Verantwortungsträger vor allem betreffend notwendige Anstrengungen zur Gefahrenabwehr für die Grenzregion zu. Als Leitbild für die sicherheits- und speziell auch migrationspolitisch außerordentlich bedeutsame Nahtstelle der sich erweiternden EU wird ein (optimiert) grenzüberschreitend integrierter Sicherheitsraum (re-)produziert, eine Region mit exportfähigem Modellcharakter und auch zwischenmenschlich hervorragend kooperierenden, im Sinne der europäischen Integration pionierhaft voranschreitenden Sicherheitsgaranten beiderseits der (noch besonders sozial) trennenden Grenze.<sup>614</sup> Für eine möglichst (noch) schlagkräftige(re) Bekämpfung und Verfolgung von (internationaler, organisierter) Kriminalität, eine (noch) wirksame(re) Sicherung, einen (noch) besseren Schutz der EU-Grenzen oder einen (noch) sicher(er)en Grenzraum, geforderte, (angeblich dringend) notwendige Kompetenz- und

<sup>614</sup> Stellvertretende Gefahrenabwehr, Lastenbewältigung und Sicherheitsverantwortung bei der gemeinsamen Grenzüberwachung im Interesse aller EU-Bürger, speziell für die Bevölkerung auf deutscher Seite, die aufgrund der offenbar beständig virulenten, durch die anstehenden Veränderungen weiter (drohend) zunehmenden Herausforderungen (noch immer, verstärkt) subjektiv verunsichert und entsprechend besonders sicherheitsbedürftig ist. Einzig zum Nachteil von (mutmaßlichen) Straftätern, die von offen(er)en Grenzen, den Lockerungen im EU-Binnengrenzverkehr, besonders (zu) profitieren (suchen).



Zuständigkeitsausweitungen für die (Intensivierung und Optimierung der internationalen Kooperation der) Grenzschutz- und Polizeibehörden, eine neue Qualitätsstufe der Kooperation, sind Anlass zur Anerkennung von bzw. Hoffnung auf mehr Feststellungserfolge/n, nicht aber einer Beleuchtung damit verbundener Wirkungen z. B. auf gesellschaftliche Formierungsprozesse.<sup>615</sup> Angeblich nur eine erhöhte, deutlich sicht- und spürbare Präsenz der Polizei im Grenzraum sowie neue, grenzüberschreitend integrierte, raumgreifend ausgeweitete Strategien und Konzepte der Kontrolle und Überwachung unter Einbeziehung der Bevölkerung können Kriminalität Einhalt gebieten, Straftäter abschrecken und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung befriedigen.<sup>616</sup> Lücken im Regelsystem der Zugangskontrolle und (mutmaßliche) Schlupflöcher für Straftäter (z. B. Personen ohne Aufenthaltsrecht, angeblich zweckentfremdete Einreiserlaubnisse), sind Argument und Legitimation für (weiter, raumgreifend) ausdifferenzierende Kontroll- und Fahndungsaktivitäten, die (weitere) Intensivierung und Synchronisierung der Kooperation der Polizeibehörden sowie veränderte gesetzliche Grundlagen. Die EU, für (irreguläre) Migranten der *goldene Westen*, wird diskursiv als ein sicherheitspolitisches Projekt, mit dem deutsch-polnischen Grenzraum als Vorbild und Exportschlager, repräsentiert: Ihre Außen- und Binnengrenzräume haben (genauso) sicher und dicht, aber dennoch (überwacht) offen zu sein. Die deutsch-polnische Grenzregion, für (irreguläre) Migranten ein Raum platzender Träume, repräsentiert einen sicherheitspolitisch speziell besetzten, schwerpunktmäßig von Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen geprägten Raum, eine Zone der (stellvertretenden) Konfrontation, des (auch spektakulären) Kampfes zwischen Innen und Außen, mit den Repräsentanten des Grenzschutzes und der Bevölkerung auf der einen Seite, Belastungen, Gefahren und Sicherheitsrisiken verkörpernden Straftätern – eindrücklich auch als *Bodensatz an Kriminellen und Illegalen* markiert – auf der anderen, vor denen die Bevölkerung geschützt werden will. Die diskursiv dargestellte, von Abwehr-, Kampf- und Abschreckungsmaßnahmen geprägte Wirklichkeit, der reale Neiß-Verlauf mit all seinen Wärmebildkameras und Hubschrauberkontrollen, so z. B. eine eindrückliche Charakterisierung in einem Kommentar, oder (als selbstverständlich erscheinende, dankenswerte) Anzeigen von (aufmerksamen, engagierten) Bürgern über unbekannte, offenkundig auffällige (z. B. durchnässte) Personen sowie die augenscheinliche Notwendigkeit der intensiven Überprüfung von Personen auf ihre *Echtheit*, weisen exemplarisch auf eine prinzipielle Verdächtigung und eine entsprechende Verfolgung und Überprüfung von Personen, die Straftäter sein könnten; also z. B. aufgrund ihrer äußeren Erscheinung nicht Aufenthaltsberechtigte, Ausländer ohne Papiere, *Illegale*. Näher beleuchtet werden die diskursiv reproduzierten grenzpolizeilichen und (damit einhergehenden) gesellschaftlichen Formierungsprozesse nicht. Das Wissen der (Repräsentanten der) Polizeibehörden sowie z. B. auch deren Aufwendungen bei der Verfolgung und Feststellung von (mutmaßlich) irregulären Migranten sowie folgende Verfahrensweisen sind über Zweifel erhaben.

Eine *Diskursebene* als sozialer Repräsentationsort von (irregulären) *Migranten* ist nicht vertreten. Die einzige Berücksichtigung ihrer Perspektive untermauert das Wissen der Polizeibehörden betreffend Ursachen und Ablauf des irregulären Wanderungsgeschehens: Aufgrund

<sup>615</sup> Allein exemplarisch seien hier eine Ausweitung der Datenerfassung und des Datenaustausches betreffend grenzüberschreitende Mobilitäten, Beschneidungen der informationellen Selbstbestimmung, hoheitliche Rechte für Sicherheitsbeamte im Nachbarland oder (weiter) verfließende Grenzen zwischen originär getrennt definierten Aufgaben von Behörden genannt.

<sup>616</sup> Selbst eingeräumte (bislang) rechtswidrige Praktiken der Grenzschutz- und Polizeibehörden erfahren keine Reflexion, sondern auf gerade dadurch erzielte Erfolge wird abgehoben.

schlechter, von Willkür, Gewalt und Brutalität bestimmter Lebensbedingungen in ihren Herkunftsstaaten macht sich eine nicht prognostizierbare Masse von Menschen auf den Weg nach Europa, die, so die zentrale Botschaft des Textes – „Das Geschäft der Schlepper“ –, von skrupel- und gnadenlosen Kriminellen, die das Paradies versprechen, aber nur auf finanziellen Gewinn aus sind, benutzt und ausgebeutet werden, und nach ihrer Zurückweisung oder Rückführung wieder(zu)kommen (drohen). Über ein (per se) angelastetes rechtswidriges Handeln hinaus finden Migranten als handelnde Subjekte im Grunde keine Beachtung. Empathie ist nicht zu vernehmen. Ihnen wird Objektstatus zuteil, als Straftäter und Unerwünschte zum einen, als (schutzlose) Opfer von Verbrechen zum anderen. Sie repräsentieren (generell verdächtige) polizeiliche Gegenüber und Antagonisten, eine Arbeitsbelastung für die Grenzschützer, Ziele von Fahndungs- und Feststellungsaktivitäten, Daten in Erfolgsbilanzen, eine Belastung der (regionalen) Kriminalitätsstatistiken, eine (räumlich konzentrierte) Belastung des deutschen Asylsystems, eine abzuwehrende Gefahr, ein Sicherheitsrisiko und einen Unsicherheitsfaktor für die Bevölkerung der Grenzregion, die zu verfolgen, zu jagen, zu schnappen, aufzugreifen, dingfest zu machen etc. und (möglichst, umgehend) dahin zurückzuschicken, rückzuführen oder abzuschicken sind, wo sie herkommen: in ihre Transit- oder Herkunftsstaaten. Was mit ihnen danach geschieht (z. B. auch aufgrund von Kettenabschiebungen), wird nicht thematisiert: Sie erscheinen aus den Augen und aus dem Sinn, nur als drohend Wiederkehrende. Sie werden nicht als Menschen, und somit z. B. schlicht als Migranten mit spezifischen Lebenslagen, eigenen Bedürfnissen, Entscheidungsfindungen, Wünschen, Zielen, Motiven, Sorgen oder Ängsten thematisiert, die ihr Recht auf Mobilität ausüben, sondern nur als (mutmaßliche) *illegale Flüchtlinge/Einwanderer und Illegale*, als Straftäter, als Schwindler oder Betrüger, denen der Zutritt zu verwehren ist und die zu ergreifen sind. Selbst Un- oder Todesfälle bedingen keine (nähere) Betrachtung ihrer Lebenslage. Regelmäßig werden sie in Besonderheit evozierender Weise für sprachliche Stilblüten funktionalisiert oder ihnen wird auch unverhohlen mit Verachtung, Hohn und Spott begegnet. Eigene Aussagen zielen angeblich nur dreist auf Verschleierung, Schwindel und Betrug, auf Entweichen und Untertauchen in der Anonymität. Sie sind diskursiv allein im Verhältnis zur nationalstaatlichen Rechtsordnung von Belang, und werden pauschal als Straftäter, gemeinsam mit anderen *Übeltätern*, Verbrechen etc., (vor-)verurteilt.<sup>617</sup> Gründe oder Motive für ein (mutmaßlich) gesetzeswidriges Handeln, oder warum Menschen bereit sind, die Risiken einer irregulären Migration in Kauf zu nehmen, bleiben außen vor.

#### 5.4.6 Zusammenfassung der Analyseergebnisse

Um den *Diskurs zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene regionaler Tageszeitungen* zu explorieren, wurden fünf (für die Berichterstattung von drei ausgewählten regionalen Printmedien getreu dem Forschungsinteresse wohlbegründet repräsentative) Teildiskursstränge festgelegt und (für eine Zeitspanne von rund 13 Monaten, getrennt voneinander, basierend auf 15 eigenständigen Analysekorpora) untersucht.<sup>618</sup> Somit liegt ein synchroner (und zugleich auch bedingt diachroner) Schnitt durch den

<sup>617</sup> Sie verkörpern kaum lösbar Probleme von Personen ohne Papiere und Geld, eine Belastung des Asylsystems etc.

<sup>618</sup> Die Teildiskursstränge erstens zum *Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung*, zweitens zu *Umgehensweisen mit Arbeitskräftebedarf*, drittens zu *Migration in die EU (und ihre Mitgliedsstaaten)*, viertens zu *Migration im Kontext der EU-Erweiterung* sowie fünftens zu *Migration an der deutschen Ostgrenze*.

Diskurs zum Thema *Migration in Deutschland* mit speziellen diskurssektoralen, zeitlichen und räumlichen Spezifizierungen vor – ein qualitativ vollständiger Ausschnitt aus dem großen Gewimmel des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, dem Archiv aller Diskursstränge der deutschen Gesellschaft, der durch den bisherigen Fluss von sozialen Wissensvorräten durch die Zeit, dem eng verflochtenen Zusammenwirken einer unermesslichen Zahl von (Teil-)Diskurs(sträng)en, aufruhend auf dem speziellen (historischen und aktuellen) diskursiven Kontext im Untersuchungsraum, gespeist und konstituiert wird. Dieser Diskursausschnitt wird nun zusammenfassend skizziert und in Beziehung zu den entfalteten Vorläufern und Hintergründen des Diskurses zum Thema *Migration in Deutschland* betrachtet.

***Ein einheitlich strukturierter Diskurs mit eindeutig (re-)präsentierten Machtverhältnissen***

Der durch die fünf Teildiskursstränge repräsentierte Diskursstrang zeigt sich in den drei Medien unverkennbar einheitlich geregelt, nahezu kongruent und gleichförmig produziert, und generiert daher eine homogene Struktur und Gestalt. Die ihn qualitativ konstituierenden und strukturierenden Eigenschaften sind (weitgehend) identisch. Abweichungen und Unterschiede sind von geringer, im Sinne des Forschungsinteresses zu vernachlässigender Bedeutung.<sup>619</sup>

Der regionale Printmediendiskurs weist sich durch eine klar besetzte und verteilte Macht über die (Re-)Produktion und Ausgestaltung des Diskurses zum *Thema Migration* und die damit verschränkten diskursiven Praxen und gesellschaftlich institutionalisierten Handlungsweisen aus. Das in ihm und durch ihn (re-)produzierte (aktuell gültige) Wissen ist eng an andere Diskursebenen gebunden. Er ist in erster Linie Forum und Bühne sowie Abbild des *Politikerdiskurses* und, mit diesem eng verschlungen, der Diskursebene der Grenzschutz- und Polizeibehörden, die als *Polizeidiskurs* subsumiert werden können. Diesen obliegt diskursive Deutungshoheit und Definitionsmacht. Sie formatieren und strukturieren den Diskurs, sie liefern die Themen und speisen ihn, sie besetzen, repräsentieren und generieren (an Macht gebundene und dadurch legitimierte) Wissensbestände. Auf unterschiedlichen diskursiven Bezugs- und Repräsentationsebenen sind spezielle, jeweils aktuell politisch legitimierte und somit deutungs- und handlungsbefugte Protagonisten der – insbesondere *innen- und sicherheits-* – politischen Eliten als diskursives Leit-, Identifikations- und Affirmationspersonal des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses von außerordentlicher Bedeutung. Für die EU sind dies die Staats- und Regierungschefs sowie – *Innen- und Außen-* – Minister ihrer (mächtigen) Mitgliedsstaaten, für die BRD die für *Innen-/Sicherheitspolitik* zuständigen Minister sowie ausgewiesene Sprecher und Experten der rot-grünen Bundesregierung und der parlamentarischen Opposition von CDU/CSU, für die Bundesländer Brandenburg und Sachsen der Ministerpräsident und der Innenminister. Für die Grenzregion, aber auch betreffend andere europäische Außen- und Binnengrenzräume, ist die Deutungshoheit und Definitionsmacht durch Repräsentanten der Polizeibehörden besetzt. Weiteren, dem Politikerdiskurs zuzurechnenden Sprecher(gruppe)n, vor allem (führenden) Repräsentanten von anderen, neben SPD und CDU/CSU im Bundestag und in den Länderparlamenten vertretenen Parteien sowie einigen Amts- und Funktionsträgern auf EU-, Bundes- und Länderebene, wird eine nur ergänzende, in erster Linie die Aussagen und Argumentationen der diskursiven Affirmationen des Politikerdiskurses flankierende, stützende und bestätigende oder auch nur, nicht/kaum mit (eigenen) Inhalten zum *Thema Migration* unterlegte, teils bloß (phrasenhaft) kommentierende Bedeutung zuteil. (Diskursive) Ereignisse im

<sup>619</sup> Die weit überwiegende Zahl der erfassten Diskursfragmente ist fast identisch vertreten – selbst ganze Reportagen.

Politikerdiskurs und/oder Polizeidiskurs (und z. B. entsprechende Äußerungen, Pressemitteilungen, Ermittlungs- und Feststellungsergebnisse), häufig gesetzt, öffentlichkeitswirksam kommuniziert und verkörpert durch diskursive Leit- und Affirmationsfiguren, bzw. von Redakteuren auch abgefragt und in den Diskurs eingespeist, fungieren regelmäßig als Anlass und Quelle der Berichterstattung, und somit zur grundsätzlichen Konstituierung und Strukturierung des Diskurses und zur Information der Diskursgemeinschaft der Rezipienten. Speziell betreffend den Untersuchungsraum ist der Diskurs fest an den Polizeidiskurs gebunden. Er fungiert, mannigfach in Form direkter Bericht-Erstattung, als Forum und Sprachrohr, als (Re-)Produzent der Diskursposition seiner (regionalen) Repräsentanten. Dessen Wissensbestände, fortwährend eingespeist durch z. B. Tätigkeitsnachweise, Erfolgsbilanzen oder Berichte über die persönliche Teilhabe am (grenz-)polizeilichen Alltag, repräsentieren das Substrat des regionalen Printmediendiskurses mit exklusiv transportiertem Gültigkeitsanspruch zur Deutung der Wirklichkeit im Grenzraum und dadurch legitimierten, notwendigen Handlungen in Reaktion auf (aktuell, künftig) virulente Herausforderungen für die Sicherheit in der Region.

Weiteren Diskursebenen kommt primär ergänzender, zum einen den Politikerdiskurs und den Polizeidiskurs bestätigender oder bestärkender Charakter zu. Zum anderen finden vielfach aber allein auch an den Politikerdiskurs adressierte mahnende oder appellative Äußerungen Beachtung, ohne dass damit konkrete Inhalte oder explizite Ansichten zum *Thema Migration* verbunden wären. Regelmäßig fungieren verschiedene Diskursebenen, besonders der Alltagsdiskurs, unterschiedliche – vor allem *wirtschaftswissenschaftliche* – Spezialdiskurse, eine (spezifisch zugerichtete) *Diskursebene* als sozialer Repräsentationsort von *Migranten* und (zur Selbstbestätigung und diskursiven Verfestigung eingespeiste) Anteile des (eigenen, deutschen, internationalen) Mediendiskurses, auch als sich selbst bestätigende und bestärkende diskursive Quelle und eine Art Selbstbedienungspool für Deutungen aus Reihen des Politikerdiskurses, teils auch des Polizeidiskurses. Speziell der Alltagsdiskurs fungiert in aller Regel als Selbstvergewisserungsreferenz (der innen- und sicherheitspolitisch als diskursiv maßgebend präsentierten Repräsentanten) des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses. Diskursive Praxen werden durch Bezüge auf den Alltagsdiskurs begründet, abgesichert und legitimiert, und entsprechend gespeist. Die Stimmungen und Einstellungen der Bevölkerung, oder der überwiegenden Mehrheit, die offenkundigen, selbstredend erstzunehmenden Unsicherheiten, Sorgen und Ängste beim (so emotionsgeladenen) *Thema Migration* bedingen notwendigerweise (politische, polizeiliche; reaktive, vorsorgende, abschreckende) Handlungen der politischen und polizeilichen Verantwortungs- und Entscheidungsträger und der Exekutive, und wirken entsprechend als spezielle Applikationsvorgabe und Affirmationsvorlage für die Rezipienten der Diskursgemeinschaft im Sinne diskursiv (re-)produzierter und (re-)präsentierter Normalität.

### ***Ein vielfältig bildhafter, aber wenig bebildeter Diskurs***

Der Diskursstrang weist zwar eine vielfältig offen zutage tretende verbildlichte, sich zahlreichen, ständig gleich oder ähnlich metaphorisierten Sprachbildern und Kollektivsymbolen bedienende Bildsprache auf, ikonografischen Stilmitteln (Fotos, Info-Grafiken, Zeichnungen etc.) kommt hingegen quantitativ und qualitativ keine besondere Bedeutung zu. In der weit überwiegenden Mehrzahl beziehen sie sich (häufig als Portrait-Fotos) auf die (autoritativen) Repräsentanten des Politikerdiskurses, des Polizeidiskurses und Autoren im regionalen Printmediendis-

kurs, und (speziell im Teildiskursstrang Zuwanderungsgesetz) auf Machtkämpfe im Politikerdiskurs. Sie wirken somit vor allem stabilisierend für die Machtverhältnisse im und über den Diskurs. Migration und Migranten stehen selten im Fokus. Gemeinhin reproduzieren die ikonografischen Stilmittel aber (unmittelbar) die für den Diskursstrang konstitutiven Aussagen.

### ***Repetitive, diskursiv eng miteinander verschränkte Aussagen und diskursive Praxen***

Der Diskursstrang zeigt sich, gerade auch eingedenk der klar geregelten Machtverhältnisse im Diskurs und der damit verschränkten Macht über den Diskurs, prägnant repetitiv. Die qualitative Bandbreite ist (in den fünf Teildiskurssträngen) unverkennbar konturiert und klar begrenzt. Konstitutive, die Diskursgemeinschaft der Rezipienten ständig wiederkehrend (in-)formierende Aussagen und damit diskursiv verschränkte, notwendige Handlungen fungieren als Dauerrepräsentationsvorlage. Sie werden als *das aktuell einzig gültige Wissen zum Thema Migration nach Deutschland (und in die EU)* präsentiert, dem (realpolitisch alternativlose) Handlungsnotwendigkeiten innewohnen. Den substanziellen Kern konstituieren vier Teildiskurse.

#### ▪ ***Anpassung von Migranten als gesellschaftliches Selbstverständnis***

Als Voraussetzung für die Zulassung von (weiterer) Migration und das Gelingen von Integration ist die Notwendigkeit der Befolgung in Deutschland geltender Regeln und Werte gesetzt, diskursiv verschränkt mit von Migranten zu erbringenden Eigenanstrengungen und Möglichkeiten der Sanktionierung bis hin zu Ausschluss bei Nichtbefolgung, Zuwiderhandlung oder Verweigerung; (re-)präsentiert und (re-)produziert auch von der *Diskursebene Migranten*: Die Notwendigkeit des Beherrschens der deutschen Sprache sowie von Wissen um prinzipielle gesellschaftliche Regeln und Werte sind Erfahrungswissen. Konstitutiv sind Problematisierungen bislang nicht ausreichender, vor Zulassung weiterer Migration notwendig nachzuholender Anpassung/Integration bereits Zugewanderter: (Starke) Fehlentwicklungen einer (gescheiterten) multikulturellen Gesellschaft, integrationsfeindliche Praktiken sich abschottender *Fremder*, Problemkonzentrationen in ausländerreichen Bezirken, notwendige Quoten für Personen nicht-deutscher Kultur bzw. Herkunft oder ein zu wahrendes (gesundes) Maß bei der Zulassung von Migranten exemplifizieren diskursiv gesetzte *Grenzen der Integrationsfähigkeit* der Deutschen, applizieren eine (drohende) Überschreitung einer Verträglichkeitsgrenze und stellen auf eine Verletzbarkeit Deutschlands und (drohende) Be-/Überlastungen und Gefahren ab. Integration durch Anpassung *von außen Hinzu-Kommender* ist als gesellschaftlich nur limitiert mögliche und auch nur begrenzt gewollte Zwangsleistung gesetzt. Eine möglichst frühzeitige Anpassung soll (künftige) Problem(fäll)e verhindern/vermindern. Das integrationspolitische Selbstverständnis erscheint unidirektional. Die Verantwortung für (bestehende und/oder künftige) Probleme liegt auf Seiten der *von außen Hinzu-Kommenden*.<sup>620</sup> Die Pronominalstruktur untermauert einen Gegensatz zwischen *Innen* (*In-Länder/Deutsche*) und *Außen* (*Aus-Länder/Migranten*).

<sup>620</sup> Für (gelungene) Integrationsprozesse auch seitens Deutschland und der deutschen Gesellschaft (über Sprach- und so genannte Integrations- oder Einbürgerungskurse hinaus) zu erbringende Anstrengungen, oder eine inhaltliche Explikation von gesellschaftlicher Partizipation und Dazugehörigkeit, sind nicht (vernehmbar) repräsentiert. Über geforderte Anpassung und zu erbringende Eigenanstrengungen hinaus verbleibt das integrationspolitische Selbstverständnis unscharf. Termini wie Integration, Anpassung, Eingliederung oder Assimilation finden undifferenziert Verwendung.

▪ ***Aufgrund volkswirtschaftlichem Nutzen und/oder für das Funktionieren von gesellschaftlichen Teilsystemen (temporär, notwendig) zuzulassende Migration***

Migration ist unter Gesichtspunkten des volkswirtschaftlichen Nutzens zu betrachten und zu bewerten. Die Zulassung von (höchst-/hoch-)qualifizierten Migranten ist für die Zukunft Deutschlands, der deutschen Wirtschaft, des deutschen Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, dringend erforderlich, überlebensnotwendig: Es droht Gefahr für Wohlstand und soziale Sicherheit. Notwendig ist, so das auch wirtschaftswissenschaftlich bewiesene Wissen, eine möglichst effizient *eigene* Interessen repräsentierende Steuerung von Migration, eine Politik, die *uns* Nutzen bringt und (weitere, zusätzliche) Belastungen für *uns* verhindert. Aufgrund von Sorgen und Ängsten der (Mehrheit der) deutschen Bevölkerung vor (weiterer) Migration muss allerdings erklärt werden, warum Migration (trotz Arbeitslosigkeit, überhaupt) für Deutschland notwendig ist. Als Resultat dieses Spannungsfeldes wird der Diskurs um die volkswirtschaftlich (leider alternativlos) notwendige Zulassung von Arbeitskräften von prinzipiellen Beschränkungen und Limitierungen gerahmt: Sie ist einzig zur Deckung mit *eigenen* Mitteln nicht zu deckenden, aktuell bestehenden und/oder zukünftig drohenden Bedarfs (temporär und/oder tätigkeitsspezifisch beschränkt) zuzulassen, generell aber zu vermeiden. In der deutschen Grenzregion zu Polen wird sie aufgrund gescheiterter Bemühungen um inländische/deutsche Arbeitskräfte beispielweise auch als Rettungsanker, zwanghaft wider Willen dargestellt, um (drohendem, starkem) Mangel zu begegnen bzw. einen Notstand zu bekämpfen.

▪ ***Verhinderung/Verminderung/Bekämpfung von Migration aufgrund (drohender, starker, zunehmender) Be-/Überlastungen, Gefahren und negativer Folgen***

Die diskursive (Re-)Präsentation von Migration als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit vielfältigen negativen Folgen für Deutschland (und die EU) vollzieht sich reichhaltig metaphorisch beladen in einem Bündel miteinander verschränkter Teildiskurse. Einerseits Diskurse über die mit (drohender, irregulärer) Migration verbundenen (drohenden, starken) Be-/Überlastungen und Gefahren, andererseits Diskurse über (reaktiv und/oder vorsorgend realpolitisch notwendige) Handlungen zur Verhinderung/Verminderung/Bekämpfung im Dienste der (bedrohten) inneren Sicherheit und des inneren sozialen Friedens. Die EU und Deutschland werden als Magnet für Migranten (re-)produziert, Ziel einer (drohenden) großen Masse ihre Herkunftsstaaten (temporär) verlassender Menschen, eines einem Naturphänomen ähnlichen, kaum zu bewältigenden, unaufhaltsamen Selbstlaufes. (Weitere) Migration ist diskursiv vor allem als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung des deutschen Arbeitsmarktes, der deutschen Sozialsysteme, der gesellschaftlichen Integrationsfähigkeit und als Gefahr für die nationale Identität, die innere Sicherheit und den sozialen Frieden in Deutschland gesetzt. (Proklamiertes) Wissen um den Alltagsdiskurs, die Ablehnung von (weiterer) Migration durch die (Mehrheit der) Bevölkerung, bindet Migration an eine (drohende) Zunahme und ein Erstarken von Fremden- und Ausländerfeindlichkeit bzw. -hass; Migranten werden für Ablehnung und Anfeindungen selbst verantwortlich erklärt. Auf Grundlage allgemein verbindlicher Rechtsnormen ist Migration im *eigenen* Interesse zu steuern und zu begrenzen, (weitere, drohende) Be-/Überlastungen, Gefahren und negative Folgen sind zu verhindern/vermindern/bekämpfen. Speziell die diskursiven Praxen und (grenz-)polizeilichen Handlungen, vor allen Dingen im deutsch-polnischen/-tschechischen Grenzraum oder z. B. auch Aktionspläne zur Verhinderung, Verminderung und Bekämpfung von (drohender) irregulärer, diskursiv per

se als *illegal* gesetzter Migration, verschränken Migration und (gefährliche, organisierte, grenzüberschreitende) Kriminalität, was selbst mit der Verschränkungskomposition *Migrationskriminalität* ausgewiesen wird. Diese subsumiert und homogenisiert durch die Grenze bedingte und/oder ausländerrechtliche Rechtsverstöße und richtet sie zu einem *Migrationskriminalitätsdiskurs* zu; personifiziert durch (für die innere Sicherheit und die Bevölkerung drohend gefährliche, multikriminelle) *Grenzverletzer, Illegale, Schlepper, Schleuser, Menschenhändler etc.*, diskursiv zusammengefasst repräsentiert als (polizeiliche und gesellschaftliche) Antagonisten.

▪ ***Aufgrund Selbstverpflichtung (notwendig, temporär) zuzulassende Migration aus humanitären Gründen als in erster Linie zu vermindern und zu kontrollierende/zu überwachende (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung***

Migration aus humanitären Gründen ist auf Grundlage der für Deutschland (und die EU-Staaten) völkerrechtlich bindenden Regelungen (temporär) zuzulassen. Aus für Deutschland (notwendig) anzupassenden Rechtsnormen sollen aber keine zusätzliche Aufnahme von und Belastung durch Migration und auch keine ausgeweiteten oder neuen Schutz- und Zulassungsgründe resultieren. Ausnahmeregelungen sind nur in zu rechtfertigenden Härtefällen möglich. Bestimmend für den Diskurs sind nicht die Inhalte der Rechtsnormen, Schutztatbestände oder (anerkanntswerten) Verfolgungsgründe, sondern er wird durch Problematisierungen der mit (drohender, weiterer, zuzulassender) Migration aus humanitären Gründen verbundenen Be-/Überlastungen und negativen Folgen (z. B. (weiterer, drohender) Missbrauch, drohende neue Zulassungsgründe, ein drohend überspannter Bogen humanitärer Verpflichtungen) gespeist. Die Setzung einheitlicher, für alle EU-Staaten verbindlicher Rechtsnormen und institutionalisierter Handlungspraxen, die Harmonisierung der Grenzsicherungs-, Flüchtlings- und Asylpolitik, ist qua diskursivem Selbstverständnis auf die Verhinderung/Verminderung von Missbrauch des Rechts auf Asyl und Wanderungsanreizen (in die und zwischen den EU-Staaten), (notwendige politische, polizeiliche) Handlungen zur systematischen Kontrolle, Überwachung und Verwaltung inner- und außerhalb der EU sowie eine (als gerecht dargestellte) Verteilung und gemeinsame Bewältigung von Be-/Überlastungen und negativen Folgen gerichtet.

***Diskursive (Re-)Produktion und Verfestigung von sozialen Wissensbeständen sowie Legitimation von notwendigen Handlungen auf Grundlage der (spezifisch dargestellten) Wirklichkeit und der Unterstützung durch den Alltagsdiskurs***

Von essenzieller Bedeutung für die Strukturierung, (In-)Formation und Verfestigung des Diskurses ist das den Aussagen und Argumentationen, *dem* (aktuell gültigen) Wissen und *den* diskursiven Praxen zum Thema *Migration nach Deutschland (und in die EU)*, immanente Selbstverständnis der *richtigen* Deutung und Konstruktion der Realität: *die wahre Wirklichkeit* und damit diskursiv begründete und legitimierte, als alternativlos produzierte (und der Gemeinschaft der Rezipienten so präsentierte), notwendige (politische, polizeiliche) Handlungen. Die von den Autoren des regionalen Printmediendiskurses, verschränkt mit dem Wissen des Politiker- und Polizeidiskurses, (re-)produzierten sozialen Wissensbestände beanspruchen allgemeinverbindliche Gültigkeit. Sie sind *die* (selbst beanspruchte, exklusiv gültige) Wahrheit, das proklamierte Gute, Richtige, Bestmögliche, Vorbildliche. (Nicht) Auszuführende Handlungen sind diskursiv legitimierte Recht, ohne Zweifel gerechtfertigte, selbstverständliche (Re-)Aktion. Sie repräsentieren, im Wissen um den Alltagsdiskurs, *des Volkes Willen, die Interessen*

*unserer Nation, das wohlverstandene eigene, nationale Interesse* zum Erhalt wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Funktions-, Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie der *inneren Sicherheit* und des *sozialen Friedens*. Durch Proklamation der (diskursiv uneingeschränkten, mannigfach homogenisierten und subsumierten) Zustimmung und Unterstützung durch den Alltagsdiskurs und/oder wissenschaftliche Spezialdiskurse sowie auch (nahezu) alle (relevanten) gesellschaftlichen Gruppen oder die (Mehrheit der) Menschen in Deutschland, auch flankiert von der (Berufung auf die diskursiv spezifisch ausgewiesene oder beanspruchte) *Diskursebene Migranten*, werden gesamtgesellschaftlich geteilte Wissensbestände (re-)produziert und andere, abweichende, widersprechende oder diskursiv konkurrierende Deutungen sowie (nicht) auszuführende Handlungen als dem gegenüberstehend gesetzt, als unvernünftig, problematisch, schlecht, gefährlich etc., und sind entsprechend zu unterlassen oder (diskursiv) zu bekämpfen. Unter der das gesellschaftliche Selbstverständnis repräsentierenden Direktive der Anpassung von Migranten an in Deutschland geltende Regeln und Werte, gepaart mit angedrohtem Ausschluss bei Zuwiderhandlung, wird das Ziel der Steuerung und Begrenzung der Zulassung von Migration, das Betrachten und Bewerten nach dem volkswirtschaftlichen Nutzen und den (diskursiv als positiv und/oder negativ gesetzten) gesellschaftlichen Folgen sowie die Verhinderung/Verminderung/Bekämpfung unerwünschter, als diskursiv gesamtgesellschaftlich getragener Basiskonsens gesetzt, der in allgemein verbindliche Rechtsnormen zu überführen ist. Migrationspolitik wird als Ausdruck und Abbild *eigener, nationaler, deutscher* (und EU-/europäischer) Interessen konzipiert, die auf unterschiedlichen räumlichen Bezugsebenen um- und durchzusetzen und (diskursiv) abzusichern sind – (temporär befristete) Zulassung nur nach erteilter Erlaubnis. Nach Selbstverständnis in allgemein verbindlichen Rechtsnormen verpflichtend berücksichtigte humanitäre Grundsätze sind angeblich ausreichend bedient: Ein Gesetzesentwurf zur Regelung von Migration als Resultat einer sorgfältigen Abwägung von wirtschaftlichen Interessen und den humanitären Anforderungen Deutschlands.

***Diskursiv limitierte Deutungskämpfe, kein Gegendiskurs, kaum Kritik, aber etliche Appelle***

Der durch die Macht zur diskursiven Besetzung von (aktuell gültigem) Wissen, Wahrheit und Wirklichkeit zum *Thema Migration nach Deutschland (und in die EU)* konstituierte Diskursstrang generiert ein diskursiv sehr eng und fest miteinander verschränktes und entsprechend stabiles, andauernd haltbar erscheinendes Geflecht aus repetitiven Aussagen und diskursiv legitimierten, notwendig (nicht) auszuführenden Handlungen. Die qualitative Bandbreite wird durch die vier explizierten, diskursiv eng aneinander gebundenen und von allen repräsentierten Diskursebenen getragenen Teildiskurse ausgewiesen: erforderliche Anpassung (diskursiv verbunden mit angedrohtem Ausschluss sowie Problematisierungen von Defiziten und negativen Folgen), aufgrund volkswirtschaftlichem Nutzen und/oder für das Funktionieren gesellschaftlicher Teilsysteme (temporär, notwendig) zuzulassende Migration (diskursiv verbunden mit der Betrachtung und Bewertung nach dem wirtschaftlichen Nutzen sowie Problematisierungen von nicht mit Inländern/Deutschen zu deckendem Bedarf), Verhinderung/Verminderung von (drohender) Migration aufgrund (drohender, starker, zunehmender) Be-/Überlastung, Gefahren und negativer Folgen (diskursiv verbunden mit notwendig reaktiven, abschreckenden, vorsorgenden Handlungen), aufgrund Selbstverpflichtung aus humanitären Gründen notwendig zuzulassende Migration (diskursiv verbunden mit Problematisierungen von drohenden negativen Fol-



gen). *Deutungskämpfe* vollziehen sich nur im engen Rahmen des von diesen konstitutiven Teildiskursen und seinen Aussagen aufgespannten und aufgeladenen diskursiven Feldes. Sie bilden vor allem Unstimmigkeiten, Dissonanzen und Kontroversen um die zur Um- und/oder Durchsetzung der *eigenen, nationalen, deutschen Interessen* und/oder in Reaktion auf aktuell (angeblich) bestehende und/oder künftig (potenziell) drohende Probleme (*angemessen, wirklich, besser, optimal etc.*) geeigneten, (nicht) auszuführenden Handlungen ab. Mit den diskursiv gesetzten Wissensbeständen stehen sie aber nicht in (grundsätzlich infrage stellendem) Widerstreit. Sie ranken sich (entsprechend der vier konstitutiven Teildiskurse/Aussagen) vor allem um

- die von Migranten zur Anpassung und zur Verhinderung/Verminderung von (drohenden) negativen Folgen zu fordernden/erbringenden (auch finanziellen) Eigenanstrengungen sowie die Verteilung der Kosten;
- die quantitative und qualitative Gestalt des durch Migration im (*wohlverstandenen, wirklichen etc.*) eigenen, nationalen, deutschen Interesse (*notwendig, tatsächlich etc.*, kurz-, mittel-, langfristig) zu deckenden Bedarfs, die zur Beurteilung des Bedarfs relevanten Bezugsdaten, ein bei der Zulassung von Migration notwendig zu wählendes (*angemessenes, gesundes etc.*) Maß, zu verhindernden Missbrauch, die konkrete Ausgestaltung des zu vergesetzlichen Auswahlverfahrens, den (temporär, notwendig zuzulassenden) Migranten zuzubilligenden Aufenthaltsstatus, Möglichkeiten der Verhinderung/Verminderung der Zulassung von Migration durch Verhinderung der Abwanderung und/oder die tätigkeitspezifische Qualifizierung von Inländern/Deutschen und/oder bessere Arbeitsbedingungen für Inländer/Deutsche, die (begrenzte, nicht nachhaltige etc.) Wirksamkeit von Migration zur Lösung eigener, nationaler, deutscher Probleme sowie den Nutzen von Migration zur Beeinflussung demographischer und/oder sozialstaatlicher (Fehl-)Entwicklungen;
- die aufgrund eigener Interessen durch auszuführende Handlungen zu optimierende, eine *faktische, vernünftige, effektivere etc.* Verhinderung/Verminderung/Bekämpfung von (irregulärer) Migration und damit verbundenen Be-/Überlastungen, Gefahren und negativen Folgen, eine gerechte Verteilung von mit Migration verbundenen Belastungen zwischen den bzw. eine gemeinsame Bewältigung durch die EU-Staaten, negative Auswirkungen nationalstaatlich eigenständiger Regelungen zur Verhinderung/Verminderung von Migration für andere EU-Staaten sowie die mit der EU-Erweiterung (*tatsächlich*) verbundenen Belastungen, Gefahren und negativen Folgen aufgrund (drohender, starker, zunehmender) Migration nach Deutschland und speziell in die Grenzregion zu Polen;
- die mit aufgrund notwendig zuzulassender Migration aus humanitären Gründen verbundenen (*faktisch, weiter, zusätzlich etc.*) drohenden Be-/Überlastungen, Gefahren und negativen Folgen (durch z. B. erweiterte Schutztatbestände, Ausnahmeregeln, neue Rechtswege) sowie einen (weiter, zusätzlich, drohenden) Missbrauch des Rechts auf Asyl.

Ein *Gegendiskurs* zu dem als (aktuell gültige) Wahrheit (re-)produzierten Wissen über Migration ist nur äußerst selten überhaupt und dann auch nur fragmentarisch und isoliert durch inhaltlich nicht oder kaum explizierte und kontextualisierte, in aller Regel auf plakative Äußerungen oder Kommentierungen reduzierte Performanzen repräsentiert, und somit im Grunde allein schüchtern angedeutet.<sup>621</sup> Generell divergente Deutungen und grundsätzliche Kritik sind somit im Diskurs zwar offensichtlich prinzipiell zugelassen und entsprechend sagbar, sie finden

<sup>621</sup> Die Forderungen, Argumentationen etc. oder z. B. auch das zugrunde liegende Gesellschaftsverständnis, Menschenbild etc. der diskursiv markierten *Gegner* oder *Kritiker*, *Protestierer* oder *Demonstranten*, bleiben nebulös und außen vor.

aber nur marginalisiert und inhaltlich unspezifisch Eingang. Sie treten nicht (vernehmbar) in Konkurrenz oder gar Rivalität zu den konstitutiven Aussagen des Diskurses oder z. B. auch nur zu den diskursmächtigen Protagonisten des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses. In die Öffentlichkeit getragener Protest steht hingegen für drohende Gefahren: (Gewaltbereite) Gegner sind zu kontrollieren und zu überwachen (und zu bekämpfen).

Immer wieder im Diskurs repräsentiert sind verschiedenen Diskursebenen entstammende, in aller Regel an den Politikerdiskurs, gelegentlich auch an den Alltagsdiskurs gerichtete Äußerungen, denen diskursiv (nur) mahnender und/oder appellativer Charakter zukommt. Sie umfassen zwar ein breites Bündel und ein auch inhaltlich recht weit gefächertes Spektrum von häufig explizit als *Warnung, Mahnung, Forderung, Appell oder Kritik* markierten Äußerungen, sie werden in aller Regel aber inhaltlich kaum näher erläutert oder gar in ihrer Beziehung zu den dominanten Deutungen des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses betrachtet, sondern begleiten und rahmen diese ohne diskursiv vernehmbare Kontroversen oder Störgeräusche. Die adressierten, z. B. aufgrund bestimmter Ereignisse, politischer Entwicklungen und Handlungen drohenden (drastischen, negativen etc.) Folgen (z. B. für bestimmte Menschen und/oder das Verhältnis zwischen bestimmten Gruppen von Menschen) bleiben im Weiteren außer Acht und sind diskursiv von geringer Bedeutung. Die Warnungen, Forderungen oder Appelle verhalten sich diskursiv im Nebel, sie sind nur stille Begleiter des hegemonialen Diskurses.

***Beleuchten, Befragen oder (kritisches) Diskutieren von diskursiven Deutungen und Praxen ist nicht (im) Programm des regionalen Printmediendiskurses***

Die im Analysekorpus repräsentierten Diskursfragmente bilden in ihrer Gesamtheit zwar einen breiten Möglichkeitsraum für eingehende Betrachtungen oder gründliche Analysen zum *Thema Migration*, diesbezüglichen Diskursen oder gesellschaftlichen (In-)Formationsprozessen ab. Über die (diskursmächtigen, teils eindrucksvoll empathisch gestalteten) (Re-)Präsentationen der Diskurspositionen des Politikerdiskurses und vor allem des Polizeidiskurses und vereinzelt auch wirtschaftswissenschaftlicher Spezialdiskurse hinaus wird aber kein Thema und kein Sachverhalt, und z. B. auch keine auf der (aktuellen) politischen Agenda stehende Frage und keine (ausgeführte/auszuführende) Handlung, intensiver beleuchtet und etwa aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet, hinsichtlich inhaltlichen oder semantischen Grundlagen und Implikationen befragt, betreffend Wirkungen und Folgen für gesellschaftliche Formierungs- und Konstitutionsprozesse reflektiert oder (gar kritisch, kontrovers) diskutiert. Eine große Zahl von Sprecher(gruppe)n mit (speziellen, funktions-, professionsgebundenen etc.) sozialen Wissensbeständen zum *Thema Migration nach Deutschland und in die EU* ist im Diskurs überhaupt nicht repräsentiert. Zahlreiche andere in nur diskursiv spezifisch zugerichteter und entsprechend reduzierter Weise, zudem selten und dabei mit kaum zu vernehmender eigener Stimme oder Perspektive.<sup>622</sup> Der analysierte regionale Printmediendiskurs ist Ausdruck einer diskursiv selektiv repräsentierten und somit konzipierten und konstruierten Gesellschaft: eine Gesellschaft von diskursiv Mächtigen und diskursiv (mehr oder minder, gänzlich) Ohnmächtigen.

<sup>622</sup> Sie verkörpern vielfach auch nur Kronzeugen des Politikerdiskurses (z. B. *Wissenschaftler, Ausländerbeauftragte, die Kirchen, die Gewerkschaften*, so genannte *humanitäre Organisationen*).

***Der regionale Printmediendiskurs als steter (Re-)Produzent von diskursivem Kitt zur Verfestigung diskursiver Praxen und von Legitimationsdiskursen für eigene, deutsche Interessen***

Prägnant entgegen einer (intensiven, gar kritisch reflektierenden) Beleuchtung oder Befragung diskursiver Praxen und/oder gesellschaftlicher (In-)Formationsprozesse zeigt sich der regionale Printmediendiskurs in mannigfacher Weise affirmativ gegenüber dem Politikerdiskurs und dem Polizeidiskurs und deren diskursiv als repräsentativ (re-)produzierte Protagonisten. Die beherrschenden, mit diskursiver Macht ausgestatteten sozialen Wissensbestände, Aussagen und Argumentationen und demgemäß diskursiv generierte Wahrheiten und augenscheinlich *faktische Wirklichkeiten zum Thema Migration* werden mittels zahlreicher journalistischer Stilmittel und Strategien beständig bekräftigt und auch hinsichtlich angeblich (dringend) notwendiger, gemäß eigenen, nationalen, deutschen Interessen angeblich unumgänglicher Handlungen diskursiv be- und verstärkt. Unter Deklaration von Wissen um den Alltagsdiskurs, die Vorbehalte, Sorgen und Ängste beim (so emotionsgeladenen) *Thema Migration*, wird beständig an einer Bestätigung und Verfestigung diskursiver Praxen gestrickt und eine diskursive Verknüpfung und Verkittung von Politikerdiskurs und Polizeidiskurs mit wirtschaftswissenschaftlichen Spezialdiskursen und dem Alltagsdiskurs vorangetrieben; besonders eindrücklich in (den Anspruch der Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen mit und in sich tragenden) redaktionellen Kommentaren betreffend *gemäß legitimer eigener, nationaler, deutscher Interessen notwendig (nicht) auszuführende Handlungen zur Verhinderung/Verminderung/Bekämpfung von Migration sowie (damit verbundenen) Be- bzw. Überlastungen, Gefahren und negativen Folgen.*

***Die (Re-)Präsentation der deutschen Grenzregion zu Polen als Front-Raum mit stellvertretender Verantwortung für Deutschland und die EU bei der Verhinderung und Bekämpfung von (irregulärer) Migration und (damit verbundener) Kriminalität sowie der Gewährleistung innerer Sicherheit***

Diskursiv begründet im affirmativen, teils imposant empathisch konstituierten Bezug auf die Wissensbestände des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses, wird die Grenzregion, vielfältig metaphorisch beladen, als aufgrund der Raumlage (besonders, stark, zunehmend) von (grenzüberschreitender, organisierter, gefährlicher) Kriminalität belastet und bedroht, mit einem signifikant hohen Anteil an nichtdeutschen Straftätern/Tatverdächtigen, dargestellt. Auf dieser Basis (re-)produziert der regionale Printmediendiskurs, eng gebunden an ex- und auch vielfältig implizit eingeschriebenes ethnisiertes (Erfahrungs-)Wissen, miteinander verschränkte und diskursiv aneinander gekoppelte Belastungs-, Gefahren- und Risikodiskurse betreffend (drohende) Kriminalität sowie (drohende) irreguläre Migration und dieser inhärenter Kriminalität, zugespitzt in der Verschränkungskomposition *Migrationskriminalität*, zum einen. Legitimationsdiskurse für die (Arbeit der) Exekutive und (auch künftig reaktiv, abschreckend, vorsorgend) unabwendbar notwendig auszuführende Handlungen zur Verhinderung, Verfolgung, Bekämpfung etc. von Kriminalität, im Interesse der (Gewährleistung bzw. Wiederherstellung der) inneren Sicherheit, zum Wohle der Bevölkerung in Deutschland und der gesamten EU, zum anderen. Die Grenzregion wird diskursiv, vielfach ausgewiesen durch Metaphoriken aus dem *Spendebereich des Krieges, des Militärs und der Natur*, als *ein Raum der Attraktion, der Konfrontation und des (auch spektakulären) Kampfes* abgebildet. (Drohende) Be-/Überlastungen und Gefahren verkörpernde (potenzielle, mutmaßliche) Delinquenten unterschiedlicher

Art, speziell so genannte *Grenzverletzer*, vor allem irreguläre Migranten bzw. *Illegale*, Schleuser, Menschenhändler und Schmuggler, häufiger auch subsumiert und homogenisiert markiert als z. B. *Kriminelle, Verbrecher, Übeltäter, zwielichtige Zeitgenossen oder unerwünschte Bürger*, einerseits. Andererseits die Repräsentanten der Polizeibehörden als (erfolgreiche, beliebte etc.) rechtsstaatliche Garanten für Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung, Lastenbewältigung und innere Sicherheit, im stellvertretenden Interesse aller EU-Bürger, gemeinsam mit der an Sicherheit interessierten und sicherheitsbedürftigen Bevölkerung. Der Region wird große Bedeutung als stellvertretender Verantwortungsträger der (migrations- und sicherheitspolitischen) Interessen Deutschlands und der EU sowie einer entsprechenden Lastenbewältigung zugewiesen. Sie stellt aufgrund der von außen (drohend, stark) einwirkenden Belastungen und Gefahren einen polizeilich besonders zu sichernden, zu kontrollierenden und zu überwachenden Raum dar. Irregulärer Migration und (der damit verbundenen) Kriminalität, sowie dort präferiert agierenden, fantasiereichen und raffinierten Straftätern mit teils erheblicher krimineller Energie und Gewaltbereitschaft, ist mit allen polizeilichen Mitteln (konsequent, energisch etc.) zu begegnen, und das *Innen*, Deutschland und die EU, zu verteidigen.

Die diskursiv (re-)präsentierte Wirklichkeit in der Grenzregion betreffend (drohende, irreguläre) Migration und (damit verbundene) Kriminalität wird exklusiv durch die auf Erfahrung basierenden, als (unumstritten) rechtmäßig und richtig und als einzig gültige Wahrheiten dargestellten Wissensbestände (der Repräsentanten) des Polizeidiskurses konstituiert und die Diskursgemeinschaft der Rezipienten entsprechend (in-)formiert. Resultate polizeilicher Ermittlungen oder immer wieder auch (unumwunden) durch ethnische Merkmale unterfütterte und damit legitimierte, handlungsleitende Erfahrungswerte, Lageeinschätzungen, Vermutungen und Fahndungsmuster sowie damit einhergehende Vorverurteilungen (nur aufgrund der vermuteten ethnischen oder kulturellen Herkunft) bei der Verfolgung und Feststellung von (mutmaßlichen) Delinquenten werden als *gesicherte Erkenntnisse und Gewissheiten* präsentiert.<sup>623</sup> Handlungen und Verfahrensweisen der (Beamten der) Exekutive oder eingesetzte Ressourcen zur Verfolgung, Bekämpfung etc. von (drohenden, mutmaßlichen) gesetzeswidrigen Handlungen und/oder Gefahren werden nicht befragt, die Unterstützung durch (aufmerksame) Bürger (z. B. beim Aufspüren mutmaßlicher irregulärer Migranten) wird gewürdigt, Feststellungs- und/oder Fahndungsergebnisse erscheinen diskursiv als Erfolge aller an (innerer) Sicherheit interessierter Bürger, als Erfolge der Allgemeinheit. Der regionale Printmediendiskurs fungiert als Bindeglied zwischen dem Polizeidiskurs, vor allem personifiziert durch die vor Ort tätigen (diskursiv als umsichtig, erfolgreich etc. und bei der Bevölkerung beliebt dargestellten) Sicherheitskräfte, und der lokalen Bevölkerung bzw. dem Alltagsdiskurs und demnach als gesellschaftlicher Kitt betreffend (drohende, irreguläre) Migration und (damit verbundene) Kriminalität sowie bei der als notwendig dargestellten Verfolgung und Bekämpfung von (stets virulenten, mutmaßlichen, potenziell drohenden) Belastungen, Gefahren und damit einhergehenden Risiken für die Sicherheit in der Grenzregion. Die auf Grundlage der Wissensbestände und der (angeblich) gültigen Wahrheiten des Polizeidiskurses diskursiv (re-)präsentierte spezifische Wirklichkeit im Grenzraum betreffend (drohende, irreguläre) Migration und (damit verbundene) Kriminalität lässt eine prinzipielle Verdächtigung und somit eine notwendige polizeiliche

<sup>623</sup> Beweise für im Sinne rechtsstaatlicher Prinzipien erwiesene gesetzeswidrige Handlungen sind entbehrlich. Die Unschuldsumvermutung ist außer Kraft und wird fortwährend unterhöhlt: Ein ob eines Vergehens durch die Polizeibehörden Verdächtigter/Beschuldigter wird als Straftäter dargestellt. Auch selbst aus Reihen der Polizei unverblümt eingeräumte rechtswidrige Praktiken sind nicht Anlass für (kritische) Fragen, sondern allein zur Betonung (gerade dadurch) erzielter Erfolge.

Überprüfung all jener Personen, die Straftäter, also auch nur aufgrund ihrer äußeren Erscheinung *nicht aufenthaltsberechtigzte irreguläre Migranten bzw. Ausländer ohne Einreise- und/oder Aufenthaltserlaubnis*, sein könnten, als obligatorisch erscheinen. Eine gemäß dem rechtsstaatlich legitimierten Auftrag zur Verhinderung, Verfolgung und Bekämpfung von (potenziellen) Straftaten ständige Fahndung nach (mutmaßlich irregulären) Migranten und vor allem auch bei einer (mutmaßlich) irregulären Migration assistierende Personen erscheint als Normalität im Grenzraum – und unter Berufung auf die Bevölkerung als auch gesellschaftlich erwünscht.

***Die (Re-)Produktion der EU-Erweiterung als – aufgrund (drohend, stark) zunehmender Belastungen und Gefahren – vor allem sicherheitspolitische Herausforderung und Anlass für zukunftsweisende Legitimationsdiskurse (für die Polizei sowie für (temporär) notwendige Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Angehörige der Beitrittsstaaten)***

Getreu der für den regionalen Printmediendiskurs konstitutiven Wissensbestände des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses ist die EU-Erweiterung, bzw. der EU-Beitritt Polens und Tschechiens, und die damit veränderte Bedeutung der deutschen Ostgrenze von einer EU- und Schengenaußengrenze hin zu einer EU-Binnengrenze, nicht aber zeitgleich einer Binnengrenze des Schengenraums, als sicherheitspolitische Herausforderung gesetzt. Aufgrund weiter (drohend, stark, dramatisch) zunehmenden Belastungen und Gefahren für die Sicherheit in Deutschland (und der EU) durch (irreguläre) Migration und (damit verbundene, grenzüberschreitende, organisierte) Kriminalität, kann nur eine fortdauernd sicht- und spürbare, künftig sogar deutlich erhöhte Präsenz der Polizei im Grenzraum das Sicherheitsbedürfnis der (bereits ohnehin subjektiv verunsicherten und besonders sicherheitsbedürftigen) Bevölkerung befriedigen und stärken – so zur zukunftsweisenden Legitimation der Polizeibehörden auch unter Proklamation von Wissen um den Alltagsdiskurs, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung vor den anstehenden Änderungen, speziell in der Grenzregion. Für einen auch nach der EU-Erweiterung gewährleisteten Schutz des *Innen* gegenüber *Außen*, zur Verhinderung, Bekämpfung, Abschreckung etc. von (drohender, zunehmender) Kriminalität und damit verbundenen Gefahren, ist eine besondere Kontrolle und Überwachung des grenznahen Raums unumgänglich: Die Strategien und Konzepte zur (präventiven) Strafverfolgung sind den veränderten Verhältnissen anzupassen und raumgreifend auszudifferenzieren, die Kooperation aller sicherheitsrelevanten Institutionen/Akteure ist grenzüberschreitend integriert weiter zu intensivieren und zu optimieren und ein das Hinterland umfassender *Sicherheitsgürtel gegen (unkontrollierte) Migration und (damit verbundene) Kriminalität* erforderlich. Durch (Re-)Produktion sowie Be- und Verstärkung des Erfahrungswissens und der Diskursposition des Politikerdiskurses und Polizeidiskurses entwirft der regionale Printmediendiskurs die deutsch-polnische Grenzregion als einen auch zukünftig migrations- und sicherheitspolitisch hoch bedeutsamen, für die Interessen Deutschlands und der EU stellvertretend verantwortlichen Raum, der andauernd durch (grenzüberschreitende, organisierte) Kriminalität besonders gefährdet und entsprechend zu sichern ist, und (in-)formiert demgemäß die Diskursgemeinschaft. (Mögliche) Lücken bei der Kontrolle und Überwachung und (mögliche) Schlupflöcher für (mutmaßliche) Straftäter firmieren als Beleg für notwendig zu optimierende Strategien der (präventiven) Strafverfolgung und Fahndung nach (mutmaßlichen) Straftätern, die weitere Intensivierung und Synchronisierung der Zusammenarbeit und ausgeweitete und/oder zusätzlich zugestandene Kompetenzen für die Polizei(en). Als diskursiv konstruiertes Modell tritt eine möglichst schlagkräftige Verhinderung und Bekämpfung

von (*Migrations-*)*Kriminalität* sowie eine *wirksame* Sicherung, bzw. ein noch besserer Schutz, der EU-(Außen- und Binnen-)Grenz(region)en zutage.

Die mit Inkrafttreten der EU-Erweiterung für Angehörige der Beitrittsstaaten (eigentlich) verbundene Freizügigkeit im gesamten Unionsraum auch betreffend eine Arbeitsaufnahme ist diskursiv primär als (drohende, weitere, starke) Belastung für den deutschen Arbeitsmarkt mit zunehmendem Konkurrenzdruck für ohnehin zu wenige Arbeitsplätze und (drohenden) negativen Folgen für inländische/deutsche Arbeitskräfte sowie als Belastung der deutschen Sozialsysteme gesetzt. Zur Verhinderung von (drohenden, weiteren, starken) Belastungen und negativen Folgen, zum Schutz Deutschlands vor (drohenden, wirtschaftlichen und sozialen) Problemen und (drohendem) Schaden, sind Übergangsfristen bzw. Schutzklauseln bis zum Zugestehen der Freizügigkeit auch bei der Arbeitsplatzwahl vor allem im Interesse der heimischen Wirtschaft und inländischen/deutschen Arbeitskräften, so die Legitimation entsprechend Wissen um den Alltagsdiskurs, die Unsicherheiten und Ängste der Bevölkerung vor (den Folgen) der Erweiterung (z. B. eine Überflutung mit Arbeitskräften), notwendig. Die zudem, vor allem durch die deutsche Wirtschaft(swissenschaft) repräsentierte Setzung der EU-Erweiterung als Chance für Deutschland und die Grenzregion, auch durch wirtschaftlich nützliche Migration, betrachtet diese auf Grundlage *eigener* Interessen: Eine (temporäre, eng begrenzte, streng ausgewählte etc.) Zulassung von (dringend benötigten, spezialisierten) Arbeitskräften aus den Beitrittsstaaten ist vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit, in Begegnung auf Probleme, Defizite und Bedarf des heimischen Arbeitsmarktes oder zur Erschließung neuer Märkte (dringend) notwendig. Gemeinsam ist beiden Setzungen, der (notwendigen, temporären) Verhinderung zum einen, der (begrenzten) Zulassung von Migration mit Inkrafttreten der EU-Erweiterung zum anderen, die Proklamation *eigener, deutscher Interessen und dem entsprechend notwendige, legitime, selbstverständliche Handlungen*.

***Diskursive (Re-)Präsentationen und Konstruktionen von Migranten zwischen (benötigten) erwünschten Zuwanderern sowie (bedrohlichen) unerwünschten Einwanderern***

Migranten – im Sinne einer analytischen Kategorie für diskursiv dargestellte (Gruppen von) Menschen mit Migrationshintergrund bzw. (Gruppen von) Menschen nichtdeutscher Herkunft oder ohne (unbefristetes) Aufenthaltsrecht – werden im analysierten Printmediendiskurs vielfältig titulierte und korrespondierend mit dem durch die konstitutiven Teildiskurse und den entsprechend angeblich faktisch notwendig (nicht) auszuführenden Handlungen diskursiv aufgespannten Feld verschiedentlich diskursiv und (demgemäß) sozial konstruiert, unterschieden, gesellschaftlich verortet und kategorisiert.<sup>624</sup> Basierend auf der diskursiv gesetzten Maxime der Betrachtung und Bewertung von Migration unter Gesichtspunkten des volkswirtschaftlichen Nutzens, auch eingedenk der Notwendigkeit für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft und entsprechenden Kosten-Nutzen-Relationen, sowie der demgemäß diskursiv (re-)produzierten (erhofften oder befürchteten) positiven und/oder negativen Folgen für Deutschland (und die EU) bzw. eigenen Interessen, grundsätzlich in zweierlei, sich vor allem konträr gegenüberstehender, zugleich aber auch vereinter Weise. Sie repräsentieren gemeinsam das Deutschland (und der EU), *dem Innen, entgegenstehende antagonistische Außen*, und von dort (notwendig

<sup>624</sup> In der Regel werden die für die entsprechenden (Gruppen von) Menschen verwendeten Titulierungen undifferenziert und synonym verwandt und diese dadurch homogenisiert (unter anderem *Ausländer, Zuwanderer, Einwanderer, Migranten, Flüchtlinge, Asylsuchende*). Vielfach wird ihnen durch eine Titulierung auch bereits vorab ein *rechtlicher* und somit auch *sozialer* Status zugeschrieben (*Illegale, illegale Einwanderer, illegale Flüchtlinge* etc.).

oder drohend) *Hinzukommende, Zuzulassende* oder *Eindringende*. Einerseits, bezogen auf eine eng begrenzte, sehr geringe Zahl, diskursiv als (dringend, kurz-, mittel-, langfristig) benötigt und nützlich und auf dieser Grundlage, auch verschränkt mit dem tradierten Grundverständnis von Deutschland als faktisches Einwanderungsland wider Willen, als entsprechend erwünscht dargestellte, im *wohlverstandenen eigenen, nationalen Interesse (temporär) maßvoll zuzulassende Zuwanderer*. Andererseits, betreffend gemeinhin alle (mutmaßlichen) Migranten, bzw. über als (temporär) nützlich oder benötigt und somit in geringem Maße zuzulassend hinaus dargestellter, diskursiv als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und/oder Gefahr mit vielfältigen negativen Folgen für Deutschland (und die EU), eigene Interessen und Inländer/Deutsche, auch betreffend ihr Verhältnis zu Ausländern, und auf dieser Grundlage als *unerwünscht dargestellte Migranten, deren Eindringen zu verhindern/vermindern/bekämpfen ist*. Die für den analysierten Diskursstrang autoritativen personellen Zurichtungen sind vielfältig und speziell aufgrund der zahlreich eindrücklich metaphorisch unterfütterten Wissensbestände zum Migrationsgeschehen gen Europa/Deutschland von erheblicher diskursiver Wirkungsmächtigkeit. Migranten werden als Teil eines generell auf die EU (drohend, stark) einwirkenden (drängenden, anstürmenden etc.), unaufhaltsamen, kaum zu bändigenden, immer wieder ähnlich einem Naturphänomen metaphorisierten Selbstlaufes dargestellt, als Teil einer (zunehmenden, drohenden) großen Zahl von (irregulären) Migranten in der Hoffnung auf (Arbeit und) ein besseres Leben im *goldenen Westen*. Im Zusammenhang mit einer (mutmaßlich) irregulären Migration werden sie als (generell verdächtige) Straftäter dargestellt und in den Kontext von (zu bekämpfender, einzudämmender etc.) Kriminalität gerückt. Sie repräsentieren in erster Linie (*grenz-)polizeiliche Antagonisten, Illegale, Schwindler, Betrüger etc.*, diskursiv immer wieder auch mit anderen (mutmaßlichen) Straftätern subsumiert und homogenisiert als z. B. *Kriminelle, Verbrecher, Übeltäter oder unerwünschte Bürger*, eine (zu bekämpfende etc.) Gefahr für die innere Sicherheit und ein Risiko- oder Unsicherheitsfaktor für die Bevölkerung, eine beständige Herausforderung und Arbeitsbelastung für die Polizeibehörden, Ziele und Objekte von Fahndungs- und Feststellungsmaßnahmen, Daten in Kriminalitätsstatistiken und polizeilichen Erfolgsbilanzen, eine Belastung für das Asylrecht sowie kaum lösbare Probleme von Menschen ohne Papiere und Geld. Irreguläre Migranten werden auch als von Hoffnung, Sehnsucht und Verzweiflung getriebene Verantwortungsträger ihres Familienverbandes sowie, eingedenk einer angeblich unmöglich erfolglosen Rückkehr, als unkalkulierbar risiko- und gewaltbereit charakterisiert. Zugleich werden sie auch viktimisiert, indem sie durch die Warenmetaphorik als ohnmächtig und schutzlos skrupellosen, kriminellen Geschäftemachern, Schleppern, Schleusern und Menschenhändlern ausgeliefert und von diesen benutzt und ausgebeutet dargestellt werden, die sie als zu verbringende Fracht behandeln und ihren Tod in Kauf nehmen.

Eine *Diskursebene* als Sprech- und sozialer Repräsentationsort von *Migranten* ist bloß marginal, selten und, wenn überhaupt, nur rar und diskursiv klar zugerichtet vertreten. Vereinzelt in den Diskurs eingespeiste Äußerungen bestätigen und untermauern vor allem die autoritativen Wissensbestände des Politikerdiskurses und Polizeidiskurses und stehen zu diesen in nicht vernehmbarer Konkurrenz. Gemeinhin wird allein über sie gesprochen, gelegentlich auch für sie, und dabei (vorwiegend durch staatlich beauftragte Funktionsträger) angeblich ihrer Perspektive und ihren Deutungen, ihren Interessen und Forderungen oder ihren Motiven und Zielen Ausdruck verliehen, und damit (vermeintlich) ihre Diskursposition repräsentiert. Eigenen Bedürfnissen der (regelmäßig subsumierten und homogenisierten) Personen(gruppen), und z. B. ihren

speziellen Lebenslagen und Integrationsperspektiven oder ihr Blick auf den (selbst im analysierten Diskurs als primär negativ konnotiert betrachteten) Migrationsdiskurs in Deutschland, wird keine vernehmbare Bedeutung zuteil. Migranten sind, abseits der (Vor-)Verurteilung als (mutmaßliche) Straftäter aufgrund einer (mutmaßlich) irregulären Migration, als handelnde Subjekte und als Menschen mit eigenen Wahrnehmungen und Deutungen der Welt, Wünschen oder Perspektiven diskursiv nicht von Gewicht. Ihre Stimme ist kaum zu vernehmen. Dem ab und an bekundeten Interessensfokus, die Situation und soziale Lage von Migranten in Deutschland, wird die Berichterstattung nicht gerecht. Selbst aus vielfach als Tragödie oder Drama benannten Un- und Todesfällen resultiert keine nähere Betrachtung und Beleuchtung ihrer Lebenslage; ebenso z. B. auch den infolge der sukzessive intensivierten Maßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung etc. von irregulärer Migration speziell entlang der deutschen Ostgrenze zunehmend in Kauf genommenen Risiken und entsprechenden Ängsten oder auch den Gründen für ein (mutmaßlich) ungesetzliches Handeln. Entsprechende Vorfälle fungieren hingegen als Anlass zur Verurteilung der (angeblich allein) menschenverachtenden und skrupellosen Praktiken von Schleppern, Schleusern und Menschenhändlern. Empathie für Migranten ist im gesamten Diskursstrang nicht zu vernehmen, wohingegen sie durch die Autoren des regionalen Printmediendiskurses nicht selten für besondere Belastungen und Gefahren, teils auch für offen Sensation evozierende Stilblüten funktionalisiert und wiederholt, insbesondere ob ihrer Handlungen beim (erfolglosen) Versuch der Überwindung von Kontrollen, auch unverhohlen glossiert mit Hohn, Spott und Verachtung bedacht werden. Dem Recht auf internationale Mobilität wird keine Bedeutung zuteil. Die Situation von Migranten nach einer Zurückweisung bzw. Rück- oder Abschiebung in die Transit- oder Herkunftsstaaten wird ausgeblendet. Sie erscheinen aus dem Wahrnehmungsbereich, aus den Augen und aus dem Sinn, und werden nur als drohende Wiederholungstäter im Sinne einer drohend wiederkehrenden Belastung und Gefahr mit negativen Folgen dargestellt. Sie werden im analysierten Diskurs in erster Linie über ihr Verhältnis zu Gesetzen betrachtet und regelmäßig, vor allem ob eines (mutmaßlich, drohenden) irregulären Eindringens, mit einem rechtlichen und sozialen Status versehen, vorverurteilt und (gesellschaftlich) exkludiert. Bereits vorab werden ihnen Motive und Ziele, vor allem ein per se rechtswidriges Handeln, zugeschrieben, und sie somit als Straftäter konstruiert.

***(Kollektivsymbolische) (Re-)Präsentationen von Innen und/vs. Außen sowie diskursiv legitimierte, aufgrund der Wirklichkeit zum Thema Migration auszuführende Handlungen zum Schutz des (drohend, generell, stark, zunehmend) be-/überlasteten und gefährdeten Innen***

Der analysierte Diskurs zum *Thema Migration nach Deutschland (und in die EU)* zeigt sich unverkennbar einheitlich und gleichförmig strukturiert, mit klar ausgewiesenen Machtverhältnissen zur (In-)Formation der Diskursgemeinschaft, speziell betreffend den Untersuchungsraum. Die Diskursposition ist fest verschränkt, überwiegend kongruent mit dem Politikerdiskurs und dem Polizeidiskurs. Besonders zur Legitimation von aufgrund der dargestellten spezifischen gesellschaftlichen Wirklichkeit notwendig auszuführenden Handlungen werden Wissensbestände weiterer Diskursebenen eingespeist, vor allem aus dem Alltagsdiskurs, dem Mediendiskurs, (wirtschafts-)wissenschaftlichen Spezialdiskursen und einer speziell repräsentierten Diskursebene Migranten. Gesellschaftlich institutionalisierte Handlungsweisen und diskursive Praxen werden beständig (re-)produziert und als gemeinsame Identifikationsgrundlage der Diskursgemeinschaft der Rezipienten bestätigt, bestehende Wissensbestände (neu) unterfüttert



und bestärkt. Konkurrierende Deutungen und Deutungskämpfe, oder sogar ein (Moment von einem) Gegendiskurs zum exklusiv gültigen Wissen, *der Wahrheit zum Thema Migration*, sind nur marginalisiert repräsentiert, und somit auch bei der künftigen (Re-)Produktion von (neuem) wirkungsmächtigen Wissen und der (damit verbundenen) sozialen (Re-)Konstituierung und Identifikation von Gesellschaft von verschwindend geringer Bedeutung. Der als hegemonial erscheinende Diskurs zeigt sich integrativ hinsichtlich (zugelassener) immanenter Bedenken, Widersprüche, Warnungen, Proteste etc. oder selbst eingestandener gesetzeswidriger Polizeipraktiken. Dynamiken und Turbulenzen sind vor allem Ausdruck parteipolitischer Machtkämpfe. Der Diskurs wird aus homogenen Quellen und einem klar strukturierten Pool von Wissensbeständen, geradezu dauerrepräsentativen Glaubenssätzen, gespeist, und liefert die Vorgabe zur fortlaufenden diskursiven (Re-)Produktion und zur (weiteren) Verfestigung vorhandenen Wissens und (neuen) weiter fließenden (weiter verfestigten) sozialen Wissens.

Das klar konturierte soziale Abbild des Diskurses zum *Thema Migration nach Deutschland (und in die EU)* lässt sich in Einklang mit dem Grundschema der Kollektivsymbolik von Link (1984: 14) folgendermaßen skizzieren: Deutschland repräsentiert (gemeinsam mit der EU) das *Innen*, versinnbildlicht durch Kollektivsymbole vor allem aus dem Spendebereich des *Körpers, des Lebens, der Gesundheit und der Technik*, zusammengehalten von diskursiv bindungsstark konstruierten gemeinsamen sozialen Identitäten und gesellschaftlichen Systemen mit gemeinsamen, allgemeingültigen Werten und Normen sowie gemeinsamen, eigenen Interessen. Diskursiv konstitutiv für das eigene Selbstverständnis sind eine Ablehnung von und eine Abgrenzung gegenüber Gewalt, Fanatismus, Terror und Extremismus im *Innen* sowie ein Streben nach *innerem sozialem Frieden und systemischem Gleichgewicht*. Das *Außen* steht für (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastungen, Gefahren und negative Folgen für das *Innen*, die, versinnbildlicht durch Kollektivsymbole wie *Flut, Sturm, Welle, Schwemme, Feuer, Chaos, Krankheit etc.*, vielfach ähnlich einem naturwüchsigen, eigendynamischen Naturphänomen, als auf das *Innen* (existenziell bedrohlich) einwirkender, unaufhaltsamer, kaum zu kontrollierender, menschlich nicht zu bewältigender Selbstlauf dargestellt werden. Die Grenze zwischen dem *Innen* und *Außen* ist als *Front* markiert, konstituiert und (in-)formiert als *Zone der ständigen (direkten) Konfrontation und des Konfliktes*, dem (verpolizeilichten und militarisierten) Schutz und der Verteidigung des *Innen* gegenüber *Außen*, diskursiv ausgewiesen durch sozial institutionalisierte Handlungen der Abwehr, Abschreckung, Eindämmung, Zurück-/Ausweisung oder des Unter-Kontrolle-Haltens, des Kampfes und der Jagd; eindrücklich territorialisiert im deutsch-polnischen Grenzraum, ein (stellvertretend) exponierter und vorbildlicher, exportfähiger Garant für die Interessen des *Innen*, verantwortlich für Gefahrenabwehr, Sicherheit, Frieden, Gesundheit, Wohlstand etc. Sangatte in Nordfrankreich steht exemplarisch für (drohende, starke, zunehmende, chronische) Verletzlichkeit und Krankheit des *Innen* durch (zu viele Eindringlinge von) *Außen*. Es repräsentiert das im *Innen* (visualisiert) unerwünschte (Eindringen von) *Außen*: Ein Krisenherd, gezeichnet von Chaos, Tragödien, Elend, Gewalt, Lebensgefahr, Tod etc. – und zunehmender Fremdenfeindlichkeit. Zum Schutz, zur Sicherung des *Innen* und zur Selbst-Verteidigung gegenüber (zu vielen) Eindringlingen von *außen* sind, eingedenk der dargestellten spezifischen gesellschaftlichen Wirklichkeit und diskursiv normativ eingeschriebenen *Belastbarkeits-, Bewältigungs- und Verträglichkeitsgrenzen* mit drohendem Schaden etc., eigene Interessen durchsetzende (und per allgemein verbindlicher Rechtsnormen

---

festzulegende) Handlungen notwendig. Diese werden diskursiv als ohne Zweifel *gerechtfertigte, selbstverständliche, angemessene (Re-)Aktion*, als legitimes Recht und vernünftiger (verantwortungsvoller, weitsichtiger etc.) Mittelweg in (totalitarismustheoretischer) Abgrenzung entgegen (dem binäroppositionell gesetzten unvernünftigen etc.) politischen Rechts und Links präsentiert. Einlass ist nur im (gesetzlich geregelten) Ausnahmefall (temporär) zu gewähren, nur gebunden an Voraussetzungen und/oder Einschränkungen, nur dann, wenn das *Innen* keinen Schaden nimmt und keine negativen Folgen für *In*-Länder und ihr Verhältnis zu *Aus*-Ländern entstehen. Zum eigenen wirtschaftlichen Überleben notwendige Einlassmöglichkeiten sind als Gratwanderung mit drohenden (starken, zunehmenden) negativen Folgen gesetzt: Es drohen *neue Schleusen, offene Türen oder weitere Einfallstore* für (zusätzliche, zunehmende) Be-/Überlastungen und Gefahren. Die *Deutungskämpfe* ranken sich maßgebend um den *Zuschnitt und das Maß der (notwendigen, angemessenen, verträglichen, vernünftigen etc.) Größe der Einlassmöglichkeiten* (zum eigenen Überleben) und die daraus (drohend) resultierenden negativen Folgen. Sie zeigen sich mannigfaltig anschlussfähig für Diskurse der Ökonomisierung und Verwertbarkeit von Migration bzw. Migrantinnen.

## 6 Der Diskurs zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen im Vorfeld der EU-Erweiterung auf Ebene örtlicher Experten

Was alles unter dem Titel Experteninterview firmiert, ist sehr heterogen – „Das Experteninterview gibt es nicht“, so resümieren Bogner/Menz (2002a: 20, Hervorhebung im Original) die stark auf „praxis- und anwendungsfeldbezogene Probleme und Themen“ gerichtete interdisziplinäre Forschungspraxis.<sup>625</sup> Mit Experteninterviews, so konturieren sie die gemeinsame Basis (a. a. O.: 7), wird Erfahrungswissen spezifischer, für das jeweilige Thema/Interesse als relevant erachteter Akteure erhoben, für Meuser/Nagel (1991: 466) „Wissensbestände im Sinne von Erfahrungsregeln, die das Funktionieren von sozialen Systemen bestimmen“, Wissen, das „an sozialstrukturell bestimmte Handlungssysteme gebunden ist, an Insider-Erfahrungen spezifischer Status- und Interessensgruppen“ (dies. 1997: 489).<sup>626</sup> Ihre Analyse gibt Aufschluss über jene „Handlungskonzepte und Wissensbestände, die die Prozesse des sozialen Wandels und der Modernisierung der Gesellschaft steuern, vorantreiben und retardieren“ (dies. 1994: 181).<sup>627</sup>

Der zugrunde liegende Expertenbegriff ist kein voluntaristischer, demnach alle Menschen zugleich Experten für ihr Leben und ihre Bedeutungsgehalte sind, sondern ein konstruktivistisch definierter, ein relationaler Status: Die adressierten Personen sind generell Konstrukt eines speziellen Erkenntnisinteresses, methodologisch bestimmt in Abhängigkeit des Untersuchungsgegenstandes bzw. der Fragestellung, und Expertentum ist somit keine personale Eigenschaft oder Kompetenz (Bogner/Menz 2002b: 34 ff.).<sup>628</sup> Der Status ist keinesfalls an eine berufliche Rolle geknüpft, sondern Experten sind als in einen Funktionskontext eingebundene Akteure, als aktive Partizipanten im gemäß Forschungsinteresse anvisierten Themenfeld zu betrachten (Meuser/Nagel 1997: 485; 2002: 263 f.).<sup>629</sup> Aufgrund ihrer spezifischen Funktion, ihren daran gebundenen Erfahrungen und privilegierten Informationszugängen sind Experten „Träger von Sonderwissensbeständen“ (Bogner/Menz 2002a: 27), Inhaber „eines spezifischen (Mehr-)Wissens“ (dies. 2002b: 42), Verwalter von spezialisiertem, einschlägigem Sonder- bzw. Insiderwissen im Sinne sozial institutionalisierter Expertise (Meuser/Nagel 1994: 180; 1997: 485).<sup>630</sup>

<sup>625</sup> Für einen Überblick statt anderer Hitzler et al. 1994; Bogner et al. 2002.

<sup>626</sup> Experteninterviews zielen auf „die Rekonstruktion des handlungsorientierenden Wissens“ von Experten, „ihre impliziten funktionsbezogenen Relevanzen und Maximen“ sowie die „auf den Funktionskontext abgestimmten Strategien des Handelns und Kriterien des Entscheidens“ (dies. 1994: 183 f.) – es geht um die „Rekonstruktion vom Befragten *explizierbarer* Wissensbestände“, die „Rekonstruktion von besonderen Wissensbeständen bzw. von besonders exklusivem, detailliertem [...] Wissen über besondere Wissensbestände und Praktiken“ (Pfadenhauer 2002: 113 f., Hervorhebung im Original).

<sup>627</sup> Ziel ist „die Erfassung von praxisgesättigtem Expertenwissen, des know how derjenigen, die die Gesetzmäßigkeiten und Routinen, nach denen sich ein soziales System reproduziert, enactieren und unter Umständen abändern bzw. gerade dieses verhindern, aber auch der Erfahrungen derjenigen, die Innovationen konzipiert und realisiert haben“ (dies. 1997: 481).

<sup>628</sup> Die Befragten werden zum Experten „in ihrer und durch ihre Befragtenrolle“ (gemacht) (Meuser/Nagel 1997: 483). Der Expertenstatus wird vom Forscher (wie auch immer begründet) jeweils verliehen, aufgrund (vermuteter) spezifischer Wissensbestände begrenzt auf eine spezielle Forschungsfrage (dies. 1991: 443; 2002: 259). „Als ExperteIn wird mithin angesprochen, [...] wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung, oder [...] wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über relevante Personengruppen, Soziallagen und Entscheidungsprozesse verfügt. [...] Auf diesen Wissensvorsprung zielt das ExperteInneninterview“ (dies. 2002: 259).

<sup>629</sup> Grundlage für den Status ist „die Funktion, die eine Person innerhalb eines Sozialsystems erfüllt“, „nicht Bedingungen formaler Qualifikation oder eine offizielle Position“ (dies. 1994: 180). Experten sind als Funktionsträger in einem organisatorischen oder institutionellen Kontext von Interesse: Die damit verbundenen Zuständigkeiten, Aufgaben, Tätigkeiten und die dadurch gewonnenen exklusiven Erfahrungen und Wissensbestände sind Gegenstände des Interviews (dies. 1991: 443). Auch ehrenamtlich Engagierte z. B. in sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen oder Hilfsorganisationen können so als Experten adressiert werden: „Sie alle erwerben durch ihre Tätigkeit – und nicht unbedingt durch ihre Ausbildung – ein Sonderwissen, weil sie über einen privilegierten Zugang zu Informationen verfügen“ (dies. 2002: 263; vgl. auch Bogner/Menz 2002b: 42).

<sup>630</sup> Sie verfügen über einen relativ exklusiven Wissensbestand, „Wissen, das prinzipiell nicht mehr jedermann zugänglich ist“ (Pfadenhauer 2002: 115 f.). Ein Experte kennt „den Wissensbestand, der für ein bestimmtes Gebiet ‚bezeichnend‘ bzw. ‚relevant‘ ist, er hat sozusagen einen Überblick über einen Sonderwissensbestand“ (Hitzler 1994: 26). Expertenwissen lässt sich

## 6.1 Forschungsleitendes Erkenntnisinteresse

Die Erhebung von Expertenwissen hat in dieser Arbeit primär eine explorative Funktion, die Erkenntnisse um den regionalen Printmediendiskurs durch zusätzliche praxisgesättigte Informationen in Form spezialisierter Sonder- bzw. Insiderwissensbestände von lokalen Funktionsträgern, die selbst (mehr oder minder unmittelbar aktiv) partizipierender Teil des Handlungsfeldes sind, das den Forschungsgegenstand ausmacht, ergänzend und erweiternd (vgl. Bogner/Menz 2002b: 34; Meuser/Nagel 1991: 443 ff.; 1997: 482).<sup>631</sup> In diesem Sinne sind die Interviews auch veranschlagt als eine „zusätzliche ‚weiche‘ Datenquelle“, als ein „Verfahren der Generierung praxisgesättigter Bewertungen und Prognosen“ (dies. 2002: 258). Das Forschungsinteresse zielt vorrangig auf das Kontextwissen der Experten, nicht auf deren Betriebswissen: Sie sollen primär nicht „zum eigenen Handeln und dessen institutionellen Maximen und Regeln“ befragt werden, sondern sie sollen vor allem Auskunft geben über „die Kontextbedingungen des Handelns, über Zielgruppen, Adressaten, Betroffene“, also im Sinne einer zur Zielgruppe komplementären Handlungseinheit etwa über Wahrnehmungen und Deutungen des Handelns anderer und Erfahrungen, die sie in der Interaktion mit anderen gemacht haben, oder über die Lebenslagen bestimmter Teile der Gesellschaft, auf die ihr Handeln gerichtet ist und über die sie spezialisiertes Sonderwissen erworben haben (a. a. O.: 264 f.).<sup>632</sup>

## 6.2 Auswahl der Interviewpartner

Angesichts der Grundlagen zur Erhebung von Expertenwissen ist die Wahl der Interviewpartner wegweisend. Aufgrund des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit war es notwendig, speziell solche Experten für ein Gespräch zu gewinnen, die vermittels ihres funktionsspezifischen, praxisgesättigten Sonder- bzw. Insiderwissens fundiert Auskunft über die themenrelevanten Kontexte in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz geben konnten. Um die für die Gestaltungsprozesse und Entwicklungsstrategien der Städte federführende Kommunalpolitik zu beachten, fiel die Wahl zuerst auf *Repräsentanten der funktionalen Führungsebene der jeweiligen Stadtverwaltung*. Für eine genauere Ausleuchtung der Relevanz des Themas *Migration* in den kommunalpolitischen Handlungskontexten lag es ferner auf der Hand, auch *Vertreter der Verwaltungen mit dem Zuständigkeitsbereich Ausländer/Migranten* zu befragen. Zudem sollte unbedingt eine Perspektive erfasst werden, deren Repräsentanten Einblicke zum *Thema Migration* auf Grundlage von praxisgesättigtem Insiderwissen durch professionelle bzw. ehrenamtliche

---

auch als „Motor und Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Konflikte, als Stimulus und Medium eines emanzipativen Kampfes um die Definitionsverhältnisse“ betrachten (Bogner/Menz 2002a: 10). Die Wissensbestände, Handlungsorientierungen, Relevanzen etc. sind zudem mit der Chance verbunden, „in einem bestimmten organisationalen Funktionskontext hegemonial zu werden“: Ein Experte besitzt also die Möglichkeit zur (partiellen) Durchsetzung seiner Orientierungen; indem das Wissen „praxiswirksam wird, strukturiert es die Handlungsbedingungen anderer Akteure [...] mit“ (dies. 2002b: 46).

<sup>631</sup> Der inhaltliche Schwerpunkt der explorativen Interviews liegt im Bereich der thematischen Sondierung: Auf Vergleichbarkeit, Vollständigkeit und Standardisierbarkeit der erhobenen Daten zielt die vorliegende Arbeit nicht ab (vgl. Bogner/Menz 2002b: 37; zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen dem explorativen und dem systematisierenden sowie dem theoriegenerierenden Experteninterview auch Meuser/Nagel 1991: 445 ff.; Bogner/Menz 2002b: 37 ff.).

<sup>632</sup> Die Unterscheidung zwischen Betriebs- und Kontextwissen ist eine allein forschungslogische, begriffliche Bestimmung der Funktionen, die die erhobenen Texte erfüllen, und bezeichnet keine Denkfiguren der Experten: Für sie spielt es keine Rolle, ob ihr Wissen als Betriebs- oder Kontextwissen verwendet wird; von Bedeutung ist dies aber für die Auswertung (vgl. dies. 1991: 446; zur Unterscheidung von Betriebs- und Kontextwissen, gerade in Abhängigkeit der Funktion der Interviews im Forschungsdesign, auch dies. 2002: 264 ff.). Eine klare Trennung zwischen der Erhebung von Kontext- oder Betriebswissen ist in der Praxis kaum möglich, so dass auch *meine* Experten (in Teilen) unter beiden Aspekten befragt wurden.

Arbeit an der gesellschaftlichen Basis zu gewähren vermochten, wofür sich, auch eingedenk Verweisen aus Sondierungsgesprächen zur Felderschließung, *Vertreter von Initiativen, Vereinen und Verbänden* anboten. Da Redakteure von Regional- und Lokalzeitungen über vielfältiges Insiderwissen betreffend die örtlichen Vergesellschaftungsprozesse (und zudem über nicht unerheblichen Einfluss auf die lokalen Diskurse) verfügen, erschien es sinnvoll, gerade auch angesichts der angestellten Medienanalysen, diese drei Expertenkatgeorien durch *Repräsentanten der Lokalredaktion der Märkischen Oderzeitung in Frankfurt (Oder), der Lausitzer Rundschau in Guben und der Sächsischen Zeitung in Görlitz* zu ergänzen. Damit standen für die drei Städte jeweils vier kongruent definierte Expertenkatgeorien fest, gemäß Forschungsdesign konzipiert als Insider-Erfahrungen von speziellen Funktionsträgern mit spezialisiertem Sonderwissen zum *Thema Migration*, „Kristallisationspunkte“ (Bogner/Menz 2002a: 7) von praxisgesättigtem Insiderwissen, stellvertretend interviewt für eine Vielzahl zu befragender Akteure:

- 1) *Stadtverwaltung (SV)*,
- 2) *Städtische Ausländer-/Migrationsangelegenheiten (SA)*,
- 3) *Gesellschaftliche Initiativen (GI)*,
- 4) *Lokalzeitungsredaktion (LZ)*.<sup>633</sup>

Das Untersuchungssample umfasst insgesamt 17 Interviews, sechs für Frankfurt (Oder) und Guben, fünf für Görlitz.<sup>634</sup>

### 6.3 Erhebung der Interviews

Die Kontaktaufnahme zu den Interviewpartnern erfolgte schriftlich, wobei bereits knapp über das Forschungsprojekt und Erkenntnisinteresse sowie die zuge dachte Expertenrolle informiert wurde.<sup>635</sup> Die Reaktionen waren einhellig kooperativ.<sup>636</sup> Zu Beginn der Gespräche wurde nochmals der Forschungskontext und das Ziel der Untersuchung expliziert und auf die generell anonymisierte Verwendung der Interviewtexte verwiesen.<sup>637</sup> Nach einer ersten grundsätzlichen Harmonisierung der Kommunikationsbeziehung im Sinne eines möglichst offenen, vertrauten Miteinander-Redens, ein diskursiv-argumentatives Fachgespräch in einer mehr oder minder lockeren, unbürokratischen Diskussionssituation (vgl. Trinczek 2002: 220), wirkten die Interviewpartner interessiert an einem Austausch und agierten in der Haltung des Protagonisten, der

<sup>633</sup> Im Folgenden abgekürzt mit *SV* (und analog der drei Städte *SV/FF* für Frankfurt (Oder), *SV/GB* für Guben, *SV/GR* für Görlitz), *SA* (*SA/FF*; *SA/GB*; *SA/GR*), *GI* (*GI/FF*; *GI/GB*; *GI/GR*), *LZ* (*LZ/FF*; *LZ/GB*; *LZ/GR*). Die *SV* gehören der Führungsebene der Stadtverwaltung an, die *SA* sind dort unter anderem mit den Belangen von *Ausländern/Migranten* betraut und die *LZ* sind Teil der Lokalzeitungsredaktion. Da die Kategorie *GI* entsprechend der Eindrücke zur Charakteristik der lokalen Szenarien nicht durch jeweils nur einen Repräsentanten abgedeckt werden konnte, wurden für Frankfurt (Oder) und Guben jeweils drei und für Görlitz zwei Vertreter berücksichtigt (im Folgenden abgekürzt mit *GI 1/FF*; *GI 2/FF*; *GI 3/FF*; *GI 1/GB*; *GI 2/GB*; *GI 3/GB*; *GI 1/GR*; *GI 2/GR*); ihre für die Erkenntnisinteressen dieser Arbeit relevanten Sonderwissensbestände schöpfen sie aus einer (multifunktionalen) professionellen (beruflichen und/oder ehrenamtlichen) Arbeit mit Migranten und überwiegend auch Polen (z. B. soziale, rechtliche Unterstützung; interkulturelle Projekt-/Bildungs-/Integrationsarbeit; Hilfe für Betroffene rassistischer Gewalt), wobei sie vielfach auch zusätzlich kommunalpolitische Gremienarbeit leisten. Um im Sinne einer guten wissenschaftlichen Praxis Rückschlüsse auf konkrete Personen zu vermeiden, wird auf genauere Angaben zu den Gesprächspartnern verzichtet, zumal sie auch allein als Repräsentanten ihrer Funktionskontexte von Bedeutung sind.

<sup>634</sup> Die Interviews mit den *SV*, den *SA* und den *GI* wurden zwischen September und Dezember 2003 geführt, die mit den *LR* im September 2004. Die Gespräche fanden in den Büroräumen der Interviewten, in einem Fall zuhause, also generell in für sie vertrauter Umgebung, (weitestgehend) ohne störende Nebengeräusche mit einer Dauer zwischen rund 70 und 210 Minuten statt. Zwar wurden zusätzlich noch eine ganze Reihe weiterer Experteninterviews geführt – vor allem mit Repräsentanten weiterer Initiativen, mit Verwaltungsangehörigen und BGS-Beamten –, diese bleiben hier jedoch unberücksichtigt.

<sup>635</sup> In Ausnahmefällen erfolgte die Kontaktaufnahme auch telefonisch, eine schriftliche Explikation folgte.

<sup>636</sup> Absagen blieben aus. Per Telefon oder E-Mail kam es zu einer verbindlichen Terminvereinbarung für ein Interview.

<sup>637</sup> Auch das Einverständnis zur Audioaufzeichnung wurde eingeholt.

bereitwillig Auskunft erteilt, sich mehr oder minder tief in die Karten schauen lässt und sein Wissen darlegt und diskursiv erläutert, obgleich ab und an auch ersichtlich kontrolliert.<sup>638</sup>

Zur Strukturierung der Befragungssituation und zur Dimensionierung der zentralen thematischen Gegenstände diente ein Interviewleitfaden, der die Gespräche (nach den Präliminarien) thematisch strukturieren, aber keineswegs zwanghaft steuern oder standardisieren sollte und somit auch keine detaillierten Fragen, sondern nur die grundsätzlich anzusprechenden Themenkomplexe ohne vorgegebene Reihenfolge beinhaltete (vgl. Meuser/Nagel 1991: 448 ff.; 1997: 487). In diesen Themenkomplexen sollte den Experten, gemäß ihren spezifischen, an ihre unterschiedliche Funktion und ihre handlungsspezifischen praxisgesättigten Erfahrungen gebundenen Sonder- bzw. Insiderwissensbeständen, die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen Schwerpunkte zu setzen und ihre eigenen Relevanzen zu entwickeln und zu formulieren und somit das Gespräch selbst zu strukturieren und thematisch zu dimensionieren, anstatt ihnen ein externes Relevanzsystem aufzuzutroyieren.<sup>639</sup> Die Themenkomplexe lauteten:

- *Funktions- und Handlungskontexte*,<sup>640</sup>
- *Polnischer Teil der Zwillingstadt bzw. Polen*,<sup>641</sup>
- *Migranten/Migration*,<sup>642</sup>
- *EU-Erweiterung*,<sup>643</sup>
- *Grenzregime gegen irreguläre Migration*,<sup>644</sup>

## 6.4 Auswertung der Interviews

Nach Durchführung der Experteninterviews und Transkription der Audioaufzeichnungen, entweder vollständig oder in den für das Forschungsinteresse relevanten Passagen, lagen 17 singuläre Gesprächsprotokolle vor.<sup>645</sup> Auch wenn der Interviewleitfaden auf eine grundlegende thematische Strukturierung und Dimensionierung zielte, bedingte die offene Art der Gesprächsführung – und die somit von den Experten individuell gesetzten Schwerpunkte, formulierten Relevanzen oder zur Illustration ihres Wissens gewählten Exempel – eine breite Palette verschiedenster Unter- (Unter- etc.) Themen. Zudem resultierte aus den vier Expertenkategorien (zuzüglich den je zwei bzw. drei für die Kategorie *GI* berücksichtigten Repräsentanten) mit entsprechend ihren spezifischen organisatorischen und institutionellen Funktionskontexten teils ganz offenkundig differierenden Perspektiven auf die lokalen Szenerien, eine große Bandbreite an Wissensbeständen zum *Thema Migration*, die auch zwischen den Interviewpartnern analoger Funktionskontexte aus den drei Städten eine beachtliche Streuung aufwies.

<sup>638</sup> Vgl. auch Meuser/Nagel (1997: 487), zu potenziellen Gesprächsverläufen zudem Bogner/Menz (2002b: 47 ff.).

<sup>639</sup> Je nach Gesprächsverlauf eventuell konkret zu stellende Fragen wurden zwar vorbereitet, sie waren in den Interviews aber allein mental präsent (zur Bedeutung des Interviewleitfadens und seiner Entwicklung je nach Forschungsinteresse vgl. z. B. Meuser/Nagel 1991: 448; 1997: 486; 2002: 268). Ziel der Gespräche war keineswegs, aus den Interviewten zu speziellen Themen oder Fragen Äußerungen geradezu herauszupressen zu versuchen; war z. B. bei einzelnen Aspekten kein spezifisches Wissen oder kein Wille vorhanden, sich (über private Einschätzungen hinaus) zu äußern, wurde dies akzeptiert.

<sup>640</sup> Qualität, Schwerpunkte etc. des Handelns im spezifischen organisatorischen und institutionellen Funktionskontext.

<sup>641</sup> Qualität, Struktur etc. der grenzüberschreitenden Interaktionen mit dem polnischen Teil der Zwillingstadt bzw. Polen.

<sup>642</sup> Bedeutung für die lokalen Vergesellschaftungszusammenhänge und entsprechende Qualitäten.

<sup>643</sup> Lokale Chancen, Risiken etc. der damit (mutmaßlich) verbundenen Veränderungen.

<sup>644</sup> Bedeutung, Implikationen etc. für die lokalen Formierungsprozesse.

<sup>645</sup> Die Entscheidung, welche Teile transkribiert oder paraphrasiert wurden, erfolgte mit Blick auf die forschungsleitenden Fragen. Auf aufwendige Notationssysteme (z. B. nonverbale und parasprachliche Elemente) wurde verzichtet, wurde doch auf thematische Inhalte, nicht auf die Art und Weise von Äußerungen gezielt (vgl. Meuser/Nagel 1991: 455; 1997: 488).

Die Auswertung des Datenmaterials folgte der interpretativen Auswertungsstrategie für offene, leitfadenorientierte Experteninterviews von Meuser/Nagel (1991: 451 ff.; 1997: 488 ff.) und orientierte sich, anders als bei einer rein an Einzelfällen interessierten Interpretation, an thematischen Einheiten, an inhaltlich zusammengehörigen, über die Texte verstreuten Passagen, nicht an der Sequenzialität von Äußerungen je Interview (dies. 1991: 453; 2002: 269).<sup>646</sup>

## 6.5 Ergebnisdarstellung der Interviewanalysen

Die Darstellung der Analyseergebnisse erfolgt in vier Teilabschnitten. Die ersten drei repräsentieren thematische Komplexe; erstens: *Kommunalpolitik und Migranten/Polen*, zweitens: *Lokalgesellschaftliche Verfasstheit und Wahrnehmungen von Migranten/Polen*, drittens: *Die Grenze und (irreguläre) Migration*.<sup>647</sup> Im vierten Abschnitt werden die einzelnen Ergebnisse nochmals synoptisch kontextualisiert und vergleichend resümiert.

### 6.5.1 Kommunalpolitik und Migranten/Polen

Im Fokus dieses Teilkapitels stehen die Deutungen des aktuellen Standes und der Entwicklungsperspektiven der drei Städte mit speziellem Blick auf interkulturelle Handlungskontexte. Dargestellt werden neben den entsprechenden Bedeutungszuweisungen der die Kommunalpolitik repräsentierenden *SV* vor allem die Wahrnehmungen der *SA* betreffend die Relevanz ihres Funktionskontextes und ihr funktionsspezifisches Selbstverständnis sowie die Deutung der kommunalpolitischen Relevanzen durch praxiserfahrene Experten in Person der *GI* und der *LZ*.

#### 6.5.1.1 Frankfurt (Oder)

Der *SV* deutet die Raumlage von Frankfurt (Oder) als prägnant symbolischen Standortfaktor. Die Grenzlage an der Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa sei ein kulturelles Alleinstellungsmerkmal, das ständig zu betonen sei.<sup>648</sup> Darauf basierend propagiert er die Vision einer

<sup>646</sup> Nach Transkription aller Audioaufzeichnungen wurden die Interviewtexte zunächst nach thematischen Einheiten sequenziert und sodann detaillierte bzw. auch zusammenfassende, protokollarisch streng auf den Inhalt gerichtete Paraphrasen der einzelnen Sequenzen erstellt. Anschließend wurden die paraphrasierten Passagen kodiert, also mit textnah konzipierten, die Terminologie (im Idealfall z. B. Redewendungen, markante Begriffe) der Interviewten aufgreifenden Überschriften versehen, hiernach thematisch geordnet und zusammengestellt sowie dann die thematischen Einheiten soweit wie möglich mit zusammenfassenden Hauptüberschriften versehen. Vgl. hierzu auch Meuser/Nagel 1991: 455; 1997: 488. Der Funktionskontext der Experten erfuhr dadurch Gewicht, als ihre Äußerungen prinzipiell im Kontext ihrer institutionell-organisatorischen Handlungsbedingungen verortet wurden (vgl. dies. 1997: 488). Die themenspezifische Vergleichbarkeit der Äußerungen der unterschiedlichen Experten wurde durch die leitfadenorientierte Interviewführung gewährleistet (vgl. dies. 1991: 453).

<sup>647</sup> Um zum einen der unterschiedlichen Gestalt der lokalen Szenerien in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz sowie zum anderen auch den unterschiedlichen Expertenkatégorien mit ihren speziellen Wissenskontexten angemessen zu begegnen, werden in den ersten drei Teilabschnitten zunächst getrennt voneinander die Analyseergebnisse für die drei Städte in der Abfolge *SV*, *SA*, *GI* und *LZ*, abgerundet durch eine kurze Zusammenfassung des Repräsentativen im Expertenwissen, die charakteristischen überindividuellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die (nicht) gemeinsam geteilten Wissensbestände, Relevanzen, Bedeutungszuweisungen etc., dargestellt. Abgeschlossen werden die drei Teilabschnitte jeweils mit einem die Ergebnisse aus den drei Städten synoptisch zusammenfassenden Zwischenfazit. In An- und Abführungszeichen gesetzte Formulierungen entsprechen Äußerungen der Experten. Auslassungen zwecks Anonymisierung sind mit „[X]“ gekennzeichnet.

<sup>648</sup> Auch für regionalökonomische Entwicklungsprozesse sei die Grenzlage ein herausragender Standortvorteil. Aufgrund beiderseitiger Unterschiedlichkeiten böte sie für wirtschaftliche Akteure per se Vorteile: Wegen des noch länger andauernden Assoziierungsprozesses in Polen mit entsprechenden Übergangszeiten könnten sich Investoren vor allem das unterschiedliche Lohnniveau, unterschiedliche Kenntnisse, Arbeitnehmertraditionen und gesetzliche Vorgaben zu Nutze machen.

lebendigen, multikulturellen Grenzstadt, in der Menschen unterschiedlichster Nationalität und Herkunft eine (zumindest temporäre) Heimat fänden. Bemühungen, möglichst viele Ausländer so schnell als möglich als neue Einwohner hinzugewinnen zu wollen, folgten für ihn zwar der Überzeugung, dass der Zuzug von Ausländern per se mit kulturellem Reichtum und Zugewinn für eine positive städtische Atmosphäre und menschliche Horizonterweiterung verbunden sei. In erster Linie basierten sie aber auf der realpolitisch unabwendbaren Einsicht, dass zusätzliche Einwohner für die stark schrumpfende Stadt einen finanziellen Gewinn (Steuereinnahmen, relative Verbrauchskosten senkung etc.) sowie einen allgemeinen Bedeutungszuwachs bedeuteten. Demzufolge streicht er deutlich heraus, dass seine Vision eines kulturellen Schmelztiegels nicht persönlichen Moralvorstellungen, einer Freundschaft zu Polen oder Ausländern, einem politischen Traum oder einem konkreten Arbeitsziel entspräche, sondern gezielt dem Verlust von (deutschen) Einwohnern entgegenzuwirken versuche: Er handle nur im Sinne der Zukunft von Frankfurt (Oder).<sup>649</sup> Je mehr und je schneller sich zudem eine internationale Einwohnerschaft normalisiere, desto schneller würde ein interkultureller Normalzustand erreicht, durch den sich bestehende Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung automatisch abbauten.<sup>650</sup>

Der SA sieht seinen Funktionsbereich nicht als integralen, sondern nur alibiartig angegliederten Teil der Kommunalpolitik, und beklagt deutlich eine mangelnde strukturelle Einbindung sowie ideelle und finanzielle Unterstützung. Von Verwaltungsangestellten, Stadtverordneten und Mitarbeitern von Ämtern und Behörden würde ihm immer wieder verdeutlicht, dass allein die Interessen Deutscher relevant seien. Ausländerspezifische Belange stießen auf prinzipielles Desinteresse und Ignoranz. Selbst Ausländer offen abwertende Äußerungen schlugen ihm entgegen.<sup>651</sup> In kommunalpolitischen Prozessabläufen sei es ständig notwendig überhaupt die Bedeutung und Erfordernis der eigenen Arbeit zu rechtfertigen, die Beachtung der Belange von Ausländern anzumahnen und z. B. zu insistieren, welche Chancen für sie bestünden.<sup>652</sup> Die Zusammenarbeit mit Mitarbeitern aus Verwaltung und Behörden sei generell schwierig. Gut und unproblematisch sei sie nur mit den verschiedenen Institutionen in Frankfurt (Oder), die sich (ehrenamtlich) um die Unterstützung und Beratung von Ausländern bemühten, so dass er sich auch als Koordinator der Ausländerarbeit in der Stadt betrachte und seine Aktivitäten quasi

<sup>649</sup> Die Bevölkerung müsse durch einfache wirtschaftliche Rechnungen, eine einfache Sprache und das Aufzeigen teils drastischer Beispiele von der Alternativlosigkeit dieses Weges überzeugt und so bestehendes Unbehagen und Ängste abgebaut werden: „Und nun sage ich, könnt ihr doch alle was gegen die Polen haben. Ich rechne euch vor, [...] wir brauchen sie eigentlich, weil wir da erhebliche Einsparungen haben und als Stadt lebensfähiger bleiben. [...] Ich habe gesagt: Wir müssen Polen ja nicht lieben, das kann keiner verlangen, aber ihr sollt sehen, dass wir mit ihnen zusammen hier unsere Zukunft besser gestalten können. Und zwar wirtschaftlich in der Gesamtheit. [...] Ich gebe mir alle Mühe immer deutlich zu machen, dass ich kein Moralist bin, dass ich das nicht aus Freundschaft mache zu Polen. [...] Ich mache es wegen uns, wegen Frankfurt (Oder). [...] Da ist uns das Hemd näher als der Rock. Das ist Stadtentwicklung. Und wir haben nur ne Zukunft durch Zuwanderung.“ Als ähnlich alternativlos stellt er die Zusammenarbeit mit Słubice dar: Künftig sei nicht zu überlegen, was gemeinsam machbar oder konkret zu tun sei, sondern nur, warum etwas nicht gemeinschaftlich passiere, wenn dies bereits möglich sei.

<sup>650</sup> Wenn es gelingen würde, sich den aus der Grenzlage resultierenden Herausforderungen offensiv zu stellen und vor allem wirtschaftliche Akteure von den bestehenden Chancen zu überzeugen, böten sich für Frankfurt (Oder) auch bessere Chancen als z. B. anderen ostdeutschen Kommunen, die unter ähnlichen Schrumpfdynamiken litten.

<sup>651</sup> „Also ich muss mal sagen, mich sieht man in der Verwaltung lieber von hinten, wie von vorne. [...] Ich merke es ja auch: Es ist auch nicht Thema [...]. Da, da gibt es immer nur Arbeitsplatz, Wirtschaft und, und, und. [...] Man kriegt das auch bei den Ämtern mit. Also zum Beispiel Arbeitsamt, ne: Also wir sind [...] zuständig für die Deutschen, so, das ist unsere Aufgabe, die zuerst zu versorgen, und nicht den Ausländer, ja. [...] Die Stadt sagt ja auch: Die Asylbewerber sind doch gut untergebracht, ja. Die haben ihr Bett, die haben ihre Toiletten, die haben ihre Küche und, und damit können sie zufrieden sein, ne. Und [...] wenn es denen nicht passt, die können doch gerne wieder zurückgehen, das können sie gerne machen, ne. Wir halten sie nicht. Und das hört man auch von Stadtverordneten, ja. [...] Ja also wenn wir denen jetzt noch mehr Bargeld geben, dann werden die ja noch krimineller, ja. Da fahren wir ja mit Gutscheinen viel, viel besser.“

<sup>652</sup> Konkretere Ziele seines Funktionsbereichs als Teil kommunalpolitischer Gestaltungsprozesse formuliert er nicht.



generell gemeinsam mit diesen organisieren. Seinen aktuellen Arbeitsschwerpunkt stellten erste Ansätze zur Erarbeitung eines städtischen Integrationskonzeptes dar, zusammen mit allen Initiativen, Vereinen und Verbänden sowie allen Einrichtungen, zu denen auch Ausländer (potenziell) Kontakt hätten (Bildungseinrichtungen, Behörden etc.). Allerdings stünden die konzeptuellen Anstrengungen, so betont er, noch ganz am Anfang und repräsentierten den grundsätzlichen Beginn strukturierter Integrationsansätze auf kommunaler Ebene.<sup>653</sup> Mit zunächst primär praxisorientierten Bemühungen verbindet er zwei Ziele. Zum einen überhaupt erste koordinierte Anstrengungen, die die Lebenslage von bleibeberechtigten Ausländern derart verbessern könnten, als ihnen die Möglichkeit gegeben werden solle, ansatzweise in der deutschen Gesellschaft anzukommen und nicht weiter in staatlichen Versorgungsnetzen verkümmern zu müssen. Zum anderen kommunale Institutionen, die Zuwanderergruppen in der Regel nicht statusrechtlich unterscheiden könnten, ebenso wie die sich durch homogenisierende Vorbehalte gegenüber Ausländern auszeichnende Bevölkerung, in ersten Schritten grundsätzlich aufzuklären und zu sensibilisieren, damit Ausländer nicht weiter nur als Belastung und Bedrohung betrachtet würden. Hauptarbeit bei Projekten sei aber nicht die Konzipierung und Durchführung, sondern die Finanzierung.<sup>654</sup> Im Fokus der Kommunalpolitik, gerade auch bei deutsch-polnischen Aktivitäten, stünden nur große, administrative Events. Dem entgegen würde die wesentliche Arbeit an der gesellschaftlichen Basis vernachlässigt und finanziell nicht ausreichend unterstützt.<sup>655</sup>

Der *GI 1* nimmt die von der Stadtverwaltung forcierten deutsch-polnischen Aktivitäten ambivalent wahr. Einerseits seien sie nur taktisch auf die Erlangung eines Alleinstellungsmerkmals und die Akquise von Fördergeldern gerichtet. Andererseits sei aber zumindest bei einigen Akteuren ein durchaus ehrlicher Wille zur Kooperation und Annäherung auszumachen.

Als äußerst problematisch betrachtet er indes das Verhalten (von Repräsentanten) der örtlichen Ausländerbehörde. Ausländer berichteten regelmäßig, dass sie sich nicht ernst genommen und unmenschlich behandelt fühlten, die Mitarbeiter z. B. nicht auf eingeschränkte Deutschkenntnisse achteten, sie häufig anherrschten, unfreundlich, unsensibel und in ihrer Auslegungspraxis für gewöhnlich restriktiv seien.<sup>656</sup> Aufgrund fehlender sozialer und vor allem interkultureller Kompetenzen seien die Mitarbeiter kommunaler Institutionen im Umgang mit Migrant\*innen allgemein überfordert, woraus immer wieder Schroftheiten und sich entladende Aggressionen resultierten.<sup>657</sup>

Obwohl der *GI 2* das Gros der deutsch-polnischen Aktivitäten auf Verwaltungsebene, da beiderseits nicht von unbedingtem Willen getragen, sondern häufig von einem Zwangscharakter bestimmt, ohne Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, als geradezu affektiert betrachtet, eröffneten sie zugleich jedoch einen Weg, über den weitere Aktivitäten angeschoben werden

<sup>653</sup> Völlig grundsätzliche Inhalte stünden im Fokus (z. B. Erfahrungsaustausch, Defizite, Bedarf, Definition von Integration).

<sup>654</sup> „Ja, also wenn ich irgendwelche Projekte mache, laufe ich mir Blutblasen. Da kriege ich nicht einen Cent.“

<sup>655</sup> Diese obliege den – in Frankfurt (Oder) allerdings zahlreich vorhandenen – vor allem ehrenamtlich getragenen Initiativen.

<sup>656</sup> Termine riefen regelmäßig großes Unwohlsein und vielfach schlicht Angst hervor. Zwar hätten Ausländer vielerorts Angst vor Aufenthaltsbeendigung oder seien beim Behördengang grundsätzlich verunsichert, andernorts seien jedoch die Reaktionen und Verfahrensweisen als nicht gleichermaßen dramatisch zu bewerten.

<sup>657</sup> Beratungs- und Schulungsangebote zur Steigerung der sozialen und speziell interkulturellen Kompetenzen seien von der lokalen Ausländerbehörde jedoch mit Verweis auf eine nicht bestehende Notwendigkeit wiederholt abgelehnt worden.

könnten.<sup>658</sup> Zwar würde sich auf verschiedenen Ebenen auch um soziale Austausch- und Annäherungsprozesse bemüht, die gesellschaftliche Resonanz sei jedoch sehr gering.<sup>659</sup>

Der *GI 3* sieht einige kommunale Verantwortungsträger bei deutsch-polnischen Aktivitäten als durchaus recht bemüht, woraus einige institutionalisierte Ansätze resultierten, diese zeitigten aber keine faktischen Auswirkungen oder eine spürbare Resonanz in der Stadt. Kooperationen würden zwar teils vorbildlich forciert und getragen, erschienen ihm aber immer wieder als affektiert und nicht von Herzen getragen. Meist folgten sie Opportunitätserwägungen oder finanziellen Motivationen, weil für die schrumpfende Stadt regelrecht alternativlos. Ähnlich sei auch das Ansinnen um die Beförderung von Integration durch Pläne zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern zu betrachten: Sie resultierten vor allem aus finanziellen Erwägungen.

Obwohl er den Umgang von Ämtern und Behörden mit Ausländern, speziell in Abhängigkeit der Sachbearbeiter, sehr unterschiedlich bewertet, dominiere eine undifferenzierte Wahrnehmung von verschiedenen Migrantengruppen.<sup>660</sup> Zumindest latente Diskriminierungen seien verbreitet. Zwar betrachtet er Ausländerbehörden als generell „schwieriges Terrain“, die z. B. über fachkundige Begleitung nie erfreut seien und stets reserviert reagierten, die lokale Behörde rage wegen eines besonders negativen Umgangs aber heraus: Zumeist wählten die Mitarbeiter keinen angemessenen Ton und träten Kunden sehr unfreundlich und ablehnend gegenüber.<sup>661</sup> Versuchen zur Schlichtung sowie Angeboten zur Schulung der sozialen und interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter verweigere sich die Behördenleitung jedoch regelmäßig.<sup>662</sup>

Der *LZ* sieht bei der kommunalen deutsch-polnischen Kooperation zwar verschiedene institutionalisierte, symbolisch beladene Kontakte, es sei aber notwendig, so kommentiert er zynisch, Treffen einmal persönlich mitzerleben: Vielfach „einfach schrecklich“.<sup>663</sup>

Zusammenfassend betrachtet prägen deutliche Differenzen zwischen der Vision des *SV* einerseits, den Deutungen des *SA*, der *GI* und des *LZ* andererseits das Bild in Frankfurt (Oder). Der vom *SV* propagierte multikulturelle Besonderheitsraum erscheint in erster Linie als Appell für das eigene Überleben. Migranten/Polen sieht er vor allem unter dem Aspekt des wirtschaftlichen Nutzens. Dem entgegen repräsentieren die Belange und Interessen von Migranten für den *SA* nicht nur keinen integralen Bestandteil der Kommunalpolitik und öffentlichen Institutionen, sondern Desinteresse und Ignoranz bis hin zu offener Ablehnung sei gegenüber Ausländern, die pauschal als Belastung und Gefahr dargestellt würden, vorherrschend. Die *GI* und der *LZ* deuten vor allem die Politik der Verwaltung zwar besonders betreffend deutsch-polnische Aktivitäten als teils engagiert, zugleich aber als überwiegend symbolisch instrumentalisiert, mit

<sup>658</sup> Dies vor allem deshalb, da einige Verantwortungsträger recht bemüht und spontan in ihrem Handeln seien. Überwiegend sei der Umgang zur Vermeidung von Dissonanzen aber deutlich von Etikette und Höflichkeit bestimmt. Insbesondere die Sprachbarriere und eine unterschiedliche politische Debatten- und Streitkultur verkomplizierten das Verhältnis.

<sup>659</sup> Die entsprechend maßgebenden Kriterien der Aktivitäten lauteten: unkompliziert und wenig kommunikativ.

<sup>660</sup> Selbst beim Sozialamt oder der Ausländerbehörde resultierten daraus nicht selten offensichtliche Fehlentscheidungen.

<sup>661</sup> Bei der Begleitung durch Deutsche, so berichteten ihm Ausländer, sei ein solches Verhalten aber nicht gleichermaßen typisch – und plötzlich würden auch überraschend wohl gesonnene Entscheidungen gefällt, wohingegen in aller Regel der gesetzlich bestehende Ermessensspielraum geradezu so weit als möglich zu Ungunsten von Ausländern ausgelegt würde.

<sup>662</sup> Sie verschanze sich regelrecht unangreifbar hinter der gesetzlich legitimierten Entscheidungsmacht, lasse jede Kritik an ihren Handlungen abprallen und verweigere anderen Sichtweisen als der eigenen geradezu die Existenzberechtigung.

<sup>663</sup> Ein Gutteil der Veranstaltungen würde ausschließlich von freundschaftlichen Floskeln bestimmt. Ein inhaltliches Vorankommen gestalte sich vor allem aufgrund ständig notwendiger Übersetzungen sowie einer völlig unterschiedlichen (politischen) Kultur und Mentalität in Polen grundsätzlich äußerst langatmig und schwierig.

Blick auf erhofften wirtschaftlichen Nutzen alternativlos für die schrumpfende Stadt. Resonanz auf die unterschiedlichen Aktivitäten vernehmen sie, auch aufgrund von defizitären Anstrengungen um die Einbeziehung der Bevölkerung, wie auch der SA bemängelt, kaum. Sehr deutlich kritisiert werden überdies vom GI 1 und GI 2 die (Mitarbeiter der) lokalen Ämter und Behörden ob gegenüber Migranten unfreundlichem, diskriminierendem und teils offen ablehnendem Verhalten; und vor allem auch aufgrund einer betont ausbleibenden Veränderungsbereitschaft.

### 6.5.1.2 Guben

Für den SV sei es aufgrund einer bei Amtsantritt vorgefundenen desolaten Lage im Bereich Stadt- und Wirtschaftsraumwicklung notwendig, rasch eine Reurbanisierung und Revitalisierung der seit der Wende stark gebeutelten Stadt zu realisieren. Dadurch könnten die Schrumpfungsprozesse gebremst oder sogar gestoppt werden, denn die lange Zeit enttäuschte Bevölkerung würde dank neuer (persönlicher) Perspektiven zum Bleiben bewegt.<sup>664</sup> Eine erfolgreiche, speziell auch deutsch-polnische Stadtentwicklung sei, so zugleich der Kern seiner rundum barschen Vorwürfe in Richtung Gubin, einzig mit wirtschaftlichen Prämissen zu realisieren.<sup>665</sup> Perspektivisch wünsche er sich zwar eine gemeinsame Stadt mit einer Verwaltung. Gubin weist er dabei aber nur einen ergänzenden Charakter in Form noch zu erzeugender parkähnlicher Landschaften zu.<sup>666</sup> Den östlichen Nachbarstaaten per se zugeschriebene qualitative Schwächen und eklatante Defizite sowie eine dementsprechend keinesfalls bestehende wirtschaftliche Konkurrenz für Deutschland sieht er zugleich als extremen Vorteil besonders für deutsche Grenzstandorte wie Guben, gerade im Zuge der EU-Erweiterung.<sup>667</sup>

Gemeinsame Wohnquartiere von Deutschen und Polen/Ausländern seien für ihn (derzeit) unmöglich. In Nachbarstädten betriebenes Werben um Polen betrachtet er als illusorische „Wunsch- und Wahnvorstellungen“. Wegen der Unvereinbarkeit des Zusammenwohnens unterschiedlicher Nationalitäten, sozialer Schichten und Lebensformen seien sie zum Scheitern verurteilt und führten in eine „grandiose Pleite“. Die potenziellen Neubewohner seien „nicht integrationsfähige Elemente“.<sup>668</sup> Da die Integrationsfähigkeit von Wohnquartieren auch quantitativ definiert sei, wissenschaftlich bewiesen seien maximal fünf bis zehn Prozent von Personen abweichender Nationalität, sozialer Schichten und Lebensformen, sei bei Überschreiten

<sup>664</sup> Seine Ziele formuliert er äußerst selbstbewusst: „Das heißt, ich bin nicht angetreten [...] um hier irgendwo in der Kreisklasse zu spielen, sondern ich sag Ihnen ganz ehrlich: Ich möchte in der Bundesliga spielen, und da spielt die Größe der Stadt keine Rolle, sondern die Zielstellung spielt eine Rolle, [...] und ich denke mal, die werden wir in der Form auch erreichen.“

<sup>665</sup> Dies müsse endlich auch die Gubiner Seite lernen, die bis heute nur an bloßer Symbolik interessiert sei, die nichts weiter als „Luftblasen“ beinhalte und keine wirtschaftlichen Resultate zeitige. Somit sei es unabdingbar sehr hart zu verhandeln, ohne gleich, wie er ihm offensichtlich bekannter Kritik begegnet, als „Feind von Polen dazustehen“. Die entscheidenden Kooperationen kämen aufgrund der von ihm rundum als ignorant, destruktiv, inkompetent, kooperationsunwillig sowie ziel- und konzeptlos dargestellten Gubiner Verantwortungsträger nicht zustande, so dass auch jede zwillingsstädtische Bindefunktion nicht zum Tragen käme. Ferner verhinderten auch bürokratische Barrieren und fehlende makropolitische Vereinbarungen eine intensivere Zusammenarbeit. Immer stieße man auf schier unüberwindbare Hürden: Obwohl Guben z. B. aufgrund nicht vorhandener ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte Polen bzw. Ausländer in Anspruch nehmen wolle bzw. müsse, da der Bedarf potenzieller Investoren nicht gedeckt werden könne, sei dies wegen arbeitsrechtlicher Barrieren nicht möglich.

<sup>666</sup> Gubin besäße seines Erachtens auch überhaupt nur dann eine Chance, wenn es sich an die Entwicklungsprozesse auf deutscher Seite anhängte: Die Zeit für eine eigenständige Entwicklung sei aufgrund fehlender endogener Potenziale (Kompetenzen, Leitlinien, Strategien, Konzepte, Ziele etc.) „definitiv garantiert“ vorbei. Daraus resultiere für die deutsche Seite auch eine „Vaterfunktion“, die jedoch auf polnischer Seite nicht akzeptiert und dadurch auch ihre Chance nicht erkannt würde.

<sup>667</sup> Einem betreffend wirtschaftliche Perspektiven auch gen Osten gerichteten Blick begegnet er vehement, dass dort keine für ihn brauchbaren Potenziale existierten: Solch Überlegungen kämen nur einer indiskutablen Anspruchsabsenkung gleich. Von Interesse sei Osteuropa allein als Absatzmarkt und nur in kleinen Teilen als Liefermarkt für einfache Produkte.

<sup>668</sup> Für Deutsche sei der eigene Wohnraum ein wichtiges Statussymbol. Für Polen hätte eine Wohnung „null Wertigkeit“.

dieser Verträglichkeitsgrenze das Umkippen des kompletten Wohnblocks in Richtung der veränderten Ansprüche unausweichlich.<sup>669</sup> Die zumindest derzeit noch geradezu generelle Unmöglichkeit interkulturellen Zusammenlebens basiere aber nicht auf Überfremdungsängsten, sondern sei nur die Konsequenz nicht angeglicher Lebensformen: Änderungen seien nur generationenbezogen möglich, im Zuge derer sich aber naturgesetzlich bedingt die schwächere (polnische) an die stärkere (deutsche) Seite anpassen müsse.<sup>670</sup> Zwar bestünden in kulturellen und sportlichen Teilbereichen einige interkulturelle Ansätze, für ihn aber kaum klare Strukturen, die eine notwendige Langfristigkeit erwarten ließen. Jedoch, so stellt er unmissverständlich klar, sei die Förderung sozialer Verständigungsprozesse auch nicht Aufgabe der Politik.

Weil es sich „halt so ergeben“ hätte, sei dem SA der Bereich Ausländerangelegenheiten ohne tätigkeitsspezifische Qualifizierung zu bereits bestehenden Aufgaben hinzu übertragen worden. In seinem Gesamtzuständigkeitsbereich käme diesem somit nur mehr oder minder sporadisch Bedeutung zu: Nur bei besonderen Angelegenheiten müsse er ab und an „ein bisschen mehr“ machen. Allerdings, so sein Selbstverständnis, sei er auch nur ein kleiner ohnmächtiger Akteur ohne Entscheidungskompetenz. Tatsächliche Hilfe für die ortsansässigen Ausländer sei ihm aufgrund begrenzter Ressourcen nur sehr eingeschränkt möglich, schon gar keine häufigere oder regelmäßige Kampagnenarbeit. Er sei nur eine Art „Gehilfe“ für die Ausländer in Guben und könne nur in Einzelfällen eng beschnittene beratende oder unterstützende Hilfe anbieten. Aufgrund seiner multifunktionalen Zuständigkeiten verfüge er zwar über weitreichende Einblicke in kommunalpolitische Gestaltungsprozesse und über Direktkontakte zu sämtlichen Verantwortungsträgern. Betreffend Ausländer aktiv würde er aber nur dann, wenn Probleme an ihn herangetragen würden bzw. unübersehbar seien.<sup>671</sup> Eine wichtige Schnittstelle sei für ihn ein so genannter Ausländerinitiativkreis, in dem, je nach Bedarf viertel- oder halbjährlich, Vertreter von Polizei, BGS, Kirchen und Vereinen zusammenkämen, um sich über ausländerrelevante Themen auszutauschen und vor allem den Vereinen Informationen zu vermitteln und sie als Multiplikatoren zu nutzen. Aufgrund des vor allem informellen Charakters der Treffen stellten jeweils einmal jährlich der BGS und auch die Polizei ihr Kriminalitätslagebild sowie die aktuellen Kriminalitätspotenziale im Grenzraum, Schwerpunkte und Trends vor.<sup>672</sup>

Für den *GI I* würden soziale Verständigungsprozesse zwischen Deutschen und Polen von den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern nicht als deren Aufgabe und teils sogar als

<sup>669</sup> „Aber in so einem Plattenbau, maximal zehn Prozent ist eine Wohnung von zehn im Aufgang. Das heißt, Sie könnten eine Wohnung durch einen, durch einen ausländischen, durch einen polnischen Mitbürger beziehen lassen. Sonst kippt dieses Gefälle um. Bei zwei, drei fällt der weg. Da zieht der Deutsche aus, ist erwiesen, da gibt es Untersuchungen aus den letzten 40 Jahren, die kann auch kein Mensch umkippen, die kippt auch keiner um. So, das heißt dieses Gefälle kippt in Richtung dieser, dieser veränderten sozialen Strukturen und Ansprüche. Folglich gibt es nicht bloß in dem Eingang, in dem kleinsten Bereich, sondern in dem veränderten Bereich Leerzüge. Der Deutsche reagiert dann relativ schnell.“ Seit längerem in Guben wohnenden Polen schreibt er ein bereits annähernd deutsches und somit für Deutsche unproblematisches Wohnverhalten zu.  
<sup>670</sup> „Nehmen Sie einfach physikalische Vorgänge. Sie werden ein Zimmer niemals warm kriegen, wenn dort drüben kalt und hier warm ist. [...] Es wird immer, einer muss sich bewegen, immer einer, es, es ist physikalisch schon bedingt.“

<sup>671</sup> Seine Arbeit scheint darauf konzentriert, aus dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zwangsläufig resultierende Spannungen moderierend und schlichtend zu lösen oder zu besänftigen zu versuchen. Anlass seien in aller Regel unangepasste, von deutscher Normalität abweichende, ungewohnte und somit als störend empfundene Handlungen von Ausländern. Erleichtert zeigt er sich indes, dass er nicht immerfort derlei Konflikte managen müsse, da dies nicht nur äußerst anstrengend sei, sondern die Streitereien bei beharrlichen Vorbehalten von Deutschen im Grunde auch nicht lösbar seien.

<sup>672</sup> Zudem beteilige er sich als Vertreter der Stadtverwaltung am Netzwerk öffentliche Sicherheit, im Rahmen dessen alle Institutionen mit sicherheitsrelevanten Aufgaben zusammenträfen (Polizei, BGS, Zoll, Amtsgericht etc.). Einmal im Monat besuche er ferner das Gubener Asylbewerberheim, um aktuelle Fragen und Probleme zu besprechen.

überflüssig begriffen. Die lokalen Mandatsträger versäumten es regelmäßig, so kritisiert er wiederholt scharf, die Bevölkerung für interkulturelle Aktivitäten zu motivieren, wobei sich selbst bis heute in der Verwaltung niemand für Bürgerpartizipation zuständig fühle und hierfür auch keine Strategien oder Konzepte zu erkennen seien.<sup>673</sup> Weiche Standortfaktoren interessierten nicht und würden auch unumwunden als überflüssiger „Quatsch“ abgetan.<sup>674</sup> Die Defizite der Stadtverwaltung bei der Förderung interkultureller Aktivitäten verdeutlichten sich beispielsweise auch dadurch deutlich, als sie ihren Zuständigkeiten betreffend Ausländer zwar formal nachkäme, aber praktisch nicht aktiv würde.<sup>675</sup> Auch ein ins Leben gerufener so genannter Ausländerinitiativkreis sei ein symbolisches Feigenblatt mit zwanghaftem, routinisiertem Alibicharakter, zumal mit einer Ausnahme auch nicht Migranten, sondern Repräsentanten von Institutionen zusammenkämen, die aus unterschiedlichsten Gründen mehr oder weniger intensiv mit Ausländern Kontakt hätten (BGS, Polizei, Wohlfahrtsverbände, ABM-Projekte etc.).<sup>676</sup> Ebenso sei der in der Landesverfassung vorgesehene Einrichtung eines kommunalen Ausländerbeirates durch die Stadtverwaltung nur formal genüge getan worden: Nach seiner Konstituierung sei er in keiner Weise unterstützt und die Gewährung von finanziellen Mitteln sogar an die Erwartung eines Arbeitsverständnisses nach deutschen Werten und Normen geknüpft worden.

Für den *GI 2* haben speziell kommunalpolitische Verantwortungsträger eine generelle Verantwortung bei der Gestaltung und Stärkung deutsch-polnischer Entwicklungsprozesse: Sie müssten dafür Sorge tragen, dass Kooperationen interkommunal ausgehandelt und besonders die Vorteile den Menschen beiderseits der Grenze vermittelt werden. In der Grenzregion seien aber gerade auf Ebene handlungsmächtiger Akteure noch immer viel zu wenige Personen involviert, die mit fundiertem Wissen und vorhandener Sensibilität die nach wie vor bestehenden Unterschiedlichkeiten und die daraus mehr oder minder zwangsläufig resultierenden Dissonanzen im interkulturellen Miteinander durch geschicktes Vermitteln abfedern könnten.

Der *GI 3* betrachtet die Kommunalpolitik als generellen Ausdruck der regionalen Vergesellschaftungsprozesse: Aufgrund einer äußerst geringen Bereitschaft zur aktiven Gestaltung sei es trotz vielfacher Anstrengungen seitens einiger weniger engagierter Akteure sehr schwierig, überhaupt kleine Veränderungen und speziell Erfolge bei deutsch-polnischen oder sogar darüber hinaus interkulturellen Annäherungs- und Verständigungsprozessen zu erzielen.<sup>677</sup>

<sup>673</sup> Die Prämissen lägen allein im Bereich Stadtumbau und Wirtschaftsraumentwicklung. Die Zuständigkeit würde auf Guben beschränkt begriffen. Das Wirken ende an der Grenze. Bezeichnenderweise sei auch kein Dolmetscher angestellt.

<sup>674</sup> In jüngster Zeit zeichneten sich aber zumindest gewisse Änderungen dahingehend ab, als aufgrund der andauernden Schrumpfdynamiken sowie zur Fördergeldakquise zunehmend die Alternativlosigkeit grenzüberschreitender Kooperation erkannt würde. Nunmehr vollzöge sich ein beinahe täglicher, wenngleich rein wirtschaftlich motivierter Austausch.

<sup>675</sup> Sie profitiere seit Jahren von der Arbeit seiner Initiative, die die vielfältigen Problemlagen von Ausländern beackere. Den verwaltungsinternen Funktionsbereich nimmt er aber dadurch in Schutz, als dieser zu einem marginalen Randbereich degradiert worden sei. Da seine Initiative aufgrund Kürzung und Streichung öffentlicher Mittel aber sukzessive in eine ehrenamtliche Arbeitsweise abgedrängt würde, sei es mehr und mehr unumgänglich, sich abzugrenzen und sich auf die originären Verantwortlichkeiten zurückzuziehen, also das ohne formale Zuständigkeit ausgeübte Engagement massiv einzuschränken.

<sup>676</sup> Aufgrund der personellen Zusammensetzung, der inhaltlichen Ausrichtung und des unregelmäßigen Turnus' stellt er ihn grundsätzlich in Frage: Die sich selbst beweihräuchernden Worthülsen und Selbstdarstellungen seien Zeitverschwendung.

<sup>677</sup> Exemplarisch führt er dies bezogen auf die Errichtung einer Gedenktafel für beim Versuch einer irregulären Einwanderung in der Neißer Ertrunkene aus: „Zwei Jahre Arbeit um, um ein Gedenkschild aufzustellen [...]. Also das mal so vielleicht als [...] Sinnbild oder auch als Zeichen dafür, wie hoch die Bereitschaft ist, sich aktiv in, mit diesen Dingen zu beschäftigen und auseinanderzusetzen. [...] Also wo ich auch sage: Tendenziell Schildbürgertum. Und [...] so eine Haltung begegnet Ihnen eben so in der Regel und sehr oft in, in allen möglichen Problembereichen. [...] Also das [...] ist so die [...] Kernaussage, dass sehr kleinteilig also gehandelt werden muss, gedacht werden muss, also in der Umsetzung, im Umsetzungsprozess.“

Der LZ bewertet die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene als momentan deutlich unterentwickelt und unflexibel. Selbst „die großen gemeinsamen Projekte“ gälängen nicht. Ursache sei aber nicht gegenseitiger Missmut, sondern die Probleme lägen allein darin begründet, dass es den um Eile bemühten Gubener Verantwortungsträgern stets zu lange dauere, bis die Gubiner in die Gänge kämen, demnach derzeit nicht einmal mehr die üblichen freundschaftlichen Floskeln zu vernehmen seien.<sup>678</sup> Da die Motivation zur Zusammenarbeit auch ausschließlich zweckorientiert sei (vor allem Akquise von EU-Fördergeldern), resultierten daraus zudem vielfach Projekte, die keinerlei Sinn erkennen ließen.

In der Gesamtschau zeichnen die Experten ein klares Bild: Dem Selbstverständnis der Gubener Stadtverwaltung steht Kritik vor allem der *GI* gegenüber. Für den *SV* zählen nur wirtschaftliche Prämissen. Ein wichtiges Element seiner Vision repräsentieren den östlichen Nachbarstaaten zugeschriebene qualitative Defizite. Polen/Ausländer setzt er vor allem mit Problemen, Belastungen und Gefahren sowie negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen aufgrund fehlender (Einsicht in die) Anpassung an die Werte und Normen der überlegenen Deutschen in Verbindung. Die Förderung von Integration sieht er nicht als Aufgabe der Politik. Für den *SA* spielt sein Teilarbeitsbereich Ausländer nur eine sporadische Rolle, speziell dann, wenn er mit aus dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern (zwangsläufig) resultierenden Konflikten konfrontiert wird. Grundlage ist die (von Deutschen als störend empfundene) ungenügende Anpassung von Ausländern an in Deutschland geltende Regeln und Werte. Die *GI* betrachten die Kommunalpolitik insbesondere betreffend ihr Verhältnis zu deutsch-polnischen bzw. allgemein interkulturellen Aktivitäten sehr kritisch, speziell die ungenügenden Anstrengungen um die Partizipation der Bevölkerung und deren grenzüberschreitende Verständigung.

### 6.5.1.3 Görlitz

Der *SV* misst der EU-Erweiterung historischen Charakter bei und sieht sie als die große Hoffnung, die die Situation der traditionsreichen, seit 1945 jedoch geteilten und sich seitdem in einer in vielfacher Hinsicht mit dramatischen negativen Folgen verbundenen Grenzlage befindenden Stadt, schrittweise erheblich verbessern würde.<sup>679</sup> Ohne wirklich konkrete Veränderungen im Zuge der EU-Erweiterung zu benennen, prophezeit er einen Automatismus von wirtschaftlicher Erholung, Gesundung und Wachstum, wodurch die Region „auch spannend für Investoren“ würde.<sup>680</sup> Große Hoffnung schöpft er aus den östlichen Nachbarstaaten zugeschriebenen Problemen: Unternehmen entschieden sich aufgrund der unabsehbaren Schwierigkeiten der Transformationsprozesse auch nach dem EU-Beitritt, den unklaren ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie nicht mehr bestehenden Sonderwirtschaftszonen eher für Investitionen und Ansiedlungen auf bekannter und verlässlicher deutscher Seite.

<sup>678</sup> Als Gründe sieht er vor allem die zentralistischen Organisations- und Entscheidungsstrukturen in Polen sowie „ein ganz anderes“ Lebensgefühl: „So ein bisschen komm ich heut nicht, komm ich morgen“.

<sup>679</sup> Durch die per se wirtschafts- und investitionsfeindliche Grenze würde nicht nur jede Zusammenarbeit und Verflechtung praktisch verunmöglicht, sondern „wirtschaftlich leben und atmen und existieren“ könne kaum funktionieren. Unter diesen Vorzeichen drohe Görlitz nicht nur zu vergreisen, sondern kontinuierlich an Kraft zu verlieren und regelrecht auszubluten.

<sup>680</sup> Um Übersprüngeffekte zu unterbinden und sich die aus der veränderten relativen Raumlage an der Grenze resultierende Brückenfunktion nach Osten bestmöglich zu Nutzen zu machen, sei es allein notwendig, so seine Hoffnung betreffend die städtischen Entwicklungsperspektiven, sich gut zu positionieren und Görlitz, wie in den durch die Verwaltung formulierten Hochzielen vollzogen, als Stadt der Dienstleistung, Bildung, Kultur und Wissenschaft auszurichten und zu etablieren.

Analog des angeblich durch die EU-Erweiterung ausgelösten wirtschaftlichen Entwicklungsschubs sei auch die Einheit von Görlitz und Zgorzelec eine ganz natürliche, zwangsläufige Konsequenz.<sup>681</sup> Dabei inbegriffen sei, dass Deutsche und Polen in einigen Generationen (wie in anderen europäischen Grenzregionen) auch im Nachbarland wohnten, aber nicht in getrennten Quartieren, sondern gestreut, Wohnungstür an Wohnungstür. Derzeit aber seien Bemühungen um Polen für leer stehenden Görlitzer Wohnraum aufgrund des Zusammenhangs von Wohnort und Sozialleistungsanspruch und dem aus möglichen Transferzahlungen resultierenden Sozialneid bei Deutschen kein Thema: Zur Vermeidung von Spannungen bedürfe es besonderer Sorgfalt und Rücksicht auf die Reaktionen der Deutschen, so dass man schlicht auf geänderte Gesetze angewiesen sei. Ähnlich sieht er die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften. Obwohl Unternehmen aufgrund der Schrumpfungsprozesse trotz hoher Arbeitslosigkeit keine ausreichend qualifizierten Deutschen mehr fänden, würden Ausländer zum Glück noch zurückhaltend und nur in klar gesetzlich geregelten Ausnahmefällen angeworben: Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sei die Anwesenheit ausländischer Arbeitskräfte mit „erheblichen Spannungen“ verbunden, da es der deutschen Bevölkerung schlicht nicht zu vermitteln sei.<sup>682</sup>

Zu den Hintergründen der Schließung einer Asylbewerberunterkunft in Görlitz 1993 und den aktuellen Debatten um eine erneute Aufnahme möchte er sich nicht näher äußern, verweist aber, begleitet von schelmischem Grinsen, auf glückliche Umstände und anstehende Lösungen zur Vermeidung einer Aufnahme.<sup>683</sup> Dass Görlitz trotz der ausgerufenen Europastadt noch immer einen nur geringen Ausländeranteil aufweist, liege für ihn darin begründet, dass sich Migranten ihren Wohnort aussuchten und Görlitz aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und peripherer Randlage zu Polen – und eben nicht z. B. zu Frankreich oder Dänemark – wenig attraktiv sei.

Der SA, dessen Funktionsbereich hochrangig und wegen zugedachter Querschnittsaufgaben dezernatsübergreifend angesiedelt sei, arbeite zwar fachlich generell unabhängig, sei aber an Inhalte und Weisungen der Vorgesetzten gebunden. Dies bedinge ein äußerst problematisches Spannungsverhältnis zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit, das ihn ständig zwischen Freiräumen und Haltlosigkeit aufriebe.<sup>684</sup> Daher betrachtet er es, der sich mitnichten als bloßen Fürsprecher oder Dienstleister für Ausländer verstanden wissen möchte, sondern weitreichende Ansprüche proklamiert und ganze Prozesse, also alle kommunalen Entwicklungsstrategien begleiten und mitgestalten möchte, als äußerst schwierig, im Sinne einer integrativen Stadtentwicklung voranzukommen, zumal er Bekenntnisse und strategische Leitlinien vermisse, warum

<sup>681</sup> In einem vereinten Europa existierten für ihn keine geteilten Städte mehr: In einigen Generationen sei Görlitz wieder eine gemeinsame Stadt, so wie sie ursprünglich gewachsen sei, repräsentiert auch nur von einer Regierung. Zur Realisierung seien allein, so bleibt er auch diesbezüglich vage, die in Konzepten niedergeschriebenen Ideen umzusetzen, die Görlitz im Sinne einer bereits existierenden deutsch-polnischen Entwicklungskonzeption perspektivisch gemeinsam gestalteten.

<sup>682</sup> Auf künftige Entwicklungen blicke er aber mit Sorge, da die Gefahr bestünde, dass sich Unternehmen alsbald „sehr aggressiv“ um ausländische Arbeitskräfte bemühten, da sie nicht länger auf rückkehrende Deutsche warten könnten.

<sup>683</sup> „Ja, ja wir hatten ein Asylantenheim und ich halte mich hier ganz vornehm zurück und sage: Das ist so. Warum das so ist, möchte ich nicht näher begründen. [...] Aber wir sind natürlich verpflichtet Kontingente vorzuhalten und wir stehen da mit dem angrenzenden Landkreis [...] in sehr enger Verbindung. Wir kommen unseren Verpflichtungen nach, die lauten zukünftig vierundsechzig bis achtzig Asylanten pro Jahr aufzunehmen, und haben da eine Lösung gefunden mit unserem Nachbarn, oder wir sind dabei die zu finden mit unserem Nachbarkreis. [...] Es ist ein glücklicher Umstand [...] und wir hatten [bei der sächsischen Staatsregierung; M. M.] gute Fürsprecher und insofern sind wir diesen Verpflichtungen bisher entgangen.“

<sup>684</sup> So könne er zwar unbeschwert eigene Ideen vorbereiten, verbaute Zugänge zu internen Strukturen verunmöglichten aber zeitnahe Interventionen. Obwohl ihm auch eine generell beratende Funktion zugeacht sei, bedingten nicht eingeräumte Kompetenzen, dass es die Entscheidung anderer sei, inwieweit seine Ideen umgesetzt oder überhaupt berücksichtigt würden.

sein Arbeitsbereich derart exponiert angesiedelt sei.<sup>685</sup> Mittels scharfer Kritik an einer allein oberflächlichen, keine tragfähigen – sich auf die realexistierenden Zustände beziehenden – Konzepte und Strategien besitzenden Politik, die sich im Grunde nur phrasenhafter Europarhetorik bediene, verdeutlicht er, wie sehr er sich als rein repräsentatives, verwaltungsintern ignoriertes Anhängsel betrachtet.<sup>686</sup> Er hätte allein die Defizite der Stadtverwaltung betreffend Migranten auszubaden und sich um die als überflüssig angesehene Masse der unliebsamen Ausländer zu kümmern: Inhalte würden stets stiefmütterlich behandelt, da es eben nicht um vermarktungsfähige Europakultur ginge, sondern für viele eben „nur um Ausländer“.<sup>687</sup> Es bestünde keinerlei Verständnis dafür, dass sein Funktionsbereich eben nicht nur für Nichtdeutsche im Sinne der „Dreckmasse, die irgendwie übrig bleibt“, zuständig sei, sondern alle, also auch Polen und somit ebenso die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beträfe, er ganze Prozesse begleiten wolle und es nicht möglich sei, nur ein interkulturelles Label zu vermarkten und sich auf rein repräsentative Aktivitäten zu beschränken. Nach seinem Selbstverständnis, in dem es nicht nur um Ausländer, sondern insgesamt um Integration ginge, umfasse dieser folglich nicht nur Erwartungen an Migranten, sondern ebenso an die Deutschen, bis hin zur strategischen Ausrichtung der Stadtverwaltung. Gerade in einer Stadt, die sich „Europastadt“ nenne, sei ein umfassendes Integrationsverständnis notwendig: Pluralität und Interkulturalität müssten gelebte Grundüberzeugung werden.<sup>688</sup> Speziell die Debatten in den kommunalpolitischen Gremien um ein von ihm unlängst vorgelegtes Integrationskonzept hätten ihm nachdrücklich vor Augen geführt, wie wenig Wissen und überhaupt Interesse an tatsächlich praktizierter Integration bei den Verantwortungsträgern bestünde: Nach langem, mühsamem Kampf hätte er sie zwar formal von der Notwendigkeit eines Konzeptes überzeugen können, „mental“ aber würden sie nicht ansatzweise nachvollziehen, was mit den erarbeiteten Inhalten wirklich gemeint und in Konsequenz für kommunalpolitisches Handeln verbunden sei.<sup>689</sup> Ähnlich deutlich hätten jüngst die Kontroversen um eine (neuerliche) Aufnahme von Asylbewerbern gezeigt, wie wenig der Europastadt-Gedanke bei den kommunalen Verantwortungsträgern verinnerlicht sei.<sup>690</sup>

Für den *GI I* seien zwischen den Verwaltungen von Görlitz und Zgorzelec zwar bereits in verschiedensten Bereichen viele Kooperationen vereinbart und umgesetzt worden, sie verblieben aber in aller Regel auf einer sehr formalen, abstrakten Ebene. Vor allem die Anstrengungen im Kontext der Titel Europa- und Kulturhauptstadt fungierten primär als Rettungsanker zur Attraktionssteigerung. In der realen Lebenswelt der Bevölkerung seien sie aber nicht verankert.

<sup>685</sup> Diese Konstellation sei vielmehr deutlicher Beleg dafür, dass selbst nach über zehn Jahren nicht im Ansatz klar sei, welche Vorstellungen die kommunalpolitischen Verantwortungsträger mit seinem Funktionsbereich verbinden würden.

<sup>686</sup> In Entscheidungsfindungsprozesse oder Entwicklungsabläufe würde er nicht eingebunden oder über relevante Vorkommnisse informiert. Bei den entsprechenden Akteuren fehle jede Bereitschaft zur Zusammenarbeit oder Abstimmung.

<sup>687</sup> Häufig ernte er völliges Unverständnis für seinen Funktionsbereich, dessen Bedeutung oder auch Zuständigkeiten.

<sup>688</sup> Entsprechend sei eine generelle Bearbeitung des Integrationsgedankens notwendig, woran sich auch die Einstellung zu seiner Funktion zu richten hätte: Empfehlungen betreffend soziale und kulturelle Aspekte müssten ebenso dazu zählen wie allgemein Strategien der Stadtentwicklung. Falls dies nicht möglich sei, sei es unangebracht sich weiter als „Europastadt“ zu vermarkten, denn dieses Etikett sei an das Bekenntnis gebunden, international zu denken und zu handeln.

<sup>689</sup> Für ihn (re-)produziere die Verwaltung zwar ständig neue, ausgeweitete Konzepte, diese verblieben aber weithin abstrakt, ohne realistische Leitlinien und Strategien zur konkreten Umsetzung und ohne Anbindung an die faktischen lokalen Zustände und Einstellungen der Bevölkerung. Das Label „Europastadt“ folge allein wirtschaftlichen und touristischen Motiven.

<sup>690</sup> „Wir suchen nach einem Standort. Und ich sag das jetzt mal so, in solchen Beratungen [...] geht das dann so: Also ich finde das ne Unverschämtheit, dass jetzt wo wir ne Kulturhauptstadt werden wollen, sollen wir Asylanten aufnehmen. Daraufhin der nächste: Also wenn wir das aber machen, wir müssen auch aus den Fehlern von früher lernen. Da müssen wir also unbedingt einen Zaun drum bauen. Und dritte Äußerung aus diesem Kreis: [...] [D]as ist ne andere Kultur. Wir haben es hier nicht mit Deutschen zu tun. Das wird runtergewirtschaftet, dieses Objekt können wir dann in die Tonne kloppen.“



Die interstädtischen Verflechtungen verbänden zwar gewissermaßen die Zwillingstädte, nicht aber ihre Bewohner.<sup>691</sup> Zudem seien die Entwicklungskonzepte durchweg von einem auf die weit zurückliegende blühende Tradition von Görlitz rekurrierenden folkloristischen Schleier überzogen und ließen die heutigen Schrumpfdynamiken als Grundlage künftiger Entwicklungsprozesse außer Acht.<sup>692</sup> Analog gestalteten sich auch die formal und abstrakt bleibenden Leitlinien zu interkulturell geprägten Lebenskontexten einer Europastadt: Es würden nur „unrealistische Utopien“ eröffnet, die „mit dem was konkret an der Basis im Alltag passiert, wenig zu tun haben“.<sup>693</sup> Eine tatsächliche Debatte und vor allem konzeptuelle Umsetzungsstrategien für eine durch Interkulturalität konstituierte Grenzstadt des wachsenden Europas existierten nicht.<sup>694</sup> Zwar würden der Bevölkerung durch aufwendige Informationskampagnen Konzepte auf sachlicher Ebene zu vermitteln versucht, diese erreichten aber nicht die Emotionen und könnten somit keine Sinnstrukturen öffnen.<sup>695</sup> Es fehle, so untermauert er seine grundsätzliche Kritik an den kommunalen Entwicklungsstrategien, ein konstruktivistisches, systemisches Konzept, in dem das Realexistierende schlüssig mit dem Angestrebten verknüpft sei, also eine tragfähige Zukunftsidee, die auf einer schonungslosen Analyse des bescheidenen Ist-Zustandes basiere und in dem vor allem die Bevölkerung auch einen persönlichen Sinn erkennen müsse.<sup>696</sup> Zwar würde von Fall zu Fall auf faktisch bestehende Initiativen zur Bürgerpartizipation verwiesen und deren Existenz betont, derlei Ansätze würden sich aber seines Erachtens nur dann auf die Fahnen geschrieben, wenn es opportun erschiene: Konzeptuell existiere eine schlüssige Verknüpfung von gesellschaftlichen Teilbereichen im Rahmen kommunaler Entwicklungsstrategien dem entgegen nicht.<sup>697</sup> Zwar seien die von ihm mitgetragenen sozialen Netzwerke und

<sup>691</sup> Entscheidend sei, so seine prinzipielle Kritik, dass aus den vielfältigen Kooperations- und Kommunikationsprozessen keine nachhaltigen Entwicklungen resultierten, die dafür sorgten, dass die Städte nicht nur formal, sondern auch sozial verbunden würden. Die Menschen müssten über niederschwellige Aktivitäten einander näher kommen und sich kennen lernen. Diese vollzöge sich aber nicht automatisch, sondern bedürfe moderierter und methodisch fundierter Aktivitäten.

<sup>692</sup> „Das ist [...] sehr stark Politik der, der Stadtverwaltung hier in Görlitz, dass sie quasi diese, diese Traditionen eines Görlitz, als Görlitz mal in Blüte war, aus der [...] Mottenkiste holen, ordentlich aufpolieren und mit neuer Farbe versehen und, und das quasi dann benutzen als Basis für eine zukünftige Entwicklung. [...] Aber das Görlitz von heute hat mit diesem Görlitz von damals Null, aber Null zu tun. [...] Und [...] es gibt einen riesen Widerstand sich brutal und eiskalt mal auseinanderzusetzen mit diesem Ist und aus diesem Ist Zukunft zu entwickeln. [...] Und da hat es Görlitz eben so leicht, ja, sich an seinen schönen Fassaden festzuklammern, an seiner glorreichen Tradition [...], aber damit kriegt man [...] auch Tomaten auf die Augen [...] und drückt sich davor, sich tatsächlich auseinanderzusetzen mit dem was ist [...]. Wenn Tradition quasi ja so der [...] Bleigürtel ist, [...] der wird zwar schön angemalt, aber der wirkt als Bleigürtel, und der produziert Stagnation.“

<sup>693</sup> Zwar könnten stets wohlfeile Willenserklärungen und Konzepte entworfen werden, wenn die entsprechenden Akteure aber nicht über notwendige Handlungsspielräume und Ressourcen verfügten und die Pläne nicht auch durch die Verwaltungsspitze konsequent verfolgt würden, verliefen sie im Sande und seien nur verschwendete Energie engagierter Einzelpersonen.

<sup>694</sup> Es würde lediglich über sich quasi automatisch einstellende Utopien sinniert: „Es wird doch hier, hier mehr so dieses, dieses Friede-Freude-Eierkuchen-Konzept vertreten, ja. Also wir machen das jetzt mit der Kulturhauptstadt und der Europastadt und daraus wird sich also völlig automatisch und ohne Widerstand dieses Wir-reichen-uns-alle-die-Hand-und-sind-alle-gute-Freunde ergeben. Ja also das ist für mich so [...] diese völlig unrealistische Vorstellung, die dahinter steckt.“

<sup>695</sup> Zwar würde mittlerweile auch von kommunalpolitischen Eliten die Notwendigkeit der Einbeziehung der Bevölkerung in Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse formal anerkannt, in Ermangelung eines Konzeptes fehle es indes an der Umsetzung: „Lippenbekenntnisse gibt es hier noch und nöcher. Das, das lockt auch keinen Bürger und keine Bürgerin mehr hinterm Ofen hervor. Die wollen sehen, ob das tatsächlich auch gemacht wird, ja. Und zum Teil haben sie das Vertrauen nicht, dass das auch tatsächlich passiert.“ Wenn hingegen wirklich ernstzunehmende Pläne vorlägen, müssten auch Aktivitäten zur Bürgerpartizipation wahrnehmbar sein, anhand derer sich Angemessenheit und Erfolg ermessen ließen. Allerdings erschiene ihm die Einbeziehung der Bevölkerung auch nicht wirklich gewollt, denn spezielle Interessensgemeinschaften verhandelten derlei Dinge oft unter sich: „Und dann kann es schon sein, dass wir dann irgendwas dahin gestellt kriegen, aber das ist nicht für die Menschen hier. Also das ist dann vielleicht ja, das ist trendy, oder [...] damit kann man in die Touristenwerbung gehen.“

<sup>696</sup> Die vorliegenden Konzepte lägen aber noch immer viel zu weit entfernt von den faktischen Ausgangsbedingungen und den sich an der gesellschaftlichen Basis vollziehenden Entwicklungsprozessen, demnach die Bürger auch viel zu wenig am „offiziellen Görlitz“ partizipierten und die verfolgten Konzepte rundweg zum Scheitern verurteilt seien.

<sup>697</sup> Statt bloßer „Talkshow[s]“ müssten vor allem solche Aktivitäten institutionalisiert werden, von denen die Menschen wirklich profitierten und durch die sie sich gemeinsam weiterentwickeln könnten. Bürgerpartizipation dürfe nicht nur ein Schlagwort sein, sondern müsse inhaltlich unterfüttert werden: Auf allen erdenklichen Ebenen müsse überlegt werden, wie man Bürger einbeziehen könne, um dadurch eine wirkliche soziale Ausgestaltung gesellschaftlicher Kontakte zu erreichen.

daraus resultierenden Beziehungsstrukturen, die vor allem auf die Partizipation der Bevölkerung an lokalen Entwicklungsprozessen zielten, primär informell geprägt, sie würden aber mittlerweile auch von den kommunalpolitischen Eliten wahrgenommen.<sup>698</sup> Allerdings, so seine Erfahrung, würden Initiativen der gesellschaftlichen Basis durch die Verantwortungsträger auch eher als unerwünscht betrachtet und die zugrunde liegenden Ressourcen nicht aufgenommen.<sup>699</sup>

Für den *GI 2* hätte die Stadtverwaltung allein aufgrund der folgenreichen Peripherisierungs- und Schrumpfungprozesse erkannt, dass die Zukunft von Görlitz eng an einen Blick gen Osten und insbesondere eine intensive Zusammenarbeit mit Zgorzelec gebunden sei. Die Kooperation folge aber vornehmlich nur städtischen Attraktionssteigerungsbemühungen und würde entsprechend funktionalisiert. Besonders zweifelhaft sei für ihn der Umgang mit der schlesischen Tradition der Stadt, die allgegenwärtig als Identitätsstiftungs- und Wirtschaftsfaktor fungiere, aber in erster Linie einem verklärten Umgang mit der Vergangenheit entspräche. Die unreflektierte Bezugnahme stünde exemplarisch für eine fehlende kritische Auseinandersetzung mit den lokalen Formierungs- und Vergesellschaftungsprozessen im Allgemeinen.<sup>700</sup>

Der *LZ* äußert deutliche Kritik an den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern. Sie hätten allein aus strategischen Gründen realisiert, dass Görlitz nur als gemeinsamer Stadtkörper eine Zukunft besäße, demnach man sich beiderseits der Grenze schlicht als notwendige Partner respektiere.<sup>701</sup> Die vielfältigen deutsch-polnischen Aktivitäten, z. B. im Zuge der deklarierten Europastadt und der gemeinsamen Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt, würden aber nicht von großer Leidenschaft und nur bei wenigen Akteuren von wirklichem Interesse getragen: Das Gros sei rein symbolischer und propagandistischer Natur, so dass man sich zwar „vor der Kamera“ die Hand schüttele, aber „hinterher jeder auf seiner Muttersprache irgendwelche abfälligen Bemerkungen über den anderen macht“. Stimmen Görlitzer Verwaltungseliten, die die (erneute) Aufnahme von Asylsuchenden aufgrund angeblich schädlicher Folgen für die Stadtentwicklung teils heftig problematisierten, betrachtet er angesichts der täglich von denselben Akteuren propagierten Besonderheiten und Chancen einer interkulturellen Europastadt und der angeblich bereits etablierten Selbstverständlichkeit gemeinsamen Lebens und Denkens als exemplarischen Beleg einer eklatanten Doppelbödigkeit und Verlogenheit.<sup>702</sup> Der Widerspruch

<sup>698</sup> Dies deshalb, da sie zunehmend realisiert hätten, dass in diesen Zusammenhängen und Kontaktvermittlungsforen über für sie relevante Themen verhandelt würde, so dass sie sich nunmehr über Entwicklungen informierten oder sogar von sich aus Kontakt suchten, um hinsichtlich interkultureller Entwicklungsprozesse nicht außen vor zu bleiben. Somit bestünde zwischen formaler und informeller Ebene eine Art ungesteuerter Kommunikation und durchaus Konkurrenz. Seine Handlungskontexte sieht er als eine Art progressiver Parallelgesellschaft: Eine innerstädtische Powergroup, ein selbstbewusster, über Ressourcen und kreative Ideen verfügender Entwicklungsmotor und Katalysator spezifischer Interessenslagen, der gezielt ähnlich ausgerichtete Initiativen unterstütze und eine Vermittler- und Multiplikatorenfunktion zwischen offizieller Politik und sozialer Basis ausfülle. Priorität käme der Erschließung von konkreten interkulturellen Begegnungs- und Erfahrungsräumen zu.

<sup>699</sup> Sie würden geradezu als lästige Störfaktoren betrachtet, die sie dazu nötigten, sich mit entsprechenden Ideen auseinanderzusetzen. Sie würden auch nicht in besonderer Weise gefördert oder ihre Diskussionsansätze thematisiert. Eine (gerade auch finanzielle) Unterstützung und Stärkung von zivilgesellschaftlichen Potenzialen sei für ihn zwar eine wichtige Aufgabe der Kommune, dies scheitere jedoch auch an einem fehlenden Konzept, das den Makrozielen zu Grunde liegen müsse.

<sup>700</sup> Entscheidend für den Umgang mit den unterschiedlichen Akzentuierungen schlesischer Tradition sei nicht eine kritische Beobachtung zwecks Distanzierung gegenüber nicht tolerablen Inhalten, sondern nur die prinzipiell innewohnenden touristischen Potenziale: „Also dieses eben zwangsläufig wichtige Element einer Zivilgesellschaft, einer bürgerlichen, nämlich dass die Leute sich selber beteiligen, einbringen und nachfragen und kritisch hinterfragen, das ist hier ja gar nicht ausgeprägt.“

<sup>701</sup> Angesichts des ehemals extrem gespannten Verhältnisses sei diese Gelassenheit jedoch bereits als Fortschritt zu bewerten.

<sup>702</sup> „Und das ist genau dieses Doppelbödige, dieses Verlogene, dieses verlogene Spießertum was da regiert: Die Europastadt, Europastadt, aber bloß keine Neger, ne. Also es ist einfach verlogen.“ Auch ein inzwischen geschlossener Kindergarten in Zgorzelec, den über Jahre auch deutsche Kinder besucht hätten, fungiert für ihn als Beleg: Trotz intensiver (öffentlicher) Proteste hätte es keinerlei Interesse an einem Erhalt gegeben; angesichts der drohenden Schließung sei „gar nichts passiert“.

zwischen Propaganda und Realität sei aber auch genau das, was von der Bevölkerung wahrgenommen würde, weswegen sie sich gegen die affektierten, inhaltsleeren Floskeln wehre, da sie nicht verstehe, was sich hinter den ständig bedienten Titeln konkret verberge. Da es in der Verwaltung zudem vor allem an Personen in verantwortungsvoller Position fehle, die in überzeugender, volksnaher Weise interkulturelle Gedanken mit Leben füllten und vorlebten, sei diesbezügliches Denken und Handeln auch in der Bevölkerung völlig unterentwickelt.<sup>703</sup>

Resümierend betrachtet stehen sich die Expertendeutungen in Görlitz diametral gegenüber. Einerseits der *SV*, der auf natürlich bzw. automatisch ablaufende Prozesse betreffend die soziale Verschmelzung der Zwillingsstädte und die Überwindung der Schrumpfdynamiken setzt, und Hoffnung auch aus andauernden Schwierigkeiten in den Nachbarstaaten schöpft. Mit Migration verbindet er aber unter den aktuellen Umständen allein Be-/Überlastungen mit erheblichen negativen Folgen. Ihm gegenüber stehen die anderen Experten mit einer ähnlich grundsätzlichen Kritik. Der *SA* sieht seinen Funktionsbereich nur alibiartig exponiert, und kritisiert fehlende strategische Prinzipien und Kooperationsbereitschaft. Die Politik der Verwaltung wertet er als inhaltsleer, auf phrasenhafte Rhetorik und repräsentative Aktivitäten beschränkt, bar tragfähiger Konzepte und Realisierungsstrategien, nur auf die Vermarktung wirtschaftlich nutzbarer Besonderheiten gerichtet. Ein gerade in einer Europastadt notwendig umfassendes Integrationsverständnis sieht er nicht, Ausländern würde regelmäßig mit Ablehnung aufgrund damit angeblich verbundenen Be-/Überlastungen und Gefahren begegnet. Die Deutungen des *GI 1*, des *GI 2* und des *LZ* offenbaren deutliche Analogien. Zwar wird die Qualität der Kooperation mit Zgorzelec mehr oder minder gewürdigt, das Gros werten sie aber als nur strategisch motiviert, inhaltlich abstrakt, symbolisch, propagandistisch, phrasenhaft und folkloristisch verschleiert, als aufgrund der Schrumpfdynamiken alternativlos, nicht von Leidenschaft getragen und in den realen Lebenskontexten der gesellschaftlichen Basis verankert. Der *GI 1* sieht die Zwillingsstädte nur formal, nicht aber sozial verbunden. Der *LZ* spricht von Doppelbödigkeit und Verlogenheit, von einem Widerspruch zwischen Propaganda und Realität.

#### 6.5.1.4 Zwischenfazit

Das Verhältnis der Wahrnehmungen und Deutungen der Experten in den drei Städten offenbart deutliche Parallelitäten. Den – wenn auch klar differierenden – Konzepten der Stadtentwicklung der drei *SV* steht teils scharf formulierte Kritik gegenüber. Im Fokus der Problematisierungen stehen besonders eine nur strategisch motivierte Kooperation mit dem polnischen Teil der Zwillingsstadt, die Vernachlässigung der Belange von Migranten, Versäumnisse betreffend Entwicklungs- und Formierungsprozesse in der Bevölkerung, gerade hinsichtlich interkultureller Integration, sowie eine Betrachtung und Bewertung von Migranten/Polen als (drohende, starke) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen in der

<sup>703</sup> Die Bevölkerung, die mit der Zeit feinfühligere Sensoren für das Erkennen von Propaganda entwickelt hätte, realisiere hingegen, dass nur versucht würde, ihr, ähnlich wie zu DDR-Zeiten, eine begrifflich aufgeladene Hülle überzustülpen. Weite Teile der offiziellen Botschaften würden somit als Verballhornungen vernommen, weshalb man sich an Aktivitäten nicht beteilige oder bei Prozessen mitnehmen ließe. Gerade angesichts des vorhandenen sozialen Sprengstoffs aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und daraus resultierenden Ängsten könne bzw. wolle sich die Bevölkerung mit den medienwirksam inszenierten Konzepten nicht identifizieren, da ihr diese viel zu abstrakt erschienen und sie, besonders z. B. Jugendliche, die mit der beständigen Arbeitslosigkeit der Eltern aufgewachsen seien, darin keine unmittelbare persönliche Perspektive ausmachten.

Stadtverwaltung, in Ämtern und Behörden. Dem Funktionsbereich der *SA* kommt eine nur marginale Bedeutung zu. Die *GI* sehen ihr Handeln wesentlich als ein die offizielle Politik ergänzendes, teils auch zu ihr in Konkurrenz stehendes, das unter anderem speziell auf die Bearbeitung von Defiziten betreffend Anstrengungen an der gesellschaftlichen Basis gerichtet ist. Die Deutungen der *LZ* erscheinen ambivalent. Der *LZ/FF* und der *LZ/GB* betrachten die Kommunalpolitik zwar auch kritisch, ihr Blick erscheint im Vergleich zum *LZ/GR* aber distanziert.

## 6.5.2 Lokalgesellschaftliche Verfasstheit und Wahrnehmungen von Migranten/Polen

Im Folgenden stehen die von den Experten aufgrund ihrer funktionspezifischen Insiderwissensbestände der lokalen Bevölkerung zugeschriebenen Mentalitäten und Einstellungen insbesondere betreffend das Verhältnis zu Migranten/Polen im Fokus.

### 6.5.2.1 Frankfurt (Oder)

Der *SV* zeigt sich zwar überzeugt, dass immer mehr Menschen die Alternativlosigkeit seiner Idee einer interkulturellen Grenzstadt verstanden hätten, oder zumindest einsähen, dass sie sich gegenüber Polen/Migranten allein auch zu ihrem eigenen Nutzen öffnen müssten. Allerdings, so schränkt er ein, existierten innovative Potenziale nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung und vor allem zu wenige Multiplikatoren, die sie in die Bevölkerung transportierten. Größtes Handicap sei die noch immer viel zu geringe Bereitschaft, die kulturellen Grenzen überwindenden Prozesse mitzugestalten, sich den bestehenden Unterschiedlichkeiten zu stellen, sie zu thematisieren, zu hinterfragen und zu überwinden zu versuchen. Den Einzelhandel z. B. zeichne vor allem Ignoranz und fehlende Offenheit aus: Er ließe weithin die Fähigkeit und die Bereitschaft vermissen, Polen in ihrer Landessprache zu begegnen oder ihre Währung zu akzeptieren. Für ihn ein exemplarischer Ausdruck der „Borniertheit“ von „deutscher Mentalität und von DDR-Mentalität“, Mangel an Eigeninitiative, Flexibilität und Innovationsfähigkeit. Große Probleme bestünden auch bei Bildungs- und Erziehungsverantwortlichen: Sie transferierten ihre Ängste und Destruktivität auf die junge Generation und verbauten ihnen die Zukunft, nur weil sie selbst an der Nachwendetransformation gescheitert seien, bzw. ihnen nicht ausreichend geholfen worden sei, den gerade im Bildungsbereich schwierigen Prozess zu bewältigen.<sup>704</sup> Kleinbürgerliche Sozialisationsmuster, die speziell in der DDR geprägt und verfestigt worden seien, seien noch immer bestimmend. Die Abwanderung vieler aktiver, vor allem junger und mobiler Menschen hätte die Gesellschaft ausgedünnt und die Probleme bezüglich z. B. politischer Partizipation, Desintegration oder Ängsten um eigene soziale Standards verstärkt.<sup>705</sup> Eine

<sup>704</sup> „Das ist ein Verbrechen an den jungen Menschen. Man gibt ihnen nicht die Chance mit einer sich immer mehr verbindenden Welt zurechtzukommen, sondern man, man verbaut ihnen Möglichkeiten [...]. Und das nur, weil die erziehende Generation und die lehrende Generation diesen Sprung nicht geschafft hat. [...] Und die Ängste der Alten, die werden zu Hause, [...] da wird dieser jungen Generation die ganze Problematik der Alten so transferiert wie mit einer Transfusion.“

<sup>705</sup> Mit einer erhofften wirtschaftlichen Entwicklung verbindet er aber auch eine sich allmählich wandelnde Einwohnerschaft. Insbesondere aufgrund einer hohen Zahl an Einpendlern fehle es Frankfurt (Oder) noch an einer lebendigen urbanen Atmosphäre. Die schlechten Traditionen, respektive Altlasten, der in der DDR künstlich hochgerüsteten Behörden-, Verwaltungs- und Beamtenstadt erschwerten die Entwicklung hin zu einem attraktiven Wohnstandort zusätzlich.

gering ausgeprägte Innovationsbereitschaft und Neugier sowie virulente Ängste vor dem Unbekannten und Fremden lägen auch in einer nur schwachen „eigenen Identität“ begründet. Die Konsistenz der eigenen Identität sei aber maßgebend für die Wahrnehmung vorhandener kultureller Unterschiede: entweder als interessante Bereicherung oder als Bedrohung.<sup>706</sup>

Ressentiments zwischen Deutschen und Polen seien zwar noch vorhanden, bauten sich nach seinem Erleben aber mehrheitlich sukzessive ab. Dass Frankfurt (Oder) mit Polen und Zuwanderung nur bessere Chancen hätte, wie er seine Überzeugung beständig betont, sei nur eine Frage der Vermittlung und Aufklärung. Interkulturalität müsse in allen nur möglichen Kontexten diskutiert und persönlich erlebbar gemacht werden: Ein zwangloser Austausch und öffentliches Kommunizieren mache das Thema zum „Stadtgespräch“ und bei der Bevölkerung zu etwas „Normalem“, „gewollt oder nicht gewollt“. Längst zahlreich etablierte „Events“ repräsentierten ein bereits ausgeprägtes Miteinander, zwei Städte als eine Stadt erlebbar.<sup>707</sup> Für die Zukunft besonders wichtig sei ein verstärktes Engagement um junge Menschen: „Die Neugier auf das Fremde, der Drang und die Lust ins Leben rein zu gehen“ müsse befördert werden.

Auch betreffend den Umgang mit rechtsextremistischer Gewalt betont er die Bedeutung öffentlicher Kommunikation. Als in der Stadt Übergriffe noch zahlreich gewesen seien, hätte man durch viel, von breiten gesellschaftlichen Kreisen getragenes Engagement tolle Erfolge erzielt. Inzwischen hätte sich die Situation deutlich gewandelt und in weiten Teilen ein Umdenken eingesetzt.<sup>708</sup> Durch verschiedene Initiativen unter Beteiligung öffentlicher Institutionen hätte man erreicht, dass das Thema Stadtgespräch geworden sei und sich eine Atmosphäre entwickelt hätte, in der niemand mehr wage, öffentlich „gegen Ausländer zu sprechen“.<sup>709</sup>

Für den SA sei das Thema Ausländer in der ganzen Stadt kein Thema – es interessiere schlicht niemanden, weder in der Verwaltung, bei Ämtern und Behörden noch in der Bevölkerung. Entscheidend für seine Tätigkeit sei somit die Anbahnung und Strukturierung von ersten organisierten Begegnungen zwischen Deutschen und Ausländern, die ganz allmählich gegenseitiges Verständnis wecken und ein besseres Kennenlernen sowie den Abbau von Ängsten und Vorurteilen ermöglichen sollten. Sein Hauptaugenmerk sei auf eine grundlegende Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung gerichtet, um den weit verbreiteten und fest verankerten Ängsten vor Ausländern entgegenzuwirken: Sie sollten nicht weiter allein als Belastung und Bedrohung betrachtet, sondern auch die mit ihnen verbundenen Chancen erkannt werden. Allerdings, so bricht sich bei ihm wiederholt Frust Bahn, sei trotz intensiver Anstrengungen kaum Resonanz zu erzielen. Stets beteiligten sich nur jene, die interkulturellen Kontakten oder Themen wie Flucht und Asyl bereits offen gegenüberstünden. Das von ihm eigentlich adressierte,

<sup>706</sup> Wer sich seiner selbst unsicher sei, könnte das Unbekannte und Fremde nicht als Bereicherung sehen.

<sup>707</sup> Aufflammenden Ressentiments würde mit „Kommunikation“ und statistischen Zahlen begegnet. Die Bevölkerung würde zu überzeugen versucht, dass ein Miteinander mit Polen neben einigen Problemen und Risiken, doch vor allem unschätzbare Vorteile brächte. Dazu setze er aber bewusst nicht auf ideologische Indoktrination oder moralische Appellation, sondern nur auf die Selbsterfahrung der Menschen, die sukzessive merken sollten, was Interkulturalität auch ihnen persönlich brächte. Neben der steten Betonung des mit Zuwanderung verbundenen wirtschaftlichen Nutzens sei es schlicht notwendig, gemeinsam mit möglichst vielen Multiplikatoren kommunikative Prozesse dahingehend zu forcieren, verschiedenste Veranstaltungen und Gesprächsrunden zu solchen Fragestellungen durchzuführen und so viele Begegnungen und positive Erfahrungen als möglich zu organisieren, um dadurch bestehende mentale Barrieren ständig zu bearbeiten und sukzessive aufzubrechen.

<sup>708</sup> Am Beispiel von Busfahrern illustriert er die Wandlung von Bürgern, die einst Ressentiments gegen Ausländer artikuliert und Übergriffe zumindest geduldet, sich aber nicht aktiv beteiligt hätten, und heute bei Übergriffen „mutig“ einschritten.

<sup>709</sup> Über für (aufgrund ihrer äußeren Erscheinung mutmaßliche) Ausländer nach wie vor bestehende Gefahren zeigt er sich verwundert und interessiert, da sie ihm unbekannt seien. Allerdings zieht er entsprechende Berichte auch in Zweifel, da Vorfälle stets zum Stadtgespräch würden und z. B. auch ihm persönlich bekannte Ausländer über keine Gefahren berichteten.

sich durch gefestigte Ängste und Vorurteile auszeichnende Publikum bliebe hingegen fern. Schwierig sei aber auch, Migranten für Projekte oder überhaupt gesellschaftliches Engagement zu motivieren: Zu seinem Bedauern seien sie daran überwiegend nicht interessiert, weil sie zunächst ihr unmittelbar persönliches Lebensumfeld klären wollten, dazu die deutsche Sprache erlernen, sich gesellschaftlich eingliedern und am Arbeitsmarkt partizipieren müssten, und so ihres Erachtens ausreichende Kontakte zu Einheimischen erhielten.

Von Erfolgen, also einer Sensibilisierung der Bevölkerung, einer fortschreitenden Integration von Ausländern oder einer Verbesserung der Situation der vor Ort ansässigen Flüchtlinge, möchte er nicht sprechen: Es sei äußerst mühselig überhaupt auch irgendeinen noch so kleinen Erfolg in der Ausländerarbeit zu erzielen. Neben einer an „Ausländerthemen“ desinteressierten Bevölkerung macht er hierfür auch gesetzliche Normen und eine restriktive Auslegungspraxis vorhandener Handlungsspielräume durch die Landesregierung, die selbst höhere Kosten in Kauf nähme, verantwortlich.<sup>710</sup> Durch Beharrungsvermögen und langwierige, harte Auseinandersetzungen ließen sich allerdings, so seine Motivation, immerhin kleine Erfolgserlebnisse realisieren, die als Ansporn für weiteres Engagement notwendig seien.<sup>711</sup> Die kleinen, Hoffnung vermittelnden Erfolge beträfen zumeist einzelne Zuwanderer, die in den Arbeitsmarkt integriert und ihnen damit weitere Schritte in die deutsche Gesellschaft erleichtert werden könnten. Dadurch würde Deutschen auch verdeutlicht, dass Ausländer durchaus einen (wirtschaftlichen) Nutzen hätten und nicht nur als Belastung oder Bedrohung zu betrachten seien.<sup>712</sup>

Analog der generellen Ablehnung von Ausländern und den vorherrschenden Bedrohungsszenarien beim Gros der Bevölkerung gestaltete sich die Wahrnehmung von Polen, respektive das Interesse an gemeinsamen Aktivitäten. Anlass für Besuche des Nachbarlandes seien meist rein wirtschaftliche Gründe. Persönliche Kontakte interessierten nicht. Bemühungen um polnische Bürger als Mieter für leer stehenden Wohnraum in Frankfurt (Oder) riefen vor allem Ablehnung, Neid und Missgunst hervor.

Begründet sieht er das weit verbreitete Desinteresse an Ausländern und ihren Lebenslagen sowie auch deutsch-polnischen Beziehungen insbesondere in den seit der Wende nicht überwundenen Vorurteilen gegenüber Ausländern und den Ängsten um die eigene Zukunft angesichts der dramatischen Schrumpfungprozesse und ständig enttäuschten Hoffnungen.<sup>713</sup> Je

<sup>710</sup> Betreffend Asylbewerber führt er z. B. aus: „Den Erfolg? Ich denke mal, da können wir gar nicht von Erfolg sprechen. Wir können einfach sagen, wir bringen die Asylbewerber am Rande der Stadt unter, wir versorgen sie und das war's. [...] Also wie gesagt, also auf dem Arbeitsmarkt haben sie sehr schlechte Chancen, [...] Sprachförderung auch keine Chance.“

<sup>711</sup> Als Erfolg wertet er z. B. auch bereits die Beteiligung einzelner an interkulturellen Projekten: Allein dadurch würden in der Regel Berührungängste abgebaut und sich weitere persönliche Verbindungen selbstständig herstellen.

<sup>712</sup> Ein Erfolgserlebnis schildert er am Beispiel einer Asylbewerberin: „Ich kenne eine Asylbewerberin, die ist jetzt hier in die Stadt gezogen. War sehr viel in Schülerprojekten involviert. Und aus diesem Schülerprojekt, da war ein Schüler und dessen Vater arbeitete hier im [X] und der hat unbedingt eine Arbeitskraft gebraucht. Und da hat man sich daran erinnert: Ah, da gab es eine Esperanza, die hat gut gekocht, das hat uns sehr gut geschmeckt, die fragen wir jetzt einfach, ne, ob sie hier mitarbeiten will. Und sie hat es gemacht. Und ich habe sie vor drei Wochen gesprochen und dann sagt sie: [...] Ich fühl mich gar nicht mehr als Ausländerin und ich fühle mich auch gar nicht schwarz. Ich bin einfach in dieses Kollektiv ganz normal aufgenommen worden, man respektiert mich und ich muss dir sagen: Ich bin glücklich, so gar nicht mehr an mein Ausländerdasein zu denken. [...] Dieses gute Beispiel wird durch diese Mitarbeit [...] weiter getragen [...], so dass sich doch die Situation, also ausländische Mitbürger nicht als Bedrohung zu sehen, ja, verstehen Sie was ich damit meine?“

<sup>713</sup> Konstitutiv seien eine immer weiter zunehmende wirtschaftliche und soziale Unsicherheit und entsprechend gedeutete Perspektivlosigkeit, ein Gefangensein in eigenen Problemen, ein Gefühl der Vernachlässigung durch *die* Politik sowie verschiedene Konkurrenz- und Existenzängste. Dominant seien homogenisierende Stigmatisierungen für Ausländer und imaginierte Bedrohungsszenarien z. B. gegenüber Asylbewerbern („Die Asylbewerber kommen ja nur aus wirtschaftlichen Gründen“; „Das sind ja alles Sozialhilfebetrüger“) oder generelle Ängste im Zusammenhang mit Zuwanderung („Deutschland blutet aus“; „Ausländer, die nehmen mir den Arbeitsplatz weg“; „Deutschland hat für die einheimische Bevölkerung kein Geld mehr“; „Wenn jetzt die Polen kommen, die arbeiten für Dumpingpreise, die nehmen uns dann auch noch die Arbeit weg. Wo bleiben wir hier?“; „Der Pole geht auch schwarz arbeiten“; „Das sind Ängste, einfach diese sozialen oder diese

schlechter Menschen ihre eigene Lebenslage empfinden, so seine Erklärung, desto weniger seien sie in der Lage sich mit Anderem zu befassen und sich gegenüber anderen Menschen, die vor allem als weitere Belastung und Gefahr betrachtet würden, zu öffnen. Jedoch, so möchte er die von ihm identifizierten gesellschaftlichen Formierungsprozesse eingeordnet wissen, unterschiede sich Frankfurt (Oder) bei den aus den Problemen erwachsenden Unsicherheiten und Ängsten nicht von anderen Städten und Regionen Ostdeutschlands: In Relation betrachtet seien die Frankfurter nicht fremdenfeindlicher oder integrationsunwilliger. Zwar vernähme er in den letzten Jahren auch einen Rückgang an gewalttätigen Übergriffen auf Migranten, „sichtbare Ausländer“ trauten sich aber aus Angst nach Einbruch der Dunkelheit nicht auf die Straße.<sup>714</sup>

Der *GI 1* wertet als generelles Problem für notwendig zu bewältigende interkulturelle Integrationsprozesse eine in der deutschen Mentalität nicht bzw. unzureichend bestehende Bereitschaft, sich auf fremde Menschen einzulassen oder z. B. auch andere Sprachen zu lernen. Vielen Deutschen fehle schlicht die strukturelle Basis um mit interkulturellen Kontexten umzugehen oder sich auf Integrationsprozesse einzulassen.<sup>715</sup> Aus Unsicherheit würden konkrete Ängste oder Vorbehalte nicht verbalisiert und im interkulturellen Dialog (eventuell) beseitigt, sondern das Gros pflege von tradierten Vorurteilen bestimmte, kulturell abgeschottete Lebensstile, ohne mit Ausländern etwas zu tun haben zu wollen. Dadurch würden bestehende Vorurteile permanent reproduziert und verstärkt. Ausländerspezifische Gesetze bestätigten Vorurteile; z. B. das Bild des kriminellen Ausländers.<sup>716</sup> Rechtsnormen wirkten oft prinzipiell integrationshemmend: Sie verhinderten z. B. nicht nur gesellschaftliche Partizipation durch Sprachförderung oder Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern stigmatisierten und diskriminierten Menschen per se.

Unsicheres, von Desinteresse und altgedienten Vorurteilen bestimmtes Verhalten zeichne auch das Verhältnis zu Polen aus.<sup>717</sup> Bedeutend sei eine altbekannte, von gefühlter Macht und

---

wirtschaftlichen Ängste, also mir geht es dann noch dreckiger, wenn jetzt der Pole kommt“) bei Jugendlichen und Menschen mittleren Alters; zur älteren Generation möchte er nur aufgrund unzureichender Erfahrungen keine Einschätzung treffen. Vor allem Jugendliche hätten auch „sehr große Angst“ vor der EU-Erweiterung, die sich ebenso vor allem durch Ängste vor zunehmender Konkurrenz und Überfremdung sowie Sozialneid bis hin zu offener Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegenüber Polen und Osteuropäern Ausdruck verliehe. Förderlich für die immer wieder auch unverhohlen und rassistisch motiviert zum Ausdruck gebrachten Vorbehalte seien für ihn speziell auch eine verbreitete Unkenntnis betreffend den Status verschiedener Migranten und eine gerade auch in den Medien übliche negativ akzentuierte Homogenisierung von Ausländern. Es dominiere eine Prototypunterscheidung zwischen Asylbewerbern zum einen, Polen zum anderen, wobei vor allem „Asylant“ als Stereotyp vorherrsche. Aufgrund dramatischer Erfahrungen sei es wichtig, vor allem hier mit Aufklärungsarbeit mit dem Ziel anzusetzen, bestehenden Ängsten z. B. durch die Erläuterung von Unterschieden zwischen Migrantengruppen oder politischen Abfederungen im Zuge der EU-Erweiterung entgegenzuwirken und zu verdeutlichen, dass damit keine derartigen Belastungen oder Gefahren verbunden seien. Bei entsprechenden Informationsanstrengungen in Schulen ernte er aber stets prinzipielles Desinteresse an jedem „Ausländerthema“; teils auch durch sehr drastisch formulierte Unmutsbekundungen.

<sup>714</sup> „Also sichtbare Ausländer trauen sich sag ich mal, wenn es dunkel wird nicht mehr auf die Straße. Also die bleiben lieber zu Hause [...]. Also wo es dann direkt auffällt, dass die dann eben sag ich mal nach zweiundzwanzig Uhr gar nicht mehr auf die Straße gehen, ne, weil da eben Angst herrscht.“

<sup>715</sup> Da vielfach eine prinzipielle Vorstellung über die Initiierung von Kontakten und die Vollführung erster Schritte fehle und Unbeholfenheit betreffend die Gestaltung interkultureller Interaktionen dominiere, hätten viele auch generell Angst vor Kontakten zu Migranten. Eine respektlose Behandlung resultiere somit vielfach auch aus einer Überforderung von Menschen, die nicht gelernt hätten interkulturell zu denken und zu handeln. Unfähigkeit zum interkulturellen Dialog, die sich z. B. deutlich in konkreten Interaktionen in verschiedenen Formen und Intensitäten von Aggressionen Ausdruck verliehe, präge herabwürdigendes Handeln somit nicht nur bei Menschen, die Fremde generell ablehnten, sondern resultiere vielmehr auch aus persönlicher Unsicherheit mit der eigenen Lebenslage oder Vorurteilen geprägten Denkmustern, so dass entsprechende Handlungen nicht unbedingt immer mit der Absicht der verbalen Verletzung oder Herabwürdigung getätigt würden.

<sup>716</sup> „Ja also zum Beispiel gibt es doch diese Residenzpflicht für Asylbewerber. Und wenn dann im Zug [...] Menschen kontrolliert werden, nur weil die anders aussehen, und dann eben auch mitgenommen werden, nur weil sie ohne Erlaubnis ihren Landkreis verlassen haben, dann impliziert das schon, das sind Verbrecher, ne. Und das sind [...] alle die, wo eben total auffällt, dass sie nicht unbedingt einen deutschen Hintergrund haben.“

<sup>717</sup> „Ja das ist wie mit dem Fuchs und den Trauben, ne. Also wenn die Trauben zu hoch hängen, wenn man gewisse Sprachkompetenzen nicht mitbringt oder, oder einfach auch nicht in der Lage ist, auf jemand anderen zuzugehen oder Angst davor

Überlegenheit gespeiste Dynamik menschlicher Beziehungen: Beharren auf Etabliertenvorrechten und notwendige Entbehrungen für Hinzukommende.<sup>718</sup> Noch immer bestünden „unheimlich viele Vorbehalte“, die vor allem die allseits bekannte Figur des „kriminell[en]“ und „faul[en]“ Polen reproduzierten. Da viele Menschen wegen der Schrumpfungsprozesse große Zukunftsängste hätten, seien sie auch nicht in der Lage mit den im Zuge der EU-Erweiterung verbundenen Prozessen umzugehen, zumal auch weithin unklar sei, welche Veränderungen (und weiteren Unsicherheiten) daraus (für sie) resultierten. Je mehr Menschen in eigenen Problemlagen verhaftet seien, so seine Überzeugung, desto weniger seien sie bereit, Transformationsprozessen positiv gegenüberzustehen und sich für interkulturelle Lebenskontexte zu öffnen. Das Gros der Bevölkerung ließe sich entsprechend nicht auf deutsch-polnische Aktivitäten ein, sondern verharre abgeschottet in bekannten, vermeintlich sicheren Lebensbereichen.

Durch inzwischen zahlreich bestehende Initiativen und Projekte, die für Weltoffenheit und ein Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft einträten, und im Rahmen derer z. B. Jugendliche interkulturelle Kompetenzen erlernt hätten, hätten auch einige Vorurteile abgebaut werden können.<sup>719</sup> Auch die Situation betreffend offen zugute tretender Fremdenfeindlichkeit hätte dadurch in Frankfurt (Oder) verbessert werden können. Allerdings, so schränkt er ein, „könnte man schon manchmal verzweifeln“, wenn es „nicht immer wieder diese netten kleinen Geschichten geben würde“: Die sukzessiven Fortschritte (bei Jugendlichen) dürften keinesfalls als Lösung des Problems gewertet werden – offener, sich teils aggressiv Bahn brechender Rassismus sei nach wie vor virulent.<sup>720</sup> In jüngster Zeit sei zwar offene Gewalt eher verbaler gewichen, geradezu regelmäßig zu verzeichnende Vorfälle verdeutlichten aber, dass die Situation (trotz öffentlichkeitswirksamer Proklamationen) noch immer problematisch sei, und sich die weit verbreitete Ablehnung von Ausländern nicht wirklich geändert hätte.<sup>721</sup> Nach wie vor trauten sich die meisten Ausländer, die als solche auch äußerlich erkennbar seien, aus Angst vor Übergriffen bei Dunkelheit nicht alleine auf die Straße und bewegten sich nur in vertrauten Räumen.<sup>722</sup> Obwohl dies weithin bekannt sei, ändere sich daran aufgrund ungenügender Sensibilität und Lobbyarbeit für das Leben und die Erfahrungen von Ausländern wenig bis nichts.

Der *GI 2* vernähme in weiten Teilen der Bevölkerung ein Klima der Ängstlichkeit vor weiteren Rückschritten als Folge der Schrumpfungsdynamiken und steter Desillusionierungen im Zuge der Nachwendetransformationsprozesse. Aufgrund über Jahre erlittener Enttäuschungen und zunehmender Angst vor weiteren Rückschlägen sei kaum (Kompetenz zur) Eigeninitiative

---

hat sich in so einem Projekt oder so was zu integrieren, dann hängen die Trauben zu hoch und dann will man die nicht, ne. Und dieses, also das interessiert mich sowieso nicht, wird dann durch Vorurteile noch untermalt, ne. [...] Und das ist einfach da, das ist immer auf der Tagesordnung. Und das zieht sich durch alle Altersgruppen, ja.“

<sup>718</sup> „Zum Beispiel bei der Armee, da sind die Neuen immer dran. Und die werden dann gequält oder so. Und die gleiche Geschichte erlebe ich jetzt so ein bisschen in Hinblick auf Polen, ja. [...] Viele Leute glauben auch, dass sie auf einem anderen, höheren, besseren Level sind.“

<sup>719</sup> Jugendliche, die positive Erfahrungen gemacht hätten, ließen sich durch kontinuierliche Begleitung (teils) auch als Multiplikatoren im Familien- und Freundeskreis nutzen. Dadurch könnten sich veränderte Sichtweisen sukzessive ausbreiten.

<sup>720</sup> Trotz zahlreicher, speziell von den städtischen Eliten vorangetriebener Anstrengungen zur Zurückdrängung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Dank der Universität existierten in Frankfurt (Oder) aber auch weitaus mehr Menschen als in anderen ostdeutschen Regionen, die sich öffentlich gegen Fremdenfeindlichkeit positionierten; Zivilcourage sei somit auch vergleichsweise stärker ausgeprägt, was z. B. auch ein weit besseres Netzwerk in der Ausländerarbeit auswies.

<sup>721</sup> Oft würde z. B. auch vor allem von älteren Deutschen die heutige Situation von Flüchtlingen mit eigenen Entbehrungen und Leiden verglichen; sie hätten sich also nicht zu beschweren.

<sup>722</sup> Im Rahmen der Sondierung eines kommunalen Integrationskonzeptes hätte man unter anderem auch die Frage beleuchtet, wo Menschen mit Migrationshintergrund wohnten: Ausländische Studierende z. B. wählten zugunsten ihres subjektiven Sicherheitsempfindens vorzugsweise zentral gelegene Wohnheime, wenngleich sie (mitunter erheblich) teurer seien. Ähnlich berichtet er auch über einen vietnamesischen Gastwirt: Er wohne bewusst in direkter Nähe zu seiner Gaststätte.



vorhanden. Es dominierten Resignation, Passivität und Lethargie und die (unrealistische) Hoffnung auf Hilfe von außen.<sup>723</sup> Selbst bei bildungspolitischen Multiplikatoren sei nur in kleinen Teilen Innovationsbereitschaft und Interesse an (z. B. kultureller) Veränderung vorhanden.<sup>724</sup> Kein lokaler Akteur, so sein von Frust gezeichnetes Fazit, verfüge über Mittel und Wege, die Bevölkerung wirklich zu erreichen.<sup>725</sup> Die für ihn entscheidende Frage laute, wie die aktuellen Konstitutionsprozesse und die Horizonte der Menschen überhaupt geöffnet werden könnten, ohne ihnen vor den Kopf zu stoßen, wodurch sich Zugangsmöglichkeiten und Chancen zur Öffnung neuer (z. B. deutsch-polnischer) Perspektiven nur weiter verschließen würden.

Die generellen (Kommunikations-)Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis seien für ihn vor allem Resultat der Sprachbarriere und einer auf deutscher Seite sehr geringen Bereitschaft, die Sprache der Nachbarn zu lernen.<sup>726</sup> Verbreitet mache er eine kulturell begründete Abgrenzung gegenüber Osteuropa aus: Nicht nur bei Sprachen sei man vorzugsweise gen Westen orientiert.<sup>727</sup> Bis heute seien zudem die (auch in der DDR vielfach bedienten) Klischees über Polen konstitutiver Teil der öffentlichen Diskurse, wie sie z. B. auch die Medien nach wie vor (re-)produzierten. Auch der vor allem während der Zeit der offenen Grenze zwischen der DDR und der VR Polen verbreitete Sozialneid gegenüber zusätzlichen Konsumenten sei bis heute bedeutend. Obwohl mittlerweile zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice in diversen, vor allem in kommunaler Verantwortung liegenden Bereichen zumeist nach einer Win-Win-Strategie recht intensiv und gut zusammengearbeitet würde, verdeutlichten ihm aber z. B. die Bemühungen um Polen als Bewohner für leer stehenden Wohnraum, wie sehr die interstädtischen Handlungskontexte als hauptsächlich aufgrund der massiven Schrumpfungprobleme geradezu alternativlos erzwungen erachtet würden, also nur einem wirtschaftlichem Kalkül folgten: Die Debatten würden von reflexartigen Vorbehalten vor allem wegen möglicher finanzieller Transfers bestimmt. Auch die EU-Erweiterung aktualisiere und kanalisire lang gepflegte Vorbehalte: Drohende zusätzliche Konkurrenz durch (billige) Arbeitskräfte.<sup>728</sup>

<sup>723</sup> Weitreichendes Desinteresse an gesellschaftlicher Partizipation und Gestaltung sei charakteristisch: „Es ist eine Müdigkeit, [...] eine Resignation, ein sich zurückziehen zu den täglichen Problemen selbst [...]. Und die, und die Kraft und sich selbst auch zu sagen, es wird niemand kommen der mir hilft, ich muss selber aufstehen und muss selber tun, ist, ist so leider nicht vorhanden. [...] Diese Lethargie, diese Hoffnungslosigkeit, und dadurch nicht die Kraft [...] oder die Motivation zu entwickeln, ich steh jetzt auf, ich muss mich jetzt bewegen.“ Ursächlich sei aus seiner Sicht maßgeblich die DDR-Sozialisation: Aufgrund der automatisierten staatlichen Versorgung hätten sich viele nicht um die alltägliche Selbsthilfe kümmern müssen.<sup>724</sup> „In der Breite nicht, partiell ja. Also es gibt Highlights. [...] Aber es gibt auch in der Breite genau das Gegenteil. Und das ist das, das ist das Problem, das ist das Schlimme, [...] gerade diese Verbindung was Schule, Schule anbelangt, was Bildungspolitik anbelangt und was die Eröffnung von Horizonten zu jungen Menschen jetzt anbelangt.“

<sup>725</sup> Um mit seinen Äußerungen nicht den Anschein einer überstrapazierten Verallgemeinerung erwecken und nur ein fatalistisches Bild der gesellschaftlichen Konstitutionsmerkmale zeichnen zu wollen, verweist er zwar immer wieder auf auch hoffnungsvolle Ansätze und Aktivisten, die mit verschiedenen Initiativen bemüht seien, der Bevölkerung politische und gesellschaftliche Themen näher zu bringen. Regelmäßig gerät er dabei aber ins Stocken und verleiht ihn pessimistisch stimmenden Erfahrungen Ausdruck, die entsprechende Entwicklungen geradezu verunmöglichten. Mehrmals stellt er (sich) auch die Frage, ob und wie lange er überhaupt noch vor Ort bleiben könne, da bei ihm und sämtlichen Mitstreitern inzwischen kaum mehr Ideen zur Überwindung der tristen Situation bestünden.

<sup>726</sup> Die von ihm geradezu als Verweigerungshaltung vernommene Einstellung sieht er in einer tiefen Ablehnung gegenüber östlichen bzw. slawischen Sprachen begründet, die bei vielen Deutschen mit einem negativen Touch belegt seien.

<sup>727</sup> Viele wünschten keinen Kontakt: „Und es gibt auch hier in Frankfurt (Oder) und, und darüber hinaus sehr viele Menschen, die [...] überhaupt keinen Kontakt wollen und wünschen mit einer polnischen Familie oder mit einem, bis hin zum polnischen Unternehmer oder so. Wobei es ja nichts näher Liegendes gäbe [...]. Das sind schon Probleme, die also ein [...] Miteinander oder nachbarschaftliche Beziehungen und so weiter nicht so aussehen lassen, wie sie wünschenswert wären.“

<sup>728</sup> Als einzige Chance zum Abbau bestehender Berührungängste und der Wirkungsminderung verbreiteter Vorurteile sieht er angesichts der weitgehend teilnahmslosen, auf sich bezogenen Lebensstile vieler Menschen sowie des Scheiterns bisheriger Bemühungen derzeit einen deutsch-polnischen Fernsehkanal mit aktuellen Informationen aus der Zwillingsstadt. Auch wenn dies die Situation keinesfalls unmittelbar verbessere, sei es für ihn der einfachste und derzeit einzig realistische Weg, breite Bevölkerungsschichten in ihrer abgeschotteten Welt der eigenen Wohnzimmer mit deutsch-polnischen Themen zu erreichen und sie dadurch eventuell allmählich zu persönlichen Aktivitäten zu motivieren.

Positive Veränderungen seien immerhin beim Zurückdrängen der in Frankfurt (Oder) teils aggressiv in Erscheinung tretenden Fremdenfeindlichkeit, infolgedessen bereits etliche Ausländer der Stadt den Rücken gekehrt hätten, derart zu verzeichnen, als sich im Laufe der Zeit einige Initiativen konstituiert hätten, die derlei Aktivitäten öffentlich entgegenträten.<sup>729</sup> Jedoch, so möchte er die konstatierten Verbesserungen eingeordnet wissen, sei keine große Resonanz in der Bevölkerung zu vernehmen: Die breite Masse zeichne sich durch Gleichgültigkeit aus – nur wenige fassten den Gedanken, sich aktiv zu positionieren.<sup>730</sup> Die verbreitet zu beobachtende Gleichgültigkeit verliehe sich seines Erachtens aber auch bis hin zu einer stillen Akzeptanz gegenüber bzw. einer Zustimmung zu Gewalt gegen Ausländer Ausdruck.<sup>731</sup>

Für den *GI 3* weise sich das Gros der lokalen Bevölkerung vor allem durch sozialen Rückzug, Konzentration auf persönliche Interessen und Teilnahmslosigkeit bei politischen und gesellschaftlichen Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen aus. Eine „Hauptsache-mir-geht-es-gut-was-kümmern-mich-die-anderen“-Einstellung sei vielfach mit einem speziellen Desinteresse an Polen gepaart: Diesen würde mit keinerlei Wertschätzung oder Empathie, sondern vor allem mit pauschaler Ablehnung aufgrund projiziertem Sozialneid begegnet. Hinzu kämen verschiedene Formen und Intensitäten von latenter bis hin zu unverhohlener Fremdenfeindlichkeit. Eine unterschwellig ablehnende Haltung gegenüber geradezu allen Menschen, die nicht den bekannten eigenen Lebenskontexten entstammten, sei aus seiner Sicht kennzeichnend.

Für die gesellschaftliche Konstitution von großer Bedeutung seien DDR-Persistenzen, die vielfach als psychologischer Ballast wirkten. Da sich die Angehörigen der DDR-Gesellschaft vor allem über Arbeit definiert, überdies aber kaum andere Interessen und Lebensinhalte ausgebildet hätten, zumal individualistische Bestrebungen auch weitgehend unterbunden worden seien, hätte die Nachwende-Arbeitslosigkeit nicht nur einem Angriff auf die eigene Reproduktionssicherung, sondern geradezu einer lebensweltlichen Amputation entsprochen, da zugleich die sozialen Kontakte weggefallen seien. Auch die verordnete, aber nicht von innerer Überzeugung getragene sozialistische Völkerfreundschaft, aus der ein abgestumpftes Verhältnis zu Polen resultiert hätte, da ein faktischer sozialer Austausch nicht stattgefunden hätte und in großen Teilen auch nicht gewünscht gewesen sei, würde bei vielen Menschen aktualisiert.<sup>732</sup>

Auch die spezifische Bevölkerungsstruktur von Frankfurt (Oder), die durch die preußische Tradition einer Militär- und Beamtenstadt und den hochgerüsteten DDR-Regierungsstandort geprägt sei, hätte großen Einfluss auf die lokal bestimmenden Denk- und Handlungsweisen.

<sup>729</sup> Durch die Breite der Initiativen und das Zusammenstehen verschiedenster Akteure sei immerhin erreicht worden, dass sich das Problem nicht weiter ausgebreitet bzw. verschlimmert hätte.

<sup>730</sup> Ein Verein, in dem er sich engagiere, der sich aufgrund eines rassistisch motivierten Übergriffs konstituiert hätte, sei z. B. auch bestrebt, Integrationsprojekte an Schulen zu forcieren. Die Resonanz der Bemühungen sei aber ähnlich anderer Kooperationsanstrengungen mit Schulen: Trotz intensiven Engagements sei es nicht gelungen, Schulen in Projekte einzubinden.

<sup>731</sup> Ein solches Verhalten sei nicht aktiv gegen Menschen ausländischer Herkunft gerichtet, sondern aufgrund der als schlecht empfundenen eigenen Lebenslage eher als ein nach Recht und Ordnung rufender, mit heimlicher Rache verbundener Denkzettel für die politischen Eliten zu interpretieren, die nicht im Stande seien, die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die zweifelsohne mit Zuwanderungsfragen verbunden seien, in den Griff zu bekommen.

<sup>732</sup> Abermals würde von ihnen ein gutnachbarschaftliches Verhältnis gefordert, das sie aufgrund ihrer Erfahrungen jedoch als wertlos erachteten. Stattdessen stünde für sie der direkte persönliche Nutzen und Sinn im Vordergrund. In aller Regel suchten sie Polen nur zum billigen Einkaufen und Tanken oder als kostengünstige Urlaubsalternative auf. In Frankfurt (Oder) fehlten bis heute z. B. auch öffentliche Hinweisschilder in Polnisch. Besonders deutlich äußere sich die Ignoranz bei Einzelhändlern: In Geschäften existierten noch immer nur vereinzelt Hinweise in polnischer Sprache, wohingegen in einigen Läden das einzige diesbezügliche Schild auf Sanktionen bei Ladendiebstahl verwiesen hätte. Für ihn deutliche Belege für eine nach wie vor nicht vorhandene Sensibilität, eine bewusste Ablehnung oder ein vollkommenes Desinteresse gegenüber Polen.

Die entsprechend spezielle Mentalität wiese sich besonders durch fehlende Neugier, ausgeprägte Sturheit und ein kaltes soziales Klima aus, und sei ein weiterer Grund für die Schwierigkeit, die Menschen zu gesellschaftlichem oder interkulturellem Engagement zu bewegen.<sup>733</sup> Eine massive Verarmung der Stadt resultiere zudem aus den Schrumpfungsprozessen, vor allem der Abwanderung mobiler Menschen und der damit verbundenen sozialen Auswahl. Die Verbliebenen zeigten häufig ein besonders geringes Maß an Eigeninitiative oder aktivem Widerstand gegen soziale Demontageprozesse. Vielfach sei eine „Jammermentalität“ und eine „sauer-töpfische Mine“ anzutreffen: Allzu viele Menschen seien von Passivität, Teilnahms-, Ziel- und Lustlosigkeit geprägt und könnten jenseits eigener Konsumerlebnisse wenig Schönes am Leben finden.<sup>734</sup> Der Bevölkerung fehle in weiten Teilen die Neugier auf etwas Neues und Unbekanntes, was sich besonders in Desinteresse an fremden Menschen ausdrücke, da die damit verbundene (persönliche) Bereicherung des Lebens nicht erkannt würde. Stattdessen verharrten sie in bekannten und vermeintlich sicheren eigenen Bereichen, die sich aber durch (kulturelle) Abschottung und mentale Schließung sowie gehegte und gepflegte Überfremdungs- und Identitätsverlustängste auszeichneten.<sup>735</sup> Ausländern und ihren Lebenslagen käme folglich auch im öffentlichen Diskurs der Stadt, jenseits z. B. der medialen Kriminalitätsberichterstattung oder diffusen Konkurrenz-, Belastungs- und Bedrohungsszenarien, keine Bedeutung zu; sie fänden, wenn überhaupt, so sein Resümee, nur negativ kontextualisiert Beachtung.

Bei der Betrachtung und Bewertung von Ausländern sei ferner eine Unterscheidung zwischen nützlichen und unnützen, die Allgemeinheit nur belastenden, sowie zwischen bekannten bzw. gewohnten und akzeptierten zum einen und der anonymen Masse von Ausländern zum anderen etabliert.<sup>736</sup> Ein funktionalisierter Umgang mit Migranten, je nach dem zugeschriebenen Nutzen, sei verbreitet.<sup>737</sup> Auch wenn er bei der Tragweite fremdenfeindlicher oder fremde Menschen herabwürdigender Einstellungen das Problem personen- und situationsabhängiger Pauschalisierung betont, sei doch „eine latente Ausländerfeindlichkeit“ unübersehbar.

Die Probleme mit rassistisch motivierter Gewalt seien für ihn durch die diversen Initiativen in Frankfurt (Oder) nur kaschiert worden. Am Umgang mit Ausländern hätten sie nichts Grundlegendes geändert. Nach wie vor käme es immer wieder zu Anfeindungen und Übergriffen. Insbesondere aufgrund ihrer äußeren Erscheinung auffällige Ausländer trauten sich aus Angst

<sup>733</sup> Vor allem Zuwanderer berichteten immer wieder über ihre Schwierigkeiten mit der für sie offensichtlich unkommunikativen und geradezu toten Atmosphäre, aufgrund derer bereits auch etliche (auch Deutsche) Frankfurt (Oder) wieder verlassen hätten. Auch ihm offenbare sich insbesondere nach längerer Abwesenheit die spezielle Mentalität, da er andernorts keine ähnlichen Wahrnehmungen hinsichtlich öffentlich fast durchweg vereinzelter und unkommunikativer Menschen mache.

<sup>734</sup> „Ich denke mal die Neugier fehlt einfach, es gibt kein Interesse, ich kann mit mir nichts anfangen, warum soll ich mich jetzt noch um Anderes kümmern, so nach dem Motto. [...] Es ist eher, ich denke mal einfach diese Interesslosigkeit, dass die Leute einfach auch selber gar nicht wissen, was sie wollen. Die wollen nur in Ruhe gelassen werden, ne.“ Zwar verweist er wiederholt auf einige Akteure, die bewusst blieben und Verantwortung übernahmen, diese seien aber zunehmend frustriert.

<sup>735</sup> Statt z. B. über die Chancen und Bereicherungen durch Interkulturalität nachzudenken, bedienen sich viele alt gedienter Vorurteile: „Ich habe ein Feindbild und dieses Feindbild pflege ich und davon lasse ich mich nicht abbringen. So einen Eindruck habe ich, dass das bei Vielen so ist.“ Ähnlich gestalte sich z. B. auch der Blick auf die EU-Erweiterung: Desinteresse und Unwissenheit, gepaart mit auf sich bezogenem Denken, ließe die anstehenden Änderungen vor allem als Bedrohung für die eigene Lebenswelt erscheinen, speziell z. B. vermeintliche Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte.

<sup>736</sup> „Wenn ein Ausländer, ein Zugewandter, ein Gesicht und einen Namen hat, dann ist der schon nicht mehr der Ausländer, ja, sondern er ist einfach Der, und Der zählt dann nicht mehr zu den Ausländern, das ist ja einer von uns.“

<sup>737</sup> Dies verdeutliche sowohl die Nutzung von Dienstleistungen als auch das Konsumverhalten in Polen: „Wenn man sieht, wer da alles kauft und wer da isst, [...] es ist schon erstaunlich. Aber auch Leute, die in solche Restaurants gehen [...], also das heißt auch nicht, dass die dann nicht solche Parolen verbreiten würden, ja. Also die einen sagen: Na und, ich geh nach drüben, hol mir meine Zigaretten, aber Ausländer können ruhig draußen bleiben, die haben hier nichts zu suchen. Ja, also wenn ich sehe, wer da so Einkaufen geht über die Brücke, dann sage ich mir auch immer: Ah ja, jetzt kommen die großen Schnauzen. Hier schreien sie rum Ausländer raus oder Ausländer brauchen wir nicht, aber selber nutzen sie die Vorteile.“

kaum alleine auf die Straße, gerade bei Dunkelheit.<sup>738</sup> Die meisten Aktivitäten seien allein symbolischer Natur: Es dominiere ein oberflächliches, nur öffentlichkeitswirksames Verfahren.<sup>739</sup>

Der *LZ* macht aufgrund des wirtschaftlichen Niedergangs sowie ständiger Niederlagen und enttäuschter Hoffnungen eine deutlich gedrückte Stimmung aus: Viele seien desillusioniert und hätten den Glauben und die Hoffnung an eine persönliche Perspektive in Frankfurt (Oder) verloren.<sup>740</sup> Der Zuschreibung von Passivität, fehlender Innovationsbereitschaft oder Dominanz eigener Probleme für die lokale Bevölkerung müsse er aber aus Heimatverbundenheit generell widersprechen, da Zustimmung nur in oft zu hörende Klagelieder einstimme.<sup>741</sup>

Eine euphorische Betrachtung der Entwicklungen zwischen Frankfurt (Oder) und Słubice als Symbol der europäischen Integration überschätze für ihn die faktische Situation deutlich. Allein z. B. die generelle Motivation für Besuche im Nachbarland würde nicht realistisch eingeschätzt: Sie seien gemeinhin nur finanziell motiviert und Konsum orientiert. Über funktionale Beziehungen hinaus entwickelten sich keine Kontakte.<sup>742</sup> Die Initiativen, die sich gezielt um interkulturelle Begegnungen bemühten, seien zwar bekannt, interessierten das Gros der Bevölkerung aber nicht.<sup>743</sup> Vor allem aufgrund der großen Sprachbarriere müsse die Qualität der Annäherung „sehr skeptisch“ betrachtet werden: Zwar proklamierten Teile der Bevölkerung stets die Notwendigkeit des Erlernens der polnischen Sprache und auch persönliche Bereitschaft, Umsetzungsversuche scheiterten indes meist kläglich.<sup>744</sup> Ein besonderes Desinteresse zeichne weite Teile des Einzelhandels und der Gastronomie aus: Sie erfreuten sich zwar am Konsum von Polen, unternähmen aber keine Anstrengungen sie als Kunden wertzuschätzen.<sup>745</sup> Insgesamt, so sein Resümee, toleriere man sich gegenseitig ohne großes Interesse aneinander.<sup>746</sup>

<sup>738</sup> „Also die Leute trauen sich alleine sowieso nicht, wenn dann schon zu zweit, zu dritt oder zu mehreren, also in der Dunkelheit ist das sowieso schwierig. [...] Oder es war groß in den Nachrichten, dass da hier jemand nicht nach Frankfurt (Oder) wollte, sondern nach Frankfurt (Main), und hier gelandet ist, und auf dem Bahnhof geschlagen wurde, verfolgt und geschlagen. Also das sind Sachen, die einfach gut möglich sind“; dies beeinträchtigt auch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt.

<sup>739</sup> Eine intensive Bearbeitung struktureller Probleme an der gesellschaftlichen Basis sei damit nicht verbunden: Nur Symptome, nicht Ursachen würden bekämpft. Selbst eine von kommunalen Verantwortungsträgern zugesagte Unterstützung für Betroffene nach Übergriffen erwies sich nur als demonstrative Absichtserklärung. Einige wenige zeigten sich zwar durchaus bemüht und aktiv, das Engagement sei jedoch in keiner Weise weitreichend gesellschaftlich verankert und verinnerlicht.

<sup>740</sup> Durch den vor allem aufgrund fehlender Arbeitsplätze und daraus resultierender Abwanderung bedingten Bevölkerungsverlust, eine veränderte Alterspyramide und eine neu konstituierte Sozialstruktur stünden ganze Quartiere vor einem Verelendungsproblem. Es zeichne sich eine immer deutlichere Konzentration desintegrierter Menschen ab. Zwar repräsentiere die Europa-Universität einen Hoffnungsschimmer, viele Studierende würden aber nicht einmal Einwohner auf Zeit: Sie wohnten genauso wie das Gros der städtischen Eliten und sozial Bessergestellten im Umland oder in Berlin. Große Teile der theoretisch vorhandenen Eliten seien somit nicht faktischer Teil der Stadt: Ihnen fehle die notwendige Bindung und Identifikation.

<sup>741</sup> Das allseits vernehmbare Hadern mit eigenen Problemen oder Lamentieren über die eigene Lebenslage sei allerdings keine spezielle Eigenschaft wirtschaftlich deklassierter, sondern vor allem ausreichend versorgter Einwohner.

<sup>742</sup> Dieses Urteil sei zwar „ein bisschen brutal“, aber völlig zutreffend. Er fände zwar für die Zeitung stets eine vorbildliche deutsch-polnische Ehe, die Bevölkerung interessiere sich aber „nicht wirklich“ für gemeinsame Aktivitäten: „Am 1. September [...] haben die Słubicer halt eine Gedenkveranstaltung organisiert und die Deutschen eingeladen [...]. Und der Oberbürgermeister hat die Frankfurter aufgefordert mit einer Blume über die Grenze zu gehen [...]. Die Grenzer haben sich gewundert: Upps, warum kommen da fünf Leute mit Blumen? Also [...] das interessiert die Menschen im Moment nicht wirklich.“

<sup>743</sup> Man besuche zwar ab und an deutsch-polnische Veranstaltungen und fände sie auch „ganz nett“, ansonsten sei man aber an solchen Aktivitäten desinteressiert. Die Initiatoren und Aktivisten blieben im Grunde unter sich.

<sup>744</sup> So z. B. die Einführung von Polnisch an einer Grundschule: Niemand sei bereit gewesen, die eigenen Kinder anzumelden. Da zudem viele Polen Deutsch sprächen, sei dem Gros die Notwendigkeit des Polnischen nicht zu vermitteln.

<sup>745</sup> Für sie sei an der Grenze „die Welt zu Ende“. So sei z. B. eine Initiative seiner Zeitung nur mit mäßigem Erfolg verlaufen, bei der Gastwirten eine polnische Version ihrer Speisekarte gesponsert werden sollte; der erwartete Ansturm sei ausgeblieben, viele hätten abgelehnt: „Da gibt’s dann Gastronomen, die sagen ganz knallhart: Unsere Kunden wünschen das nicht.“

<sup>746</sup> „Man, man toleriert es. Man, man hat damit kein Problem, dass die Polen hier sind, aber wenn sie nicht hier wären, wäre es auch nicht schlimm. Und umgekehrt ist es genau so, denk ich mal.“ Man sei nicht deshalb „nett“ zueinander, weil es Menschen aus dem Nachbarland seien, sondern nur weil sie Geld ausgaben und Arbeitsplätze sicherten. Die Universität repräsentiere bei den Beziehungen zwar eine Ausnahme und befördere vielfältige Aktivitäten, die Situation auf dem Wohnungsmarkt beiderseits der Grenze bedinge aktuell aber eher eine Rückentwicklung alltäglicher sozialer Beziehungen.

Ähnlich dem Verhältnis zu Polen vernähme er in weiten Teilen auch ein reserviertes Umgehen mit Ausländern. Sie würden zwar an und für sich akzeptiert, begegnet würde ihnen aber zumeist mit Desinteresse und (passiver) Ablehnung: Viele wollten mit ihnen einfach nichts zu tun haben.<sup>747</sup> Zugleich sei es aber auch äußerst schwierig, Migranten und ihre Interessensvertretungen in gesellschaftliche Prozesse einzubeziehen: Dem entgegen stünden teils große Probleme mit der deutschen Sprache, innerethnische Abschottungen und fehlende personelle Verbindungen in die deutsche Bevölkerung, speziell in Vereine und Parteien hinein.<sup>748</sup>

Die in Reaktion auf die Aufsehen erregenden Übergriffe gegen Ausländer ins Leben gerufenen Initiativen seien nach seinem Vernehmen alle eingeschlafen.<sup>749</sup> Jedoch hätte Frankfurt (Oder) noch heute ein großes Aggressivitäts-, Gewalt- und Kriminalitätsproblem, wobei die meisten Fälle, wie er differenziert, aber nicht unbedingt rassistisch motiviert seien, auch wenn die Täter oft einem rechten oder rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden könnten.<sup>750</sup>

In der Gesamtschau betrachtet weisen die Deutungen der Experten in Frankfurt (Oder) vor allem Gemeinsamkeiten auf. Der *SV* proklamiert zwar wachsendes Verständnis für die Alternativlosigkeit seiner Vision einer interkulturell konstituierten Grenzstadt und steigende Einsicht in die Notwendigkeit der Öffnung gegenüber Migranten/Polen, und spricht unter anderem von Fortschritten im sozialen Miteinander und abgebauten Ängsten und Vorurteilen, räumt aber auch große Defizite betreffend die (baldige) Realisierung ein. Primär die Borniertheit deutscher Mentalität, die schlechten Traditionen der zu DDR-Zeiten mit Staatsapparaten aufgerüsteten Stadt, mangelnde Offenheit, Flexibilität, Innovativität und Eigeninitiative, Passivität und Immobilität und eine nur schwache eigene Identität macht er als Hindernisse bei der Überwindung bestehender Ängste vor Konkurrenz und fremden Menschen sowie kultureller Grenzen aus. Die Deutungen der anderen Experten verstärken die vom *SV* überwiegend kaum näher explizierten Zweifel. Speziell das Wissen des *SA* und der *GI* betreffend ihre Anstrengungen zur Förderung von interkulturellen Integrationsprozessen, oder auch nur gesellschaftspolitischem Engagement, sowie den Abbau (bzw. die Überwindung oder Minderung) von Desinteresse an, Ängsten vor, Vorurteilen gegenüber und Ablehnung von Migranten bei Deutschen, zeichnen vor allem ein düsteres Bild, gerade mit Blick auf die EU-Erweiterung. Frust, Resignation und Verzweiflung vor allem aufgrund nicht oder kaum erfahrener Resonanz bei ihrem Engagement sind bezeichnend. Von Erfolgen oder Fortschritten im sozialen Miteinander mit Migranten/Polen möchten sie, trotz in Teilen konstatierte Verbesserungen (vor allem betreffend das Verhältnis zu Polen), kaum sprechen. Durch kulturell abgeschottete Lebensstile gespeiste, gesellschaftlich tradierte und fortwährend reproduzierte Vorurteile, Feindbilder und Ängste betreffend Ausländer, Desinteresse an fremden, nicht den bekannten sozialen Kontexten entstammenden Menschen, fehlende Integrationsbereitschaft und Offenheit, Neid und Missgunst sowie Schreckensszenarien sind nach ihren Darstellungen, und teils auch des *LZ*, hinsichtlich Migration kennzeichnend. (Weitere) Zuwanderung wird nach ihrem Vernehmen vor allem als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die

<sup>747</sup> Zugleich verweist er aber auch auf den angesichts der Stadtgröße nur „recht bescheidenen Anteil“ an Ausländern und die somit kaum vorhandenen Möglichkeiten eines interkulturellen Miteinanders.

<sup>748</sup> Und schließlich, so ergänzt er, könne man auch keinen Deutschen zwingen, ihren Gruppen beizutreten. Ein Weg zur Überwindung der vor Ort nicht bzw. kaum vorhandenen interkulturellen Beziehungen sei für ihn somit kaum auszumachen.

<sup>749</sup> Zwar existierten die meisten noch offiziell, derzeit dümpelten sie aber nur „so ein bisschen vor sich hin“.

<sup>750</sup> Gewalt sei ein erschreckendes Thema, „wo es auch nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun hat, sondern da wird halt zugehört [...], ob der rot, schwarz, weiß ist, oder wie der denkt, ist vollkommen wurscht“.

Deutschen wahrgenommen. In Teilen berichten sie auch von unverhohlenen rassistisch begründeten Einstellungen, kanalisiert in verschiedenen Be-/Überlastungs-, Konkurrenz- und Gefahrenszenarien sowie entsprechenden Ängsten gerade mit Blick auf die EU-Erweiterung (*SA; GI 3*) sowie herabwürdigendem Verhalten aufgrund gefühlter Überlegenheit und Beharren auf Etabliertenvorrechten mit als notwendig dargestellten Entbehren für neu Hinzukommende (*GI 1*). Der *GI 3* sieht zudem einen deutlichen Unterschied in der Wahrnehmung von Migranten nach dem zugewiesenen wirtschaftlichen Nutzen sowie der zugeschriebenen Anpassung.

Weitgehend konform zeigen sich die Deutungen des *SA*, der drei *GI* und des *LZ* betreffend das Verhältnis zu Polen, kongruent der Wahrnehmung von Ausländern im Allgemeinen. Ressentiments, Vorurteile, Desinteresse, Ignoranz, Ablehnung, Missgunst sowie nicht vorhandene Empathie und Wertschätzung sind für sie kennzeichnend. Resonanz auf die vor allem kommunalpolitisch und/oder wirtschaftlich begründete Zusammenarbeit der Zwillingsstädte in der Bevölkerung vernehmen sie kaum. Mobilitäten nach Polen folgen wirtschaftlichen Interessen. Persönliche Kontakte und soziale Beziehungen sind unbedeutend.

Als Gründe für das verbreitete Desinteresse, die fehlende Offenheit und Integrationsbereitschaft gegenüber Fremden und die negative Betrachtung von Migranten werden vor allem die Schrumpfdynamiken mit schwerwiegenden negativen gesellschaftlichen Folgen und damit verbundene, ständig steigende wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten, Unzufriedenheiten und Ängste (*SA; GI 1; GI 2; GI 3; LZ*) sowie seit dem Ende der DDR regelmäßig enttäuschte Hoffnungen und erfahrene Desillusionierungen (*SA; GI 2; LZ*) ausgemacht. Außerdem eine durch die von gefühlter Überlegenheit geprägte Mentalität der Deutschen begründete Abgrenzung gegenüber fremden Menschen und Kulturen sowie eine entsprechende Verweigerung gegenüber interkulturellen Interaktions- und Integrationsprozessen mit standhaft reproduzierten Deutungs- und Handlungsmustern, auch angesichts fehlender, weil nicht angeeigneter interkultureller Kompetenzen (*GI 1; GI 2; LZ*). Und schließlich auch DDR-Persistenzen, speziell Neid gegenüber Polen sowie das aufgrund der allein symbolisch zelebrierten Freundschaft frostige Verhältnis ohne faktisches soziales Miteinander (*GI 2; GI 3*). Der *GI 3* macht gar eine auffallende lokale Mentalität mit einem speziell für Migranten befremdlichen sozialen Klima aus, auch begründet durch die Bevölkerungsstruktur in der Tradition einer Militär- und Behördenstadt. Für den *SA* und den *GI 1* be- und verhindern auch ausländerspezifische Gesetze gesellschaftliche Integration und Partizipation. Für den *GI 2* stigmatisieren, kriminalisieren und diskriminieren sie teils sogar Menschen nur aufgrund ihrer (mutmaßlichen) Herkunft. Der *SA* und der *LZ* sehen auch in einer bei Migranten defizitären Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement einen Grund für bislang unzureichend absolvierte Integrationsprozesse.

Die soziale Konstitution der Bevölkerung wird von den Experten ähnlich gedeutet. Prägend erscheinen vor allem aufgrund der wendebedingten Transformations- und Schrumpfungprozesse und Persistenzen der DDR-Gesellschaft (steigende) wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten und Ängste. Zudem auf sich und eigene Probleme zentrierte, kulturell abgeschottete, von Passivität, Immobilität, fehlender Eigeninitiative und Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen und fremden Menschen, speziell Polen und interkulturellen Aktivitäten, bestimmte Lebensstile. Zugespitzt bringen vor allem der *GI 2*, der *GI 3* und der *LZ* ihre Einschätzungen zum Ausdruck. Sie nehmen unter anderem eine gedrückte Stimmung, fehlende Neugier, Resignation, Hoffnungslosigkeit und sich ohnmächtig wöhnende Lethargie wahr.

Ähnlich different der Deutungen zu Migration und Interkulturalität zeigen sich die Einschätzungen zu Rechtsextremismus und rassistisch motivierter Gewalt. Der SV hebt vor allem auf eine deutlich gewandelte Situation, ein gesellschaftliches Umdenken und positiv verändernde Einstellungen von dulddender Passivität hin zu aktiver Intervention ab. Die anderen Experten teilen diese Perspektive nur sehr eingeschränkt. Zwar wertschätzen auch sie teils positive Veränderungen, sukzessive Verbesserungen oder kleine Fortschritte (SA; GI 1; GI 2). Sie sehen aber nach wie vor deutliche Probleme und vor allem erhebliche negative Folgen für Menschen aufgrund ihrer äußeren Erscheinung durch drohende Übergriffe oder offene Anfeindungen (SA; GI 1; GI 2; GI 3). Die initiierten Anstrengungen zum Zurückdrängen von Fremdenfeindlichkeit werden als vor allem symbolische und repräsentative Absichtserklärungen gewertet – ohne große Wirkung für das nach wie vor von Ablehnung gegenüber Migranten dominierte Denken und Handeln der lokalen Bevölkerung (SA; GI 1; GI 2; GI 3; LZ).

### 6.5.2.2 Guben

Der SV vertritt überzeugt, dass seine auf wirtschaftlichen Prämissen basierende Stadtentwicklungsvision den „Qualitätsanspruch“ und das „Ziel“ aller Gubener verkörpere. Die EU-Erweiterung sei aufgrund eklatanter Schwächen der östlichen Nachbarstaaten eine exklusive Chance für Deutschland und speziell für den Grenzstandort Guben. Somit seien auch sämtliche damit verbundenen (wirtschaftlich begründeten) Unsicherheiten, Befürchtungen oder Vorbehalte unbegründet und irrelevant.<sup>751</sup> Auch allgemeine Zukunftsängste wären unbedeutend, wenn es den bundespolitischen Verantwortungsträgern endlich gelänge, den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ängsten effektiv zu begegnen und notwendige Sicherheiten zu gewährleisten.

Allerdings bestünden in Guben – trotz hoher Arbeitslosigkeit – große Schwierigkeiten freie Arbeits- und Ausbildungsplätze mit geeigneten Bewerbern zu besetzen, obwohl sie keine hohen Anforderungen verlangten.<sup>752</sup> Eingebüßte Qualitätsstandards und bestehende Defizite beim Humankapital, die sich in der heutigen Schüलगeneration noch schärfer Ausdruck zu verleihen drohten, resultierten aber nicht aus fehlenden Potenzialen der Menschen, sondern allein aus falschen Erziehungs- und Ausbildungssystemen, die die Verinnerlichung von Leistungsprinzipien und Elitenförderung sowie autoritäre Führungsstile und direktive Entscheidungsfindungsstrukturen vermissen ließen.<sup>753</sup> Soziale Komponenten seien hingegen aufgrund der naturhaft begründeten Differenz von menschlichen Charakteren, den persönlich definierten Leistungsansprüchen sowie dem individuellen Realisierungsvermögen unnötig. Zur Verwirklichung seines Gesellschaftsideals fehle es indes (insbesondere) der (lokalen) Bevölkerung noch an (mehr) wirtschaftlicher und sozialer Eigenverantwortung und -initiative, einer Internalisierung der Notwendigkeit von am gesellschaftlichen Gemeinwohl und Nutzen orientierten ehrenamtlichem

<sup>751</sup> So diene z. B. Polen allenfalls als Reservoir für Billigarbeitskräfte und gering qualifizierte Arbeiten. Die weitere Internationalisierung der Arbeitsmärkte böte hingegen Chancen für Deutsche auf dem weit geringer wertigen polnischen Markt.

<sup>752</sup> Auch wenn es Menschen verletze, sei die Frage unvermeidbar, zu welchen Leistungen die bzw. Teile der aktuell Erwerbslosen überhaupt befähigt seien, und was die Gesellschaft mit ihnen folglich (noch) anfangen könne.

<sup>753</sup> Sie seien, im Sinne einer erfolgreichen Tradition deutscher und auch speziell Gubener „Partisanen“ der Wirtschaft, grundlegend zu reformieren. Problematisch an der bundesrepublikanischen Gesellschaft von heute sei vor allem eine viel zu breite Unter- und Mittelschicht mit relativ niedrigem Wissensstand, wohingegen kaum mehr „wahre Eliten“ existierten. Bestätigt würde die Notwendigkeit von Elitenförderung durch sämtliche erfolgreichen Entwicklungen in Deutschland: Diese seien niemals von Kollektiven, sondern grundsätzlich von Einzelpersonen mit „Partisanenfunktion“ vorangetrieben worden.

Engagement sowie der Bildung Identität stiftender „wahre[r] Gemeinschaften“ zur Organisation und Verkittung gemeinsamer Interessenslagen.<sup>754</sup>

Die Entwicklung einer deutsch-polnischen und fernerhin einer europäischen Identität beanspruche seines Erachtens noch Jahrzehnte. Sie könne Menschen nicht oktroyiert werden, sondern interkulturelles Denken müsse erst allmählich wahrgenommen und entwickelt werden. Speziell die deutsch-polnischen Integrationsprozesse könnten nur über Generationen wachsen, notwendig aufbauend auf beiderseits zu stärkenden national und regional begründeten Identitäten. Die zu bewältigende Integration würde somit auch nicht durch „mentale Barrieren“ zwischen Deutschen und Polen erschwert, sondern durch eine (historisch bedingt) bei viel zu vielen Menschen bis heute fehlende bzw. völlig ungenügende Identifikation mit der Heimat und fehlende wahre, nicht obstruierte, nicht (wie in der DDR) „von oben gewollte, sondern wahre Gemeinschaften“ von Gleichgesinnten, speziell lokale Identität stiftende Vereine, die Interessenslagen bündelten und den Mitgliedern Sinn, Halt und eine Gemeinsinnsaufgabe lieferten.<sup>755</sup> Die aber in Deutschland politisch verordnete Negativbesetzung des Nationalitätenbegriffs und die Unterdrückung nationaler Diskurse in Europa verunmöglichten eine positive Besetzung deutscher Identität und behinderten somit zu absolvierende (europäisierende) Entwicklungsprozesse. Ständig würde europäisches Denken nur Top-down mit Macht zu forcieren versucht. Aufgrund vor allem von der Bundespolitik zu verantwortenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen seien die Menschen aber nicht in der Lage europäisch zu denken und – gerade in der Grenzregion – Integration zu leben. Wenn durch die große EU- und Bundespolitik jedoch wirtschaftlich und sozial tragfähige Sicherheiten und damit bessere persönliche Zukunftsaussichten garantiert würden, so vertritt er überzeugt, würden sich sämtliche (kulturelle) Grenzen überschreitende Integrationsprozesse von alleine ergeben und ungleich rascher verlaufen. Da Deutschland aber, trotz konjunktureller und haushaltspolitischer Misere, noch immer der größte EU-Geldgeber sei, und vor allem Polen bei den EU-Beitrittsverhandlungen eine Sonderbehandlung erfahren und immer mehr gefordert hätte, blickten die Deutschen selbstverständlich missgünstig in Richtung EU und Polen. Den öffentlichen Diskursen zweifelsohne innewohnende Vorbehalte und ablehnende Einstellungen gegenüber Polen und Migranten seien somit nur als Konsequenz einer Politik Deutschlands zu werten, die sich durch allzu offene Grenzen auszeichne – zum erheblichen Nachteil der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung. Mit (kulturell begründeter) Abwertung, Ausgrenzung oder Rassismus hätte dies aber nichts zu tun. Das Verhältnis der Menschen beiderseits von Oder und Neiße sei auch in keiner Weise von Feindseligkeit geprägt, sondern einfach von sich gegenseitigem Wahrnehmen und Tolerieren, einem weiterhin stillen, mehr oder minder stummen Nebeneinander. Ressentiments und Vorurteile seien beidseitig gleich ausgeprägt: nur eine Frage der Zeit bis zu deren Verschwinden.<sup>756</sup> Wenn es gelänge, so bindet er das Verhältnis von Deutschen und Polen an seine Vision für Guben, sich auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, unter Anerkennung der Vorherrschaft der qualitativ

<sup>754</sup> Die bislang nicht kompensierten Defizite lägen vor allem in den DDR-Sozialisationsmustern begründet, einer fehlenden bzw. falschen Tradition und einer falschen Funktionalisierung des Vereinswesens sowie der seit der Wende etablierten Verwöhnung und dem Anspruchsdenken der Ostdeutschen: Zu viel Förderung, zu wenig Eigenverantwortung und -initiative.

<sup>755</sup> Aufgrund der tief greifenden, gesellschaftlich äußerst anspruchsvollen Transformations- und Schrumpfungprozesse seit 1945 und speziell der DDR-Sozialisation könne man „13 Jahre nach der Wende“ aber auch noch nicht wirklich kulturelle Offenheit und Integrationsbereitschaft verlangen. Wahre, persönliche und kollektive Identität stiftende Gemeinschaften, entgegen den sozialistisch instrumentalisierten Genossenschaften, hätten sich noch nicht ausreichend ausbilden können: In der Region lebten noch „sehr viele Bevölkerungselemente“ mit fehlender (konkreter) oder nur oberflächlicher Standortbindung.

<sup>756</sup> Zurückliegende Ereignisse und die deutsch-polnische Geschichte seien nur noch als Gegenstand für Historiker von Belang und heute völlig irrelevant, da nur der (wirtschaftliche) Ist-Zustand und die bestehenden Potenziale von Interesse seien.



weit überlegenen deutschen Seite, zu beschränken ohne ständig die Geschichte zu bemühen, wären auch Möglichkeiten für positive (wirtschaftliche) Verflechtungen vorhanden. Der deutlich geringere Wunsch die deutsch-polnische Grenze, warum auch immer, ost- statt westwärts zu überschreiten, läge nicht in den dortigen Menschen, sondern allein in den (wirtschaftlich) nutzbaren Qualitäten und Potenzialen begründet.

Mit rechtsgerichteten Einstellungen hätte man in Guben, so vertritt er vehement, „nie ein Problem gehabt und wird auch keins haben“.<sup>757</sup> Die Problematisierungen nach dem Tod von Farid Guendoul seien nur Konsequenz des Versagens der damaligen Verantwortungsträger, die völlig unnötige Problemdiagnosen eröffnet und zugelassen hätten. Aufgrund fehlender anderer, vor allem positiv besetzter Themen und Inhalte hätte man sich in der Folgezeit stark auf rechte Probleme fokussiert, ohne zu beachten, welches negative Image dadurch entstehen würde.<sup>758</sup> Heute würde in Guben nicht mehr, bzw. nur noch vereinzelt, über das Thema diskutiert.

Der SA schreibt den Gubernern mehrheitlich Gleichgültigkeit gegenüber Ausländern zu.<sup>759</sup> Er möchte zwar nicht von verbreiteter Ausländerfeindlichkeit sprechen, und die Gubener seien auch nicht per se ausländerfeindlich eingestellt. Trotz allem gäbe es die klare Tendenz, mit Ausländern nichts zu tun zu haben, und dies auch nicht zu wollen. Ein rassistischer Hintergrund beim Tod von Farid Guendoul stünde für ihn außer Frage – er distanziert sich auch deutlich von einer in Guben offenbar vorherrschenden Ignoranz bis hin zu einer Schuldumkehr –, eine besondere Stigmatisierung der Stadt sei aber angesichts fremdenfeindlicher Anschläge andernorts inakzeptabel.<sup>760</sup> Hinsichtlich einer nicht vorhandenen Offenheit, Toleranz und Integrationsbereitschaft gegenüber fremden Menschen, und z. B. überhaupt Interesse an ihren Lebenslagen, unterschiede sich Guben nicht von anderen Kommunen oder Regionen.<sup>761</sup> Das Verhältnis zu Polen und die Wahrnehmung grenzüberschreitender Aktivitäten gestalte sich analog: Das Gros

<sup>757</sup> Er kenne „das Problem“ Rechts und Rechtsextremismus nicht: Und „das Problem interessiert mich auch nicht“.

<sup>758</sup> Die Guben zugeschriebenen Probleme seien hausgemacht gewesen. Eine Kommune stelle sich so dar, wie sie von den Verantwortungsträgern repräsentiert würde: „Es ist einfach überzogen worden, kommunikativ überzogen worden.“ Speziell die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus hätten Guben rechtsextreme Potenziale angedichtet und die Situation (im Sinne sich selbst legitimierender Auftragsantifaschisten) dramatisiert. Aktuelle Einschätzungen zieht er ins Lächerliche: „Quatsch, alles, alles Quatsch. [...] Ach, ach, überhaupt nichts, überhaupt nichts. [...] Hier gibt es dieses Thema Rechts, gibt es hier nicht. Dass natürlich Jugendliche halt eine andere Einstellung zu politischen Themen haben, ist okay, [...] aber es gibt kein rechtes Problem, es gibt kein linkes Problem.“ Unter Proklamation von Wissen um „die Hintergründe“ und „die Details“ vertritt er überzeugt, dass der Todesfall nur ein tragisches Unglück gewesen sei: „Es war kein rechter Übergriff.“ Hingegen seien deutsche Jugendliche von Ausländern massiv bedroht und provoziert worden: „Und wenn sie sich irgendwo gesammelt haben und gesagt: Gut, den, der uns den, den greifen wir uns. Das war ja eigentlich, ein paar Vietnamesen oder was das waren, das waren nicht mal die [...] Algerier gewesen. Und dann hochfahren hier fünf Autos, sechs Autos waren es gewesen, und da liefen gerade die Algerier über die Straße, [...] die gebremst haben, raus gesprungen sind, auch noch nicht mal alle, sondern vier Mann sind raus gesprungen, [...] und dann nach hundert Metern abgebrochen haben den ganzen Spaß, weil sie einfach kräftemäßig gar nicht hinterher gekommen sind. [...] Und dann daraus ein rechtes Szenario zu zimmern, das ist gewagt. [...] Die Jungs waren so Rechts, dass vielleicht einer von denen irgendwie Rechts schreiben konnte, so Rechts waren die Jungs.“ Die Verantwortung trügen hingegen die Verfolgten: Zum einen sei die Glastür, in die das Opfer rannte und folgend verblutete, „nicht mal verschlossen“ gewesen, zum anderen „[hat] der zweite Algerier seinen Kumpel liegen lassen“.

<sup>759</sup> „Der Masse der Bevölkerung ist das egal, ob es die gibt oder nicht gibt.“

<sup>760</sup> „Das Ding ist passiert. Die Masse der Bürger sagt: Dumm gelaufen. Es gibt auch Bürger, die gesagt haben: Was rennt der die Nacht da draußen rum. [...] Ja, das ist nun makaber. Aber es gab auch Solingen, es gab auch Düsseldorf. Ja, ich sag: Das dürfen sie aber nicht vergessen. Und ich sag: Wenn ich Düsseldorf und Solingen sehe, das sind Dinge, die sind planmäßig bewusst gemacht. [...] Ich sag: Jetzt erzählen sie mir aber nicht, wie böse, wie böse die Gubener sind. [...] Die Leute, die Täter sind bestraft worden, und wir haben nach wie vor Rechte hier. Die Köpfe treten aber nicht in Erscheinung, sondern das sind dann eher die Dummlinge, richtige Dummlinge die dann durchs, durchs Gelände ziehen und die große Schnauze haben.“

<sup>761</sup> „Das haben sie ja überall. [...] Das ist genau das gleiche Bild wie hier auch. Das ist Frust, Bockigkeit, ob es mir gut geht oder schlecht. Toleranz ist kein Thema. Neid. Die wollen mir nur was wegnehmen. Die leben nur auf meine Kosten.“

interessiere sich dafür nicht, akzeptiere teils aber mit wirtschaftlichem Nutzen verbundene Projekte, ein Teil sei positiv eingestellt, ein anderer generell negativ.<sup>762</sup>

Gesellschaftlich weit verbreitet, nicht nur ein Kennzeichen der Gubener Mentalität, sei „dieses elende Jammern“, das sich vor allem durch Konzentration auf eigene Probleme, Lamentieren über erfahrene Benachteiligungen und die ständige Suche nach Sündenböcken auszeichne. Auf dieser Folie vollzöge sich, im Verbund mit verbreiteter Un- und Falschinformiertheit sowie einer sehr selektiven Wahrnehmung, eine unreflektierte Reproduktion und Verbreitung von Vorurteilen und Klischees gegenüber Ausländern, vielfach speziell Polen. Diese beförderten die subjektiv empfundene Bedrohung der eigenen Sicherheit und Lebenslage (z. B. zusätzlich drohende Konkurrenz, Kriminalität) weiter.<sup>763</sup>

Als entscheidendes Hindernis bei der Entwicklung interkultureller Lebenszusammenhänge und als maßgebenden Faktor für die verbreitete Integrationsunwilligkeit/-unfähigkeit betrachtet er ein integrationsfeindliches Erbe. Durch die künstliche Grenze nach 1945, die damit verbundenen Vertreibungen und die geschlossene Grenze hätten nie Deutsche und Polen miteinander gelebt, Traditionen teilen oder Erfahrungen sammeln können, an die angeknüpft werden könne. Stattdessen sei der von Neid und Missgunst bestimmte Blick der DDR-Bürger gen Polen bis heute unvergessen: Er präge noch immer das Denken großer Teile der Bevölkerung. Die EU-Erweiterung reproduziere Einstellungen und aktualisiere bestehende Vorurteile: Wegen angeblich drohender Konkurrenz oder einem Sicherheitsverlust seien Ablehnung und Ignoranz kennzeichnend. Die mit den Veränderungen verbundenen (wirtschaftlichen) Chancen würden hingegen nicht wahrgenommen, Kooperationen kaum eingegangen, Entwicklungen in Polen ignoriert und selbst einfachste Gewinnabwägungen vom Gros der Bevölkerung, aber ebenso von lokalen Verantwortungsträgern, der lokalen Wirtschaft oder dem Einzelhandel, nicht realisiert. Da zu DDR-Zeiten auch den ausländischen Vertragsarbeitern primär mit Desinteresse und Ablehnung begegnet worden sei, sie als unliebsame Konkurrenten um knappe Konsumgüter betrachtet worden und sozial vielfältig ausgegrenzt gewesen seien und geradezu separiert gelebt hätten, hätte sich die Bevölkerung nicht an Interkulturalität gewöhnen können; interkulturelle Austauschprozesse stünden somit auf ganzer Linie noch am Anfang und müssten erst langsam wachsen. Die auf deutscher Seite hingegen jahrelang reproduzierten Ressentiments und Vorurteile gegenüber Ausländern seien bis heute nicht überwunden. Der Entwicklung interkulturellen Lebens deutlich entgegen wirke zudem die über Jahrzehnte etablierte und bis heute fortexistierende innerethnische Abschottung verschiedener Migrantengruppen in Deutschland.<sup>764</sup>

Als Anlass für interkulturelle Konflikte macht er insbesondere von der Normalität abweichendes Verhalten aus. Oft suchten ihn Deutsche auf, die für sie unliebsame Handlungen und

<sup>762</sup> „Die Masse der Leute [...] interessiert das nicht. Ich sag mal fünfzig Prozent [...]. Die sagen: Die werden schon machen und [...] wenn wir ein gemeinsames Klärwerk haben, wenn es sich rechnet und billiger kommt, finden wir das schon okay, ja. Dann haste vielleicht sag ich mal dreißig Prozent, die einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit positiv gegenüberstehen. Und der Rest, zwanzig Prozent, sagt, [...] mit denen will ich nichts zu tun haben. Ich kenne viele, die noch nicht einmal in Gubin waren. Die auch nicht tanken fahren würden, selbst wenn der Sprit hier drei Euro kostet oder die Zigaretten zehn Euro. [...] Wollen nicht, kein Thema.“ Trotz verbreiteter Vorurteile und Ablehnung existierten aber auch einige Initiativen, die sachbezogen kooperierten, wenngleich sich kontinuierliche Interaktionen nur in spezialisierten, ähnlich einer „Enklave“ weitgehend abgeschotteten Teilbereichen vollzögen. Diejenigen, die kooperierten, täten dies aber aus eigener Motivation, ohne finanziellen Antrieb und ohne Unterstützung der Kommune. Die Resonanz auf die Initiativen seitens des überwiegenden Teils der Bevölkerung sei allgemein ähnlich dem sonst üblichen Interesse für gesellschaftspolitische Themen sehr gering.

<sup>763</sup> Unwissen führe sogar soweit, dass Polen bis heute nicht mit dem Auto besucht würde. Obwohl er nicht jede Hoffnung auf ein verbessertes interkulturelles Miteinander aufgegeben hätte, sei aus seiner Sicht besonders problematisch, dass sich viel zu wenige Menschen ehrlichen Herzens um Annäherungsprozesse oder die Integration von Migranten bemühten.

<sup>764</sup> Sie beteiligten sich größtenteils kaum am (öffentlichen) Leben der Mehrheitsgesellschaft.

Lebensgewohnheiten von Ausländern problematisierten. Als einzige Chance bei der qua Funktion zwangsläufig zu betreibenden Schlichtung sieht er den Versuch, die Beteiligten zu gemeinsamem Austausch zu bewegen, was jedoch, so schränkt er die Erfolgsaussichten ein, aufgrund häufig generell bestehenden Vorbehalten, vorhandenem Unwillen oder auch offensichtlicher Unfähigkeit zur interkulturellen Kommunikation und Konfliktreflexion oder einer prinzipiellen Verweigerung gegenüber Schlichtungsversuchen zumeist trotz allem keine Möglichkeit für konstruktive Fortschritte eröffne. Indes sei es aber auch regelmäßig notwendig, manchen Ausländern die richtige Erfüllung der mit einem Aufenthalt in Deutschland verbundenen Pflichten, die Notwendigkeit der Einhaltung von Regeln und Normen sowie die Erbringung von Gegenleistungen für staatlich gewährte Fürsorge zu vergegenwärtigen, denen sie häufig nicht richtig, nur unzuverlässig oder mit Unwillen nachkämen.<sup>765</sup> Wenn sich aber die in Deutschland lebenden Ausländer an alle gängigen Regeln und Pflichten hielten, so vertritt er überzeugt, bestünde kein (bzw. weit weniger) Konfliktpotenzial.<sup>766</sup> Entsprechend, so verweist er auf Ausnahmen, lebten auch in Guben Ausländer, an deren Anwesenheit sich die Bevölkerung mit der Zeit gewöhnt hätte, zumal sie schon lange (problemlos) hier arbeiteten und somit auch nicht auf Kosten der Allgemeinheit lebten. Ein (durch breitere Kreise getragenes) Engagement für Migranten sei aber bislang nur bei der drohenden Abschiebung von fest ins örtliche Gemeinwesen integrierte, gesellschaftlich aktive und assimilierte Familien zu verzeichnen gewesen.<sup>767</sup>

Der *GI 1* betrachtet weite Teile der Bevölkerung auf eigene Probleme und die Bewältigung gefühlter Benachteiligungen konzentriert. An Polen/Migranten sei man desinteressiert. Maßgebend seien wirtschaftliche Probleme, da aus einem als sinkend empfundenen Lebensstandard ein zunehmendes Desinteresse an Interkulturalität resultiere. Ein Zustand der täglichen Sorge um die Reproduktionssicherung, gerade angesichts der hohen, oft bereits Jahre währenden Arbeitslosigkeit, mache Menschen über kurz oder lang gegenüber äußeren Einflüssen unzugänglich. Daraus folge eine auf sich und eigene Probleme bezogene Zurückgezogenheit und letztlich ein von Lethargie bestimmtes Desinteresse bis hin zu offener Ablehnung gegenüber Unbekanntem und Fremdem jenseits der eigenen Grenzen.<sup>768</sup> Die regionalen Schrumpfungsprozesse zeitigten dramatische Auswirkungen für die Sozialstruktur: Für viele aufgrund Immobilität verbliebene Menschen sei kaum mehr eine greifbare Erwerbs- und Lebensperspektive auszumachen, und somit auch keine tragfähige Entwicklung der Kommune zu gestalten.<sup>769</sup>

<sup>765</sup> Z. B. die Hausordnung oder gemeinnützige Arbeit „nicht nur ein bisschen, sondern so wie der Plan ist“.

<sup>766</sup> „Wenn das funktioniert, gibt es auch überhaupt keine Probleme.“ Oft sei aber die prinzipielle Konfliktpotenzial beinhaltende Mentalität und Lebensphilosophie von Ausländern entscheidend: „Ein Beispiel, [...] der saß jede Woche bei mir [...] und hat überall geschimpft und, und gemacht, er wird angemacht und so weiter [...]. Und [...] der ist auch im Stadtbild richtig aufgefallen. Arabischer Typ und ganz lange schwarze Haare. Und dann immer so ganz auffällig angezogen, so ganz in Weiß und so. Fiel richtig auf. Aber fuhr auch mit seinem Fahrrad immer falsch. [...] Jetzt kam der ständig zu mir und [...] da bin ich wieder angemacht worden und da Blabla. Der fuhr selbst in der Berliner Straße bei der Polizeiwache, fuhr der eben ohne Licht im Dunkeln auf der falschen Straßenseite. So und wie es der dumme Zufall wollte, [fahre ich] mit dem, mit dem Fahrrad zusammen. [...] Es ist überhaupt nichts passiert [...]. Und dann habe ich gesagt: [X] du brauchst dich nicht wundern, wenn du angemacht wirst. Und zu mir brauchst du auch nicht mehr kommen. Jetzt hast du das praktische Beispiel gesehen.“

<sup>767</sup> Die Proteste richteten sich nicht gegen eine als ungerecht empfundene Zuwanderungspolitik, sondern ergriffen nur im Einzelfall Partei für anerkannte Ausländer. Betreffend das Engagement für eine seit neun Jahren in Guben lebende kosovarische Familie charakterisiert er den Vater als engagiert, mit seiner Frau gesellschaftlich präsent und an örtlichen Entwicklungsprozessen interessiert, die Familie als konfliktfreie Mieter, fleißig, ordentlich und sprachkompetent – und die Kinder als vorbildliche Schüler und erfolgreiche Sportler: „Das sind keine Kosovo-Albaner, das sind Germanen“.

<sup>768</sup> Im Konglomerat persönlicher Frustrationen keime auch das althergebrachte imaginierte Überlegenheitsgefühl der Deutschen, das sich gegen (die noch ärmeren) Polen richte.

<sup>769</sup> Die Kompetenzverluste betreffen indes nicht nur ältere Langzeitarbeitslose, sondern auch junge Menschen.

Die Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Verständigung seien wegen ihrer Komplexität für ihn schwer zu beschreiben, zumal große Teile der Bevölkerung eine schweigende Mehrheit verkörperten. Aufgrund des bereits lange komplizierten Verhältnisses bestünden eklatante Vorbehalte aber nicht erst seit dem Zweiten Weltkrieg, sondern „viel, viel länger“. Sie würden „gehegt und gepflegt“, immer neue träten hinzu, bestehende fielen aber kaum weg.<sup>770</sup> Durch die nach wie vor von Ressentiments und Vorurteilen bestimmte Beziehung, aufgrund derer Kontakte von Deutschen zu Polen oft generell nicht gewollt seien, und den Umstand, dass von einigen nun zwar gewisse Kontakte gewünscht würden, zu konkreten Aktivitäten wegen fehlender Sprachkompetenz aber oft der Mut fehle, seien Begegnungen bis heute kaum verbreitet und nicht institutionalisiert.<sup>771</sup> Erschwerend käme hinzu, dass viele prinzipiell verlernt hätten miteinander zu kommunizieren und sich zuzuhören, was besonders einen interkulturellen Austausch zusätzlich behindere. Eine Normalisierung deutsch-polnischen Lebens drohe sich für ihn speziell auch aufgrund befürchteter weiterer Einschnitte in die persönliche Reproduktionssicherung beim Gros der Bevölkerung weiter sehr schwerfällig und langwierig zu gestalten.<sup>772</sup>

Dass Ressentiments gegenüber Polen aber auch sehr konkret Bedeutung erfahren, legt seine Deutung der zurückliegenden Debatte um die Unterbringung von Polen in leer stehendem Gubener Wohnraum nahe: Die Idee sei nach kurzen, heftigen Kontroversen verworfen worden, da vielschichtigen Vorbehalten vor allem um Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit unverhohlen Ausdruck verliehen und der die Idee öffentlich aufwerfende massiv attackiert worden sei.<sup>773</sup> Auf ähnliche Vorbehalte lässt seine Darstellung der Debatte um die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden schließen: Trotz langanhaltender Kämpfe, selbst mit Verweis auf finanzielle Einsparungen, sei es nur für wenige Familien gelungen, die Heimunterbringung zu beenden, da nur die angeblichen Nachteile und Gefahren (lautstark) hervorgehoben worden seien.

Allerdings konstatiert er für das Verhältnis zu Polen und Migrant\*innen auch Fortschritte derart, als sich die deutsche Seite allmählich öffne, was er damit begründet, dass die Resonanz auf von seinem Umfeld organisierte (vor allem deutsch-polnische) Aktivitäten sukzessive gestiegen sei.<sup>774</sup> Auch die primär aufgrund äußerer Zwänge zunehmende Kooperation zwischen den Verwaltungen trüge dazu bei, dass die Einsicht in die Notwendigkeit deutsch-polnischer Interaktionen allmählich anstiege. Damit zeichne sich für ihn am seit Jahren mit immensen (wirtschaftlichen) Hoffnungen beladenen, aber ebenso lange vor sich hin dümpelnden Grenzstandort immerhin überhaupt eine Fortentwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen ab.<sup>775</sup>

Wirklich forciert würden Integrationsprozesse an der gesellschaftlichen Basis derweil aber nur von wenigen, sich wie er und sein Umfeld vorneweg stellenden „Idealisten“, die zwischen

<sup>770</sup> Sie kursierten vor allem um Fragen deutscher und polnischer Mentalität und Tugenden (z. B. Fleiß, Ordnung, Disziplin, Qualität vs. Faulheit, Flexibilität, Kriminalität).

<sup>771</sup> Vielfach sei betreffend ein Erlernen des Polnischen aber auch eine deutliche Verweigerungshaltung auszumachen.

<sup>772</sup> Je weiter sich egoistisches Konsumdenken etablierte, drohten Gedanken an eine bilinguale Gemeinschaft (weiter) in den Hintergrund zu rücken und an Bedeutung zu verlieren, und sich das deutsch-polnische Verhältnis (wieder) deutlich zu verschlechtern. Ganz konkret drohe z. B. auch die Gefahr, dass sich künftig keine Menschen mehr fänden, die sich um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen der gesellschaftlichen Basis beiderseits der Grenze bemühten.

<sup>773</sup> Obwohl er solche Initiativen prinzipiell befürworte, sei er darüber enttäuscht, dass sie fast ausnahmslos wirtschaftlichen Motiven schrumpfender Kommunen folgten. Anstrengungen um ein soziales Miteinander gingen damit nicht einher.

<sup>774</sup> Ferner seien aber auch in anderen lokalen Zusammenhängen eine graduelle Öffnung gegenüber Polen und erste Schritte hin zu einem Miteinander auszumachen: Verschiedene, zumeist jedoch recht unscheinbare Initiativen organisierten seit Jahren spartenspezifische Begegnungen und bewegten sich so in kleinen Schritten voran.

<sup>775</sup> Indes aktualisiere die anstehende EU-Erweiterung aber auch allseits bekannte Ängste und Schreckensszenarien. Vor dem Hintergrund ohnehin verbreiteter Unsicherheiten ob der zu erwartenden Veränderungen maßgeblich reproduziert und geschürt durch politisch und medial geradezu genüsslich zelebrierte Inszenierungen: Es drohe eine (weitere) Belastung des Arbeitsmarktes durch zusätzliche Konkurrenz, eine Überflutung Deutschlands mit osteuropäischen Billigarbeitskräften etc.

kommunalpolitischer Repräsentationsebene und persönlicher Begegnungsarbeit agierten und nicht auf Zeit und Profit achteten. Ohne diese, so sein resignatives Resümee, würde sich das deutsch-polnische Verhältnis noch düsterer als ohnehin zeigen.<sup>776</sup> Weitere Initiativen, die sich wie seine neben Polen auch um die Belange von Migranten, „die sich hier auch irgendwie verloren fühlen“, bemühten, existierten in Guben nicht. Seit Jahren seien er und sein Umfeld zwar auch bemüht diesbezügliche Netzwerke zu institutionalisieren, Erfolg zeitigten die Bemühungen bis heute aber nicht. Engagement für in Guben lebende Ausländer, z. B. Proteste gegen die drohende Abschiebung zweier ins Gemeinwesen gut integrierter Familien, funktioniere wenn dann nur „spontan“. Auch die Anstrengungen einer Bürgerinitiative für den Erhalt und die Pflege des Gedenksteins für Farid Guendoul seien eine Idee einzelner Aktivisten gewesen, die nicht gewollt hätten, dass der über Monate mit rassistischen und neonazistischen Parolen beschmierte Gedenkstein in der Versenkung des Rathauses verschwinden solle. Jedoch, so streicht er heraus, hätte sich das Problem von offen, teils aggressiv zutage tretendem Rassismus in Guben keinesfalls erledigt; immer wieder seien „Vorfälle“ zu verzeichnen.

Der *GI 2* sieht die Einstellungen der Bevölkerung als Resultat der peripheren, gesamtgesellschaftlich marginalisierten Raumlage. Die Menschen wähten sich auf der „Verliererseite“, als „Looser der Nation“, und seien vor allem aufgrund der transformationsbedingten Entwertungsprozesse kaum bereit, innovative und eventuell risikobehaftete (interkulturelle) Partnerschaften einzugehen oder anderen (z. B. Polen) Vorteile zu gönnen. Aus einem (subjektiv empfundenen) Verlierergefühl, gepaart mit hoher Arbeitslosigkeit und Ängsten vor zusätzlicher Konkurrenz durch die EU-Erweiterung, resultierten geradezu unabwendbar Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Fremden und eine Voreingenommenheit gegenüber Veränderungen, die generell als (weitere) Bedrohung für die eigene Lebenswelt betrachtet würden. Gesellschaftlich kennzeichnend sei ein auf sich bezogenes, an gewohnten, scheinbar sicheren Umfeldern festhaltendes Verharren, eine geringe Bereitschaft zu Offenherzigkeit sowie Verständnis und Mitgefühl gegenüber Fremden. Die Probleme betreffend interkulturelle Austausch- und Annäherungsprozesse gestalteten sich aus seiner Sicht in der gesamten Grenzregion nahezu identisch: Neben den Schrumpfdynamiken zeichne vor allem die zu DDR-Zeiten „brutal“ trennende Grenze verantwortlich, zu deren beiden Seiten sich Vertriebene einander missgünstig gegenübergestanden hätten. Durch das realsozialistische Grenzregime, dem er weit drastischere Auswirkungen als dem innerdeutschen beimisst, hätten sich, verbunden mit „künstlich verpflanzten Kulturen“, die über Jahre stumm, „im Grunde menschenunwürdig“ nebeneinander gelebt hätten, unweigerlich gegenseitig abschottende Einstellungen verfestigt.<sup>777</sup> Zudem resultiere aus in der DDR nicht üblichen und von der Bevölkerung entsprechend nicht erlernten und eingeübten interkulturellen Praxen eine bis heute unterentwickelte Neugier auf das Andere bzw. Fremde.

Mit der Wende und der allmählichen Öffnung zwischen Deutschland und Polen seien aber mehr Kontaktflächen entstanden, womit sich das Verhältnis entspannt und ein „natürlicher Austausch, wie er halt unter Menschen ist“ etabliert hätte. Da aber auch niemand z. B. nur nach

<sup>776</sup> Besondere Bedeutung misst er dem Erlernen der polnischen Sprache bei. Sie böte z. B. nicht nur Möglichkeiten zur Bestärkung deutsch-polnischer Kontakte oder zum Nutzen von Arbeitsmarktvorteilen, sondern von Polen würde auch allein die Bereitschaft als wichtiges Zeichen wertgeschätzt, da es der gängigen Praxis entgegenwirke, dass Deutsche von Polen erwarteten, dass sie sich bewegten, statt auch selbst aktiv zu werden und sich auf eine „gleiche Augenhöhe“ einzulassen.

<sup>777</sup> Zwar hätten die Jahre der offenen Grenze gewisse Kontakte hervorgebracht, die fehlende Flexibilität der realsozialistischen Planungswirtschaft hätte aber dazu geführt, dass Polen in einer Zeit allseits empfundenen Mangels als unliebsame Konkurrenten betrachtet worden seien. Die neuerliche Grenzschließung sei somit vielfach als Erlösung empfunden worden.

Berlin führe, um Menschen kennenzulernen, sondern Besuche gemeinhin zweckgebunden seien, dürfe man vom begonnenen Prozess auch nicht zu viel erwarten und müsse akzeptieren, dass deutsch-polnische Mobilitäten auch im Grenzraum primär an einem persönlichen Nutzen orientiert seien und sich soziale Beziehungen nur langsam entwickeln könnten und auch müssten.<sup>778</sup> Dass aber überhaupt die Möglichkeit bestünde, Chancen und Potenziale gemeinsam zu erörtern und zu befördern sowie Probleme aufzuarbeiten, sei als großer Erfolg der letzten Jahre zu werten.<sup>779</sup> Trotz positiv zu bewertender Entwicklungen in Teilbereichen des lokalen deutsch-polnischen Verhältnisses sei aber bislang vor allem eine vernetzte Gesamtperspektive für die gemeinsamen Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse noch unzureichend ausgebildet.<sup>780</sup>

Betreffend offen rassistische Auswüchse hätte sich für ihn in Guben bis heute nichts geändert, da sich die Zustände nicht von anderen Städten oder Regionen unterschieden.<sup>781</sup> Indes, so widerspricht er der angeblich lokal gängigen These der erfolgreichen Erledigung rechtsextremistischer Probleme, könnten bestehende Potenziale immer wieder öffentlich aufflackern; aber eben auch nur mit gleicher Wahrscheinlichkeit wie anderswo.<sup>782</sup> Prinzipiell entscheidend sei jedoch nicht eine stets vage bleibende Prognose künftiger Ereignisse, sondern allein der Umgang mit Ereignissen und aufkeimenden Entwicklungen: Entweder ein Abfinden, Deckeln und Verharmlosen oder aber eine deutliche Positionierung und ungeschminkte Problemanalyse.<sup>783</sup>

Für den *GI 3* zeichne sich die Bevölkerung in großen Teilen durch ein distanziertes Verhältnis zu Ausländern und Fremden aus. Obwohl er bereits Jugendlichen ein sehr reserviertes Verhältnis zuschreibt, sei das Desinteresse und die Distanz bei den älteren Generationen noch markanter. Verantwortlich seien vor allem ein aufgrund der Grenzziehung von 1945 instabiles Sozialgefüge und die Transformations- und Schrumpfungsprozesse seit 1990. Der Verlust großer Teile der ehemals flussübergreifenden Region sowie der Niedergang der DDR-Wirtschaft und die damit verbundene, unbekannte Arbeitslosigkeit, samt der vielfältigen weiteren negativen Folgen seit der Wende, seien als einschneidend tragische, traumatische Schicksalsschläge empfunden worden, die die Perspektivlosigkeit der Heimat verdeutlicht hätten.<sup>784</sup> Eine Folge

<sup>778</sup> Obwohl die Resonanz auf von einigen engagierten, vorwiegend biographisch motivierten Initiatoren vorangetriebenen Aktivitäten bis heute sehr mäßig sei, und sich nur sehr wenige aktiv beteiligten, dem entgegen sich das Gros durch deutliche Distanz auswies, relativiert er reservierte Verhaltensweisen zu Gunsten einer notwendig ausgewogenen Sicht, gemäß der die Distanz nicht überbewertet werden dürfe, dahingehend, als er die Frage in den Raum stellt, warum Menschen, die auch zu unterschiedlichsten nicht-interkulturellen Aktivitäten auf Distanz seien, ausgerechnet an diesen teilnehmen sollten.

<sup>779</sup> Für die Zukunft wichtig sei vor allem den Fokus (weiter, stärker) auf alltägliche Beziehungen zu richten und den Möglichkeitsraum der Grenzregion nicht nur zu Repräsentationszwecken als eine Art interkulturelles Labor zu instrumentalisieren. Entscheidend seien die „Alltagslaune“ und „Alltagsbrille“, nicht nur die „Tourismusbrille“ und „Tourismuslaune“, denn den Menschen vor Ort fiele es schwer, die Chancen und die persönliche Bereicherung im Alltag zu erkennen. Unablässig sei aber aktiv an sozialen Gestaltungs-, Wahrnehmungs- und Identitätsräumen zu arbeiten, denn entsprechende Prozesse vollzögen sich nicht von alleine: „Das ist die Sichtweise des Benzintankers eigentlich, der drüben tankt und alles andere ist ihm egal.“

<sup>780</sup> Auch eine sich gegenseitig Beachtung schenkende und befruchtende Verzahnung unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilbereiche mit Blick auf kreative Netzwerke sei kaum vorhanden. Durch multifunktional Engagierte gedeihe aber ganz allmählich durchaus eine Art Verbundstruktur, indem versucht würde, vielfältige Kontakte zu pflegen und Verbindungen herzustellen, so dass es aufgrund personeller Überschneidungen zumindest vereinzelt möglich sei, z. B. Brücken zwischen wirtschaftlichen und kulturellen (Sub-)Systemen zu schlagen.

<sup>781</sup> Somit sei auch der Tod von Farid Guendoul nicht einer stärkeren Grundtendenz als andernorts geschuldet.

<sup>782</sup> Entsprechende Vorfälle seien „auch immer wieder von der Tagesform“ einzelner Akteure abhängig.

<sup>783</sup> „Also schlimm ist es eigentlich um eine Stadt bestellt, dann hat sie wirklich ein rechtsextremes Problem, wenn sich niemand mehr positioniert.“ Dass die Bevölkerung angesichts der öffentlichen Aufarbeitung des Todes von Farid Guendoul, als Guben über Monate „durch den Kakao gezogen“ worden sei, die „Sättigungsgrenze“ erreicht und die „Schnauze“ voll hätte, sei verständlich. Für kommunale Verantwortungsträger wäre dies hingegen, so betont er deren Verantwortung deutlich, nicht möglich. Generell entscheidend sei der Unterschied zwischen (formaler) Pflichterfüllung und (moralischer) Verpflichtung.

<sup>784</sup> Durch die Abwanderung vor allem großer Teile der jungen Generation aufgrund fehlender Zukunftsperspektiven seien regionale De-Identifikationsprozesse zusätzlich forciert worden.

sei in erster Linie gesellschaftliche Teilnahmslosigkeit, die vor allem ein Erstarren in Ängsten vor weiteren Verlusten und finanziellen Einschnitten sowie Bemühungen um individuelle Vorteilerhaltungen dominieren ließen. Vorherrschend sei ein weithin gleichgültiges, geradezu leidenschaftsloses, sich persönlich aufgrund unbeeinflussbarer politischer Entscheidungen ohnmächtig wählendes und von eigenen Interessen und Problemen bestimmtes Dahinplätschern von Lebenslagen, die sich durch sozialen Rückzug auszeichneten und nur bei vorhandener Erwerbsarbeit von sozialen Beziehungen unterbrochen würden. Erst kritische oder provokante Impulse bedingten eine urplötzliche, an Ängsten orientierte Mobilisierung, die sich in emotional überladenen Statements und Debatten Bahn bräche.<sup>785</sup> Da sich die lokale Bevölkerung aber mit offenen Meinungsäußerungen eher zurückhielte und nur in persönlich vertrauten Bereichen auftaue, wage indes kaum jemand Vorbehalte oder unverhohlen ablehnende Äußerungen gegenüber Migranten/Polen öffentlich zu äußern. Sie kursierten nur in privaten Kreisen, seien aber auch nicht unbedingt allein als feindliche Einstellungen gegenüber Migranten zu werten, sondern vielmehr als allgemein das Unbekannte, Fremde oder Nichtdazugehörige ablehnende.

Zwar bestünden auch erste lokale Ansätze institutionalisierter Integrationsanstrengungen, in aller Regel trafen sich dabei aber professionalisierte Fachkräfte, die sich bereits durch (eine gewisse) Offenheit und Toleranz auswiesen und über angemessene Projekte und gezielte Angebote für bleibeberechtigte Ausländer berieten. Effekte für breitere gesellschaftliche Kreise gingen damit kaum einher. Als Integrationsbemühungen generell zuwiderlaufendes Hindernis wertete er Teile der Ausländergesetzgebung. Diese verhinderten z. B. nicht nur die Möglichkeit zur (anteiligen) Selbstbestreitung des Lebensunterhaltes und zwingen zum „Nichtstun“, sondern verhinderten prinzipiell Integrationsansätze über den Arbeitsmarkt. Zweifelhaft sei ferner der verbreitete Ansatz, Toleranz und Weltoffenheit gegenüber Fremden oder gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Polen durch Förderprogramme Top-down zu installieren und damit insgeheim einen Gesinnungswandel durch finanzielle Anreize zu forcieren und buchstäblich zu erkaufen zu versuchen. Die Anstrengungen seien aber nicht ausreichend an der gesellschaftlichen Basis verankert, so dass die in den letzten Jahren zahlreich aufgelegten Programme zur Veränderung von Einstellungen die Zustände nicht merklich hätten verbessern können.<sup>786</sup> Notwendig seien hingegen faktische Ansätze zivilgesellschaftlicher Überzeugungen und Formierungen, die Bottom-up entwickelt werden müssten. Aufgrund seiner zahlreichen Bemühungen zur Stärkung entsprechender Potenziale hebt er aber sichtlich resigniert auf die Frage ab, woran solche Entwicklungen angesichts der aktuell zu konstatierenden Lage anschließen sollten.<sup>787</sup>

<sup>785</sup> Dies expliziert er beispielhaft anhand einer Äußerung, die öffentlich fehlende kommunale Integrationskonzepte kritisiert hätte: „Das war also wie ein Stich in einen Luftballon, ja. Buff ging es und alle möglichen Leute waren plötzlich auf der Palme und betroffen, Leserbriefe und so weiter, ja. Und also das, das muss hier passieren, ansonsten blubbert [...] das so in einem Gleichklang einfach weiter und im Zweifelsfall zuckt man mit den Achseln und sagt: Na ja, die machen halt da oben und wir haben da eh keinen Einfluss drauf. [...] Das was ich so wahrnehme ist alles andere als Demokratie fördernd und, und stärkend, ja, das ist eher eine Abkehr von, von demokratischen Prinzipien so. [...] Also ich sehe hier so ein [...] relativ teilnahmeloses, von den eigenen Interessen und Problemen bestimmtes öffentliches Bild eigentlich. [...] Das ist etwas was ich hier als sehr dominant feststelle.“ Ähnlich würde Vorschlägen zur Werbung um Polen in Reaktion auf Wohnungsleerstand begegnet: Sie riefen unmittelbare Angstreaktionen vor dem Unbekannten und Fremden hervor.

<sup>786</sup> „Ich glaube man muss hier wirklich einen langen Atem haben. [...] Aber dass Kontinuität gewährleistet wird, ne, dass man irgendwie verlässlich sozusagen Strukturen aufbaut und die aber auch weiterführen kann. Und [...] nicht irgendwann sagt, so, jetzt sind wir tolerant genug, oder jetzt haben wir kein Geld mehr und jetzt bricht das alles ab.“

<sup>787</sup> Entgegen dieser notwendig zu absolvierenden Prozesse registrierte er äußerst bedenkliche Entwicklungen hin zu einer politisch desinteressierten, geradezu lethargischen Bevölkerung, die er als deutlichen Ausdruck von Partizipationsdefiziten wertet, die zivilgesellschaftlichen Formierungen entgegenliefen. Institutionalisierte Formen zivilgesellschaftlichen Engagements im Sinne aktiver Mitbestimmung und -gestaltung von Prozessen, konstituiert z. B. in Runden Tischen, politischen Netzwerken oder Bürgervereinen, riefen in der örtlichen Bevölkerung indes zumeist nur großes Erstaunen hervor.

Als ersten (kleinen) Erfolg zur Akzeptanz von (aufgrund ihrer äußeren Erscheinung auffälligen) Migranten wertet er bereits eine bei großen Teilen der Bevölkerung augenscheinlich allmählich wahrnehmbare Gewöhnung: Ihre Präsenz rief kein Entsetzen mehr ob ihrer Exotik hervor, sondern ihre (auch künftige) Zugehörigkeit zum Gemeinwesen würde allmählich akzeptiert und eine kulturell heterogen konstituierte Gesellschaft ansatzweise als (sichtbare) Gewohnheit empfunden, obwohl noch immer, wie auch andernorts, ein stummes Nebeneinander dominiere. Im Rahmen seiner Funktionskontexte sei er zwar mittels vielfältiger Aktivitäten stetig bemüht, eine bessere Integration von Migranten, bzw. zumindest eine Verbesserung ihrer Lebenslage, zu erreichen und einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel derart zu forcieren, dass Migranten nicht weiter nur als Bedrohung, sondern auch als Chance und Bereicherung betrachtet würden, dies sei jedoch ein schwieriges Unterfangen.<sup>788</sup> Mehr Hoffnung verleiht er indes betreffend das deutsch-polnische Verhältnis Ausdruck: Aus einer Aneinanderreihung von kleinen Mosaiksteinchen unterschiedlichster Qualität eröffneten sich gewisse Perspektiven für ein künftig zumindest allmählich zunehmend freundliches Begegnen und Kooperieren.<sup>789</sup>

Für den LZ sei es trotz Fortschritten beim Stadtumbau nicht ausreichend gelungen, die Gubener zu einem (zumindest temporären) Verbleib zu bewegen, da dies unweigerlich, speziell bei jungen Leuten, von Arbeitsplätzen abhängig sei. Aus einer selektiven Abwanderung resultierten eine instabile Sozialstruktur (eine „soziale Entmischung“, ein qualitatives „Loch“), die das „gesellschaftliche Gefüge“ bereits dramatisch verändert hätten.<sup>790</sup> Da ein nicht unerheblicher Teil intellektuellen und dynamischen Potenzials fehle, entwickle sich Guben unausweichlich zu einem Ort der „Immobilien“ und „Zurückgebliebenen“; mit vielfältigen (physischen und psychischen) Folgen für eine (wirtschaftlich und sozial) „normal funktionierende Stadt“.<sup>791</sup>

Das Verhältnis der Menschen beiderseits der Grenze, so zeigt er sich überzeugt, gestalte sich „ziemlich unkompliziert“, „nicht besonders verkrampft“, „völlig problemlos“. Der kleine alltägliche Austausch sei völlig selbstverständlich – „Normalität“. Bezeichnend seien an konkrete Zwecke und eigene Vorteile gebundene Beziehungen sowie institutionelle Kooperationen zwischen den Verwaltungen, Schulen und Vereinen. Private Kontakte hätten keine große Bedeutung.<sup>792</sup> Ressentiments oder Vorurteile seien völlig unbedeutend. Auch wenn er ablehnende Einstellungen vereinzelt nicht ausschließen möchte, würde die Behauptung einer größeren Relevanz gegenseitiger Missgünstigkeiten der Gesamtsituation nicht gerecht, denn die Bevölkerung sei nur am Hier und Jetzt interessiert und mäße der Historie keine Bedeutung bei. Aufgrund der zu DDR-Zeiten überstrapaziert symbolisch lobgepreisten deutsch-polnischen

<sup>788</sup> „Das ist schwierig. Ja das ist auch hier wirklich Schwarzbrot was wir, was wir hier essen diesbezüglich.“

<sup>789</sup> Bis heute entscheidend seien zumeist allerdings „relativ banale, handfeste Dinge“ (billiges Tanken, Einkaufen etc.).

<sup>790</sup> „Wer jung, dynamisch und beweglich ist, hat hier keinen Job, der ist weg.“ Vor allem durch den massiven Arbeitsplatzabbau in der zu DDR-Zeiten aufgerüsteten Chemieindustrie sei „viel intelligentes Potenzial“ abgewandert, womit Guben, einst mit einer „relativ hohe[n] Konzentration an Intelligenz“, sich nunmehr durch ein deutlich abgesenktes Niveau auszeichne.

<sup>791</sup> „Stillstand, Verblödung“ seien nicht von der Hand zu weisen. Das veränderte Sozialgefüge wirke sich auch auf seine Arbeit aus: „Ja ich frage mich auch manchmal [...]: Oh Gott, was machst du eigentlich hier? [...] Da fragt man sich: Was? Lesen die das wirklich jeden Tag? Und sind die das, die das jeden Tag lesen? [...] Das ist wirklich bitter.“

<sup>792</sup> „Wenn man da rüber gehen will, geht man rüber, und wenn nicht, dann lässt man es eben sein. [...] Also es ist nicht so, dass man also jetzt sagt: Wir müssen [...] uns ständig treffen, damit wir uns besser kennenlernen. [...] Also da wird auch kein so ein Sums drum gemacht, [...] sondern das ist halt einfach so wie es ist und der wohnt halt in Gubin [...]. Also das ist nicht anders wie zwischen [...] der Gubener Altstadt und dem, dem Wohngebiet auf dem Reichenbacher Berg. [...] Also ich halte das für eine [...] relativ normale zwischenstädtische Beziehung so.“ Beziehungen, die auf persönliches Kennenlernen zielten, beschränkten sich weitgehend auf institutionalisierte schulische Kooperationen; diese seien aber auch nicht zahlreich.



Freundschaft sei es aber auch verständlich, wenn die Menschen nicht sofort auf jedes gemeinsame Ansinnen mit Euphorie reagierten, zumal sie bereits sehr viele Aktivitäten erlebt hätten, die völlig normal verlaufen seien. Ebenso nachvollziehbar sei somit, dass viele der Besonderheit der Kooperation mit Polen, und gleichermaßen Interkulturalität in einem weiteren Sinne, mit Desinteresse begegneten, da sie angesichts der bereits sattsam zelebrierten Freundschaftsfloskeln desillusioniert und abgestumpft seien. Die regionale Raumlage an der angeblichen Nahtstelle der wachsenden EU würde aus der Entfernung aber auch häufig maßlos überschätzt: Besondere (wirtschaftliche) Chancen und Potenziale seien damit nicht verbunden.<sup>793</sup>

Dass z. B. der lokale Einzelhandel Polen nicht im Ansatz mit angemessenen Serviceleistungen begegne, trotz Wissen um deren Kaufkraft, wertet er nicht als Ausdruck von Ignoranz, sondern der „Servicewüste Deutschland“. Große Bedeutung hätte aber auch Selbstmitleid aufgrund angeblich erfahrener Ungerechtigkeiten und eines als schlecht empfundenen wirtschaftlichen Schicksals.<sup>794</sup> Obwohl er vor allem alteingesessenen Gubernern eine verbreitet auf sich bezogene, abschottende Mentalität zuschreibt, betont er, dass die Bevölkerung keine von anderen Regionen abweichende Mentalität aufwiese. Eine Folge der speziellen Bevölkerungsstruktur, die stark durch die Zuwanderung für den Ausbau zum DDR-Chemiestandort geprägt worden sei, sei aber eine oft nur geringe emotionale Bindung zu Guben.<sup>795</sup> Die der Bevölkerung in weiten Teilen zugeschriebenen Merkmale (Beharrungsvermögen, Ängste etc.) zieht er zwar nicht in Zweifel, möchte sie aber in Relation zu anderen ostdeutschen Räumen betrachtet wissen, also ob und inwieweit Differenzen bestünden. Ähnlich betrachtet er die Einstellungen zur EU-Erweiterung: Sie seien wie überall in Deutschland.<sup>796</sup> Die Bevölkerung hätte bemerkt, so resümiert er, dass die Grenze zwar nicht viel Positives bringe, aber auch nicht wirklich schade.

Die „Reizschwelle“ bei „Ausländerthemen“, also Menschen dafür zu interessieren und eventuell Rückmeldungen zu erhalten oder Debatten anzuregen, sei „extrem hoch“.<sup>797</sup> Verantwortlich zeichneten vor allem die Schrumpfungsprozesse und Provinzialität: Es fehle ein erheblicher Teil dynamischen und an bildungspolitischen oder (inter-)kulturellen Aktivitäten interessierten Potenzials.<sup>798</sup> Gerade im Zusammenhang mit dem Tod von Farid Guendoul möchte er zwar nicht von einem erhöhten Potenzial an Fremdenfeindlichkeit sprechen, sondern dieses in Relation zu anderen Städten als genauso ausgeprägt eingestuft wissen. Symptomatisch sei aber ein verbreitetes Desinteresse an Ausländern: Der „Gubener Otto N.“ hätte mit Ausländern (ohne stichhaltige Begründung) einfach „nichts zu tun“. Eine zweifelsohne bestehende „latente Ausländerfeindlichkeit“ unterschiede sich nicht von anderen deutschen Städten.

<sup>793</sup> Die bemühte Zuschreibung der (spannenden, dynamischen etc.) west-östlichen Schnittstelle sei nicht zutreffend, da die Entwicklung bereits in den 1990er Jahren über die Region „hinweggeschwappt“ sei: „Also es macht momentan keinen Sinn. Also wenn’s wirtschaftlich Sinn machen würde, würde es schon irgendeiner pfiffiger Weise machen. [...] Es gibt ein paar Unternehmen, aber die sprechen meistens nicht drüber. [...] Aber der richtige Durchbruch, dass man eben sagt, [...] ich such mir einen polnischen Partner, um da meinen Markt zu erweitern, da neue Wege zu gehen oder so was, das scheint [...] nicht so richtig Sinn zu machen, denn weder ein Großer noch ein Kleiner noch Irgendwas hat es momentan hingekriegt.“

<sup>794</sup> Dies bedinge, dass es als unbedeutend gewertet würde, an Andere zu denken.

<sup>795</sup> Somit hätte Guben heute auch z. B. drastischer unter Abwanderung zu leiden als benachbarte Kommunen.

<sup>796</sup> Angst vor z. B. zunehmender Arbeitsmarktkonkurrenz sei nicht besonders ausgeprägt. Allen in der Region sei klar, dass dort, wo keine Arbeitsplätze vorhanden seien, auch diesbezügliche Ängste unsinnig seien.

<sup>797</sup> Es sei äußerst schwierig Menschen überhaupt mit „Ausländersachen“ zu erreichen: Es bestünde keine Einsicht in die Notwendigkeit des Wissens um z. B. die speziellen Lebenslagen von Ausländern, und auch keine Veranlassung, sich dafür zu interessieren. Wenn die Zeitung berichte, würde es schlecht angenommen: Es beschwere sich zwar keiner, es interessiere aber auch niemand. Die Resonanz sei, ebenso wie z. B. bei Einladungen zu entsprechenden Veranstaltungen, „relativ Null“.

<sup>798</sup> Zwar lebten auch in Guben Menschen, die Interkulturalität für nötig befänden und sie zu befördern versuchten. Es seien aber zu wenige, zumal auch keine bedeutenden ausländischen Kulturvereine existierten und die wenigen Ausländer, die in etwas größeren Gruppen vor Ort lebten, nicht organisiert und stattdessen in ihren Familienverhältnissen isoliert seien.

Der Tod von Farid Guendoul und vor allem das medial inszenierte Nachspiel, eine nicht endende Welle, repräsentiert für ihn einen tiefen Einschnitt ins Gubener Gewissen, „eine Oberkatastrophe“ für das Image und jeden einzelnen Bewohner – „in einer Reihe genannt mit Mölln, Hoyerswerda, Lichtenhagen“.<sup>799</sup> Als besonders schlimm hätte er allerdings empfunden, dass nach dem Vorfall wohl situierte „Gutmenschen“ angereist seien, die von moralischen Kanzeln herab Fragen gestellt hätten, die für jene, die den Todesfall und die lokalen Zustände ganz anders wahrgenommen hätten, völlig fremd gewesen seien, und die Stadt letztlich auch in eine „rechte Ecke“ gestellt worden sei, wo sie für einen distanziereten Beobachter wie ihn eindeutig nicht hingehöre.<sup>800</sup> Am Beispiel der geänderten Sichtweise einer kurz nach dem Todesfall zugezogenen Volontärin – die er mit: „Ich will Ihnen ein Beispiel erzählen, das sagt: Man muss wirklich erst mal eine Zeit hier gewohnt haben, um das auch zu verstehen“ einleitet –, versucht er zu verdeutlichen, inwieweit die lokalen Formierungsprozesse erst dann „richtig“ eingeschätzt werden könnten, wenn man selbst (eine Zeit) Teil davon gewesen sei.<sup>801</sup>

Ein synoptischer Blick für Guben zeigt primär deutliche Differenzen zwischen dem *SV* und den anderen Experten. Ersterer propagiert Interessenskongruenz aller Gubener und die Identifikation mit seinen wirtschaftlichen Maximen. Basis für unbegründete Unsicherheiten und Ängste sind Polen/Osteuropa zugeschriebene Schwächen. Das deutsch-polnische Verhältnis sieht er unproblematisch und keineswegs feindselig. Selbstverständlich bestehende Ressentiments der Deutschen gegenüber Migranten/Polen kontextualisiert er als Konsequenz einer allzu grenzenlosen deutschen Politik, zum erheblichen Nachteil von Wirtschaft und Bevölkerung; konkret von Abwertung oder Herabwürdigung bestimmte Einstellungen leugnet er. Für bestehende wirtschaftliche und soziale Probleme, Unsicherheiten und Ängste macht er primär die EU-/Bundes-Politik, die DDR-Sozialisationskultur und falsche Erziehungs- und Ausbildungssysteme mit ungenügend internalisierten Leistungs- und autoritären Führungsprinzipien, fehlenden Eliten und zu wenig Eigenverantwortung aus. Als Hindernisse für Integrationsprozesse erklärt er ferner fehlendes ehrenamtliches Engagement im gesellschaftlichen Gemeinwohl, fehlende nationale und regionale Identität stiftende wahre Gemeinschaften sowie in Deutschland unterdrücktes nationales Denken aus. Mit einer soliden wirtschaftlichen Basis, so sein Orakel (speziell für die Grenzregion), verlaufen Grenzen überwindende Prozesse von alleine.

Die anderen Experten illustrieren andere Perspektiven auf die lokalen Szenerien. Für sie zeichnet sich das Verhältnis zu Ausländern vor allem durch Distanz, Ignoranz, Desinteresse, Gleichgültigkeit, fehlende Empathie und mangelnde Offenheit aus (*SA; GI 1; GI 2; GI 3; LZ*). Migranten werden primär als Problem, als (zunehmende, drohende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen betrachtet; gerade mit Blick auf die EU-Erweiterung, die bestehenden Einstellungen mit bekannten Vorurteilen, Ängsten und Schreckensszenarien aufgrund damit

<sup>799</sup> Die Guben über Monate belagernden Medienvertreter seien nur noch auf der Suche nach passenden O-Tönen gewesen, wodurch die Gubener zwangsläufig „abgestumpft“ seien – „Und wenn dann keiner mehr so einen O-Ton sagen wollte, die Leute waren ja völlig überfordert, dann, dann gehen wir in die Kneipe, geben denen ein paar Bier aus und dann kriegen wir schon einen O-Ton. [...] Egal wie ich jetzt reagiere, die Geschichte ist eigentlich fertig: Also da gibt es so ein kleines braunes Nest, ganz weit im Osten. [...] Und jetzt brauchen wir den O-Ton dazu, den dumpfen Ossi, der da also noch dazu sagt: Die gehören auch nicht hier her, was sollen die hier, was rennt der nachts um zwölf Uhr auf der Straße rum, ja.“

<sup>800</sup> Zwar existierten auch in Guben „ein paar so rechte Gruppierungen“, die auch an bestimmten Orten anzutreffen seien, sie träten aber in der Öffentlichkeit nicht vernehmbar in Erscheinung.

<sup>801</sup> Sonst fiel man einem völlig falschen, medial verzerrten Bild anheim. Die Volontärin hätte fassungslos auf ein unbegleitetes dunkelhäutiges Kind reagiert, da sie überzeugt gewesen sei, dass so etwas in Guben aufgrund der bestehenden Ausländerfeindlichkeit unmöglich sei. Erst nachdem sie eine Zeit in Guben gelebt hätte, hätte sie verstanden, dass die kolportierten Gefahren nicht bestünden.

angeblich verbundener Veränderungen aktualisiert (SA; GI 1; GI 2; GI 3). Die Befragten nehmen unter anderem Reserviertheit, fehlende Toleranz, Abneigung und Ablehnung (SA; GI 2; GI 3), Neid, Missgunst, fehlende Integrationsbereitschaft, eine unterentwickelte Neugier auf Fremde und eine mangelnde Fähigkeit zu interkulturellem Dialog (SA; GI 2) sowie Vorbehalte und Vorurteile gegenüber und Ängste vor allen nicht der eigenen *Wir*-Gruppe zugehörigen Fremden, vor Unbekanntem und Ungewohntem, und vor Veränderungen ihrer Lebenswelt, die nur als (drohende, weitere, zunehmende) Belastung und Bedrohung gedeutet werden (GI 1; GI 2; GI 3). Betreffend feindliche Einstellungen gegenüber Migranten wird aber auch ein nicht bestehender Unterschied zu anderen deutschen Regionen akzentuiert (SA; GI 2; LZ).

Das Verhältnis zu Polen deuten sie weitgehend analog dem zu Migranten. Sie beschreiben es z. B. als stummes Nebeneinander (GI 3), als geprägt von eklatanten Vorbehalten, Ressentiments und Vorurteilen ohne Ambitionen auf soziale Kontakte (GI 1) oder als reserviert und distanziert mit geringer Resonanz auf bestehende Interaktionen (SA; GI 2). Private Kontakte spielen kaum eine Rolle (GI 1; LZ). Eine zunehmende Kooperation wird als Resultat von Notwendigkeiten gewertet, ohne innere Überzeugung (GI 1). Grenzüberschreitende Mobilitäten werden vor allem als unmittelbaren Zwecken und dem wirtschaftlichen Nutzen folgend (SA; GI 2; GI 3; LZ), mit Polen verbundene Chancen und Bereicherungen als ignoriert betrachtet (SA; GI 2; GI 3). Der LZ beschreibt das Verhältnis als normale zwischenstädtische Beziehung, als unverkrampftes Nebeneinander mit geringem sozialem Austausch. Für den GI 2 ist es ein natürlicher, zweckgebundener Austausch. Fortschritte im Verhältnis zu Polen, und teils auch zu Migranten, werden unter anderem in Form einer überhaupt als Verbesserung zu wertenden graduellen Öffnung (GI 1), einer sukzessiven Akzeptanz von kultureller Differenz (GI 3) oder einer allmählichen Öffnung durch zweckgebundene Mobilitäten ausgemacht (GI 2).

Geprägt sehen sie die Bevölkerung vor allem durch sozialen Rückzug und Gleichgültigkeit sowie Distanz, Abgrenzung und Abschottung gegenüber äußeren Einflüssen, ein auf sich und die Probleme und Interessen der eigenen Welt bezogenes Verharren, ein Festhalten an gewohnten, vermeintlich sicheren sozialen Praxen mit unterentwickelter Neugier auf Neues sowie geringer Partizipationsbereitschaft, ohne Interesse an Mitbestimmung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse; (drohende) Veränderungen werden als (weitere, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr begriffen und sind mit Ängsten verbunden (SA; GI 1; GI 2; GI 3; LZ). Der GI 1 und der GI 3 vernehmen ein teilnahmsloses Erstarren in Ängsten vor weiteren Verlusten, der SA, der GI 1 und der LZ ein von Frustration geprägtes Lamentieren aufgrund einer unbefriedigenden wirtschaftlichen Situation, des eigenen Schicksals und gefühlter Benachteiligungen.

Als Gründe für die Konstitution der Bevölkerung, gerade betreffend das von Desinteresse, Gleichgültigkeit, fehlender Offenheit, Vorurteilen und Ängsten bestimmte Verhältnis zu Personen außerhalb der eigenen *Wir*-Gruppe, speziell Migranten/Polen, werden vor allem die Folgen der wendebedingten Transformations- und Schrumpfungsprozesse ausgemacht (SA; GI 1; GI 2; GI 3; LZ). Auch Persistenzen aus DDR-Zeiten, die Sozialisationskultur und das verordnete Grenzregime zu Polen werden als verantwortlich gedeutet: Der Bevölkerung mangelt es für erfolgreiche interkulturelle Integrationsprozesse an Wissen und Erfahrung, an eingeübten Praxen, Traditionen und überhaupt Interesse, Neugier und Toleranz für kulturelle Differenz (SA; GI 2). Auch der sich von mangelnden sozialen und interkulturellen Kompetenzen ausweisenden Mentalität der Deutschen (GI 1), den unterschiedlichen Werten, Normen, Tugenden und Lebensphilosophien von Deutschen und Migranten (SA; GI 1), der Integration von Migranten

generell zuwiderlaufende Ausländergesetze und in aller Regel Top-down statt Bottom-up bestimmte Anstrengungen zur Förderung von Interkulturalität (*GI 3*) wird Bedeutung zugeschrieben. Ferner werden innerethnische Abschottungstendenzen, eine unzureichende Bereitschaft zur Partizipation am Leben der Mehrheitsgesellschaft sowie eine fehlende Organisierung von Migranten als Schwierigkeiten gesehen (*SA; LZ*).

Auch bei der Betrachtung von Rechtsextremismus und speziell des Todes von Farid Gwendoul offenbaren sich markante Differenzen zwischen dem *SV* und den anderen Gesprächspartnern. Der *SV* kennt kein Problem, einen politisch motivierten Hintergrund des Todesfalls streitet er vehement ab. Verantwortung für Guben allein angedichtete Probleme tragen angeblich versagende Kommunalpolitiker und sich selbst legitimierende Auftragsantifaschisten, am Todesfall vor allem Deutsche provozierende Ausländer und die beiden Verfolgten. Die anderen Experten ziehen den politisch motivierten Hintergrund des Todes nicht in Zweifel. Für sie besteht noch immer ein Problem mit Rechtsextremismus, mit allerdings öffentlich aktuell wenig vernehmbaren Aktivitäten (*SA; GI 1; GI 2; LZ*). Mehrheitlich wollen sie die lokalen Formierungsprozesse aber in Relation zu anderen Regionen bewertet wissen (*SA; GI 2; LZ*). Engagement infolge des Vorfalls wird nur einzelnen Aktivisten zugeschrieben, der gesellschaftlichen Mehrheit hingegen Ignoranz, Distanz und Verantwortungsabwehr (*SA; GI 1; GI 2*). Kritisch wird die mediale Bearbeitung des Todesfalls betrachtet: Von einer erreichten Sättigungsgrenze (*GI 2*), einer unfairen Behandlung und einer Oberkatastrophe (*LZ*) ist die Rede.

### 6.5.2.3 Görlitz

Der *SV* sieht den Prozess der alltäglichen sozialen Verflechtung zwischen Deutschen und Polen bereits in vollem Gange. Die Zusammenarbeit vollzöge sich auf allen nur erdenklichen Ebenen und es gäbe z. B. kaum eine Veranstaltung, wo nicht auch die andere Seite eingeladen sei: Der Austausch und das soziale Miteinander hätten sich im Verhältnis zum Stande Null anno 1989 „sensationell“, mit „Lichtgeschwindigkeit“ entwickelt.<sup>802</sup> Er zeigt sich überzeugt, dass die Meisten gelernt hätten, sich als gute Partner wahrzunehmen, auf die man sich verlassen und mit denen man gut kooperieren könne. Irgendwann existiere auch keine Unterscheidung mehr zwischen deutscher und polnischer Herkunft, sondern alle fühlten sich nur noch als „Europastädter“.<sup>803</sup> Die heutigen Kinder und Jugendlichen verkörperten für ihn bereits die gänzlich realisierte Vision der völligen Überwindung noch bestehender Hindernisse. Bei den älteren Generationen sei hingegen keine bzw. kaum eine Veränderung mehr zu erreichen.

<sup>802</sup> Alle nur erdenklichen Bereiche menschlichen Lebens berührten sich, manche seien schon sehr eng verflochten: „Und man denkt immer an den Nachbarn“. Die Strukturen seien so vielfältig, zahlreich und selbstverständlich, dass ein großer Teil völlig unbekannt sei und keiner mehr einen Gesamtüberblick besäße, geschweige denn nachvollziehen könne, was und wie viel tatsächlich existiere. Im Vergleich zu anderen (z. B. westdeutschen) Grenzregionen, die bereits sehr viel länger kooperierten, wähnt er sich bezüglich Quantität und Qualität des Miteinanders „mindestens genauso weit, in manchen Dingen weiter“.

<sup>803</sup> Auf Nachfrage betreffend ein quasi automatisches Zusammenwachsen räumt er aber ein, dass der Weg zur Verwirklichung seiner Vision „natürlich von unglaublich vielen“ schwierigen Rahmenbedingungen abhängig sei, weshalb es eben viel Zeit brauche. Von den bestehenden, von ihm aber kaum explizierten Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Polen streicht er nur die starke Nationalität der Polen sowie die mit den Vertreibungen als Folge des Zweiten Weltkrieges verbundenen, bis heute andauernden Verletzungen auf deutscher Seite heraus. Getreu dem Motto „Vertrauen schafft Nähe“ würden sich die Menschen beiderseits der Grenze aber aneinander gewöhnen und die Schwierigkeiten „abgebaut“ und „verwachsen“: Die Annäherung sei „ein Prozess der Meinungsbildung, ein Prozess des Findens“, „ein Erziehungs- und Lernvorgang“, der allmählich wachsen und „Bedeutung erfassen“ müsse. Angesichts „seit hunderten von Jahren auch belastete Geschichte zwischen Deutschen und Polen“ sei die seit der politischen Wende absolvierte Zeit nur „ein Wimpernschlag“ und somit ein Denken „in größeren zeitlichen Dimensionen“ notwendig: „Und insofern dürfen wir uns jetzt auch nicht überfordern.“

Für bestehende Sorgen und Ängste der lokalen Bevölkerung aufgrund der Schrumpfungsprozesse, des andauernden wirtschaftlichen Niedergangs, der unsicheren Zukunftsperspektiven oder einer (zusätzlich) drohenden Konkurrenz aus dem Ausland zeigt er Verständnis. Ebenso betont er aber, dass der Anteil der sich langsamer auf deutsch-polnische und (gerade im Zuge der EU-Erweiterung) auch weiter reichende interkulturelle Prozesse Ein- und Umstellenden und „der Sektor des Unverständnisses“ kleiner würde. Allgemeine Zukunftssorgen oder konkrete Ängste vor Konkurrenz seien nicht „übergroß“ oder „überstrapaziert“, sondern immer mehr Menschen würden die Veränderungen „als eine vernünftige, geradlinige Entwicklung verstehen und begreifen“. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit sei aber keine völlige Zustimmung zu erwarten, denn „[d]ie Angst um den Arbeitsplatz, den einen, der vielleicht geschaffen wird und den dann möglicherweise ein Pole besetzt, die ist existenziell, [...] die sitzt ganz tief“. Die künftige Situation sei untrennbar an die Wirtschaftsentwicklung geknüpft: Wo Wirtschaft floriere, verschwänden automatisch Ängste und Konkurrenzgedanken, wohingegen ohne Aufschwung keine Aussicht auf ein spannungsfreies interkulturelles Verhältnis bestünde.<sup>804</sup> Nachhaltige Bedeutung weist er in der DDR von Neid und Missgunst bestimmten Einstellungen zu. Vor allem die Jahre der offenen Grenze hätten „deutliche Spuren“ hinterlassen: In Zeiten bitteren Mangels hätte das „ungewöhnliche Kaufverhalten der Polen in Deutschland, aber auch der Deutschen in Polen“ erhebliche Vorbehalte und Spannungen hervorgerufen, die bis heute gerade bei den Älteren unvergessen seien. Noch immer speziell ostwärts gerichtete Konkurrenz- und Existenzängste der Deutschen seien aber nur Ausdruck des aktuellen Wirtschafts- und Wohlstandsgefälles: So wie sich die Differenz ausgleiche, verschwänden auch die Ängste.

Von ihm nicht in Abrede gestellte Vorurteile zwischen Deutschen und Polen wertet er als Selbstverständlichkeit – „Das wird immer so sein zwischen Völkern“ –, weist ihnen aber zugleich allein den Charakter von „Klischees“ zu, die er alle widerlegen könne.<sup>805</sup> Konkret zutage tretende Vorbehalte oder ablehnende Einstellungen von Deutschen gegenüber Polen und Migranten hätte er aber „noch nie erlebt“.<sup>806</sup> Falls sich z. B. „auch mal ein Deutscher und ein Pole kloppen“, sei dies, gerade in einer Grenzstadt, „normal“ und nicht tiefer sitzenden Abneigungen geschuldet, sondern nur Ausdruck allgemeiner Gewaltbereitschaft, genauso wie unter ihresgleichen. Betreffend fremdenfeindliche Einstellungen zeigt er sich ferner erleichtert, dass es in Görlitz bisher glücklicherweise „weder rechtsextremistisch noch rassistisch“ motivierte „Ausfälle“ oder „überbordende Ereignisse“ gegeben hätte, wofür er sich allabendlich dankbar zeigen würde, da „diese Dinge sehr nachhaltig das Rufbild einer Stadt in Sekundenschnelle zerstören“.<sup>807</sup> Warum Görlitz bislang angeblich, gerade angesichts zahlreicher Ereignisse im Umland, von derlei Auswüchsen verschont geblieben sei, führt er zunächst schlicht auf „glückliche Umstände“ zurück, verweist dann aber auf über Jahrhunderte währende verschiedene kulturelle

<sup>804</sup> „Dort, wo es [...] Wirtschaft gibt, wo wieder Leben entsteht, verschwinden dann auch prozentual mit der schwindenden Arbeitslosigkeit die Ängste um die verpasste Chance und die Konkurrenzbeziehung zum Polen oder umgekehrt zum Deutschen. Das ist also, das Ganze hängt ab, immer wieder von wirtschaftlicher Entwicklung. Wenn die Verhältnisse so blieben wie sie heute sind, dann können wir einarmig Handstand machen und sonst irgendwelche Künste vorführen, dann werden sich Polen und Deutsche nicht liebevoll um-, umschlingen. Dann bleibt das ein Spannungsfeld.“

<sup>805</sup> Sie (z. B. „der dreckige Pole, der faule Pole“, der deutsche „Faschist“) lebten genauso wie an anderen Grenzen über Jahrhunderte einfach fort, würden aber im Laufe der Zeit „immer haltloser und witziger“.

<sup>806</sup> Z. B. eine „fehlende Achtung vor dem Anderen“ oder Herabwürdigungen und Diskriminierungen aufgrund gefühlter Überlegenheit: Von solchen Verhaltensweisen höre er „zum ersten Mal mit Erstaunen“.

<sup>807</sup> Auf Nachfrage räumt er ein, dass „natürlich“ auch in Görlitz wie „überall“ diesbezügliche Umtriebe und Strukturen existierten, diese jedoch nur „ansatzweise“ vorhanden seien und keine übertriebenen Ausmaße annähmen.

Einflüsse, „dieses Reiben unterschiedlicher Kulturen und Einflüsse“, und eine dadurch bei den Menschen „eingepflanzte Grundtoleranz“.<sup>808</sup>

Der SA äußert sich wenig explizit zu typischen Einstellungen der lokalen Bevölkerung, sondern konzentriert sich auf Kritik an der Politik der Stadtverwaltung und deren Wirkung auf die gesellschaftliche Basis. Aufgrund der ständigen Vermarktung phrasenhafter Botschaften fühlten sich die Görlitzer unweigerlich an die verordnete Freundschaft zwischen der DDR und Polen erinnert.<sup>809</sup> Da die ständig symbolisch und abstrakt verbleibenden Konzepte aber keine klaren Bekenntnisse und Strategien, mit denen sich die Bevölkerung identifizieren könne, geschweige denn realistische Informationen zu mit der EU-Erweiterung für Görlitz unweigerlich einhergehenden Konflikten, beinhalteten, verstärkten sich bei den Görlitzern, gekoppelt an die grassierenden Schrumpfungsprozesse und das weit verbreitete Desinteresse an politischen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, nur die Unsicherheiten und Konkurrenz- sowie Existenzängste. Da der Bevölkerung immer wieder hoffnungsvolle, aber letztlich leere und falsche Versprechungen gemacht worden seien, schotte sie sich in großen Teilen weiter gegen die neuerlich propagierten Chancen durch die Nachbarstaaten und die schwindende Bedeutung der Grenze ab, wodurch ein Anstieg der ohnehin latent bestehenden Ausländerfeindlichkeit sowie von Ängsten und Vorbehalten gegenüber allen Fremden zu befürchten sei.<sup>810</sup> Alltäglicher Rassismus würde indes von der Stadtverwaltung ständig verdrängt, verharmlost oder ignoriert.<sup>811</sup>

Durch unablässige Öffentlichkeitsarbeit sei er beharrlich bemüht, überall dort, wo sich ihm die Möglichkeit böte mit seinen Themen aufzutreten, aufzuklären. Seine Maxime dabei sei, die betreffend „Ausländerthemen“ desinteressierte und des- bzw. uninformierte Bevölkerung prinzipiell zu informieren, für die speziellen Lebenslagen von Migranten zu sensibilisieren und Verständnis und Interesse für fremde Menschen sowie Themen wie Flucht oder Asyl zu wecken.<sup>812</sup> Strategie sei immer, Menschen zunächst mit wirtschaftlichen Argumenten für die Belange von Migranten zu interessieren und über diesen (Um-)Weg weitere Aspekte (insgeheim) mit zu vermitteln zu versuchen. Jedoch, so verleiht er betont Frust Ausdruck, stießen in aller Regel selbst wirtschaftliche Gründe nicht auf positive Resonanz. Die Vermittlung weiterer Inhalte gestalte sich noch weit schwieriger. Allerdings erführe er ab und an auch Rückmeldungen derart, dass Teilnehmer sich bedankten und ihn aufforderten, sich weiter zu engagieren, damit mehr Menschen ihre Wahrnehmung von Ausländern verändernde Informationen erhielten.

<sup>808</sup> Ein Lachen kann er sich dabei nicht verkneifen: „Lassen Sie es uns mal so positiv sehen, vielleicht ist das so.“

<sup>809</sup> Die aktuelle Politik unterschiede sich davon in keiner Weise: Wiederum würden rein symbolische Akte vollzogen, bei denen die Bevölkerung nicht beteiligt oder sich an ihren faktischen Bedürfnissen orientiert würde.

<sup>810</sup> Inzwischen sei angesichts der in der Bevölkerung nicht mehr zu ignorierenden Ängste vor der EU-Erweiterung allerdings auch ein gewisser Wandel zu vernehmen: Bei den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern wachse das Einsehen, die Bevölkerung intensiver auf die anstehenden Veränderungen vorbereiten, sie bei weiteren Planungen deutsch-polnischer Aktivitäten intensiver beteiligen und vor allem ihre Befindlichkeiten und Bedürfnisse beachten zu müssen.

<sup>811</sup> „Also um mit den Worten anderer Politiker dieses Hauses zu sprechen [...]: Ganz Görlitz begrüßt die Kulturhauptstadt [...] und ganz Görlitz ist auch ausländerfreundlich. [...] Und mit so was muss man täglich leben. Also das geht bis dahin, dass dann gesagt wird: [X], Sie sind der einzige, der behauptet, dass wir hier Probleme haben. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Wie kommen Sie denn da drauf? [...] Das ist ganz normal, also ich lebe damit, dass Leute das so reflektieren und noch nicht mal mehr merken als politischer Vertreter, was mache ich eigentlich hier. [...] Man lässt mich natürlich offiziell immer außen vor, ich muss immer betteln. [...] Also da werde ich nicht informiert, ob am Altstadtfest eben ein Farbiger zusammengeschlagen wurde [...]. Die Stadt beruhigt sich damit, dass lang keiner abgeklatscht worden ist, und dass es also keine dramatischen Zwischenfälle gegeben hat in dieser Weise. Und diese latente Fremdenfeindlichkeit wird in hohem Maße ignoriert oder einfach als bedeutungslos hingestellt. Und ich denke, die ist da, und die wächst auch.“

<sup>812</sup> Durch unter anderem Seminare, Ausstellungen, Broschüren oder Fortbildungen versuche er auch gezielt bildungspolitische Multiplikatoren zu erreichen, die das vermittelte Wissen gesellschaftlich weiter tragen könnten.

Besonders problematisch sei, dass in Görlitz im Grunde keinerlei Institutionen oder Initiativen existierten, die sich für Migranten einsetzten. Verschiedene von ihm initiierte Anstrengungen zur Gründung z. B. ebensolcher Vereine seien aufgrund mangelnder Resonanz oder Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung regelmäßig gescheitert.<sup>813</sup> Auch Versuche Migranten(gruppen) zu Engagement zu bewegen, seien bis heute nicht erfolgreich gewesen.

Für den *GI I* bestünden in der lokalen Bevölkerung noch immer deutliche Vorurteile gegenüber Polen.<sup>814</sup> Aus Gründen sozialer Opportunität drückten sich Ressentiments aber eher latent denn offen aus: Sie seien mehr (verinnerlichte) Haltung denn (öffentliche) Handlung.<sup>815</sup> Ein gespanntes Verhältnis, „ungeheure Berührungängste“ sowie Intoleranz gegenüber den Nachbarn seien indes aufgrund vor allem historisch tradiert Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis noch immer beiderseits der Grenze gesellschaftlich kennzeichnend.<sup>816</sup>

Auf deutscher Seite verbreitet wahrnehmbare Ängste vor den Wirkungen der EU-Erweiterung resultierten maßgeblich daraus, dass aufgrund der regionalen Schrumpfungsprozesse ohnehin ein hoher „Pegel an Angst“ bestünde. Konkret artikulierte Schreckensszenarien (z. B. Konkurrenz, Sicherheit), verbunden mit ausgeprägter Unwissenheit um geplante Übergangsfristen, stellten nur einen aktuellen Ausdruck dar.<sup>817</sup> Aufgrund der in großen Teilen vor allem durch subjektiv empfundenen Mangel sowie Sorgen um weitere Einschnitte in die persönliche Reproduktionssicherung geprägten lokalen Bevölkerung, verliefen Diskussionen jedoch längst nicht mehr auf kognitiver Ebene: Viele Menschen seien nur noch emotional zugänglich.<sup>818</sup> Ihr aktuelles Handeln, das von außen betrachtet durch Beharrungsvermögen, Immobilität, fehlende Neugierde, Innovationsfeindlichkeit und Abschottung bestimmt erschiene, sei angesichts des vorgegebenen Rahmens für eigene Gestaltungsmöglichkeiten somit aber auch nachvollziehbarer Ausdruck des für sie gerade noch Erträglichen, das den eigenen Lebensbereich (offenbar ausreichend) gegen (zusätzlich) empfundene Bedrohungen absichere.<sup>819</sup>

Andere Initiativen, jenseits informell organisierter Handlungskontexte, die sich ähnlich seiner Netzwerke für interkulturelle und zivilgesellschaftliche Belange einsetzten und vor allem

<sup>813</sup> Angesichts andauernder Misserfolge zeigt er sich hinsichtlich weiterer (potenzieller) Ansatzpunkte völlig ideenlos.

<sup>814</sup> Ausdruck verliehen würde den Vorurteilen z. B. beharrlich im Zusammenhang mit Kriminalität: „Aber das ist sofort die Assoziation, die die Leute hier haben. Also die Polen stehlen eben Autos, die, die stehlen Räder und so weiter und so fort. [...] Also das ist so das Image von Polen, das ganz viele Leute hier in Görlitz im Kopf haben.“

<sup>815</sup> „Aber das ist ja im Grunde dann auch noch schwieriger anzugehen, weil jeder den man anspricht wird sagen: Polen? Ich hab doch nichts gegen Polen. Ja, aber wehe die eigene Tochter will einen heiraten [...]. Also man, man merkt es eben dann an solchen Ecken, dass Leute das Abo für die SZ [Sächsische Zeitung; M. M.] abbestellen, weil eine Polenseite drin ist und weil da ehemalige deutsche Orte mit polnischen Bezeichnungen auftauchen. Also daran merkt man dann ganz eindeutig, also es ist da. Aber [...] ich denke, hier werden wenig Polen verprügelt oder irgend so was.“ Vielfach seien gefühlte Überlegenheit und beanspruchte Etabliertenvorrechte bestimmend: „Das betrifft nicht nur die konkrete Person von Polen [...], das betrifft auch was wir denen geben können. Ja, also die müssen von uns lernen. So ne Haltung kann ich hier feststellen.“

<sup>816</sup> Viele verschiedene, komplex zusammenwirkende Einflüsse konstituierten die noch immer aktuellen Probleme im Verhältnis der Menschen. Beispielhaft verweist er auf die über Jahre hermetisch abgeriegelte Grenze, die kaum soziale Kontakte ermöglicht und geradezu zwei unterschiedliche Welten voneinander getrennt hätte.

<sup>817</sup> Zugleich prophezeit er jenen, die ihre Zukunft nicht aktiv zu beeinflussen versuchten und im Zuge anstehender sowie sich bereits vollziehender Transformationsprozesse in einer passiven Verteidigungshaltung verharrten und z. B. deutsch-polnische Entwicklungsprozesse ignorierten oder ohnmächtig über sich ergehen ließen, die Verlierer der Region zu werden.

<sup>818</sup> Ein Arrangieren mit dem Mangel (wie in der DDR) sei aber auch als erfolgreich eingeübte Kompetenz und Bewältigungsstrategie zu betrachten: Dies sei zwar keineswegs zukunftsorientiert, ermögliche aber ein (Über-)Leben im „Hier und Jetzt“.

<sup>819</sup> Diesem Umstand gelte es besonders bei der Förderung interkultureller Handlungskontexte Rechnung zu tragen: Notwendig sei die möglichst ständige Bearbeitung etablierter Deutungs- und Handlungsmuster durch eine umfangreiche Erschließung von Erfahrungsräumen. Dafür aber, Menschen über ihre Emotionen anzusprechen und somit ihre Systeme zu öffnen (zu versuchen), würde viel zu wenig getan, wobei er wiederholt deutlich die (fehlenden Konzepte der) Stadtverwaltung kritisiert.

konkrete Aktivitäten forcierten, bestünden in Görlitz nicht. Nur z. B. einige Sport- und Kulturvereine öffneten sich bewusst für Polen, worauf die Stadtverwaltung zwar für Selbstdarstellungszwecke regelmäßig stolz verwies, auf die Fahnen könne sie sich derlei Anstrengungen aber genauso wenig schreiben wie z. B. Engagement gegen rassistisch motivierte Gewalt, da sie ihrerseits weder initiiert noch gefördert oder auch nur positiv gewürdigt würden.<sup>820</sup>

Insgesamt, so betrachtet er die Situation in Görlitz, existiere aber auch eine große, ständig steigende Zahl an nicht auf eine bestimmte Generation zu beschränkende Menschen, die derweil überzeugt seien, dass die Zeit, in der Görlitz aufgrund enttäuschter Hoffnungen und allgegenwärtiger Schrumpfungprozesse vor allem von Selbstmitleid und Passivität bestimmt würde, endlich vorüber sein müsse. Sie setzten bewusst auf eine Öffnung ihres persönlichen Umfelds in Richtung Polen.<sup>821</sup> Zwar hätten bereits in den vergangenen Jahren viele Menschen allerlei gute Ideen und Initiativen zu realisieren versucht, sie seien aber durch die „formale Ebene“ der Kommunalpolitik regelmäßig ausgebremst worden.<sup>822</sup> Allmählich gewannen aber jene die Oberhand, so zeigt er sich überzeugt, die sich von ihrem Ansinnen, etwas bewegen und ein faktisches deutsch-polnisches Leben realisieren zu wollen, nicht abbringen ließen. Somit erlebe er Görlitz aktuell in einer auffälligen Umbruchsituation: Es entwickle sich sukzessive eine interkulturelle Dynamik zwischen den Menschen der Zwillingstädte, die „nicht mehr aufzuhalten“ sei. Daraus resultierten immer mehr tragfähige soziale deutsch-polnische Begegnungen und Aktivitäten, entgegen der rein formalen und durch die Stadtverwaltung nur symbolisch propagierten.<sup>823</sup> Obwohl er sich sicher sei, dass sich zwischen Görlitz und Zgorzelec nach und nach eine faktische deutsch-polnische Gemeinschaft entwickle, würde diese aber nicht weiter reichend multikulturell geprägt, denn eine solche Entwicklung würde durch zusätzliche Hindernisse erschwert. Da der Ausländeranteil in Görlitz aktuell „statistisch insignifikant“ sei und Ausländern im öffentlichen Diskurs auch eine kaum wahrnehmbare Bedeutung zukäme, spielten ihre Belange derzeit keine Rolle: Sie seien, so sein Resümee, „hier kein Thema“.<sup>824</sup>

Für den *GI 2* seien große Teile der lokalen Bevölkerung von Resignation, Passivität und persönlichen Frustrationen und vor allem auch von Desinteresse an der Grenze bestimmt. An deutsch-polnischen Aktivitäten würde sich nicht bzw. kaum beteiligt, auch wenn man sich nicht unbedingt öffentlich vernehmbar dagegen ausspräche. Die mit der EU-Erweiterung anstehenden Veränderungen würden weitgehend (mehr oder minder systematisch) verdrängt, die Chancen eines Blicks gen Osten nicht erkannt, sondern vor allem weitere Bedrohungen für die eigene Zukunft befürchtet. Durch eine bessere wirtschaftliche Lage indes, so zeigt er sich überzeugt, würden sich auch mehr Menschen auf interkulturelle Aktivitäten einlassen und der EU-Erweiterung unverkrampfter begegnen.<sup>825</sup>

<sup>820</sup> Indes, so moniert er, erlebe er gesellschaftliche Initiativen in Ostdeutschland zum Teil auch als sehr unprofessionell.

<sup>821</sup> Z. B. lernten etliche bewusst Polnisch oder schickten ihre Kinder in deutsch-polnische Kindergärten und Schulen.

<sup>822</sup> Folglich hätten sich viele motivierte Akteure nach und nach frustriert abgewendet, ihre Bemühungen aufgegeben und gegenüber Görlitz eine geradezu zynische Haltung entwickelt. Nur noch relativ wenige seien dem entgegen, getragen von der Hoffnung auf Veränderung und Verbesserung, weiterhin aktiv bemüht gewesen, ihre Anstrengungen weiter zu verfolgen.

<sup>823</sup> Es seien „einfach Potenzial und Ressourcen vorhanden, um tatsächlich mit Drive in die Zukunft zu gehen“; entsprechend zögen auch eine ganze Reihe Menschen ganz bewusst (wieder) (aus den westdeutschen Ländern) nach Görlitz.

<sup>824</sup> Betreffend Rechtsextremismus gäbe es in Görlitz nach seinem Wissen „wenig sichtbare Aktivitäten“. Im benachbarten Zittau hingegen gingen ausländische Studierende aus Angst vor Übergriffen „nach 22 Uhr nicht mehr in die Stadt“.

<sup>825</sup> Latente Ängste existierten aber vor allem auch deshalb fort, weil man nicht wüsste, welche Veränderungen faktisch anstünden. Vor allem gäbe es jenseits professioneller Kreise aber auch keine Foren, in denen Fragen gestellt, Informationen erhalten, persönliche Befindlichkeiten und Ängste geäußert oder sich auch einfach nur ausgetauscht werden könnte.



Latente, teils auch unverblümt geäußerte Vorurteile gegenüber Polen seien seines Erachtens noch immer verbreitet, wenn auch nicht mehr genauso ausgeprägt und öffentlich artikuliert wie in den vergangenen Jahren.<sup>826</sup> Mit der Funktionalisierung Polens als vor allem Ort des billigen Konsumierens sei aber eine abwertende Wahrnehmung verbunden. Sobald Polen eigene Bedürfnisse äußerten oder Interessen einforderten, träten wieder (von Vorurteilen genährte) Abwehrreaktionen und verinnerlichte, allgemein bekannte rassistische Einstellungen zutage.<sup>827</sup>

Einen deutlichen Erfahrungsunterschied macht er für unterschiedliche Gruppen von Migranten gemäß ihrer Herkunft aus. Zwar würden auch „westliche Ausländer“ kritisch beäugt oder belästigt, entgegen z. B. Vietnamesen, Polen oder Osteuropäern seien sie aber eher als nützlich anerkannt, zumal sie sich auch nicht selten durch Übernahme von typisch deutschen Lebensstilen oder Tugenden auszeichneten. Andere Ausländer würden hingegen geradezu generell auf ein Dasein als Dienstleister oder billige Arbeitskräfte reduziert, und ihre Anwesenheit nur wegen dieser Funktion (temporär) geduldet.<sup>828</sup> Falls sie aber Ansprüche stellten und z. B. aufgrund ihres bereits lange währenden Aufenthalts, ihrer Steuerleistungen oder ihres deutschen Passes legitime Bürgerrechte, staatliche Leistungen oder gesellschaftliche Partizipation forderten, wende sich die Wahrnehmung, und sie würden wieder auf Ausländer reduziert, die nichts zu fordern und froh über ihren Aufenthalt zu sein oder aber Deutschland zu verlassen hätten.

Probleme mit Rechtsextremismus könnten für ihn auch in Görlitz nicht übersehen werden. Zwar existiere z. B. keine Kameradschaft, jedoch seien viele diffus organisierte Jugendcliquen präsent, die mehr oder minder direkt einer rechtsextremen Subkultur zuzurechnen seien und teils auch ständige Kontakte zu gut organisierten Kreisen pflegten. Kritisch sei speziell, dass sich die vor allem jugendlichen Rechtsextremen als solche offen erkennbar im öffentlichen Raum bewegen könnten und dabei in aller Regel nicht auf Protest stießen.<sup>829</sup> Bei der Abschätzbarkeit entsprechender Potenziale sei vor allem die aufgrund des in den letzten Jahren gestiegenen Repressionsdrucks veränderte und weitgehend an den gesellschaftlichen Mainstream angepasste Symbolik problematisch.<sup>830</sup> Besorgniserregend sei der gesellschaftliche Umgang mit jugendlichen Rechtsextremen: Sie würden nicht mitsamt ihrer politischen Einstellung betrach-

<sup>826</sup> Zunehmend würden z. B. auch die (Konsum-)Vorteile, die das Nachbarland böte, erkannt.

<sup>827</sup> „Ja aber dennoch [...] herrscht hier so ein Bild wie, also die Polen [...] sind keine [...] Menschen aus westlichen Staaten, sondern die stehen da weiter unten, weil in Polen ist das Tanken billig, sind die Zigaretten billig, der Friseur ist billig und essen kann man auch noch billig dort. Aber weil es billiger ist, ist es auch viel wertloser sozusagen. [...] Aber sobald die Polen dann sozusagen was wollen oder, also von mir aus sei es, die kommen in die EU und dürfen hier nicht arbeiten, und wenn die dann sagen: Wir wollen aber, wir haben ja Arbeit. Dann geht das nicht, weil Polen unsere Arbeitsplätze wegnehmen. Also da sind diese Ängste oder der Rassismus einfach in den Köpfen, also der jetzt Anfang der Neunziger von mir aus noch so immer wieder in den Medien eine Rolle spielte, der ist jetzt einfach verinnerlicht so. Also das kriegst du in den Gesprächen einfach mit. [...] Das ist einfach weitergegangen in der Entwicklung und halt mehr verinnerlicht. Und dann ist es auch nicht mehr nötig das alles zu sagen, weil das Prinzip wurde verstanden, ohne dass man es noch mal betonen muss.“

<sup>828</sup> „Weil die sind nur die Dienstleister. Die Vietnamesen oder auch die Türken machen billiges, leckeres, gutes Essen. Und ist halt billig so. Die Polen verkaufen billig Zigaretten, und Tanken gehen in Polen, das ist auch okay.“ Ihm bekannte Migranten sähen meist keine Zukunft in der Region und warteten nur auf eine Möglichkeit abzuwandern. Nur wenige hätten für sich eine Perspektive entworfen und planteten z. B. erst nach Erreichen des Ruhestandes der Region wieder den Rücken zu kehren.

<sup>829</sup> In der ländlichen Region käme vor allem Stadtfesten eine große Bedeutung zu. Rechte nutzen solche Anlässe, um Präsenz zu zeigen und Ausländer oder Andersdenkende einzuschüchtern oder zu attackieren zu versuchen. Entsprechend mieden die meisten (aufgrund ihrer äußeren Erscheinung erkennbaren) Migranten derlei Veranstaltungen.

<sup>830</sup> Ein z. B. ehemals klischeehaftes Outfit sei heute nicht mehr üblich. Rechtsextreme griffen auf verdeckte Codes zurück und bewegten sich äußerlich unauffällig. Zu einem großen Problem hätte sich das nicht mehr gängigen Klischees folgende Äußerung speziell an Schulen entwickelt. Die meisten Lehrer verträten die Überzeugung, dass es an ihrer Schule keine Rechtsextremisten gäbe. Wenn er hingegen z. B. anlässlich von Vorträgen oder Seminaren zugegen sei, veranschauliche sich ihm stets die Naivität von solchen Einschätzungen: Genauere Blicke offenbarten beachtliche Zahlen. Belegt sieht er dies auch durch verschiedene Studien, die fünfzehn Prozent der Schüler in Sachsen ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ attestierten.

tet, sondern bei zutage tretenden (bzw. nicht zu ignorierenden) Vorfällen nur als eigentlich anständige, aber ausnahmsweise enthemmte (weil z. B. betrunkene) Jugendliche. Allein bei Aufsehen erregenden Ereignissen, wie z. B. jüngst, als in Görlitz britische Studierende angegriffen worden seien, seien ein Aufschrei und eine öffentliche Entschuldigung aus der Stadtverwaltung zu vernehmen.<sup>831</sup> Ansonsten fehle in aller Regel aber jede Unterstützung für Betroffene; sei es bei rassistisch motivierter Gewalt oder als schikanös empfundenen Kontrollen durch den BGS und die Polizei aufgrund des Verdachts einer irregulären Einreise. Problematisierungen würde indes eher mit dem Vorwurf der Nestbeschmutzung wegen eines drohenden Imageschadens begegnet. In Konsequenz fehlender Unterstützung, so seine Erfahrung, zögen sich Migranten zusehends in vertraute (innerethnische) Zusammenhänge zurück und partizipierten fortan viel zurückhaltender am öffentlichen Leben. Interkulturalität würde durch Verdrängen und Verschweigen unverkennbar nachteiliger Handlungen für Migranten in den lokalen und regionalen Vergesellschaftungsprozessen somit deutlich erschwert, ja geradezu verunmöglicht.<sup>832</sup>

Der Frage nach lokal bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen entgegnet er geradezu spöttisch, dass er bis auf wenige, vor allem unabhängig, geradezu isoliert engagierte Einzelpersonen keine Ansätze erkennen könne; Initiativen z. B., die ähnlich seiner Institution auch Migranten unterstützten, existierten nicht. Als eklatantes Problem betreffend eine Veränderung der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse durch Aufklärungs- und Bildungsarbeit wertet er, dass die lokale Bevölkerung bereits an tendenziell oberflächlichen, inhaltlich nicht anspruchsvollen oder brisanten Veranstaltungen gemeinhin kein Interesse zeige, um sich nur zu informieren und weiterzubilden. Veranstaltungen, die zudem auf ein kritisches Hinterfragen zielten, bliebe sie somit erst recht fern. Aufgrund der sozialen Verluste als Folge der Schrumpfungsprozesse fehle der Region schlicht ein Gutteil (vor allem jungen) kritischen Bevölkerungspotenzials. Eine differenzierte und vor allem auch kontinuierliche Begleitung und Beleuchtung von Entwicklungsprozessen durch eine interessierte Öffentlichkeit, abseits kleiner Expertenkreise lokaler Eliten, bliebe folglich im Prinzip völlig aus. Das Gros der (meist älteren, immobilen etc.) Bevölkerung lebe dagegen weitgehend in ihrer Welt zwischen „Häuschen“ und „Garten“.

Für den *LZ* sei die Tragweite der aktuellen Probleme von Görlitz, auch mit Blick auf die EU-Erweiterung, nur durch den historischen Kontext nachzuvollziehen. Aus diesem resultierten all jene Schwierigkeiten, die Görlitz, eine einst bedeutende, sich vor allem durch Zentralität ausweisende Residenzstadt, die eine „bürgerliche Hülle“ vorgäbe, bis heute belasteten.<sup>833</sup> Nach 1990 hätte sich der durch Abwanderung bedingte qualitative Verlust und Wandel derart zuge-spitzt, als Menschen nicht mehr aufgrund ihres persönlichen, von der kleinbürgerlichen DDR-Gesellschaft im peripheren Görlitz abweichenden Lebensentwurfs, sondern schon aus Gründen der bloßen Lebensunterhaltssicherung abwanderten.<sup>834</sup> Diese qualitative Veränderung stelle das Selbstverständnis der Görlitzer teils fundamental in Frage, da die Stadt offensichtlich nicht

<sup>831</sup> Allerdings, so seine Kritik, sei dieses Vorgehen nur dem Umstand geschuldet, dass es sich um Studierende und nicht z. B. um Flüchtlinge gehandelt hätte. Zudem seien die Täter mehr als kriminell, denn rassistisch dargestellt worden, wodurch eine Auseinandersetzung um Bedrohungspotenziale für Menschen allein aufgrund der gesprochenen Sprache hintertrieben würde.

<sup>832</sup> Gestiegen sei in jüngster Zeit aber die Nachfrage nach Bildungs- und Präventionsarbeit, der aber z. B. seine Institution nicht befriedigend nachkommen könne: Der als Erfolg zu wertende vermehrte Wunsch nach Angeboten bliebe wegen fehlender Angebote vielfach unerfüllt; Bildungsbeauftragte würden oft mit (endlich) erkannten Problemen allein gelassen.

<sup>833</sup> Bereits vor 1990 sei über Jahrzehnte hinweg ein Auszug der städtischen Eliten zu verzeichnen gewesen, wodurch es mit der Bevölkerungsstruktur qualitativ kontinuierlich „bergab“ gegangen sei.

<sup>834</sup> „Sie sind wegen eines Briefträgerjobs in den Westen gegangen. [...] Früher sind sie gegangen, weil sie im Westen Professoren werden konnten, und der ist gegangen, weil er Briefträger werden konnte.“

mehr befriedigend funktioniere. Damit sei ein sozialer Entwicklungsprozess in Gang gesetzt worden, der vielfältige negative Folgen nach sich zöge.<sup>835</sup> Heute lebten viele Menschen in Görlitz, die vor Ort keine persönliche Zukunft sähen und bei denen auch der Impuls verloren gegangen sei, sich für die Stadt zu engagieren.<sup>836</sup> Görlitz stünde zwar, vor allem aufgrund der Schrumpfungprozesse, der kommunalen Finanzmisere und des europäischen Integrationsprozesses, vor immensen Herausforderungen, viel zu wenige Menschen seien aber bereit dafür Kraft und Kreativität aufzubringen.<sup>837</sup> Indes sei in jüngster Zeit auch ein gegenläufiger Prozess derart zu erkennen, als sich zunehmend Menschen bewusst für Görlitz als Wohnort entschieden, da sie in dieser für sie offenkundig attraktiven Stadt an der Grenze eine persönliche Zukunft ausmachten.<sup>838</sup> Somit sei die Stadt inzwischen vielfach geteilt. Auf der einen Seite zeichne sie sich durch eine nennenswerte Zahl von Menschen mit „Sogwirkung“ aus, die „über den Teller- rand“ blickten, aufgeschlossen, innovativ, aktiv und energisch seien. Auf der anderen Seite stünden (eine weitaus größere Zahl von) Menschen, die „alle schlechten Merkmale“ einer kleinstädtischen Kleinstadt verkörperten und sich über Jahre in abgeschotteten, unflexiblen und geradezu lethargischen Lebenskontexten eingerichtet hätten und nicht willens oder in der Lage seien, aus den beständig reproduzierten Deutungszusammenhängen zu entfliehen.

Aufgrund der ohnehin fehlenden Bereitschaft sich bürgerschaftlich zu engagieren, reduziere sich die Zahl derer, die sich bewusst für eine Zusammenarbeit mit Polen, also zusätzlich für die Überwindung einer kulturellen Grenze, entschieden, auf eine Teilmenge. Gerade für interkulturelle Aktivitäten fehle es in Görlitz aber auch an „Vorturnern“ und „Motivatoren“, an Personen, die bereit seien, gemeinsame Prozesse zu forcieren und die Bevölkerung zu aktivieren und einzubinden.<sup>839</sup> Gemeinhin sei die Qualität deutsch-polnischer Aktivitäten allerorten vom persönlichen Verhältnis der beteiligten Akteure abhängig. Positive Entwicklungen seien in verschiedensten Bereichen zu verzeichnen.<sup>840</sup> Gerade durch die häufige Präsenz im Nachbarland aus zwar zweckorientierten Gründen nähme man sich einfach gegenseitig „als notwendige Partner“ wahr, verringerten sich sukzessive Berührungängste und gegenseitiges Misstrauen aufgrund nicht negativer Erfahrungen, würde ein soziales Neben- und Miteinander „irgendwie zur Normalität“ und der Umgang nach und nach gelassener: Man rücke „näher aneinander“, obgleich man (auch wegen der Sprachbarriere) noch immer kaum miteinander rede. Im Vergleich zur angespannten Lage bis 1990, die von Neid und Missgunst geprägt und keinesfalls gemäß der proklamierten Friedensgrenze gewesen sei, sei das Verhältnis heute weit

<sup>835</sup> Durch die physische Emigration vor allem junger Menschen seien z. B. auch viele ältere, deren Kinder eine Perspektive fern der Heimat suchten, durch eine psychologische geprägt: Mit den Kindern sei auch die eigene Zukunft abgewandert.

<sup>836</sup> Görlitz sei heute eine „Bürgerstadt ohne Bürger“, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ eine Stadt, deren Einwohner sich kaum mit ihr identifizierten, sie aktiv (mit-)gestalteten und sie faktisch mit Leben füllten: Viele „sind entweder physisch weg oder haben sich irgendwie ausgeklinkt.“

<sup>837</sup> Erschwerend käme hinzu, dass Görlitz über keine funktionierende Öffentlichkeit verfüge. Ein durch öffentliche Debatten und argumentative Aushandlung geprägter demokratischer Meinungsbildungsprozess sei bislang nur defizitär ausgebildet.

<sup>838</sup> Dadurch gewänne Görlitz sukzessive neue Bevölkerungspotenziale hinzu, die ein qualitativ „neues Görlitz“ konstituierten und auf eine (Wieder-)Anreicherung des einst verloren gegangenen bürgerlichen Kerns hoffen ließen.

<sup>839</sup> Engagement würde viel zu oft geradezu von Oben verordnet statt gemeinsam entwickelt. Initiativen der Zeitung verdeutlichen aber, dass wenn man sich den Menschen wirklich zuwende, auch erstaunliche Energien mobilisiert und Menschen selbst durch kleine Impulse zu Aktivitäten bewegt werden könnten. Aufgrund der Schrumpfungprozesse seien Anstrengungen zur Einbeziehung der Bevölkerung aber speziell auch zur Überwindung der innerstädtischen sozialen Grenze evident, also der Versuch, die desintegrierten Teile der Bevölkerung durch originäre, alltagspraktische Sozialarbeit in die Gesellschaft zurückzuholen, statt nur immerfort über abstrakte Brücken der Grenzüberschreitung zu schwadronieren.

<sup>840</sup> In der Wirtschaft, beim Grenzschutz, bei Jugendlichen oder z. B. auch zwischen Sport- oder Kulturvereinen bestünden gute Kooperationen, die bereits zu Beginn der 1990er Jahre eingesetzt hätten und auf einer ganz pragmatischen Ebene verliefen. Ganz allmählich manifestiere sich eine Menge deutsch-polnischen Lebens, auch an öffentlichen Orten.

positiver. Jedoch, so schränkt er ein, existierten die notwendigen, kontinuierlichen und vertrauensvollen „ganz kleinen privaten Netzwerke“ und Freundschaften, die die Basis für ein zukünftig soziales Miteinander bereitzustellen vermögen, nach wie vor „ziemlich wenig“.

Große Bedeutung für das bis heute schwierige deutsch-polnische Verhältnis weist er dem zu DDR-Zeiten etablierten Grenzregime zu, infolgedessen es an einer gewachsenen Kultur des Neben- bzw. Miteinanders mangle. Aufgrund des fragilen Verhältnisses käme es rasch zu Irritationen, die durch bestehende Mentalitätsunterschiede verkompliziert würden und gemeinsames Kommunizieren erschwerten. Hinsichtlich gelebter Interkulturalität käme hinzu, dass so etwas in der Region nie eine Rolle gespielt hätte. Hingegen hätte sich durch die Randlage in der DDR eine „Insel-Mentalität“ manifestiert, ein auf sich konzentriertes „im eigenen Saft“ Schmoren, „fast so was Inzuchtmäßiges“. Auch das Entdecken ferner Kulturen oder nur diesbezügliche Neugier, Abenteuerlust und Entdeckerdrang, hätte in der kleinbürgerlichen, kaum diversifizierten DDR-Gesellschaft nicht zum üblichen Lebensentwurf gezählt. Somit sei auch die Wahrnehmung der Grenze sehr verschieden: Eine Bereicherung oder Chance zur Überwindung des Eigenen und zum Kennenlernen von Anderem für Außenstehende bzw. aus dem Westen Zugezogene, entgegen jenen Menschen, die mit dieser Grenze sozialisiert wurden, denen eine entsprechende Innovationsbereitschaft weitestgehend fehle.<sup>841</sup>

Neben fehlendem Erfahrungswissen belasteten das Verhältnis zu Migranten vor allem auch die durchlebten Nachwendetransformationen. Den Menschen, die eine rückwirkende Entwertung ihrer Sozialisationskultur hätten erfahren müssen und sich nicht ganz zu Unrecht kolonialisiert fühlten, da ihnen die Entwicklung ihrer Heimat aus der Hand genommen worden sei, mangle es auch an Selbstbewusstsein. Somit könnten sie sich auch nicht selbstbewusst gegenüber anderen Lebensstilen öffnen, sondern tendierten eher zu Abschottung und Selbstverteidigung. Dadurch würden die eigene Identität und die über Jahre eingeübten Praxen zu verteidigen versuchende Bollwerke weiter verfestigt. Als dezidiert ausländer- oder fremdenfeindlich möchte er die lokalen Zustände aber nicht verstanden wissen, sondern als geprägt von „Mangel an Offenheit“ auch aus „Unbeholfenheit“ und „Provinzialität“, die sich gegen alles Äußere und Fremde richte, also auch gegen Westdeutsche. Eine positive Haltung gegenüber Interkulturalität sei vor allem vom eigenen Selbstbewusstsein und den bestehenden materiellen Sicherheiten abhängig, dem entgegen aus Unsicherheiten ablehnende Haltungen und Affekte gegenüber Migranten resultierten. Folglich gelte es auch „das mit dem Rechtsextremismus“, gemessen am „sozialen Sprengstoff“ in der Region, nicht über zu bewerten, sondern eher als eine Größe aufzufassen, die zwar keinesfalls zu tolerieren, aber doch nachzuvollziehen sei.

Die Gesamtschau zeigt für Görlitz unverkennbare Gegensätze zwischen dem *SV* und den anderen Experten, wobei ersterer nonchalant sichtlich divergierende Deutungen miteinander verbindet. Die Fortschritte im Miteinander von Deutschen und Polen seit der Wende bezeichnet er als sensationell, Polen repräsentieren für ihn eine konstitutive Referenz deutschen Denkens

<sup>841</sup> Chancen würden nicht ergriffen, sondern man warte, dass einen „das Leben lebe“: „Dass man halt hinter seinem Gartenzaun hockt und hofft, dass die Welt schon in Ordnung ist. [...] Diese eher passive Haltung haben halt viele Menschen in jeder Beziehung. Man nutzt die Chancen nicht, die so eine Region bietet und man wartet irgendwie, dass so das Schicksal über einen hinwegdonnert und im besten Fall vielleicht noch mitnimmt. Und ansonsten ist es eine eigenartige, ich glaube eine Unfähigkeit mit bestimmten Dingen umzugehen. So eine eigenartige Passivität.“ Somit ginge es im deutsch-polnischen Verhältnis zunächst vor allem um zu erzeugende Normalität und abzubauenen Berührungängste, nicht um interkulturelle Neugier.

und Handelns. Nachfragen begegnet er mit Relativierungen. Die (noch) zu absolvierende Verständigung betrachtet er aufgrund vieler schwieriger Rahmenbedingungen als natürlichen Sozialisations- und Erziehungsprozess, selbstverständlich für vor allem die jüngeren Generationen, mit sich automatisch verwachsenden Ressentiments und Vorurteilen hin zu einem internalisierten gemeinsamen Selbstverständnis und einer regionalen Identität ohne Vorurteile und Schwierigkeiten. Zwar proklamiert er einen sinkenden Anteil sich nicht auf interkulturelle Entwicklungen Ein- bzw. Umstellenden, akzentuiert aber vor allem eine zu unterlassende Überforderung und Verständnis für die aufgrund der Folgen der Schrumpfungprozesse selbstverständlich existenziellen Sorgen und Ängste der Deutschen vor (drohender, zusätzlicher) Konkurrenz, gerade aufgrund der bis heute fortdauernden Vorbehalte und Vorurteile. Letztlich setzt er das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung: Mit einer florierenden Wirtschaft verschwinden automatisch Ängste und Ressentiments, ohne wird es kein spannungsfreies Verhältnis geben. Formen einer nicht wirtschaftlich begründeten Herabwürdigung oder Ablehnung von Polen/Migranten sind ihm unbekannt.

Der SA, die GI und der LZ blicken differenzierter auf die gesellschaftlichen Konstitutionsprozesse. Für das Verhältnis zu Migranten/Polen bzw. Fremden betrachten sie Desinteresse, fehlende Neugier und Gleichgültigkeit sowie kulturell begründete Abgrenzung als grundlegend. Vor allem von (teils unverhohlenen artikulierten) Vorurteilen, Klischees und Ressentiments sowie Berührungsängsten und Ablehnung geprägte, fortdauernd reproduzierte Deutungsmuster gegenüber nicht der eigenen *Wir*-Gruppe zugehörigen Personen sowie Ängste vor (drohend zunehmender) Migration und damit verbundenen Be-/Überlastungen und Gefahren sind für sie kennzeichnend, speziell auch mit Blick auf die EU-Erweiterung (SA; GI 1; GI 2; LZ). Für den SA droht, gerade aufgrund einer propagandistischen Kommunalpolitik und einer weitgehend un- bzw. desinformierten Bevölkerung, eine Zunahme der ohnehin (latent) bestehenden Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit sowie von Ängsten und Vorbehalten gegenüber allen Fremden. Der GI 1 vernimmt ungeheure Berührungsängste, Fremdheit und Intoleranz sowie teils unverhohlenen geäußerte Ressentiments speziell betreffend Polen, von Vorurteilen und Ablehnung auch aufgrund gefühlter Überlegenheit bestimmte Einstellungen aber mehr als verinnerlichte Haltung denn als öffentliche Handlung. Der GI 2 nimmt gesellschaftlich verinnerlichte rassistisch begründete Einstellungen mit einer unterschiedlichen Betrachtung und Bewertung von Migranten nach ihrer ethnischen bzw. kulturellen Herkunft und dem zugeschriebenen (temporären) wirtschaftlichen Nutzen wahr, auch in Abhängigkeit der Anpassung an in Deutschland übliche Grundhaltungen. Ein funktionalisierter, allein auf Nutzen wirtschaftlicher Vorteile basierender Umgang mit Migranten/Polen erscheint ihm mit einer rassistisch begründeten Ab- und Entwertung bestimmter Personen(gruppen) verschränkt. Der LZ betrachtet die örtliche Gesellschaft nicht als dezidiert ausländer- bzw. fremdenfeindlich, sondern ablehnende Einstellungen gegenüber Migranten durch fehlendes Selbstbewusstsein und Unsicherheit und somit mangelnde Offenheit sowie Unbeholfenheit und Provinzialität geprägt, bestimmend für das Verhältnis zu allen nicht der eigenen *Wir*-Gruppe als zugehörig erklärten Fremden. Das Verhältnis zu Polen wertet er zwar als nach wie vor fragil, aber zusehends entspannter, eine aufgrund der räumlichen Nähe notwendige Beziehung mit sich verringernder sozialer Distanz, sukzessive abnehmenden Berührungsängsten und nachlassendem Misstrauen hin zu sich normalisierender Gewohnheit. Über wirtschaftliche Nutzenbeziehungen hinaus wird der soziale Austausch aber auf gesellschaftlich geradezu isolierte Teilbereiche beschränkt eingeschätzt (GI 2; LZ).

Für die gesellschaftliche Konstitution erscheinen ihnen neben kulturell begründeter Abgrenzung sowie fehlender Offenheit und einer auf sich bezogenen Verteidigung der eigenen Identität, lebensweltlichen Deutungsmuster und eingeübten Praxen, gerade auch betreffend die EU-Erweiterung, primär (zunehmende) Unsicherheiten und Ängste vor weiteren Veränderungen mit negativen Folgen sowie Enttäuschung, Frustration und Resignation aufgrund der Schrumpfungprozesse und erfahrener Desillusionierungen bestimmend (*SA; GI 1; GI 2; LZ*). Sie sprechen z. B. von Beharrungsvermögen, Passivität, Immobilität und sozialer Teilnahmslosigkeit (*GI 1; GI 2; LZ*), fehlender Neugier und fehlender Innovationsbereitschaft bzw. -fähigkeit (*SA; GI 1; LZ*) sowie einer Inselmentalität und einer kleinbürgerlichen Mentalität (*LZ*).

Als Gründe für die Konstitution der Bevölkerung und besonders die von Desinteresse, Vorurteilen und Ablehnung geprägten Einstellungen gegenüber Migranten/Polen werden primär die Schrumpfungprozesse ausgemacht: Seit der Wende kontinuierliche, sich (dramatisch) zuspitzende Verluste mit vielfältigen negativen Folgen, enttäuschte und verloren gegangene Hoffnungen sowie zunehmende Unsicherheiten und Ängste vor weiteren Veränderungen (*SA; GI 1; GI 2; LZ*). Auch dem Verhältnis der DDR zu Polen, zwei getrennte Welten beiderseits einer hermetischen Grenze, und eine somit ohne Erfahrungswissen zu entwickelnde Kultur des sozialen Neben- bzw. Miteinanders (*GI 1; LZ*) wird Bedeutung zugewiesen. Ebenso der DDR-Sozialisationskultur mit fehlendem interkulturellem Selbstverständnis, nicht tradierten interkulturellen Kompetenzen und nicht internalisierter Neugier für andere Kulturen und interkulturelle Vergesellschaftungskontexte sowie der im Zuge der Nachwendetransformationsprozesse erfahrenen Entwertung der eigenen Kultur mit einem daraus resultierenden mangelnden Selbstbewusstsein und einer fehlenden Bereitschaft für Offenheit gegenüber anderen Kulturen (*LZ*).

Ähnliche Differenzen zwischen dem *SV* auf der einen Seite sowie dem *SA, GI 1, GI 2* und *LZ* auf der anderen prägen auch die Betrachtung und Bewertung von Rechtsextremismus und Rassismus. Der *SV* spricht zwar von natürlich wie überall, in Görlitz indes in nicht übertriebenem Maße bestehenden Umtrieben bzw. Strukturen, zum Glück aber niemals zu verzeichnenden rechtsextremistischen oder rassistischen Ausfällen und überbordenden Ereignissen, gerade angesichts eines dadurch drohenden Imageschadens. Dem entgegensteht, verbunden mit deutlicher Kritik an den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern, die Wahrnehmung einer Leugnung, Verdrängung, Relativierung und Verharmlosung von alltäglichem Rassismus und einer fehlenden Auseinandersetzung mit den Gefahren für (potenziell) Betroffene (*SA; GI 2*). Eine Beruhigung aufgrund ersichtlich offenbar länger ausbleibenden dramatischen Vorfällen und kaum vernehmbaren Aktivitäten wird beobachtet (*SA; GI 1*). Außerdem wird eine fehlende Unterstützung von gesellschaftspolitischen Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie auch von unmittelbar von Gewalt Betroffenen problematisiert (*GI 1; GI 2*). Für den *GI 2* kann bei vorhandenem Interesse auch in Görlitz ein bedeutendes Problem mit Rechtsextremismus und den negativen Folgen für Migranten nicht übersehen werden. Der *LZ* hingegen möchte eine Beurteilung der zu verzeichnenden Probleme mit Rechtsextremismus mit den sozialen Rahmungen und bundesweit ähnlichen Potenzialen kontextualisiert und sie als einen nachvollziehbaren und nicht über zu bewertenden (keinesfalls zu tolerierenden) Ausdruck von emotional begründetem Protest eingeordnet wissen.

#### 6.5.2.4 Zwischenfazit

Die Wahrnehmungen und Deutungen der Verfasstheit der lokalen Bevölkerung und speziell ihrer Einstellungen betreffend Migranten/Polen zeigen sich bei den Experten vorwiegend ähnlich; trotz teils verschiedener Konnotationen und Bedeutungszuweisungen, vor allem repräsentiert durch die drei *SV* eingedenk einer proklamierten Zustimmung für ihre Politik.

Für die Beziehung zu Migranten wird primär eine Betrachtung und Bewertung als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen als charakteristisch angesehen. Und auf dieser Grundlage das Verhältnis als vor allem gekennzeichnet durch verschiedene Formen und Intensitäten von unterentwickelter Integrationsbereitschaft, Toleranz, interkultureller Kompetenz, Empathie und Wertschätzung zum einen, Ablehnung, Gleichgültigkeit, Distanz, Missgunst, Ressentiments, Vorurteilen, herabwürdigenden Handlungen aufgrund gefühlter Überlegenheit und rassistisch begründeten Einstellungen zum anderen. Von einigen Experten wird auch auf eine unterschiedliche Betrachtung und Bewertung von Migranten in Abhängigkeit des zugeschriebenen (temporären) wirtschaftlichen Nutzens und ihrer Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte abgehoben.

Den Kontakt zu Polen betrachten sie überwiegend analog. Die Resonanz auf interkulturelle Aktivitäten wird als gering bewertet, grenzüberschreitende Mobilitäten als vor allem persönlichen Zwecken und wirtschaftlichen Interessen folgend, engere soziale Beziehungen als wenig bedeutend. Zunehmende Interaktionen zwischen den Zwillingstädten erscheinen primär als Resultat von Notwendigkeiten und Abhängigkeiten. Trotz konstaterter Fortschritte und Verweis auf bestehende Ausnahmen betreffend einige interkulturell interessierte bzw. engagierte Akteure, möchte kaum einer von wirklichen Erfolgen im interkulturellen Miteinander sprechen.

Als prägnant für die Bevölkerung betrachten sie vor allem sozialen Rückzug und kulturell abgeschottete, von Passivität, Frust, Resignation, Lamentieren über das als unbefriedigend empfundene eigene Schicksal und gefühlte Benachteiligungen, unterentwickelter Neugier, Flexibilität, Innovativität und Eigeninitiative sowie Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmte Lebensstile, ohne Interesse an Mitgestaltung. Bestimmend erscheint für sie ein teilnahmsloses Erstarren in Ängsten vor weiteren Verlusten, ein Festhalten an gewohnten, vermeintlich sicheren sozialen Praxen, Desinteresse an fremden, nicht der eigenen *Wir*-Gruppe zugehörigen Menschen und Ängste vor Veränderungen der eigenen Lebenswelt.

Vor diesem Hintergrund werden die Deutungen der EU-Erweiterung als vor allem geprägt durch (drohende, zunehmende, starke) Be-/Überlastungen und Gefahren betrachtet, bereits bestehende Einstellungen und Vorurteile sowie wirtschaftliche und soziale Unsicherheiten und Ängste aktualisierend; gerade betreffend damit mutmaßlich verbundene Migration.

Als Gründe für die Verfasstheit und die Einstellungen der Bevölkerung werden zuvorderst die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Transformations- und Schrumpfungsprozesse mit enttäuschten Hoffnungen, erfahrenen Desillusionierungen, steigenden Prekarisierungen und Ängsten, Persistenzen der DDR-Sozialisationskultur sowie das institutionalisierte Verhältnis zu Polen ohne interkulturelles Selbstverständnis gesehen. Ferner werden für unzureichend absolvierte interkulturelle Verständigungs- und Integrationsprozesse auch eine abweichende Mentalität und unzureichende Anpassung von Migranten an in Deutschland geltende Regeln und Werte, innerethnische Abschottungstendenzen, eine ungenügende Bereitschaft zur Teil-

habe am gesellschaftlichen Leben sowie eine fehlende Organisierung von Migranten ausgemacht. Zudem werden auch ausländerspezifische Gesetze, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft und äußeren Erscheinung diskriminieren und gesellschaftlich exkludieren, und die monokulturell dimensionierte Mentalität der Deutschen als verantwortlich erklärt.

Bei der Betrachtung und Bewertung der Bedeutung von Rechtsextremismus bzw. gewalttätigem Rassismus stehen sich verschiedene Einschätzungen, vor allem die *SV* einerseits, die anderen Experten andererseits, gegenüber. Die Palette der Deutungen umfasst unter anderem eine vehemente Leugnung mitsamt Schuldzuweisungen an Betroffene, Kritik an einer skandalisierenden Medienkampagne sowie eine Relativierung und Verharmlosung mit Blick auf einen möglichen Imageschaden oder Vorfälle andernorts. Zudem auch Wertschätzung teils positiver Veränderungen und allmählicher Verbesserungen, eine Akzentuierung einer deutlich gewandelten Situation und positiv veränderten Einstellungen von dulddender Passivität hin zu aktiver Intervention sowie eine Problematisierung allein symbolischer und repräsentativer Absichtserklärungen ohne gesellschaftliche Resonanz. Und schließlich auch Kritik an den kommunalpolitischen Eliten aufgrund einer angeblichen Verdrängung und Verharmlosung bis hin zu einer Betonung nach wie vor bestehender (großer) Probleme mit regelmäßigen Vorfällen und vor allem verbreitet großer Angst bei potenziellen Betroffenen von rassistisch motivierter Gewalt.

### 6.5.3 Die Grenze und (irreguläre) Migration

In diesem Abschnitt stehen nun die Deutungen des Grenzregimes, insbesondere der Verfolgung von irregulärer Migration und der damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen, im Fokus.

#### 6.5.3.1 Frankfurt (Oder)

Der *SV* deutet das Grenzregime in Einklang mit seiner Vision einer interkulturellen Grenzstadt als generellen Störfaktor, der auch der gemeinsamen Entwicklung der Zwillingstädte zuwiderliefe.<sup>842</sup> Betreffend ihm unbekannte Folgen für (aufgrund ihrer äußeren Erscheinung möglicherweise irreguläre) Migranten zeigt er sich besorgt, äußerst Verständnis für den Unmut ob der als Diskriminierung empfundenen Behandlung und verspricht, mit dem BGS über eine Wirkungsminderung der als negativ empfundenen Implikationen reden zu wollen, da sie der Außendarstellung einer europäischen Grenzstadt unzutraglich seien.

Der Blick des *SA* auf die Grenze offenbart eine funktionsspezifisch eingeschränkte Wahrnehmung: Von den vielfältigen Formen und Wirkungen der Kontrolle und Überwachung habe er bislang nichts mitbekommen, und sich dazu auch keine Gedanken gemacht.

Da für den *GI 1* das Stadtgebiet von Frankfurt (Oder) aufgrund der massiven Präsenz der Sicherheitskräfte und dem nur schwer zu überwindenden Grenzfluss für Versuche der irregulären Einreise ungeeignet sei, spiele irreguläre Migration auch im öffentlichen Diskurs kaum eine

<sup>842</sup> Indes räumt er aber ein, negative Effekte bislang „überhaupt noch nicht bedacht“ zu haben. So stelle z. B. das Bemühen des Grenzschutzes um die Einbeziehung der Bevölkerung ein ihm völlig unbekanntes Phänomen dar, das ihm allerdings verdeutliche, wie hinderlich die Grenze in ihrem derzeitigen Charakter für die Entwicklung von Frankfurt (Oder) sei.



Rolle. Obwohl die Folgen des Grenzregimes nicht immer präsent seien und ein verdrängtes Problem repräsentierten, verdeutliche sich doch bei bestimmten Ereignissen dessen geradewegs aggressive Ausrichtung.<sup>843</sup> Auch hätte es immer wieder intensive Informationskampagnen des Grenzschutzes gegeben, um die Bevölkerung für eine aktive Unterstützung zu gewinnen, die nach seiner Erfahrung bei vielen auf fruchtbaren Boden stießen, da „der Wunsch nach einer starken Macht und einer starken Hand, die überall Ordnung schafft“ bestimmend sei. Ebenso seien klare Tendenzen einer bereitwilligen Stigmatisierung und Denunziation von mutmaßlich irregulären Einwanderern nicht von der Hand zu weisen. Ein steter Verfolgungsdruck für Menschen nichtortsüblichen Phänotyps, nicht nur durch drohende Angriffe, sondern auch BGS- und Polizei-Kontrollen, führe dazu, dass viele Migranten allenfalls mit Personen, die der deutschen Sprache mächtig seien und bei Kontrollen intervenieren könnten, auf die Straße gingen.

Der *GI 2* sieht die Wahrnehmung des Grenzregimes in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der bereits zu DDR-Zeiten hermetischen Grenzsicherung: Der heutige Zustand repräsentiere für sie nichts generell Ungewohntes. Zudem mache er aus dem regional kennzeichnenden Klima der Ängstlichkeit resultierende Tendenzen der Sympathie für Abschottung gegen drohende Belastungen, Gefahren und negative Folgen für die eigene Lebenswelt aus.<sup>844</sup> Obwohl er die mit dem Grenzregime verbundenen Wirkungen nicht umfassend einzuschätzen vermöge, vernähme er vor Ort aber durchaus Kritik; öffentlich allerdings nur von einzelnen Aktivisten.<sup>845</sup>

Für den *GI 3* sei Frankfurt (Oder) ein ordnungspolitischer Sonderraum mit omnipräsenten Sicherheitskräften.<sup>846</sup> Eine hohe Kontrollintensität für äußerlich auffällige, also potenziell nicht aufenthaltsberechtigte Personen bedeute teils als unerträglich empfundene Zustände.<sup>847</sup> Seit Jahren seien auch Anstrengungen des Grenzschutzes zu verzeichnen, die Bevölkerung zur Unterstützung bei der Verhinderung irregulärer Migration zu gewinnen, obgleich die Intensität der Öffentlichkeitsarbeit zurückgegangen sei. Auffällig sei aber, dass parallel gerade die initiierte „Aktion Noteingang“, die Schutzräume für von Übergriffen bedrohte Ausländer ausweise, von

<sup>843</sup> „Also es gab ja auch diese Geschichte mit dem Transporter, der auf der Autobahn umgekippt ist, wo die Flüchtlinge dann zuhauf in den Wald geflüchtet sind und wo der Bundesgrenzschutz so alles aufgefahren hat was da war. Und endlich konnte mal... [...] [E]s wurde eine Menschenjagd betrieben für meine Begriffe. [...] Und da gab es auch, da gab es auch im Radio immer wieder Meldungen, wie viele doch jetzt gefangen wurden.“ Ferner berichtet er z. B. auch über ein Ereignis, bei dem BGS-Boote auf dem Grenzfluss bewusst so manövriert worden seien, dass die mit Flüchtlingen besetzten Boote, die ans deutsche Ufer hätten übersetzen wollen, ins Kippen gerieten seien, wodurch zwar eine Festnahme erleichtert, ein Ertrinken der Flüchtlinge, darunter mehrere Kleinkinder, jedoch billigend in Kauf genommen worden sei.

<sup>844</sup> Eine bestehende Bereitschaft den Grenzschutz durch z. B. Mitteilung eigener Beobachtungen zu unterstützen, entspräche daher auch vielfach dem Bedürfnis, einen persönlichen Beitrag zur Abwehr zusätzlicher Konkurrenten leisten zu können.

<sup>845</sup> Die Kritik, auch an teils angeblich völlig unangebrachten Handlungen von Beamten, verpuffe aber aufgrund der Macht des Grenzschutzes im Grunde ergebnislos: „[D]er Grenzschützer kriegt seine Befehle [...]. Und dann marschiert der los.“

<sup>846</sup> „Sie sind präsent, man sieht es. Und die Grenze ist ja nun so dicht, man kann es eigentlich gar nicht übersehen.“

<sup>847</sup> „Also wenn Sie mal Asylsuchende fragen, die in Frankfurt gewesen sind... Also ich selbst habe es auch erlebt, dass der BGS am Bahnhof und in den Zügen sehr aktiv war, dass Polizei und BGS die Leute ständig kontrolliert hat in der Stadt. Wer also nicht mitteleuropäisch aussah, der hat ständig seine Ausweise vorzeigen müssen. Und das hat Leute so belastet, dass manche Leute gesagt haben: Ich kann hier nicht bleiben. Es gab wirklich auch Transferersuchen aus diesem Grunde. Wir hatten jemand, der ist aus Seelow hierhergekommen, und als der hier einige Monate war, hat er gesagt: Ich kann hier nicht bleiben, ich kann es nicht ertragen ständig kontrolliert zu werden. [...] Man merkt es auch, also wenn ich im Zug gefahren bin [...], da gingen sie dann durch, guckten: Aha, Papiere. Das erzählen die Leute einem auch. Die haben gesagt: Ich brauche bloß auf die Straße zu gehen, da kontrolliert mich schon einer, ich gehe in die Straßenbahn, da kommt der Kontrolleur auf mich zu und kontrolliert mich, nicht die anderen.“ Das Grenzregime liefere für ihn besonders auch dem Image einer angeblichen interkulturellen Grenzstadt entgegen: „Das ist ja auch diesen Geschäftsleuten damals so gegangen, die dann festgenommen worden sind [...]. Ausländische Geschäftsleute sind festgehalten worden und dann erst freigelassen worden, nachdem man sich überzeugt hat: Ja, die sind ja hier Teilnehmer von irgendwas. [...] Aber ich denke mal schon, da kann es jedem passieren, ob der jetzt hier eingebürgert ist und einen deutschen Ausweis hat oder, oder ob der jetzt Tourist ist [...].“

Beginn an nicht dezidiert gegen rassistisch motivierte Gewalt gerichtet, sondern allgemeiner auf ein lokales Gewaltproblem fokussiert gewesen sei: Damit sei jedoch die jahrelang gezielte Fahndung nach irregulären Migranten nur um eine allgemeine Kriminalitätsprävention erweitert worden, indem nun generell auf eine erhöhte Sensibilität und aktive Unterstützung betreffend jede Form von delinquenten Handlungen, also auch „illegale Einwanderung“, abgehoben würde. Obwohl er den Grad der faktischen Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung nicht abzuschätzen vermöge, bestünde sie zweifellos, da entsprechende Appelle vor allem bei den Menschen, die die z. B. durch Personen des öffentlichen Lebens rassistisch gefärbten Bedrohungs- und Überfremdungsszenarien internalisiert hätten, auf offene Ohren stießen.<sup>848</sup>

Für den *LZ* hätte die Bevölkerung mit dem Grenzregime „überhaupt nichts zu tun“. So registriere auch „kein Mensch hier“, inwieweit z. B. der BGS konkret gegen irreguläre Migration aktiv würde; aber auch die damit verbundene Kriminalität sei öffentlich „kein Problem“.<sup>849</sup>

In der Gesamtschau erscheinen die Wahrnehmungen des Grenzregimes in Frankfurt (Oder) eng an das funktionsspezifische Selbstverständnis und die persönliche Haltung der Experten gebunden. Einerseits wird den damit verbundenen Folgen keine (besondere) in der (Bevölkerung der) Stadt wahrnehmbare Bedeutung zugewiesen (*SV*; *SA*; *GI 2*; *LZ*). Andererseits werden die Omnipräsenz von Sicherheitskräften und die gesellschaftlichen Formierungsprozesse sowie speziell der Verfolgungsdruck für aufgrund ihrer äußeren Erscheinung möglicherweise nicht aufenthaltsberechtigte Personen als unübersehbares, jedoch verdrängtes Problem angesehen und für die Betroffenen schwer belastende, unerträgliche Zustände sowie teils auch die Fahndungspraxis und inhumane Handlungen von (einem Teil der) Polizeibeamten kritisiert (*GI 1*; *GI 3*). Für die drei *GI* knüpft die Fahndung nach irregulären Migranten bei der lokalen Bevölkerung in großen Teilen an ein Verlangen nach Schutz vor und einer Abwehr von (zusätzlichen, drohenden) Belastungen, Gefahren und negativen Folgen an. Die sozialen Wirkungen des Grenzregimes werden teils zwar als dem städtischen Image unzutraglich (*SV*; *GI 2*; *GI 3*), Proteste und Kritik aber als öffentlich kaum wahrnehmbar betrachtet (*GI 1*; *GI 2*; *GI 3*).

### 6.5.3.2 Guben

Der *SV* begreift das Grenzregime als Teil der Bevölkerung von der Politik notwendig zu gewährleisten Sicherheiten. Durch die massive Präsenz von Sicherheitskräften würden kriminelle Aktivitäten bereits im Ansatz „erstickt“ bzw. „neutralisiert“. Die zwischen Deutschland und Polen bestehenden „sozialen Unterschiede“, vor allem das exorbitante Wohlstandsgefälle,

<sup>848</sup> Angesichts des dominanten, negativ konnotierten Migrationsdiskurses hätten Versuche zur Sensibilisierung beim Umgang mit Themen wie Flucht und Asyl kaum mehr Chancen auf Erfolg: „Und die Leute wollen es eigentlich auch wahrscheinlich nicht, dass es korrigiert wird. Warum auch. Es lebt sich doch damit viel besser. Man kann ja sagen: Der hat es ja auch gesagt, ne. [...] Das Fremde, das ist mir ja nicht geläufig und damit habe ich Probleme und das könnte mir ja was Böses antun.“ Betreffend Kritik am Grenzregime sowie an ausländerspezifischen Gesetzen, die lokal nur vereinzelt artikuliert, aber nicht von breiteren Kreisen geteilt würde, kommt er zu dem Schluss, dass sich große Teile der Bevölkerung daran solange desinteressiert zeigten, bis sie selbst betroffen seien: „Solange die eigenen Interessen nicht befallen sind, interessiert es mich nicht.“

<sup>849</sup> Der Frage, ob auch einer Debatte um die gesellschaftlichen Folgen des Grenzregimes keine Bedeutung zukäme, begegnet er mit Verweis auf ein notwendig intensiveres Nachdenken, zeigt sich aber überzeugt, dass das Thema (z. B. Beweggründe einer Migration) in seiner Zeitung „immer mal wieder“, „vielleicht“ zu selten aufgegriffen würde, obwohl es aber auch nicht dem klassischen Bereich einer Lokalredaktion entspräche. Allerdings, so schränkt er ein, sei es auch nicht möglich, aus jedem irregulären Grenzübergang „eine Geschichte zu machen, [...] weil das könnte ich dann jeden Tag machen“.

bedingen bei den Deutschen das Bedürfnis nach „Schutz ihrer eigenen Interessenslagen“, „ihrer eigenen Persönlichkeit“, „ihres eigenen Wirkungskreises oder ihres Eigentums“; bestimmt von der Angst, dass ihnen etwas genommen oder Bestehendes gefährdet werden könne. Dieses Bedürfnis, das sich z. B. auch in einer großen Unterstützungsbereitschaft für den Grenzschutz durch Mitteilung eigener Beobachtungen ausdrücke, gestalte sich für ihn aber in einem völlig normalen Rahmen: Es handle sich um Hinweise, „die auch jeder andere realisieren würde“.<sup>850</sup>

Der SA wisse um viele Vorfälle täglich mehrfacher Kontrollen von aufgrund ihres Äußeren verdächtigen Personen, und deutet diesbezüglich auch auf „Reibungspunkte“ derart, als im so genannten Gubener Ausländerinitiativkreis vor allem zwischen Vertretern des BGS und der Kirchen Kontroversen um die Zurichtung der Kontrollpraxis stattfänden.<sup>851</sup> Sich selbst sieht er dabei aber als ohnmächtigen Akteur: Zwar zeigt er sich betreffend negative Folgen des Grenzregimes sensibel, verweist aber zugleich auf Handlungsvorgaben des BGS.<sup>852</sup> Ambivalenz verdeutlicht er zudem dadurch, als er einerseits zwar über unangebrachte Handlungen von Beamten berichtet, den BGS und den Zoll aber andererseits als beste Kooperationspartner würdigt.<sup>853</sup>

Der *GI I* kritisiert die mit dem Grenzregime verbundenen Folgen deutlich. Für ihn repräsentiere der BGS einen „Staat im Staate“, wobei sich etliche Beamte durch Unfreundlichkeit, Vorurteile gegenüber Teilen ihrer Kunden sowie Herrschsüchtigkeit auszeichneten, so dass er insgesamt, trotz Verbesserungen in den letzten Jahren, nicht in angemessener Weise der zu gewährleistenden Dienstleistung gerecht würde.<sup>854</sup> In der lokalen Bevölkerung hingegen sei bis auf wenige Ausnahmen der Grenzschutzauftrag internalisiert: Grund sei vor allem die der Sozialisation der Deutschen seit jeher inhärente Ordnungs- und Autoritätsgläubigkeit.<sup>855</sup> Somit ziele auch nicht nur der BGS massiv auf die Einbeziehung der Bevölkerung in den Grenzschutzauftrag, sondern viele Menschen beteiligten sich aus eigener Überzeugung an der Abwehr von

<sup>850</sup> Hinweise seien folglich auch absolut nicht als „Anschwärzen“ oder etwa Feindseligkeit gegenüber bestimmten Personengruppen zu werten, sondern die intensive Beobachtung grenzbedingter Kriminalität repräsentiere allein das große Verlangen nach innerer Sicherheit und dem Schutz eigener Interessen: „Sie verfolgen sehr intensiv alle Prozesse, die hier laufen.“

<sup>851</sup> „Sie haben hier ein großes Informationsbild, Blatt an die Bürger in Guben verteilt [...], und die Bürger sollen doch aufpassen, wenn irgendwo jemand gesehen wird [...], der nicht in das Gubener Stadtbild passt, vielleicht noch mit nassen Klamotten, so nach dem Motto: Der ist erst gerade durch die Neiße gewatet oder dieses oder jenes. Wo dann die Kirchen protestieren und sagen: Passt mal auf [...], das sieht ja nach Jagd aus, nach Ausländerjagd. Ja solche Sachen gibt’s dann schon.“

<sup>852</sup> „Weil sie anders aussehen, werden sie anders behandelt. [...] Das, das wird jetzt im Winterhalbjahr wieder losgehen, wenn dann die Leute aus dem Asylbewerberheim, dann ist es sechzehn, siebzehn Uhr dunkel, und die wollen ja hinterher auch noch raus. Dass die dann phasenweise sagten: Also nur auf dem Weg vom Asylbewerberheim zum Kaufland, das sind also bloß 50 Meter, wenn sie dort lang liefen, der Bundesgrenzschutz fährt seine Streife, dann sprangen die eben raus und haben die gleich sofort huit, hopp. [...] Ich bin gestern fünfmal in einer Stunde kontrolliert worden auf 500 Metern, immer wieder Bundesgrenzschutz oder Polizei. Ist das normal? Ja was willst du denn, das ist nicht normal, aber wir können dem Bundesgrenzschutz auch nicht sagen, hier soll nicht kontrolliert werden. Das ist nun mal seine Aufgabe.“

<sup>853</sup> „Und, und das hab ich auch schon erlebt, dass Leute bei mir gegessen haben, z. B. zwei Mosambikaner, die nachts durch die Alte Poststraße gelaufen sind, die dann vom Bundesgrenzschutz eben sofort als illegal Eingereiste definiert wurden und auch dementsprechend behandelt wurden, also, huit, peng, klatsch und so. Und ja, also auch Schläge und so weiter. Und, und, ich sage, ich nehme das zur Kenntnis, ich gehe hin zum Bundesgrenzschutz. Wenn solche Fälle wirklich bekannt sind, gehen die Leute dem auch nach. Also es ist nicht so, du kriegst dann auch eine Antwort. Aber ansonsten muss ich sagen, mit dem Bundesgrenzschutz und Zoll habe ich eben intensivst zu tun für alles das, was grenzüberschreitende Aktivitäten ist. Und da muss ich sagen, kann ich mir keine besseren Kooperationspartner wünschen. [...] Man kennt sich halt.“

<sup>854</sup> Vielfach fehle den Beamten auch jedes Fingerspitzengefühl. So sei z. B. ein polnischer Jugendlicher im Rahmen eines dreimonatigen grenzüberschreitenden Projekts bei jedem seiner tagtäglichen Grenzübertritte Leibes visitiert worden.

<sup>855</sup> „Der [Deutsche; M. M.] führt den Auftrag in sich. Er muss für Ordnung sorgen. Wir sind eigentlich immer angehalten worden für Recht und Ordnung zu sorgen. [...] Ich denke das steckt in unserem Volk drinnen.“

(zusätzlichen) Konkurrenten.<sup>856</sup> Eine kritische Auseinandersetzung um die vielfältigen Folgen des Grenzregimes oder die massiven Aufwendungen sei in Guben nicht zu vernehmen.<sup>857</sup>

Für den *GI 2* würde die ordnungsgemäße Verwaltung bzw. Kontrolle der Grenze von der lokalen Bevölkerung anerkannt und die gewährleistetete Sicherheit geschätzt. Der wirtschaftliche Faktor des Grenzschutzes bestärke die Akzeptanz.<sup>858</sup> Die Hinweise, die die Bevölkerung übermittle, wertet er als ein die Akzeptanz und das Vertrauen belegendes Zeichen, wobei es auch nicht zu tadeln sei, wenn Menschen die „Augen offen“ hätten und verdächtige Beobachtungen meldeten, demnach es auch falsch sei, ein solches Handeln als „Denunziation“ zu geißeln, auch wenn die Beförderung eines Klimas der Verdächtigung und Stigmatisierung drohe. Entscheidend sei, was das Klima für ein interkulturelles Miteinander „wirklich mehr vergiftet“: Nach rechtsstaatlichen Prinzipien verbürgte Sicherheit oder ständige Unsicherheit aufgrund möglicherweise nicht aufenthaltsberechtigten oder sogar gefährlichen Personen.<sup>859</sup> Für gewährleistetete Sicherheit und zugleich ein friedvolles interkulturelles Miteinander „in vernünftigen Bahnen“ sowie die Vermeidung einer Überforderung „unserer Gesellschaft“ durch mit (unkontrollierter) Migration verbundenen Problemen müsse durch die politischen Verantwortungsträger gemäß einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung ein Rahmen garantiert werden.<sup>860</sup>

Für den *GI 3* hätte das Grenzregime vor allem aufgrund des regional verbreiteten Klimas der Ängstlichkeit große Bedeutung für die Bevölkerung: Sie zeige sich mit dem Bemühen um Eindämmung vermeintlicher Bedrohungen zufrieden und hätte den Grenzschutzauftrag auch weitgehend internalisiert. Eine dominierende Angst vor Bedrohungen von außen und einen Drang nach Abschottung gegenüber „Fremdem“ und „Fremden“ sieht er dabei im Zusammenhang mit der Akzeptanz von und dem Umgang mit Migration im Allgemeinen in überwiegenden Teilen der Bevölkerung.<sup>861</sup> Sobald äußere Einflüsse auf die lokalen Zustände einwirkten und sie in Frage zu stellen oder sogar zu verändern drohten, führe dies zu Überreaktionen.<sup>862</sup>

<sup>856</sup> „Man nennt das Bürgertelefon. Ich sage: Das sind Denunzianten [...]. Und die, die anrufen, das sind die Leute, die nicht haben wollen, dass jetzt noch 20 mehr kommen und die dann von dem Wenigen was ich noch habe, was wegnehmen.“

<sup>857</sup> So spiele z. B. auch die finanzielle Dimension in den lokalen Debatten, im Gegensatz zu den Kontroversen um den Gedenkstein in Erinnerung an Farid Guendoul, als diese stetig in den Vordergrund gerückt worden sei, keine Rolle. Dem entgegen würden immer wieder der notwendige Schutz eigener Interessen sowie entsprechende Sorgen und Ängste betont.

<sup>858</sup> „Und [...] es sind auch Arbeitsplätze in der Region, es sind Steuerzahler, es sind Kinder, es sind Familien, das ist nicht unbedeutend. Wenn die alle weg wären, würde uns noch was fehlen, ja.“

<sup>859</sup> Obwohl mit ordnungspolitischen Maßnahmen keinesfalls alle gesellschaftlichen Probleme gelöst werden könnten, hätte die staatliche Exekutive eine unbestritten wichtige Funktion dahingehend, als sie „ein Grundgerüst an Ordnung und Sicherheit“ garantiere, das gerade deshalb wichtig sei, wenn gewünscht würde, dem Anderen „vorurteilsfrei“ zu begegnen.

<sup>860</sup> Dies sähe er z. B. auch durch Ängste in der Bevölkerung in „manchem westlichen Stadtteil“ mit einem (augenscheinlich zu) hohen Ausländeranteil belegt: „Wir haben alle Grenzen. Wir müssen mit Grenzen leben. Mein Ideal ist ein ganz anderes, ja mein persönliches Ideal. Aber wir haben ja eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Und da heißt es Balance halten.“

<sup>861</sup> „Also das, das Klima sozusagen ist schon so, dass da eine Abschottung eben auch unterstützt wird von, von vielen Leuten. [...] Es ist ein Ausdruck dessen, dass man von allen Seiten das Gefühl hat [...] bedroht zu werden, also von Fremdem bedroht zu werden oder Fremden bedroht zu werden. Und darauf eben irgendwie durch Abschottung und eben ja Sicherheitsorgane reagiert [...]. Und das, das Fremde also wirklich nur dann zulässt, wenn es, oder den Fremden, die Fremden, wenn sie dann eben acht Jahre in der Gemeinde gelebt haben und, und also eigentlich stadtbekannt sind und im Fußballclub B und C spielen und die Kinder zur Schule gehen und so. Dann weicht das eben ein bisschen auf, ja. Aber diese generelle, dieses generelle Bedürfnis nach Sicherheit durch Abgrenzung und durch offizielle Staatsmacht, das ist, das ist überwiegend hier.“

<sup>862</sup> Dies exemplifiziert er anhand eines so genannten Grenzcampes antirassistischer Gruppen, die das Grenzregime an der deutsche Ostgrenze skandalisiert hätten: „Also ich dachte wir sind hier irgendwie im Belagerungs- und, und Kriegszustand [...]. Und für mich war das, war das total erstaunlich was [...] für ein Aufwand betrieben wurde, weil die Leute also im Grunde genommen, ja da eben halt auch ein Projekt durchgeführt haben [...]. Also und das begegnet mir eben hier also relativ häufig, dass also sobald irgendwas nicht so, also unüberschaubar ist, ne, produziert das also soziale Ängste, die, ja die sich in, in, in Abschottung, Abschirmung und, und ja bloß nicht, bloß nicht näher äußern.“

Der *LZ* betont betreffend die hohe Präsenz an „Grenztruppen“, dass dies für die lokale Bevölkerung ob des hier bereits lange etablierten Grenzregimes „überhaupt kein Thema“ sei.<sup>863</sup> Elementar bei Deutungen der Verhältnisse und vor allem Kritik am Vorgehen gegen irreguläre Migration sei der Unterschied zwischen einem (überheblich kritischen) Blick von außen oder (einem nüchternen, sich mit der Situation abfindenden und sie verinnerlichenden) von innen.<sup>864</sup>

Zusammenfassend betrachtet sind die Deutungen des Grenzregimes in Guben ähnlich wie in Frankfurt (Oder) eng mit dem funktionsspezifischen Selbstverständnis verbunden. Für den *SV* verkörpert die Politik an der Grenze angesichts der aufeinandertreffenden wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede einen Teil der Bevölkerung notwendig zu gewährleistenden Sicherheiten. Der *GI 2* sieht den rechtsstaatlich garantierten Grenzschutz als gesamtgesellschaftlich stellvertretende Verantwortung: Für ein friedvolles interkulturelles Miteinander und zur Vermeidung einer Überforderung durch mit irregulärer Migration verbundenen Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen wird ein Grundgerüst an Sicherheit versichert. Der *SA* weiß zwar um erhebliche negative Folgen des Grenzregimes für aufgrund ihrer äußeren Erscheinung möglicherweise irreguläre Migranten und auch um deutliche Kritik, verweist aber auf eigene Ohnmacht und die gesetzlichen Pflichten des Grenzschutzes. Der *GI 1* und der *GI 3* kritisieren deutlich das mit Macht institutionalisierte Grenzregime und vor allem auch die Internalisierung sowie die aktive Unterstützung des Grenzschutzauftrages zur Verhinderung von irregulärer Migration und damit verbundenen (drohenden, zusätzlichen) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen durch große Teile der lokalen Bevölkerung. Der *LZ* betont differierende Betrachtungen des Grenzregimes gemäß dem Beobachtungsstandpunkt: Überheblich kritische von außerhalb, entgegen routiniert nüchternen von innerhalb der lokalen Gesellschaft.

<sup>863</sup> „Das sind die Leute gewohnt. [...] Also das ist, das ist überhaupt kein Thema, also das kann überhaupt keiner feststellen.“ Ihm begegneten in Grenznähe „jedes Mal irgendwelche“ Polizei- oder BGS-Streifen: „Logisch. Also entweder im Auto oder zu Fuß oder mit dem Nachtsichtgerät oder was weiß ich, was die alles, ja also zweifelsohne.“ Dass „mit Sicherheit auch viele Leute“ ihre Beobachtungen dem BGS mitteilten, möchte er nicht bewerten: „Ob das fair ist oder unfair ist, also, also...“

<sup>864</sup> „Es ist relativ leicht aus einer relativ großen Entfernung zu sagen: Also, ja also das ist doch nicht in Ordnung, die kommen ja nicht [...] nur hier her, weil sie reich werden wollen. Also das, das ist schon klar, ja. Aber aus einer großen Entfernung glaube ich, wird man leicht überheblich und sagt sich: Hey, was habt ihr denn, das ist doch, die Menschen die... [...] Ich finde das, weil, weil gerne Leute, die [...] von außerhalb in die Grenzregion so kommen, die dann immer sagen: Ich bin ja völlig fassungslos. Ja das mag ja sein. [...] Ich kann mich aber nicht [...] zehn Jahre lang nur darüber aufregen, ob es jetzt gerechtfertigt ist, [...] ob der jetzt hier nun einreisen darf oder nicht oder und, ob der jetzt ein schlimmes Schicksal und der Präsident da... [...] Wenn man von weit her kommt, guckt man gerne da so überheblich drüber und sagt: Also was hier los ist, da möchte ich ja gar nicht begraben sein. Der, ich verspreche Ihnen, der Blickwinkel verändert sich, wenn man täglich...“ Betreffend die diesbezügliche Berichterstattung seiner Zeitung räumt er zwar ein, dass Migranten dabei geradezu allein als Objekte von Maßnahmen der Grenzschränker erschienen, zieht sich aber auf eine eingeschränkte Zuständigkeit und die Minimalanforderungen eines Lokalredakteurs zurück: „Sie können nicht jede Woche, also das geht seit, diese, diese illegalen Einwanderer, die haben wir ja seit 15 Jahren also hier, ja. Wir können nicht die, die, also es sind im Mantelteil auch bei uns Geschichten gelaufen über illegale Einwanderer und wo die herkommen und wie schlimm und wes-, und so. Aber wir können nicht jede Woche die Betroffenheitsgeschichte machen, warum jetzt der, die, die fünfköpfige Familie versucht hier in Badehosen, nackt und sonst irgendwas, über die Neißer zu kommen. [...] Also das überfordert es einfach.“ Eine Beleuchtung z. B. der Folgen der Grenzsicherung oder von Fluchtgründen suche man somit im Lokalteil allein aufgrund der dafür notwendigen Rechercharbeit vergebens; dies sei allenfalls etwas für den Mantelteil: „Und auch im Mantelteil machst du das ein-, zweimal, dann wird's langweilig. Also dann wartest du wieder zwei Jahre und dann hast du wieder mal so eine Geschichte.“

### 6.5.3.3 Görlitz

Da für den *SV* eine „Überfülle“ an Uniformen aus DDR-Zeiten Gewohnheit sei, nähme er die starke BGS-Präsenz „überhaupt nicht wahr, weil sie kaum auffallen“. Für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung empfände er eine „solche Präsenz“ „beruhigend“, „richtig und gut“: Manchmal wünsche er sich sogar mehr Grenzschrützer, die tagtäglich „illegale Grenzübertritte, insbesondere Menschenschmuggel aus aller Welt“, verfolgten. Auch die Bevölkerung wolle das.<sup>865</sup> Über eine angeblich erhöhte Kontrollintensität für speziell aufgrund ihrer äußeren Erscheinung potenziell nicht aufenthaltsberechtigte Personen zeigt er sich betont überrascht.<sup>866</sup> Dass Bürger „Unregelmäßigkeiten“ den Sicherheitsbehörden meldeten sei prinzipiell „richtig“ und in einer Region „mit diesem Wohlstandsgefälle“, in der „natürlich die Verleitung zu Kriminalität“ äußerst groß sei, „unerlässlich“. Die Gefahr einer generellen Verdächtigung oder sogar Stigmatisierung von bestimmten Personengruppen sei nicht gegeben. Bestimmte Vorfälle seien keinesfalls „bevölkerungstypisch“, sondern „Einzelfälle, die nicht generalisiert werden können“.<sup>867</sup>

Aus Sicht des *SA* sei es dem BGS durch appellieren an gesellschaftlich internalisierte Wahrnehmungs- und Handlungsmuster, vor allem den in der DDR sozialisierten Sicherheits- und Ordnungsglauben sowie die regional weit verbreiteten Bedrohungs-, Konkurrenz- und Überfremdungsängste, gelungen, große Teile der Bevölkerung in den Grenzschutz einzubinden. Sie empfänden die durch die staatliche Exekutive repräsentierte Sicherheit nicht nur als „gut“, sondern unterstützten ihn durch Mitteilung eigener Beobachtungen auch regelmäßig tatkräftig.<sup>868</sup> Immer wieder zu verzeichnende Ereignisse wie z. B. eine geradezu generelle, äußerst intensive Kontrolle von Arbeitsmigranten aus lokalen Unternehmen würden zwar weithin als für das Görlitzer Image nicht zuträglich bewertet, jedoch zugleich als „Einzelfälle“ abgetan, die sofort verdrängt und vergessen würden, da sie nicht direkt die Interessen von Deutschen beträfen.<sup>869</sup>

Für den *GI I* sei die Wahrnehmung der Grenze in der Bevölkerung ambivalent. Zum einen würde sie als Hindernis für ein unkompliziertes miteinander in Kontakt kommen begriffen. Zum anderen sei der Wunsch nach Abschaffung aber überwiegend mit deutlichen Vorbehalten betreffend eine (drohend) zunehmende Einwanderung verbunden, die, gebettet in einen von Konkurrenz- und Bedrohungsszenarien dominierten Migrationsdiskurs, bestehende Vorurteile reproduzierten, so dass die Notwendigkeit des Grenzschutzes allerorten deutlich betont würde. Für ihn verkörpere der mit enormem Einsatz betriebene Grenzschutz, analog dem Gros der kommunalen Politik, einen bedenklichen Teil des lokalen Marketinginstrumentariums: Eine

<sup>865</sup> „Die wollen das. Die wünschen sich das, und empfinden das als angenehm.“

<sup>866</sup> „Also das ist eigenartig. Ich habe das also wirklich noch nie erlebt. Ich wünsche mir manchmal kontrolliert zu werden, einfach um das Erlebnis zu haben. Ich bin noch nie kontrolliert worden.“

<sup>867</sup> „Also mir ist das überhaupt nicht so bekannt oder aufgefallen bisher.“

<sup>868</sup> Ein verstärktes Abzielen auf die Einbeziehung der Bevölkerung durch eine wohldurchdachte Öffentlichkeitsarbeit deutet er auch als Resultat eines BGS-internen Umdenkens: Aufgrund eines von Teilen der Bevölkerung als rücksichtslos empfundenen Vorgehens bei der Verfolgung von irregulärer Migration zu Beginn der 1990er Jahre (z. B. regelmäßige Beschädigung von Gartenanlagen an der Grenze) hätte man realisiert, dass man für eine größere gesellschaftliche Akzeptanz des Grenzschutzauftrags stärker auf die Befindlichkeiten der Bevölkerung Rücksicht nehmen und diese als „Partner“ gewinnen müsse.

<sup>869</sup> Eine Reflexion der Folgen für die Betroffenen oder gar Interesse für deren Perspektive sei nicht zu verzeichnen. Kritische Stimmen zum Grenzregime seien nur vereinzelt (z. B. Studierende) zu vernehmen.

inszenierte „Sicherheitsshow“, die der Bevölkerung signalisieren sollte, dass man auf ihre Sicherheit achte und Sorge trüge, dass Ängste vor irregulärer Migration unbegründet seien.<sup>870</sup> Durch geradezu omnipräsente Grenzschützer fühle sich die lokale Bevölkerung somit in großen Teilen auch keinesfalls gestört, sondern geschützt, zumal die „Politik an der Grenze“ gezielt die Emotionen der Menschen bediene und die Möglichkeit böte, sich aktiv am (erfolgreichen) Grenzschutz zu beteiligen. Die Öffentlichkeitsarbeit des BGS, so vertritt er überzeugt, rief die Menschen nicht nur zur Mitarbeit „als Co-BGS“ auf, sondern träge zahlreich auch genau deren Befindlichkeiten: Die Bereitschaft zur „Denunziation“ von potenziell unberechtigten Konkurrenten sei verinnerlicht.<sup>871</sup> Für ihn aber sei der BGS ein „Fremdkörper“, zumal etliche Beamte auch „eindeutig Machtgebärden“ offenbarten und sich derart gerierten, dass „man nicht gerade von hoher Kundenfreundlichkeit reden kann“.<sup>872</sup> Kritische Interventionen folgten aber nur, wenn besondere Personen betroffen seien, z. B. mehrere polnische Handwerker, die anlässlich eines Messebesuches aufgrund nicht erfüllter Formalitäten aufgehalten worden seien.<sup>873</sup>

Der *GI 2* verbindet seine Deutung des Grenzregimes mit genereller Kritik an den sozialen Formierungsprozessen in der Region. Eine unterschiedliche Behandlung von Menschen allein aufgrund ihrer äußeren Erscheinung zeige sich ihm stets dann besonders deutlich, wenn er mit dem Zug nach Görlitz käme und von Beamten „offenkundig als Deutscher wahrgenommen“ und nicht kontrolliert würde. Dem entgegen würden jene, die nicht dem ortsüblichen Phänotyp entsprächen teils sehr harsch zum Nachweis ihres Aufenthaltsrechtes aufgefordert. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit des Grenzschutzes zur Legitimation der Notwendigkeit des eigenen Auftrags und Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung, um sie als Partner zu gewinnen, schätzt er als inzwischen nicht mehr notwendig ein: Sie hätte den Auftrag weitgehend verinnerlicht und beteilige sich „automatisch“.<sup>874</sup> Eine öffentlich vernehmbare kritische Beleuchtung des Grenzregimes suche man hingegen, jenseits von Einzelstimmen, vergebens.<sup>875</sup> Dass die sozialen Folgen des Grenzregimes oder auch die Handlungen der eingesetzten Beamten nicht hinterfragt würden, unwidersprochen Geltung erführen und stattdessen der Bevölkerung z. B.

<sup>870</sup> „Ich halte das für ein Marketinginstrument, das den Bürgern signalisieren soll: Wir achten auf eure Sicherheit und ihr könnt uns dabei helfen, dass das tatsächlich auch alles funktioniert, ja, also ihr braucht keine Angst zu haben, dass hier die Fremden euch überfluten, wir tun was für euch. [...] So lange wir hier sind, ist alles in Ordnung.“

<sup>871</sup> „Das ist sehr akut. Also ne Menge von den Leuten, die durch die Neiße waten, werden von Spaziergängern oder Anglern oder was weiß ich verpöffelt. [...] Aber das, das trifft ja natürlich bei manchen Bürgern hier auch genau auf das, was sie auch wollen, ne. Also gucken, dass hier nicht irgendwelche Leute unkontrolliert reinkommen. [...] Dieses Thema von Denunziation, das ist ja was, was hier sehr üblich war, ja. [...] Also ich denke das fällt hier durchaus auf sehr fruchtbaren Boden.“

<sup>872</sup> Die Beamten trügen in ihrem Auftreten vielfach nicht annähernd angemessen dem Umstand Rechnung, dass sie aus dem Allgemeinwohl dienenden Steuergeldern finanziert würden, demnach eine freundliche Haltung zu erwarten sei, sondern verhielten sich in großer Zahl als Menschen, die gerne „die Macht und die Kontrolle haben über andere“. Obwohl er keine quantitative Abschätzung zu unangemessenen Handlungen von Beamten treffen möchte, würden „immer wieder“ auch „Schikanen“ publik (z. B. übermäßig häufige, an phänotypischen Kriterien orientierte Kontrollen, diskriminierendes Verhalten), die nach seiner Erfahrung keineswegs Ausnahmeerscheinungen seien. Zugleich konstatiert er aber einzelnen Beamten auch sehr wohl freundliches Verhalten, demnach konkrete Situationen vor allem von den Diensthabenden abhängig seien.

<sup>873</sup> Von der Stadtverwaltung sei umgehend harsch protestiert und vermittelt worden. Dem entgegen würden aber Vorfälle betreffend das insbesondere gegen aufgrund ihrer äußeren Erscheinung mutmaßlich irreguläre Migranten gerichtete Grenzregime nicht in öffentlichem Rahmen thematisiert oder gar problematisiert.

<sup>874</sup> „Das ist tatsächlich so, dass eine Institution wie der BGS hier also völlig unwidersprochen und absolut etabliert ist.“ Hinweise aus der Bevölkerung würden auch immer wieder (z. B. in der lokalen Zeitung oder durch die Stadtverwaltung) gelobt.

<sup>875</sup> Kritik durch „eine größere Anzahl von Personen“ sei letztmals durch die so genannten Grenzcamps antirassistischer Initiativen Ende der 1990er Jahre zum Ausdruck gebracht worden. Diese seien aber in keiner Weise durch die lokale Bevölkerung, sondern vor allem externe Aktivisten getragen und nur von wenigen Einzelpersonen aus der Region unterstützt worden. Die Bevölkerung hätte den Aktivitäten sogar in weiten Teilen mit sehr drastisch formulierter Ablehnung gegenübergestanden.

durch die lokalen Medien nur regelmäßig Erfolgsmeldungen über gefasste Migranten präsentiert würden, in denen aber keine Fragen nach den Betroffenen und z. B. deren Lebenslagen oder nach angemessenen Handlungen der Polizeibeamten gestellt würden, gerade angesichts einer ständig mit Interkulturalität kokettierenden Europastadt, sei für ihn Ausdruck eines gesellschaftlichen Zustandes, der Personen nichtdeutscher Herkunft oder mit falschem Aussehen als Menschen völlig ignoriere und sie auch selbstverständlich anders behandle. Zwar möchte er bewusst nicht von einem „rassistischen Normalzustand“ sprechen, hinter den öffentlich vernehmbaren Äußerungen und den zugrunde liegenden Deutungsmustern schlummerten für ihn jedoch erhebliche Potenziale diskriminierenden und zumindest latent rassistischen Denkens.

Der *LZ* räumt betreffend die Bedeutung der Grenze bezogen auf Migration unumwunden ein, dass dem Thema in Görlitz und auch seiner Zeitung zu wenig Beachtung zuteil würde: Es repräsentiere (allerorten) ein (mehr oder minder erfolgreich) verdrängtes Problem.<sup>876</sup>

Die in Görlitz erhobenen Expertendeutungen des Grenzregimes zeichnen deutliche Differenzen aus. Der *SV* sieht den Grenzschutz als aufgrund Gewohnheit nicht wahrnehmbar, im Sinne des Sicherheitsgefühls der lokalen Bevölkerung aber wegen der mit der Grenze verbundenen (Verleitung zu) Kriminalität als richtig, gut und beruhigend sowie eine enge Verbindung zwischen Exekutive und Bevölkerung als unerlässlich. Mögliche negative Folgen sind für ihn kein Thema und Einzelfälle nicht zu generalisieren. Der *LZ* spricht von einem mehr oder minder erfolgreich verdrängten Problem, speziell betreffend die Folgen für irreguläre Migranten. Der *SA* nimmt Grenzschutz und Bevölkerung als Partner wahr, gemeinsam gegen von außen drohende Gefahren und (weitere) negative Folgen durch (weitere) Migration. Der *GI 1* betrachtet das Grenzregime vor allem als sicherheitspolitische Inszenierung mit Möglichkeiten einer aktiven Unterstützung der Abwehr von (drohenden, zusätzlichen) unerwünschten Konkurrenten und damit verbundenen Belastungen, Gefahren und negativen Folgen. Der *GI 2* schätzt das Grenzregime als gesellschaftlich internalisiert und eine unterschiedliche Behandlung von Menschen nur aufgrund ihrer äußeren Erscheinung als von zumindest latent rassistischen Einstellungen konstituierte Normalität ein. Weithin einhellig bewerten der *SA*, der *GI 1* und der *GI 2* die negativen Folgen der mit dem Grenzregime verbundenen Formierungsprozesse, vor allem für die primär Betroffenen. Sie sind kaum vernehmbarer Teil der öffentlichen Diskurse. Sie werden als Einzelfälle abgetan, sofort verdrängt und vergessen und erlangen allein in (für das Image von Görlitz als unerwünscht wahrgenommenen) Ausnahmefällen öffentliche Beachtung.

#### 6.5.3.4 Zwischenfazit

Die Wahrnehmungen und Bedeutungszuweisungen betreffend das Grenzregime und dessen soziale Folgen sind eng verbunden mit dem funktionsspezifischen Selbstverständnis sowie der persönlichen Haltung der Experten und in zweierlei Weise gegensätzlich. Zum einen wird dem Grenzschutz von einem Teil eine (aufgrund Gewohnheit) nicht vernehmbare Bedeutung zugewiesen. Von einem anderen Teil wird eine unübersehbare (gesellschaftlich aber verdrängte)

<sup>876</sup> In der Zeitung „[tauchen] diese Menschen als Menschen nicht auf. Es sind einfach nur, ja irgendwie so Objekte, die mal zurückgewiesen werden und es mal schaffen“. Vor Jahren hingegen, als etliche Migranten in der Neiße ertrunken seien, sei aber durchaus (vor allem im Mantelteil) intensiver z. B. über Fluchtgründe oder Umstände der Todesfälle berichtet worden.



Omnipräsenz proklamiert. Zum anderen wird das Grenzregime einerseits als notwendig für die Verhinderung von mit (unkontrollierter) Migration verbundenen Problemen, (drohenden, starken, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für (vor allem die innere Sicherheit und den sozialen Frieden in) Deutschland/die Deutschen, bewertet und wertgeschätzt. Andererseits werden die inhaltliche Ausrichtung, die erheblichen negativen Folgen für speziell im Fokus des Grenzschutzes stehende (irreguläre) Migranten (aufgrund ihrer äußeren Erscheinung) und die demgemäß zugerichtete Fahndungspraxis (als unter anderem „Menschenjagd“) sowie das Handeln (eines Teils) der Grenzschützer (als z. B. diskriminierend) scharf kritisiert. Zudem wird das Grenzregime auch als der Außenwirkung einer qua Selbstverständnis interkulturellen Grenzstadt zuwiderlaufend problematisiert. Gesellschaftlich sehen die Befragten den Grenzschutzauftrag und speziell die intendierte Verhinderung von irregulärer Migration und damit verbundenen (drohenden, starken, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren überwiegend als internalisiert an, eine verbreitet bereitwillige Unterstützung der Exekutive bei der Verfolgung von unerwünschten Migranten vor allem als Ausdruck einer enkulturierten und bis heute geförderten Denunziationsbereitschaft auf Grundlage von tradierten Vorurteilen, (zumindest latent) rassistisch begründeten Einstellungen sowie bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ängsten. Protest gegen die grenzpolizeilichen und gesellschaftlichen Formierungsprozesse wird als öffentlich nur völlig marginal repräsentiert eingeschätzt.

#### **6.5.4 Vergleichende Zusammenfassung der Ergebnisse der Interviewanalysen**

In der folgenden Zusammenfassung wird zunächst für jeweils ausgewählte Themen ein vergleichender Blick auf die in den durchgeführten Interviews in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz repräsentierten Funktionsbereiche betreffend Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den drei *SV*, den drei *SA*, den acht *GI* und den drei *LZ* geworfen. Danach werden auf Grundlage der dargestellten Teilabschnitte nochmals prägnante Resultate für Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz rekapituliert. Abschließend wird der Untersuchungsraum nochmals in toto betrachtet.

##### **6.5.4.1 Vergleichende Blicke auf die repräsentierten Funktionsbereiche von Experten**

In diesem Abschnitt werden die in den Interviews repräsentierten vier Funktionsbereiche für ausgewählte Themen interstädtisch gegenübergestellt. Der Vergleich betreffend Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den *SV* nimmt die Migranten/Polen zugewiesene Bedeutung bei der Stadtentwicklung sowie die Einschätzungen zur Realisierung der Vorstellungen und deren Bedeutungserfassung in der lokalen Bevölkerung in den Blick. Die Gegenüberstellung der *SA* resümiert zunächst die Deutung der Einbindung des eigenen Funktionsbereichs in die Kommunalpolitik und fokussiert dann ihr funktionsspezifisches Selbstverständnis, ihre Ziele und Tätigkeiten sowie die Deutung von erzielten Erfolgen. Ein ausdrücklicher Vergleich der insgesamt acht *GI* aus Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz ist bereits wegen der exemplarischen Auswahl der Experten aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Initiativen sowie der Heterogenität der Repräsentanten und der großen Streuung des funktionsspezifischen Erfahrungswissens wenig sinnvoll und kaum möglich. Somit beschränkt sich der vergleichende Blick auf die *GI* auf

einen kursorischen Überblick über die Motivation für ihre professionellen und/oder ehrenamtlichen Tätigkeiten, ihr funktionsspezifisches Selbstverständnis sowie besondere Auffälligkeiten. Für die *LZ* schließlich ist das Interesse auf das funktionsspezifische Selbstverständnis als Lokalredakteur sowie die Deutung ihrer Berichterstattung über Migranten/Polen gerichtet.

#### 6.5.4.1.1 Stadtverwaltung

Die jeweils propagierten Perspektiven der Stadtentwicklung und die anvisierten Gestaltungsprozesse offenbaren deutliche Differenzen, gerade betreffend die Polen und Migranten zugewiesene Bedeutung. Qualitativ divergierend akzentuiert, betonen sie einerseits den wirtschaftlichen Nutzen von Migration, andererseits problematisieren sie aber mit Migration verbundene Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen.

Der *SV/FF* bindet die Zukunft und das Überleben von Frankfurt (Oder) an den wirtschaftlichen Nutzen von Migration. Sein Ziel, so schnell wie möglich so viele Migranten wie möglich als neue Einwohner für die schrumpfende Stadt hinzuzugewinnen, ist nicht Ausdruck einer ethischen Haltung, sondern in erster Linie auf die Kompensation der Abwanderung von deutschen Einwohnern gerichtet. Im Sinne einer den eigenen Interessen von Frankfurt (Oder) und den Frankfurtern folgenden Stadtentwicklung betrachtet er auch eine möglichst umfassende Kooperation mit Ślubice als aus wirtschaftlichen Gründen alternativlos.

Der *SV/GB* setzt bei der Entwicklung Gubens auf das Primat der Ökonomie und auf eigene, deutsche Potenziale. Unter Proklamation von verbindlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Naturgesetzen, der (kulturellen) Überlegenheit Deutschlands und notwendig zu wahren Belastungsgrenzen bei der Integration von kulturell Fremden setzt er Migration mit (drohenden, starken) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen gleich und fordert die Anpassung der Schwächeren (Polen/Migranten) an die Stärkeren (Deutschen). Das polnische Gubin ist für ihn nur ein zu kolonisierendes, eigenständig wirtschaftlich überlebensunfähiges Anhängsel. Deutschland obliegt entsprechend die Erziehungsfunktion.

Der *SV/GR* äußert sich zur Bedeutung von Polen/Migranten bei seiner das glorreiche Erbe von Görlitz betonenden Stadtentwicklungsvision sehr ambivalent, teils auch unverkennbar gegensätzlich. Er propagiert geradezu eine bereits realisierte interkulturelle (deutsch-polnische) Normalität, mit aber (derzeit) unbedingt zu vermeidender Migration. Zum einen stellt er ein interkulturelles Miteinander als völlig frei von Herabwürdigungen und Diskriminierungen dar. Zum anderen betont er mit Migration zwangsläufig verbundene (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen.

Auch zur Realisierung und gesellschaftlichen Bedeutungserfassung ihrer Vorstellungen propagieren sie divergente Mittel und Wege.

Der *SV/FF* betont die Notwendigkeit von kommunikativer Aufklärung und erlebnisorientierter Selbsterfahrung. Den wirtschaftlichen Nutzen von Migration und die Alternativlosigkeit für die Zukunft von Frankfurt (Oder), aber auch den damit verbundenen kulturellen Zugewinn, will er der Bevölkerung in allen nur erdenklichen Zusammenhängen vermitteln, immer wieder versinnbildlichen und für sie direkt erlebbar machen. In möglichst zahlreich bereitgestellten Begegnungsmöglichkeiten sollen die Menschen selbst erfahren und verstehen, was Interkulturalität auch ihnen persönlich an unmittelbaren Vorteilen bringt.

Der *SV/GB* setzt auf wirtschaftliche Prämissen und proklamiert Interessenskongruenz aller Gubener. Zur Überwindung von qualitativen Defiziten beim zur Verfügung stehenden Humankapital fordert er im Dunstkreis sozialdarwinistischer Theorien eine radikale Reform der deutschen Erziehungs- und Ausbildungssysteme, Elitenförderung und autoritäre Führungsgrundsätze, die Internalisierung von Leistungsprinzipien sowie die Stärkung wahrer Gemeinschaften und Identitäten. Für interkulturelle Integrationsprozesse sieht er die Politik nicht zuständig: Durch von ihr garantierte grundsätzliche Sicherheiten entwickelt sich alles andere von selbst, auch die Anpassung von Polen/Migranten an die qualitativ vielfach stärkeren Deutschen.

Der *SV/GR* äußert sich zur Realisierung seiner Vision eines interkulturellen Görlitz' gegensätzlich. Den bereits absolvierten Prozess im deutsch-polnischen Miteinander wertet er als sensationell und Interkulturalität als weithin gelebte Normalität. Zur Überwindung der Schrumpfungprozesse setzt er auf einen mit der EU-Erweiterung verbundenen Automatismus von Gesundheit und Wachstum. Auch die grenzüberschreitende Einheit von Görlitz betrachtet er als eine natürliche Konsequenz. Jedoch setzt er Interkulturalität auch in unzertrennliche Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung: Durch Prosperität werden Ressentiments und Vorurteile automatisch bedeutungslos, ohne besteht keine Aussicht auf ein spannungsfreies Verhältnis.

#### **6.5.4.1.2 Städtische Ausländer-/Migrationsangelegenheiten**

Die Deutung der Einbindung ihres Funktionsbereichs in kommunalpolitische Handlungszusammenhänge weist neben strukturell bedingten Unterschieden vor allem Gemeinsamkeiten auf: Er erscheint als marginalisierter, nicht konstitutiver Bestandteil der Kommunalpolitik.

Der *SA/FF* betrachtet seinen Funktionsbereich als alibiartig angegliedert. Er sieht sich Angriffen, Rechtfertigungszwängen und Verteidigungskämpfen ausgesetzt, konfrontiert mit Desinteresse, Ignoranz und Ablehnung, der Betonung des Inländerprimats sowie selbst Migranten unverhohlen abwertenden Äußerungen. Er fühlt sich aber nicht nur ideell, sondern auch materiell nicht ausreichend unterstützt.

Der *SA/GB* betrachtet sich zwar in seinem Gesamtfunktionsbereich als integralen Bestandteil der Stadtverwaltung, mit ständigem Direktkontakt zu allen relevanten Entscheidungsträgern, im Teilfunktionsbereich Ausländer wird er aber offenkundig nur dann aktiv, wenn er (mehr oder minder) direkt mit Anliegen bzw. Problemen konfrontiert wird.

Der *SA/GR* sieht seinen Funktionsbereich zwar unabhängig und hochrangig institutionalisiert, aber zugleich als weisungsgebunden, nur mit beratender Kompetenz, bar Macht zur Umsetzung eigener Überzeugungen, als repräsentatives, marginalisiertes Anhängsel, nur zuständig für die als überflüssig und unerwünscht angesehenen Ausländer, ständig konfrontiert mit fehlender Kooperationsbereitschaft, Unverständnis, Desinteresse und rassistisch begründeter Abwertung von Migranten. Als konstitutiv wertet er ein Spannungsfeld zwischen haltloser Eigenständigkeit und ohnmächtiger Abhängigkeit, ohne Grundhaltung zum Funktionsbereich.

Das funktionsspezifische Selbstverständnis sowie die Ziele und konkreten Tätigkeiten der drei *SA* erscheinen sehr verschieden, deutlich (mit-)bestimmt vom durch die Kommunalpolitik zugewiesenen Stellenwert einerseits, dem Verhältnis zu bzw. der Existenz von vor allem Vereinen und Initiativen im Bereich „Ausländerarbeit“ andererseits.

Der *SA/FF* sieht sich primär als Koordinator der Ausländerarbeit in Frankfurt (Oder). Aktuell ist er vor allem mit der Erörterung grundsätzlicher Fragen in Vorbereitung eines Integrationskonzeptes befasst, um Migranten ein bisschen Integration zu ermöglichen. Um allererste Kontakte zwischen Deutschen und Migranten zu moderieren, verbreitete Vorurteile und Berührungsängste abzubauen, gesellschaftliche Partizipationschancen für Migranten zu fördern und die Lebenslage der besonders marginalisierten Gruppen zu verbessern, ist er überdies gemeinsam mit in Frankfurt (Oder) noch recht zahlreich bestehenden – zunehmend aber existenziell bedrohten – Vereinen und Initiativen um die Initiierung von Begegnungs- und Integrationsprojekten bemüht. Ferner ist sein Fokus auf eine grundsätzliche Information und Sensibilisierung der betreffend Migranten desinteressierten und uninformierten, von Ressentiments, Vorurteilen, Missgunst, Ängsten und einer teils aggressiv rassistisch artikulierten Abwertung bestimmten Bevölkerung gerichtet, damit, so sein Ziel, Migranten nicht weiter nur als Bedrohung und Problem betrachtet, sondern als gleichberechtigte Mitbürger anerkannt und der wirtschaftliche Nutzen von Migration sowie auch die mit ihr verbundenen Chancen gesehen werden.

Der *SA/GB* versteht sich als ein nur kleiner ohnmächtiger, betreffend Migranten auch nur temporär aktiver Akteur ohne Entscheidungskompetenz, mit eng begrenzten Befugnissen und Ressourcen, wenig Einfluss und kaum Mobilisierungsmöglichkeiten; trotz einer guten kommunalpolitischen Vernetzung und einer repräsentativen Funktion in der informell bestimmten Gremienarbeit. Neben einer gelegentlichen „Gehilfe“ für die ortsansässigen Ausländer sieht er sich vor allem als Schlichter von mit dem Zusammenleben von Deutschen und Migranten unweigerlich verbundenen Konflikten. Mit Überzeugung vertritt er die Notwendigkeit der Anpassung von Migranten an in Deutschland geltende Regeln und Werte.

Der *SA/GR* formuliert einen weitreichenden Anspruch. Er sieht seine Funktion nicht auf bloße Sozialarbeit für besonders marginalisierte Migrantengruppen beschränkt, sondern er beansprucht eine ständige Einflussnahme auf sämtliche städtischen Entwicklungsprozesse mit Blick auf Interkulturalität und Integration sowie demgemäß zu verfolgende Konzepte und Strategien.<sup>877</sup> Als Kern seiner Tätigkeiten betrachtet er neben der Unterstützung von Migranten im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe für den Zugang zu existierenden Rechten und ein Bestehen gegen von Unkenntnis und Vorbehalten bestimmte Mitarbeiter von Ämtern und Behörden, somit besonders auch die grundsätzliche Beratung der kommunalpolitischen Verantwortungsträger. Mit einer umfassenden Öffentlichkeits- und politischen Bildungsarbeit versucht er zudem, die betreffend Migranten desinteressierte und un- bzw. desinformierte, vor allem von Vorurteilen, Ressentiments, Ängsten und (latenter) Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnete Bevölkerung zu sensibilisieren und für dieses Ziel auch speziell Multiplikatoren auszubilden.

Die Wahrnehmung von (nicht) erzielten Erfolgen zeigt sich auffallend einmütig: In erster Linie sind Ernüchterung und Ratlosigkeit kennzeichnend.

Der *SA/FF* ist von Frust und Resignation bestimmt. Von Erfolgen möchte er gemeinhin nicht sprechen, zu aufwendig und mühselig ist es auch nur irgendeinen noch so kleinen Erfolg zu erzielen. Trotz intensiver Anstrengungen erfährt er kaum positive Resonanz beim anvisierten Zielpublikum. Als Erfolg wertet er bereits das Interesse und die Teilnahme von Einzelnen an Projekten sowie kleine Schritte der Integration von einzelnen Migranten.

<sup>877</sup> Er begreift es auch als unabdingbar, gerade aufgrund der in vielen Ländern und Kommunen zu beobachtenden Marginalisierung seines Funktionsbereichs, ständig sein Profil zu schärfen, Schwerpunkte zu setzen, sich weiter zu qualifizieren und bundesweit für die Erreichung funktionspezifischer Standards zu kämpfen; ansonsten droht seines Erachtens nur Vorschub für jene Kräfte, die den Funktionsbereich ohnehin als überflüssig ansehen und weiter entwerten wollen.

Der *SA/GB* spricht im Grunde nicht von Erfolgen. Bei interkulturellen Konflikten sieht er vor allem aufgrund bei Deutschen bestehenden Vorurteilen, ungenügenden sozialen und interkulturellen Kompetenzen sowie fehlendem Willen zur Verständigung einerseits, einer ungenügenden Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte sowie einem der Mentalität und Lebensphilosophie von vielen Migranten innewohnenden Konfliktpotenzial andererseits, meistens überhaupt keine Chance für eine Schlichtung, sondern nur eine temporäre Beruhigung.

Der *SA/GR* erscheint als Einzelkämpfer gegen erhebliche Widerstände an allen Fronten, gezeichnet von Frust, Resignation und schierer Fassungslosigkeit. Als „wahnsinnige[n] Erfolg“ eines beharrlich harten, zähen Kampfes wertet er in der Stadtverwaltung überhaupt zur Kenntnis und ernst genommen zu werden sowie die allmählich eingekehrte Einsicht, dass Görlitz ein Integrationskonzept braucht. Bereits auch Aufforderungen nach zusätzlichen Informationen und selbst den Umstand, dass überhaupt gewisse Fragen gestellt oder interkulturelle Kompetenzen als bedeutend anerkannt werden, betrachtet er als (bestmöglichen) „Riesenerfolg“.

#### 6.5.4.1.3 Gesellschaftspolitische Initiativen

Die durch die Interviews mit den acht *GI* erschlossenen Wissensbestände liefern tiefgründige und kraft ihrer ausnahmslos multifunktionalen professionellen bzw. ehrenamtlichen Tätigkeitskontexte auch sehr umfassende Einblicke in die lokalen Szenerien. Deutliche Übereinstimmungen weisen die in erster Linie biographisch begründeten Motivationen für ihr gesellschaftspolitisches Wirken auf, gerade in einer schrumpfenden Region an einer kulturellen Nahtstelle Europas.<sup>878</sup> Analog zeigt sich auch ihr tätigkeitsspezifisches Selbstverständnis. Sie betrachten kulturelle Vielfalt und Interkulturalität als Chance und gesellschaftliche Bereicherung, und verstehen sich in ihren (in erster Linie deutsch-polnischen) Anstrengungen als Vorbilder und Pioniere, als Initiatoren und Multiplikatoren oder als Motoren von gesellschaftlichen Entwicklungen, die nur propagandistische Kommunalpolitik durch Aktivitäten an der gesellschaftlichen Basis ergänzend.<sup>879</sup> Fast einhellig problematisieren sie eine (existenzielle) Bedrohung von gesellschaftspolitischen Initiativen aufgrund reduzierter finanzieller Zuwendungen durch die öffentliche Hand und ein drohendes Wegbrechen von bestehenden Strukturen bzw. ein sukzessives Abdrängen in die Ehrenamtlichkeit. Ebenso wird eine fehlende oder zumindest als ungenügend bewertete (finanzielle, strukturelle oder auch nur ideelle) Unterstützung und Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement durch die Kommunalpolitik moniert.

#### 6.5.4.1.4 Lokalzeitungsredaktion

Das funktionsspezifische Selbstverständnis offenbart zwar einige vor allem strukturell bedingte Gemeinsamkeiten, zugleich aber auch deutliche Differenzen, insbesondere betreffend die Deu-

<sup>878</sup> Charakteristisch sind vor allem eine ethisch-moralische Grundhaltung, ein Faible für Interkulturalität, binationale Partnerschaften und längere Auslandsaufenthalte sowie auch speziell eine große Affinität oder eine als tief bezeichnete Verbundenheit zu Polen. Für einen Experten stellte z. B. auch die „Begrüßung“ eines polnischen Reisebusses mit von Deutschen geworfenen Steinen im Wiedervereinigungstaumel den Auslöser „gerade jetzt etwas zu tun“ dar.

<sup>879</sup> Sie sehen sich auch als erste kleine Brücke zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung oder als vorweggehende „Idealisten“, ohne die sich die faktische Situation gelebter Interkulturalität noch düsterer als ohnehin gestalten würde.

tung ihrer Funktion bei der Gestaltung von öffentlichen Diskursen.<sup>880</sup>

Der *LZ/FF* verfolgt in erster Linie das Ziel, „die Region nicht leer [zu] schreiben“, demnach die Redaktion ständig bemüht sei, sämtliche positiven und Erfolg verheißenden Entwicklungen, zwar vor allem wirtschaftlicher Art, prinzipiell aber in allen Bereichen, bekannt zu machen, als Hoffnungsschimmer für die schrumpfende Stadt bzw. Region herauszustellen und diskursiv zu befördern. Bisweilen sei es aber auch notwendig, in Entwicklungsprozesse kritisch zu intervenieren, Diskussionen anzustoßen und „als Anwalt des Bürgers“ zu agieren. Oder aber die Leser auch einmal zu provozieren, um gerade jene, die aufgrund von tristen Lebensumständen in Lethargie zu verfallen drohten, zu Meinungsäußerungen anzuregen.<sup>881</sup>

Der *LZ/GB* versteht sich vorrangig als (passiver) Beobachter, getreu dem Motto „Mittendrin und doch nur Beobachter“ als jemand, der (nur) über das berichtet, was passiert bzw. er wahrnehme, was er allenfalls noch zu kommentieren oder zu bewerten hätte. Zugleich sei es aber unabdingbar, dass die Zeitung als Identität stiftendes Medium fungiere. Teils versuche er auch einem Bildungsauftrag zu folgen, um über das provinzialistische kleinstädtische Niveau in Guben auch einmal hinauszudeuten.<sup>882</sup> Umlandseiten mit Informationen aus anderen Redaktionen zielten bewusst darauf, zu einem Blick über den Tellerrand zu bewegen und das auf sich bezogene Leben aufzubrechen. Wichtig sei ihm auch anhand bestimmter Ereignisse journalistisch zu provozieren, gezielt Aha-Erlebnisse hervorzurufen und zu Reaktionen anzuregen.<sup>883</sup>

Für den *LZ/GR* müsse das Selbstverständnis einer Lokalzeitung generell ein großes Ja zur Stadt und viele kleinere, begleitende Abers aufweisen. Gerade im stark schrumpfenden Görlitz sei es unerlässlich, nicht ein deutliches Nein in der lokalen Bevölkerung stehen zu lassen oder selbst zu repräsentieren, sondern gezielt endogene Potenziale zu fördern, hoffnungsvolle Ansätze und Entwicklungen zu würdigen und insgesamt eine positive Grundhaltung zu verkörpern. Vor allem zivilgesellschaftliche Anstrengungen gelte es zu unterstützen sowie auch selbst anzuschieben und Menschen zum Handeln für Görlitz zu motivieren. Wichtig sei aber auch eine gesamtstädtische Verantwortung: Themen, die politisch und gesellschaftlich vorgegeben seien, müsse und wolle man bedienen. Ebenso ließe sich keine Anti-Stimmung nach dem Gusto bestimmter Gesellschaftsteile reproduzieren, da dies nur Schaden für Görlitz bedinge. Folglich stünde die Redaktion stets vor der Herausforderung, Themen abbilden zu müssen, die für einen signifikanten Teil der Leser uninteressant seien oder selbst unverhohlen abgelehnt würden.<sup>884</sup> Da Görlitz qua Selbstverständnis seiner Eliten und der meisten Einwohner keine Klein-, son-

<sup>880</sup> Die bedeutenden Gemeinsamkeiten im Selbstverständnis bleiben hier überwiegend ausgespart; sie beziehen sich vor allem auf Entwicklungen des bundesdeutschen Zeitungsmarktes, die Organisationsstruktur der Medienkonzerne sowie Vorgaben für die und Verantwortlichkeiten der Lokalredaktionen (z. B. Terminjournalismus, Nähe zur Leserschaft).

<sup>881</sup> Betreffend eine weiter gefasste Auseinandersetzung mit speziellen Themen, die über ein Lokalteil häufig zugeschriebenes provinzialistisches Niveau hinauswiesen, verweist er auf das Gesamtprodukt der Zeitung; entsprechende Diskussionen seien eher im Mantel- denn im Lokalteil zu finden.

<sup>882</sup> Jedoch, so sein Vorbehalt, sei er hierfür in aller Regel auf externe Initiativen angewiesen, da die Redaktion zwar vereinzelt Anregungen liefern könne, es auf Dauer aber nicht möglich sei, und mitnichten die Norm sein dürfe, vermeintliche Defizite zu kompensieren zu versuchen oder geradezu abgehoben von den lokalen Szenarien zu agieren. Somit könne seine Zeitung auch keinesfalls das „gute Gewissen“ Gubens organisieren, sondern allenfalls kritisieren, wenn es nicht vorhanden sei.

<sup>883</sup> Statt zu schreiben, wie er exemplifiziert, wir sollten toleranter oder ausländerfreundlicher sein, versuche er anhand konkreter Kriminalitätsfälle, die nach gängigem Vorurteil nur von Polen/Ausländern hätten verübt werden können, in einem speziellen Fall aber Deutsche verantwortlich seien, detailliert zu berichten, um den bestehenden Vorurteilen entgegenzuwirken.

<sup>884</sup> Dieser Spagat repräsentiert für ihn speziell die Görlitz in seiner Gesamtheit konstituierende Differenz zwischen dem (innovativen etc.) „neuen“ und dem (kleinbürgerlichen etc.) „alten“ Teil; es gelte somit tagtäglich den Bedürfnissen und Erwartungen einer sehr heterogenen Leserschaft Rechnung zu tragen und sich als „eierlegende Wollmilchsau“ zu versuchen.

dern eine kleine Großstadt sei und auch Tradition, Substanz, kulturelle Vielfalt, innovative Potenziale und gut qualifizierte Menschen versammle, gelte es eben genau dies hervorzuheben und somit bewusst etwas anderes als in einer provinziellen Kleinstadt zu repräsentieren.

Die Deutung ihrer Berichterstattung zu Polen zeichnet deutliche Unterschiede aus, allgemein zu Migranten hingegen deutliche Gemeinsamkeiten: Eingeräumte Defizite werden in erster Linie auf fehlende Angebote aufgrund eines sehr geringen Ausländeranteils zurückgeführt.

Der *LZ/FF* begreift den Pool seiner Berichterstattung räumlich determiniert: Das durch seine „deutsche Tageszeitung“ abzubildende Alltagsleben fände (primär) auf deutscher, nicht auf polnischer Seite statt.<sup>885</sup> Man sei zwar auch bemüht, den Lesern zu verdeutlichen, dass die Welt an der Grenze nicht ende, erhebliche Probleme resultierten aber schon aus strukturellen Gründen.<sup>886</sup> Obwohl er sich an keine Proteste seiner Leserschaft gegen die Berichterstattung aus Polen erinnern könne, so vertritt er überzeugt, berichtet er auch über deutliche Unmutsäußerungen.<sup>887</sup> Da Ausländer im Allgemeinen vor Ort über keine persönlichen Verbindungen in die Mehrheitsgesellschaft verfügten, käme ihnen konsequenterweise auch in der Lokalberichterstattung eine nur geringe Rolle zu. Sie erfahren allein, so lassen sich seine Äußerungen resümieren, anlässlich von außergewöhnlichen Ereignissen Beachtung, zumal sie auch nicht die von ihm anvisierte Leserschaft repräsentierten.<sup>888</sup>

Der *LZ/GB* sieht Ereignisse in Gubin als Teil des Tagesgeschäfts und bewusst nicht besonders zu behandelnde Rubrik.<sup>889</sup> Obwohl ihm ablehnende Reaktionen zu einer gebündelten Berichterstattung aus Polen von anderen Zeitungen nicht bekannt seien, könne er sich aufgrund von Wissen um die Gubener aber sehr gut vorstellen, dass deutliche Ablehnung zu verzeichnen wäre, zumal man Gefahr lief, eine erst einmal vorhandene offen und/oder vehement geäußerte despektierliche Haltung zu provozieren und eine gefestigte Stimmung bei den Lesern dann auch nicht mehr so einfach revidieren zu können. Migranten im Allgemeinen spielten in der lokalen und regionalen Berichterstattung allerdings keine Rolle: weder positiv noch negativ.<sup>890</sup>

Für den *LZ/GR* sind die Reaktionen auf die in seiner Zeitung selbstverständlich und regelmäßig repräsentierte Berichterstattung aus Polen (und Tschechien) „sehr, sehr widersprüchlich“. Einerseits erhalte die Redaktion durchaus zahlreich positive Resonanz von jenen, die für ihn das „neue“ Görlitz verkörperten. Andererseits aber auch sehr negative Rückmeldungen, wenn sie nach Meinung anderer Leser zu viel über jenseits der Grenze berichte, was nicht selten

<sup>885</sup> „Nee, nee, das ist was anderes. [...] Ich habe in Słubice keine Leser, ich mache eine deutsche Tageszeitung. Und die Leute da drüben sprechen Polnisch, die können meine deutsche Tageszeitung nicht lesen. [...] Und das Alltagsleben der Frankfurter findet in Frankfurt statt. [...] Also im ganz normalen mache ich die Zeitung für die Frankfurter, und das ist erst mal hier.“

<sup>886</sup> „Wir haben eine Rubrik, die heißt ‚Blick über die Oder‘ [...]. Aber ich [...] habe Probleme, Autoren dafür zu finden. Ich brauche Leute, die Polnisch können und die das machen. Und die gibt’s eben sehr, sehr wenig nur. So. Die Kollegin, die ich jetzt habe, die ist vier Wochen im Urlaub. Das heißt, zwei oder drei Wochen wird’s jetzt ausfallen müssen ganz einfach.“

<sup>887</sup> „Wir haben [...] ein paar Sachen gemacht, zum Beispiel haben wir die Hotels vorgestellt aus Słubice. Da ist dann hier natürlich ein riesen Aufschrei der Hoteliers, weil das alles da viel preiswerter ist [...]. Und dann haben wir noch eine Geschichte gemacht über Ladenöffnungszeiten, da war der Aufschrei hier noch größer. [...] Also die Gastronomen haben gesagt: Das schreibt man einfach nicht auf, das, das müsst ihr nicht schreiben, das müsst ihr nicht sagen.“

<sup>888</sup> „Aber es stimmt, also diese Gruppen spielen [...] auch in der Berichterstattung weniger eine Rolle. Ich sage auch, sie sind natürlich auch nicht meine Leser.“ Begründet läge die Marginalisierung auch darin, dass Angebote fehlten über die man berichten könne, aber auch Ereignisse oder mögliche Themen von den Redakteuren nicht wahrgenommen würden. Im Weiteren verweist er auf die Europa-Universität mit „Studenten aus über sechzig Ländern der Welt“, so dass zumindest ausländische Studierende auch „irgendwie eine Rolle“ spielten. Ferner sei z. B. die Vorstellung von Gastschülern ein beliebtes Thema.

<sup>889</sup> Gerade in Grenzstädten, so seine Überzeugung, müsse Alltag als Alltag behandelt werden: Es mache keinen Sinn über Polen in einem (nur temporär erscheinenden) „polnische[n] Getto“ zu berichten, zumal dies die Gefahr in sich berge, dass eine „Polenseite“ von (zumindest Teilen) der Leser (aus Desinteresse) schlichtweg ignoriert würde.

<sup>890</sup> Aufgrund des sehr geringen Ausländeranteils sei „natürlich die Zahl der Geschichten, die sich an ihnen aufhängt, natürlich auch relativ gering“. Um über sie berichten zu können, müssten sie allerdings auch von Relevanz sein, also z. B. Themen generieren, die auch irgendjemanden interessierten, damit es überhaupt Sinn mache, etwas zu veröffentlichen.

dazu führe, dass die Redaktion für Unmutsbekundungen aufgesucht und mit Kündigung des Abonnements gedroht würde.<sup>891</sup> Dass Migranten, wie er einräumt, in der Zeitung im Prinzip keine Rolle spielten, läge vor allem darin begründet, dass es keine bzw. zu wenige gäbe.<sup>892</sup>

#### 6.5.4.2 Zusammenfassungen für die drei Städte

Bereits die Zwischenfazits in den drei Teilabschnitten – *Kommunalpolitik und Migranten/Polen; Lokalgemeinschaftliche Verfasstheit und Wahrnehmungen von Migranten/Polen; Die Grenze und (irreguläre) Migration* – resümieren teils deutliche Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den Wissensbeständen der Experten. Einige zentrale Erkenntnisse werden nun nochmals nacheinander getrennt für Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz verbunden.

##### 6.5.4.2.1 Frankfurt (Oder)

Markant ist vor allen Dingen der Kontrast zwischen der Vision einer interkulturell konstituierten europäischen Grenzstadt des SV zum einen, den Einschätzungen der anderen Experten und die von ihm selbst konstatierten Schwierigkeiten bei der Realisierung zum anderen. Das Spektrum der weithin kongruent geäußerten Skepsis bezüglich eines (perspektivisch) einträchtigen Zusammenlebens von Deutschen und Migranten in Frankfurt (Oder) sowie auch der Deutungen im weitesten Sinne in diesem Kontext zu betrachtenden Entwicklungs- und Formierungsprozesse ist sehr mannigfaltig. Speziell die durch Aktivitäten an der gesellschaftlichen Basis gespeisten Wissensbestände repräsentieren vor allem Frust, Pessimismus und schiere Verzweiflung sowie Kritik an einer ungenügenden Unterstützung durch die Kommunalpolitik und unzureichenden eigenen Anstrengungen. Die im Bereich der Arbeit mit Migranten aktiven Experten verweisen zwar auf ein in Frankfurt (Oder) noch relativ gutes Netzwerk an entsprechenden Initiativen, beklagen aber auch ein drohendes weiteres Abdrängen in die Ehrenamtlichkeit.

##### 6.5.4.2.2 Guben

Konstitutiv ist der Gegensatz zwischen der an wirtschaftlichen Prämissen orientierten Kommunalpolitik und den an der gesellschaftlichen Basis aktiven GI. Interkulturelle Verständigung betrachtet der SV als sich selbst regulierenden Prozess, deren Forcierung nicht als Aufgabe der Politik. Der SA sieht sich in seinem strukturell marginalisierten Funktionsbereich primär zur Schlichtung interkultureller Konflikte genötigt. Migration verbinden sie insbesondere mit (drohenden, starken) Problemen, Be-/Überlastungen und Gefahren, und fordern eine Anpassung bzw. Assimilierung von Migranten an in Deutschland geltende Regeln und Werte; eine Adap-

<sup>891</sup> Begründet lägen die Proteste für ihn primär in einer von Frust bestimmten Einstellung, dass Görlitz nicht mehr eigenständig als bedeutsame Stadt funktioniere. Serviceberichterstattung aus den Nachbarstaaten (z. B. „Autokauf in Polen und Tschechien“, „Billiger Tanken“) würde aber zugleich begierig nachgefragt; für ihn ein Beleg von Inkonsistenz und Inkonsequenz.

<sup>892</sup> Es sei aber auch kaum möglich, so seine Einordnung, über ortsansässige Migranten zu berichten, da sie dies in der Regel nicht wünschten und gemeinhin öffentlichkeitsscheu seien. Zugleich verweist er aber auf einige kleine Reportagen, die über Menschen anderer Herkunft erschienen seien, und sodann auf Polen, denen sehr wohl eine bedeutende Rolle zukäme.



tion der Schwächeren an die Stärkeren, wie der *SV* auch illustriert. Die in ihren Handlungszusammenhängen offenkundig vorwiegend unabhängig voneinander agierenden, synergetisch nicht vernetzten, gesellschaftlich weitgehend isolierten und vielfach ehrenamtlich engagierten *GI* bemühen sich um die von der Stadtverwaltung missachteten sozialen Konstitutionsprozesse, speziell eine interkulturelle Verständigung und ein gütliches, zunächst überhaupt von Interesse aneinander bestimmtes Miteinander von Deutschen und Polen. Die Kommunalpolitik betrachten sie entschieden kritisch, beklagen ausbleibende eigene bzw. unterstützende Anstrengungen und fürchten, wie auch der *SA*, ein weiteres Abdrängen in die Ehrenamtlichkeit. Der Tod von Farid Guendoul repräsentiert ein diskursives Ereignis: Er spannt betreffend die Betrachtung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein weites Feld zwischen (erhöhter) Sensibilität und einer Verteidigung der lokalen Verhältnisse, bis hin zu unumwundener Leugnung.

#### 6.5.4.2.3 Görlitz

Eklatant zeigt sich die Diskrepanz zwischen dem *SV* auf der einen Seite, den weiteren Experten auf der anderen, besonders bei der Betrachtung des Standes interkultureller Verständigung in der qua Selbstverständnis proklamierten Europastadt. Der *SV* sieht Interkulturalität als bereits allseits gelebte Normalität, ein sensationelles Niveau voll gegenseitiger Wertschätzung. Differenziertere Äußerungen folgen nur auf Nachfrage, die dann jedoch immer wieder eindrücklich für ihn mit Migration untrennbar verbundene (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen illustrieren. Die anderen Experten problematisieren dem entgegen unisono eine rein auf die Vermarktung von symbolischen Phrasen gerichtete Kommunalpolitik, ohne Strategien und Konzepte zur Realisierung der angepriesenen Visionen, speziell betreffend Entwicklungsprozesse an der gesellschaftlichen Basis. Sie kritisieren deutlich einen Widerspruch zwischen Propaganda und Realität, eine Politik der folkloristischen Verschleierung, rückwärtsgewandt nur auf die Reanimation glorreicher Traditionen zum wirtschaftlichen Nutzen aus, ohne Reflexion der aktuellen gesellschaftlichen Folgen. Der *SA* und der *GI 2* sehen sich in ihrem Engagement für die Forcierung interkultureller Verständigung als Einzelkämpfer, der *GI 1* mit seinen Handlungszusammenhängen als aufgrund des Habitus hingegen gut vernetzte, einflussreiche Powergroup. Sie schätzen ihre Arbeit zwar gegenseitig wert, eine synergetische Zusammenarbeit und vor allem institutionalisierte Strukturen an der gesellschaftlichen Basis nehmen sie aber nicht wahr, und beklagen deutlich fehlende (unterstützende) Anstrengungen der Stadtverwaltung. Auffällig erscheint zudem ein Dualismus zwischen einem an Interkulturalität interessierten dynamischen Gesellschaftsanteil von Görlitz auf der einen Seite, einem kulturell abgeschotteten auf der anderen.

#### 6.5.4.3 Abschließende Zusammenfassung für Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz

Anknüpfend an die bisherigen Zusammenfassungen werden nun nochmals einige zentrale Befunde der Interviewanalysen interstädtisch synthetisiert rekapituliert. Erstens: *Die Deutungen betreffend die regionalen Entwicklungsperspektiven*, zweitens: *Die Wirkungen der EU-Erweiterung*, drittens: *Das Verhältnis der örtlichen Bevölkerung zu Migranten/Polen*, viertens: *Die besondere migrationspolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Grenze* sowie fünftens: *Für*

*notwendig befundene Änderungen für ein besseres interkulturelles Mit- bzw. Nebeneinander.* Das Augenmerk gilt speziell der Illustrierung des Spektrums der (nicht) gemeinsam geteilten (und somit auch mehr oder minder klar konkurrierenden) Deutungen und (Sonder-)Wissensbestände der befragten Experten in den drei Städten mit Blick auf grundlegende Gemeinsamkeiten und Differenzen, primär zwischen den *SV* als richtungweisende Repräsentanten der Kommunalpolitik einerseits, den *SA*, den *GI* und den *LZ* andererseits.

▪ **Regionale Entwicklungsperspektiven zwischen kommunalpolitischen Visionen und vernachlässigten Anstrengungen an der gesellschaftlichen Basis:** In je spezifischer Art propagieren die *SV* ihre Vorstellungen der Stadtentwicklung: Der *SV/FF* akzentuiert insbesondere den alternativlos notwendigen wirtschaftlichen Nutzen von Migration und der Kooperation mit Słubice, der *SV/GB* das Primat der Ökonomie und der deutschen Hegemonie sowie eine demgemäß notwendige Erziehung der inkompetenten Verantwortungsträger in Gubin, der *SV/GR* einen Automatismus von wirtschaftlicher Gesundheit, Wachstum und sozialer Verflechtung zwischen Deutschen und Polen mit Rekurs auf die glorreiche Historie von Görlitz mit derzeit aber unbedingt zu vermeidender Migration. Betreffend die Bedeutungserfassung ihrer Ziele in der lokalen Bevölkerung verweisen sie mehr oder minder expressiv auf proklamierte Erfolge und Fortschritte. Die anderen Experten betrachten hingegen die Ausrichtung der Kommunalpolitik überwiegend kritisch. Sie beklagen vor allem fehlende und selbst unumwunden ignorierte Anstrengungen an der gesellschaftlichen Basis, speziell eine ausbleibende Unterstützung von um Interkulturalität (primär, aber nicht nur zwischen Deutschen und Polen) und zivilgesellschaftliche (z. B. gegen Rechtsextremismus und Rassismus gerichtete) Formierungsprozesse bemühte Initiativen. Die eigentliche soziale Arbeit leisten demnach nur einzelne, besonders im ländlichen Raum oft vereinzelt, kaum synergetisch vernetzte, von der Kommunalpolitik nicht unterstützte und mit vielfältigen Bewältigungsgrenzen konfrontierte Aktivisten, ohne deren Engagement sich das Mit- bzw. Nebeneinander von Deutschen und Polen/Migranten noch trister als ohnehin gestalten würde. Die kommunalpolitische Zusammenarbeit mit Polen bewerten sie bei einigen Verantwortungsträgern zwar als durchaus engagiert, mit vernehmbaren Fortschritten, vor allem aber als wirtschaftlich funktionalisiert, symbolisch instrumentalisiert und affektiert: Eine aufgrund der Schrumpfdynamiken primär erzwungene Zuwendung, nicht von einer inneren Haltung getragen, weitgehend ohne Partizipation der lokalen Bevölkerung, bar konstruktiver Konzepte und Strategien zur Einbeziehung der gesellschaftlichen Basis; und folglich nur formale statt auch tatsächlich soziale interkulturelle Beziehungen. Den Repräsentanten der Kommunalpolitik schreiben sie indes vielfach Gleichgültigkeit sowie ablehnende und diskriminierende Haltungen gegenüber Migranten aufgrund einer Betrachtung und Bewertung als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen zu, verbunden mit Forderungen nach Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte, teils unterfüttert mit unmissverständlich rassistischen Argumentationen. Die Bedeutung des Funktionsbereichs der *SA* passt sich hier ein: Primär ein symbolisch repräsentatives, ohnmächtiges und marginalisiertes Anhängsel, ohne strategische und konzeptuelle Einbeziehung in kommunalpolitische Entwicklungszusammenhänge. In Frankfurt (Oder) und Görlitz ohne Unterstützung und Interesse für die auf Forcierung von Interkulturalität gerichteten Anstrengungen, Legitimationskämpfen und teils offener Ablehnung ausgesetzt. Die betont Wertschätzung herausstreichenden Äußerungen der *SV* über den Funktionsbereich der *SA* erscheinen affektiert.

▪ **Erwartungen an die EU-Erweiterung zwischen (großen) Hoffnungen und (großen) Ängsten:** Die *SV* akzentuieren besonders den wirtschaftlichen Nutzen der EU-Erweiterung für ihre Stadt und die Region, verbunden mit, wenn auch verschieden konnotiert, speziell Polen und allgemein den mittel- und osteuropäischen Staaten zugeschriebenen qualitativen Defiziten und Problemen aufgrund andauernden wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozessen. Die *SA* und die *GI* hingegen berichten über ihre Erfahrungen um die Einstellungen der lokalen Bevölkerung betreffend die mutmaßlichen Veränderungen und eine verbreitete Unwissenheit, auch aufgrund unzureichender (Anstrengungen um) Aufklärung durch die (kommunale) Politik über z. B. vereinbarte Übergangsfristen: Die EU-Erweiterung aktualisiert und kanalisiert vor allem tradierte Ängste aufgrund damit drohend verbundener Migration mit (starken, weiteren, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen. Die *LZ*, zumal erst einige Monate nach Inkrafttreten der EU-Erweiterung befragt, verbindet gewissermaßen die beiden Perspektiven: Weder die mit dem Bedeutungswandel der Grenze verbundenen (großen) wirtschaftlichen Hoffnungen noch die (großen) sozialen Ängste haben sich bewahrheitet.

▪ **Das Verhältnis zu Migranten und Polen zwischen tradierten Vorurteilen, Gleichgültigkeit und allmählichen Verbesserungen:** Einzelne Experten proklamieren zwar ein unverkrampftes bzw. normales Verhältnis der Deutschen zu Migranten und Polen, speziell aus dem östlichen Teil der Zwillingsstädte, ohne besondere Abneigung und Feindseligkeit, das Wissen der weit überwiegenden Zahl zeichnet aber ein recht einheitliches Bild. Die lokale Bevölkerung wird als von Ignoranz, Gleichgültigkeit und Ablehnung sowie generellen, teils rassistisch unterlegten Vorurteilen und Ängsten gegenüber Ausländern aufgrund einer Betrachtung und Bewertung als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen bestimmt charakterisiert. Ihre Betrachtung und Bewertung ist zudem eng an ihre erkennbare Erscheinung als Ausländer, den zugeschriebenen wirtschaftlichen Nutzen und die Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte sowie auch eigene Anstrengungen zur (mustergültigen) Integration in die lokale Gesellschaft gebunden. Das Verhältnis zu Polen wird vorwiegend analog bewertet: Bestimmt von Überlegenheitsgefühlen, Ignoranz, Gleichgültigkeit und Missgunst sowie oft auch Verweigerung gegenüber interkultureller Verständigung. Mobilitäten ins Nachbarland sind primär durch einen persönlichen wirtschaftlichen Nutzen motiviert, nicht aber Interesse an sozialen Beziehungen. Interkulturelle Verständigungs- und Integrationsprozesse werden maßgeblich von wenigen, nicht selten von Resignation und Verzweiflung gezeichneten Aktivisten forciert und getragen, aufgrund verbreiteten Vorurteilen und Berührungsängsten meist mit nur geringer Beteiligung der Bevölkerung, und, wie einige Aktivisten monieren, einer fehlenden Unterstützung durch die Kommunalpolitik und die lokalen Medien. Im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren werden jedoch auch positive Veränderungen in Form einer graduellen Öffnung gegenüber Polen und Migranten vor allem aufgrund einer allmählichen Gewöhnung und Annäherung, primär durch den wirtschaftlichen Nutzen sowie die Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte, konstatiert, speziell resultierend aus positiven oder zumindest nicht durch bestätigte Vorurteile und Ängste bestimmten Aktivitäten mit Polen; allerdings, so die Einschränkung einiger Experten, kann das Verhältnis zu Migranten und ebenso zu den Einwohnern des polnischen Teils der Zwillingsstadt auch nur besser werden. Als Gründe für die maßgeblich durch

Ängste vor einer weiteren Verschlechterung der eigenen Lebenslage, ein Festhalten an vermeintlichen Sicherheiten, Resignation, Verslossenheit, Passivität und Provinzialität gekennzeichnete Verfasstheit der lokalen Gesellschaft, und speziell das von weithin fehlender oder defizitärer Offenheit, Integrationsbereitschaft und Wertschätzung bestimmte Verhältnis zum kulturell Fremden, werden hauptsächlich negative gesellschaftliche Folgen der wirtschaftlichen und sozialen Transformations- und Schrumpfungprozesse sowie erfahrene Desillusionierungen seit 1989, Persistenzen der Sozialisationskultur und nachteilige gesellschaftliche Traditionen der DDR ohne gelungene interkulturelle Erfahrungsprozesse sowie auch speziell die lange Zeit spannungsgeladene, von Abschottung statt sozialem Austausch bestimmte Beziehung zu Polen betrachtet. Für unzureichend absolvierte Integrationsprozesse werden aber auch (die vor Ort lebenden) Migranten verantwortlich erklärt, indem ihnen ungenügende (eigene Anstrengungen zur) Partizipation(sbereitschaft) am Leben der deutschen Mehrheitsgesellschaft und eine ungenügende Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte zugeschrieben werden. Der Diskurs über interkulturelle Integrationsprozesse erscheint, besonders deutlich in Guben, bestimmt von geforderter Anpassung und Assimilation (an die überlegenen Qualitäten der Deutschen), nicht von Akzeptanz und Wertschätzung kultureller Differenz und Vielfalt. Die (speziellen) Perspektiven und Lebenslagen von Migranten sind kein relevanter Teil der lokalen Diskurse; auch nicht z. B. die gesellschaftlichen Folgen für bestimmte Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft besonders behandelt werden oder besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Lobbyismus für die Belange und Bedürfnisse von Migranten erscheint regional marginalisiert. Die Perzeption von Rechtsextremismus und gewaltförmigem Rassismus bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen proklamierten Erfolgen, gesteigerter Sensibilität, Relativierung, Ignoranz und Leugnung. Relevant erscheinen aber oft besonders die damit verbundenen negativen Folgen für die eigene Stadt, weniger hingegen für die Betroffenen.

▪ **Die migrationspolitische Bedeutung der deutsch-polnischen Grenze zwischen notwendig zu gewährleistender Sicherheit und marginalisiertem Protest:** Der Auftrag Grenzschutz gegen irreguläre Migration und (die damit verbundene) grenzüberschreitende Kriminalität ist nach Angaben der Experten weitreichend gesellschaftlich internalisiert, eine aktive Unterstützung durch die lokale Bevölkerung nicht unüblich, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit der Sicherheitsbehörden mit Verweis auf zu verhindernde Straftaten nicht mehr in demselben Maße notwendig wie noch in den 1990er Jahren (dies verdeutlichen auch die Gespräche mit leitenden Repräsentanten der Bundesgrenzschutzinspektionen in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz sowie des Grenzschutzpräsidiums-Ost in Berlin). Die Deutung des Grenzregimes erscheint primär als Frage der persönlichen Haltung zu Migration nach Deutschland/in die EU. Für einen Teil der Experten, die teils demonstrativ das Verlangen der gesamten Bevölkerung proklamieren, repräsentiert die Kontrolle und Überwachung des Grenzraums ein konstitutives Element durch die Politik notwendig zu gewährleistender Sicherheiten: Die Verhinderung von irregulärer Migration und grenzüberschreitender Kriminalität und damit verbundenen (drohenden, starken, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die EU. Die Beteiligung der Bevölkerung wird befürwortet, negative Folgen des Grenzregimes werden nicht wahrgenommen oder als Ausnahmen gewertet. Ein anderer, sich der Marginalisierung seiner Perspektive durchweg bewusst zeigender Teil kritisiert das Grenzregime und die damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen (deutlich), besonders den ständigen Verfolgungsdruck für aufgrund ihrer äußeren Erscheinung möglicherweise irregulär eingereiste bzw. nicht

aufenthaltsberechtigte Menschen mit erheblichen negativen Folgen für die Betroffenen sowie die verbreitet bereitwillige Unterstützung der lokalen Bevölkerung bei der Fahndung nach irregulären Migranten. Sie sprechen unter anderem von Menschen- bzw. Ausländerjagd, berichten über Erfahrungen mit Vorurteilen und menschenfeindlichen Handlungen von Grenzschutzbeamten und beklagen einen offenkundigen Widerspruch zur proklamierten Ambition interkulturell konstituierter Europastädte. Als Erfolgsgaranten des institutionalisierten Grenzregimes gegen irreguläre Migration machen sie vor allem (das bewusste appellieren an) in Deutschland gesellschaftlich enkulturierte Werte und Normen sowie für die Region charakteristische Einstellungen aus: Eine unterschiedliche Betrachtung, Bewertung und Behandlung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Obrigkeitsglauben und Denunziationsbereitschaft zum einen, wirtschaftliche und soziale Ängste vor zusätzlicher Konkurrenz und von außen drohenden Gefahren für die innere Sicherheit und den sozialen Frieden sowie manifeste, vielfach zumindest latent rassistisch begründete Vorurteile gegenüber Migranten zum anderen. Im öffentlichen Diskurs sind die Folgen der grenzpolizeilichen und damit verbundenen gesellschaftlichen Formierungsprozesse, also z. B. auch die eingesetzten Ressourcen oder die Folgen für die im Fahndungsfokus stehenden Migranten, aber nicht repräsentiert. Sie werden verdrängt. Diskursiv von Bedeutung ist offensichtlich nur die Verhinderung von irregulärer bzw. unerwünschter Migration und den damit verbundenen (drohenden, starken, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die EU.

▪ ***Handlungsnotwendigkeiten für ein besseres interkulturelles Verhältnis zwischen vor allem (allein) wirtschaftlichen und (grundsätzlichen) gesellschaftlichen Veränderungen:***

Das Spektrum der von den Experten als notwendig erachteten Veränderungen für ein besseres Verhältnis der Deutschen zu Migranten und Polen ist breit gefächert. Entsprechend der unterschiedlichen Wahrnehmungen und Deutungen der aktuellen Situation sowie der jeweils als maßgebend verantwortlich erklärten Schwierigkeiten oder Defizite lassen sich aber, trotz verschiedener Motivationen und Ziele, grob fünf markante Argumentationslinien voneinander unterscheiden, wenngleich nicht trennscharf, sondern teils eng miteinander verzahnt. A) *Ein chronologisch automatisch ablaufender Entwicklungs- und Normalisierungsprozess:* Die Zeit wird es richten, die Hoffnung gilt den nachwachsenden Generationen, so die (teils schlicht daher kommende) Argumentation unter Verweis auf die erst seit gut einer Dekade veränderte Situation betreffend internationale Migration nach Europa sowie die Neudefinition der Nachbarschaft zu Polen und der Zwillingstädte mit entsprechend notwendig zu absolvierenden interkulturellen Erfahrungs-, Gewöhnungs- und Anpassungsprozessen. B) *Ein wirtschaftlicher Aufschwung:* Bessere wirtschaftliche und damit verbunden auch automatisch befriedigendere soziale Perspektiven bedeuten zwangsläufig ein weniger von Konkurrenzgedanken bestimmtes und somit spannungsfreieres Verhältnis von Deutschen zu Migranten und Polen; alles entwickelt sich dann von alleine, wie z. B. der SV/GB und der SV/GR auch orakeln. C) *Die Forcierung interkultureller Erfahrungs- und Integrationsprozesse:* Ein breit gefächertes Bündel eng aneinander gebunden zu betrachtender Forderungen ist speziell an lokale Akteure gerichtet, oft explizit an die kommunalpolitischen Verantwortungsträger, und bezieht sich primär (aber nicht nur) auf Anstrengungen hinsichtlich des Verhältnisses zu Polen. Sie betreffen vor allem die Stimulierung interkultureller Neugier und die Initiierung und Förderung persönlicher Begegnung(smöglichkeit)en und Selbsterfahrungsräume, verstärkte, dezidiert konzeptuell und strate-

gisch durchdrungene Handlungen zur Partizipation der gesellschaftlichen Basis an interkulturellen Entwicklungs- und Integrationsprozessen sowie speziell auch die Unterstützung und Stärkung bestehender gesellschaftspolitischer Initiativen im Bereich der interkulturellen Bildungs-, Verständigungs- und Integrationsarbeit. Summa summarum, so das gemeinsame Credo der Forderungen, müssen interkulturelle Denkprozesse und Handlungszusammenhänge, erscheinen sie zunächst auch noch so unscheinbar, in allen erdenklichen Kontexten kontinuierlich gefördert werden, um durch vermehrtes Erfahrungswissen, interkulturell sensibilisierte Einstellungen sowie gesteigerte interkulturelle Kompetenzen sukzessive bestehende Vorurteile und Berührungssängste abzubauen. *D) Mehr Eigenanstrengungen von Migranten zur Anpassung:* Wenn Migranten sich (besser) an in Deutschland geltende Regeln und Werte anpassen, und sich z. B. auch mehr in der lokalen Gesellschaft engagieren, werden interkulturelle Konfliktpotenziale gemindert und ihre Integration verbessert. *E) (Fundamentale) Gesellschaftliche Wandlungen:* Abgesehen vom SV/GB, der eine radikale Erneuerung hin zu einer wirtschaftlichen Leistungs(träger)gesellschaft im nationalen Interesse verlangt, sind die generell an die deutsche Gesellschaft und Politik adressierten Forderungen vor allem auf eine grundlegend geänderte Wahrnehmung von anderen, fremden Menschen und Kulturen und folglich eine andere Betrachtung, Bewertung und Behandlung von Migranten und speziell auch Polen gerichtet. Gefordert wird ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel, ein Wandel der Einstellungen und Handlungen der Deutschen und ein veränderter, vor allen Dingen von Akzeptanz für kulturelle Differenz, Toleranz, Wertschätzung und Ebenbürtigkeit statt wie bislang vor allem von geforderter Anpassung an in Deutschland geltende Regeln und Werte sowie (drohenden, starken, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen und entsprechenden Vorurteilen konstituierter Diskurs über Migration/Migranten und Integration. Von einem Teil der Befragten wird dem entsprechend auch z. B. eine Änderung der Menschen aufgrund ihrer Herkunft besondernden, diskriminierenden sowie kriminalisierenden und somit ihrer gesellschaftlichen Partizipation und Integration prinzipiell zuwiderlaufenden ausländer-spezifischen Gesetzgebung für notwendig befunden.

## 7 Fazit

Mittels der theoretischen und methodischen Grundlagen der *Kritischen Diskursanalyse* konnten die im Untersuchungsraum auf Ebene regionaler Tageszeitungen vorherrschenden Repräsentationsformen betreffend das *Thema Migration* gut erfasst und anhand einer breiten empirischen Basis qualitativ vollständig beschrieben werden. Das als offene Werkzeugkiste konzipierte Analyseverfahren erwies sich als gut geeignet, die gesellschaftlich (in-)formierenden Aussagen und als notwendig dargestellten Handlungen, die als *Normalität* bzw. *Wahrheit* (re-)produzierten Wissensbestände und die Applikationsvorgaben für die Subjektbildung sowie die demgemäß konstituierte spezifische gesellschaftliche, soziale und räumliche Wirklichkeit herauszuarbeiten.<sup>893</sup> Der Verzicht auf eine noch filigranere Bearbeitung der umfangreichen Materialbasis durch eine Reihe von Feinanalysen stellte sich angesichts des explorativen Forschungsinteresses auch retrospektiv als gerechtfertigt heraus, konnten die bestimmenden Eigenschaften des analysierten Diskursauschnittes doch auch so detailliert dargestellt werden. Die darüber hinaus in Frankfurt (Oder), Guben und Görlitz erhobenen Experteninterviews erwiesen sich als dem Forschungsfokus angemessene, die Erkenntnisse um den Printmediendiskurs sinnvoll ergänzende und erweiternde, zusätzliche *weiche* Datenquelle. Sie eröffneten tiefe Einblicke in die lokalen Alltagskulturen, vor allen Dingen die betreffend das *Thema Migration* bestimmenden Deutungen, kollektiven Sinnkonstruktionen und dominanten Diskurspositionen sowie deren lebensweltliche Einbettung im Untersuchungsraum, zumal sich die ausgewählten Gesprächspartner zweifelsohne als Kristallisationspunkte von praxisgesättigten Sonderwissensbeständen zeigten, und sie vor allem auch sehr bereitwillig und unbürokratisch ihr tätigkeitsspezifisches Insider-Erfahrungswissen darlegten und diskursiv erläuterten.<sup>894</sup>

Die Ergebnisse der durchgeführten empirischen Analysen lassen sich folgendermaßen bilanzieren:

Der *regionale Printmediendiskurs zum Thema Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen* ist kongruent strukturiert und in seinen konstitutiven, eng aneinander gebundenen gesellschaftlich (in-)formierenden Aussagen und sozialen Praxen *außerordentlich repetitiv, mit unverkennbar reproduzierten Machtverhältnissen und Machteffekten* und einer entsprechend diskursiv produzierten hegemonialen sozialen Ordnung mit aktuell exklusiv gültigen Wissens- und Wahrheitsbeständen. Er zeigt sich *fest verschränkt mit dem Politikerdiskurs und dem Polizeidiskurs* und stützt sich insbesondere zum Zwecke der Legitimation der konstituierten spezifischen gesellschaftlichen Wirklichkeit auf ausgewählte Anteile – insbesondere wirtschafts- – wissenschaftlicher Spezialdiskurse sowie den Alltagsdiskurs, die angeblich offenkundigen gesellschaftlichen Stimmungen und Einstellungen der Bevölkerung, die Unsicherheiten, Sorgen und Ängste der Deutschen beim – so emotionsgeladenen – *Thema Migration*, gerade in der deutsch-polnischen Grenzregion. Eine *ausgesprochen selektiv repräsentierte Diskursebene Migranten* sowie (selbstreferentielle) Rückgriffe auf den (eigenen Anteil am) Mediendiskurs

<sup>893</sup> Vor allem aufgrund eines fehlenden elektronischen Zugangs zu den analysierten Tageszeitungen sowie der großen Materialmenge erforderte dies allerdings einen erheblichen Zeitaufwand.

<sup>894</sup> Als nicht immer einfach stellte sich hingegen der Umgang mit einem teils exzessiven Mitteilungsbedürfnis heraus; speziell ein Bewerben der eigenen politischen Ziele vonseiten der *Repräsentanten der funktionalen Führungsebene der Stadterwaltung* sowie unverhohlen geäußelter Frust über ausbleibende Erfolge und fehlende Unterstützung vonseiten *Vertretern der gesellschaftspolitischen Initiativen und Angehörigen der Verwaltungen mit dem Zuständigkeitsbereich Ausländer/Migranten*.

fungieren in ähnlicher Weise: Sie versichern und bestärken die – als angeblich gesamtgesellschaftlich geteilt sowie von Vernunft, Sensibilität, Ausgewogenheit und Besonnenheit bestimmt dargestellten – Wissensbestände des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses und damit verbundene, *angeblich alternativlose Handlungen zur Steuerung und Begrenzung von Migration nach eigenen, nationalen, deutschen Interessen sowie die Verhinderung/Verminderung und Bekämpfung unerwünschter (irregulärer) Migration und damit verbundener Kriminalität*; gerade auch nach der als sicherheitspolitische Herausforderung (re-)produzierten EU-Erweiterung. Abweichende Wirklichkeitskonstruktionen erscheinen als *anormal* und für den *inneren sozialen Frieden* als problematisch. Nur selten fragmentarisch angedeutete Momente eines (potenziellen) *Gegendiskurses* werden im Kontext von Gefahren dargestellt. *Deutungskämpfe sind auf einen eng abgesteckten Rahmen betreffend die richtige Deutung nationaler Interessen und die richtigen Handlungen betreffend die Verhinderung/Verminderung und Bekämpfung mit Migration verbundener Be-/Überlastungen und Gefahren beschränkt*. Immer wieder überwiegend beiläufig repräsentierte Äußerungen mit Einwänden gegen die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Praxen betreffend Migration in Deutschland bzw. der EU werden kaum näher expliziert oder reflektiert – schon gar nicht im Hinblick auf die negativen Folgen für Migranten.

Nach dem Motto: *Die Vergangenheit ist nicht vergangen – das Aktuelle ist ohne das Vergangene nicht zu denken* (vgl. Spieles 1993; Meier-Braun 2002), schließt der regionale Printmediendiskurs – bei allen offenkundig zeitgeschichtlich begründeten Unterschieden – an die traditionellen Kernpunkte der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Migration in Deutschland seit weit mehr als 100 Jahren an. Die konstitutiven Aussagen sowie die dazugehörigen Pro-/Contra-Argumentationen und Argumentationsstrategien repräsentieren diskurstragende Kategorien im Sinne basaler Elemente bzw. grundlegender Modelle und historischer Universalien des deutschen Migrationsdiskurses, die auch für zukünftige Diskursverläufe von Bedeutung sind: Es handelt sich um diskursive bzw. diskurssemantische Grundfiguren sowie ganze semantische Komplexe inklusive ihrer Praxisbezüge (vgl. Busse 1997; Link 1997). Auch frühere Phasen der deutschen Migrationsdebatte wurden durch die Betrachtung und Bewertung von Migration unter Gesichtspunkten des wirtschaftlichen bzw. arbeitsmarktpolitischen Nutzens gekennzeichnet (vgl. z. B. Bade 1994; 2000; Wengeler 1995; 2006; Münz et al. 1999; Jung et al. 2000; Herbert 2003; Nuscheler 2004). Bereits zu Zeiten des Kaiserreichs oder in der Periode der innereuropäischen Arbeitsmigration nach dem Zweiten Weltkrieg wurden ausländische Arbeitskräfte zur Deckung inländischen Bedarfs rekrutiert; ganz zu schweigen von der millionenfachen Deportation von Zwangsarbeitern während der beiden Weltkriege. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich indes die Zurichtung des Anwerbungspools verändert: statt billiger Arbeitskräfte für bei Inländern bzw. Deutschen unbeliebte Tätigkeiten in den untersten Segmenten der Arbeitsmarkthierarchie nunmehr hochqualifizierte Facharbeitskräfte, die nicht mehr in ausreichender Anzahl aus eingeborenen Beständen rekrutiert werden können. Migranten werden neuerlich unter einer rein funktional-materiellen Perspektive betrachtet und bewertet (vgl. z. B. Bade/Bommes 2000; Jung et al. 2000; Angenendt 2002; Meier-Braun 2002; Herbert 2003; Angenendt/Kruse 2004; Nuscheler 2004; Wengeler 2006). Außerdem werden sie als konjunkturelle Lückenbüßer bzw. Konjunkturpuffer der Wohlstandsgesellschaft funktionalisiert, als eine flexible Ausgleichsreserve bzw. Reservearmee des neoliberalen Kapitalismus, die Deutschland nutzt (und nicht ausnutzt), ohne dass sich Politik und Gesellschaft groß um



ihre sonstigen Lebensbedingungen kümmern müssen. Eine keinesfalls minder lange Geschichte hat die diskursive Konstruktion von Migration als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen. Je nach den jeweils aktuellen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen wird Migration zu einem (schwerwiegenden) quantitativen und/oder qualitativen Problem, einer Problematik oder einer (existenziellen) Frage stilisiert. Gewissermaßen konjunkturell werden verschiedene Personengruppen prototypisch in ein besonders negativ akzentuiertes Blickfeld gerückt; z. B. im Zusammenhang mit der *Polenfrage* zu Beginn des 20. Jahrhunderts, später der *Judenfrage*, mit den ökonomischen Rezessionen ab den 1960er Jahren dem *Gastarbeiterproblem*, gefolgt von einem *Ausländerproblem*, dem *Türkenproblem* und dem *Asylantenproblem*, bis hin zum *Integrationsproblem* oder zur *Frage der illegalen Einwanderung* (vgl. z. B. Spieles 1993; Sassen 1996; Busse 1997; Bade 2000; Bade/Bommes 2000; Jung et al. 2000; Herbert 2003; Nuscheler 2004; Wengeler 1995; 2006; Pieper 2008; Sibum 2010). Seit jeher unterfüttert werden entsprechende soziale Konstruktionen durch wirkungsmächtige Bilder der Überwältigung: Metaphern, Gefahrensemantiken und Kollektivsymbole beschwören Migration als ein kontinuierlich stattfindendes, gewaltiges, nicht zu bändigendes Massenphänomen, setzen die (drohende) Anwesenheit von Menschen in Verbindung mit sozialen Spannungen, gesellschaftlichen Krisen und kollektiven Ängsten und stigmatisieren *Fremde* als bedrohliche *Andere*. Eine in unterschiedlichen historischen Phasen jeweils diskursiv konstruierte Grenze der Belastbarkeit, der Aufnahmefähigkeit, der Integrationsfähigkeit oder der Toleranz gegenüber Migration, wenngleich nie konkret formuliert und unabhängig von absoluten und relativen Zahlen, war angeblich jeweils erreicht bzw. (wieder) überschritten (siehe hierzu z. B. Böke 1997; Jung et al. 1997; 2000; Meier-Braun 2002; Pieper 2008). Allerdings werden durch mit diskursiver Macht verbreitete gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktionen tatsächlich jeweils Grenzen (als erreicht) gesetzt, und damit der Boden für die Akzeptanz und Durchsetzung bestimmter Forderungen oder die Legitimation bestimmter Entscheidungen bereitet; z. B. zur Verhinderung, Linderung oder Lösung als drängend konstruierter *Probleme* oder *Fragen* wie bei der Verhängung des so genannten Anwerbestopps 1973, der Beschneidung des Grundrechts auf Asyl 1993 oder der Debatte um Rechtsnormen zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung mit restriktiveren Zuzugs- und erleichterten Ausweisungs- bzw. Abschieberegelungen zu Beginn der 2000er Jahre. Die angeblichen Handlungsnotwendigkeiten – z. B. gegenüber einer angeblich zu großen Masse, einem *Übermaß* an Migranten – werden durch vor allen Dingen bildbereichsanaloge Metaphern und Kollektivsymbole konstituiert; gegen eine bedrohliche *Flut* müssen *Dämme* errichtet, ein *Ansturm* oder eine *krankmachende Belastung* muss *abgewehrt*, *bekämpft* werden etc. (vgl. z. B. Link 1982; 1988; 1993; Jäger et al. 1998; Jäger 1999; Jäger/Jäger 2007; Jäger/Zimmermann 2010). Die Deutung von Migration als (drohende) Be-/Überlastung und Gefahr ist dabei so tief im kollektiven Bewusstsein verankert, dass sich die Medien selbst für Anstrengungen zur Dehysterisierung und Sensibilisierung diesbezüglicher Debatten einer bildlichen Sprache bedienen; dass also z. B. durch die EU-Erweiterung kein *Massenansturm* und keine *Überflutung* mit osteuropäischen Arbeitsmigranten droht. Begleitet wurden einwanderungsfeindliche Stimmungen in Deutschland seit jeher von tödlichen Folgen für Migranten. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist rassistisch motivierte Gewalt ein konstitutiver Teil der deutschen Zustände, trotz unterschiedlicher – vor allem makro- – politisch top-down-institutionalisierter Anstrengungen z. B. gegen Fremdenhass oder für gesellschaftliche Toleranz (vgl. z. B. Herbert 2003 sowie

ausführlich vor allem die Forschungsarbeiten des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld, Heitmeyer 2002; 2003; 2004 ff.).

Für die deutsche Politik lässt sich in Anbetracht der historischen Universalien des Migrationsdiskurses auch für den Beginn der 2000er Jahre keine grundlegende Veränderung, sondern vielmehr eine Fortsetzung altbekannter Traditionen unter spezifischen Motivationen der Bestandserhaltung im Sinne der Gewährleistung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionsfähigkeit eines nationalen Wettbewerbsstaates ausmachen. Kennzeichnend für die moderne Form der Migrationspolitik unter der Maxime des volkswirtschaftlichen Nutzens, wenngleich einhergehend mit der nach Jahrzehnten allmählich anerkannten faktischen Einwanderungssituation, ist vor allem die Stigmatisierung und Ausgrenzung jener Migranten, die für die nationalen Interessen nicht brauchbar, also die *nutzlosen Anderen* sind. Aus humanitären Gründen notwendig zuzulassende Migration ist zuvorderst als möglichst gering zu haltende, (weiter) zu vermindern Belastung und Gefahr, und immer wieder speziell in Form der seit den 1970er Jahren wohlbekannten Argumentationsfigur vom angeblich drohenden *Missbrauch des Asylrechts*, von Bedeutung, wobei weitere Absenkungen der Zulassungsstandards für Flüchtlinge und Asylsuchende aufgrund internationaler Verpflichtungen praktisch ohnehin kaum mehr darstellbar sind (vgl. z. B. Bade 1994; Angenendt 2002; Meier-Braun 2002; Herbert 2003; Angenendt/Kruse 2004; Pieper 2008). Kennzeichnend ist überdies die – diskursiv und auch politisch-organisatorisch abgebildete – Verschränkung von Flucht und irregulärer Migration sowie damit verbunden die Enthumanisierung, Diskreditierung und Kriminalisierung des Konzepts des Asyls sowie die zunehmende Versicherheitlichung und Militarisierung europäischer Migrationspolitik im Sinne einer von Verteidigung und Bekämpfung bestimmten flüchtlingsfeindlichen Flüchtlingspolitik (vgl. z. B. Düvell 2002; Niessen 2002; Nuscheler 2004; Schwenken 2006; Kiza 2008). Neben unerwünschter irregulärer Migration stehen zusehends speziell dabei assistierende Personengruppen im Fokus der Feindbildkonstruktion, die allerdings in bestimmten historischen Phasen keineswegs per se als moralisch fragwürdige, rundweg zu verurteilende Nutznießer menschlicher Schicksale stigmatisiert und in den Kontext von *verbrecherischem Menschenhandel* gestellt, sondern mit sozialer Anerkennung verbunden als Fluchthelfer betrachtet wurden, wenngleich auch dabei mitunter kommerzielle Motive bestimmend waren.

Von besonderer Bedeutung für die diskursiv konstituierte spezifische gesellschaftliche Wirklichkeit sind die Dichotomie des (positiv besetzten) *Eigenen* und des (negativ typisierten) *Fremden* sowie der damit verbundene Antagonismus zwischen *Innen* und *Außen* (vgl. z. B. auch Link 1992; 1997; Jäger et al. 1998). Die positiv assoziierte Vorstellung und Aufwertung des *Eigenen* erfolgt durch die sich negativ vollziehende Definition des *Fremden* bzw. *Anderen*. Das Zusammengehörigkeitsgefühl einer sozial konstruierten *Wir*-Gruppe, also z. B. das *Wir*-Gefühl einer Gesellschaft, eines Volkes, einer Nation, bildet sich in Abwehrreaktionen heraus: Abgrenzungen erzeugen die Sicherheit des Vertrauten, stärken den inneren Zusammenhalt und stiften Identität – das *Selbstbild* erhält Gestalt und Kontur durch das dualistische *Fremde* und damit z. B. eine angeblich *homogene nationale, deutsche* Identität mit gemeinsamen Interessen, Werten und Normen. Selbstvergewisserung vollzieht sich maßgeblich durch beständige Differenzierungen und Gegenüberstellungen mittels komplementärer Kategorien wie *Wir* vs. *Sie/die Anderen*, *Inländer* vs. *Ausländer*, *Einheimische* vs. *Ein-/Zuwanderer*, *normal* vs. *anormal* etc. (vgl. hierzu z. B. Bielefeld 1991; 2003). Von jeher im deutschen Migrationsdiskurs fest verankerte Kollektivsymbole applizieren in Diskursen der Differenz binäre Logiken: Sie erzeugen

bzw. ziehen und verfestigen scharfe Grenzen zwischen dem angeblich klar konturierten *Eigenen*, dem *Wir* etc., und dem außerhalb liegenden, (meist ideologisch begründeten) gegensätzlichen *Fremden*, dem *Die* etc., indem durch Selektion bestimmter Merkmale, die der eigenen oder einer anderen Gruppe zu- oder abgeschrieben und in irgendeinem Sinne als sozial bedeutungsvoll für die Ab- bzw. Ausgrenzung erklärt werden, zwischen der Majoritätsgruppe und (einer) anderen Personengruppe(n) unterschieden wird (vgl. z. B. Matouschek et al. 1995; Sibum 2010). Allein der Aufruf eines Teils eines binäroptionellen Begriffspaars im entsprechenden Kontext genügt, um im kollektiven Bewusstsein der Diskursgemeinschaft abgespeicherte Dichotomien zu aktivieren und unmittelbaren Handlungsbedarf zu suggerieren, also z. B. restriktive Handlungen gegen (weitere) Migranten aufgrund (drohender, starker, zunehmender) Be-/Überlastungen und Gefahren für das dagegen zu *sichernde*, zu *schützende*, zu *verteidigende* etc. *Innen* (*unsere* Gesellschaft, *unsere* Kultur, *unser* Arbeitsmarkt etc.) zu legitimieren, da bei Überschreiten des *Normalmaßes/der Toleranzschwelle* *unser* innerer Frieden und *unsere* kulturelle Identität bedroht sind (vgl. z. B. Link 1988; 1992; 1997; Jäger et al. 1998; Jäger 1999). Bevorstehende Veränderungen, sei es z. B. eine drohende Freizügigkeit von türkischen Arbeitnehmern durch das Assoziierungsabkommen mit der EG 1963 oder gut vier Dekaden später eine ebensolche für Angehörige der neuen EU-Mitgliedsstaaten – sind Anlass für gesellschaftliche Ängste und Forderungen nach Schutz-Handlungen.

Die Trennung zwischen dem *Eigenen* und dem *Fremden* bzw. zwischen *Uns* und *den Anderen* geht entsprechend der Betrachtung und Bewertung von Migration unter einer funktional-materiellen Perspektive einher mit einer Unterscheidung der *Anderen* in zwei Gruppen: einerseits erwünschte nützliche Migranten, die *uns* (*unserer* Volkswirtschaft, *unserer* Wettbewerbsfähigkeit, *unserem* Renommee, *unseren* Sozialsystemen etc.) (mehr) nutzen (als sie *uns* kosten) und die *wir* zum Erhalt *unserer* Wohlstandsgesellschaft benötigen, andererseits unerwünschte (bzw. weniger erwünschte) Migranten, die die (zu) große Masse an (drohenden) Migranten repräsentieren, die *uns* nicht nutzen, sondern die *uns* (*unseren* Interessen, *unserem* Arbeitsmarkt, *unseren* Sozialsystemen etc.) schaden und *uns* (*unser* Land, *unsere* Systeme etc.) nur be-/überlasten oder für *uns* (*unsere* innere Sicherheit, *unseren* sozialen Frieden, *unsere* Identität etc.) gefährlich sind. Allerdings bleiben auch die von *uns* benötigten, für *uns* nützlichen Migranten Teil der *Anderen*, der *Fremden*, die sich ihren (temporären) Aufenthalt bei *uns* durch ihre besondere Leistung und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Beitrag verdienen müssen (vgl. Wengeler 2006; Friedrich 2011). In den Auseinandersetzungen um das Zuwanderungsgesetz zu Beginn der 2000er Jahre geht die Forderung nach Zulassung von für *unsere*, *deutsche* Interessen benötigte Arbeitsmigration einher mit Forderungen nach Verhinderung/Verminde- rung unerwünschter Migration. Eine möglichst entschiedene Bekämpfung der sozialen Konstruktion *irreguläre Migration* und der damit diskursiv verschränkten *Migrationskriminalität* repräsentiert den grundlegenden Kitt sämtlicher Maßnahmen der deutschen und europäischen Migrationspolitik mit Blick auf das Werben um gesellschaftliche Akzeptanz für die für *uns* notwendige nützliche Migration (vgl. z. B. Düvell 2002; Schwenken 2006; Kiza 2008).

Migranten werden im analysierten Printmediendiskurs in einer Soziomatrix von Betrachtungen, Bewertungen, Handlungsaufforderungen und Prognosen zu erwartender (bzw. vielmehr drohender) Entwicklungen immer wieder generalisiert und stereotypisiert in einem klar negativ akzentuierten, dramatisierten Kontext dargestellt und beständig mit (behaupteten) Prob-

lemzusammenhängen verknüpft, bzw. ihnen wird auch selbst ein personifizierter Problemcharakter zugeschrieben. Sie treten maßgeblich in Erscheinung als auf Objekte ohne individuelle Eigenschaften reduziert, verborgen hinter versächlichenden Formulierungen, nicht jedoch als aufgrund persönlicher Motivationen handelnde Subjekte und Individuen – mit z. B. einer spezifischen Lebenslage und einer eigenen Stimme (vgl. z. B. auch Sibus 2010). Arbeitsmigranten repräsentieren, entsprechend des im Grunde für alle gesellschaftlichen Subsysteme bestimmenden Primats der Ökonomisierung, vor allem einen rechnerischen Faktor im Rahmen volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Gegenüberstellungen, und werden gemäß eines funktional-materiellen Blickwinkels als für Deutschland (temporär) nützlich oder nicht nützlich beurteilt. Hauptsächlich, keinesfalls aber ausschließlich, für die Betrachtung von (unerwünschten) Flüchtlingen und Asylsuchenden sind Entindividualisierung und Dehumanisierung bzw. Entmenschlichung grundlegend. Die prinzipielle Individualität und Verschiedenheit von (migrierenden) Menschen bleibt außen vor und Migration wird lediglich unter einem quantitativen Gesichtspunkt eines vor allem *Zuviel* oder eines (*anormalen*) *Übermaßes* betrachtet, das es zu reduzieren gilt. Migranten werden unter Erzeugung von Bedrohlichkeit regelmäßig als Verursacher zu klärender (schwerwiegender) gesellschaftlicher *Probleme* denunziert, zu einer zu lösenden (existenziellen) *Frage* erklärt oder mit einer grundsätzlichen *Problematik* verklammert. Sie werden im Kontext sicherheitspolitischer Maßnahmen, im Zusammenhang mit drohendem Missbrauch und Betrug, mit Devianz, Delinquenz und (schwerer) Kriminalität dargestellt, besonders eindrücklich durch die Verschränkungskomposition *Migrationskriminalität*. Sie erscheinen überwiegend als Elemente einer anonymen, gesichtslosen, ähnlich einem quasi naturgegebenen Selbstlauf oder sogar einer Naturkatastrophe drohenden, (großen oder zu großen, den Zielraum überfordernden oder überwältigenden) Menschenmasse, die von Schleppern und Schleusern auch wie Waren gehandelt, verfrachtet und geschmuggelt werden. Zugespitzt werden sie auch schlicht als *Illegale* markiert, bar persönlicher Eigenschaften und ohne soziale Rechte – gesellschaftlich unerwünscht und weithin unsichtbar. Im negativen Sinne besonders drastische sprachliche Verfahren der Entindividualisierung und Dehumanisierung repräsentieren im analysierten regionalen Printmediendiskurs der unverblümte Erguss von Hohn, Spott und Verachtung über Menschen ob augenscheinlich ungeeigneter Versuche der Überwindung der EU-Außengrenzsicherung sowie die Darstellung von Handlungen zur Verhinderung bzw. Verfolgung oder Bändigung von (irregulärer) Migration mittels unverhohlenem Kampf- und Kriegsvokabular sowie entsprechenden Metaphern und Kollektivsymbolen. Diese reduzieren Menschen, die mit der räumlichen Verlagerung ihres Lebensmittelpunktes über nationalstaatliche Grenzen hinweg zunächst nichts anderem als einem Streben nach Veränderung ihrer Lebenslage folgen, auf *Aggressoren und abzuwehrende, ins Visier zu nehmende, zu jagende, zu bekämpfende etc. Objekte im Rahmen als legitim dargestellter Selbst-Verteidigungsmaßnahmen*. Aufgrund der Darstellung von an Personengruppen- oder selbst auch an Nationalitätenbezeichnungen geknüpften – für Deutschland belastende, gefährliche, gesellschaftsgefährdende, existenzielle etc. – Problemen und Problematiken werden Menschen nicht nur als Ursache – und damit als Verantwortliche, Schuldtragende, Sündenböcke, Delinquenten, Verbrecher etc. – dargestellt, sondern auch dagegen gerichtete – migranten- bzw. fremden- oder ausländerfeindliche – Handlungen als (gerechtfertigte) Reaktion auf eben diese Probleme und die dafür als verantwortlich

ausgemachten Ursachen bzw. Verursacher als Klärung, Erledigung oder (endgültige) Lösung (vgl. auch Wengeler 1995; Jung et al. 2000; Herbert 2003).<sup>895</sup>

Entindividualisierung und Dehumanisierung sind auch die bestimmenden Charakteristika des regionalen Printmediendiskurses bei der Darstellung von (mutmaßlich irregulärer) Migration in der deutschen Grenzregion zu Polen – eingedenk des regional sehr geringen Ausländeranteils mit einer besonderen Wirkungsmächtigkeit für die Konstitution einer spezifischen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Migration erscheint primär als ein Polizei- und Sicherheitsproblem, dem (sprachlich unverhohlen) mit militärischen Mitteln begegnet wird, und in dieser Logik frei von humanitären Betrachtungsweisen als eine Art *Krieg gegen die Unerwünschten* (vgl. auch Marrus 1999), in dem es nur sich gegenüberstehende Gruppen gibt. (Mutmaßlich irreguläre) Migranten werden mit einem Gefühl von Bedrohlichkeit und geradezu unmittelbarer physischer Bedrohung verbunden. Jenseits ihres (mutmaßlich) gesetzeswidrigen Handelns werden sie als Individuen erst durch Ausnahmesituationen ein Thema. Verstärkt durch zahlreiche journalistische Stilmittel reproduziert und verbreitet der Printmediendiskurs unablässig die Vernunft, Sensibilität und Weitsicht proklamierenden Wissensbestände und Wahrheiten des Politikerdiskurses und des Polizeidiskurses, die auf diesem Weg Eingang ins Alltagswissen finden, die lokalen Alltagskulturen (in-)formieren und so wiederum als öffentliche Meinung in Alltagstheorien und andere Diskurse eingespeist und immer weiter entwickelt werden (vgl. z. B. van Dijk 1993a; Jäger, S., 1996; Jäger et al. 1998; Jäger/Jäger 2003). Er verkittet das kollektive Bewusstsein für den als legitim und notwendig dargestellten Kampf gegen von *außen* drohende Belastungen und Gefahren, die in Polen nicht aufgehalten werden können und somit Reaktionen von Deutschland fordern: Er tradiert narrativ ausgespinnene Erfolgsgeschichten des Schutzes *unseres* Gemeinwohls und perpetuiert einen Dualismus zwischen *Wir* (*normal, gut* etc.) und *Die* (*anormal, böse* etc.), zwischen den (umsichtigen) staatlichen Sicherheitskräften und der Bevölkerung im Dienste *unserer, nationaler* Interessen, der *inneren* Sicherheit und des *inneren* sozialen Friedens auf der einen Seite, *Grenzverletzern, Übeltätern, unerwünschten Bürgern, Illegalen* etc. auf der anderen. Die Grenzregion wird sozialräumlich als (stellvertretend) speziell zu schützende und zu verteidigende *Flanke* bzw. *Front* des *Innens* (*Hier*, Deutschland, die EU), gegenüber dem *Außen* und von *dort* drohenden (starken, zunehmenden) Be-/Überlastungen und Gefahren, und somit als Ort der ständigen Konfrontation, konstituiert. Auf die Grenze zwischen Deutschland und Polen bezieht sich der Diskurs dabei, indem er seine sichernde Funktion positiv hervorhebt: Sie wird als symbolische Schutzinstanz für die Nation dargestellt, womit nationale Zugehörigkeit zum entscheidenden Merkmal sozialer Differenz wird und nationale und soziale Grenzziehungen plausibilisiert sowie kontinuierlich bestätigt und (re-)produziert werden (vgl. auch Engelhardt 2008). Die EU-Erweiterung wird aufgrund des damit verbundenen Bedeutungswandels der Grenze zwischen *innen* und *außen* als sicherheitspolitische Herausforderung konstruiert, der mit einer Verschärfung des Grenzregimes, laut *Innen*-Minister mit einem „strategischen Gürtel zur Verhinderung unkontrollierter Migration und der damit einhergehenden grenzüberschreitenden Kriminalität“, begegnet werden muss. Die Unterstützung der Exekutive durch die Bevölkerung bei der Verfolgung irregulärer Migration findet soziale Würdigung, eine prinzipielle Verdächtigung und eine notwendige Überprüfung von Menschen, die

<sup>895</sup> Durch die mit dem zuletzt Genannten angedeutete Verschränkungskomposition soll kein Vergleich zu historisch singulären Ereignissen angestellt, sondern nur exemplifiziert werden, wie nachhaltig wirkungsmächtig Sprache sein kann.

aufgrund ihres Phänotyps irreguläre Migranten sein könnten, erscheint üblich (vgl. auch Dietrich 1998a; 1998b; FFM 1998; Schwell 2008). Zu einer kritischen Reflektion der entsprechend konstituierten spezifischen sozialen und räumlichen Wirklichkeit in der Grenzregion oder auch nur zu einer Sensibilisierung der so gesellschaftlich (in-)formierenden Diskurse leistet der regionale Printmediendiskurs keinen Beitrag. Er (re-)produziert beständig eng begrenzte Wissensbestände und repräsentiert keine alternativen oder sogar dem hegemonialen Politiker- und Polizeidiskurs entgegenstehende Deutungen. Fundierte Hintergrund-Berichte mit unterschiedlichen Betrachtungsweisen sind Fehlanzeige. Die analysierten Tageszeitungen sind auffallend schlecht informierte und schlecht informierende Medien.

Das Verhältnis der konstitutiven – die Diskursgemeinschaft der Rezipienten beständig repetitiv (in-)formierenden – Aussagen des analysierten regionalen Printmediendiskurses zu den Erkenntnissen des erhobenen Samples von Experteninterviews – mit aufgrund ihrer praxisgesättigten Insiderwissensbestände zum *Thema Migration* in der deutschen Grenzregion zu Polen ausgewählten Funktionsträgern – lässt sich wie folgt konturieren:

- **Anpassung von Migranten als soziales Selbstverständnis:** Der Forderung nach Anpassung von Migranten an in Deutschland geltende Regeln und Werte wird vor allem durch Problematisierung einer nicht ausreichenden Anpassung und daraus resultierenden sozialen Spannungen und Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung Ausdruck verliehen. Von einem Teil der Befragten wird der Mentalität bzw. Sozialisationskultur von speziellen Gruppen von Migranten ein generell innewohnendes Konfliktpotenzial betreffend ein Zusammenleben mit Deutschen zugeschrieben; sie werden als ein gesellschaftliches Problem dargestellt. Von einem anderen Teil wird dem entgegen eine mit Migration verbundene kulturelle Bereicherung herausgestrichen.

- **Aufgrund wirtschaftlichem Nutzen und/oder für das Funktionieren von gesellschaftlichen Teilsystemen (temporär, notwendig) zuzulassende Migration:** Die Betrachtung und Bewertung von Migration unter Gesichtspunkten des (temporären) volkswirtschaftlichen Nutzens stellt ein zentrales Merkmal der Expertendiskurse dar, speziell in Anbetracht der regionalen Schrumpfungsdynamiken. Migranten wird, von unterschiedlichen Funktionsträgern allerdings recht unterschiedlich motiviert, die Rolle von Hoffnungsträgern für die wirtschaftliche Entwicklung zugewiesen, zugleich aber z. B. auch beklagt, dass Arbeitsmigranten aufgrund nicht bestehenden allgemeinverbindlichen Rechtsnormen nicht rekrutiert werden könnten oder schlicht auch kein Interesse an einem Arbeitsplatz in der Grenzregion hätten.

- **Migration als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen:** Die Darstellung von Migration als (drohende, starke, zunehmende) Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen zeigt sich in einem Bündel miteinander verschränkter Teildiskurse, speziell in Deutungen der Einstellungen der lokalen Bevölkerung, besonders deutlich gerade auch im Hinblick auf die EU-Erweiterung. Markant sind auf der einen Seite (deutliche) Distanzierungen der befragten Experten gegenüber dem sich entsprechend ausweisenden lokalen Alltagsdiskurs, und z. B. auch dem Politikerdiskurs, dem Polizeidiskurs und dem Mediendiskurs. Auf der anderen Seite sind sehr deutlich (starke) diskursive Verstrickungen in ebensolche Wirklichkeitsdeutungen und entsprechende Argumentationsstrategien zu erkennen.

▪ **Aus humanitären Gründen (notwendig) zuzulassende Migration (als in erster Linie zu vermindernde Be-/Überlastung):** Einerseits streichen insbesondere die Repräsentanten der gesellschaftspolitischen Initiativen die Notwendigkeit einer Unterstützung von (irregulären) Migranten aus humanitären Gründen heraus. Andererseits wird Migration aus humanitären Gründen von einigen Experten, vor allem im Zuge der Verteidigung des EU-Grenzregimes, mit Blick auf damit verbundene (drohende) große gesellschaftliche Probleme und dem entsprechend als notwendig zu verhindernde/vermeidende Be-/Überlastung und Gefahr mit negativen Folgen für Deutschland/die Deutschen betrachtet und bewertet.

Die Berichterstattung ihrer jeweiligen Lokalzeitung wird von den befragten *SV*, *SA* und *GI* – aus allerdings zum Teil sehr unterschiedlichen Gründen – weit überwiegend sehr kritisch betrachtet, vor allen Dingen als nicht hilfreich bei der Realisierung ihrer jeweils funktionspezifisch begründeten (wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen) Anliegen. Moniert werden unter anderem ein prinzipielles Negativsyndrom statt Unterstützung positiver lokaler Entwicklungsprozesse, Desinteresse gegenüber den spezifischen Lebenslagen von bestimmten Gruppen von Migranten, gerade in der Grenzregion, sowie eine ungenügende (aufklärerische) Hintergrundberichterstattung, z. B. zu den (ausbleibenden) Folgen der EU-Erweiterung.

Die Wissensbestände der befragten Funktionsträger verdeutlichen zudem eine gravierende Diskrepanz zwischen der lokalen Politik und der Lebenswelt der lokalen Bevölkerung (vgl. z. B. auch Bürkner 2001; 2005; Matthiesen/Bürkner 2002a; 2000b). Mehr oder minder optimistische Deutungen stehen einer verbreiteten alltagsweltlichen Hoffnungslosigkeit gegenüber, wengleich die Repräsentanten der Stadtverwaltungen sozialräumlich identitätsstiftende Effekte ihrer politischen Agenda zur Behandlung der Strukturumbrüche, Transformationsprozesse und Schrumpfungsdynamiken seit dem Niedergang der DDR proklamieren. Kollektives Abwehrverhalten, lokalistische Abschottungen, Problemdelegationen sowie Verteidigungshaltungen gegenüber *Fremden* und *Fremdem* lähmen lokale Entwicklungsprozesse und verschließen Horizonte der Interkulturalität. Von großen Teilen der Bevölkerung werden Veränderungen nicht aktiv bewältigt, sondern mehr oder minder passiv ertragen, politische Institutionen werden nicht als gestaltbare Rahmenbedingungen des Gemeinwesens, sondern als ungeliebte Minimalgaranten sozialen Überlebens betrachtet (vgl. z. B. Bürkner/Dürschmidt 2001; Matthiesen 2002; Alheit et al. 2004; Dürschmidt 2004). Ganz offenkundig mangelt es an gesellschaftlich integrativ wirkenden Akteuren, die diese Kluft überbrücken können, und vor allem an breiten, heterogenen Bündnissen, die im Sinne einer transparenten, partizipativen Stadt- und Regionalentwicklung innovative Konzepte entwickeln, deren Ziele und Leitbilder an die lokalen Verhältnisse angepasst sind und zur stärkeren Einbeziehung und kreativen Beteiligung der Bevölkerung herausfordern. Notwendig wäre vor allem eine Stärkung, Institutionalisierung und Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, gerade angesichts des zunehmenden Abdrängens vieler gesellschaftspolitischer Initiativen in die Ehrenamtlichkeit. Gefordert wären hier z. B. auch die lokalen Medien als Förderer von Bestandteilen von Gesellschaft bzw. einer Art von Gesellschaft, die nicht Auswuchs staatlichen Handelns ist, sondern sich dem Handeln und der Kooperation einzelner (gesellschaftlicher Gruppen von) Menschen verdankt.

Bei den regionalen Tageszeitungen wären Bewusstseinsänderungen zweifelsohne auch bei ihrer entindividualisierenden und entmenschlichenden Berichterstattung über (mutmaßlich irreguläre) Migration wünschenswert. Sie sollten über Menschen als Menschen sprechen und nicht als Elemente einer Angst einflößenden Bedrohung durch bildliche Analogien zu einer

*einzudämmenden Naturkatastrophe, einem zu bekämpfenden Verbrechen oder einer abzuwehrenden Invasion.* Die emotionalisierend-suggestive Kraft und die bewusstseins(in-)formierende und handlungssteuernde Wirkung dramatisierender Sprache schürt Ängste und Aggressionen und fördert gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen. Angebracht ist eine sensiblere Sprache, die sich gegenüber der langen Tradition von Begriffen und Metaphern der hierarchisierenden Kategorisierung von Menschen zur Unterscheidung des *Eigenen* vom *Fremden*, des *Wir* von *Denen*, sowie des feindseligen, stigmatisierenden, ausgrenzenden und auch mörderischen Umgangs mit *Fremden* in Deutschland bewusst zeigt, denn ob Migration historisch-gesellschaftlich als Bereicherung oder als Bedrohung wahrgenommen wird, ist besonders auch von Sprache abhängig. Migration ist kein naturwüchsiger Prozess, sondern in ihrer jeweiligen Form entscheidend von den Handlungen der Aufnahmegesellschaft abhängig. Da regionale Medien durch räumliche, nicht aber thematische Grenzen definiert werden, könnten sie z. B. auch Migranten vor Ort eine Stimme verleihen und über deren spezifische Lebenslagen informieren, statt im Grunde täglich inhaltlich ähnlich ausgerichtete grenzpolizeiliche Verlautbarungen zu reproduzieren. Sie sollten sich gegenüber ihrer Verantwortung bei der (Re-)Produktion von Machtverhältnissen und einer demgemäß konstituierten spezifischen gesellschaftlichen Wirklichkeit bewusst zeigen und alle sozialen Gruppen der Gesellschaft im Blick haben. Sie sollten nicht die ohnehin mächtigen Sprechergruppen diskursiv verstärken, sondern den marginalisierten, ohnmächtigen Gehör verschaffen und z. B. gesellschaftliche Debatten um soziale Disparitäten, an ethnisch konstruierten Merkmalen orientierte Diskriminierungs-, Ausgrenzungs- und Exklusionspraxen befördern. Einen wichtigen Beitrag könnten sie auch bei Erörterungen von gemeinhin vage bleibenden Schlagwörtern wie z. B. *Einwanderungsland*, *multikulturelle Gesellschaft* oder *Integration* – mitsamt der daraus resultierenden Verständigungsschwierigkeiten – leisten, gerade in einer Region, in der äußerst wenige Migranten leben, in der *mobile Fremde* auf *bodenständige Deutsche* treffen und in der auch die regionale Geschichte unzureichend aufgearbeitet wurde, was bis heute (als belastendes Erbe) die Alltagskulturen und Mentalitäten beiderseits von Oder und Neiße prägt (vgl. z. B. Behrends et al. 2000; Poutrus et al. 2002).

Die von einigen befragten Experten formulierte Überzeugung, dass eine wesentliche Verbesserung des Verhältnisses von *Einheimischen* zu *Fremden* bereits aus einer Zunahme und Intensivierung von direkten sozialen Kontakten sowie einer entsprechenden Gewöhnung resultiere, greift allerdings zu kurz. Für eine gelungene interkulturelle Integration sind insbesondere Statusgleichheit zwischen Angehörigen der unterschiedlichen sozial konstruierten Gruppen unabdingbar, in erster Linie zwischen Deutschen und (den unterschiedlich kategorisierten Gruppen von) Migranten, aber auch zwischen Deutschen untereinander (vgl. Bröskamp 1993). Erforderlich sind auch gemeinsame übergeordnete Ziele, die nur in kooperativer Abhängigkeit erreicht werden können. Ergänzend notwendig wären allerdings eine umfassende wie intensive politische Unterstützung sowie die Initiierung breiter gesellschaftlicher Debatten um Fremdheit, die aktive Akzeptanz von Soziodiversität und Gemeinsamkeit in Verschiedenheit. In Anbetracht der in den letzten Jahren in Deutschland sowie gerade auch der deutsch-polnischen Grenzregion zu verzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen und Formierungsprozesse können diesbezüglich allerdings keine bahnbrechenden positiven Veränderungen konstatiert werden, wenngleich die Debatten um Migration in Deutschland noch stärker vom demographischen Wandel und der damit verbundenen zunehmenden Notwendigkeit von Bestandserhaltungsmigration beeinflusst wird.



Die sozial- und raumwissenschaftliche Forschung ist entsprechend auch weiterhin gefordert, sozialräumliche Konstitutionsprozesse und Praktiken der Inklusion und Exklusion in den Blick zu nehmen, diskursiv als *selbstverständlich* dargestellte oder als *normal* akzeptierte gesellschaftliche Machtstrukturen und soziale Ungleichheitsverhältnisse zu problematisieren sowie Handlungsspielräume und Veränderungsmöglichkeiten aufzuzeigen; speziell in der deutschen Grenzregion zu Polen, in der sich aufgrund der wechselhaften Geschichte bis heute unterschiedliche historisch und sozial verwurzelte Diskurse überlagern.

## 8 Literaturverzeichnis

- Alheit, Peter/Bast-Haider, Kerstin/Drauschke, Petra (2004): Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland (Biographie- und Lebensweltforschung des Interuniversitären Netzwerkes Biographie- und Lebensweltforschung, Bd. 2). Frankfurt a. M./New York.
- Allers, Jan (1998): Grenzregime: eine theoretische Annäherung. In: *off limits*, Nr. 24, S. 7-9.
- Alt, Jörg (1999): *Illegal in Deutschland: Forschungsprojekt zur Lebenssituation „illegaler“ Migranten in Leipzig*. Karlsruhe.
- Alt, Jörg (2003): *Leben in der Schattenwelt. Problemkomplex „illegale“ Migration. Neue Erkenntnisse zur Lebenssituation „illegaler“ Migranten aus München und anderen Orten Deutschlands*. Karlsruhe.
- Alt, Jörg/Bommes, Michael (Hrsg.) (2006): *Illegalität: Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik*. Wiesbaden.
- Althoetmar, Katrin/Dietzsch, Martin/Jäger, Margret/Jäger, Siegfried/Kellershohn, Helmut/Pfennig, Joachim/Speer, Hans-Peter/Wichert, Frank (1993): *SchlagZeilen. Rassismus in den Medien (DISS-Skripten, Nr. 5). 2. durchgesehene Aufl., Duisburg*.
- Angenendt, Steffen (2002): *Einwanderungspolitik und Einwanderungsgesetzgebung in Deutschland 2000-2001*. In: Bade/Münz (Hrsg.), S. 31-59.
- Angenendt, Steffen/Kruse, Imke (2004): *Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland 2002-2003*. In: Bade/Bommes/Münz (Hrsg.), S. 175-202.
- Angermüller, Johannes (2007): *Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich*. Bielefeld.
- Angermüller, Johannes/Bunzmann, Katharina/Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2001): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen (Argument Sonderband, NF 286)*. Hamburg.
- Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Macgilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hrsg.) (2013): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Bielefeld.
- Ateş, Şeref (2006): *Das Islambild in den Medien nach dem 11. September 2001*. In: Butterwegge/Hentges (Hrsg.), S. 151-170.
- Bade, Klaus J. (1983): *Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980*. Berlin.
- Bade, Klaus J. (1992a): *Einheimische Ausländer: „Gastarbeiter“ – Dauergäste – Einwanderer*. In: Ders. (Hrsg.), S. 393-401.
- Bade, Klaus J. (Hrsg.) (1992b): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart*. München.
- Bade, Klaus J. (1993): *Die neue Einwanderungssituation im vereinigten Deutschland: Geschichtserfahrung und Zukunftsangst*. In: Butterwegge, Christoph/Jäger, Siegfried (Hrsg.): *Europa gegen den Rest der Welt. Flüchtlingsbewegungen – Einwanderung – Asylpolitik*. Köln.
- Bade, Klaus J. (1994): *Ausländer – Aussiedler – Asyl: eine Bestandsaufnahme*. München.
- Bade, Klaus J. (2000): *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München.

- Bade, Klaus J. (Hrsg.) (1984): Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter: Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bände. Ostfildern.
- Bade, Klaus J./Bommes, Michael (2000): Migration und politische Kultur im „Nicht-Einwanderungsland“. In: Bade/Münz (Hrsg.), S. 163-204.
- Bade, Klaus J./Bommes, Michael/Münz, Rainer (Hrsg.) (2004): Migrationsreport 2004: Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a. M./New York.
- Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hrsg.) (2000): Migrationsreport 2000: Fakten – Analysen – Perspektiven. Bonn.
- Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hrsg.) (2002): Migrationsreport 2002: Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a. M./New York.
- Bade, Klaus/Oltmer, Jochen (Hrsg.) (2003): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Bd. 8). Göttingen.
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse – Klasse – Nation: ambivalente Identitäten. Hamburg.
- Banse, Christian/Stobbe, Holk (Hrsg.) (2004): Nationale Grenzen in Europa. Wandel der Funktion und Wahrnehmung nationaler Grenzen im Zuge der EU-Erweiterung. Frankfurt a. M.
- Becher, Ursula A. J./Borodziej, Włodzimierz/Maier, Robert (Hrsg.) (2001): Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert: Analysen, Quellen, didaktische Hinweise. Hannover.
- Becker, Frank/Gerhard, Ute/Link, Jürgen (1997): Moderne Kollektivsymbolik. Ein diskurs-theoretisch orientierter Forschungsbericht mit Auswahlbibliographie. In: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur (IASL), 22 Jg., H. 1, S. 70-154.
- Behnisch, Reinhard/Lahmann, Horst (Hrsg.) (2004): Wechselwirkungen: Die deutsch-polnischen Beziehungen im zukünftigen Europa (Loccum Protokolle, Nr. 72/02, Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum). Rehburg-Loccum.
- Behrends Jan C./Kuck, Dennis/Poutrus, Patrice G. (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern: Thesenpapier für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Brandenburg (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/essays/popa0800.htm>; Stand: 8. März 2015).
- Behrends, Jan C. (2003): Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“. Deutsch-sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949-1990). In: Behrends/Lindenberger/Poutrus (Hrsg.), S. 75-98.
- Behrends, Jan C./Lindenberger, Thomas/Poutrus, Patrice G. (Hrsg.) (2003): Fremde und Fremd-Sein in der DDR: zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Berlin.
- Belina, Bernd (2006): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (2007): Raumproduktionen. Zu diesem Band. In: Dies. (Hrsg.): Raumproduktionen: Beiträge der Radical Geography; eine Zwischenbilanz. Münster, S. 7-34.
- Bendel, Petra (2002): Stolz darauf, Schlusslicht zu sein. Deutsche Zuwanderungspolitik im europäischen Kontext. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2002, S. 602-610.

- Bender, Peter (2005): Normalisierung wäre schon viel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5-6/2005, S. 3-9.
- Berg, Eiki/Houtum, Henk van (Hrsg.) (2003): Routing Borders between Territories, Discourses and Practices. Aldershot/Burlington.
- Berndt, Christian/Pütz, Robert (Hrsg.) (2007a): Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn. Bielefeld.
- Berndt, Christian/Pütz, Robert (2007b): Kulturelle Geographien nach dem Cultural Turn. In: Dies. (Hrsg.), S. 7-25.
- Bernt, Matthias (2002): Risiken und Nebenwirkungen des „Stadtumbaus Ost“ (UFZ-Diskussionspapier 5/2002). Leipzig.
- Bielefeld, Ulrich (Hrsg.) (1991): Das Eigene und das Fremde: Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg.
- Bielefeld, Ulrich (Hrsg.) (2003): Nation und Gesellschaft. Selbstthematizierungen in Frankreich und Deutschland. Hamburg.
- Bingen, Dieter (1997): Bilanz deutscher Politik gegenüber Polen 1949 bis 1997. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 54/97, S. 3-10.
- Bingen, Dieter (1998): Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991. Baden-Baden.
- Bingen, Dieter (2004): Wo stehen die deutsch-polnischen Beziehungen am Vorabend des EU-Beitritt Polens? In: Behnisch/Lahmann (Hrsg.), S. 31-44.
- Bingen, Dieter (2005): Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5-6/2005, S. 9-17.
- Blotevogel, Hans Heinrich (1995): Raum. In: ARL (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 733-740.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2002a): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner/Littig/Menz (Hrsg.), S. 7-29.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2002b): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner/Littig/Menz (Hrsg.), S. 33-70.
- Böke, Karin (1996): *Flüchtlinge und Vertriebene* zwischen dem *Recht auf die alte Heimat* und der *Eingliederung in die neue Heimat*. Leitvokabeln der Flüchtlingspolitik. In: Böke/Liedtke/Wengeler, S. 131-210.
- Böke, Karin (1997): Die „Invasion“ aus den „Armenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 164-193.
- Böke, Karin/Jung, Matthias/Wengeler, Martin (Hrsg.) (1996): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven (Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet). Opladen.
- Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengeler, Martin (1996): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York.
- Bommes, Michael/Schiffauer, Werner (Hrsg.) (2006): Migrationsreport 2006. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt a. M./New York.

- Bonfadelli, Heinz/Friemel, Thomas N. (2015): Medienwirkungsforschung. 5., überarb. Aufl., Konstanz/München.
- Bonfadelli, Heinz/Moser, Heinz (Hrsg.) (2007): Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum. Wiesbaden.
- Borodziej, Włodzimierz (1997): Polen und Deutschland seit 1945. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 54/97, S. 11-20.
- BpB – Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1998): Europa an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Reform und Zukunft der Europäischen Union. Bonn.
- Brosius, Hans-Bernd/Esser, Frank (1995): Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. Opladen.
- Bröskamp, Bernd (1993): Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland: Die DDR, ihre Ausländer, die deutsche Wiedervereinigung und die Folgen. In: Bröskamp, Bernd/Engelhard, Eva/Farah, Ahmed (Hrsg.): Schwarz-Weiße Zeiten: AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews – Berichte – Analysen. Bremen, S. 13-34.
- Broszat, Martin (1986): Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. 4., rev. und erw. Ausg., Frankfurt a. M.
- Broszinsky-Schwabe, Edith (1991): Zusammenleben von Deutschen und Ausländern. Erbe der DDR und Situation in den neuen Bundesländern. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Nr. 2/1991, S. 19-22.
- Bruch-Krumbein, Waltraud/Hochmuth, Elke/Ziegler, Astrid (1999): Konsolidierung und Sanierung bedrohter Betriebe in Ostdeutschland. Neue Steuerungspotenziale der Bundesländer. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 43 Jg., H. 1, S. 117-130.
- Bublitz, Hannelore/Bührmann, Andrea D./Hanke, Christine/Seier, Andrea (Hrsg.) (1999): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults. Frankfurt a. M./New York.
- Buchhofer, Ekkehard/Kortus, Bronislaw (Hrsg.) (1994): Deutsche und Polen. Geographie einer Nachbarschaft im neuen Europa. Frankfurt a. M.
- Buchhorn, Wolfgang (1991): Die Einführung des neuen Ausländergesetzes in den fünf neuen Bundesländern. In: Barwig, Kai (Hrsg.): Das neue Ausländerrecht: kommentierte Einführung mit Gesetzestexten und Durchführungsverordnungen. Baden-Baden, S. 63-74.
- Bukow, Wolf-Dietrich (1996): Feindbild: Minderheit. Zur Funktion von Ethnisierung. Opladen.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Llaryora, Roberto (1993): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. Opladen.
- Bürgerrechte & Polizei/CILIP (Hrsg.) (1998): CILIP 59, Nr. 1/1998: Europas neue Grenzen.
- Bürgerrechte & Polizei/CILIP (Hrsg.) (2001): CILIP 70, Nr. 3/2001: Terrorismusbekämpfung – alte und neue Irrwege.
- Bürgerrechte & Polizei/CILIP (Hrsg.) (2002): CILIP 71, Nr. 1/2002: Überwachung neuer Kommunikationstechnologien.
- Bürkner, Hans-Joachim (1996): Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen – Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende in Ostmitteleuropa. In: Bürkner/Kowalke (Hrsg.), S. 1-12.

- Bürkner, Hans-Joachim (2001): Schrumpfung und Alltagskultur: Blinde Flecken im Stadtbau-Diskurs. In: Keim (Hrsg.), S. 41-67.
- Bürkner, Hans-Joachim (2002): Border Milieux, Transboundary Communication and Local Conflict Dynamics in German-Polish Border Towns: The Case of Guben and Gubin. In: Die Erde, 133 Jg., H. 1, S. 69-81.
- Bürkner, Hans-Joachim (2003): Schrumpfung, städtische Restrukturierung und Regenerierung – sozialräumliche Perspektiven. In: IRS aktuell, Nr. 40, S. 1-3.
- Bürkner, Hans-Joachim (2004): Die Zivilgesellschaft im Rahmen von wirtschafts- und sozialräumlichen Steuerungskontexten: eine kalkulierbare Größe? In: IRS Aktuell, Nr. 44, S. 1-3.
- Bürkner, Hans-Joachim (2005): Akteurskonstellationen in schrumpfenden Städten: zwischen Wachstumsorientierung und neuen urbanen Regimen. In: Weiske/Kabisch/Hannemann (Hrsg.), S. 13-35.
- Bürkner, Hans-Joachim/Dürschmidt, Jörg (2001): „Schrumpfung“ zwischen Demographie und städtischer Alltagskultur. In: IRS aktuell, Nr. 32, S. 4-6.
- Bürkner, Hans-Joachim/Kowalke, Hartmut (Hrsg.) (1996): Geographische Grenzraumforschung im Wandel (Praxis Kultur- und Sozialgeographie, H. 15). Potsdam.
- Busch, Heiner (1995): Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa. Münster.
- Busse, Dietrich (1997): Das Eigene und das Fremde. Annotationen zu Funktion und Wirkung einer diskurssemantischen Grundfigur. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 17-35.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Serigöz, Fatma (Hrsg.) (1999): Medien und multi-kulturelle Gesellschaft (Schriften für interkulturelle Studien, Bd. 3). Opladen.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. Wiesbaden.
- Castro Varela, Maria do Mar/Mecheril, Paul (2011): Migration. In: Arndt, Susan/Ofuatey-Alazard, Nadja (Hrsg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster, S. 154-176.
- Çelik, Semra (2006): Grenzen und Grenzgänger. Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung. Münster.
- Cenkir, Richard (2004): Deutsch-Polnische Grenzen – polarisierte Betrachtungen ihrer Geschichte. In: Mobiles Beratungsteam Eurokomm. (Hrsg.), S. 21-24.
- Classen, Georg (2000): Menschenwürde mit Rabatt. Das Asylbewerberleistungsgesetz und was wir dagegen tun können. Karlsruhe.
- Dallinger, Gernot/Schmidt-Sinns, Dieter (Hrsg.) (1987): Ausländer und Massenmedien: Bestandsaufnahme und Perspektiven (Vorträge und Materialien einer internationalen Fachtagung vom 2.-4.12.1986, Bundeszentrale für Politische Bildung). Bonn.
- Delgado, J. Manuel (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse: eine inhaltsanalytische Studie. Opladen.
- Demandt, Alexander (Hrsg.) (1993): Deutschlands Grenzen in der Geschichte. 3. Aufl., München.
- Diaz-Bone, Rainer (2002): Kulturwelt, Diskurs und Lebensstil. Eine diskurstheoretische Erweiterung der bourdieuschen Distinktionstheorie. Wiesbaden.

- Dietrich, Helmut (1998a): Das Phantom einer homogenen Gesellschaft in der ostdeutschen Grenzregion. In: *Mittelweg* 36, 7. Jg., H. 5, S. 53-72.
- Dietrich, Helmut (1998b): Feindbild ‚Illegale‘. Eine Skizze zu Sozialtechnik und Grenzregime. In: *Mittelweg* 36, 7. Jg., H. 3, S. 4-25.
- Dietrich, Helmut (1998c): Deutsch-polnische Polizeikooperation. Flüchtlingspolitik als Schrittmacher. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* (Hrsg.): CILIP 59, Nr. 1/1998, S. 32-41.
- Dijk, Teun A. van (1984): *Prejudice in Discourse*. Amsterdam.
- Dijk, Teun A. van (1985): *Handbook of Discourse Analysis*. London.
- Dijk, Teun A. van (1987): *Communicating Racism. Ethnic Prejudice in Thought and Talk*. Newbury Park, CA.
- Dijk, Teun A. van (1991a): *Racism and the Press*. London.
- Dijk, Teun A. van (1991b): *Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus* (DISS-Texte Nr. 14). Duisburg.
- Dijk, Teun A. van (1993a): Eliten, Rassismus und die Presse. In: Jäger/Link (Hrsg.), S. 80-130.
- Dijk, Teun A. van (1993b): Principles of critical discourse analysis. In: *Discourse and Society* 4 (2), S. 249-283.
- Dijk, Teun A. van (2002): Principles of critical discourse analysis. In: Toolan, Michael (Hrsg.): *Critical discourse analysis. Critical concepts in linguistics*. London/New York, S. 104-141.
- Dohse, Knuth (1981): *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat: Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht; vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland* (Sozialwissenschaft und Praxis, Bd. 32). Königstein/Taunus.
- Drexler, Sibylle/Heckmann, Friedrich (2006): *Dokumentation: Migration und Integration in Deutschland: Chronologie der Ereignisse und Debatten*. In: Bommers/Schiffauer (Hrsg.), S. 203-272.
- Dürschmidt, Jörg (2004): *Schrumpfung in den Köpfen*. In: Oswalt, Philip (Hrsg.): *Schrumpfende Städte* (Band 1: Internationale Untersuchung). Berlin, S. 274-279.
- Düvell, Frank (2002): *Die Globalisierung des Migrationsregimes*. Berlin u. a.
- Dzięgiel, Leszek (2001): *Friendship Politically Steered. Polish Relations with the GDR Population in the Communist Period. An Ordinary Citizen's Perspective*. In: Roth (Hrsg.), S. 53-69.
- Dzudzek, Iris/Glasze, Georg/Mattisek, Annika (2011): *Diskursanalyse als Methode der Humangeographie*. In: Gebhardt, Hans/Glaser, Rüdiger/Radtke, Ulrich/Reuber, Paul (Hrsg.): *Geographie. Physische Geographie und Humangeographie*. Heidelberg/München, S. 175-185.
- Eckart, Karl/Kowalke, Hartmut (Hrsg.) (1997): *Die Euroregionen im Osten Deutschlands*. Berlin.
- Eigmüller, Monika (2007): *Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze*. Wiesbaden.
- Elsner, Eva-Maria/Elsner, Lothar (1994): *Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949-1990)*. In: *Texte zur politischen Bildung*, Nr. 13 (Rosa-Luxemburg-Verein), S. 1-91.

- Engelhardt, Franziska (2008): Diesseits und Jenseits von Oder und Neiße. Darstellungen deutscher-polnischer Nachbarschaftsverhältnisse in der Berichterstattung des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL. In: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): *Volkskunde in Sachsen*, H. 20. Dresden, S. 153-170.
- Engler, Wolfgang (1999): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin.
- Engster, Hans Joachim (1991): Die neuen Ausländergesetze in der Bundesrepublik Deutschland und ihre historischen Vorläufer. In: Geier, Jens/Ness, Klaus/Muzaffer, Perik (Hrsg.): *Viel-falt in der Einheit. Auf dem Weg in die multikulturelle Gesellschaft*. Marburg, S. 19-37.
- Eulgem, Birgit/Kaczmarzik, Richard/Weiser, Elke (1980): *Meldungen und Filmberichte der „Berliner Abendschau“ über den türkischen Bevölkerungsanteil in Berlin (West)*. Berlin.
- Fairclough, Norman (1989): *Language and Power*. London.
- Fairclough, Norman (1992): *Discourse and Social Change*. Cambridge.
- Fairclough, Norman (1995a): *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*. London.
- Fairclough, Norman (1995b): *Media Discourse*. London.
- Fairclough, Norman (2002): Discourse as social practice. In: Toolan, Michael (Hrsg.): *Critical discourse analysis. Critical concepts in linguistics*. London/New York, S. 1-22.
- Fairclough, Norman (2005): Critical discourse analysis. In: *Marges Linguistiques* 9, S. 76-94.
- Fairclough, Norman/Wodak, Ruth (2003): Critical discourse analysis. In: Dijk, Teun A. van (Hrsg.): *Discourse Studies. A Multidisciplinary Introduction. Volume 2: Discourse as Social Interaction*. London, S. 258-284.
- Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.) (1996): *Migration in Europa: historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen*. Frankfurt a. M./New York.
- FFM – Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (1996): *Polen. Vor den Toren der Festung Europa*. Berlin/Göttingen.
- FFM – Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Hrsg.) (1998): *Die Grenze – Flüchtlings-jagd in Schengenland*. Hildesheim.
- Foerster, Viktor (1996): Rechtliche Grundlagen des Schengener Abkommens. In: Heckmann/Tomei (Hrsg.), S. 19-44.
- Foschepoth, Josef (1995): Potsdam und danach – Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*. Frankfurt a. M., S. 86-113.
- Foucault, Michel (1971): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (1973): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung des Diskurses*. München.
- Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin.
- Foucault, Michel (1996): *Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia. Berkeley-Vorlesungen 1983*. Berlin.
- Franz, Peter (2001): Leerstände in ostdeutschen Städten: Keineswegs nur ein wohnungspolitisches Problem. In: *Wirtschaft im Wandel*, H. 2, S. 27-34.



- Franz, Peter (2004): Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunikationswissenschaften (DfK), 43 Jg., 2004/I, S. 33-50.
- Franz, Peter (2005): Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3/2005, S. 10-16.
- Friedrich, Sebastian (Hrsg.) (2011): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“. Münster.
- Funcke, Liselotte (1987): Von „Gastarbeitern“ zu sprachlichen und kulturellen Minderheiten. In: Dallinger/Schmidt-Sinns (Hrsg.), S. 23-26.
- Funke, Hajo (1991): „Jetzt sind wir dran“. Nationalismus im geeinten Deutschland. Berlin.
- Galasinski, Dariusz/Meinhof, Ulrike Hanna (2002): „Looking across the River: German-Polish border Communities and the Construction of the Other“. In: Journal of Language and Politics 1, 1, S. 23-58.
- Gallmüller-Roschmann, Jutta/Martini, Massimo/Wakenhut, Roland (Hrsg.) (2000): Ethnisches und nationales Bewusstsein: Studien zur sozialen Kategorisierung. Frankfurt a. M.
- Gatzweiler, Hans-Peter/Maretzke, Steffen (2000): Ausgewählte regionale Aspekte des wirtschaftlichen Strukturwandels in den neuen Ländern. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 44 Jg., H. 2, S. 74-85.
- Gebhardt, Hans/Mattisek, Annika/Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2007): Neue Kulturgeographie? Perspektiven, Potenziale und Probleme. In: Geographische Rundschau, 59 Jg., H. 7/8, S. 12-20.
- Gebhardt, Hans/Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.) (2003a): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Heidelberg/Berlin.
- Gebhardt, Hans/Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2003b): Kulturgeographie – Leitlinien und Perspektiven. In: Dies. (Hrsg.), S. 1-27.
- Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (2006): Mediale Integration von Migranten. Ein Problemaufriss. In: Dies. (Hrsg.): Integration durch Massenmedien. Medien und Integration im internationalen Vergleich. Bielefeld, S. 13-44.
- Gerhard, Ute (1991): Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu „Asylantenfluten“ werden. Eine kommentierte Dokumentation zum Rassismus im Mediendiskurs. Bochum.
- Gerhard, Ute (1993): „Fluten“, „Ströme“, „Invasionen“ – Mediendiskurs und Rassismus. In: Hessler, Manfred (Hrsg.): Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft: Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland (Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa, Bd. 3). Berlin, S. 239-253.
- Gerhard, Ute (1997): Flucht und Wanderung in Mediendiskurs und Literatur der Weimarer Republik. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 45-57.
- Gering, Christian (2001): Nachhaltige Raumentwicklung – Stand und Perspektiven in Regionen beiderseits der deutsch-polnischen Grenze (Akademische Abhandlungen zur Raum- und Umweltforschung). Berlin.
- Gestring, Norbert/Glasauer, Herbert/Hannemann, Christine/Petrowsky, Werner/Pohlan, Jörg (Hrsg.) (2005): Jahrbuch StadtRegion 2004/05. Schwerpunkt: Schrumpfende Städte. Wiesbaden.

- Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hrsg.) (2009a): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld.
- Glasze, Georg/Mattisek, Annika (2009b): Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: Dies. (Hrsg.), S. 11-59.
- Glasze, Georg/Pütz, Robert (2007): Sprachorientierte Forschungsansätze in der Humangeographie nach dem linguistic turn. In: Geographische Zeitschrift, 95 Jg., H. 1/2, S. 1-4.
- Glasze, Georg/Pütz, Robert/Rolfes, Manfred (Hrsg.) (2005): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld.
- Grimm, Frank-Dieter (1996): Diskrepanzen und Verbundenheiten zwischen den deutschen, polnischen und tschechischen Grenzregionen an der Lausitzer Neiße („Euroregion Neiße“). In: Europa Regional, Nr. 1/1996. S. 1-14.
- Grimm, Frank-Dieter (1998): „Im Osten ist alles anders“. Zur Situation der deutschen und polnischen Grenzregionen an Oder und Neiße. In: Brunn, Gerhard/Schmidt-Egner, Peter (Hrsg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa: Theorie – Empirie – Praxis (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, Bd. 3). Baden-Baden, S. 185-198.
- Grimm, Frank-Dieter (Hrsg.) (1995): Regionen an deutschen Grenzen – Strukturwandel an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und an der deutschen Ostgrenze (Institut für Länderkunde Leipzig, Beiträge zur regionalen Geographie, Bd. 38). Leipzig.
- Groß, Thomas (2006): Die Verwaltung der Migration nach der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes. In: Bommers/Schiffauer (Hrsg.), S. 31-61.
- Gruner-Domić, Sandra (1999): Beschäftigung statt Ausbildung. Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR (1961-1989). In: Motte, Jan/Ohliger, Rainer/von Oswald, Anne (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt a. M./New York, S. 215-240.
- Guz-Vetter, Marzena (2002): Chancen und Gefahren der EU-Osterweiterung für das deutsch-polnische Grenzgebiet (deutsche Kurzfassung). Warschau.
- Haack, Jessika (2011): Ausländer in der DDR im Spiegel der überregionalen DDR-Tagespresse. Eine Analyse der Berichterstattung von den Anfängen der DDR bis zur Wiedervereinigung. In: Priemel (Hrsg.), S. 247-271.
- Hailbronner, Kay (Hrsg.) (1996): Zusammenarbeit der Polizei- und Justizverwaltungen in Europa: die Situation nach Maastricht – Schengen und SIS (Kriminalistik – Wissenschaft & Praxis, Bd. 33). Heidelberg.
- Hall, Stuart (2000a): Ausgewählte Schriften: Ideologie, Kultur, Rassismus. 3. Aufl., Hamburg.
- Hall, Stuart (2000b): Ausgewählte Schriften: Rassismus und kulturelle Identität. 2. Aufl., Hamburg.
- Hard, Gerhard (1986): Der Raum – einmal systemtheoretisch gesehen. In: Geographica Helvetica, 41 Jg., H. 2, S. 77-83.
- Hard, Gerhard (1999): Raumfragen. In: Meusburger, Peter (Hrsg.): Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion. Stuttgart, S. 133-162.

- Hard, Gerhard (2008): Der Spatial Turn, von der Geographie her beobachtet. In: Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld, S. 263-315.
- Häußermann, Hartmut (1992): Perspektiven der ökonomischen Erneuerung in den Regionen der ehemaligen DDR. In: Ders. (Hrsg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas. Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien (Stadtforchung aktuell, Bd. 36). Basel u. a., S. 251-264.
- Heckmann, Friedrich (1981): Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität. Stuttgart.
- Heckmann, Friedrich/Tomei, Verónica (Hrsg.) (1996): Freizügigkeit in Europa: migrations- und europapolitische Aspekte des Schengen-Vertrages (Europäisches Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg, Forum Migration, Bd. 2). Bonn.
- Heine, Elke (1980): Ausländer in der veröffentlichten Meinung – Perspektiven einer Integration. Berlin.
- Heinemann, Karl-Heinz/Schubarth, Wilfried (1992): Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln.
- Heintel, Martin/Waack, Christoph (2007): Von Visionen und Zwängen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit an den Binnen- und Außengrenzen der EU im östlichen Europa. In: Geographische Rundschau, 59 Jg., H. 3, S. 28-35.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände: Folge 1. Frankfurt a. M.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2003): Deutsche Zustände: Folge 2. Frankfurt a. M.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2004): Deutsche Zustände: Folge 3. Frankfurt a. M.
- Hell, Matthias (2005): Einwanderungsland Deutschland? Die Zuwanderungsdiskussion 1998-2002. Wiesbaden.
- Hellenthal, Markus (1995): Grenzkontrollen als Teil eines nationalen und europäischen Systems zur Kriminalitäts- und Wanderungskontrolle. In: Die Polizei, H. 1, S. 1-12.
- Hellenthal, Markus (1997a): Eine neue Strategie: Das grenzüberschreitende Sicherheitskooperationssystem. In: Polizei-Führungsakademie (Hrsg.), S. 43-76.
- Hellenthal, Markus (1997b): Grenzsicherheit – Ein Baustein der inneren Sicherheit. Das grenzpolizeiliche Gesamtkonzept des Bundesgrenzschutzes. In: Kriminalistik, H. 2, S. 123-129.
- Henke, Dagmar (1990): Ausländer in der DDR. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Nr. 3/1990, S. 61-63.
- Herbert, Ulrich (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin/Bonn.
- Herbert, Ulrich (1992): „Ausländer-Einsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft, 1939-1945. In: Bade (Hrsg.), S. 374-386.
- Herbert, Ulrich (1995): Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M.
- Herbert, Ulrich (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 410). Bonn.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin/Hamburg.

- Hitzler, Ronald (1994): Wissen und Wesen des Experten. Ein Annäherungsversuch – zur Einleitung. In: Hitzler/Hohner/Maeder (Hrsg.), S. 13-30.
- Hitzler, Ronald/Hohner, Anne/Maeder, Christoph (Hrsg.) (1994): Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Opladen.
- Höfling-Semnar, Bettina (1995): Flucht und deutsche Asylpolitik: von der Krise des Asylrechts zur Perfektionierung der Zugangsverhinderung. Münster.
- Hoorn, Alexandra (2005): Die deutsch-polnische Grenze. Grenz(er)leben und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen in Guben – Gubin (Arbeitsberichte Geographisches Institut Humboldt-Universität zu Berlin, H. 105). Berlin.
- Houtum, Henk van/Naerssen, Ton van (2002): Bordering, Ordering and Othering. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Vol. 93, 2, S. 125-136.
- Hudabiunigg, Ingrid (1997): Die „Asyl-Debatte“ im Deutschen Bundestag. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 274-282.
- Huhnke, Brigitta (1993): Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen „Bild am Sonntag“ und „Der Spiegel“. In: Jäger/Link (Hrsg.), S. 213-266.
- Huhnke, Brigitta (1997): Sprachliche Realisierungen symbolischer Politik in Migrationsdiskursen. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 89-105.
- Hussain, Saleh (1991): Die Situation der Ausländer in der DDR vor der Wende – eine Übersicht. In: Ausländerbeauftragte des Berliner Senats (Hrsg.): Ausländer in der DDR. Berlin, S. 26-32.
- IBA-Fürst-Pückler-Land (Hrsg.) (2001): Dokumentation zur Konferenz: Deutsch-polnische und andere Grenzstädte – Die Grenze als Chance (Guben – Gubin und Frankfurt/Oder – Slubice, 19.-21.10.00). Großräschen.
- IMR – Institut für Migrations- und Rassismusforschung Hamburg (Hrsg.) (1992): Rassismus und Migration in Europa. Hamburg.
- Jacobmeyer, Wolfgang (1985): Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951. Göttingen.
- Jacobmeyer, Wolfgang (1992): Ortlos am Ende des Grauens: „Displaced Persons“ in der Nachkriegszeit. In: Bade (Hrsg.), S. 367-373.
- Jäger, Margarete (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Duisburg.
- Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (Hrsg.) (2002): Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen. Duisburg.
- Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden.
- Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Mit Vorschlägen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung. Duisburg.
- Jäger, Siegfried (1991): Alltäglicher Rassismus. 22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland. Duisburg.
- Jäger, Siegfried (1992): BrandSätze. Rassismus im Alltag. Duisburg.

- Jäger, Siegfried (1993a): Der Groß-Regulator. Analyse der BILD-Berichterstattung über den rassistisch motivierten Terror und die Fahndung nach der RAF im Sommer 1993. Duisburg.
- Jäger, Siegfried (1993b): Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte. Mit zwei Musteranalysen. Duisburg.
- Jäger, Siegfried (1996): Die Wirklichkeit ist diskursiv. In: Jäger, Margret/Wichert, Frank (Hrsg.): Rassismus und Biopolitik. Duisburg, S. 9-21.
- Jäger, Siegfried (1997): Kulturkontakt – Kulturkonflikt. Ein diskursanalytisch begründeter Problemaufriß. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 71-88.
- Jäger, Siegfried (1999): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 2. überarb. und erw. Aufl., Münster.
- Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver (Hrsg.), S. 81-112.
- Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete (2002): Medienanalyse zur Berichterstattung über den NATO-Krieg in Jugoslawien. Eine Einleitung. In: Jäger, M./Jäger, S. (Hrsg.), S. 11-27.
- Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete (2003): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus (Medien Forschung und Wissenschaft, Bd. 3). Münster u. a.
- Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hrsg.) (1992): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Kolloquiums November 1991 (Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, OBST, Bd. 46). Osnabrück.
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (1993a): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Einleitung. In: Dies. (Hrsg.), S. 7-20.
- Jäger, Siegfried/Link, Jürgen (Hrsg.) (1993b): Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg.
- Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS (2010): Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste (Edition DISS, Bd. 16). Münster.
- Jahn, Daniela/Maurer, Andreas/Oetzmann, Verena/Riesch, Andrea (2006): Asyl- und Migrationspolitik der EU. Ein Kräftespiel zwischen Freiheit, Recht und Sicherheit (Diskussionspapier der FG 1, 2006/9.07.06, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AsylpolitikKS1.pdf>; Stand: 8. März 2015).
- Jajeśniak-Quast, Dagmara (1998): Die Zusammenarbeit in den Grenzstädten Frankfurt (Oder) – Slubice und Guben – Gubin seit dem II. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Kommunalwirtschaft. Frankfurt (Oder).
- Jajeśniak-Quast, Dagmara/Stokłosa, Katarzyna (2000): Geteilte Städte an Oder und Neiße: Frankfurt (Oder) – Slubice, Guben – Gubin, Görlitz – Zgorzelec 1945-1995 (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 5). Berlin.
- Jajeśniak-Quast, Dagmara/Stokłosa, Katarzyna (2001): Geteilte Städte an Oder und Neiße – Schicksal und Aufgabe. In: IBA-Fürst-Pückler-Land (Hrsg.), S. 17-22.
- Janke, Hans (1987): Vermittelte Fremde: Ausländer in den Medien. In: Dallinger/Schmidt-Sinns (Hrsg.), S. 58-66.

- Jasper, Dirk (1991): Ausländerbeschäftigung in der DDR. In: Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): *Anderssein gab es nicht: Ausländer und Minderheiten in der DDR*. Münster/New York, S. 151-189.
- Jung, Matthias (1996): Migration im europäischen Diskursvergleich. In: Wierlacher, Alois/Stötzl, Georg (Hrsg.): *Blickwinkel. Kulturelle Optik und interkulturelle Gegenstandskonstitution (Akten des III. Internationalen Kongresses der Gesellschaft für Interkulturelle Germanistik, Düsseldorf 1994)*. München, S. 593-606.
- Jung, Matthias (1997): Lexik und Sprachbewusstsein im Migrationsdiskurs. Methodik und Ergebnisse wortbezogener Untersuchungen. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 194-213.
- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse: ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945 (unter Mitarbeit von Nils Dorenbeck)*. Wiesbaden.
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hrsg.) (1997): *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag*. Opladen.
- Jurczek, Peter (1996): Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck. In: Bürkner/Kowalke (Hrsg.), S. 35-42.
- Kabisch, Sigrun/Bernt, Mathias/Peter, Andreas (2004): *Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie*. Wiesbaden.
- Kaminski, Witold (2004): Vorurteile oder das Erbe der polnischen Wirtschaft. In: *Mobiles Beratungsteam Eurokomm.* (Hrsg.), S. 33-37.
- Kauffmann, Heiko (Hrsg.) (1986): *Kein Asyl bei den Deutschen. Anschlag auf ein Grundrecht*. Reinbek bei Hamburg.
- Keim, Karl-Dieter (Hrsg.) (2001): *Regenerierung schrumpfender Städte. Beiträge zur Umbau-debatte in Ostdeutschland (RegionTransfer, Bd. 1)*. Berlin.
- Keller, Reiner (1997): Diskursanalyse. In: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen, S. 309-333.
- Keller, Reiner (2005): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2007): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*, 3., aktualisierte Aufl., Wiesbaden.
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2001): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen.
- Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.) (2003): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*. Opladen.
- Kempen, Bernhard (1997): *Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zwei-plus-Vier-Vertrages (Kölner Schriften zu Recht und Staat, Bd. 1)*. Frankfurt a. M.
- Kerski, Basil (2003) (Hrsg.): *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990*. Osnabrück.
- Kirchhoff, Gudrun (2004): Die Grenzregion Brandenburg – Polen. In: *Mobiles Beratungsteam Eurokomm.* (Hrsg.), S. 27-31.
- Kirchner, Andrea/Kreischer, Sebastian/Ruth, Ina (2002): *Bilder, die zum Handeln auffordern*. In: Jäger, M./Jäger, S. (Hrsg.), S. 29-71.

- Kiza, Ernesto (2008): Tödliche Grenzen – Die fatalen Auswirkungen europäischer Zuwanderungspolitik: eine theoretisch-empirische Untersuchung von Todesfällen illegalisierter Migranten im Kontext neuer Migrationsdynamiken und restriktiver Migrationspolitiken (Studien zu Migration und Minderheiten, Bd. 18). Wien u. a.
- Klafkowski, Alfons (1970): Die deutsch-polnische Grenze nach dem II. Weltkrieg. Poznan.
- Kläerner, Andreas (2000): Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft (PapyRossa-Hochschulschriften, Bd. 33). Köln.
- Klausmeier, Simone (1984): Vom Asylbewerber zum „Scheinasylanten“. Asylrecht und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973. Berlin.
- Klein, Josef (1997): Bewertendes Reden über Migranten im Deutschen Bundestag. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 241-260.
- Klemperer, Victor (1998): LTI – Notizbuch eines Philologen. 17 Aufl., Leipzig.
- Kleßmann, Christoph (1976): Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Göttingen.
- Kleßmann, Christoph (1986): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. Bonn.
- Kleßmann, Christoph (1992): Einwanderungsprobleme im Auswanderungsland: das Beispiel der „Ruhrpolen“. In: Bade (Hrsg.), S. 303-310.
- Knippschild, Robert (2001): Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße. Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen (Praxis Kultur- und Sozialgeographie, H. 25). Potsdam.
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden.
- Körper, Esther-Beate (2001): Zweihundert Jahre Nachbarschaft? Zum Verhältnis von Deutschen und Polen im 19. und 20. Jahrhundert. In: Roth (Hrsg.), S. 37-51.
- Kossert, Andreas (2009): Kalte Heimat: die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München.
- Kozarowicz, Magdalena/Hoffmann, Frank (1999): Grenzüberschreitende Wahrnehmung – eine deutsch-polnische Zeitungslektüre. In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 267-280.
- Krätke, Stefan (1998a): Regionale Integration oder fragmentierte Entwicklung? Die deutsch-polnische Grenzregion im Transformationsprozeß. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 42 Jg., H. 2, S. 117-130.
- Krätke, Stefan (1998b): Endogene Blockaden in der Regionalentwicklung Brandenburgs und die Zusammenarbeit mit Polen. In: Biss public (Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien), Nr. 8/98, 2, S. 53-58.
- Krätke, Stefan (1999a): Probleme und Perspektiven der deutsch-polnischen Grenzregion. In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 193-238.
- Krätke, Stefan (1999b): Regional Integration or Fragmentation? The German-Polish Border Region in a New Europe. In: Regional Studies, Nr. 33.7, S. 631-641.
- Krummacher, Michael/Waltz, Viktoria (1996): Einwanderer in der Kommune: Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen.
- Kuck, Dennis (2005): „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“? Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR. In: Müller/Poutrus (Hrsg.), S. 271-282.

- Kühn, Heinz (1979): Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung. Bonn.
- Kühne, Olaf (2003): Mentalitäten in der Systemtransformation – ein Vergleich von Polen und den neuen deutschen Ländern. In: Stöber (Hrsg.), S. 135-160.
- Kühne-Scholand, Hildegard (1987): Die Darstellung der Ausländer im deutschen Fernsehen: Ergebnisse einer inhaltsanalytischen Untersuchung. In: Dallinger/Schmidt-Sinns (Hrsg.), S. 79-84.
- Lacan, Jacques (1973): Schriften I. Das Werk von Jacques Lacan. Berlin.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony & socialist strategy: towards a radical democratic politics. London.
- Lang, Thilo/Tenz, Eric (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City: Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Dortmund.
- Lange, Matthias (1998): „Grenzen, Gewalt und Identitätspolitik“. In: FFM – Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Hrsg.), S. 11-17.
- Läufer, Thomas (Hrsg.) (1998): Europäische Union – Europäische Gemeinschaft. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleittexten. 8. Aufl., Bonn.
- Läufer, Thomas (Hrsg.) (1999): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages mit den deutschen Begleittexten. 2. Aufl., Bonn.
- Läufer, Thomas (Hrsg.) (2004): Vertrag von Nizza: die EU der 25 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 444). Bonn.
- Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.) (1959): Die Vertriebenen in Westdeutschland, 3 Bände. Kiel.
- Leontjew, Alexej A. (1984): Sprachliche Tätigkeit. In: Viehweger, Dieter (Hrsg.): Grundfragen einer Theorie der sprachlichen Tätigkeit. Berlin, S. 31-44.
- Leontjew, Alexej N. (1982): Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit. Köln.
- Leontjew, Alexej N. (1984): Der allgemeine Tätigkeitsbegriff. In: Viehweger, Dieter (Hrsg.): Grundfragen einer Theorie der sprachlichen Tätigkeit. Berlin, S. 13-30.
- Link, Jürgen (1982): Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. Zur aktuellen Frage, wie subjektive Aufrüstung funktioniert. In: kultuRRevolution 1, S. 6-20.
- Link, Jürgen (1983a): Was ist und was bringt Diskurstaktik? In: kultuRRevolution 2, S. 60-66.
- Link, Jürgen (1983b): Asylanten. Ein Killwort. In: kultuRRevolution 2, S. 36-38.
- Link, Jürgen (1984): Diskursive Rutsh Gefahren ins vierte Reich? Rationales Rhizom. In: kultuRRevolution 5, S. 12-20.
- Link, Jürgen (1986): Asylanten – ein Schimpfwort. In: Kauffmann (Hrsg.), S. 55-59.
- Link, Jürgen (1988): Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs und ihren Anteil an totalitären Tendenzen. In: kultuRRevolution 17/18, S. 47-53.
- Link, Jürgen (1992): Normalismus. Konturen eines Konzepts. In: kultuRRevolution 27, S. 50-70.
- Link, Jürgen (1993): Zu Hause „asylantenfrei“ – in Übersee auf „Friedensmission“? In: Jäger/Link (Hrsg.), S. 31-48.
- Link, Jürgen (1997): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen.



- Link, Jürgen/Link-Heer, Ursula (1990): Diskurs/Interdiskurs und Literaturanalyse. In: LiLi, H. 77, S. 88-99.
- Link, Jürgen/Link-Heer, Ursula (1994): Kollektivsymbolik und Orientierungswissen. Das Beispiel des „Technisch-medizinischen Vehikelkörpers“. In: Der Deutschunterricht, H. 4, S. 44-55.
- Lisiecki, Stanisław (1999): Der Bewußtseinswandel der Grenzbewohner in den Forschungen in Słubice und Frankfurt (Oder). In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 259-265.
- Lisiecki, Stanisław (Hrsg.) (1996): Die offene Grenze. Forschungsbericht polnisch-deutsche Grenzregion 1991-1993 (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 2). Potsdam.
- Mai, Michael (2000): Bedeutungswandel von Grenzen am Beispiel des Grenzregimes an der deutschen Ostgrenze (unveröffentlichte Diplomarbeit). Göttingen.
- Mai, Michael (2001): Das Grenzregime an der deutschen Ostgrenze. Flüchtlingsfahndung und Denunziationsbündnisse. In: alaska, Zeitschrift des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO), Nr. 235, S. 24-27.
- Mai, Michael (2006): Die deutsche Grenzregion zu Polen zwischen Abschottungen und Grenzüberschreitungen. In: Di Pasquale, Verena/Schuchmann, Uta/Stegemann, Karolina/Thomas, Stefan (Hrsg.): Grenzüberschreitungen – zwischen Realität und Utopie. Münster, S. 264-279.
- Marburger, Helga/Helbig, Gisela/Kienast, Eckhard/Zorn, Günter (1993): Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende. In: Marburger, Helga (Hrsg.): „Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet“. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende. Frankfurt a. M., S. 4-75.
- Marquardt, Uta/Faust, Norbert (Hrsg.) (2001): Nähe und Ferne. Görlitz von der mittelalterlichen Handelsstadt zur Grenzstadt an der Neiße. Görlitz.
- Marrus, Michael R. (1999): Die Unerwünschten. The Unwanted: Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert. Berlin/Göttingen/Hamburg.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth (1995): Rumänien, Roma... und andere Fremde im Österreich der 90er Jahre. Historisch-kritische Diskursanalyse zur Rede von den Anderen (Wiener Linguistische Gazette, Nr. 55/56). Wien.
- Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Januschek, Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien.
- Matthiesen, Ulf (2001): Zur Rolle unterschiedlicher Alltagskulturen für Innovationsprozesse: Lernende lokale Milieus im deutsch-polnischen Grenzraum (Impulsreferat). In: IBA-Fürst-Pückler-Land (Hrsg.), S. 40-44.
- Matthiesen, Ulf (2002): Die Osterweiterung der Europäischen Union und die deutsch-polnische Grenzregion – Problemlagen und Lernchancen. In: IRS aktuell Nr. 34, S. 1-5.
- Matthiesen, Ulf/Bürkner, Hans-Joachim (2002a): Grenzmilieus im potenziellen Verflechtungsraum von Polen mit Deutschland (Abschlussbericht zum IRS-Projekt 3.9). Erkner (<http://irs-net.de/download/grenzmilieus.pdf>; Stand: 8. März 2015).
- Matthiesen, Ulf/Bürkner, Hans-Joachim (2002b): Sieben Thesen zu den krisenhaften Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union auf die deutsch-polnische Grenzregion. In: IRS aktuell Nr. 34, S. 5-7.

- Mattissek, Annika (2007a): Diskursanalyse in der Humangeographie – „State of the Art“. In: Geographische Zeitschrift, 95 Jg., H. 1/2, S. 37-55.
- Mattissek, Annika (2007b): Diskursive Konstruktion städtischer Identität – Das Beispiel Frankfurt am Main. In: Berndt/Pütz (Hrsg.), S. 83-111.
- Mattissek, Annika (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld.
- Mattissek, Annika/Pfaffenbach, Carmella/Reuber, Paul (2013): Methoden der empirischen Humangeographie (Das Geographische Seminar). Braunschweig.
- Mattissek, Annika/Reuber, Paul (2004): Die Diskursanalyse als Methode in der Geographie – Ansätze und Potenziale. In: Geographische Zeitschrift, 92 Jg., H. 4, S. 227-242.
- McFalls, Laurence (2001): Die kulturelle Vereinigung Deutschlands. Ostdeutsche politische Alltagskultur vom real existierenden Sozialismus zur postmodernen kapitalistischen Konsumkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2001, S. 23-29.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1980): „Gastarbeiter“ oder Einwanderer? Anmerkungen zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1988): Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs. Mainz.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1995): 40 Jahre „Gastarbeiter“ und Ausländerpolitik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/95, S. 14-22.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (2002): Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt a. M.
- Meinhof, Ulrike Hanna (Hrsg.) (2002): Living (with) Borders: Identity Discourses on East-West Borders in Europe (Border Regions Studies, Vol. 1). Aldershot.
- Meinhof, Ulrike Hanna/Galasinski, Dariusz (2002): Reconfiguring east-west identities: cross-generational discourses in German and Polish border communities. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 28, 1, S. 63-82.
- Meinhof, Ulrike Hanna/Galasinski, Dariusz (2005): The language of belonging. Basingstoke.
- Meißner, Betina/Ruhrmann, Georg (2000): Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995-1999: eine quantitative und qualitative Inhaltsanalyse. Jena.
- Memmi, Albert (1992): Rassismus. Hamburg.
- Merten, Klaus (1986): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. Frankfurt a. M.
- Merten, Klaus (1987): Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. In: Dallinger, Gernot/Schmidt-Sinns, Dieter (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien: Bestandsaufnahme und Perspektiven (Vorträge und Materialien einer internationalen Fachtagung vom 2.-4.12.1986, Bundeszentrale für Politische Bildung). Bonn, S. 69-78.
- Metin, Mehmet (1990): Ausländerstereotypen in der Sprache. Frankfurt a. M.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlev/Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S. 441-471.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1994): Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler/Hohner/Maeder (Hrsg.), S. 180-192.

- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1997): Das Experteninterview – Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Anedore (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München, S. 481-491.
- Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2002): Vom Nutzen der Expertise. ExpertInneninterviews in der Sozialberichterstattung. In: Bogner/Littig/Menz (Hrsg.), S. 257-272.
- Meyer, Evelyn (1997): Sprachgebrauch in der Asyldebatte. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 150-163.
- Mielke, Rosemarie (1999): Soziale Kategorisierung und Vorurteil (Bielefelder Arbeiten zur Sozialpsychologie, Bd. 192). Bielefeld.
- Miles, Robert (1999): Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. 3. Aufl., Hamburg.
- Mobiles Beratungsteam Eurokomm. (Hrsg.) (2004): Grenzmotive. Nachdenken über die Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen. Berlin.
- Morgenstern, Christine (2002): Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg.
- Mühlberg, Dietrich (2001): Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2001, S. 30-38.
- Müller, Christian Th. (2005): „O’ Sowjetmensch!“ Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag. In: Müller/Poutrus (Hrsg.), S. 17-134.
- Müller, Christian Th./Poutrus, Patrice G. (Hrsg.) (2005): Ankunft – Alltag – Ausreise: Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft. Köln/Weimar/Wien.
- Müller, Ulrich (1990): Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons – zwangsverschleppte Personen – in Stuttgart und Baden-Württemberg 1945-1951. Stuttgart.
- Münch, Ursula (1992): Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen. Opladen.
- Münz, Rainer/Seifert, Wolfgang/Ulrich, Ralf (1999): Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, 2., akt. und erw. Aufl., Frankfurt a. M./New York.
- Nanz, Klaus-Peter (1994): Das Schengener Übereinkommen: Personenfreizügigkeit in integrationspolitischer Perspektive. In: Integration, 17 Jg., H. 2, S. 92-108.
- Neske, Matthias (2006): Human Smuggling to and through Germany. In: International Migration 4/2006, S. 121-163.
- Neske, Matthias (2007): Menschenschmuggel. Deutschland als Transit- und Zielland irregulärer Migration (Forum Migration, Bd. 10). Stuttgart.
- Niehr, Thomas (1993): Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden.
- Niehr, Thomas (1996): „Der Spiegel“ und die Asylanten. Über eine angebliche Wende in der Wortwahl eines deutschen Nachrichtenmagazins. In: Sprache und Literatur H. 78, S. 84-92.
- Niehr, Thomas (2000): Die Asyldebatte im Deutschen Bundestag – Eine „Sternstunde“ des Parlaments? Untersuchungen zur Debattenkultur im Deutschen Bundestag. In: Burkhardt, Armin/Pape, Kornelia (Hrsg.): Die Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation. Wiesbaden, S. 241-260.

- Niehr, Thomas/Böke, Karin (Hrsg.) (2000): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Wiesbaden.
- Niessen, Jan (2002): Zwischen Harmonisierung und kleinstem gemeinsamen Nenner: Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene. In: Bade/Münz (Hrsg.), S. 207-229.
- Nothnagle, Alan (1999): Verordnete Freundschaft, geschlossene Grenze. Zur politischen Kultur der deutsch-polnischen Beziehungen in der Oderregion. In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 57-78.
- Nuissl, Henning/Schwarz, Anna/Thomas, Michael (2002): Vertrauen – Kooperation – Netzwirkbildung. Unternehmerische Handlungsressourcen in prekären regionalen Kontexten. Wiesbaden.
- Nuscheler, Franz (2004): Internationale Migration: Flucht und Asyl (Grundwissen Politik, Bd. 14). Wiesbaden.
- Olschowsky, Burkhard (2005): Die Gegenwart des Vergangenen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5-6/2005, S. 27-32.
- Orłowski, Hubert (1996): „Polnische Wirtschaft“: zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit. Wiesbaden.
- Paasi, Anssi (2002): Bounded Spaces in the Mobile World: Deconstructing ‘Regional Identity’. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Vol. 93, 2, S. 137-148.
- Paasi, Anssi (2004): Place and Region: Looking Through the Prism of Scale. In: Progress in Human Geography 28/4, S. 536-546.
- Paasi, Anssi (2005): Boundaries as Social Practice and Discourse. The Finnish-Russian Border. In: Ganster, Paul/David E. Lorey (Hrsg.): Borders and Border Politics in a Globalizing World. Oxford, S. 117-136.
- Persson, Hans Åke (2001): Rhetorik und Realpolitik. Großbritannien, die Oder-Neiße Grenze und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 3). 2. Aufl., Berlin.
- Peucker, Mario/Heckmann, Friedrich (2004): Migration und Integration in Deutschland: Chronologie der Ereignisse und Debatten. In: Bade/Bommers/Münz (Hrsg.), S. 225-320.
- PFA – Polizei-Führungsakademie (Hrsg.) (1997): Europa der durchlässigen Grenzen (Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie, H. 1). Münster.
- Pfadenhauer, Michaela (2002): Das Experteninterview – ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner/Littig/Menz (Hrsg.), S. 113-130.
- Pieper, Tobias (2008): Die Gegenwart der Lager. Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik. Münster.
- Poutrus, Patrice G./Behrends, Jan C./Kuck, Dennis (2002): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern (<http://www.bpb.de/apuz/25428/historische-ursachen-der-fremdenfeindlichkeit-in-den-neuen-bundeslaendern?p=all>; Stand: 8. März 2015).
- Priemel, Kim Christian (2011): Transit – Transfer. Zur Einführung. In: Ders. (Hrsg.), S. 7-22.
- Priemel, Kim Christian (Hrsg.) (2011): Transit – Transfer: Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945-1990. Berlin.
- Pries, Ludger (1999): New Migration in Transnational Spaces. In: Ders. (Hrsg.): Migration and Transnational Social Spaces. Aldershot u. a., S. 1-36.
- Pries, Ludger (2001): Internationale Migration. Bielefeld.

- Pries, Ludger (2003): Transnationalismus, Migration und Inkorporation. Herausforderungen an Raum- und Sozialwissenschaften. In: *geographische revue*, 5 Jg., 2003, H. 2, S. 23-39.
- Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hrsg.) (2001): Nur ein Toter mehr... Alltäglicher Rassismus und die Hetzjagd von Guben. Hamburg/Münster.
- Przybylski, Willi (1999): Kontakte zwischen Frankfurt (Oder) und der Woiwodschaft Gorzów im Rahmen des Kulturbundes – ein Erfahrungsbericht. In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 115-119.
- Quinkert, Andreas/Jäger, Siegfried (1991): Warum dieser Haß in Hoyerswerda? Die rassistische Hetze von Bild gegen Flüchtlinge im Herbst 1991. Duisburg.
- Räthzel, Nora (Hrsg.) (2000): Theorien über Rassismus. Hamburg.
- Redepennig, Marc (2006): Wozu Raum? Systemtheorie, critical geopolitics und raumbezogene Semantiken. Leipzig.
- Reuber, Paul/Pfaffenbach, Carmella (2005): Methoden der empirischen Anthropogeographie. Braunschweig.
- Reuber, Paul/Strüver, Anke/Wolkersdorfer, Günter (Hrsg.) (2005): Politische Geographien Europas – Annäherungen an ein umstrittenes Konstrukt (Forum Politische Geographie, Bd. 1). Münster.
- Rietdorf, Werner (2001): Schrumpfende Städte – Ursachen und Konsequenzen. In: *IRS aktuell*, Nr. 32, S. 2-3.
- Roesler, Jörg (2012): Auf dem Weg zum Einwanderungslang. Nur billige Arbeitskräfte und kaum geduldete Fremde? Zur Situation der Vertragsarbeiter in der DDR während der 1970er und 1980er Jahre (Rosa Luxemburg Stiftung Standpunkte, Nr. 16/2012).
- Röhr, Rita (1999): Polnische Arbeitskräfte in der DDR 1960-1970. In: Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Arbeiter in der SBZ – DDR. Essen, S. 185-204.
- Rösch, Olga (Hrsg.) (2001): Stereotypisierung des Fremden: Auswirkungen in der Kommunikation (Wildauer Schriftenreihe Interkulturelle Kommunikation, Bd. 4) 3. unveränderte Aufl., Berlin.
- Roth, Claudia/Hanf, Petra (1998): Restriktiv – effektiv – undemokratisch: Freizügigkeit, Asyl und Einwanderung im neuen EU-Vertrag. In: Fischer, Martina (Hrsg.): *Fluchtpunkt Europa. Migration und Multikultur*. Frankfurt a. M., S. 201-210.
- Roth, Klaus (Hrsg.) (2001): Nachbarschaft: Interkulturelle Beziehungen zwischen Deutschen, Polen und Tschechen (Münchener Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation, Bd. 11). Münster u. a.
- Roth, Roland (2001): Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39-40/2001, S. 15-22.
- Ruhrmann, Georg (1997): Fremde im Mediendiskurs. Ergebnisse empirischer Presse-, TV- und PR-Analysen. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 58-70.
- Ruhrmann, Georg/Demren, Songül (2000): Wie Medien über Migranten berichten. In: Schatz/Holtz-Bacha/Nieland (Hrsg.), S. 69-81.
- Ruhrmann, Georg/Kollmer, Jochem (1985): Inhaltsanalyse der ausländerbezogenen Beiträge in der Presse unter besonderer Berücksichtigung von „ausländerfeindlichen“ Alltagstheorien (Zentrum für Wissenschaft und Praxis der Universität Bielefeld). Bielefeld.

- Ruhrmann, Georg/Kollmer, Jochem (1987): Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung „ausländerfeindlicher“ Alltagstheorien. Opladen.
- Rutowska, Maria (1999): Die regionale Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion in den Jahren 1945-1989. In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 107-113.
- Sassen, Saskia (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Frankfurt a. M.
- Schamp, Eike W. (Hrsg.) (1995): Neue grenzüberschreitende Regionen im östlichen Mitteleuropa (Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften, H. 67). Frankfurt a. M.
- Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.) (2000): Migranten und Medien: Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk. Wiesbaden.
- Scheffer, Bernd (Hrsg.) (1997): Medien und Fremdenfeindlichkeit: alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen. Opladen.
- Schlott, Wolfgang (2004): Normalisierung, Lernprozess, gegenseitige Bereicherung: Die deutsch-polnischen kulturellen Beziehungen nach 1989 mit dem Blick auf die EU. In: Behnisch/Lahmann (Hrsg.), S. 93-106.
- Schönwälder, Karen/Vogel, Dita/Sciortino, Giuseppe (2004): Migration und Illegalität in Deutschland (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, AKI-Forschungsbilanz 1). Berlin.
- Schubarth, Walter (1991): Fremde als Sündenböcke. In: Spiegel-Spezial, Nr. 1/1991: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt, S. 47-49.
- Schüle, Annegret (2002): Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR: „Gewährleistung des Prinzips der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung“? In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 17/2002, S. 80-100.
- Schultz, Helga (1999): Die Oderregion in wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive. In: Schultz/Nothnagle (Hrsg.), S. 21-56.
- Schultz, Helga/Kowal, Stefan (1998): Neue Grenzen – alte Nachbarn. Deutsche und Polen im Widerstreit von großer Politik und regionaler Kooperation 1919-1990. In: Wagener, Hans-Jürgen/Fritz, Heiko (Hrsg.): Im Osten was Neues. Bonn, S. 174-195.
- Schultz, Helga/Nothnagle, Alan (Hrsg.) (1999): Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 1). 2. überarbeitete Aufl., Berlin.
- Schulz, Mirjam (2011): Migrationspolitik der DDR. Bilaterale Anwerbeverträge von Vertragsarbeitnehmern. In: Priemel (Hrsg.), S. 143-168.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver (Hrsg.), S. 261-283.
- Schwarz, Michael (2004): Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961. München.
- Schwarz, Peter (2000): Ist die Ausländerfeindlichkeit im Osten ein Erbe der DDR? (<http://www.wsws.org/de/articles/2000/09/ddr-s09.html>; Stand: 8. März 2015).

- Schwell, Alexandra (2008): Europa an der Oder. Die Konstruktion europäischer Sicherheit an der deutsch-polnischen Grenze. Bielefeld.
- Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme: politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union. Bielefeld.
- Segal, Michael (1981): Das Bild der Gastarbeiter in der Presse. Eine inhaltsanalytische Untersuchung von Printmedien in Salzburg und München. München.
- Sextro, Uli (1996): Gestern gebraucht, heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR. Dresden.
- Sibum, Helen (2010): „Asylshopping“ und „Flüchtlingswellen“ – ein Vergleich des Migrationsdiskurses in Deutschland und Australien. Berlin.
- Simmel, Georg (1908): Exkurs über den Fremden. In: Ders.: Soziologie. Leipzig, S. 685-691.
- Spieles, Martin (1993): Ausländer in der deutschen Sprache: historische Entwicklungen – aktuelle Presstexte. Wiesbaden.
- Stach, Andrzej (1991): Ausländer in der DDR – Ein Rückblick. In: Ausländerbeauftragte des Berliner Senats (Hrsg.): Ausländer in der DDR. Berlin, S. 4-24.
- Steinert, Johannes-Dieter (1992): Drehscheibe Westdeutschland: Wanderungspolitik im Nachkriegsjahrzehnt. In: Bade (Hrsg.), S. 386-392.
- Stöber, Georg (Hrsg.) (2003): Der Transformationsprozess in (Ost-)Deutschland und in Polen (Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Bd. 111). Hannover.
- Stokłosa, Katarzyna (1998): Brücken der Freundschaft. Deutsch-polnische Kulturbeziehungen in der Grenzregion am Beispiel der partnerschaftlichen Städte Görlitz – Zgorzelec und Frankfurt (Oder) – Slubice (1972-1980). Frankfurt (Oder).
- Storch, Dietmar/Hahn, Hans Henning (Hrsg.) (1995): Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa. Hannover.
- Storz, Henning/Reißlandt, Carolin (Hrsg.) (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Handbuch für die interkulturelle Praxis in der Sozialen Arbeit, im Bildungsbereich, im Stadtteil. Opladen.
- Stötzel, Georg (1993): Die Einwanderungsdiskussion im öffentlichen Sprachgebrauch seit 1945. Antrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1993 ([www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ/germ1/antr\\_93.htm](http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ/germ1/antr_93.htm); Stand: 8. März 2015).
- Stötzel, Georg (1996a): Die Einwanderungsdiskussion im öffentlichen Sprachgebrauch seit 1945. Zwischenbericht aus dem DFG-Projekt (1.05.1995-30.04.1996), Stand 13.01.1996 ([www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ/germ1/arb\\_end\\_.htm](http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ/germ1/arb_end_.htm); Stand: 8. März 2015).
- Stötzel, Georg (1996b): Die Einwanderungsdiskussion im öffentlichen Sprachgebrauch seit 1945. Fortsetzungsantrag an die Deutsche Forschungsgemeinschaft Januar 1996 ([www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ/germ1/antr\\_96.htm](http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/germ/germ1/antr_96.htm); Stand: 8. März 2015).
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (Hrsg.) (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York.
- Strüver, Anke (2003): Presenting Representations: On the Analysis of Narratives and Images along the Dutch-German Border. In: Berg/van Houtum (Hrsg.), S. 161–176.
- Strüver, Anke (2005): Stories of the ‘Boring Border’: The Dutch-German Borderscape in People's Minds (Forum Politische Geographie, Bd. 2). Münster.
- Stryjakiewicz, Tadeusz (1996): Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In: Bürkner/Kowalke (Hrsg.), S. 43-54.

- Stryjakiewicz, Tadeusz (2000): Das polnisch-deutsche Grenzgebiet – eine Integrationsherausforderung des sich vereinenden Europas. In: *Rocznik Polsko-Niemiecki*, Nr. 8, S. 147-166.
- Stryjakiewicz, Tadeusz (2002): Das polnisch-deutsche Grenzgebiet – eine Herausforderung für den europäischen Integrationsprozess. In: Stöber (Hrsg.), S. 104-119.
- Świątkowski, Piotr (2001): „Gott sei Dank, mein Mann ist kein typischer Deutscher!“ Gegenseitige kulturelle Wahrnehmungen in deutsch-polnischen Familien. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur interkulturellen Kommunikation. In: Roth (Hrsg.), S. 255-288.
- Taguieff, Pierre-André (2000): *Die Macht des Vorurteils: der Rassismus und sein Double*. Hamburg.
- Thränhardt, Dietrich (2000): Integration und Staatsangehörigkeitsrecht. In: Bade/Münz (Hrsg.), S. 141-161.
- Thumfart, Alexander (2001): Politische Kultur in Ostdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39-40/2001, S. 6-14.
- Thurich, Eckart (Hrsg.) (1990): *Schwierige Nachbarschaften: Deutsche und Polen – Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert: eine Darstellung in Dokumenten*. Stuttgart u. a.
- Tomei, Verónica (1997): Europäische Migrationspolitik zwischen Kooperationszwang und Souveränitätsansprüchen (Europäisches Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg (efms), *Forum Migration*, Bd. 3). Bonn.
- Trautmann, Sebastian (2006): „Terrorismus und Islamismus“ als Medienthema. Neue Bedeutungslinien im öffentlichen Diskurs zur Politik der Inneren Sicherheit. In: *Butterwegge/Hentges* (Hrsg.), S. 139-149.
- Trebbe, Joachim (2009): *Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration: eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Medienwirkungen*. Wiesbaden.
- Trinczek, Rainer (2002): Wie befrage ich Manager? Methodische und methodologische Aspekte des Experteninterviews als qualitativer Methode empirischer Sozialforschung. In: *Bogner/Littig/Menz* (Hrsg.), S. 209-222.
- Ucar, Hüseyin (2004): Aktuelle Entwicklungstendenzen der Ausländerpolitik in der BRD – Wohin steuert die Migrationspolitik (Schriftenreihe der evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Bd. 51)? Bochum.
- Vitt, Veronika/Heckmann, Friedrich (2000): Dokumentation: Migration und Migrationspolitik in Deutschland 1998-2000. In: Bade/Münz (Hrsg.), S. 223-278.
- Vitt, Veronika/Heckmann, Friedrich (2002): Migration in Deutschland: Chronologie der Ereignisse und Debatten. In: Bade/Münz (Hrsg.), S. 237-285.
- Waack, Christoph (2000): Stadträume und Staatsgrenzen. Geteilte Grenzstädte des mittleren und östlichen Europas im Kontext lokaler Alltagswelten, nationaler Politik und supranationaler Anforderungen (Institut für Länderkunde Leipzig, *Beiträge zur Regionalen Geographie*, Bd. 51). Leipzig.
- Wagner, Bernd (2001): Soziokultur West – Soziokultur Ost. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/2001, S. 3-6.
- Walter, Bernd (1998): Schlepper – Schleuser – Menschenhändler. Der grenzpolizeiliche Alltag an den deutschen Ostgrenzen. In: *Kriminalistik*, H. 7, S. 471-477.
- Warnke, Ingo (Hrsg.) (2007): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*. Berlin.



- Weichhart, Peter (1999): Die Räume zwischen den Welten und die Welt der Räume. In: Meusbürger, Peter (Hrsg.): Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion. Stuttgart, S. 67-94.
- Weidenfels, Werner (Hrsg.) (1994): Maastricht in der Analyse. Strategien und Optionen für Europa. Gütersloh.
- Weiske, Christine/Kabisch, Sigrun/Hannemann, Christine (Hrsg.) (2005): Kommunikative Steuerung des Stadumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden.
- Wengeler, Martin (1993): „Asylantenfluten“ im Einwanderungsland Deutschland. Brisante Wörter in der Asyldiskussion. In: Sprache und Literatur H. 72, S. 2-30.
- Wengeler, Martin (1995): Multikulturelle Gesellschaft oder Ausländer raus? Der sprachliche Umgang mit der Einwanderung seit 1945. In: Stötzel/Wengeler (Hrsg.), S. 711-749.
- Wengeler, Martin (1996): Sprachthematizierungen in argumentativer Funktion. Eine Typologie. In: Böke/Jung/Wengeler (Hrsg.), S. 413-430.
- Wengeler, Martin (1997): Argumentation im Einwanderungsdiskurs. Ein Vergleich der Zeiträume 1970-1973 und 1980-1983. In: Jung/Wengeler/Böke (Hrsg.), S. 121-149.
- Wengeler, Martin (2000a): „Gastarbeiter sind auch Menschen“. Argumentationsanalyse als diskursgeschichtliche Methode. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht Nr. 86, S. 54-69.
- Wengeler, Martin (2000b): Von „Belastungen“, „wirtschaftlichem Nutzen“ und „politischen Zielen“. Die öffentliche Einwanderungsdiskussion in Deutschland, Österreich und der Schweiz Anfang der 70er Jahre. In: Niehr/Böke (Hrsg.), S. 135-157.
- Wengeler, Martin (2003): Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985). Tübingen.
- Wengeler, Martin (2006): Zur historischen Kontinuität von Argumentationsmustern im Migrationsdiskurs. In: Butterwegge/Hentges (Hrsg.), S. 11-34.
- Werkentin, Falco (1984): Die Restauration der deutschen Polizei. Frankfurt a. M.
- Werlen, Benno (1987): Gesellschaft, Handlung und Raum: Grundlagen handlungstheoretischer Sozialgeographie. Stuttgart.
- Werlen, Benno (1995): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum. Stuttgart.
- Werlen, Benno (1997): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Band 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart.
- Werlen, Benno (2010a): Gesellschaftliche Räumlichkeit. Band 1: Orte der Geographie. Stuttgart.
- Werlen, Benno (2010b): Gesellschaftliche Räumlichkeit. Band 2: Konstruktion geographischer Wirklichkeiten. Stuttgart.
- Wichert, Frank (1995): Die konjunkturelle Entwicklung des Themas Asyl im Deutschen Bundestag. In: Schulte-Holtey, Ernst (Hrsg.): Grenzmarkierungen: Normalisierung und diskursive Ausgrenzung. Duisburg, S. 99-118.
- Winkler, Beate (1992): Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. In: Dies. (Hrsg.): Zukunftsangst Einwanderung. München, S. 33-44.
- Winkler, Beate (Hrsg.) (1994): Was heißt denn hier fremd? Thema Ausländerfeindlichkeit: Macht und Verantwortung der Medien. München.

- 
- Winter, Martin (1994): Kleine Geschichte des Bundesgrenzschutzes. In: Bürgerrechte & Polizei/CILIP (Hrsg.): CILIP 47, Nr. 1/1994: Bundesgrenzschutz, S. 6-13.
- Witt, Andrea (2003): Die deutsch-polnische und die US-mexikanische Grenze – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen regionaler Identität, nationaler Priorität und transkontinentaler Integration. Berlin.
- Wodak, Ruth (1996): Disorders of Discourse. London/New York.
- Wodak, Ruth/de Cillia, Rudolf/Reisigl, Martin/Liebhart, Karin/Hofstätter, Klaus/Kargl, Martin (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt a. M.
- Wodak, Ruth/Matouschek, Bernd/Janussek, Franz (1993): Österreichs Einstellungen zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn. Studien zum fremdenfeindlichen öffentlichen Diskurs Österreichs während und nach der „Wende“ von 1989 (Manuskript). Wien.
- Wodak, Ruth/Nowak, Peter/Pelikan, Johanna/Gruber, Helmut/de Cilia, Rudolf/Mitten, Richard (1990): „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt a. M.
- Wolf, Gerhard (Hrsg.) (1998a): Kriminalität im Grenzgebiet, Band I: Erfahrungen aus der Praxis (Schriftenreihe der Juristischen Fakultät der Europa-Viadrina Universität Frankfurt/Oder). Berlin.
- Wolf, Gerhard (Hrsg.) (1998b): Kriminalität im Grenzgebiet, Band II: Wissenschaftliche Analysen (Schriftenreihe der Juristischen Fakultät der Europa-Viadrina Universität Frankfurt/Oder). Berlin.
- Wolken, Simone (1986): Asylantenfluten im Deutschen Bundestag? In: kultuRRRevolution 12, S. 6-9.
- Zentner, Kurt (Hrsg.) (1954): Aufstieg aus dem Nichts. Deutschland von 1945 bis 1953: eine Soziographie in zwei Bänden. Köln/Berlin.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1995): Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit: eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit (Studien und Arbeiten des Zentrums für Türkeistudien, Bd. 17). Opladen.
- Zick, Andreas (1997): Vorurteile und Rassismus: eine sozialpsychologische Analyse (Texte zur Sozialpsychologie, Bd. 1). Münster u. a.